

25X1

OSSIP K. FLECHTHEIM

Die kommunistische Partei  
Deutschlands  
in der Weimarer Republik

STAT



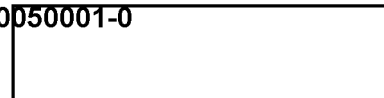
Vorbemerkung

Die „Radikale Linke“ im ersten Weltkrieg

Die KPD  
in der revolutionären Übergangsperiode  
(1918--1923)

Die KPD  
in den Jahren der „relativen Stabilisierung“  
(1924--1928)

Die KPD  
im Zeitabschnitt der großen Krise  
der Weimarer Republik  
(1929--1933)



## Inhalt

Vorbemerkung . . . . .	1
1. Kapitel: Die „Radikale Linke“ im ersten Weltkrieg . . . . .	11
2. Kapitel: Die KPD in der revolutionären Übergangsperiode (1918—1923) . . . . .	77
3. Kapitel: Die KPD in den Jahren der „relativen Stabilisie- rung“ (1924—1928) . . . . .	
4. Kapitel: Die KPD im Zeitabschnitt der Großen Krise der Weimarer Republik (1929—1933) . . . . .	
Schlußbetrachtung . . . . .	
Dokumentarischer Anhang . . . . .	
Literaturverzeichnis . . . . .	
Mitgliederbestand der KPD . . . . .	
Was will der Spartakusbund? . . . . .	
Brief der Genossin Clara Zetkin . . . . .	
Statut der Kommunistischen Partei Deutschlands . . . . .	
Wahlaufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands . . . . .	
Programm-Erklärung zur nationalen und sozialen Be- freiung des deutschen Volkes . . . . .	
Resolution der Parteikonferenz der KPD über das 12. Plenum des EKKI und die Aufgaben der KPD . . . . .	

## -----Vorbemerkung

Der Verfasser, der eine Arbeit zur Geschichte einer politischen Partei der jüngsten Vergangenheit vorlegt, ist es sich und dem Leser schuldig, so klar wie möglich auszusprechen, warum eine solche Arbeit es wert ist, unternommen zu werden, welchen Zweck sie verfolgt, und welche Bewertung der Darstellung zugrunde gelegt wird.

Was den ersten Punkt anlangt, so dürfte ohne weiteres einleuchten, daß das Entstehen, Werden und Vergehen einer Organisation, die immerhin einmal mit ihren Hunderttausenden von Mitgliedern und Millionen von Wählern die größte Sektion der Kommunistischen Internationale (K. I.) außerhalb Rußlands war, der Darstellung wert ist. Hinzu kommt natürlich, daß es sich um eine Bewegung und ein Gebilde handelt, das die politische und soziale Gestaltung in einem wichtigen Lande, in einer für uns selber und die Welt überhaupt entscheidenden Epoche mitbeeinflußt hat. Es ist sogar gesagt worden, daß die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) einen sehr beachtlichen indirekten Einfluß auf die Geschicke der Weimarer Republik ausgeübt hat, und daß ein genaues Studium der KPD uns mehr Aufschluß über die Charakterzüge der deutschen Arbeiterklasse und gewisser Teile der Intelligenz zu geben geeignet ist, als ein Studium der größeren Sozialdemokratischen Partei (und der Gewerkschaften.)<sup>1)</sup> Wie dem auch sei, das Studium einer Assoziation, die immerhin stark genug war, die neu-entstandene bürgerliche Republik bis in ihre Grundfesten zu erschüttern und die in den letzten Jahren dieser Republik der Wählerzahl nach die drittgrößte Partei Deutschlands war, muß natürlich einigen Aufschluß darüber geben, wieso es kam, daß die Demokratie gescheitert und der Nationalsozialismus erfolgreich gewesen ist. Ferner ist die Untersuchung der Entwicklung der Kommunistischen Partei in Deutschland geeignet, die Probleme der modernen europäischen Arbeiterbewegung, die Erfolgsaussichten und Realisierungsmöglichkeiten des revolutionären Sozialismus in seiner leninistisch-stalinistischen Spielart in Mitteleuropa aufzuhehlen. Schließlich kann man nicht von der Hand weisen, daß andere Parteien und Bewegungen von den Erfolgen und dem Versagen der KPD lernen können, obwohl wir wissen, daß die Geschichte eine schlechte Lehrerin ist und die meisten Menschen in der Politik, wenn überhaupt, so nur aus den eigenen Erfahrungen lernen.

Zum zweiten Punkt wäre ja nichts verlockender, als einfach zu erklären, daß diese Untersuchung wie jedes historische Unternehmen nur den Zweck verfolgt, der Wahrheit zu dienen. Leider drängt sich der Einwand auf, daß Pontius Pilatus' Zweifel an der Wahrheit bezüglich der historischen Wahrheit erst recht nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen ist. Gegenüber dem objektivistischen Glauben eines Hauke, daß es sinnvoll und möglich sei, nur darzustellen, „wie es eigentlich gewesen“, hat die subjektivistische Skepsis ihr Wort mitzureden, wenn sie uns entgegenhält, daß Geschichte nichts ist als eine „fable convenue“ (Napoleon). In beschränktem Maße sucht in der Tat jede Generation die in zeitlose Objektivität versunkene Vergangenheit dadurch zu neuem Leben zu erwecken, daß sie sie immer wieder in neuen Kategorien und unter neuen Aspekten darstellt — „nearer to its own heart's desire“. Handelt es sich hierbei zunächst noch um einen generellen, gar nicht vermeidbaren „natürlichen“ (oder besser: die Kultur konstituierenden und von ihr konstituierten) Vorgang, so wird dieser (darum doch noch nicht unproblematische) Sachverhalt doch sofort im höchsten Maße fragwürdig, wenn es sich um die mehr oder weniger bewußte Verhüllung, Mythisierung, Legendenbildung — kurz Verfälschung der Vergangenheit seitens einer Person oder Gruppe handelt. Fischarts guter alter Begriff der „Geschichtsklitterung“ illustriert am besten, was hier gemeint ist.

Dabei liegt es gerade im Wesen jeder großen politischen Bewegung und Partei, daß sie eine Ideologie produziert, die ihre eigene Vergangenheit im Lichte ihrer Gegenwartspolitik und Zukunftsziele malt. Parteigeschichte in diesem Sinne ist stets, um eine Definition Hützingas zu variieren, die intellektuelle Form, in der sich eine Partei Rechenschaft ablegt von ihrer eigenen Vergangenheit. Dennoch ist Parteigeschichte immer mindestens zweierlei, je nachdem ob sie geschrieben wird von innen her und von der Partei selber<sup>2)</sup> bzw. einem sich mit ihr identifizierenden Mitglied<sup>3)</sup> oder über einem Außenseiter.<sup>4)</sup> Dabei wird übrigens nicht immer, aber oft die Darstellung des Außenstehenden oder gar Gegners aufschlußreicher, schärfer und tiefergehend sein, als die des Parteigängers (Silone).<sup>5)</sup> Selt ganz unrecht, wenn er rät, Protestanten zu lesen, wenn man etwas über Katholizismus erfahren will oder

<sup>1)</sup> Franz L. Neumann, „Bühnenpolitik“, S. 111

<sup>2)</sup> Vgl. etwa die „Bücherei der KPD“ und die „KPD“

<sup>3)</sup> Man denke an Meißner, die „Geschichte der sozialdemokratischen

<sup>4)</sup> H. P. Schmidt, Hützing, „Geschichte des Nationalsozialismus“

Sozialisten zu studieren, um das Wesen des Kapitalismus zu verstehen).

Während nun aber eine relativistisch-wissenschaftlich-tolerant ausgerichtete Bewegung wie etwa die der „Faschians“ trotz aller Subjektivität gerade auch zur eigenen Vergangenheit relativ sachgerechte, distanzierte Aussagen machen kann, haben dogmatisch-chiliasisch-fanatische Bewegungen stets die Tendenz, ihre eigene Vergangenheit zu glorifizieren und daher zu verzerren. Bei faschistischen Bewegungen kann das soweit gehen, daß von der Vergangenheit nichts übrig bleibt als ein Mythos, eine Fabel, eine freie Dichtung („fiction“), die den jeweiligen Erfordernissen entsprechend immer wieder umgedichtet wird. Nun ist allerdings im Kommunismus der historische Sinn/das Gefühl für historische Kontinuität und Wahrheit größer als beim Faschismus. Dennoch hat auch die kommunistische Bewegung im Laufe der letzten Jahrzehnte ein erhebliches Maß an Geschichtsklitterung produziert. Am stärksten ist dies in der Sowjetunion der Fall, wo die siegreichen Bolschewiki, insbesondere unter Stalin, dazu übergegangen sind, ihre eigene Vergangenheit radikal umzuschreiben.<sup>1)</sup> Zur Illustration diene der Hinweis auf die einander widersprechenden Formulierungen der verschiedenen offiziellen Historiographien der KPSU, angefangen von Sinowjews „Geschichte der RKP“ über Jaroslawskis Darstellung von 1931 bis zur offiziellen „Geschichte der KPSU“ von 1938.<sup>2)</sup>

Die Situation in den anderen kommunistischen Parteien ist ähnlich. Da diese noch nicht die Macht erobert und eine totalitär-autoritäre Diktatur errichtet haben, sind sie allerdings bescheidener und toleranter als der russische Stalinismus. So hat man etwa, was die KPD anlangt, 1946 in einer parteioffiziellen Denkschrift für Pieck rühmend hervorgehoben, daß dieser 1935 die grundlegende Orientierung der KPD in den Jahren 1931/32 kritisiert habe. Aber gerade in den letzten Jahren und Jahrzehnten haben die deutschen Kommunisten immer wieder versucht, zu beweisen, daß die „Generallinie“ der Partei gradlinig und richtig und die Parteiführung qualifiziert und fehlerfrei gewesen sind. Nun ist jedoch in den Jahren 1918 bis 1933 die KPD die Partei der Wendungen und Wandlungen par excellence gewesen. Ihr Kurs war alles andere als gradlinig, die Parteiführungen sind immer wieder wegen ihres wirklichen oder angeblichen Versagens ausgewechselt worden, die Partei selber hat immer wieder schwerste Mißerfolge und Niederlagen erlitten, Teile ihrer Ideologie sind in wichtigen Punkten opportunistisch dem Gebot der Stunde angepaßt worden und so mit anderen Elementen ihrer Ideologie in Widerspruch geraten. Was Wunder, daß sie immer mehr dazu neigte, ihre eigene Vergangenheit zu vergessen, zu „verdrängen“ oder umzudeuten. Hinzu kommt noch, daß man gerade bei der KPD doch wohl mit aller Objektivität feststellen kann, daß, wie immer die Leistungen der Partei zu beurteilen sein mögen, die politische Qualität und menschliche Größe ihrer Führung während ihrer ganzen Existenz fast dauernd abgesunken sind — von Mehring und Luxemburg, von Liebknecht und Jogiches über Levin und Levi, Ernst Meyer und Pieck, Brandler und Thalheimer, Maslow und Ruth Fischer bis zu Münzenberg und Thälmann, Remmele und Heinz Neumann.

Diese Arbeit will also ihren kleinen Stein zum Bau der „historischen Wahrheit“ (nach dem Vorhergegangenen sollte wenigstens klar sein, was diese nicht ist, und mit einer solchen negativen Begriffsbestimmung wollen wir uns für unsere Zwecke begnügen!) beisteuern, zunächst durch eine „gerechte“, d. h. intellektuell-rechtschaffene, sachgemäße und umfassende Darstellung des Quellenmaterials; daher die vielen und ausführlichen Zitate im Text, daher auch die oft bewußt zurückhaltende und knappe Kommentierung. Wenn aber deshalb die Arbeit als zu „tot-antiquarisch“ kritisiert werden sollte, so sei hier daran erinnert, daß die Anhäufung des „toten Materials“ der Vergangenheit nicht um ihrer selbst willen unternommen worden ist, der Gegenstand der Untersuchung selber vielmehr noch so aktuell-lebendig, d. h. gegenwärtig und sogar zukunftsstrahlig ist, daß selbst eine noch so akademisch-antiquarische Behandlung mindestens eine Ideologen enthüllende und zerstörende Funktion besitzen würde. Allerdings wird sich diese bestenfalls erst im weiteren Verlauf der Darstellung erweisen können, nämlich in dem Maße, in dem die kommunistische

<sup>1)</sup> Dieser aus Phantastische grenzende „Mythologisierungszugriff“ ist allerdings in George Orwells „Animal Farm“ so gut verdeutlicht worden, daß hier ausdrücklich darauf Bezug genommen werden soll.

<sup>2)</sup> Für ein nicht untypisches Teilgebiet hat der Verfasser den Quellenreichtum gebracht in Roman u. a. O. H. L. Thälmann: La théorie bolchevique de la révolution socialiste et la théorie stalinienne de la révolution socialiste, Vol. 12, O. G. S. 90. In: „The Soviet Union and Lenin, Bolshevik and National Socialist Dictators in the Communist Party“ Social Research, Vol. 7, 1940, S. 1-33. Daß die Bolschewiki überhaupt mit der historischen Wahrheit zu tun haben, ist die Frage, die sich bei der Betrachtung der Sowjetunion

Bewegung selbst historisch wird und die Partei ihre Geschichte immer wieder umdeutet. Daneben tragen namentlich die Zitate aus der Frühzeit ihren Wert in sich, da sie dem Leser ins Gedächtnis rufen, welcher Geist einst in den Taten und Ansprüchen der Gründer und Märtyrer der KPD verflochten mit den Handlungen und Äußerungen der Epigonen gelebt hat.

Die hier angewandte Methode ist also vornehmlich eine ideologiekritische. Das Seinsbewußtsein, das, historisch gesehen, nur hinterher rasonniert, interpretiert, legitimiert, wird konfrontiert mit dem bewußten Sein, das historisch wirkt und handelt. Für uns ist also Realität gleich historischer Wirkungskraft. „verkehrte“ oder besser gesagt „leere Ideologie“. Dagegen ohnmächtiges Bewußtsein, welches das Handeln der Menschen nicht motiviert, vielmehr machtlos und schemenhaft neben dem historischen Prozeß einherläuft; ihn nur verhüllt, rechtfertigt, umdeutet. Diese Gegenüberstellung hellt die Scheinideologie von der historischen Realität her auf, verdeutlicht zugleich aber diese geschichtliche Wirklichkeit von jenem ideologischen Schein aus. Weiter wird die kommunistische Bewegung hier aber auch kritisiert, insofern die Ergebnisse und Wirkungen ihrer Politik mit den von ihr selber angestrebten Zielen und Zwecken verglichen werden. Ist es doch für jede politische Bewegung und Organisation entscheidend, daß die von ihr angedienten Ziele auch in die Realität umgesetzt werden. Soweit dies nicht gelingt, ist zu untersuchen, ob die von der Partei angewandten Methoden und Mittel zweckmäßig, politisch richtig waren oder nicht, ob die erforderlichen Mittel überhaupt anwendbar waren, und ob die angestrebten Ziele selbst etwa auch bei richtigen Gebrauch angepaßter Mittel z. B. unter den gegebenen objektiven Verhältnissen erreichbar waren.

Soweit und nicht weiter dürfte eine objektive-wissenschaftliche Bewertung gehen. Nun liegt es eben in der Natur der Sache, daß insbesondere jede zeitgeschichtliche Untersuchung durch ihre Nähe zu dem Kritiker und durch die Größe des auf dem Spiele stehenden Einsatzes an menschlichen Werten und Gütern den Autor, der ja nicht nur kühler Beobachter, sondern zugleich empfindender und handelnder Mensch ist, stets von neuem in Versuchung führen wird, die Schranke rein immanenter Kritik zu sprengen und seine eigenen mehr oder weniger subjektiven Wertungen als Maßstab des Geschehens anzulegen. Nur wenn er sich dieser Gefahr selber klar bewußt ist, vermag er ihr zwar nicht ganz zu entgehen -- sie aber doch zu verringern. Auf jeden Fall aber ist es sauberer, die Wertposition anzugeben, von der aus der Verfasser die Wertungen der von ihm behandelten Partei zu kritisieren versucht ist.

Während die KPD von vornherein und in stets wachsendem Maße bereit war, die Werte der Freiheit, der Rechtssicherheit und des Friedens im Notfall den der Gleichheit und Sicherheit unterzuordnen, mit anderen Worten, das sozialistische Wirtschaftssystem auf dem Wege der Gewalt und Diktatur zu verwirklichen, erscheinen dem Verfasser weder Gewalt noch Diktatur als die passenden Methoden zur Realisierung des sozialistischen Ideals, auch der insbesondere ökonomische Sozialismus nicht als solch überragend-absoluter Wert, daß ihm zuliebe Freiheit, Rechtssicherheit und Demokratie geopfert werden könnten. Ein Mindestmaß an persönlicher Freiheit und Rechtssicherheit, sozialem Frieden und politischer Demokratie erscheint ihm daher im Gegensatz zur kommunistischen Auffassung unabdingbar. Insofern kommt seine Position der des freiheitlich-demokratisch-humanistischen Sozialismus am nächsten. Die Versicherung, die der Autor der „Geschichte des Bolschewismus“ seinem hervorragenden Werk vorausschickt, nämlich, daß er keiner politischen Partei angehöre, sein Buch keiner Partei oder Gruppe zuliebe (oder zu irgendeiner anderen) geschrieben und kein Bedürfnis zu „Entwöhnungen“ und zu „Abrechnungen“ habe, soll auch für die vor-

## 1. Kapitel

## — Die „Radikale Linke“ im ersten Weltkrieg

Obwohl die eigentliche Geschichte der KPD erst am 30. Dezember 1918 mit ihrem Gründungsparteitag, der ihr ihren Namen gab, beginnt und der Geburtstag der Weimarer Republik — der Konvention zufolge der 11. August 1919 — noch später liegt, haben natürlich beide ein in gewissem Sinne Jahrzehnte umfassende Vorgeschichte. Was die Republik anlangt, so hat es dabei ein besonders gründlicher Historiker sogar für angebracht gehalten, die „Entstehung der Deutschen Republik“<sup>1)</sup> bis auf 1871, das Jahr der Gründung des Kaiserreichs, zurückzuverfolgen. Und will man das Wesen der KPD der Weimarer Republik, ihre Entstehung, ihren Werdegang und ihr Ende verstehen, so wird man in der Tat wohl tun, wenigstens mit ein paar Worten das Wesen und die Entwicklung der SPD, aus der sie hervorgegangen ist, zu charakterisieren.

In diesem Zusammenhang mag zunächst an den paradoxen Sachverhalt erinnert werden, demzufolge die SPD selber wieder aus einer politischen Bewegung herausgewachsen ist, die ursprünglich sich selbst als kommunistisch bezeichnete und auch allgemein so bezeichnet wurde. Ist doch jetzt genau ein Jahrhundert verstrichen, seit Karl Marx und Friedrich Engels, die „Väter“ der SPD und „Großväter“ der KPD, mit stolzem Hohn feststellen zu können glaubten, daß in Europa das Gespenst des Kommunismus umhergeht und es kaum eine Oppositionspartei gebe, die nicht von ihren regierenden Gegnern als kommunistisch verschrien worden wäre oder die nicht den fortgeschritteneren Oppositionsleuten sowohl wie ihren reaktionären Gegnern den brandmarkenden Vorwurf des Kommunismus zurückgeschleudert hätte.<sup>2)</sup> Obwohl später Engels selber die Schwäche und Kurzsichtigkeit der ersten „marxistischen“ Internationale, des „Bundes der Kommunisten“, und ihres deutschen Zweiges, die „von der Februarrevolution datierend“, bereits einige wenige Jahre nach 1848 von der öffentlichen Bühne abgetreten waren, zugeb, ist es doch bezeichnend, daß dieselbe Bewegung zunächst einmal als kommunistisch und erst später sozialistisch und sozialdemokratisch gekennzeichnet wurde.

Wenn also 1918 erst die russischen Bolschewiki und dann auch die deutschen „radikalen“ Sozialdemokraten sich umtaufen, so war das ebenso sehr Ausdruck eines Neubeginns wie aber auch des Wiederanknüpfens an die „Urtraditionen“ der modernen Arbeiterbewegung. Diese war nach dem ersten „kommunistischen“ Aufblühen von 1848-1852 und der reaktionären Erstarrung der fünfziger Jahre, bereits zu Beginn der sechziger Jahre wieder zu neuem Leben erwacht. Das Jahr 1864 war Zeuge der Gründung der wenigstens zu Beginn von Marx stark beeinflussten „Internationalen Arbeiter-Assoziation“ (der sogenannten „Ersten Internationale“); und bereits ein Jahr früher hatte Lassalle mit seinem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (1863) einen der beiden Grundpfeiler zum bald rasch emporwachsenden Bau der deutschen Vorkriegssozialdemokratie errichtet. Diese selbst war erst 1873 (als „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“) aus der Vereinigung des Lassalle'schen Arbeitervereins und der von Liebknecht und Bebel geführten, mehr marxistisch eingestellten „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands“, die 1869 in Eisenach gegründet worden war, hervorgegangen.

Im Kaiserreich ist die Sozialdemokratie, wie z. B. die Ergebnisse der Reichstagswahlen zeigen, ganz ungewöhnlich rasch fast ohne Rückschläge erstarkt. Stimmten 1871 weniger als 3 % aller Wähler für sie, so war diese Zahl bereits 1877 auf etwa 9 % angewachsen. Die Wahl im Jahre 1881 unter dem Sozialistengesetz brachte zwar einen Rückschlag (6 %); dieser erwies sich aber als vorübergehend, und seit der Aufhebung des Ausnahmegesetzes stieg die SPD steil von fast 20 % der Stimmen 1890 auf 34,8 %; bei den letzten Vorkriegswahlen 1912 an.<sup>3)</sup> Dieser Wachstumsprozeß hatte viel weittragendere Folgen als die Sozialisten selber zu glauben wagten. Nachdem es zunächst so schien, als ob der Widerstand des reformistischen Lassallismus gegen den revolutionären Marxismus nach der Vereinigung überwunden werde und das auf dem Erfurter Parteitag von 1891 angenommene, von Kautsky redigierte Parteiprogramm Zeugnis davon ablegte, daß „die Marx'sche Kritik komplett durchgeschlagen habe“<sup>4)</sup>, wurde es nur zu schnell dem kritischen Beobachter klar, daß eine Welt die SPD der Jahrhundertwende von dem Kommunistenbund von 1848 trennte. Zwar haben die Kommunisten bis heute an der Legende festgehalten, daß die SPD erst am 4. August 1914 der Todsünde des Reformismus erlegen

<sup>1)</sup> Rosenberg, „Die Entstehung der Deutschen Republik“, 1871—1918. Kapitel I und II zeichnen ein eindrucksvolles Bild von der „Dauerkrieg des Reiches unter Bismarck und Wilhelm II.“, die erst mit dem Zusammenbruch des Kaiserreiches und der Gründung der Republik ihre vorläufige Lösung fand.

<sup>2)</sup> Marx und Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“, 1. Aufl. 1849, S. 10. Eine frühere Fassung, die am 21. Oktober 1848, zitiert in Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, S. 67, Anmerkung 1.

set. So heißt es etwa in einer kommunistischen Veröffentlichung:  
 „Die Sozialdemokratie nach dem 4. August war etwas anderes als vor dem 4. August. Die Sozialdemokratie war auch schon vor dem Kriege vom Opportunismus angegriffen. Die revolutionäre Idee war immer mehr zur Sonntagsphrase einer geistlosen Bürokratie geworden, die nichts mehr fürchtete als die Bewegung, die ihren gemächlichen Trott stören konnte. Die Debatten mit den linken Marxisten um Rosa Luxemburg hatten gezeigt, daß die sozialdemokratische Führung unfähig und nicht willens war, in den kommenden Erschütterungen, die dem Proletariat neue Aufgaben vorschrieben, ihren Mann zu stehen. Aber noch war diese Partei die Partei der Arbeiterklasse, die Partei, die die Feindschaft gegen die bestehende Gesellschaft, gegen den bestehenden Staat proklamierte, die Partei, die diesem System keinen Mann und keinen Groschen bewilligte. Noch wehte die rote Fahne auf der Zinne dieser Partei, waren auch die Geschütze dieser Festung verrostet, ihre Mauern verfallen und mit Moos bewachsen, hatten sich auch allerlei verdächtige Kantonisten in die Besatzung eingeschlichen und dachte das Kommando an alles andere, nur nicht an den Ernstfall des Klassenkrieges. Nach dem 4. August wurde es anders. Das war kein opportunistischer Fehler mehr, keine Unzulänglichkeit, kein theoretisches Versehen, das war glatter Verrat, das war der Uebertritt zum Feinde. Die deutsche Sozialdemokratie holte die rote Fahne nieder und hülte den schmutzigen Lappen des Imperialismus.“<sup>1)</sup>

Es genügt, diesen Worten die folgende Einschätzung eines skeptischen, aber sachverständigen Außenseiters gegenüberzustellen. „Millionen folgen heute bei den Wahlen dem Rufe der Sozialdemokratie, die ja doch immer die Arbeiterpartei schlechthin bleiben wird, um Männern ihre Stimme zu geben, die in mühseligem Ringen Gesetzgebung und Verwaltung im Interesse des Proletariats umzugestalten bemüht sind. Der Zauber des ersten leidenschaftlichen Aufstrebens ist freilich dahin. Den Geist, der von einer kleinen Schar begeisterter Revolutionshelden ausging, vermag eine Reformpartei, die nach Millionen zählt, nicht mehr aufzubringen. Auch hier hat die Quantität die Qualität ersetzen müssen. Auch die „soziale Bewegung“ ist dem allgemeinen Schicksale zum Opfer gefallen und ist langweilig geworden, in dem Maße, wie sie praktisch wurde. Wollte sie etwas erreichen, in dem heutigen technisch komplizierten Gesellschaftsleben, so mußte sie alle Spitzen abbrechen, alle großen Prinzipien fahren lassen. Sie mußte die gestreichten Leute unschädlich machen, um tüchtige Routiniers an ihre Stelle zu setzen: Was sollte Marx heute in der Redaktion der „Neuen Zeit“ oder gar der „Sozialistischen Monatshefte“, was sollte Lassalle im Reichstag anfangen! Ob „orthodox“, ob „revisionistisch“, aus der alten Sekte der Utopisten, Revolutionäre und Prinzipienreiter ist die große Partei der Opportunisten und Akkommodisten geworden.“<sup>2)</sup>

Was die Gründe für diesen Charakterwandel anlangt, so genügt hier der Hinweis darauf, daß die Erklärung für die „Verbürgerlichung“ der SPD in drei Richtungen gesucht werden mag. Zunächst liegt es in der „Natur“ des Menschen und seiner Gesellschaft, daß jede größere sozialrevolutionäre Bewegung in sich die Tendenz hat, reformistisch oder gar konservativ zu werden, wenn 1. die Realisierung ihrer revolutionären Vorstellungen wegen des vorhandenen sozialen Widerstandes längere Zeit beansprucht, 2. manche ihrer ursprünglichen Forderungen durch Kompromiß innerhalb der bestehenden Sozialordnung verwirklicht werden und 3. die Bewegung selber sich so institutionalisiert, daß sie zu einem „vested interest“ wird. „Denn großen Massen ist höchstens für ganz kurze Zeit, niemals aber dauernd der Gedanke zu suggerieren, daß sie bloß Zukunftsdünger seien und zu sein haben.“<sup>3)</sup> Ferner setzte sich diese Tendenz innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung der 2. Internationale in der Zeit zwischen 1889 und 1914 in West- und Mitteleuropa besonders stark und rasch durch, da die für die erste Hälfte des Jahrhunderts so typischen bürgerlich-revolutionären Antriebskräfte nach getaner Arbeit rezessiv wurden und die innere und äußere Expansion des Hochkapitalismus einen hohen Grad ökonomischer Stabilität und sozialer Integration, insbesondere auch der Arbeiterklasse, mit sich brachte. Schließlich erlag in Deutschland die Sozialdemokratie diesem „Gesetz der Entrevolutionierung“, da das Kaiserreich trotz allem wesentlichen Teilen der Arbeiterschaft und ihren Organisationen wirtschaftliche Vorteile, politische Konzessionen und soziale Entfaltungsmöglichkeiten bot. Ökonomisch sollen allerdings die Reallöhne, nachdem sie seit den sechziger Jahren um nahezu ein Drittel gestiegen

<sup>1)</sup> „Illustrierte Geschichte...“, S. 99 f.  
<sup>2)</sup> Sombart, „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert“, S. 492; vgl. auch Sombart, „Sozialismus und soziale Bewegung“, S. 301, und Stampfer, „Die vierzehn Jahre der ersten Deutschen Republik“, S. 22 f.  
<sup>3)</sup> Grünberg und Großmann im „Wörterbuch der Volkswirtschaft“ III, S. 214



waren<sup>1)</sup>, seit der Jahrhundertwende stabil geblieben sein<sup>2)</sup>. Zu berücksichtigen sind aber auch die durch die „Kaiserliche Botschaft“ von 1881 in Aussicht gestellten Leistungen der Sozialversicherung und die Verkürzung des Arbeitstages<sup>3)</sup>. Am folgenreichsten dürfte schließlich die Erstarkung der Arbeiterorganisationen selber sein. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften stiegen zwischen 1891 und 1913 von 277 659 auf 2 548 763, ihr Vermögen von 425 845 Mk. auf 88 069 295 Mk.<sup>4)</sup>; die Mitgliederzahl der SPD verdreifachte sich in weniger als einem Jahrzehnt (1906: 384 327, 1914: 1 085 905<sup>5)</sup>). Die Einnahmen der Partei betrugen fast 1,5 Millionen Mk., die Parteipresse beschäftigte 267 Redakteure, 89 Geschäftsführer, 413 kaufmännisches Personal, 2636 technisches Personal, usw., der Literaturumsatz der Buchhandlung „Vorwärts“ betrug 1911/12 790 000 Mk.<sup>6)</sup>. Was den politischen Aufstieg betrifft, so sei hier an den Aufstieg der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erinnert (1871: 1, 1912: 110). Ferner hatte die Partei 1914 über 220 Landtagsmandate, über 2886 Stadtverordnete und Magistratsmitglieder und 9115 Vertreter in Landgemeinden.<sup>7)</sup>

Natürlich handelte es sich bei dieser „Integrierung“ der deutschen Arbeiterbewegung in das Gefüge des Deutschen Reiches noch viel weniger als in Westeuropa um einen lückenlos durchgängigen Prozeß. Während etwa das Frankreich der Dritten Republik oder die Amerikanische Union nach dem Sezessionskriege reine Ausprägungen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft darstellen, blieben die monarchistischen, bürokratischen und aristokratischen Elemente im Wilhelminischen Deutschland so stark,<sup>8)</sup> daß alle Akkommodationsbestrebungen der SPD immer wieder zum Scheitern verurteilt waren oder doch mindestens auf halbem Wege gestoppt wurden. Die Feindschaft der herrschenden Bürokratie gegen die „vaterlandlosen Gesellen“ war ja so groß, daß z. B. kein Mitglied der SPD Dozent oder auch nur Erichträger werden konnte. Dabei brachte es gerade die für das Zweite Reich so eigentümliche Legierung und Amalgamierung von bürgerlichen und vorbürgerlichen Elementen mit sich, daß es der Sozialdemokratie selber nie klar wurde, ob sich ihre revolutionäre Opposition wirklich gegen die Grundlagen moderner bürgerlicher Klassen-Gesellschaft und Profitwirtschaft richtete oder doch nur auf die monarchistisch-autokratischen Besonderheiten des „Wilhelminischen Klassenstaates“ beschränkte. Erst der Konservatismus der SPD in der Weimarer Republik machte offenkundig, daß man eigentlich schon lange nicht mehr den „Klassenstaat“ überhaupt, sondern nur noch den „Wilhelminischen“ Klassenstaat revolutionär abgelehnt hatte!

Selbst wenn sich eine so tiefgehende Wandlung z. T. unter der Oberfläche vollzieht, wird sie selbstverständlich zur Differenzierung der Partei, die sie erlebt, beitragen. So sehen wir, daß der schon an sich den meisten Wachstumsvorgängen parallel laufende Differenzierungsprozeß in der SPD bald so weit fortgeschritten war, daß man von mehreren sich bekämpfenden Hauptströmungen sprechen konnte. Trotz aller äußerlich so imposanten organisatorischen Geschlossenheit standen sich bereits in der Vorkriegssozialdemokratie seit den neunziger Jahren die unter der geistigen Führung Bernstein stehenden „Revisionisten“, denen Bernstein bereits 1899 in seinem Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ ein vollständiges Programm gegeben hatte, und die geistig von Kautsky geführten Orthodoxen gegenüber. Aber in weniger als einem Jahrzehnt hatten sich die letzten weiter differenziert, nämlich in das weit zahlreichere „Marxistische Zentrum“ um Kautsky und den Parteivorstand einerseits und in die zahlenmäßig verschwindende, aber theoretisch sehr rührige „Rechtliche Linke“ andererseits.

Dabei folgte die Mehrheit der Partei dem orthodoxen „Marxistischen Zentrum“, das auch die Parteiführung erst unter Bebel und Singer, dann seit 1911 bzw. 1913 unter Haase und Ebert<sup>9)</sup> innehatte. Typisch für das marxistische Zentrum war der Versuch, die reformistische Tagespolitik mit einer revolutionären Ideologie zu verbinden. Und es war durchaus kein Zufall, daß bis zum Ausbruch

<sup>1)</sup> Kuczynski, „Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1890 bis 1940“, S. 102.

<sup>2)</sup> *ib.*, S. 112 und „Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1890 bis zur Gegenwart“, Bd. 1, S. 114.

<sup>3)</sup> „Vom 12-Stundentag in den 14-tägigen Jahren zum 10-Stundentag 1914“ (Kuczynski, „Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1890 bis 1940“, S. 102 und 11.) und „Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1890 bis zur Gegenwart“, Bd. 1, S. 191 ff.

<sup>4)</sup> „Illustrierte Geschichte...“, S. 58.

<sup>5)</sup> Drahn, „Sozialdemokratie“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 7, S. 534.

<sup>6)</sup> Drahn, „Sozialdemokratie“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 7, S. 533 f.

<sup>7)</sup> *ib.*, S. 533 — Nicht so unrecht hat Rosenberg, wenn er vom Parteivorstand als „heimlicher Gegenregierung“ und von Bebel als „eine Art von Gegenkaiser“ spricht! (*op. cit.*, S. 47.)

<sup>8)</sup> „Bismarck... hat die militärische Autokratie Preußens mit dem deutschen Bürgertum vereinigt, vor die Spitze des Ganzen das monarchisch-republikanische Gesetz und so das Reich seiner Prägung gegründet.“ (Kuczynski, *op. cit.*, S. 11.)

des ersten Weltkrieges diese Zweipoligkeit in der deutschen Partei den Orthodoxen mehr als jeder anderen Richtung ihr Gepräge gab. Der eigenartige ideologische „Radikalismus“ des Zentrums erfüllte nämlich nur zu gut eine doppelte Funktion: Einerseits war er die ideologische Verklärung jener eigenartigen Zwischenstellung der SPD im Vorkriegs-Deutschland, in der sie weder wie in Westeuropa als reformistische Partei in eine vollentwickelte bürgerliche Demokratie eingeordnet war, noch wie in Rußland als revolutionäre Vorkämpferin der ganzen Gesellschaft gegen den Staat permanent revolutionär sein konnte. Dann hatte er aber auch noch die zusätzliche innerparteiliche Funktion der Versöhnung von Revisionismus und Luxemburgischen Radikalismus im Rahmen einer einzigen Partei. Nur so getragen von der objektiven Vorkriegssituation konnte das Marxistische Zentrum gegenüber beiden Flügeln die Führung der Partei behaupten; subjektiv war es so schwach, daß es sie sofort verlieren mußte, sobald die objektive Situation sich ändern sollte.

Das wurde am 4. August 1914 offenbar, als der Widerspruch des Wilhelmischen Regimes eine neue Steigerung erfuhr. In dieser ungeheuren Krise glaubte das Regime, keinerlei Opposition oder auch nur Enthaltung dulden zu dürfen. Es war nun auf die totale Eingliederung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften angewiesen, da im außerpolitischen Kampf die politische und militärische Macht des Regimes aufs Höchste gesteigert werden mußte. Zugleich waren aber innerpolitisch die Monarchie und die Bürokratie, das Junkertum und die Schwerindustrie so sehr auf die Erhaltung ihrer Hegemonie bedacht, daß sie nicht daran dachten, der Sozialdemokratie die Stellung einzuführen, die sie etwa in Frankreich und England gewann. Daher der ungenehme Druck, der auf der Parteimehrheit lastete.

Ihre innere Schwäche muß allerdings zur Erklärung herangezogen werden, will man verstehen, warum sie nicht wie in Oesterreich wenigstens ein Minimum an Reserve zeigte, vielmehr bereits am 4. August vollkommen vor dem äußersten rechten imperialistischen Flügel kapituliert. Dieser bekam nunmehr auch innerparteilich das Heft in die Hand und unterwarf einen großen Teil des alten Marxistischen Zentrums seinem Einfluß. Was ist naheliegender, als daß nunmehr ein Teil des Zentrums, natürlich von der Linken ganz zu schweigen, revidieren mußte, wollte er auch nur die alte Position, etwa das Erfurter Programm, aufrechterhalten.

Wenn man immer wieder betont hat, daß die Spaltung nur an der Kriegsfrage erfolgt sei, so ist das insofern richtig, als die sogenannte „Kriegsfrage“ eben wie in einem Brennspiegel alle politischen Probleme vereinte. Man darf dabei nicht übersehen, daß an sich in der „Ablehnung“ des Krieges fast alle übereinstimmten und mit Ausnahme weniger Imperialisten schon bald die ganze Partei mehr oder weniger klar einen raschen Friedensschluß der Fortsetzung des Krieges vorzog. Es ging also nicht so sehr um den Krieg als solchen, als um die Frage des Verhältnisses der Arbeiterklasse zu den anderen Klassen der Gesellschaft, der Beziehung der Partei zum Staat und zur Regierung. Zwar ist es richtig, daß jetzt der Revisionist Bernstein zum Wortführer der Opposition wurde -- das änderte aber nichts daran, daß diese der Mehrheitslosung des Burgfriedens und des Siegfriedens nicht nur die Lösung des Verständigungsfriedens, sondern auch die des Klassenkampfes entgegenstellte.

Natürlich verstanden Kautsky, Haase und die anderen Zentristen unter revolutionärem Klassenkampf das, was unter diesem Motto seit Jahrzehnten praktiziert worden war, nämlich die Betonung und Herausbildung einer organisatorischen und ideologischen Geschlossenheit und Unabhängigkeit der Arbeiterklasse und ihrer Vereinigungen im Gegensatz zur Bourgeoisie und zu den Mittelschichten, zu den bürgerlichen Parteien und Regierungen. Diese Politik hatte ihren Ausdruck in bestimmten Symbolhandlungen wie der Ablehnung des Budgets, dem Sitzenbleiben beim Kaiserhoch, dem „Nicht-zuhofgehen“ usw. gefunden. Die Bewilligung besonderer Kriegskredite war natürlich in Friedenszeiten nie aktuell gewesen -- kein Wunder, daß manche ganz Orthodoxe wirklich glaubten, die Zustimmung zu den Krediten sei höchstens eine läßliche Sünde, während erst die Annahme des ordentlichen Etats die Todsünde wäre!

Die Linke dagegen hatte schon vor dem Kriege das Unbefriedigende eines solchen negativen „Abstentionismus“ mehr oder weniger klar erkannt. Sie hatte geglaubt, die Politik der Partei müsse von der Aktualität der Revolution ihren Ausgang nehmen. Diese Aktualität schien ihr durch den Krieg nur noch aktueller geworden zu sein. Trotz der Enttäuschung des 4. August hatte sie das Vertrauen in die Massen nicht verloren. Von vornherein erwartete die Linke in ganz besonderem Maße, daß der Weltkrieg unmittelbar in die Weltrevolution umschlagen würde. Erst allmählich wird es

deutlicher, daß trotz aller Reize und gemeinsamen Erklärungen gegen Burenkrieg und Krieg für revolutionären Klassenkampf und Frieden, es sich bei dem Gegensatz der radikalen Linken und der orthodoxen Opposition um mehr als eine Nuancierung handelt, obwohl der Gegensatz aber doch auch nicht so groß ist, daß man sagen kann die zentralistische Opposition sei rein pazifistisch und nur die Linke revolutionär. Auch die spätere USP will den Sturz des Kapitalismus durch die Weltrevolution! Sie glaubt allerdings, daß es hierzu natürlich notwendig kommen muß und wird, wenn nur das Proletariat geschlossen, einheitlich, klassenbewußt bleibt oder wieder wird. Sein Gewicht würde dann so stark, daß die Regierungen Frieden schließen müßten und in der neuen Friedens-epoche würde man dort anfangen haben, wo man 1914 unterbrochen worden ist, d. h. mit der Organisation und Qualifizierung des Proletariats zur „Klasse für sich“. Die Linke hingegen glaubt, daß es zu einem Friedensschluß überhaupt nur kommen wird, wenn der revolutionäre Druck bereits so stark ist, daß er auch zur Vollendung der proletarischen Revolution ausreicht wird.

Am 28. Juli 1914 erfolgte die Kriegserklärung Oesterreich-Ungarns an Serbien, am 1. August folgte die deutsche Kriegserklärung an Rußland, am 3. August die an Frankreich. Am 4. August beantwortete die Regierung Sr. Britischen Majestät den Bruch der belgischen Neutralität seitens des Kaisers mit der Kriegserklärung an Deutschland. So war also innerhalb weniger Tage der Weltkrieg, der so lange in der Luft gelegen hatte und an den doch die wenigsten glauben wollten, bittere Realität geworden. Die Sozialdemokratie war in dem größten Dilemma, in dem sie sich seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 je befunden hatte. Einerseits hatte sie gerade in den letzten Wochen gegen den Krieg agitiert und auch versucht, eine einheitliche Aktion der Sozialisten der kriegführenden Länder in die Wege zu leiten. Andererseits hatte sie nie den Krieg als solchen abgelehnt, vielmehr ihre Stellungnahme immer abhängig gemacht von dem historischen und sozialen Charakter des Krieges und sich, insbesondere für die Landesverteidigung ausgesprochen. Es kam für sie also alles darauf an, wie sie diesen Krieg interpretieren würde — als einen imperialistischen Machtkampf um Balkanpositionen, um Kolonien, um Absatzmärkte und Ausbeutungsgebiete oder als einen Defensivkrieg gegen den „russischen Despotismus“. Die Antwort, die die SPD schließlich dieser Frage gab, war mitbestimmt von zwei Faktoren — dem „wilden Taumel chauvinistischer Raserei“, der „die Menschen zu erfassen“ begann<sup>1)</sup> einerseits, der Sorge um die Erhaltung der Parteiinstitutionen, ihres Eigentums und ihrer Positionen, andererseits.

Vom 28. Juli bis zum 4. August tagten die leitenden Körperschaften der SPD in Permanenz. Am 28. Juli hielt der Parteivorstand mit den Mitgliedern der Kontrollkommission eine Sitzung ab. Da immer noch damit gerechnet wurde, daß möglicherweise die Parteiführer in Schutzhaft genommen würden, wurden am 30. Juli Ebert und Braun in die Schweiz abgesandt. Am 31. Juli beschloß der Parteivorstand, Hermann Müller nach Paris zu schicken, um mit den französischen Genossen die Abgabe übereinstimmender Erklärungen in den beiderseitigen Parlamenten zu vereinbaren.<sup>2)</sup> Der Internationalismus beider Parteien war aber so schwach, daß eine Vereinbarung nicht zustande kam. Gleichzeitig beschloß am 2. August eine Vorstandskonferenz der Freien Gewerkschaften, sofort alle Lohnbewegungen abzubrechen und für die Dauer des Krieges keine Streikunterstützung zu zahlen.<sup>3)</sup> Das war eine Stellungnahme, die den Parteinstanzen zeigte, woher der Wind blies. Am selben Tage wurde im Parteivorstand über die Bewilligung der Kriegskredite verhandelt. Die Meinungen waren geteilt, ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Am 3. August fand die entscheidende Sitzung der Reichstagsfraktion statt. 78 Abgeordnete stimmten für die Kredite und nur 14 dagegen (Albrecht, Antrick, Boek, Geyer, Haase, Hanka, Herzfeld, Kunert, Ledebour, Lensch, Liebknecht, Peirates, Rühle, Vogtherr).<sup>4)</sup> Die große Mehrheit der Revisionslisten und des Zentrums traten für bedingungslose Vaterlandsverteidigung und Burgfrieden ein. In der Reichstagsitzung vom 4. August stimmte die gesamte Fraktion, einschließlich Liebknechts, aus Parteidisziplin für die Kriegskredite. Als Fraktionsvorsitzender begründete Haase die Abstimmung folgendermaßen:

„Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Ära des Wettübens herbeigeführt wurde und die Gegensätze unter den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu; wir lehnen sie ab. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in die letzten

<sup>1)</sup> „Illustrirte Geschichte...“, S. 95.

<sup>2)</sup> „Friedrich Ebert und seine Zeit“, S. 135 f.

<sup>3)</sup> „Illustrirte Geschichte...“, S. 95.

Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich in innigem Einvernehmen mit den französischen Brüdern, für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen. Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir uns heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei. Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hingeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, und denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu diesen werden sich bald Zehntausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen alle beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermessliche Not zu lindern, erachten wir als eine zwingende Pflicht. Für unser Volk und seine freihetliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes besleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwenden, die Kultur und Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben. Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherheit erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns stets verfochtenen internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes. Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegseliden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird. Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite.<sup>1)</sup>

Daß diese Haltung einstimmig angenommen wurde, kam der ganzen Welt so überraschend, daß die Gegner der Landesverteidigung dieses Verhalten nur als Verrat erklären konnten. Und zwar kam dieser „glatte Verrat“ für den radikalen linken Flügel in Deutschland ebenso unerwartet wie für die übrigen auf dem linken Flügel kämpfenden Mitglieder der Internationale.<sup>2)</sup> Von einem Verrat der Führer an den Massen kann allerdings kaum gesprochen werden, da ja die Haltung der Führer mit ein Ausdruck der Stärke der patriotischen Welle, die alle Klassengegensätze überspülte, war.<sup>3)</sup> Immerhin kann man (wie etwa Borkenau) von einem Verrat von Führer und Masse an den Idealen des revolutionären Sozialismus sprechen. Ferner kann man sich auch fragen, ob es sich nicht um eine Selbstaufgabe von Führer und Partei und um einen „Verrat“ an jenem, allerdings kleinen Teil der Partei, der den alten Idealen treu geblieben war, handelte.

Jedenfalls war die „patriotische“ Einheit der SPD nur von ganz kurzer Dauer, da der Kriegsausbruch die innenpolitische Kluft zwar zunächst überbrückt, sie aber nicht beseitigt hatte.<sup>4)</sup> Der Kern der radikalen Linken sammelte sich relativ rasch in ausgesprochener Antikriegshaltung. Schon am 4. August fand eine erste Sitzung in der Wohnung Rosa Luxemburgs statt.<sup>5)</sup> Im September veröffentlichten Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin die folgende Erklärung in der Schweizer sozialdemokratischen Presse: „Die Genossen Dr. Südekum und Richard Fischer haben in der Parteilpresse des neutralen Auslandes (Schweden, Italien, Schweiz) den Versuch unternommen, die Haltung der deutschen Sozialdemokratie im gegenwärtigen Kriege im Lichte ihrer Auffassung darzustellen. Wir sehen uns dadurch gezwungen, an der gleichen Stelle zu erklären, daß wir und sicherlich viele andere deutsche Sozialdemokraten den Krieg, seine Ursachen, seinen Charakter sowie die Rolle der Sozialdemokraten in der gegenwärtigen Lage von einem Standpunkt betrachten, der demjenigen der Genossen Südekum und Fischer durchaus nicht entspricht. Der Belagerungszustand macht es uns vorläufig unmöglich, unsere Auffassung öffentlich zu vertreten.“ Liebknecht benutzte auch einen Aufenthalt in Belgien, um dort gegen die Kriegspolitik der deutschen Regierung und der Sozialdemokratie aufzutreten.<sup>6)</sup>

1) Friedrich Ebert und seine Zeit“, S. 137 f.

2) Ernst Meyer, „Spartakus im Kriege“, S. 3.

3) cf. Borkenau, op. cit. S. 57 ff.

4) Rosenberg, „Die Entstehung...“, S. 59.

5) „Illustrierte Geschichte...“, S. 115.

Zur Aufklärung der Parteimitglieder wurde von den Linken das ursprüngliche „Niederbarnimer Informationsmaterial“ benutzt. In dem Berliner Reichswahlkreis Niederbarnim stand nämlich die Mehrheit der Mitglieder von Anfang an in Opposition zum Parteivorstand.<sup>1)</sup>

Seit dem Herbst 1915 verfaßten einige Genossen selbständiges Referentenmaterial.<sup>2)</sup> Neben der innerparteilichen Diskussion betrachtete die Opposition von vornherein die Agitation unter den Massen als ihre Aufgabe. Es wurden Flugblätter mit zum Teil noch stark pazifistischem Charakter vertrieben.<sup>3)</sup> Zur theoretischen Vertiefung sollte „Die Internationale“ dienen, von der ein einziges Heft im Frühjahr 1915 erschien. Mitarbeiter waren Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, August Thalheimer, Käthe Duncker, Paul Lange, Julian Karski-Marchewski, Heinrich Ströbel u. a.<sup>4)</sup> Rosa Luxemburgs Leitartikel war ganz auf die Alternative „Entweder Bethmann-Hollweg oder Liebknecht entweder Imperialismus oder Sozialismus, wie Marx ihn verstand...“ abgestellt: „Nur durch eine grausam-gründliche Verhöhnung der eigenen Halbheiten und Schwächen, des eigenen moralischen Falles seit dem 4. August, durch die Liquidierung der ganzen Taktik seit dem 4. August kann der Wiederaufbau der Internationale beginnen.“<sup>5)</sup> So dachten die Linken zwar noch nicht an die Spaltung der Partei, taten aber die ersten Schritte, um sich als eigene Gruppe zu organisieren. Insbesondere hielt Rosa Luxemburg damals noch an einem Bündnis mit dem linken Flügel des Zentrums (Ledebour, Haase, Adolf Hoffmann) fest, wie sie auch im Gegensatz zu Lenins Lösung vom Bürgerkrieg die Lösung des Friedens in den Mittelpunkt stellte, wobei bei ihr der Nachdruck stets nicht auf dem Appell an die Regierungen, sondern auf dem selbständigen Klassenkampf lag.<sup>6)</sup>

Bis zur erst nach Kriegsende erfolgten Zusammenfassung aller linksradikalen Gruppen in der KPD gab es neben der Luxemburg-Liebknecht-Richtung noch zwei weitere relativ wichtige linke Gruppierungen, nämlich die „Revolutionären Oblicute“ und die „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ (IKD), auch „Bremer Linke“ oder Gruppe „Arbeiterpolitik“ genannt nach ihrer Zeitschrift, der Nachfolgerin der bekannten „Bremer Bürgerpolitik“, die vom Parteivorstand geraubt worden war. Ihre Redakteure waren Johann Knief und Paul Frölich; ihre theoretische Haltung war aber weitgehend von der späteren Bolschewisten Lenin, Bucharin, und insbesondere Radek bestimmt. Im Gegensatz zu Rosa Luxemburg vertraten sie im wesentlichen die Auffassungen Lenins. Folglich traten sie für die Spaltung der SPD und die Organisation einer neuen Partei und Internationale ein. Ihr Einfluß war auf Norddeutschland, insbesondere Bremen und Hamburg, beschränkt.<sup>7)</sup>

Schließlich sei hier bereits der dritten und vielleicht bedeutendsten unter den linken Gruppen, der „revolutionären Oblicute“ gedacht. Sie stellten einen Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Vertrauensleute der Berliner Metallbetriebe unter der Leitung von Richard Müller und Emil Barth dar. Es gelang ihnen, den Einfluß der offiziellen Gewerkschaftsleitung in der Munitionsindustrie zu vernichten und nach 1916 ihre Verbindungen über das ganze Reich auszudehnen. 1918 organisierten sie den Streik anläßlich der Verurteilung Liebknechts.<sup>8)</sup> Parteipolitisch waren sie zwar in der Regel Mitglieder der USPD, folgten aber nicht der Stimme des Vorstandes, suchten vielmehr diesem ihre Auffassungen aufzuzukroyieren. Diese spiegelten wiederum die Stimmungen der Arbeiter in den Betrieben getreu wider.<sup>9)</sup>

Inzwischen war auch die pazifistische Opposition innerhalb der SPD in die Öffentlichkeit getreten. Während ein Teil der alten Marxisten wie Lensch, Cunow und Huenisch patriotisch oder gar imperialistisch geworden waren, war der Wortführer des Revisionismus Bernstein nun zu einem Führer der pazifistischen Opposition geworden,<sup>10)</sup> bei der auf Kautsky, den Theoretiker des Parteivorstandes, stieß. Um alles in der Welt wollte diese Opposition an der Parteinheit festhalten. Bezeichnenderweise war es aber die Rechte, die vor dem Angriff auf die Einheit der Partei nicht zurückschreckte. In Württemberg, wo sich schon vor dem Kriege der revisionistische Landesvorstand und die radikalen Linken unter Führung von Fritz Westmeyer scharf gegenüberstanden hatten, kam es bereits im November 1914 zum offenen Kampfe. Unter der Redaktion von Crispian, Hoernle und Walcher hatte die „Schwä-

1) Paul Frölich, „Rosa Luxemburg“, S. 204.  
 2) Meyer, „Spartakus im Kriege“, S. 6, und „Spartakusbriefe“, Einleitung, S. 11.  
 3) Meyer, „Spartakus im Kriege“, S. 7.  
 4) Frölich, op. cit., S. 204.  
 5) „Illustrierte Geschichte...“, S. 120 f.  
 6) Paul Frölich, op. cit., S. 210.  
 7) „Illustrierte Geschichte...“, S. 143 ff.; cf. auch Borkenau, op. cit., S. 16 f. und Frölich, op. cit., S. 273.  
 8) Borkenau, op. cit., S. 77.  
 9) Rosenbergs, „Die Entstehung...“, S. 194.  
 10) Rosenbergs, op. cit., S. 81 ff.; cf. auch Rosenbergs, „Geschichte des Bolsche-

bliche "Tagewacht" die Kriegspolitik bekämpft. Am 4. November ließ der Landesvorstand diese Zeitung von Wilhelm Keil übernehmen, was den Ortsverein Stuttgart zur Herausgabe eines eigenen Mitteilungsblattes veranlaßte.<sup>1)</sup>

Bereits im Jahre 1915 wurde immer klarer, daß alle Hoffnungen auf einen kurzen Krieg trügerisch gewesen waren. So begann die Kriegsbegeisterung der ersten Wochen einer ersten Enttäuschung und Unzufriedenheit Platz zu machen. Im Westen hatten sich die Fronten bereits stabilisiert, und der Eintritt der Türkei und Italiens brachten nur eine weitere Ausdehnung des Blutvergießens. Einen Monat nach der italienischen Kriegserklärung kam es im Juni 1915 zu einer einheitlichen Aktion der gesamten Opposition gegen den Parteivorstand. Ein Schreiben, das auch als Flugblatt verteilt wurde, trug die Unterschrift von Hunderten von Funktionären. Es heißt hier zusammenfassend: "... wir fordern, daß Fraktion und Parteivorstand endlich den Burgfrieden aufgeben und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach der Grundlinie des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen."<sup>2)</sup> Kurz darauf wandte sich die pazifistische Opposition mit einem von Bernstein, Haase und Kautsky unterzeichneten Manifest „Das Gebot der Stunde“, in dem sie unter Berufung auf die Annexionskündigungen eine Abkehr von der Politik der Kreditbewilligung forderten, an die Öffentlichkeit.<sup>3)</sup>

Der Hauptkampf zwischen Mehrheit und Opposition spielte sich aber zunächst in der Reichstags-Fraktion ab. Es ging um die Bewilligung der Kriegskredite. Im Dezember 1914 war eine neue Kreditbewilligung fällig. Liebknecht trat gegen die Bewilligung auf. Nach einigem Schwanken fügte sich dann aber die Minderheit wieder der Fraktionsdisziplin — mit Ausnahme von Liebknecht, der dieses Mal gegen die Kredite stimmte,<sup>4)</sup> da es sich um „einen imperialistischen Krieg“, „um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemein-am im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg“, „um ein bonapartistisches Unternehmen zur Demoralisation und Zertrümmerung der anschwappenden Arbeiterbewegung“ handelte.<sup>5)</sup>

Noch größer wurde die Belastungsprobe, als im März 1915 die Mehrheit entgegen aller Tradition die Zustimmung zum Etat, in den die Kriegskredite hineingearbeitet worden waren, beschloß. In der Budget-Abstimmung stimmten schließlich nur Liebknecht und Rühle dagegen, nachdem sich 30 Abgeordnete, mit Haase und Ledebour an der Spitze, vorher aus dem Saal entfernt hatten.<sup>6)</sup>

In der Reichstagsitzung vom 29. Dezember 1915 kam es schließlich aus Anlaß einer neuen Kreditbewilligung zur offenen Abspaltung der Minderheit. Im Namen von 20 Mitgliedern erklärte Fritz Geyer: „Wir lehnen die Kredite ab.“<sup>7)</sup> Bei dieser Abstimmung stimmten 20 Abgeordnete gegen die Kredite, etwa 22 weitere verließen den Saal.<sup>8)</sup>

Kurz darauf holte die SPD-Fraktion zum Schlage gegen den Vorkämpfer der „Burgkriegspolitik“ aus. Am 12. Januar 1916 wurde Karl Liebknecht aus der Fraktion ausgeschlossen.<sup>9)</sup> Rühle erklärte sich mit ihm solidarisch. Der Zentralvorstand der Groß-Berliner Parteiorganisationen billigte mit 41 gegen 17 Stimmen die von der Fraktionsminderheit abgegebene Erklärung. Eine von 320 Funktionären besuchte Kreisokonferenz des 6. Berliner Wahlkreises sprach Ledebour ihre Billigung aus. Ähnliche Erklärungen gaben die anderen Berliner Kreise sowie größere Parteiorganisationen, wie Leipzig, Halle und Bremen ab.<sup>10)</sup> Am 24. März 1916 lehnte Haase in einer Rede den Not-Etat ab.<sup>11)</sup> Nach der Sitzung gab die Minderheit folgende Erklärung ab: „Die sozialdemokratische Fraktion hat uns heute mit 38 gegen 33 Stimmen, bei vier Stimmenthaltungen, der aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte beraubt ... sind wir genötigt, uns zu einer sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen ... Bernstein, Bock, Büchner, Dr. Oskar Cohn, Dittmann, Geyer, Haase, Henke, Dr. Herzfeld, Horne, Kunert, Ledebour, Schwarz (Lübeck), Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm, Zubell.“<sup>12)</sup> So gab es also am 24. März 1916 zum erstenmal wieder seit den Tagen Gothas praktisch zwei sozialistische Fraktionen im Deutschen Reichstag!

Die Zuspitzung des Konfliktes zwischen burgfriedensfreundlicher Mehrheit und kriegsgegnertischer Minderheit im Reichstag brachte aber zunächst wenigstens noch keine fühlbare Annäherung zwi-

<sup>1)</sup> Prager, „Geschichte der USPD“, S. 39 ff. und „Illustrierte Geschichte ...“, S. 113.

<sup>2)</sup> Prager, op. cit., S. 68 ff.; cf. auch „Illustrierte Geschichte ...“, S. 134.

<sup>3)</sup> „Illustrierte Geschichte ...“, S. 133.

<sup>4)</sup> Meyer, „Kommunisten“, S. 144.

<sup>5)</sup> „Illustrierte Geschichte ...“, S. 116 f.

<sup>6)</sup> Prager, op. cit., S. 60; „Illustrierte Geschichte ...“, S. 130.

<sup>7)</sup> Prager, op. cit., S. 87.

<sup>8)</sup> Prager, op. cit., S. 88.

<sup>9)</sup> Prager, op. cit., S. 89.

<sup>10)</sup> Prager, op. cit., S. 91.

<sup>11)</sup> Prager, op. cit., S. 94.

<sup>12)</sup> Prager, op. cit., S. 95.

sehen der radikalen Linken und dem pazifistischen Zentrum. Ernst Meyer, der damals bereits zur Luxemburg-Gruppe gehörte, schildert die Situation rückblickend folgendermaßen: „Die steigende Lebensnot, die immer stärkere Heranziehung der Bevölkerung zum Heeresdienst und zur Arbeit in der Munitionsindustrie, das immer frechere Auftreten der bürgerlichen Annexionisten schufen für die Opposition einen günstigen Boden. Die vertraulichen Informationsbriefe erschienen daher in immer rascherer Folge. Die illegalen Flugblätter wurden in immer größerer Auflage verbreitet. Die für die Zimmerwalder Konferenz von Karl Liebknecht geprägte Losung: „Nicht Burgfrieden, sondern Burgkrieg!“ schlug zündend in die Massen. Ohne daß die entschiedene Opposition um Liebknecht und Luxemburg der Plattform der „Zimmerwalder Linken“ offiziell zustimmte, ergab sich doch in der Propaganda eine Annäherung an den Hauptpunkt der bolschewistischen Forderung der Ueberleitung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Bei den inneren Auseinandersetzungen innerhalb der Opposition zeigte sich eine immer deutlichere Scheidung zwischen der Gruppe Liebknecht-Luxemburg einerseits und der Gruppe Ledebour-Hoffmann andererseits.“<sup>(1)</sup>

Bereits im April 1915 hatte Rosa Luxemburg in der im Gefängnis geschriebenen und erst ein Jahr später veröffentlichten sogenannten Junius-Broschüre „Die Krise der Sozialdemokratie“ ein Programm zu entwickeln versucht, das eine Synthese von Kampf gegen den imperialistischen Krieg à la Lenin und revolutionärer Landesverteidigung à la Engels darstellen sollte. Während sie in Verfolg der letzteren Tendenz der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorwarf, sie habe das Vaterland in der Stunde der größten Gefahr im Stiche gelassen, da sie „dem imperialistischen Programm des Krieges“ nicht das wahrhaft freiheitlich-nationale Programm von 1848, „die Losung der einzigen großen deutschen Republik“ entgegengestellt habe,<sup>(2)</sup> forderte sie zugleich im Geiste jener die Arbeiter in Deutschland und Frankreich, in England und Rußland auf, „endlich aus ihrem Rausch zu erwachen, einander brüderlich die Hände zu reichen und den bestialischen Chorus der imperialistischen Hyänen durch den alten mächtigen Schlachtruf der Arbeit zu überdonnern: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“<sup>(3)</sup>

Am 1. Januar 1916 hatte bereits in der Wohnung Liebknechts eine größere Reichskonferenz der Linken unter Ausschaltung der Ledebour-Gruppe stattgefunden.<sup>(4)</sup> Von Rosa Luxemburg lagen Leitsätze vor, die sie aus dem Gefängnis geschmuggelt hatte. Da diese die gesamte Politik der Gruppe in der Folgezeit bestimmten, seien hier die wichtigsten Thesen im Wortlaut wiedergegeben. Sie lauten:

„... 2. Durch die Zustimmung zu den Kriegskrediten und die Proklamation des Burgfriedens haben die offiziellen Führer der sozialistischen Parteien in Deutschland, Frankreich und England dem Imperialismus den Rücken gestärkt.

3. Diese Taktik bedeutet einen Verrat an den elementarsten Grundsätzen des internationalen Sozialismus.

5. Der Weltkrieg dient weder der nationalen Verteidigung noch den wirtschaftlichen oder politischen Interessen irgendwelcher Volksmassen — ist lediglich eine Ausgeburt imperialistischer Rivalitäten. In der Ära dieses entfesselten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben.

7. Der heutige Weltkrieg bedeutet bei jeder Niederlage und bei jedem Siege eine Niederlage des Sozialismus und der Demokratie. Er treibt bei jedem Ausgang — ausgenommen die revolutionäre Intervention des internationalen Proletariats — zur Stärkung des Militarismus.

9. Der Imperialismus ist der gemeinsame Todfeind des Proletariats aller Länder. Der Kampf gegen ihn ist für das internationale Proletariat zugleich der Kampf um die politische Macht im Staate. Das sozialistische Endziel wird von dem internationalen Proletariat nur verwirklicht, indem es gegen den Imperialismus auf der ganzen Linie Front macht und die Losung „Krieg dem Kriege!“ unter Ausbeutung der vollen Kraft und des unermesslichen Opfermutes zur Richtschnur seiner praktischen Politik erhebt.

12. Angesichts des Verrats der offiziellen Vertretungen der sozialistischen Parteien der führenden Länder an den Zielen und Interessen der Arbeiterklasse, angesichts ihrer Abschwenkung vom Boden der proletarischen Internationale auf den Boden der bürgerlich-imperialistischen Politik ist es eine Lebensnotwendigkeit für den Sozialismus, eine neue Arbeiterinternationale zu schaffen, welche die Leitung und Zusammenfassung des revolutionären Klassenkampfes gegen den Imperialismus aller Länder übernimmt. Sie muß, um ihre historische Aufgabe zu lösen, auf folgenden

<sup>(1)</sup> „Broschüre im Kriege“, eingeleitet von Ernst Meyer, S. 7 ff.  
<sup>(2)</sup> Zitiert bei Fromm, Op. Cit., S. 221 ff.  
<sup>(3)</sup> „Broschüre“, Einleitung, S. 11.

Grundlagen beruhen:

1. Das sozialistische Proletariat kann weder im Frieden noch im Kriege auf Klassenkampf und auf internationale Solidarität verzichten, ohne Selbstmord zu begehen.

2. Die Klassenaktion des Proletariats aller Länder muß im Frieden wie im Kriege auf die Bekämpfung des Imperialismus und Verhinderung der Kriege als auf ihr Hauptziel gerichtet werden. Die parlamentarische Aktion, die gewerkschaftliche Aktion wie die gesamte Tätigkeit der Arbeiterbewegung muß dem Zweck untergeordnet werden, das Proletariat in jedem Lande aufs schärfste der nationalen Bourgeoisie entgegenzustellen.

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisationen des Proletariats. Die Internationale entscheidet im Frieden über die Taktik der nationalen Sektionen in Fragen des Militarismus, der Kolonialpolitik, der Handelspolitik, der Matfeiler, ferner über die gesamte im Kriege einzuhaltende Taktik.

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran.

5. Die nächste Aufgabe des Sozialismus ist die geistige Befreiung des Proletariats von der Vormundschaft der Bourgeoisie, die sich in dem Einfluß der nationalistischen Ideologie äußert.<sup>1)</sup> „Das Vaterland der Proletarier, dessen Verteidigung alles andere untergeordnet werden muß, ist die sozialistische Internationale.“<sup>2)</sup>

Die Konferenz nahm diese Leitsätze an und beschloß, illegale politische Briefe unter dem Kennwort „Spartakus“ herauszugeben, die zunächst vervielfältigt und seit September 1916 dank den Bemühungen von Leo Jogiches auch „ausgedruckt“ erschienen.<sup>3)</sup>

Der erste mit dem Pseudonym „Spartakus“ gezeichnete Brief erschien am 27. Januar 1916 und enthielt einen Artikel Liebknechts „Die Dezember-Männer von 1913“, in dem dieser sich von der Ledebour-Gruppe scharf abgrenzte. Die Spartakusbriefe erschienen jetzt<sup>4)</sup> in rascher Folge und bald bezeichnete man die „Gruppe Internationale“ nur noch als „Spartakusleute“.<sup>5)</sup>

Mitte März fand eine neue Reichskonferenz statt, die die organisatorische Zusammenfassung besprach und zu der Delegierte aus Berlin, Sachsen, Thüringen, Mitteldeutschland, Frankfurt, Württemberg, Rheinland erschienen waren. Die sozialistische Jugend, die Ostern 1916 eine Geheimkonferenz in Jena abhielt, erklärte sich für Spartakus.<sup>6)</sup> Schon jetzt kam es zu Differenzen zwischen den radikalen Mitgliedern, die unbedingt mit der SPD brechen wollten, um eine eigene Partei zu gründen, und der Leitung. Für diese betonte Rosa Luxemburg, daß man keinesfalls die Mitgliedschaft der SPD den Führern freiwillig überlassen dürfe. Keine Sekte schaffen, vorläufig nur die eigenen Anhänger als organisierte Richtung in der Partei zusammenfassen — das sah sie für längere Zeit als die Aufgabe an.<sup>7)</sup> Dem langsamen Wachstum der Opposition entsprach ein zunächst sehr zaghaftes Einsetzen von Massendemonstrationen. Das Jahr 1915 brachte wieder antipatriotische Straßenkundgebungen. In Berlin fanden einige Friedensdemonstrationen mit einigen hundert oder vielleicht einem Tausend Teilnehmern statt.<sup>8)</sup> Im Jahr der furchtbaren Verdunkelkämpfe gelang es der revolutionären Linken zum erstenmal seit 1913, Maidemonstrationen zu organisieren. In Berlin mobilisierte Spartakus in den Betrieben für eine Demonstration auf dem Potsdamer Platz, die fast 10 000 Teilnehmer hatte und bei der Liebknecht verhaftet wurde, als er sich gegen den Krieg wandte.

In dem darauffolgenden Prozeß wurde er erst am 28. Juni zu 2½ Jahren verurteilt, dann in zweiter Instanz am 23. August sogar zu vier Jahren Zuchthaus. Voller Stolz und Siegesversicht hatte er in seinem Schlußwort dem Anklagevertreter zugerufen: „Zuchthaus! Verlust der Ehrenrechte! Nun wohl! Ihre Ehre ist nicht meine Ehre! Aber ich sage Ihnen: kein General trug je eine Uniform mit so viel Ehre, wie ich den Zuchthauskittel tragen werde. — Ich bin hier um anzuklagen, nicht — um mich zu verteidigen! Nicht Burgfrieden, sondern Bürgerkrieg ist für mich die Lösung! — Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! ... Wo die Masse des Volkes stehen wird, wenn der Vornang des Trugs von seinen Augen gerissen wird, ob bei Ihnen oder bei mir — ich zweifle nicht!“<sup>9)</sup> Gegen das Urteil streikten in Berlin 55 000 Metallarbeiter. Darüber hinaus kam es auch zu Streiks in Braunschweig, Bremen usw.<sup>10)</sup>

Bereits 1915 hatten die ersten Verhaftungen Lücken in die Reihen der Linken gerissen. Gegen Jakob Walcher war im Herbst

<sup>1)</sup> „Spartakus im Kriege“, S. 109—111.

<sup>2)</sup> „Spartakus im Kriege“, S. 112.

<sup>3)</sup> „Instruierte Geseminte“, S. 137.

<sup>4)</sup> „Spartakus im Kriege“, S. 10.

<sup>5)</sup> Frohen, op. cit., S. 220.

<sup>6)</sup> Frohen, op. cit., S. 221.

<sup>7)</sup> „Instruierte Geschichte“, S. 133.

<sup>8)</sup> „Instruierte“, S. 231.



1915 Anklage wegen eines Flugblattes erhoben worden. Die schwerkranke Herausgeberin der „Gleichheit“ Clara Zetkin musste ins Gefängnis. Der Führer der Opposition von Württemberg F. Westmeyer wurde zur Arnie eingezogen und starb bald danach. In Braunschweig wurde der Redakteur des „Volksfreund“, August Thauheimer, eingezogen.) Fernere Opfer des Belagerungszustandes wurden Hugo Liebknecht, Wilhelm Pieck, der „Vorwärts“-Redakteur Ernst Meyer und mancher anderer. 1916 wurden Rosa Luxemburg, die bereits seit dem 18. Februar 1915 eine einjährige Gefängnisstrafe abgebußt hatte, und Mehring in Schutzhaft genommen. Der eigentliche Leiter der „Gruppe Internationale“ wurde nach der Verhaftung von Liebknecht und Luxemburg Leo Jogiches.)

Seit den Tagen des „Kommunistenbundes“ war der Gedanke vom internationalen Zusammenschluß der Proletarier aller Länder wesentlicher Bestandteil marxistischer Ideologie geblieben. Die sogenannte „Erste Internationale“ (1864—1870) erwies sich als zu schwach, den Fall der Pariser Kommune (1871) und den Bruch der Marxisten und Bakunisten zu überdauern. Die am 14. Juli 1889 in Paris gegründete, einen losen Zusammenschluß sozialdemokratischer Massenparteien darstellende sog. „Zweite Internationale“ zehrte zwar vom Widerschein der sich über ein Vierteljahrhundert erstreckenden Erfolge der angeschlossenen Landesparteien, brach aber nach dem Ausbruch des Weltkrieges, als die sozialdemokratischen Parteien der meisten Länder sich auf die Seite der kriegführenden Regierungen stellten, zusammen.) Kaum hatte aber die Zweite Internationale aufgehört zu existieren, da wurden aber auch schon auf der äußersten Linken Stimmen laut, die nach einer internationalen Einheitsfront gegen den Krieg verlangten.

Der erste Versuch ging interessanterweise von den Frauen aus. Clara Zetkin berief eine internationale sozialistische Frauentagung für den März 1919 nach Bern ein. Im Aufruf dieser Konferenz hieß es: „Nicht die Verteidigung des Vaterlandes, seine Vergrößerung ist der Zweck dieses Krieges ... Die Arbeiter haben durch diesen Krieg nichts zu gewinnen, wohl aber alles zu verlieren, was ihnen lieb und teuer ist ... Die ganze Menschheit blickt auf Euch, Ihr Proletarierinnen der kriegführenden Völker ... Vereint Euch in einem Willen, in einer Tat! Was Eure Männer, Eure Söhne noch nicht beteuern können, verkündet Ihr es millionenfach: Das Volk der Arbeit aller Länder ist ein Volk von Brüdern ... Nieder mit dem Kapitalismus, der dem Reichtum und der Macht der Besitzenden Hunderttausenden von Menschen opfert! Nieder mit dem Krügel Durch zum Sozialismus!“)

Unter den russischen Sozialisten waren es die Bolschewiki, die bereits im November 1914 ein Manifest publizierten, in dem die Gründung einer neuen Internationale gefordert wurde.) Im September 1915 trat in Zimmerwald bei Bern auf Initiative der italienischen Sozialisten und mit Unterstützung der schweizerischen Sozialisten die erste größere internationale Konferenz zusammen. Im ganzen nahmen 37 Delegierte aus elf Ländern an ihr teil.) Aus Deutschland kamen zehn Delegierte: Sechs gehörten zum linken Zentrum und folgten der Führung von Ledebur und Adolf Hoffmann; drei gehörten zur Gruppe „Internationale“; der Vierte war Julian Borchardt, der Herausgeber der „Lichtstrahlen“, der seit 1914 die Kriegspolitik der Partei bekämpfte und Radack und den holländischen Linken Pannekoek zur Mitarbeit herangezogen hatte.) Lenin erhielt für sein Programm der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, der Niederlage der eigenen imperialistischen Regierung, der Organisation der Dritten Internationale nur sieben Stimmen von dreißig. Von den deutschen Vertretern stimmte nur Borchardt für ihn. Selbst die „Gruppe Internationale“ ging nicht mit ihm.) Man einigte sich dann auf einen Aufruf, der den imperialistischen Charakter des Krieges und den Verrat derjenigen Sozialdemokraten, die für die Kriegskredite gestimmt hatten, brandmarkte und die Arbeiter zum Klassenkampf für einen Frieden ohne Annexionen aufforderte. Rosenberg weist darauf hin, daß noch in einem Spartakusbrief im November 1915 Lenin und sein Standpunkt nur mit einem einzigen Satz erwähnt wurden, d. h., selbst die Spartakisten betrachteten die Bolschewiki als eine unbedeutende Minderheit im Rahmen der internationalen Opposition.)

1) „Illustrierte Geschichte ...“, S. 112.

2) Meyer, „Spartakus im Krieg“, S. 20, und „Illustrierte Geschichte ...“, S. 117.

3) Großmann im „Wörterbuch der Volkswirtschaft“ II, S. 439.

4) „Illustrierte Geschichte ...“, S. 154; der volle Text bei Frölich,

„10 Jahre ...“, S. 222—224.

5) „Geschichte der KPSU“, S. 200.

6) Prager, op. cit., S. 82, und Großmann im „Wörterbuch der Volkswirtschaft“ II, S. 439.

7) Rosenberg, „Geschichte des Bolschewismus“, S. 79 f.; über Borchardt

8) Rosenberg, op. cit., S. 2.

Ostern 1916 fand dann eine zweite Zusammenkunft von etwa 40 Delegierten in Kienau statt. Von den sieben Deutschen vertraten vier den Ledebour-Standpunkt, zwei den der Spartakusgruppe, und Paul Frolich die linke Radekgruppe in Bremen. Die Spartakusgruppe legte neue Leitsätze vor; der Bremer Delegierte polemisierte sowohl gegen die zentristische „Arbeitsgemeinschaft“ wie auch gegen die Spartakusgruppe. Die Lenin-Radekgruppe, der sich die Spartakisten anschlossen, verneinte die Landesverteidigungspflicht und verwarf die internationale Schiedsgerichtsbarkeit. Es gelang aber doch noch, das Auseinanderfallen der Konferenz zu verhindern, indem man sich im Schlussmanifest „An die getretenen und hingemordeten Völker“ darauf beschränkte, „von den Vertretern der sozialistischen Parteien sofortige Abkehr von der Unterstützung der Kriegspolitik der Regierungen“, und das „Stimmen gegen alle Kriegskredite“ zu fordern.) In der einstimmig angenommenen Resolution wurde festgelegt, daß Schiedsgerichte, Abrüstung und Demokratisierung der auswärtigen Politik auf dem Boden des Kapitalismus keinen Dauerfrieden herbeiführen könnten und daß die ökonomischen Folgen des Krieges nicht die Arbeiterklasse der besiegten Nationen, sondern die Besitzenden (durch Annullierung der Kriegsschulden) tragen sollten.)

Der Ausgang des Jahres 1916 sah die Mittelmächte in einer recht schwierigen Lage. Inzwischen war der Kriegszustand zwischen Italien und Deutschland eingetreten. Die Errichtung des Königreichs Polen erwies sich von vornherein als Fehlschlag. Das Gefüge der Donaumonarchie war weiter geschwächt durch den Tod Franz Josephs. Die Ernährungsschwierigkeiten stiegen ständig. 1916/17 war der erste der sog. „Kohlrußwinter“. Mit dem Gesetz über den „Vaterländischen Hilfsdienst“ war für die männliche Bevölkerung der allgemeine Arbeitszwang eingeführt worden. Und bald sollte die russische Februarrevolution den ersten Beweis dafür liefern, daß die Herrscher von Gottes Gnaden weder unfehlbar noch unabsetzbar sind. Die Voraussetzungen für das Erstarken der revolutionären Bewegung waren also gegeben.

Der Winter 1916/17 brachte auch die endgültige Spaltung der SPD und die Gründung der USPD als selbständige Partei. Im September 1916 tagte eine Reichskonferenz der SPD, auf der Haase als Vertreter der Minderheit und Käthe Duncker für die Spartakusgruppe sprechen durften.) Viele Redner erklärten, die kommende internationale müsse eine Organisation mit entscheidenden Machtbefugnissen für alle Länder sein. Nicht die Einheit der Partei sei das Wichtigste, sondern die Einheit in den Grundsätzen. Die Massen müßten aufgerufen werden zum machtvollen Kampf gegen Imperialismus und Krieg. Der Friede müsse erkämpft werden unter Anwendung aller Machtmittel des Proletariats.) Käthe Duncker betonte, daß, wenn der Parteivorstand das Fundament des Klassenkampfes durch seine Burgfriedenspolitik untergrabe, die Einheit zu einer betrügerischen Phrase würde und aufgegeben werden müsse.)

Als kurz darauf der Parteivorstand der Opposition den „Vorwärts“ raubte, veranlaßte die Verschärfung der Lage die Opposition zu raschem Handeln. Zum 7. Januar 1917 wurden die Vertrauensleute aller oppositionellen Richtungen zu einer Konferenz nach Berlin zusammenberufen. Unter 157 Besuchern waren 35 Mitglieder der Spartakusgruppe. Ihr Redner, Ernst Meyer, verlangte, daß man die Frage der Beitragssperre und der Zugehörigkeit zur Partei erörtern solle.) Zwar wurde die Losung der Spaltung noch nicht offen verkündet, diese aber faktisch vorbereitet. Meyer selber gibt den damaligen Spartakus-Standpunkt wie folgt wieder: „Die Zugehörigkeit zu der gegenwärtigen sozialdemokratischen Partei darf von der Opposition nur so lange aufrechterhalten werden, als diese ihre selbständige politische Aktion nicht hemmt, noch beeinträchtigt. Die Opposition verbleibt in der Partei, nur um die Politik der Mehrheit auf Schritt und Tritt zu bekämpfen und zu durchkreuzen.“) Immerhin wurden ein von Kautsky vorgelegtes Manifest sowie eine von Eisner begründete Resolution einstimmig mit den Stimmen von Spartakus angenommen. In dem Manifest heißt es bezeichnenderweise u. a.: „Was die Opposition forderte, war nicht die Bereitschaft zum Frieden um jeden Preis, aber auch nicht die bloße Bereitschaft zu einem Frieden an sich ohne jede nähere Angabe seiner Bedingungen. Was sie forderte, war die Bereitschaft zu einem Frieden, in dem es weder Sieger noch Besiegte gibt, zu

) Prager, op. cit., S. 104 ff.; cf. Rosenberg, „Geschichte des Bolschewismus“, S. 82.

) Frolich, „10 Jahre Krieg und Bürgerkrieg“, S. 230; voller Wortlaut ib., S. 227 ff.

) Großmann, im „Wörterbuch der Volkswirtschaft“ II, S. 439.

) Prager, op. cit., S. 108 ff.

) Prager, op. cit., S. 113.

) „Illustrierte Geschichte...“, S. 146.

) Prager, op. cit., S. 116 ff.

) Meyer, „Spartakus im Krieg“, S. 13.

einem Frieden der Verständigung ohne Vergewaltigung.") Die Konferenz beschloß schließlich, die organisatorische Zusammenfassung der Opposition über das ganze Reich vorzubereiten.)

Als der Parteivorstand hierauf mit dem Ausschluß der oppositionellen Parteiorganisationen antwortete, war die Bildung einer neuen Partei unvermeidlich geworden. Vom 6. bis 8. April 1917 fand die Gründungskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) in Gotha statt. Ernst Däumig hatte ihr in einem Artikel folgendes Programm vorgezeichnet:

1. Der Arbeiterklasse müsse das Vertrauen auf Demokratie und Sozialismus wieder gegeben werden.

2. Die Neugeneration müsse die höchste politische Aktionsfähigkeit im alten sozialdemokratischen Geiste erzielen.

3. Die Organisation der Deutschen Sozialdemokratie müsse in der Internationale wieder zu Bedeutung und Ansehen gelangen und dadurch dem Frieden dienen.)

Obwohl die Spartakusgruppe der Neugründung kritisch gegenüberstand, schloß sie sich der neuen Partei an. Als Korreferent für sie verlangte Rück, daß ihr die größtmögliche Bewegungsfreiheit eingeräumt werde. Es könne sich nur um ein Kartellverhältnis handeln; den lokalen Organisationen müsse weitestgehende Aktionsfreiheit gewährt werden, den Arbeitern selbst müsse Gelegenheit gegeben werden, eine revolutionäre Taktik einzuschlagen.) Zum Aktionsprogramm erklärte Neckert, daß nicht mehr das Programm der alten Partei und die Beschlüsse der Parteitagen maßgebend sein dürften, sondern eine neue Grundlage für die Arbeit gesucht werden müsse.) Schließlich wurde nach viel Diskussion als neuer Name für die neue Organisation die Bezeichnung „USPD“ mit 77 gegen 42 Stimmen beschlossen.)

Die relativ positive Haltung des Spartakusbundes zur neuen Partei stieß trotz allen ihren Vorbehalten auf Widerstand in ihren eigenen Reihen. Nicht nur blieben die Bremer Linksradikalen von vornherein der USPD fern; auch eine ganze Reihe von Spartakusorganisationen folgten nur widerwillig und zum Teil gar nicht den auf Eintritt lautenden Beschlüssen der Spartakuskonferenz, die kurz vor dem Gründungs-Parteitag der USPD stattgefunden hatte.) Während Leo Jogiches von vornherein keinerlei Zweifel daran gelassen hatte, daß die Spartakuscute sich „volle Freiheit der Kritik und der selbständigen Aktion“ vorbehalten, hat später Liebknecht das Verhältnis von Spartakusbund und USPD folgendermaßen charakterisiert: „Wir haben der USPD angehört, um sie voranzutreiben, um sie in der Reichweite unserer Partei zu haben, um die besten Elemente aus ihr herauszuholen.“) Es war natürlich kein Wunder, daß selbst die recht geduldige USPD schließlich der spartakistischen Peitsche überdrüssig wurde.

Ziehen wir einen Querschnitt durch die sozialistische Bewegung im dritten Kriegsjahr, so sehen wir, daß von der alten Einheit der Partei nicht viel übrig geblieben ist und daß sich die neuen Richtungen bereits scharf voneinander abheben. Mit der Gründung der USPD und der organisatorischen Konsolidierung des Spartakusbundes ist die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung unwiderruflich geworden, haben sich wiederum in Deutschland, ähnlich wie in anderen Ländern, drei Richtungen herauskristallisiert, die trotz aller Umgruppierungen in personeller Hinsicht und der Gewichtsverlagerung nach rechts den drei Vorkriegstendenzen der SPD entsprechen.) Man hat mit Recht hervorgehoben, daß Deutschland das einzige Land ist, in dem es bereits während des Krieges an der Kriegsfrage zu einem vollkommenen Bruch gekommen ist. Borkenau hat den Hauptgrund hierfür in der eigenartig überspitzten Disziplin der alten SPD sehen wollen, einer Disziplin, deren Vorbild die Manneszucht der preussischen Armee und Bürokratie war und der ein Disziplinbruch wie ein Verbrechen, eine „Meuterei“ erschien. Hinzu kommen nach ihm als weitere Ursachen die Tradition der prinzipiellen Fernhaltung vom Staatsleben und die Schwierigkeiten, die sich gerade in Deutschland für die bürgerliche Meinung aus dem Charakter des reaktionären Wilhelmischen Regimes ergaben.) Wir selber haben bereits angedeutet, wie die unter Verwendung von Zuckerkorn und Peitsche herbeigeführte Integration der Arbeiterbewegung in die deutsche Kriegswirtschaft, -gesellschaft und -politik jener eine Einheitspolitik unmöglich machte. Wenn es nun nicht eine Blodius, die

1) Prager, op. cit., S. 127.

2) Pieck im „Janbruch 1922/23“, S. 40.

3) Prager, op. cit., S. 145.

4) Prager, op. cit., S. 145.

5) Prager, op. cit., S. 145.

6) Prager, op. cit., S. 145.

7) Meyer, „Spartakus im Krieg“, S. 11.

8) „Menschliche Geschichte“, S. 4.

9) I. Parteitagbericht, S. 4.

10) Borkenau, op. cit., S. 70 ff.

„alta“, so bedeutete das, daß die Politik der Eiertänze vorüber war und die Partei vom Olymp marxistischer Ideologie herniedersteigen und selber Stellung nehmen mußte — und zwar in einer so eindeutig-einsseitig kriegs- und regierungsfreundlicher Weise, daß der innerparteiliche Kompromiß unerreichbar und die Spaltung unvermeidlich war.

Das Jahr 1917 sah die ersten Sturmvögel des langsam heranahenden revolutionären Orkans. Wiederholt war es schon zu Streiks gekommen, so im Sommer 1916 nach der Verurteilung Liebknechts und im Januar 1917 besonders in Leipzig und Braunschweig. Im April brach eine Massestreikbewegung aus; allein in Berlin streikten 200 000—300 000 Arbeiter. Die äußere Ursache war die immer schlechter werdende Versorgung mit Lebensmitteln.<sup>1)</sup> In Spartakus-Flugblättern wurden folgende Forderungen aufgestellt: „1. Die Befreiung aller wegen politischer Betätigung Verurteilten und Inhaftierten sowie die Niederschlagung aller politischen Prozesse. 2. Beseitigung des Zivilzwangsdienstgesetzes. 3. Die Aufhebung des Belagerungszustandes. 4. Unbeschränkte Vereins-, Presse- und Versammlungsfreiheit. 5. Die Organisation der Arbeiterklasse zur Erzwingung des Friedens und wirklicher politischer Freiheit. Schaffung zu diesem Zweck eines ständigen Delegiertenkörpers aus Vertretern aller Betriebe, der den Arbeiterkampf leiten soll.“<sup>2)</sup>

Vielleicht noch bedeutsamer war die erste Marinemeuterei im September 1917, die mit der Erschießung der beiden Führer, Reichpietsch und Kübis, die sowohl mit der US<sup>3)</sup> wie auch mit der Gruppe „Internationale“ Verbindung aufgenommen hatten, endete. Der Spartakusbund trat offen für diese Vorläufer der Novemberrevolution ein.<sup>4)</sup>

Aus Anlaß der Brest-Litowsker Friedensverhandlungen kam es im Januar 1918 zu gewaltigen Massestreiks. Die Zahl der Streikenden wurde vom „Vorwärts“ Nr. 29, 29. Januar 1918, S. 1 auf insgesamt 300 000 geschätzt.<sup>5)</sup> Eine andere Schätzung spricht sogar von 1 Million.<sup>6)</sup> Wie Ernst Meyer zugibt, lag die organisatorische Vorbereitung der Januar-Streiks größtenteils in den Händen der revolutionären Obleute, während die Unabhängigen Ledebour, Haase und Dittmann die parlamentarische Führung des Streiks innehatten und selbst die SPD durch Ebert, Scheidemann und Braun in der Streikleitung vertreten war.<sup>7)</sup> Während aber diese im Streik nur eine friedliche Demonstration für den Verständigungsfrieden sahen, forderte der Spartakusbund die Weiterleitung des Streiks zum Aufstand. Seine Flugblätter warnten vor der Aufnahme der „Regierungssozialisten“ und „anderer Durchhalter“ in die Kampfleitungen.<sup>8)</sup> Durchsetzen konnte sich Spartakus nicht. Die Opposition zahlte mit vielen Opfern: Bis zum 2. Februar wurden 84 Personen verhaftet. Im März wurde auch Jogiches verhaftet, so daß Paul Levi die Leitung des Bundes übernahm.<sup>9)</sup>

Inzwischen hatten in Rußland die Bolschewiki unter der Führung von Lenin, Trotzki und Stalin 1917 in der Oktoberrevolution die Macht erobert, den Grundstein gelegt für die neue sozialistische Räterepublik, die sich schon recht bald als Einparteistaat zu entpuppen begann, und allen kriegführenden Mächten der Abschluß eines demokratischen Friedens vorgeschlagen. Die großen Probleme Revolution und Staat, Diktatur und Demokratie, Kapitalismus und Sozialismus, Krieg und Frieden wurden damit über Nacht aus theoretischen Thesen akute Tagesfragen für die gesamte sozialdemokratische Bewegung Europas. Und wenn die rechten Sozialdemokraten sich ihre Lösung leicht machen konnten, indem sie einfach den „Russischen Weg“ von vornherein in toto ablehnten, so mußten sich natürlich alle linken Gruppen mit den von den russischen Genossen angewandten Methoden und intendierten Zielen auf das Ernsthafteste und Genauoste auseinandersetzen.

Es handelte sich hierbei im wesentlichen um zwei, allerdings miteinander verbundene Fragenkomplexe. Die erste Frage war die, ob und in welchem Umfange man die Politik der Bolschewiki für Rußland selber akzeptieren konnte. Es war natürlich eine andere Frage, ob und inwieweit man die bolschewistische Strategie und Taktik auf andere Länder, insbesondere also Deutschland, übertragen sollte.

Was nun die Stellungnahme der verschiedenen linken Gruppen anlangt, so standen, wie bereits erwähnt, die Bremer Kommunisten Lenin eigentlich am nächsten. Zwar lehnten sie (ebenso wie Rosa

<sup>1)</sup> Prager, op. cit., S. 169.

<sup>2)</sup> „Vorwärts“, 29. Januar 1918, S. 154.

<sup>3)</sup> „Vorwärts“, 29. Januar 1918, S. 154. Vgl. auch Rosenbergs „Die Ent-

<sup>4)</sup> „Vorwärts“, 29. Januar 1918, S. 154.

<sup>5)</sup> „Vorwärts“, 29. Januar 1918, S. 154.

<sup>6)</sup> „Vorwärts“, 29. Januar 1918, S. 154.

<sup>7)</sup> „Vorwärts“, 29. Januar 1918, S. 154.

<sup>8)</sup> „Vorwärts“, 29. Januar 1918, S. 154.

<sup>9)</sup> „Vorwärts“, 29. Januar 1918, S. 154.

Luxemburg) die Leninsche Losung vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen ab und vertraten auch die „unmarxistische“ Idee von der wirtschaftlich-politischen Einheitsorganisation, die Partei und Gewerkschaften ersetzen sollte.) Zugleich hatten sie aber wie die Bolschewiki von Anbeginn an die Spaltung der SPD und die Bildung einer neuen Internationale befürwortet. Sie schlossen sich auch Lenins Kritik an Luxemburgs Junius-Broschüre an und verteidigten die Methoden und Ziele der Oktoberrevolution und der bolschewistischen Herrschaft.

Dagegen hatte Rosa Luxemburg bereits 1918 aus dem Gefängnis heraus in ihrer 1922 von Paul Levi aus dem Nachlaß herausgegebenen Broschüre „Die Russische Revolution. — Eine kritische Würdigung“ die bolschewistische Terror- und Diktaturpolitik schärfstens kritisiert. Auch Paul Frölich gibt zu, daß sie an den Bolschewiki ständig scharfe Kritik zu üben pflegte.) Außer in der Beurteilung Rußlands unterschied sich Rosa von Lenin und ihren eigenen „Ultra-Linken“ Anhängern vor allem in der Stellung zur Internationale. Zwar hielt auch sie die „Zweite Internationale“ für tot und erwartete alles von einer neuen Internationale. Diese sollte aber ihren Ausgangspunkt nicht von einer Zusammenfassung kleiner Gruppen von Berufsrevolutionären nehmen, vielmehr den Zusammenschluß mächtiger revolutionärer Massenparteien darstellen. Borkenau beruft sich vor allem auf mündliche Äußerungen Ernst Meyers für seine Behauptung, daß Rosa eine Internationale, geführt von den russischen Bolschewiki, gefürchtet habe.) Last, but not least, hatte sich gerade R. Luxemburg wiederholt gegen die Leninsche Elitetheorie gewandt, derzufolge die Arbeiterschaft nicht von sich aus spontan über ein „trade-unionistisches“ Bewußtsein hinaus zur sozialistischen Theorie gelange, die sozialistische Lehre vielmehr in das Proletariat von der Partei hineingetragen werde, die Partei also die revolutionierende und leitende Elite der spontanen Arbeiterbewegung darstelle.) Demgegenüber hatte Rosa Luxemburg immer wieder auch gegen die Reformisten ihren Glauben an die revolutionäre Spontaneität der Massen verteidigt. Sie war demokratisch genug, nichts von unverantwortlichen Führern und auch nur Begrenztes von der revolutionären Partei zu erwarten. Die Partei konnte immer nur das Sprachrohr der Massen sein. Diese selber würden schließlich, von der Dialektik der Geschichte gezwungen, ein revolutionär-sozialistisches Klassenbewußtsein entwickeln.) Rosa Luxemburgs Konzeption ist später von den Kommunisten als „Spontaneitäts-Idologie“ abgestempelt und verworfen worden — nicht einmal ganz zu Unrecht. Denn selbst wenn man nach allem, was wir in den letzten Jahrzehnten gesehen haben, einerseits die reformistische Glorifizierung des „Trade-Unionism“ ablehnt, da dieser nie zum Sozialismus zu führen vermag, und andererseits die Leninistische Elitetheorie von der Rolle der Partei verwirft, da die Parteiherrschaft zwangsläufig zur totalitären Diktatur führt, so wäre es illusionär, auf Grund der bisherigen Erfahrungen anzunehmen, daß in absehbarer Zukunft und im Weltmaßstab das Proletariat selber den Sozialismus aus historischer Notwendigkeit spontan und frei, demokratisch und revolutionär verwirklichen wird.

Verband sich noch bei Rosa Luxemburg revolutionärer Voluntarismus und Mystizismus mit Realismus und Objektivität, so war ein Teil ihrer Anhänger von vornherein rein utopisch-rebellisch eingestellt. Wie zu Anfang der fünfziger Jahre die von Marx bekämpften subjektivistischen Revolutionäre Willich und Schapper geglaubt hatten, die objektive Niederlage überschen zu können, so glaubten diese nun, daß es nur des revolutionären Willens bedürfe, um zu Revolution und Sieg zu gelangen. Es war dieselbe Schicht verelendeter und verzweifelter Menschen, die, auch hier im Gegensatz zu Rosa Luxemburg, während und nach der russischen Revolution schon aus Trotz gegen die antibolschewistische Hetze geneigt war, kritiklos allen Maßregeln der Bolschewiki zuzustimmen. „Daß“, schreibt Ernst Meyer wörtlich, „Rosa Luxemburg Kritik an den Bolschewiki keineswegs von allen Spartakusanhängern gestellt wurde, zeigt die von mir als dem damaligen Herausgeber der Spartakusbriefe geschriebene redaktionelle Anmerkung zu ihrem Artikel „Die russische Tragödie“ aus den Spartakusbriefen vom September 1918, worin ich von der Kritik Rosa Luxemburgs abrückte, was der allgemeinen Stimmung in den Spartakuskreisen entsprach.“ In der legalen Presse veröffentlichten Franz Mehring und Clara Zetkin uneingeschränkte Solidaritätserklärungen mit den Bolschewiki; Mehring verteidigte insbesondere die Unterzeichnung

) „Illustrierte Geschichte...“, S. 144 f.

) Frölich, „Rosa Luxemburg“, S. 236.

) Borkenau, op. cit., S. 8 f.

) Vgl. Lenin, „Was tun?“, passim, insbes. S. 68 f., wo Lenin zustimmend

) Vgl. auch Kofenber, „Geschichte der Bolschewiki“, S. 110 f.

) Vgl. auch Rosenber, „Die Entstehung...“, S. 111.

des Friedens von Brest-Litowsk.) Clara Zetkin verteidigte die Auflösung der Konstituante, den Frieden von Brest-Litowsk, den roten Terror, wie überhaupt die gesamte Politik der Bolschewiki.) Der sog. „utopische Radikalismus“ war also durchaus nicht auf die Arbeitermassen beschränkt, bestimmte vielmehr von vornherein auch das Denken der spartakistischen Führerschicht. Und um überhaupt Massenanhänger zu gewinnen, mußte auch der Kreis um Luxemburg diesen Stimmungen Rechnung tragen. „Bei diesem Zusammenwirken haben die Geführten die Führer mindestens ebenso stark beeinflußt wie umgekehrt.“<sup>1)</sup>

Obwohl genaue und zuverlässige Angaben über Mitgliederstand und organisatorische Stärke der verschiedenen oppositionellen Gruppierungen fast ganz fehlen, seien hier ein paar Schätzungen wiedergegeben. Die Mitgliederzahl der SPD war infolge der Einziehungen bereits 1916 auf 432 618 zurückgegangen. Nach der Spaltung betrug die Mitgliederzahl der SPD nach einer Schätzung etwa 248 000, die der USPD etwa 100 000<sup>2)</sup>; nach einer anderen 170 000 (SPD) und 120 000 (USPD)<sup>3)</sup>. Von 88 SPD-Zeitungen mit etwa 870 000 Abonnenten fielen 14 Zeitungen mit etwa 123 000 Abonnenten zur USPD ab.<sup>4)</sup> Und obwohl im Reich die SPD wohl den ganzen Krieg hindurch die „Mehrheitspartei“ geblieben ist, war das Verhältnis in den Industriezentren doch bald anders. Ebert selber soll im August 1918 die Zahl der Mehrheitssozialisten in Berlin auf 12 000 gegenüber 14 000 Unabhängigen geschätzt haben.<sup>5)</sup> Die Zahlen für den illegalen Spartakusbund sind natürlich noch viel unbestimmter. Die Schätzungen schwanken zwischen einigen tausend Mitgliedern<sup>6)</sup> und einigen hundert.<sup>7)</sup> Was den Masseneinfluß anbelangt, so stimmen die kommunistischen Herausgeber der „Illustrierten Geschichte der Deutschen Revolution“ einerseits, Rosenberg und Borkenau andererseits, dahingehend überein, daß er stets unbeträchtlich gewesen sei; keine einzige nennenswerte Organisation der Sozialdemokratie sei je zu ihm übergegangen. Liebknecht als Person habe zwar große Popularität gewonnen, diese habe aber nicht dem revolutionären Sozialisten, sondern dem tapferen Friedenskämpfer gegolten und sei dem Spartakusbund nie zugute gekommen. Dieser sei vielmehr sogar bei den revolutionären Obleuten durchaus unpopulär gewesen.<sup>8)</sup> Bry spricht allerdings von guten Beziehungen zu den Obleuten, an deren Fraktionssitzungen Luxemburg und Liebknecht teilgenommen hätten, erwähnt aber auch, daß immer ein gewisses Mißtrauen geherrscht habe.<sup>9)</sup> Nach Rosenberg haben sich im Herbst 1918 die Berliner Obleute den Anschauungen des Spartakusbundes über die Lage genähert.<sup>10)</sup>

Inzwischen hatte sich das einst so imposante Gefüge des Wilhelminischen Reiches so weit gelockert, daß es jeden Augenblick wie ein Kartenhaus zusammenbrechen konnte. Nach dem furchtbaren Hungerwinter 1917/18 kamen das Versagen der Ludendorffschen Verzweiflungsoffensive im Westen, der Zusammenbruch von Deutschlands Verbündeten, die Halbheiten der zu spät zugestandenen Parlamentarisierung im Reich und Demokratisierung in Preußen, die Wechselfälle einer großwahnsinnigen Kriegs- und Friedensdiplomatie, die immer rascher wachsende Desillusionierung des schmerzlich enttäuschten deutschen Untertanen. Kein Wunder, daß die Linken nun mehr denn je davon überzeugt waren, daß die Weltrevolution, die wider Erwarten 1917 im agrarisch-rückständigen Rußland eingesetzt hatte, in den nächsten Wochen und Monaten Mitteleuropa überspülen würde.

Es kam jetzt also alles darauf an, ideell und materiell gerüstet zu sein. Folglich galten im Laufe des Jahres 1918 die Hauptanstrengungen des Spartakusbundes in Verbindung mit den Berliner Obleuten der Bewaffnung von proletarischen Stoßtrupps zur Vorbereitung des bewaffneten Umsturzes. Es wurde unter den Soldaten der Kaserne, in der Etappe und im Schützengraben agitiert. In den Flugblättern findet sich immer häufiger die Forderung des revolutionären Massenstreiks, der als Vorbereitung des revolutionären Aufstandes gedacht war.<sup>11)</sup> Seit der Anwesenheit der sowjetischen Botschaft in Berlin wurden die Schriften Lenins, Trotzki's und Bucharins in den Spartakuskreisen eifrig vorbere-

<sup>1)</sup> Meyer, „Spartakus im Kriege“, S. 17 f.; vgl. auch „Illustrierte Geschichte...“, S. 163 f.

<sup>2)</sup> Meyer, „Spartakus im Kriege“, S. 18.

<sup>3)</sup> Rosenberg, „Die Entstehung...“, S. 113.

<sup>4)</sup> Bryhn im „Handwörterbuch der Statistikwissenschaften“ VII, S. 624.

<sup>5)</sup> „Illustrierte Geschichte...“, S. 148.

<sup>6)</sup> Bryhn, op. cit., S. 634 und 639.

<sup>7)</sup> Friedrich Ebert...“, S. 20.

<sup>8)</sup> Frölich, „Rosa Luxemburg“, S. 273.

<sup>9)</sup> Ebert, op. cit., S. 24.

<sup>10)</sup> Borkenau, op. cit., S. 78. Rosenberg, „Die Entstehung...“, S. 113 f. und

<sup>11)</sup> „Illustrierte Geschichte...“, S. 176 f. und S. 202.

<sup>12)</sup> „Illustrierte Geschichte...“, S. 148.

<sup>13)</sup> Rosenberg, „Die Entstehung...“, S. 113.

<sup>14)</sup> Meyer, „Spartakus im Kriege“, S. 10.

tel.<sup>5)</sup> Trotz allen Vorbehalten Rosa Luxemburgs machte der Spartakusbund jederzeit für die Bolschewiki starke Propaganda. So verbreitete er auch die von Bucharin verfaßten „Thesen über die sozialistische Revolution“.

Am 1. Oktober 1918 kam es zur organisatorischen Annäherung von Spartakusbund und Bremer Kommunisten. Auf einer gemeinsamen Reichskonferenz wurde ein Aktionsprogramm beschlossen, das in folgenden Forderungen ausmündet:

„1. Unverzügliche Freilassung aller derer, die für die Sache des Proletariats in den Gefängnissen und Zuchthäusern, sei es in Schutzhaft oder in Strafhaft, schmachten, ...

2. Die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes.

3. Sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.

Darüber hinaus hat das Proletariat zu fordern:

1. Die Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen ohne jede Entschädigung.

2. Enteignung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten, wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit, Festsetzung von Mindestlöhnen.

3. Enteignung alles Groß- und Mittelgrundbesitzes, Uebergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern.

4. Durchgreifende Umgestaltung des Heerwesens.

5. Uebergabe der Lebensmittelverteilung an Vertrauensleute der Arbeiter.

6. Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien.

Proletarier, die Erreichung dieser Ziele bedeutet noch nicht die Erreichung eures Zieles, sie sind der Prüfstein dafür, ob die Demokratisierung, die die herrschenden Klassen und deren Agenten euch vorflunkern, echt ist. Der Kampf um die wirkliche Demokratisierung geht nicht um Parlament, Wahlrecht oder Abgeordnetenminister und anderen Schwindel; er gilt den realen Grundlagen aller Feinde des Volkes: Besitz an Grund und Boden und Kapital, Herrschaft über die bewaffnete Macht und über die Justiz...“<sup>6)</sup>

Nachdem am 20. Oktober eine allgemeine Amnestie beschlossen worden war, kam nun auch Liebknecht frei.<sup>7)</sup> Nach seiner Ankunft in Berlin am 23. Oktober begann er sofort eine fleißige Tätigkeit, immer von der Polizei verfolgt. Er wurde in die Organisation der revolutionären Obleute aufgenommen, mit deren Führung es bald zu Konflikten kam. Er dachte an Massenmobilisierung, Demonstrationen, Propaganda in Betrieben und Kasernen.<sup>8)</sup> Die Obleute hatten sich inzwischen mit dem Gedanken einer gewaltlosen sozialistischen Revolution nach dem Vorbild Rußlands vertraut gemacht. Eine Rolle spielten hierbei insbesondere neben Richard Müller und Emil Barth der Abgeordnete Ledebour und der Schriftsteller Däumig. Karl Liebknecht drängte auf schnelles Handeln; die Obleute hingegen wollten einen planmäßig vorbereiteten Aufstand und kamen mit den technischen Vorbereitungen nicht zu Rande. Auf eigene Faust besorgte sich Barth Geld von der russischen Botschaft und kaufte damit Waffen. Die Obleute selber versuchten, mit den in Berlin befindlichen Soldaten in Kontakt zu kommen. Inzwischen wurde der Termin zur Erhebung immer wieder verschoben. Schließlich wurde am 2. November mit 22 gegen 19 Stimmen der 11. November als Termin des Aufstandes in Berlin festgesetzt. Erst am 8. November wurde endlich beschlossen, die Arbeiter aufzufordern, am 9. November in den Generalstreik zu treten und die Reichsregierung zu stürzen.<sup>9)</sup> Kein Wunder, daß so selbst die Obleute von der inzwischen in Gang gekommenen spontanen Bewegung der Matrosen überrascht wurden.

Obwohl die am 4. Oktober gebildete parlamentarische Koalitionsregierung des Prinzen Max von Baden noch am selben Tage Wilson um Waffenstillstand gebeten und die 14 Punkte als Friedensgrundlage akzeptiert hatte, inzwischen auch am 27. Oktober Ludendorff, der Hauptverantwortliche für die Kriegspolitik der letzten Jahre, zurückgetreten war, blieb der Friedensdurst der kriegsmüden Massen ungestillt und ihr Mißtrauen wach. Als die deutsche Flottenleitung am 30. Oktober der Hochseeflotte den Befehl gab, durch einen Vorstoß in den Kanal der schwerbedrängten Westfront Entlastung zu bringen, verweigerten die Mannschaften den Gehorsam.<sup>10)</sup> Nun überstürzten sich die Ereignisse. In Kiel verbündeten sich die Matrosen mit den Arbeitern. Der Generalstreik bricht aus. Am 4. November nehmen die Matrosen von den Schiffen und der Stadt Besitz. Ein Arbeiter- und Matrosenrat wird gebildet, die rote Fahne heißt. Die Revolution ist da! Die Regierung sanxkt Noske nach Kiel, um die Matrosen zu beschwichtigen.

<sup>5)</sup> Meyer, „Spartakus im Kriege“, S. 20.

<sup>6)</sup> „Ausgewählte Gesammelte“, S. 177 f.

<sup>7)</sup> Frölich, „10 Jahre“, S. 22.

<sup>8)</sup> Frölich, „10 Jahre“, S. 22.

<sup>9)</sup> Frölich, „10 Jahre“, S. 22.

<sup>10)</sup> Frölich, „10 Jahre“, S. 22.

Aber schon stürmt die Revolution weiter. Am 5. November siegt sie in Lübeck, am 6. in Hamburg, dann in Bremen, in Hannover, Leipzig, Stuttgart, am 8. in München. „Die Kronen rollen in die Gassen.“<sup>1)</sup> In München bildet sich bereits am 7. November im Anschluß an eine Massendemonstration auf der Theresienwiese ein Arbeiter- und Soldatenrat, der unter Führung des früheren Revisionisten und jetzigen Unabhängigen Kurt Eisner die Macht übernimmt und die Bayerische Republik proklamiert.<sup>2)</sup> In Berlin ging es vor allem um die Abdankung des Kaisers. Die SPD merkte nun, daß die Arbeitermassen nicht mehr zu halten seien, wenn der Kaiser nicht gehe. Am 7. November beschloß die Fraktion, den Rücktritt des Kaisers bis zum Mittag des nächsten Tages zu fordern. Der Kaiser weigerte sich hartnäckig. Am Abend des 8. fand im Sitzungssaal des Vorstandes der SPD eine Versammlung der Betriebsvertrauensmänner statt. Aus jeder Rede klang deutlich heraus, daß länger als bis morgen die Arbeiter nicht mehr in den Betrieben zu halten seien.<sup>3)</sup>

Am Morgen des 9. November wälzten sich ungeheure Arbeitermassen aus den Vorstädten nach dem Innern der Hauptstadt. Die Soldaten in den Kasernen erklärten ihre Neutralität oder schlossen sich den Arbeitern an. Am Mittag war Berlin in den Händen der revolutionären Arbeiter und Soldaten.<sup>4)</sup>

Die Vorstände der sozialdemokratischen Partei und Fraktion waren im Reichstag versammelt. Von einem Haufen bewaffneter Arbeiter wurde Scheidemann aufgefordert, zum Volke zu sprechen. Es sei die höchste Zeit, da Liebknecht bereits vom Schloßbalkon aus spreche. Im Lesesaal wurde ein Fenster aufgerissen, von dem aus Scheidemann zu reden begann. Die Rede war vollkommen improvisiert und schloß mit der Verkündung: „Das Alte, das Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen, es lebe das Neue: Es lebe die Deutsche Republik.“<sup>5)</sup>

Am selben Tage ließ Prinz Max die Abdankung des Kaisers bekanntgeben, der im Sonderzug nach Holland floh, wo er am 28. November die Abdankungsurkunde unterschrieb.<sup>6)</sup>

Welche Rolle hatten nun der Spartakusbund und die Bremer Linken, die Vorläufer der späteren KPD, im Prozeß der deutschen Revolution gespielt? Zur Beantwortung dieser Frage ist zunächst die Feststellung zu machen, daß es sich bei der Novemberrevolution i. W. um eine spontane Massenbewegung gehandelt hat. Innerpolitisch war die Bewegung seit den Oktoberreformen in erster Linie gegen die Monarchie, den Kaiser und die 20 Bundesfürsten gerichtet, außenpolitisch gegen die Fortführung des Krieges.<sup>7)</sup> Da die Massen weitergehende Zielvorstellungen nicht hatten, hätte normalerweise die Führung in der Hand der SPD liegen müssen. Dies war aber nicht der Fall, da die SPD schon längst nicht mehr eine bewußt bürgerlich-revolutionäre Partei war, vielmehr seit dem Oktober 1918 eine konservative Regierungspartei. Die Massen unterschieden sich also nicht so sehr in der politischen Zielsetzung von der SPD und den anderen Koalitionsparteien als vielmehr in der Taktik. Seit 1917 hatten sie nämlich gelernt, zur direkten Aktion gegen die Obrigkeiten Zuflucht zu nehmen. Rosenberg sieht richtig in der Marinebewegung von 1917 den ersten Akt, im Januarstreik von 1918 den zweiten Akt und in der Novemberrevolution den dritten Akt dieser Massenaktion, die sich als eigene Organe 1917 auf der Flotte die politisierten Menagekommissionen, im Januar 1918 die Arbeiterräte und im November 1918 die Arbeiter- und Soldatenräte geschaffen hatte.<sup>8)</sup>

Bei dieser Sachlage konnte sich zwar die SPD immer wieder als Verbindungsglied zwischen der revolutionären Masse und der Militärdiktatur einschalten und außerdem auch die USPD als die Partei der radikal-bürgerlichen Revolution vorübergehenden und stellenweisen Einfluß gewinnen. Die radikale Linke hingegen war von vornherein verurteilt, die Rolle des fünften Rades am Wagen der bürgerlichen Revolution zu spielen. Dabei ließ sie es durchaus nicht an großer Energie und erheblichem Geschick fehlen. Man braucht nur die in der „Illustrierten Geschichte der Deutschen Revolution“ veröffentlichten Auszüge aus Fritz Rückes „Tagebuch eines Spartakisten in Süddeutschland“ (S. 182—184), die Aufzeichnungen Liebknechts über seine Tätigkeit zwischen dem 28. Oktober und dem 8. November (S. 203 f.), die Darstellungen der Aktivität Paul Frölichs und der Linken in Hamburg (S. 191 f.) oder des spartakistischen Schneiders Merges und seiner Anhänger in Braunschweig (S. 193 f.) zu studieren, um zu verstehen, daß die Linken

<sup>1)</sup> Frölich, „10 Jahre...“, S. 213.

<sup>2)</sup> „Illustrierte Geschichte...“, S. 182.

<sup>3)</sup> „Friedrich Ebert...“, S. 178.

<sup>4)</sup> „Illustrierte Geschichte...“, S. 208.

<sup>5)</sup> „Friedrich Ebert...“, S. 180 f.; vgl. auch Hermann Müller, „Die No-

vember-Revolution“, S. 83.

<sup>6)</sup> „Illustrierte Geschichte...“, S. 182.

<sup>7)</sup> Rosenberg, „Die Entstehung...“, S. 221.



Im Norden und Süden, Osten und Westen nichts unversucht lassen, um durch Agitation und Propaganda, Organisation und Taktik die Massen unter Ihre Führung zu bekommen und in Richtung auf die sozialistische Revolution in Bewegung zu setzen. Daß Ihnen dabei am Vorabend der Revolution die Bildung einer sozialistischen Räterepublik vorschwebte, zeigt der Wortlaut des am 7. November 1918 von Liebknecht und Ernst Meyer redigierten Flugblatts „Die Stunde des Handelns ist gekommen!“, das hier auszugsweise wiedergegeben sei:

„Arbeiter und Soldaten! Nun ist Eure Stunde gekommen. Nun seid Ihr nach langem Dulden und stillem Tragen zur Tat geschritten. Es ist nicht zuviel gesagt: In diesen Stunden blickt die Welt auf Euch und haltet Ihr das Schicksal der Welt in Euren Händen... Die nächsten Ziele des Kampfes müssen sein:

1. Befreiung aller zivilen und militärischen Gefangenen.
2. Aufhebung aller Einzelstaaten und Beseitigung aller Dynastien.
3. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten, Wahl von Delegierten hierzu in allen Fabriken und Truppenteilen.
4. Sofortige Aufnahme der Beziehungen zu den übrigen deutschen Arbeiter- und Soldatenräten.
5. Übernahme der Regierung durch die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte.
6. Sofortige Verbindung mit dem internationalen Proletariat, insbesondere mit der russischen Arbeiterrepublik.

Arbeiter und Soldaten! Nun beweist, daß Ihr stark seid, nun zeigt, daß Ihr klug seid, die Macht zu gebrauchen! Hoch die sozialistische Republik! Es lebe die Internationale!“<sup>1)</sup>

Und wirklich sah es einen historischen Augenblick lang so aus, als ob die Revolution vom 9. November den Sieg von Spartakus besiegeln würde. Um 2 Uhr hatte Scheidemann die Republik ausgerufen; um 4 Uhr erschien Karl Liebknecht vor dem Schloß und erklärte: „Der Tag der Revolution ist gekommen. Wir haben den Frieden erzwungen. Der Friede ist in diesem Augenblick geschlossen. Das Alte ist nicht mehr. Die Herrschaft der Hohenzollern, die in diesem Schloß jahrhundertlang gewohnt haben, ist vorüber. In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland. Wir grüßen unsere russischen Brüder, die vor vier Tagen schmachvoll davongejagt worden sind.“ Auf das Hauptportal des Schlosses weisend, sagte er: „Durch dieses Tor wird die neue sozialistische Freiheit der Arbeiter und Soldaten einziehen. Wir wollen an der Stelle, wo die Kaiserstandarte wehte, die rote Fahne der freien Republik Deutschland hissen!“

Bei einer weiteren Ansprache vom Altan des Schlosses sagte Liebknecht: „Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen. Wir rufen unsere russischen Brüder zurück. Sie haben bei Ihrem Abschied zu uns gesagt: „Habt Ihr in einem Monat nicht das erreicht, was wir erreicht haben, dann wenden wir uns von Euch ab.“ Und nun hat es kaum vier Tage gedauert. Wenn auch das Alte niedergedrückt ist, dürfen wir doch nicht glauben, daß unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen Ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf. Wer von Euch die freie sozialistische Republik Deutschland und die Weltrevolution erfüllt sehen will, erhebe seine Hand zum Schwur.“<sup>2)</sup>

So schien die revolutionäre Massenbewegung in Berlin stark und breit genug, im Augenblick des Zusammenbruchs des alten Regimes neben Scheidemann Liebknecht in die Höhe zu tragen und zu ihrem Sprecher zu machen. Sobald aber der revolutionäre Rausch verklungen war und der republikanische Alltag wieder in seine Rechte einzutreten begann, zeigte es sich nur zu klar, daß die sozialistisch-diktatorische Zielsetzung von Liebknecht und Spartakus durchaus nicht den Vorstellungen und Wunschbildern der breiten Massen der Arbeiter, nicht zu sprechen von den Soldaten, Bauern und Kleinbürgern, entsprach. Der weitere historische Verlauf hat den Beweis erbracht, daß trotz allem sozialistischen Schein die Novemberrevolution eine bürgerliche Revolution gewesen ist, deren Antriebskräfte so schwach waren, daß nicht einmal eine radikale Demokratisierung der politisch-sozialen Realität gelingen sollte<sup>3)</sup> — geschweige denn eine sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft. Andererseits hatte die radikale Linke während des Krieges, insbesondere aber seit der Oktoberrevolution, immer mehr ihre radikal-demokratischen Inten-

<sup>1)</sup> Frölich, „10 Jahre...“, S. 242 f.  
<sup>2)</sup> Frölich, „10 Jahre...“, S. 242 f.  
<sup>3)</sup> Frölich, „10 Jahre...“, S. 242 f.

tionen zugunsten von radikal-sozialistischen Zielsetzungen abgestreift, d. h. also sich in einem Tempo und in einer Richtung entwickelt, die sie zur Erfüllung radikal-demokratischer Funktionen denkbar ungeeignet gemacht hatte. In einer Resolution aber, die selbst auf ihrem Höhepunkt äußerstenfalls ganz gemäßigt sozialistische Ideale hatte, konnte eine bereits weitgehend „bolschewisierte“ Gruppe keine Rolle spielen — jedenfalls keine führende und bestimmende! Und schließlich war die Revolution von 1918 im Gegensatz zur russischen Oktoberrevolution zwar durchaus nicht in allen ihren Aspekten und Manifestationen, wohl aber im Kern eine nicht recht gelungene (?) „bürgerliche Revolution, die von der Arbeiterschaft gegen den Feudalismus erkämpft wurde.“<sup>1)</sup>

## 2. Kapitel

—Die KPD in der revolutionären Uebergangsperiode (1918—1923)

Am 9. November hatten sowohl Karl Liebknecht wie Philipp Scheidemann die Republik proklamiert. In den Kasernen und Betrieben wurden Räte gebildet; der Berliner Vollzugausschuß der Arbeiter- und Soldaten-Räte nahm zunächst die höchste Gewalt im ganzen Reich provisorisch in Anspruch.<sup>2)</sup> Am 10. November wählte die aus etwa 3000 Vertretern bestehende Vollversammlung der Berliner Räte, die im Zirkus Busch tagte, sowohl einen aus zwölf Arbeiter- und zwölf Soldatenvertretern bestehenden Vollzugsrat, als auch die neue Reichsregierung, den Rat der Volksbeauftragten, der aus den Sozialdemokraten Ebert, Scheidemann und Landsberg und den Unabhängigen Haase, Dittmann und Barth bestand.<sup>3)</sup> Neben den Räten blieb aber der alte Staatsapparat bestehen. Bereits am 10. November vereinbarten die Volksbeauftragten mit Hindenburg und Groener, daß diese an der Spitze der Armee verbleiben sollten.<sup>4)</sup> Auch an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sollte sich nichts Grundsätzliches ändern; am 11. November kam es zwischen der Führung der Freien Gewerkschaften unter Legien und den Unternehmer-Organisationen unter Stinnes zu dem bekannten November-Abkommen, wonach alle wichtigen Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses in Zukunft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden im Namen der Mitglieder durch Kollektivvereinbarungen (Tarifverträge) zu regeln waren. Zur Durchführung dieser Vereinbarungen war ein paritätischer Zentralausschuß, der als „Arbeitsgemeinschaft“ am 3. Dezember ins Leben trat, vorgesehen.<sup>5)</sup>

Ebenso wie in Rußland nach der Februarrevolution gab es so zwar in Deutschland nach dem November einen doppelten Staatsapparat.<sup>6)</sup> Wieso sich dennoch die deutsche revolutionäre Entwicklung grundlegend von der russischen unterschied und so verblüffend der französischen Entwicklung nach dem Februar 1848 ähnelte<sup>7)</sup>, kann hier nur angedeutet werden. Ein wichtiger Umstand ist jedenfalls, daß die russische Revolution ihre stärksten Triebkräfte aus dem revolutionären Charakter der Bauernschaft und dem Friedensbedürfnis der Massen bezog, während die deutsche Arbeiterschaft es mit einem konservativen Bauerntum und einer pazifistischen Regierung zu tun hatte. Hinzu kommt, daß die deutsche Bourgeoisie unvergleichlich viel stärker war als die russische und das Proletariat ganz überwiegend als integrierter Bestandteil einer weitentwickelten, konservativen, bürgerlichen Gesellschaft, nicht aber als Vorkämpfer einer revolutionären Gesellschaft gegen den feudalen Staat auftrat. Während in Rußland die Lösung der feudalen Widersprüche eine revolutionäre Bewegung von solcher Wucht erzeugte, daß diese in ihrem Verlauf weit über die bürgerliche Gesellschaft hinaus vorstieß, schuf in Deutschland die Beseitigung der feudal-militaristischen Reste eine Bewegung, die nicht einmal stark genug war, eine vollendete bürgerliche Demokratie zu schaffen. Rosenberg weist darauf hin, daß die entscheidende Kraft der Revolution nicht die Arbeiter als solche, sondern die Soldaten waren. Das Heer setzte sich aus Arbeitern, aber auch aus Bauern und städtischem Mittelstand zusammen. Diese aber waren nicht am Sozialismus interessiert, sondern bekannten sich zur neuen demokratischen Republik.<sup>8)</sup>

Nur äußerlich und oberflächlich folgten die Soldaten dem russischen Vorbild, indem sie Soldatenräte bildeten, die schwarz-weiß-

<sup>1)</sup> Rosenberg, „Die Entstehung...“, S. 20; Sombart behauptet nicht mit Unrecht, daß die „Revolution“ vom November 1918 keine war. „Der Sieg der Arbeiter vom 9. November... war ein Sieg über einen Feind, der gar nicht da war; ein Sieg ohne Kampf“ („Sozialismus und soziale Bewegung“, S. 240). Ähnlich hatte Marx bereits von der Französischen Republik von 1848 festgestellt, daß sie entworfen war, da sie keinen Widerstand fand.

<sup>2)</sup> Frölich, op. cit., S. 253.

<sup>3)</sup> Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 9, und Hermann Müller, „Die Novembcr-Revolution“, S. 70 ff. und S. 73 ff.

<sup>4)</sup> Rosenberg, ib., S. 44—48, „Illustrierte Geschichte...“, S. 232 f.

<sup>5)</sup> „Zehn Jahre Deutsche Geschichte 1918—1928“, S. 336 f.

<sup>6)</sup> Frölich, op. cit., S. 253.

<sup>7)</sup> Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 11.

rote Fahne durch die rote ersetzen und sich so als Sozialisten oder gar Bolschewisten drapierten.<sup>1)</sup> Folglich hatten zwar am 10. November überall in Deutschland die Arbeiter- und Soldaten-Räte die Gewalt; sie folgten jedoch der politischen Führung der SPD und zwangen diese keineswegs, wirklich sozialistische Politik zu treiben.<sup>2)</sup> Zwar erhob sich überall im Lande — unklar und gefühlsmäßig — der Ruf nach der Sozialisierung<sup>3)</sup>; man war aber durchaus bereit, sich ihre Formen von der SPD vorschreiben zu lassen und vertraute ihrer Führung selbst dann noch, als es schon klar war, daß diese zum Kampf um den Sozialismus nicht bereit war. In einer Lage, in der die Massen so unklar und schwankend waren, kam alles auf die politischen Parteien an, in erster Linie natürlich auf die größere SPD, in zweiter Linie erst auf die USPD und KPD. Es ist bekannt, wie sehr die SPD versagt hat; USPD und KPD waren, wie noch zu zeigen sein wird, nicht erfolgreicher, wobei sich die Frage stellen wird, ob sie etwa bei einer anderen Politik vielmehr Erfolg hätten erzielen können.

Da die SPD von vornherein die Räterediktatur ablehnte und für die Führer des Spartakusbundes ein Eintritt in eine Koalitionsregierung aller drei sozialistischen Richtungen auf dem Boden einer parlamentarischen Republik nicht in Frage kam, zerschlugen sich sofort alle Versuche, Liebknecht zum Eintritt in den Rat der Volksbeauftragten oder den Vollzugsrat zu bewegen.<sup>4)</sup> Statt dessen entfaltete der Spartakusbund vom ersten Tage der Revolution an eine fiebrhafte Tätigkeit. Liebknecht, Paul Levi, Hermann Duncker, Pieck und die anderen Führer wirkten beständig unter den Massen. Der „Lokalanzeiger“ war sofort besetzt und in die „Rote Fahne“ umgewandelt worden. Die Nummer vom 10. November enthielt bereits die weitreichendsten politischen Forderungen (Entwaffnung der Polizei, Bewaffnung des Volkes; Beseitigung aller Parlamente sowie der bestehenden Reichsregierung; Uebernahme der Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat; Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten für ganz Deutschland; Abschaffung aller Dynastien und Einzelstaaten usw.)<sup>5)</sup>

Rosa Luxemburg war gegen die Beschlagnahme des „Lokalanzeigers“ gewesen und bald mußte die Zeitung aufgegeben werden. Nun gelang es Leo Jogiches, eine eigene Zeitung zu gründen. Am 18. November erschien die erste Nummer der neuen „Roten Fahne“ unter der Redaktion von Liebknecht und Luxemburg.<sup>6)</sup> Gleich der erste Artikel umriß das Revolutionsprogramm des Spartakusbundes:

„Ausbau und Wiederwahl der lokalen Arbeiter- und Soldatenräte . . . Ständige Tagung dieser Vertretungen der Masse und Uebertragung der eigentlichen politischen Macht aus dem kleinen Komitee des Vollzugsrats in die breitere Basis des Arbeiter- und Soldatenrats. Schleunigste Einberufung des Reichsparlaments der Arbeiter und Soldaten . . . Unverzügliche Organisation nicht der ‚Bauern‘, sondern der ländlichen Proletarier und Kleinbauern . . . Bildung einer proletarischen Roten Garde zum ständigen Schutze der Revolution und Heranbildung der Arbeitermiliz . . . Verdrängung der übernommenen Organe des absolutistischen militärischen Polizeistaates aus der Verwaltung, Justiz und Armee . . . Sofortige Einberufung des Arbeiter-Weltkongresses, um den sozialistischen und internationalen Charakter der Revolution scharf und klar hervorzuheben, denn in der Internationale, in der Weltrevolution des Proletariats allein ist die Zukunft der deutschen Revolution verankert.“<sup>7)</sup>

Am 20. November griff Rosa die unabhängigen Führer in den Fragen des Bürgerkrieges und der Nationalversammlung an. Es handele sich nicht um Demokratie oder Diktatur, sondern um bürgerliche oder sozialistische Demokratie. Die Diktatur des Proletariats sei die sozialistische Demokratie, die Verwirklichung des Sozialismus durch den bewußten Willen und die bewußte Tat der Mehrheit des Proletariats.<sup>8)</sup> Während die USP verständlicherweise nicht grundsätzlich gegen die Nationalversammlung Stellung nahm, vielmehr erkannte, daß es zunächst einmal nur auf die Vertagung der Nationalversammlung bis nach der entscheidenden Umgestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft ankam, erklärte Rosa ganz dogmatisch die Nationalversammlung für prinzipiell unakzeptabel und den „Bürgerkrieg“ für den einzig gangbaren Weg. Zu einer Zeit, in der sich die gesamte Reaktion um die reine Demokratie gruppierte und so alle Illusionen der Massen für sich ausnutzte,

<sup>1)</sup> Rosenberg, *ib.*, S. 14.

<sup>2)</sup> *ib.*, S. 22; vgl. auch Frölich, *op. cit.*, S. 256.

<sup>3)</sup> Rosenberg, *op. cit.*, S. 24.

<sup>4)</sup> H. Müller, „Die November-Revolution“, S. 56 f. u. S. 71, und Franke, „Karl Liebknecht“, „Internationale“ VI, S. 647.

<sup>5)</sup> „Illustrierte Geschichte . . .“, S. 212.

<sup>6)</sup> Frölich, *op. cit.*, S. 257.

<sup>7)</sup> Frölich, *op. cit.*, S. 258, und „Illustrierte Geschichte . . .“, S. 221.

<sup>8)</sup> Frölich, *op. cit.*, S. 260.

bedeutete diese Stellungnahme nicht die Vernichtung der demokratischen Illusionen, sondern die Selbst-Isolierung von den Massen der SPD und sogar der USP. Die Bolschewiki waren erstarkt als die Vorkämpfer für Räte- und Konstituante, hatten sogar nach dem Oktober noch die Versöhnung von Parlamentarismus und Sowjets versucht — die Spartakisten begannen ihren Kampf unter den viel weniger reifen Bedingungen der deutschen Revolution mit der Herausstellung eines dogmatisch-prinzipiellen Sonder-Standpunktes.

Auch das Programm des Spartakusbundes, das Rosa am 14. Dezember in der „Roten Fahne“ veröffentlicht, geht von der „Gegenüberstellung“ Nationalversammlung oder Räte- und Konstituante aus. Dann wiederholt es die sicherlich ehrlich gemeinte Beteuerung, daß die proletarische Revolution kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, sondern die Aktion der großen Millionenmassen des Volkes sei, die für ihre Ziele keines Terrors bedürfte<sup>1)</sup>: „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“ Es sollte sich bald zeigen, daß die Entwicklung in Deutschland den Massen weder die Zeit ließ, noch die Gelegenheit gab, sich mit dem Spartakusprogramm so vertraut zu machen, daß sie ihm ihre „bewußte Zustimmung“ geben konnten. Von Rechts und von Ultralinks wurde immer wieder die Machtfrage gestellt, bevor die kommunistische Propaganda auch nur entfernt die breiten Massen gewonnen hatte.

Lehnte die Leitung des Spartakusbundes Putsch und Terror ab, wollte sie zur Errichtung einer Räterepublik erst nach Gewinnung der Mehrheit des werktätigen Volkes schreiten, so dachten viele ihrer eigenen Anhänger ganz anders.<sup>2)</sup> Während der Spartakusbund während des Krieges nur eine Elite von einigen hundert oder tausend marxistisch geschulten Mitgliedern der sozialdemokratischen Linken erfaßt hatte, waren in den Novembertagen zweifelhafte Elemente in die Organisation gedrungen. Frölich spricht von Enthusiasten der Revolution mit allzu romantischer Auffassung; Borkenau weist auf die „Crazy Fringe“ hin, die das Sowjetregime wegen seiner Diktatur verehrten; Rosenberg erwähnt die Radikalen Utopisten aus besonders verelendeten und verbitterten Arbeiterschichten. Schürer erinnert an die Stärke der syndikalistisch-putschlistischen Elemente in der Partei und zitiert den Ausdruck Radeks, wonach die Partei bis zur später erfolgten Auseinandersetzung mit diesen Elementen nur „ein wirrer Haufen“ gewesen sei.<sup>3)</sup> Im Geschäftsbericht der Zentrale wird zugegeben, daß viele zweifelhafte Elemente, ja selbst Gosindel in die Partei eingedrungen waren.<sup>4)</sup> Da in den Augen dieses „Ultralinks“ die Massen immer noch den „Bürokraten“ und „Arbeitverrätern“ folgten, erklärten sie die Diktatur einer Minderheit für unerlässlich, um im nächsten Augenblick die Herrschaft der klassenbewußten Massen der Herrschaft der Führer entgegenzustellen. So schwankten sie ewig hin und her zwischen einer mystischen Elitekonzeption, der Verachtung der „einen reaktionären Masse“ und einem ebenso irrationalen Glauben an das in Wahrheit revolutionäre Wesen der Ausgebeuteten und Untertanen.

Rosenberg betont, daß die radikalen Utopisten im Spartakusbund unschädlich gemacht worden wären, wenn es zu einer Umgruppierung der Arbeiterparteien gekommen wäre. Nach ihm gab es nämlich zwei Tendenzen nicht nur im Spartakusbund, sondern auch in der SPD und USP. Der linke Flügel der USP, insbesondere die revolutionären Obleute, hätten weitgehend mit Luxemburg übereingestimmt, während der rechte USP-Flügel sich kaum von der linken SPD-Opposition unterschieden habe. Rosenberg geht so weit, zu erklären, daß eine Spaltung von USP und Spartakusbund und die Herausbildung zweier großer Parteien, einer gemäßigt demokratisch-sozialistischen Regierungspartei (SPD und rechter USPD-Flügel) und einer konsequent-marxistischen Oppositionspartei (rechter Spartakusbund-Flügel und linke USPD), die deutsche Revolution gerettet haben würde.<sup>5)</sup> Er nimmt dabei als selbstverständlich an, daß der „ultralinke“ Flügel im Spartakusbund vernichtet und der rechte Flügel in der SPD entmachtet worden wäre. Daß das unwahrscheinlich ist, ergibt sich daraus, daß allein die Existenz Sowjetrußlands den Ultralinken Auftrieb geben mußte. Vor allem spiegelten sich aber sowohl in der äußersten Rechten wie in der äußersten Linken der deutschen Arbeiterbewegung die Stärke der bürgerlichen Gesellschaft und der deutschen Tradition wider.

<sup>1)</sup> Frölich, op. cit., S. 282 f.

<sup>2)</sup> Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 29 ff.

<sup>3)</sup> Rosenberg, op. cit., S. 28 ff., Borkenau, op. cit., S. 144, Frölich op. cit.,

<sup>4)</sup> Schürer, op. cit., S. 59.

<sup>5)</sup> Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 30 f.

Die Rechte in der SPD war und wäre wohl so stark geblieben, da sie die Übereinstimmung der Klasseninteressen von Kapital und Arbeit verkörperte und die Ultralinke (die es nicht nur im Spartakusbund, sondern auch in der USP gab) war der Ausdruck für die krisenhafte Erschütterung der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft. Übrigens ist es ja später (1920 bzw. 1922) zu der von Rosenberg herbeigeschnten Umgruppierung gekommen, als in Halle die linke USPD sich mit der rechten KPD und in Nürnberg die rechte USPD mit der SPD vereinigte — allerdings ohne die nach Rosenberg zu erwartenden Wunderwirkungen! Vielleicht war es doch mehr als Zufall, daß sich von 1918 bis 1933 immer wieder die Polarisierung gegenüber der Vereinheitlichung auch in der Form durchgesetzt hat, daß sich innerhalb der beiden Parteien immer wieder die äußersten rechten bzw. linken Flügel durchsetzten!

Was den äußeren Revolutionsverlauf anlangt, so kommt es für unsere Zwecke nicht darauf an, ein komplettes Bild zu geben. Hier sei nur hervorgehoben, daß die Gegenrevolution, die am 9. November von der Bildfläche verschwunden zu sein schien, erstaunlich bald zu den ersten noch zögernden Gegenstößen auszuholen begann. Die revolutionäre Regierung selbst reorganisierte die militärische Konterrevolution. Im Einverständnis mit der alten militärischen Führung und außerstande, eine republikanisch-demokratische Truppe zu organisieren, setzte sie reaktionäre Freikorps gegen die radikale Linke ein.) Bereits am 30. November war eine Eiserner Division zum Kampf gegen Sowjet-Rußland aufgestellt worden.) Eine Unzahl von Freikorps wurde zum Schutze der Ostgrenze gegründet.) In Hannover waren schon am 15. und 16. November zwei revolutionäre Matrosen standrechtlich erschossen worden.) Am 6. Dezember wurde in Berlin von „regierungstreuen“ Truppen Ebert zum Präsidenten der Republik ausgerufen, der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte verhaftet und die Redaktion der „Roten Fahne“ besetzt. In eine vom Roten Soldatenbund veranstaltete Demonstration wurde hineingeschossen, unter den 18 Toten und 30 Verletzten waren mehrere Mitglieder des „Roten Soldatenbundes“.) Am nächsten Tag wurde Liebknecht in der „Roten Fahne“ verhaftet, aber vom Polizeipräsidenten Eichhorn wieder befreit.) Die Spartakusführer waren in ständigem Alarmzustand, da sie von Spitzeln gejagt wurden.) Ende November kam es in Oberschlesien und dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet aus zu einer mächtigen Streikwelle. Während die gemäßigten Sozialdemokraten es ablehnten, „die Revolution zu einer großen Lohnbewegung zu degradieren“, begrüßte Rosa Luxemburg in einem Aufsatz „Der Acheron in Bewegung“ die Streiks als „den ersten Anfang einer Generalauseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit“, „zu der die Sozialisierungsdekrete und Maßnahmen irgendwelcher Vertretungskörperschaften oder der Regierung nur die Begleitmusik bilden können.“ Auch die Streikbewegung kostete ihre Opfer: In Beuthen wurden neun russische Kriegsgefangene niedergeschossen, in Königshütte gab es am 28. Dezember drei Tote; am 3. Januar metzelten die Marburger Jäger 22 Streikende nieder. Bei Zusammenstößen in Essen und Bochum wurden zwei Arbeiter getötet und zwölf verwundet.)

In dieser Situation tagte in Berlin vom 16. bis 20. Dezember der erste deutsche Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte. Von 489 Delegierten waren 405 Arbeiter- und 84 Soldatenräte; 288 waren SPD, 80 USP, 11 sogenannte Vereinigte Revolutionäre unter Laufenberg und nur 10 Spartakusanhänger. 71 Delegierte waren Intellektuelle, 195 Redakteure, Parteibeamte usw., 179 Arbeiter, Angestellte usw. Weder Liebknecht noch Luxemburg hatten Mandate bekommen. Die USPD wurde von Richard Müller, Däumig und Ledebour geführt, der Spartakusbund von Leviné und Heckert. Eine große Demonstration, organisiert vom Spartakusbund und den Obleuten, begrüßte den Kongreß. Doch schon bald enttäuschte er die Linken. Mit 344 gegen 98 Stimmen fiel Däumigs Antrag, der die Einberufung eines neuen Rätekongresses forderte. Mit 400 gegen 50 Stimmen sprach sich der Kongreß für die Nationalversammlung aus und setzte den Wahltermin schon auf den 19. Januar fest.) Luxemburg tröstete sich damit, daß der Kongreß die Soldaten vertreten habe, diese aber bald wieder den Arbeitskittel anziehen würden und Arbeiter waren ja Revolutionäre! Also keine Putsche, sondern Aufklärung und Organisierung!) Zugleich wurden die

1) Spring in „Zeitschrift für Sozialismus“ III, S. 909.

2) „Illustrierte Geschichte...“, S. 227.

3) Frölich, op. cit., S. 284 f.

4) „Illustrierte Geschichte...“, S. 229 f.

5) Frölich, op. cit., S. 285.

6) „Illustrierte Geschichte...“, S. 230.

7) Frölich, op. cit., S. 266.

8) „Die Rote Fahne“, 27. November 1918, zitiert in „Illustrierte Geschichte...“, S. 248.

9) „Illustrierte Geschichte...“, S. 249.

10) „Illustrierte Geschichte...“, S. 249 ff.

Unabhängigen scharf kritisiert, da sie zwar die Beteiligung an dem vom Rätekongreß gewählten Zentralrat ablehnten, zugleich aber ihre Vertreter in dem vom Zentralrat bestätigten Rat der Volksbeauftragten beließen.

Allerdings wurde die Regierungskrise so nur um wenige Tage aufgeschoben. Am 29. Dezember erklärten nämlich wirklich die drei USPD-Volksbeauftragten ihren Rücktritt. Inzwischen war es Weihnachten am das Berliner Schloß und den Marstall zu bürgerkriegsähnlichen Kämpfen zwischen der Volksmarinedivision unter Darenbach und den Schutzwehren des Polizeipräsidenten Eichhorn einerseits und den Gardetruppen unter General Lequis andererseits gekommen, die auf beiden Seiten eine Anzahl Tote gefordert hatten.<sup>1)</sup> Zwar war es in letzter Minute auf Grund gegenseitigen Nachgebens zu einer Vereinbarung gekommen. Die Unabhängigen wollten aber nicht die Verantwortung tragen für den Auftrag zur militärischen Gewaltanwendung, den Ebert in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember dem Kriegsminister Scheuch gegeben hatte. Hinzu kam allerdings noch, daß die Unabhängigen auch die Mehrheitspolitik in den Fragen der Demilitarisierung, Kommandogewalt der Offiziere und der Sozialisierung nicht mehr voll akzeptieren konnten.<sup>2)</sup> Mit der Kampfansage der USP an Ebert, Scheidemann und Noske, der mit Wissell in den Rat der Volksbeauftragten eintrat, sollte die USP in der Tat bald Millionen von SPD-Arbeitern gewinnen, die die „Noske-Politik“ nicht mitmachen wollten.

Die Berliner „Blutweihnacht“ wurde aber auch Zeuge der Gründung der KPD als einer unabhängigen Partei. In der USPD hatte sich eine wachsende Opposition gegen die Führung und ihre Politik im Rat der Volksbeauftragten entwickelt. Der Spartakusbund „wollte das Urteil der Mitglieder der USPD über die kompromittierten Führer provozieren“<sup>3)</sup> und forderte daher die Einberufung eines Parteitag. Am 20. November forderte Rosa Luxemburg die USPD auf zu antworten, „ob sie eine Damaszenerklinge, ob sie ein Schwert aus Pappe ist. Und was sie ist, das wage sie zu scheitern!“<sup>4)</sup> Obwohl sich die Generalversammlung der Berliner Unabhängigen am 15. Dezember mit 485 gegen 195 Stimmen gegen Rosa Luxemburg und für Illfarding entschieden hatte,<sup>5)</sup> schlossen sich die „Revolutionären Obkute“ ihrem Verlangen an. Am 22. Dezember stellte der Spartakusbund ein Ultimatum, das von der USPD-Führung abgelehnt wurde.

Die Anhänger Lenins und Radeks in Bremen, die die mechanische Spaltung zum Prinzip erhoben und zur speziellen Voraussetzung einer Einigung mit dem Spartakusbund gemacht hatten,<sup>6)</sup> drängten auf Gründung einer selbständigen Partei. Sie hatten bereits am 24. Dezember eine Reichskonferenz in Berlin abgehalten. Radek, der ursprünglich vom Vollzugsrat zum Rätekongreß eingeladen, auf Befehl der Regierung aber an der Front zurückgewiesen worden war, erschien jetzt auf ihrer Konferenz, um zur Verschmelzung mit dem Spartakusbund zu drängen. Schließlich beschloß man, der Verschmelzung zuzustimmen. In der Frage der Beteiligung an den Nationalversammlungswahlen kam es dagegen nicht zu einer klaren Mehrheitsbildung.<sup>7)</sup> Die Bremer Kommunisten fanden Unterstützung bei Liebknecht und der Mehrheit der Mitglieder des Spartakusbundes.

Zum Jahresende wurde eine Reichskonferenz einberufen.<sup>8)</sup> Die Reichskonferenz bestand aus 83 Mitgliedern, die 46 Orte vertraten. Walcher und Pleck fungierten als Vorsitzende. In der nicht öffentlichen Konferenz wurde gegen drei Stimmen die Trennung von der USPD und die Gründung einer eigenen Partei beschlossen.<sup>9)</sup> Am 30. Dezember trat der Gründungsparteitag zusammen. Liebknecht führte aus, daß die USPD tot sei und ein weiteres Verbleiben in ihr Solidarisierung mit der Gegenrevolution bedeute. „Wir haben nur förmlich zu bestätigen, daß wir längst sind und unser Werk auf breiterer Grundlage festzusetzen.“<sup>10)</sup> Für die neue Partei wurde der Name „KPD (Spartakusbund)“ mit großer Mehrheit angenommen.<sup>11)</sup> Ins Zentralkomitee wurden gewählt: Hermann Duncker, Käthe Duncker, Eberlein, Frölich (als Vertreter der Bremer Richtung), Lange, Joglches, Levi, Liebknecht, Luxemburg, Meyer, Pleck und Thalheimer.<sup>12)</sup> Mit lebhaftester Freude wurde Radek, einer der sechs Abgesandten der russischen Regierung, begrüßt.<sup>13)</sup>

Von größter politischer Wichtigkeit war die Frage der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, wenn auch in

<sup>1)</sup> „Illustrierte Geschichte . . .“, S. 234 ff., und H. Müller, op. cit., S. 234 ff.

<sup>2)</sup> „Illustrierte Geschichte . . .“, S. 287 f., und H. Müller, op. cit., S. 234 ff.

<sup>3)</sup> Liebknecht auf dem Gründungsparteitag, 1. Parteitagsbericht, S. 8.

<sup>4)</sup> zitiert in „Illustrierte Geschichte . . .“, S. 284.

<sup>5)</sup> H. Müller, op. cit., S. 234.

<sup>6)</sup> Frölich, op. cit., S. 273; 1. Parteitagsbericht, S. 5.

<sup>7)</sup> „Illustrierte Geschichte . . .“, S. 204.

<sup>8)</sup> Borkenau, op. cit., S. 142 ff. und Bry, op. cit., S. 2.

<sup>9)</sup> Gründungsparteitagsbericht, S. 3.

<sup>10)</sup> Ib., S. 8.

<sup>11)</sup> Ib., S. 8.

<sup>12)</sup> „Illustrierte Geschichte . . .“, S. 247.

erster Linie nur als ein Barometer für die in der neuen Partei vorherrschende Stimmung. Im Namen der Zentrale verlangte Levi die Beteiligung an den Wahlen.<sup>1)</sup> Obwohl sich sowohl Luxemburg wie Liebknecht für die Beteiligung aussprachen, wurde diese mit 62 zu 23 Stimmen abgelehnt.<sup>2)</sup> Jogiches war von diesem Ergebnis so enttäuscht, daß er erklärte, die Parteigründung sei verfrüht gewesen. Rosa meinte dagegen, die junge Partei werde durch Irrtümer hindurch ihren Weg schon finden.<sup>3)</sup> Rosenberg argumentierte, daß Luxemburg und Liebknecht statt „ihrem Verein die Treue zu bewahren“, die Partei hätten spalten sollen, andernfalls sie die Führung aus der Hand gaben und jedes Abenteuer im voraus billigten.<sup>4)</sup>

Schon auf diesem Parteitag erklärte Frölich, es könne nur die Parole geben: „Heraus aus den Gewerkschaften!“<sup>5)</sup> Auch Rosa erklärte, die Gewerkschaften seien wert, zu verschwinden. Ihre Aufgabe müsse durch die Arbeiter- und Soldatenräte und die Betriebsräte übernommen werden.<sup>6)</sup> Pleck und Liebknecht berichteten über die Verhandlungen mit den revolutionären Obleuten.<sup>7)</sup> Liebknecht führte aus: „Genosse Richard Müller erklärte, in erster Linie müsse verlangt werden, daß wir unsere fortgesetzte Putschisten-Taktik aufgeben. Ich erwiderte ihm sofort, er scheine ein Vertreter des ‚Vorwärts‘ zu sein.“<sup>8)</sup>

Die Obleute stellten fünf Bedingungen für die Verschmelzung: Zurücknahme des Anti-Wahl-Beschlusses, Paritätische Programm-Kommission, Aufgabe der vergeblichen Putschtaktik, Einfluß der Obleute auf Presse und Flugblätter, Streichung der Bezeichnung „Spartakusbund“.<sup>9)</sup> Der Spartakusbund dachte nicht daran, diese Forderungen zu akzeptieren und verzichtete lieber auf diese wichtige Gruppe. In der Parteitagsresolution heißt es bezeichnenderweise: „Der Parteitag begrüßt diejenigen revolutionären Ob- und Vertrauensleute, die sich ... unter die Fahne der Weltrevolution stellen, die allein von unserer Partei in Deutschland hochgehalten wird.“ Nach wie vor soll die Zentrale die Kampfgemeinschaft befestigen und ihrem Anschluß an die KPD die Wege ebnen.<sup>10)</sup>

Im Sinne von Luxemburgs Referat „Unser Programm und die politische Situation“<sup>11)</sup> wurde das bereits erwähnte Spartakusprogramm<sup>12)</sup> angenommen, das mit den delphischen Worten schließt: „Der Sieg des Spartakusbundes steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution: Er ist identisch mit dem Siege der großen Millionen-Massen des sozialistischen Proletariats.“<sup>13)</sup> Wie wenig die Hoffnung der jungen Partei der Realität entsprach, zeigt allein die Tatsache, daß 93% der Arbeiter in den entscheidenden Zentren (Berlin, Leipzig, Halle, Bremen usw.) bei der USPD blieben.<sup>14)</sup> Stärkere Gruppen lediglich in Chemnitz und an der Wasserkante, 50 Mitglieder in Berlin, einige Tausend im Reich — das ist die neue Partei, die wirklich nur eine „isolierte illegale Organisation ohne feste Form“ darstellt.<sup>15)</sup> Und selbst diese Elitegruppe sollte nur zu bald in den Januar- und März-kämpfen des neuen Jahres ihre besten Funktionäre und ihre größten Führer verlieren!

Anfang Januar 1919 waren die Unabhängigen Breitscheid, Rosenfeld und Adolf Hoffmann aus der preußischen Regierung ausgeschieden. Nun verfügte der Innenminister Paul Hirsch die Verabschiedung des der linken USPD zugehörigen Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn und seine Ersetzung durch den Sozialdemokraten Eugen Ernst.<sup>16)</sup> Hiergegen beschlossen der Zentralvorstand der USPD Berlins, die Revolutionären Obleute und der Spartakusbund, die Arbeiter zu einer Demonstration aufzufordern. Hunderttausende folgten am 5. Januar dem Rufe. Mitglieder des Zentralvorstandes Groß-Berlin der USPD, die Obleute, zwei Vertreter der KPD (Liebknecht und Pleck) berieten am Abend über die Weiterführung der Aktion. Gegen sechs Stimmen wurde beschlossen, der Absetzung Widerstand zu leisten und die Regierung zu stürzen. Ein Revolutionärausschuß (Ledebour, Liebknecht, Scholze) wurde eingesetzt.<sup>17)</sup> Arbeiter besetzten den „Vorwärts“ und andere Berliner Zeitungen. Frölich weist darauf hin, daß diese Aktionen unter Führung von Spitzeln der Berliner Kommandantur standen, während Rosenberg es so darstellt, als wenn die ganze Eichhorn-Gegenaktion in keiner Weise zu rechtfertigen gewesen sei.

<sup>1)</sup> Gründungsparteitagsbericht, S. 9.

<sup>2)</sup> Ib., S. 13.

<sup>3)</sup> Frölich, op. cit., S. 275, und „Illustrierte Geschichte...“, S. 268.

<sup>4)</sup> Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 63.

<sup>5)</sup> Gründungsparteitagsbericht, S. 10.

<sup>6)</sup> Ib., S. 49.

<sup>7)</sup> Ib., S. 44 und 47.

<sup>8)</sup> „Gründungsparteitagsbericht“, S. 44 und 47.

<sup>9)</sup> Ib., S. 46.

<sup>10)</sup> Ib., S. 61; vgl. auch Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 63 ff.

<sup>11)</sup> Ib., S. 19 ff.

<sup>12)</sup> Das Programm ist im Anhang ganz abgedruckt.

<sup>13)</sup> „Bericht über den Gründungsparteitag“, S. 68.

<sup>14)</sup> „Bericht über den Gründungsparteitag“, S. 68.

<sup>15)</sup> Stämpfer, op. cit., S. 88.

<sup>16)</sup> Stämpfer, op. cit., S. 88.

<sup>17)</sup> „Illustrierte Geschichte...“, S. 276 ff., und Stämpfer, op. cit., S. 88.

Schon am Abend des 6. war der Mißerfolg der Aktion offenkundig. Die Haltung der KPD-Führung in dieser Situation war nicht einheitlich. Eine Minderheit mit Liebknecht und Pieck handelten nach der Losung: „Nicht Defensive, sondern Sturz der Regierung durch bewaffneten Aufstand.“ Die Mehrheit hielt dies für aussichtslos und erzwang schließlich den Austritt der Kommunisten aus dem Revolutionsausschuß.<sup>1)</sup> Besonders scharf hatte sich Radek gegen den Aufstand gewandt. Am 9. Januar empfahl er dem Zentralkomitee, sich für den Kampfabbruch einzusetzen. „Nichts verblet einem Schwächeren, sich vor der Uebermacht zurückzuziehen.“<sup>2)</sup> Auch Jogiches und Rosa Luxemburg hielten den Machtkampf für aussichtslos. Zwar war nach ihrer Auffassung der militärische Sieg in Berlin nicht unmöglich, doch bestand dann die Wahrscheinlichkeit einer Wiederholung der Tragödie der Pariser Kommune. Allerdings war Rosas Haltung so zwiespältig, daß sie auf die richtige Forderung Radeks, von sich aus die kämpfenden Arbeiter zum Abbruch des Kampfes aufzufordern, nicht einging.<sup>3)</sup> Die „Rote Fahne“ gab entsprechend während des Kampfes defensive Losungen aus (Entwaffnung der Gegenrevolution, Bewaffnung des Proletariats, Neuwahl der Arbeiter- und Soldatenräte usw.).

Der Rat der Volksbeauftragten hatte inzwischen, nachdem er mit Verhandlungen Zeit gewonnen hatte, Noske zum Oberbefehlshaber ernannt, der mit dem neuen Kriegsminister Oberst Reinhardt zusammen den Gegenstoß organisierte. Am 12. Januar eroberten die Regierungstruppen die Zeitungsgebäude zurück. Am 13. Januar wurde das Polizeipräsidium mit Artillerie gestürmt.<sup>4)</sup> Die Opfer, die diese Aktion den Revolutionären kostete, waren zahlreich. Zugleich mehrten sich die Stimmen, die die „Unschädlichmachung“ oder Tötung der Spartakusführer forderten. Sogar im „Vorwärts“ erschien am 13. Januar ein Gedicht von Arthur Zickler, das in dem Vers ausklang: „Viel hundert Tote in einer Reih — Proletarier! Karl, Radek, Rosa und Kumpanel — es ist keiner dabei, es ist keiner dabei! Proletarier!“

Am 15. Januar befanden sich Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in den Reihen der toten Proletarier.<sup>5)</sup> Wie sich im einzelnen die politische, moralische oder juristische Verantwortung auf die verschiedenen Richtungen verteilte, wird wohl eindeutig nie mehr festgestellt werden können.<sup>6)</sup> Eine natürliche und direkte Folge des Doppelmordes war die Schwächung der KPD, die ihre feinsten Köpfe verloren hatte und die Stärkung der SPD, der der Verlust der kommunistischen Konkurrenz zugute kommen mußte. Paradox aber war die Schwächung, die der Tod insbesondere Rosa Luxemburgs, für den demokratischen Sozialismus auf weite Sicht bedeuten sollte, ebenso wie die Stärkung der bolschewistischen Elemente in der deutschen Arbeiterbewegung (und letzten Endes auch der faschistischen in der deutschen Gesellschaft), die so vorbereitet wurde. Nach all den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte kann man wohl heute kaum daran zweifeln, daß Rosa Luxemburgs Tod von den Mörderhänden der deutschen Freikorps eine Tragödie war, nicht nur für die deutsche, sondern für die internationale Arbeiterbewegung, in der die von ihr gefürchtete Entwicklung nun ungebremst ihren Lauf nahm.<sup>7)</sup> Daß rein menschlich geschehen auch der Tod Liebknechts ein großer Verlust war, wird jeder vorurteilslose Leser spüren, wenn er den letzten Leitartikel Liebknechts in der „Roten Fahne“ auf sich wirken läßt; einen Artikel, der politische Blusen mit echtem Idealismus und persönlicher Lauterkeit zusammenschützelte: „Die Besiegten der blutigen Januarwoche, sie haben unabweisbar bestanden. Sie haben um Großes gestritten, um edle Ziele der leidenden Menschheit, um geistige und materielle Befreiung der arbeitenden Massen; sie haben um Heiliges Blut gegeben, das ungehehrt wurde. Und aus jedem Tropfen dieses Blutes, das der Drachensaat für die Sieger von heute, werden den Gefallenen Ruchler erstehen, aus jeder zerfetzten Faser neue Kämpfer der besten Sache, die ewig ist und unvergänglich wie das Firmament.“

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein. Denn die Niederlage ist ihre Lehre. Noch entbehrt ja das deutsche Proletariat der revolutionären Überlieferung und Erfahrung. Und nicht anders als in tastenden Versuchen, in jugendhaften Irrtümern, in schmerzlichen Rückschlägen und Mißerfolgen kann es die praktische Schulung gewinnen, die den künftigen Erfolg gewährleistet.

<sup>1)</sup> Schürer, op. cit., S. 28.

<sup>2)</sup> „Illustrierte Geschichte...“, S. 299; vgl. auch Frölich, op. cit., S. 377.

<sup>3)</sup> Frölich, op. cit., S. 291 ff.; vgl. auch Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 65 ff.

<sup>4)</sup> Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 71, und Friedeburg, „Die Weimarer Republik“, S. 166 f.

<sup>5)</sup> Frölich, op. cit., S. 290 ff., und H. Müller, op. cit., S. 271 ff.

<sup>6)</sup> Vgl. etwa die Beurteilung von H. Müller und Stämpfer, op. cit., S. 97 ff., einerseits; Frölich und der „Illustrierte Geschichte...“, S. 293 ff., andererseits.

<sup>7)</sup> Vgl. auch Bering, „Jenseits des Kapitalismus“, S. 231 f., und Zetkin, „Kämpfer und Führer“, „Die Internationale“ II, Nr. 19/20, S. 1-11.



Spartakus niedergerungen!

O gemach! Wir sind nicht geflohen, wir sind nicht geschlagen. Und wenn sie uns in Bande werfen — wir sind da, und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein.

Unter dem Dröhnen des herangrollenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs werden die noch schlafenden Scharen der Proletarier erwachen wie von den Posaunen des Jüngsten Gerichts, und die Leichen der hingemordeten Kämpfer werden auferstehen und Rechenschaft heischen von den Fluchbeladenen. Heute noch das unterirdische Grollen des Vulkans — morgen wird er ausbrechen und sie alle in glühende Asche und Lavaströme begraben.

Denn Spartakus — das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats. Und Spartakus — das heißt alle Not und Glücksschnsucht, alle Kampftschlossenheit des klassenbewußten Proletariats. Denn Spartakus, das heißt Sozialismus und Weltrevolution!<sup>1)</sup>

Nachdem so in Berlin „Ruhe und Ordnung“ gegen die Linke erzwungen waren, gingen in der ersten Hälfte des Jahres Strafexpeditionen in viele Teile des Reiches. Wie die Verhältnisse dem das „Ordnungsprinzip“ verabsolutierenden Bürger erschienen, ersieht man recht gut aus der folgenden typischen Schilderung des „Polizeimannes“ Friedensburg:

„Die Schaffung einer Regierungswehr wurde auf Grundlagen, die zwischen Ebert und Groener vereinbart waren, tatkräftig weitergeführt. Ende Januar konnte Lüttwitz melden, daß die neuen Truppen auch für Maßnahmen außerhalb Berlins verwendungsbereit seien. Der erste Einsatz erfolgte in Bremen, wo am 10. Januar Unabhängige und Kommunisten die Räterepublik ausgerufen hatten. Der Division Gerstenberg gelang es nach kurzem heftigen Kampf, die Stadt einzunehmen und gesetzliche Zustände wiederherzustellen; die wilden Drohungen der radikalen Gruppen an vielen anderen Orten, im Falle der Durchführung der Exekution gegen Bremen überall den Bürgerkrieg zu beginnen und Hunderttausende zum Einsatz nach Bremen zu senden, ließ die Reichsregierung unbeachtet, weil sonst jede Autorität verlorengegangen wäre. Der Erfolg gab ihr recht; nicht nur blieben die angekündigten Folgen aus, als scharf durchgegriffen wurde, auch die Befriedung der anderen Städte an der Secküste, Bremerhaven, Cuxhaven, Kiel und Wilhelmshaven konnte nunmehr fast kampflos durchgeführt werden. In Mitteldeutschland leitete General Maercker die Ausräumung der Aufstandszentren in Halle, wo bei Heranrücken des Militärs Oberstleutnant Klüber ermordet worden war, in Gotha, Leipzig, Braunschweig und Dresden — hier war der sozialdemokratische Kriegsminister Neuring von der Menge erschlagen worden — und sicherte die Nationalversammlung in Weimar. Auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo Streik auf Streik und zahllose „wilde“ Sozialisierungsmaßnahmen und sonstige Eingriffe in die Betriebe die Arbeitsleistung und die innere und äußere Ordnung zerrütteten, mußte eingegriffen werden. Unter der militärischen Leitung des Generals Watter und unter dem Zivilkommissar Severing wurde die Ruhe rasch wieder hergestellt. Severing erließ eine Anordnung, wonach alle erwachsenen Männer zur Leistung von Notstandsarbeiten verpflichtet wurden, um die unaufhörlichen Arbeitseinstellungen in den lebenswichtigen Betrieben zu verhindern. Unter blutigen Ausschreitungen auf beiden Seiten brachen die Revolten zusammen. Selbst in Süddeutschland, in Mannheim und Stuttgart, verlangten Unruhen das Eingreifen des Militärs.“<sup>2)</sup>

Im März kam es in Berlin zu einem Generalstreik und Aufstand der Volksmarinedivision. Ebenso wie der Januaraufstand wurden diese Bewegungen blutig unterdrückt mit dem Ergebnis, daß die politische Macht der Räte vernichtet und die Entwaffnung der Arbeiterschaft Tatsache wurde.<sup>3)</sup>

Teuerung und Arbeitslosigkeit hatten die Arbeitermassen in Bewegung gebracht. Am 24. Februar 1919 brach ein Generalstreik in Mitteldeutschland aus. In Berlin wirkte noch die Erbitterung über die Januar-Niederlage nach. Inzwischen hatte die Regierung den mitteleutschen Streikenden Zugeständnisse gemacht, so daß dort der Generalstreik zu Ende ging, als er in Berlin erst einsetzte. Am 3. März rief die „Rote Fahne“ zum Generalstreik auf,<sup>4)</sup> warnte aber vor bewaffneten Kämpfen. In der Vollversammlung der Arbeiterräte proklamierte die sozialdemokratische Fraktion Stimmenthaltung, die Mehrheit stimmte für den Generalstreik. Die Forderungen bewegten sich auf der Linie der USPD (Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, Auflösung der Freiwilligenverbände usw.). Die Streik-

<sup>1)</sup> zitiert in „Illustrierte Geschichte...“, S. 298.

<sup>2)</sup> Friedensburg, op. cit., S. 107, vgl. auch die kommunistische Interpretation an der gleichen Stelle.

<sup>3)</sup> Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 72-73.

<sup>4)</sup> „Illustrierte Geschichte...“, S. 298 f.

leitung wurde dem paritätisch aus SPD und USP zusammengesetzten Vollzugsrat übertragen.) Als es zu Plünderungen und wahrscheinlich von Lockspitzeln provozierten „Ausschreitungen“ kam, war das das Signal für die konterrevolutionären Freikorps, zum Angriff gegen die republikanischen Soldatenverbände, die im Januar noch neutral gewesen oder gar gegen Spartakus gekämpft hatten, überzugehen. Am 6. März eroberten die Truppen das Polizeiprasidium und Marinchaus; am gleichen Tage brach der Streik in Mitteleuropa zusammen. Nach ergebnislosen Verhandlungen mit Noske wurde am 8. März der Abbruch des Berliner Generalstreiks beschlossen. Trotzdem gingen die Kämpfe und Massenerschießungen in Berlin noch tagelang weiter.) „Rücksichtslose Vergeltungsmaßnahmen der Truppen, namentlich in Lichtenberg, trafen auch zahlreiche Unschuldige. Die zehntägigen Kämpfe kosteten insgesamt etwa 1200 Menschen das Leben.“<sup>31</sup>)

Unter den Ermordeten war auch der Führer der KPD, Leo Jogiches, der am 10. im Untersuchungsgefängnis „auf der Flucht erschossen“ worden war.) Zu dem Verlust dieses hervorragenden Organisators kam für die KPD noch hinzu die verschärfte Verfolgung seitens der immer mehr nach rechts ausrichtenden Regierung Loebt-Noske. Bereits während der Kämpfe war die „Rote Fahne“ verboten worden; sie blieb auf fast 1 Jahr unterdrückt. Der Belagerungszustand herrschte in Permanenz, die Partei selber war illegal, tausende Mitglieder waren in den Gefängnissen, oft monatelang ohne jeden Prozeß. Schon die Mitgliedschaft in der Partei war Grund genug, in Sicherheits- oder Schutzhaft genommen zu werden.)

Dabei hatte diesmal die KPD wirklich den bewaffneten Aufstand konsequent abgelehnt. Im Bewußtsein ihrer Januar-Verluste hatte sie davor gewarnt, die Streikaktion bis zum Machtkampf weiterzutreiben.) So hatte die „Rote Fahne“ noch im Aufruf zum Generalstreik geschrieben: „Laßt Euch nicht in unnütze Schloßereien ein, auf die der Noske nur lauert.“ Am 4. März rief die KPD die Arbeiter zur Wachsamkeit gegen Lockspitzel auf. Am 6. verbreitete sie ein Flugblatt, in dem von der Teilnahme an den aussichtslosen Kämpfen dringend abgeraten wurde.) Doch alles vergebens: Die Massen ließen sich provozieren und die KPD mußte wieder einmal mitbüßen.

Und noch an anderer Stelle sollte sich dieses tragische Verhängnis wiederholen. War im November die Revolution in München ein Sturmfiaval für Berlin gewesen, so trug jetzt die Niederlage der Revolution im Norden zu ihrer Vernichtung im Süden bei. Unter dem früheren Revisionisten und späteren USPD-Führer Kurt Eisner schien Bayern eine Sonderentwicklung nehmen zu wollen. Eisner gelang es, die SPD und den Bayerischen Bauernbund für eine sozialistisch-gemäßigte, aber dabei wirklich demokratische Politik zu gewinnen, die Räte und Parlament kombinierte. Nach seiner Ermordung am 21. Februar 1919 kam es in rascher Aufeinanderfolge zu der Komödie der ersten und der Tragödie der zweiten Räterepublik.

Der Bayerische Landtag hatte am 17. März eine sozialdemokratische Regierung unter Hoffmann gewählt. Diese erwies sich als unfähig und blieb machtlos. Andererseits begannen sich die Eisenstreiks im Ruhrgebiet, Stuttgart, Berlin und insbesondere die Ausruftung der Räterepublik in Ungarn auszuwirken. Am 7. April wurde in München die (erste) Räterepublik proklamiert; der Rat der Volksbeauftragten setzte sich zusammen aus Sozialdemokraten, Unabhängigen und parteilosen Linken (Landauer, Silvio Gsell.) Die Kommunisten hatten die Zusammenarbeit mit Mehrheitssozialisten abgelehnt. „Sie lehnten aber auch eine Räterepublik ab, die in einem Konventikel am grünen Tisch künstlich fabriziert werde. Eine Räterepublik müsse aus der Aktion der Massen selber herausgeboren werden. Die Verhältnisse seien in Deutschland noch nicht reif dafür, am wenigsten aber in Bayern. An einem Putsch könnten sie sich nicht beteiligen.“) Die „Münchener Rote Fahne“ sprach von einem „Werk abhängiger und unabhängiger Kompromißler und phantastischer Anarchisten“. Am 11. April stellten sich die Kommunisten jedoch dem Zentralrat als Berater zur Verfügung — mit folgender Begründung:

„Die Räterepublik ist nicht lebensfähig und kein noch so großer Heroismus kann sie jetzt dazu machen. Aber es ist nicht möglich, einfach das Geschehene ungeschehen zu machen. Jede Handlung hat in der Geschichte ihre ehernen Konsequenzen. Die Reaktion wendet sich gegen die Räterepublik, um das revolutionäre Prole-

<sup>1</sup>) Ib., S. 359 f.

<sup>2</sup>) „Illustrierte Geschichte...“, S. 361 ff.

<sup>3</sup>) Friedensburg, op. cit., S. 170.

<sup>4</sup>) „Illustrierte Geschichte...“, S. 367.

<sup>5</sup>) Ib., S. 371, und Fleck im „Jahrbuch 1922/23“, S. 616.

<sup>6</sup>) „Illustrierte Geschichte...“, S. 361 f.

<sup>7</sup>) Schuler, op. cit., S. 28.

<sup>8</sup>) „Illustrierte Geschichte...“, S. 368 ff.

<sup>9</sup>) Ib., S. 391.

tarlat zu treffen, um es niederzuschlagen. Indem wir Kommunisten in den Zentralrat hineingehen, um dort unseren Rat für die Verteidigung des Proletariats zu geben, bereit, als Soldaten der Revolution mitzukämpfen, lenken wir den Blick der Massen auf das Entscheidende, sagen wir ihnen: Gebt alle Illusionen über die Räterepublik auf, konzentriert all euer Denken, euren ganzen Willen auf die Verteidigung des Proletariats. Wenn das die Massen erkennen, dann haben wir das Stärkste, das Letztmögliche zum Heile der Arbeiterklasse aus der gegenwärtigen Situation herausgeholt.")

Als es am 13. April zu einem konterrevolutionären Putsch kam, der noch abgewehrt werden konnte, riefen die Kommunisten zum Kampf auf und ließen die Räteregierung durch eine unter ihrem Einfluß stehende Versammlung der Betriebs- und Kasernenräte absetzen. Die Versammlung beschloß: „Der Provisorische Revolutionäre Zentralrat wird als nicht bestehend angesehen. Die ganze gesetzgebende und vollziehende Gewalt der Räterepublik wird einem fünfzehngliedrigen Aktionsausschuß übergeben.“<sup>1)</sup> Die Kommunisten, unter der Führung von Eugen Leviné und dem Oberkommandierenden der Roten Armee, Rudolf Eglhofer, beherrschten den Ausschuß. Ein Generalstreik wurde proklamiert (der am meisten der Räterepublik selber schaden mußte!), die Arbeiterschaft bewaffnet, die „Sozialisierung von unten aus den Betrieben aufgebaut“. Lange jedoch bevor die Räteregierung den Umbau der Gesellschaft ernsthaft in Angriff nehmen konnte, holte die Gegenrevolution zum tödlichen Schlag aus. Angesichts der drohenden blutigen Intervention kam es zu inneren Streitigkeiten, in deren Verlauf die Kommunisten am 27. April zurücktraten. Am 1. Mai drangen die Truppen der geflüchteten Regierung Hoffmann in München ein. War es bereits während der Rätezeit zu Geislerschließungen und anderen „roten Terrorakten“ gekommen, so begann nun der „weiße Schrecken.“<sup>2)</sup> Wieder büßte die KPD sowohl ihre eigenen wie der anderen Fehler mit dem Untergang ihrer Führer — unter ihnen der bedeutende Eugen Leviné, der dem Standgericht entgegeneschleuderte: „Wir Kommunisten sind alle Tote auf Urlaub!“

So hatte auch die zweite Räterepublik wenig mehr erreicht als die Besetzung Münchens durch die Soldateska Epps, die Massenverfolgungen und Morde und den Beginn der Stabilisierung der Reaktion in Bayern.<sup>3)</sup>

Wenige Tage nach der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs hatten die Wahlen zur Nationalversammlung stattgefunden. Die KPD beteiligte sich nicht, die USPD erhielt 7,6 %, die SPD dagegen fast 38 % aller abgegebenen Stimmen.<sup>4)</sup> Obwohl das einen merklichen Zuwachs verglichen mit der letzten Vorkriegswahl darstellte, war es den beiden Arbeiterparteien doch nicht gelungen, die Mehrheit der Stimmen oder Mandate zu erzielen. Das nahm die SPD zum Anlaß, in der seit dem 6. Februar in Weimar tagenden Nationalversammlung mit den beiden anderen „republikanischen“ Parteien (der Demokratischen Partei und dem Zentrum) in der sogenannten Weimarer Koalition zusammenzuarbeiten. Entsprechend wurde Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt und die Reichsregierung unter Scheidemann aus Vertretern der drei Koalitionsparteien gebildet. Nach dem Rücktritt Scheidemanns im Juni 1919, sorgte ein ähnliches Kabinett unter Bauer für die Annahme des Versailler Friedensvertrages seitens der Nationalversammlung am 22. Juni 1919 und die Verabschiedung der Weimarer Verfassung am 31. Juli 1919.

Mit Versailles und Weimar waren die beiden Grundpfeiler der neuen Republik gelegt: Stellte ersteres ein Kompromiß mit den siegreichen Westmächten dar, bei dem diese zunächst das unbedingte Übergewicht zu haben schienen, während im weiteren Verlauf der erstarkende deutsche Imperialismus das Verhältnis umkehrte — so war es bei Weimar von vornherein klar, daß die SPD nicht nur im Verhältnis zu ihren Partnern den Kürzeren gezogen hatte, sondern darüber hinaus die Weimarer Partner es unterlassen hatten, Deutschland gründlich zu demokratisieren und die Konterrevolution ein für allemal zu entmachten — wobei die Frage hier nicht beantwortet werden kann, ob im Nachkriegsdeutschland die Begründung einer wirksamen und dauernden politischen Demokratie nicht ein erhebliches Maß an sozialer, kultureller und vor allem wirtschaftlicher Demokratie und sozialistischer Planung erfordert haben würde. Wie es sich zeigen sollte, war das Kompro-

<sup>1)</sup> „Illustrierte Geschichte . . .“, S. 392.

<sup>2)</sup> „Illustrierte Geschichte . . .“, S. 394.

<sup>3)</sup> *ib.*, S. 392 ff.; vgl. auch Rosenberg, „Geschichte der deutschen Republik“, S. 77 ff.

<sup>4)</sup> Die beste Interpretation der bayerischen revolutionären Entwicklung findet sich in Harold J. Hurwitz: „The Bavarian Revolution and its Significance for the Sociology of Revolution and of National Development.“ Unveröffentlichte These, Bates College, Maine 1936.

<sup>5)</sup> Der „deutsche Reichstag“ 1939, S. 599

miß von Weimar ebensowenig wie das von Versailles trotz allen guten Absichten und Teilleistungen imstande, innenpolitisch die Demokratie und außenpolitisch den Frieden zu garantieren — und zwar letztlich nicht so sehr gegen die Bedrohung von links bzw. vom Osten Europas her als in erster Linie gegen den Ansturm von rechts und aus dem Zentrum des Kontinents!

Inzwischen waren die politischen Arbeiter- und Soldatenräte dem vereinten Angriff von militärischer Reaktion und Weimarer Verfassung zum Opfer gefallen. Am 4. Februar hatte der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands als Reichsinstanz zugunsten der Nationalversammlung abgedankt. Am 10. Februar legten nach Annahme der provisorischen Verfassung die Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten ihre Aemter nieder.<sup>1)</sup> Der zweite und letzte allgemeine deutsche Rätekongreß tagte vom 8. bis 14. April in Berlin im Zeichen der fortschreitenden Reaktion. Von den Delegierten gehörten 130 zur SPD, 55 zur USPD, denen sich auch eine österreichische Delegation von 9 anschloß, 20 waren Soldatenräte und nur ein einziger Kommunist.<sup>2)</sup>

Die Frage des Versailler Friedensvertrages bewegte sowohl die Kommunistische Internationale wie auch die KPD zutiefst. Am 13. Mai erließ die Komintern einen Aufruf „Nieder mit dem Frieden von Versailles! Es lebe die Kommunistische Revolution!“<sup>3)</sup> In den „Leitsätzen über den Frieden“ der KPD heißt es, daß, da bereits in Deutschland die Herrschaftsform, die vor dem Kriege bestand, nämlich der Militärstaat, wieder hergestellt worden sei, die Annahme der Friedensbedingungen unter der Herrschaft des bankrotten Imperialismus... ebenso katastrophal sei wie ihre Ablehnung.<sup>4)</sup> Auch in den Kommentaren von Paul Levi und Struthahn (i. e. Kadok)<sup>5)</sup> wird betont, daß für eine deutsche Räteregierung Annahme oder Ablehnung des Friedens ganz von der konkreten Situation abhängen würde. Die Russen hätten von Deutschland den Krieg nicht gegen Entente gefordert, da sie gewußt hätten, daß Deutschland nicht weiter kämpfen konnte. Die Offenhaltung des Weges zu Rußland, die langsame Auftroung des Versailler Friedens und die Liquidierung, die sich Schritt für Schritt in dem Maße vollzog, wie die revolutionäre Welle in Frankreich und Polen stieg, seien für eine bewußt zögernde „kunktatorische“ Außenpolitik der deutschen Räterepublik durchaus möglich.

In einer Proklamation der KPD wandte man sich dann aber doch wieder entschieden gegen die Unterzeichnung. Zwar behauptete man, daß die Folgen der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung für das Proletariat dieselben seien. Die Frage sei daher nur, welches die Entscheidung sei, die am raschesten und sichersten in die Weltrevolution hineinführe. „Wenn aber jetzt die Deutschen unterzeichnen, so ist das auch eine Atempause, eine Atempause aber für die deutsche Gegenrevolution, eine Atempause, in der der deutsche Imperialismus sich auf die Lauer legt wie die Spinne in ihrem Netz, ob sie nicht aus der aufsteigenden Weltrevolution doch neue Profite ergattern könne und ob nicht sie mit ihren Noske-Garden dann als Gendarm der Welt die Revolution der Proletarier dampfen könne.“ Die Ablehnung der Friedensbedingungen hingegen würde die deutsche Bourgeoisie beschleunigt hinabwerfen „in ihre letzte Krise, in der sie endgültig zugrundegehen.“<sup>6)</sup> Die Abiennung von Versailles wurde die Grundlage für die für die KPD so typische „Ostorientierung“, von der aus sie den Kampf gegen den westlichen Imperialismus und das Bündnis mit Sowjetrußland propagierte und sich auch, wie noch zu zeigen sein wird, trotz all ihrem Internationalismus von Zeit zu Zeit höchst nationalistisch gebärdete.

Neben Versailles gab es ein zweites Weltproblem, das die Kommunisten im Frühjahr 1919 lebhaft bewegte, nämlich der Anschluß an die Internationale. Während die Sozialdemokraten das Ende des Krieges abwarteten, bevor sie an die Wiederherstellung der „Zweiten Internationale“ gingen, hatten die Bolschewiki bereits 1918 mit den Vorarbeiten für die Gründung einer neuen „Dritten Internationale“ begonnen. Die Bolschewiki wollten ein Instrument aus der Erde stampfen, das die Machteroberung im Weltmaßstab in kürzester Frist ermöglichen sollte. Die neue Internationale sollte der „Generalstab der Weltrevolution“ sein, der nach der russischen Overture die weiteren Akte des welthistorischen Spiels zu inszenieren hatte. In jenen Jahren sahen die Bolschewiki das Heil ihrer eigenen Revolution hauptsächlich im Sieg der europäischen Revolution, und sie waren ehrlich bemüht, die Interessen Rußlands

<sup>1)</sup> „Friedrich Ebert und seine Zeit“, S. 209.

<sup>2)</sup> Krüger, op. cit., S. 194; vgl. auch Trautheimer „Der zweite Rätekongreß“.

<sup>3)</sup> „Internationale“ I, Nr. 20, S. 4—16, und Stempier, op. cit., S. 142 ff.

<sup>4)</sup> „Internationale“ I, Heft 11/12, S. 244 ff.

<sup>5)</sup> „Internationale“ I, Heft 2/3, S. 28 ff.

<sup>6)</sup> „Internationale“ I, Heft 4, S. 3 ff. und Arnold Struthahn, „Die Weltrevolution“, S. 10 ff.

<sup>7)</sup> „Internationale“ I, Heft 1/2, S. 10 ff.

<sup>8)</sup> „Internationale“ I, Heft 1/2, S. 10 ff.

denen des Weltproletariats unterzuordnen — so, wie sie diese verstanden. Ihr Mißverstehen des revolutionären Prozesses außerhalb Rußlands, ihre Mißinterpretation der Arbeiterbewegung Westeuropas mußte aber zu einer tragischen Fehlorganisation führen.

Im Vorgefühl dieser Entwicklung leistete die Führung des Spartakusbundes, insbesondere Rosa Luxemburg, Widerstand gegen die Neugründung. Auch sie wollte eine neue Internationale, aber nicht als das Werk der Russen, sondern als die Zusammenfassung starker revolutionärer Parteien in entscheidenden Ländern.) Zu der „Internationalen Konferenz“ in Moskau im März 1919 wurden als deutsche Vertreter Leviné und Eberlein entsandt, von denen aber nur Eberlein durchkam.) Dieser hatte ein gebundenes Mandat gegen die Gründung und sprach sich auch scharf gegen sie aus.) Als Vertreter der wichtigsten Sektion außerhalb Rußlands hatte er die entscheidende Stimme. Schließlich gab er aber unter dem Druck aller anderen nach und enthielt sich der Stimme.) Die Gründung wurde dann beschlossen, und die KPD vollzog nach seiner Rückkehr als erste außerrussische Partei den Anschluß an die K. I.)

Eberlein hatte betont, die KI dürfe sich nicht auf ein geistiges Zentrum beschränken, sondern müsse die Grundlage einer organisatorischen Macht sein. Insbesondere dürfe sie nicht ein Konkurrenz-Unternehmen zur Zweiten Internationale darstellen. Ihre Grundlagen seien noch allzu schwächlich.) Dagegen höre man Sinowjew: „Wir haben eine siegreiche proletarische Revolution in einem großen Lande, wir haben eine große, zum Sieg schreitende Revolution in zwei Ländern und danach sollen wir sagen: Wir sind noch zu schwach! Wir stellen die Parole der Internationalen Räterepublik als Devise auf und niemand wird das eine Utopie nennen.“) Der Kongreß selber schloß im selben Geiste mit folgenden Worten Lenins: „Der Sieg der proletarischen Revolution in der ganzen Welt ist sicher. Die Gründung der Internationalen Räterepublik wird kommen.“

Das waren keine vereinzelten Äußerungen; die Bolschewiki schwelgten damals alle in den tollsten Illusionen. Hatte selbst der kühle Lenin am 12. Juli 1919 den Sieg der Internationalen Räterepublik für den Juli 1920 prophezeit), so war es natürlich, daß Sinowjew, „der große Romantiker der Weltrevolution“), ihn zu überbieten suchte. In Numero 1 der „Kommunistischen Internationale“ finden sich die vielzitierten Sätze, wonach man bereits nach Jahresfrist beginnen werde, zu vergessen, daß es in Europa einen Kampf für den Kommunismus gegeben habe und der Kampf für ihn sich bereits auf Amerika hinüber werfen werde.) Daß es sich bei diesen Äußerungen nicht um ein „Versprechen“ handelte, ersieht man daraus, daß derselbe Sinowjew noch im Juli 1920 nach all den Katastrophen in einer Poemik gegen Sombart auf seiner Einschätzung besteht und nur zugibt, daß es zwei oder drei Jahre dauern werde, bis ganz Europa zur Räterepublik wird.)

Die Aufrufe der KI zeugten damals von einem ehrlichen und tiefen Chiliasmus: „Es wird kein Jahr vergehen und ganz Europa wird zum Sowjetland werden... Der Sturm beginnt. Die Feuersbrunst der proletarischen Revolution loht mit unaufhaltsamer Kraft in ganz Europa!... Es naht die große Schlacht. Die Entscheidungsschlacht rückt heran. Ganz Europa ist voll vom Stimmengewirr zorniger, in den Kampf strebender Proletarier. Unterirdische Stöße lassen sich von verschiedenen Punkten unserer Erde vernehmen. In Gewitter und Sturm, in Blut und Tränen, in Hunger und unendlichem Leiden wird die neue Zeit geboren, die lichte Welt des Kommunismus, die allgemeinen Verbrüderung der Werktätigen. Im Jahre 1919 wurde die große Kommunistische Internationale geboren. Im Jahre 1920 wird die große Internationale Sowjet-Republik geboren werden. Es lebe der 1. Mai.“) Genau so findet sich auch in allen anderen Proklamationen der Dritten Internationale und ihrer Organe derselbe unerschütterliche utopisch-chiliasmatische Glaube an die „Unvermeidlichkeit des Schicksals“, das den Sieg der Weltrevolution herbeiführen wird. Die Hoffnungen und Illusionen der Masse der deutschen Kommunisten in bezug auf die Entwicklung in Deutschland selber hatten schon damals denselben Charakter.

Seit dem April 1919 hatte der Belagerungszustand in Permanenz geherrscht, um erst im Dezember 1919 für drei Wochen außer:

) Borkenau, op. cit., S. 161, und Sering, op. cit., S. 223.

) Borkenau, op. cit., S. 162.

) „Protokoll des Ersten Kongresses der KI“, S. 7 ff. und S. 96 ff.

) Ib., S. 145.

) Schürer, op. cit., S. 27.

) „Protokoll des Ersten Kongresses der KI“, S. 131 ff.

) Ib., S. 194 f.

) Werke, Russische Ausgabe, vol. 24, S. 361.

) Flotinski, „World Revolution and the USSR“, S. 74.

) Sinowjew, „Die Perspektiven der Proletarischen Revolution“, S. 19.

) „Protokoll des Zweiten Kongresses der KI“, S. 14 ff.

) Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des 1. Kongresses. — Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum 2. Kongreß, S. 81 ff.

Kraft gesetzt zu werden.<sup>1)</sup> Da während dieser ganzen Zeit die Partei illegal war, war unter diesen Umständen eine Neuwahl der Zentrale unmöglich. Sie ergänzte sich durch Koalition. Die Leitung der Partei lag bei Levi; Radek und Bronski spielten daneben eine führende Rolle.<sup>2)</sup> Die Autorität der Zentrale bei den Mitgliedern war damals noch gering, verglichen insbesondere mit dem sich später entwickelnden „Demokratischen Zentralsismus“. Wie bereits angedeutet, war die Zentrale an den örtlichen Aktionen und Putschen durchaus nicht immer beteiligt. Dennoch glaubte Paul Levi, daß die Partei, um Masseneinfluß zu gewinnen, und die vor allem der USP zugute kommende Radikalisierung der Arbeiter für sich auszunutzen, sich von den abenteuerlichen und putschistischen Mitgliedern trennen müsse. Zu diesem Zwecke legte er dem zweiten Parteitag im Oktober 1919, der illegal in Wachenburg, Heidelberg, Mannheim und auf dem Dillsberg tagte, seine „rechten“ anti-syndikalistischen Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik vor.<sup>3)</sup>

Auf einer illegalen Reichskonferenz, die Mitte August in Frankfurt getagt hatte, waren die verschiedenen Auffassungen über die Rolle der Partei, der Gewerkschaften und des Parlaments bereits hervorgetreten.<sup>4)</sup> Der Parteitag sollte nun eine Revision der Haltung zu den Wahlen, zum Parlament und zu den Gewerkschaften bringen und die Ultralinken aus der Partei drängen. Levis Leitsätze gehen davon aus, daß die Partei auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten kann. „Als solches Mittel kommt auch die Beteiligung an Wahlen in Betracht.“ Allerdings sind sie als nur vorbereitende Mittel dem revolutionären Kampf unterzuordnen.<sup>5)</sup> Die wirtschaftlichen Kampfmittel sind von besonderer Bedeutung. Die Partei muß sie zu steuern, „wo nötig, selbst um den Preis der Zerstörung der Form der Gewerkschaft und Schaffung neuer Organisationsformen“. Die Anschauung, man könne vermöge einer besonderen Organisationsform Massenbewegungen aus dem Boden stampfen, wird allerdings als Rückfall in klembürgerliche Utopie abgelehnt. Zur Führung des revolutionären Massenkampfes ist in erster Linie die politische Partei berufen.<sup>6)</sup> Für die wirtschaftlichen und politischen Organisationen wird strafste Zentralsation verlangt. „Die KPD verwarf jeden Föderalismus.“ Am Schluß steht die These Nr. 8, die die Abspaltung der Opposition garantieren soll: „Mitglieder der KPD, die diese Anschauungen nicht teilen, haben aus der Partei auszuscheiden.“<sup>7)</sup>

In seinem Referat stellte Levi den Kampf gegen die syndikalistische Krankheit in der Partei in den Mittelpunkt<sup>8)</sup>, wobei er vor allem gegen Lautenbergs und Wolffheims Idee von der Allgemeinen Arbeiterunion („One Big Union“) ablehnte.<sup>9)</sup> Daß er sich in Wahrheit gegen die ganze Praxis seit dem Januaraufstand wandte, zeigt noch deutlicher sein Artikel „Reinigung“ in der „Internationale“<sup>10)</sup>: „Ein Irrweg war der Glaube, ein paar stürmende Vortruppen des Proletariats könnten das Werk des Proletariats vollenden. Berlin und Leipzig, Halle und Erfurt, Bremen und München haben diesen Putschismus durch die Tat widerlegt und haben gezeigt: nur die gesamte Klasse der Proletarier in Stadt und Land kann die politische Macht... gewinnen.“

Im Namen der linken Minderheit beschwert sich Laufenberg darüber, daß die Leitsätze die Spaltung bezwecken. Dazu erst habe man den Popanz des Syndikalismus erfunden. Die Leitsätze seien den Organisationen nicht zur Diskussion unterbreitet worden; diese seien in ihrer Mehrheit für die Union, sollten aber jetzt überumpelt werden.<sup>11)</sup> Wolffheim erinnerte daran, daß die Zentrale noch vor acht Wochen auf der Reichskonferenz erklärt habe, die Hamburger Opposition habe nur finanzielle Gründe. Die sachlichen Differenzen seien nur entdeckt worden, um den Ausschluß zu rechtfertigen.<sup>12)</sup>

Die Zentrale bekam eine Mehrheit für ihre Thesen nur dadurch, daß mit 24 zu 18 Stimmen den Zentrale-Mitgliedern das Stimmrecht zuerkannt wurde.<sup>13)</sup> These 8 wurde mit 29:20 Stimmen angenommen; These 6, die vor allem gegen passive Resistenz, individuelle Sabotage und Generalstreik als Allheilmittel gerichtet war, mit 25:23 abgelehnt; die Gesamtabstimmung brachte die Annahme mit 31:18.<sup>14)</sup> Die Opposition, geführt von Laufenberg und Wolff-

<sup>1)</sup> 1. Parteitagsbericht, S. 17.

<sup>2)</sup> Bry, op. cit., S. 4.

<sup>3)</sup> Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 76 ff., und Borkenau, op. cit., S. 152.

<sup>4)</sup> „Illustrierte Geschichte...“, S. 448.

<sup>5)</sup> 2. Parteitagsbericht, S. 4.

<sup>6)</sup> 2. Parteitagsbericht, S. 5.

<sup>7)</sup> Ib., S. 6.

<sup>8)</sup> Ib., S. 17.

<sup>9)</sup> Ib., S. 20.

<sup>10)</sup> „Die Internationale“ I, S. 288 ff.

<sup>11)</sup> 2. Parteitagsbericht, S. 33 ff.

<sup>12)</sup> Ib., S. 38 ff.

helm aus Hamburg, Schröder und Wendel aus Berlin, Rühle aus Dresden), erklärte ihr Ausscheiden aus der Partei in der Hoffnung, daß ihre neue Partei den ganzen Norden, Rheinland, Berlin und Teile Sachsens umfassen würde.<sup>1)</sup> Die oppositionellen Bezirke schlossen sich auch im April 1920 zur Kommunistischen Arbeiterpartei (KAPD) zusammen. Die KAPD verlor ihre stärksten Organisationen; ihr Mitgliederbestand von etwa 107 000 reduzierte sich auf etwa die Hälfte. In Berlin blieben ihr von etwa 10 000 nur einige Dutzend Mitglieder.<sup>2)</sup> Auch der Aufforderung der KPD-Zentrale, aus den oppositionellen Organisationen auszuschneiden und die KPD zu rekonstruieren, folgten z. B. in Berlin von 8000 nur etwa 500.<sup>3)</sup>

An den weiteren Verhandlungen des Heidelberger Parteitages am 23. Oktober nahmen nur noch die Delegierten der Mehrheit teil.<sup>4)</sup> So wurden die Leitsätze über den Parlamentarismus fast einstimmig angenommen. Es hieß nun, daß die KPD zwar keine Erfolge durch das Parlament selber erwarte, es aber doch ausnutzen müsse: „Die USP bedient sich des Parlaments zur Einwirkung auf die herrschenden Klassen, die KPD zur Einwirkung auf die Massen.“<sup>5)</sup> Auf derselben gemäßigten Linie liegen die einstimmig angenommenen „Leitsätze über die Gewerkschaftsfrage“: Die Gewerkschaftspolitik der kleinen Reformen sei jetzt aussichtslos geworden.<sup>6)</sup> Jeder Wirtschaftskampf sei heute ein wirtschaftlicher und politischer Kampf. Dennoch bedürfe es getrennter politischer und wirtschaftlicher Organisationen. Daher sei nötig die selbständige Partei, aber nicht die Herausnahme der Revolutionäre aus dem gewerkschaftlichen Meerhaufen.<sup>7)</sup> Einzelaustritt aus der Gewerkschaft sei direkt schädlich.<sup>8)</sup> Das Ziel sei Isolierung der konterrevolutionären Gewerkschaftsbürokratie von den Massen; also fraktionsmäßiger Zusammenschluß innerhalb der Ortszellen und Kampf mit der Bürokratie innerhalb und, wenn es sein muß, außerhalb der Gewerkschaften.<sup>9)</sup>

Kritisch sei zu den Heidelberger Auseinandersetzungen bemerkt, daß Levi wahrscheinlich im Recht war, wenn er sah, daß man mit den Auffassungen und Persönlichkeiten der Opposition nicht die Macht gewinnen würde. Andererseits sah die Opposition schon damals sehr klar die Gefahr, daß selbst im Falle eines Sieges der Revolution die Diktatur der Klasse durch die der Partei und ihrer Führung ersetzt würde. Schließlich war die von Levi angewandte Methode der Spaltung durchaus zentralistisch-bürokratisch-diktatorisch und ein böses Beispiel, das in der Folge sowohl von der deutschen Parteibürokratie wie auch von Moskau nur allzu gern nachgeahmt wurde.

Das Jahr 1920 sollte Zeuge werden von dem ersten, allerdings noch nicht erfolgreichen Frontalangriff der Reaktion gegen die Arbeiterbewegung und die Republik. Seit der Verhängung des Belagerungszustandes im April 1919 war die Macht des Militärs dauernd gewachsen. Eine Kraftprobe zwischen der erstarkten Reaktion und der jungen Republik schien unvermeidlich. Die außenpolitische Lage insbesondere war nicht nach dem Herzen der militärischen Verbände und ihrer Führer. Für die „Schmach von Versailles“, die dort festgelegten Rüstungsbeschränkungen, die von der Entente verlangte Auslieferung der Kriegsverbrecher, die Forderungen und Streiks der verletzten Arbeiter — kurz die außen- und innenpolitische „Misere“ der Demokratie wurde die „schlappe“ Weimarer Koalition verantwortlich gemacht. Mit dem 1919 errungenen Sieg über den „Bolschewismus“ zerriß das Band, das die SPD und die militärische Reaktion zusammengehalten hatte.

Unmittelbarer Anlaß zum Putsch wurde die angedrohte Auflösung der Marinebrigaden Ehrhardt und Loewenfeld. Am 13. März besetzte die Brigade Ehrhardt unter dem Kommando des Generals von Lüttwitz das Regierungsviertel und proklamierte den früheren Generallandschaftsdirektor Kapp aus Ostpreußen zum Reichskanzler. Von ihren Truppen im Stich gelassen, floh die Regierung Bauer-Noske nach Dresden und Stuttgart.<sup>10)</sup> Der von den Gewerkschaften proklamierte Generalstreik dagegen hatte vollen Erfolg: Schon nach vier Tagen brach das Kapp-Regime zusammen. Obwohl so der erste offene Generalangriff der Reaktion abgewehrt war, brachte der Sieg der Arbeiterklasse keinen dauernden Positionsgewinn. Wo diese im Kampf gegen Kapp über Weimar hinausging, traf sie sofort wieder auf die Einheitsfront von Reaktion

<sup>1)</sup> „Illustrierte Geschichte...“, S. 442.

<sup>2)</sup> 2. Parteitagbericht, S. 43.

<sup>3)</sup> Schärer, op. cit., S. 29, und „Illustrierte Geschichte...“, S. 444 und 447.

<sup>4)</sup> Levi, op. cit., S. 5.

<sup>5)</sup> 2. Parteitagbericht, S. 45.

<sup>6)</sup> Ib., S. 45 ff.

<sup>7)</sup> 2. Parteitagbericht, S. 51.

<sup>8)</sup> Ib., S. 52.

<sup>9)</sup> Ib., S. 53.

<sup>10)</sup> Ib., S. 34.

<sup>11)</sup> Schärer, op. cit., S. 152 ff. und Friedensburg, op. cit., S. 178 f.

und Weimar: „Die proletarischen Retter der Republik wurden von den Geretteten im Bunde mit den Putschisten niedergeworfen.“ Während in Bayern sogar die offene Reaktion siegte, blieben im übrigen Deutschland Republik und Demokratie weiter ungesichert.)

Mitverantwortlich hierfür war die Unreife der linken USP und der linken KPD. Am Anfang stand die KPD-Zentrale dem von den Gewerkschaften geführten Generalstreik ganz hilflos gegenüber. Das erste Flugblatt rief vom Generalstreik ab. Erst viel später wurde die Parole der Bewaffnung herausgegeben.) Was ging der KPD der Streit zwischen Noske und Kapp an? „Das Proletariat wird keinen Finger rühren für die demokratische Republik...“, heißt es im Aufruf der Zentrale vom 13. März.) „Die Arbeiterklasse, die gestern noch in Banden geschlagen war von den Ebert-Noske, und waffenlos, unter scharfstem Unterdruckerdruck, ist in diesem Augenblick nicht aktionsfähig. Wir halten es für unsere Pflicht, das klar auszusprechen. Die Arbeiterklasse wird den Kampf gegen die Militärdiktatur aufnehmen in dem Augenblick und mit den Mitteln, die ihr günstig erscheinen. Dieser Augenblick ist noch nicht da. Er ist da, wenn sich das Gesicht der Militärdiktatur enthüllt haben wird...“) Lag es nicht ganz in der radikalen Tradition, die auf die Dialektik der Geschichte unbedingt vertraut, zu niedriger festzustellen, daß die Reaktion den Vorteil hat, eingelegene Verhältnisse zu bringen?“)

Inmerhin erklärte sich die KPD am nächsten Tag für den Streik, lehnte es aber ab, die Arbeiter zur Bewaffnung aufzufordern. So waren die Losungen der KPD am 15. März die folgenden: „Für den Generalstreik! Nieder mit der Militärdiktatur! Nieder mit der bürgerlichen Demokratie! Alle Macht den Arbeiterräten! Die Kommunisten sind gegen die Regierung Ebert-Noske-Bauer, gegen die Wiederaufrichtung einer Regierung mit bürgerlichem Unterbau, mit Parlament und Staatsbürokratie, gegen die Neuwahl der Nationalversammlung. Arbeiter in Stadt und Land! Eure nächste Aufgabe in allen Orten ist: Sofortiger Zusammentritt in allen Betrieben zur Neuwahl von Arbeiterräten. Sofortiger Zusammentritt der Räte zu Voliversammlungen, die die Leitung des Kampfes zu übernehmen und die über die nächsten Maßnahmen zu beschließen haben. Sofortiger Zusammentritt der Räte zu einem Zentralkongreß der Räte. Innerhalb der Räte werden die Kommunisten kämpfen für die Diktatur des Proletariats, für die Räte-republik. Arbeiter! Geht nicht auf die Straßen, versammelt Euch täglich in den Betrieben! Laßt Euch nicht von den Weißen Garden provozieren!“) Einfluß konnte sie nun aber damit nicht mehr gewinnen.)

Als Kapp am 17. März zurücktrat, wollte die Führung der Gewerkschaften unter Legien eine Arbeiterregierung von den Christlichen Gewerkschaften bis zur USPD bilden, die mit der Demokratisierung der Republik ernst machen sollte.) Es herrscht weitgehende Übereinstimmung darüber, daß diese einzigartige Chance für die deutsche Arbeiterschaft in erster Linie an der ultralinken Abstinenz-Politik von Däumig und Genossen gescheitert ist, die auch in einer noch so demokratischen Regierung nur die Diktatur des Kapitals zu sehen vermochten.) Allerdings veröffentlichte auch die „Rote Fahne“ noch am 17. März die Parole: „Keine rein sozialistische Regierung mit Parlament als Grundlage.“ Doch haben nach Borkenau bereits am 18. März bei einer Konferenz zwischen den Gewerkschaften und den Vertretern der KPD Walcher und Fleck zugesagt, daß für den Fall des Zustandekommens der Arbeiterregierung seine Partei „loyale Opposition“ üben werde.)

Am 21. März, also spät, aber noch nicht zu spät, fand sich in der KPD-Zentrale eine Mehrheit für die folgende Erklärung: 1. Der Kapp-Putsch bedeutet den Zusammenbruch der bürgerlich-sozialistischen Koalition. 2. Die proletarische Diktatur bedeutet die Diktatur des aussenliegenden Teils des Proletariats und setzt eine starke KP voraus. 3. Hierfür sind gegenwärtig die objektiven Grundlagen nicht gegeben. 4. Ein Zustand politischer Freiheit, in dem die bürgerliche Demokratie nicht als die Entwicklung zur proletarischen Diktatur. 5. Die sozialistische Regierung ist erwünscht für ein Anreizen proletarischer Massen zur proletari-

1) Schürer, op. cit., S. 16.

2) Ina. nener auf dem 4. Parteitag. 4. Parteitagsbericht, S. 32 ff.

3) zitiert bei Schürer, op. cit., S. 71.

4) „Die Rote Fahne“ vom 14. 3. 1920, zitiert in „Illustrierte Geschichte...“, S. 467 f.

5) Fritsch, „Offensive“, „Die Internationale“ III, S. 65-71, insbes. S. 67.

6) „Illustrierte Geschichte...“, S. 468.

7) Levi auf dem 4. Parteitag. 4. Parteitagsbericht, S. 48 ff.

8) Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 114, Borkenau, op. cit., S. 184 ff.

9) Frazer, op. cit., S. 216, Rosenberg, op. cit., S. 114, und insbes. S. 281 ff., Borkenau, op. cit., S. 188 ff.

10) vgl. im einzelnen Borkenau, op. cit., S. 188 ff., und die Artikel von



den Diktatur. Infolgedessen könne die KPD (loyale Opposition gegenüber einer solchen Regierung üben. „Unter loyaler Opposition verstehen wir: Keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz, bei selbstverständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Losungen.“ Noch ehe sich diese Politik der KPD, die immerhin einen halben Schritt vorwärts bedeutete, auswirken konnte, war bereits der ganze Plan der Arbeiterregierung am Widerstand der linken USPD gescheitert, die sich ebensowenig wie die Kommunisten in einer Koalition mit den „Noskes“ beschmutzen wollte. Hinzu kam noch, daß die Erklärung der KPD vom 21. März, die erst in Nr. 32 der „Roten Fahne“ vom 26. März veröffentlicht wurde, bald sowohl vom Zentralauschuß der KPD, als auch von dem später stattfindenden Parteitag als „ablenkend“ verurteilt wurde, und zwar mit 12 zu 8 Stimmen.) Auch hier war die KPD wieder einmal päpstlicher als der Papst; hatte doch selbst Lenin in seiner Broschüre „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ (Anhang II) die Erklärung als vollkommen richtig und nur ihren § 4 als unglücklich formuliert betrachtet.

Ein Teil der Beratungen des Vierten Parteitages, der am 14. April 1920 wieder in Berlin tagte, war der Diskussion der Stellung der Partei beim Kapp-Putsch gewidmet. Pieck berichtete, Legien habe in der ersten Phase versucht, mit der USPD eine gemeinsame Arbeiterregierung zu bilden. Däumig sei dagegen gewesen; die KP-Vertreter (darunter er selber) hätten gegen Däumig Stellung genommen, da die Arbeiterregierung eine tragfähige Basis gehabt habe. Diese Diskussion habe am 21. März abends stattgefunden. Am nächsten Morgen habe die Mehrheit der Zentrale beschlossen, Pieck und die anderen öffentlich zu desavouieren. Am 23. sei dann die erwähnte Zentrale-Erklärung gefaßt worden. Der Generalstreik sei bereits abgebrochen gewesen, als die Erklärung formuliert wurde.)

Paul Levi mißbilligte das Verhalten der Zentrale in den ersten Tagen (er selbst saß damals im Gefängnis). Die Parole hätte sein müssen: Gegen jeden Kompromiß! Niederwerfung der Kapp-Lüttwitzer! Infolge der Passivität der Zentrale zu Beginn sei dann ein Kompromiß unvermeidlich geworden. Man habe auch nicht die USPD allein verhandeln lassen können, da man zu einflußreich gewesen sei.) (Nach Walcher wollten der linke USPD-Flügel und Dr. Hertz (USPD) zunächst die Stellung der KPD kennen.)<sup>1)</sup> Levi betonte: „Kompromisse legen nicht in der Richtung unserer Ziele, werden aber von Fall zu Fall eingegangen werden müssen. Ich verweise auf das russische Beispiel.“<sup>2)</sup> Auch Pieck berief sich auf die Stellung der Bolschewiki im Juni 1917.<sup>3)</sup> Für die Linke erklärte Hörnic: „Eine solche Regierung in einem Augenblick, wo die ökonomische Lage vor einem Bankrott steht, würde nur zu einer Kompromittierung des Proletariats führen.“<sup>4)</sup> Nach Zetkin hätten nur die USPD-Führer Interesse an einer solchen Regierung gehabt<sup>5)</sup>; Ernst Meyer sah in der Zentrale-Erklärung ein vollkommenes Versagen.<sup>6)</sup> Schließlich wurde der Beschluß des Zentralausschusses (der die Zentrale-Erklärung mißbilligt hatte!) mit 37 zu 6 Stimmen vom Parteitag gebilligt.<sup>7)</sup>

Am 20. März hatten sich die Vertreter der Gewerkschaften und Regierungsparteien auf ein neun Punkte umfassendes Programm der Demokratisierung des politischen Lebens geeinigt. Sobald die Versuche zur Bildung einer Arbeiterregierung gescheitert waren, d. h. bereits am 22. März, forderten die Freien Gewerkschaften, die SPD und die USPD zum Abbruch des Generalstreiks mit Wirkung vom 23. März auf. Obwohl die KPD die Arbeiter zum Weiterkämpfen aufforderte, kam es in Berlin zur allgemeinen Arbeitsaufnahme, ohne daß das Neun-Punkte-Programm je erfüllt worden wäre.) Anders im Ruhrgebiet und Mitteldeutschland. Im Ruhrgebiet hatten sich die Arbeiter in der Abwehr gegen Kapp, den kommandierenden General Watter und die Freikorps zu einer mächtigen Bewegung zusammengeschlossen. Es entstand eine zeitweilig vielleicht 50 000 Mann starke Rote Armee. Nach dem Bekanntwerden des Abbruchs des Generalstreiks berief Severing eine Konferenz nach Bielefeld, die in seinen Worten „die Aufgabe hatte, durch Aufklärung den gutgesinnten Teil der Arbeiterschaft von denen zu trennen, denen es nicht auf die Abwehr des Kapp-Putsches ankam, sondern die mindestens die Absicht gehabt hatten, mit kommunistischen Wirtschaftstheorien zu experimen-

<sup>1)</sup> 4. Parteitagebericht, S. 28 ff.

<sup>2)</sup> 4. Parteitagebericht, S. 38 ff.

<sup>3)</sup> ib., S. 48 ff.

<sup>4)</sup> ib., S. 44.

<sup>5)</sup> 4. Parteitagebericht, S. 50.

<sup>6)</sup> ib., S. 40.

<sup>7)</sup> ib., S. 45.

<sup>8)</sup> ib., S. 37.

<sup>9)</sup> ib., S. 42.

<sup>10)</sup> ib., S. 53.

<sup>11)</sup> „Illustrierte Geschichte...“, S. 472 f.

tieren.") Die sog. Bielefelder Abmachungen, die auf derselben Linie lagen wie die nun Gewerkschaftspunkte, blieben auf dem Papier stehen. Immerhin haben sie „in der Roten Armee wie Sprengpulver gewirkt“ (Severing) und die Kapitulation der Mehrheit der Ruhrarbeiter herbeigeführt.)

Nur eine Minderheit der Arbeiter erkannte die nach der Demission der Bauer - Noske - Regierung zustandegekommene neue Hermann-Müller-Regierung nicht an, lehnte das „Bielefelder-Abkommen“ ab, und führte den Kampf auf eigene Faust fort, um schließlich sogar mit der Sabotage der Bergwerke zu drohen.) Aber sogar hier blieb die KPD stets in der Minderheit.) Levi ließ auf dem 4. Parteitag keine Zweifel darüber, daß die Zurückziehung auf das Bielefelder Abkommen die beste Lösung gewesen wäre, die Sabotagedrohung aber ganz unheilvoll gewesen sei, da sie die Bergarbeiter in die Hände der Reichswehr getrieben habe.) Entsprechend stellte eine Resolution fest, daß der Prozeß proletarischer Sammlung gestört werde, wenn im Laufe der Kämpfe Teile des Proletariats Ziele verwirklichen wollten, die das Proletariat in seiner Mehrheit noch ablehne. Aufgabe der Partei sei es, solche Schädigungen unmöglich zu machen.) Wie man sieht, war die Haltung des Parteitages, der auch einstimmig die Beteiligung an den bevorstehenden Reichstagswahlen beschloß<sup>1)</sup>, alles andere als eindeutig: Man manövrierte auf einer „mittleren Linie“, von der aus man sicherlich nicht viel Einfluß auf die ebenfalls schwankende USPD ausüben konnte.

Die Reichstagswahlen fanden am 6. Juni statt. Während bei den Wahlen zur Nationalversammlung die SPD fünfmal soviel Stimmen bekommen hatte wie die USPD und trotz der KPD-Parole der Wahlenthaltung die Wahlbeteiligung 83 % betragen hatte, erhielt nun die SPD nur noch 5,6 Millionen Stimmen gegenüber 4,9 Millionen Stimmen für die USPD und nur 446 000 Stimmen und 2 Mandate (Zetkin, Levi) für die KPD.) Diese erreichte noch nicht einmal 1/100 der für die Arbeiterparteien abgegebenen Stimmzahl. In Berlin brachte sie es auf 14 000 Stimmen gegen 456 000 der USPD und 180 000 der SPD. Nur in einem einzigen Wahlkreis hatte sie genug Stimmen (60 000) für ein Mandat aufgebracht. Im ganzen Reich stellte sie eine winzige Minderheit im Proletariat dar.)

Nach allen Mißerfolgen sollte jedoch gegen Ende des Jahres endlich die große Stunde für die KPD schlagen, als die Mehrheit der so oft geschmähten USPD den Anschluß an die Dritte Internationale beschloß. Auch nach dem Ausscheiden der Spartakusanhänger waren in der USPD zwei Richtungen verblieben, eine Rechte und eine Linke. Zum ersten Mal waren sie sich offen gegenübergetreten auf dem 2. Parteitag der USPD in Berlin (2. bis 6. März 1919). Hugo Haase war der Sprecher der Rechten, Ernst Däumig der Linken.) Däumig wollte, daß die Partei zugunsten des Räte-systems, in welchem er das höchste Ziel sah, abdankte. Daraus ergab sich die Verneinung des Parlamentarismus und die Absage an die Partei. In der Gewerkschaftsfrage standen sich Robert Döbmann und Richard Müller gegenüber. Jener verlangte, daß die oppositionellen Kräfte innerhalb der Gewerkschaften für deren Revolutionierung arbeiten sollten. Nach Müller müßten dagegen die Gewerkschaften vom Räte-system aufgesaugt werden. Wer also dieses wolle, müsse die Gewerkschaften ablehnen.)

Bald wurde zum Hauptgegenstand des Streits in der Partei die Frage der Internationale. Der linke Flügel (Däumig, Richard Müller, Kurt Geyer und Stocker) verlangte den Anschluß an Moskau und holte von Monat zu Monat auf einen neuen revolutionären Ausbruch. Kurt Geyer lehrte, daß Revolutionen von entschlossenen Minderheiten gemacht würden, und verlangte daher im Parteiprogramm die Streichung der hinter der Forderung der Diktatur des Proletariats stehenden Worte: „Des Vertreters der großen Volksmehrheit“. Die Situation in Deutschland sei vorrevolutionär. Daher schwäche die Wahlbeteiligung die revolutionäre Stoßkraft.) Diese Auffassungen wurden auch auf der Reichskonferenz im September 1919 vertreten, ohne die Mehrheit zu erobern.) Hier konnte Dittmann berichten, daß die Bewegung geradezu sprunghaft gewachsen sei. Er wies zugleich auf den Mangel an Schulung hin, besonders dort, wo die neuen Mitglieder sich vornehmlich aus

<sup>1)</sup> Zitiert ib., S. 501.

<sup>2)</sup> D., S. 484 ff., und Friedensburg, op. cit., S. 176 ff.

<sup>3)</sup> Warkentau, op. cit., S. 189 ff., und Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 115.

<sup>4)</sup> Kust, „Der Weg der KPD“, S. 87.

<sup>5)</sup> 4. Parteitagsbericht, S. 17 ff.

<sup>6)</sup> Ib., S. 28 ff.

<sup>7)</sup> Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 115, Fleck im Jahrbuch 1922/23, S. 847.

<sup>8)</sup> Schürer, op. cit., S. 48.

<sup>9)</sup> Prager, op. cit., S. 191.

<sup>10)</sup> Prager, op. cit., S. 192.

<sup>11)</sup> Ib., S. 202 ff.

<sup>12)</sup> Schürer, op. cit., S. 22.

früher Unorganisierten rekrutierten und das Verlangen nach Aktionen am stärksten sei<sup>1)</sup>

Auf dem Parteitag in Leipzig (30. November bis 6. Dezember 1919) siegte in der Frage des Aktionsprogrammes die Linke über die Rechte. Die Achse des neuen Programmes war das einstimmig gutgeheißene Bekenntnis zur Räterediktatur.<sup>2)</sup> In der Frage des Anschlusses an Moskau wurde festgestellt, daß bereits einige Mitglieder der Partei wie Stoecker und Geyer Geheimverhandlungen mit Levi geführt und sich von ihm Instruktionen für ihr Verhalten auf dem Parteitage geholt hätten. Es wurde bei dieser Gelegenheit auch kritisiert, daß sich der „Linke Flügel“ bereits eine besondere Organisation gegeben hätte, die im Sinne der Moskauer Auftraggeber arbeite und im ganzen Reiche Anschluß zu finden suche.<sup>3)</sup> Zur Frage der Internationale verlangte Stoecker gegen Hilferding den sofortigen Anschluß an die Moskauer Internationale und die Loslösung von den sozialreformerischen Arbeiterparteien der anderen Länder.<sup>4)</sup> Es wurde dann beschlossen, Verhandlungen mit Moskau aufzunehmen.<sup>5)</sup> Ende Juni 1920 begab sich dann auch eine Abordnung, bestehend aus Crispian, Dittmann, Däumig und Stocker, nach Moskau, um über den Anschluß der USPD an die Kommunistische Internationale zu verhandeln und an den Beratungen des zweiten Weltkongresses teilzunehmen.<sup>6)</sup>

Die KPD war zu dieser Zeit nicht viel mehr als eine revolutionäre Sekte, die USPD eine reformistisch-ultralinke Massenpartei. Schloß diese sich in ihrer Gesamtheit der KI an und vereinigte sie sich mit der KPD, so entstand in der Meinung der Kommunisten die Gefahr einer „verwässerten Massenpartei“. Aus diesem Dilemma wollten sie durch die Lösung einer „revolutionären Massenpartei“ herauskommen, deren revolutionärer Charakter ganz juristisch-formalistisch durch die Annahme von Prinzipienklärungen und den Ausschluß der rechten Führer garantiert werden sollte.<sup>7)</sup> Die Russen hatten und verachteten besonders die Führer des rechten USPD-Flügels (Kautsky, Hilferding usw.) und glaubten durch deren Entfernung ihre eigene Führung zum Besten der Revolution sichern zu können.

Gerade damals (Sommer 1920) rückte die Rote Armee gegen Warschau vor und sowohl die Forderungen, die das Schreiben des Exekutivkomitees der Komintern an die USPD enthielt, wie auch die Verhandlungen in Moskau spiegelten die siegessichere Stimmung der Bolschewiki wider.<sup>8)</sup> Die Russen stellten zunächst 18 Bedingungen auf. Die ganze USPD-Delegation nahm sie an. Um nun doch die Rechte abzuspalten, erhöhte Moskau nun die Bedingungen auf 21. Die Bolschewiki verlangten für jede Partei periodische Ausschlüsse und den sofortigen Ausschluß aller jener Führer, die die Internationale auf breiter Basis hatten rekonstruieren wollen.<sup>9)</sup> Die wichtigsten dieser berühmten 21 Bedingungen lauteten schließlich wie folgt:

„Entfernung der Reformisten und Zentristen von allen verantwortlichen Posten, Übergabe der Presse an zuverlässige Kommunisten und ihre Kontrolle durch das Zentralkomitee (Z. K.), kommunistische Agitation nicht nur unter den Arbeitermassen der Stadt, sondern auch unter den Landarbeitern und Kleinbauern. Die der III. Internationale beitretenden Parteien müssen die Notwendigkeit eines vollständigen und absoluten Bruchs mit den Reformisten und Zentristen anerkennen; Kampf gegen die Herrschaft des Imperialismus in den Kolonien und Unterstützung des revolutionären Freiheitskampfes der kolonialen Völker, Arbeitspflicht innerhalb der Gewerkschaften und rücksichtsloser Kampf gegen die Amsterdamer reformistische Internationale. Aufbau der kommunistischen Parteien auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus und der unbedingten Disziplin, regelmäßige Reinigung der legalen kommunistischen Parteien. Rückhaltlose Unterstützung jeder Räterepublik durch die kommunistischen Parteien. Alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale und auch die Beschlüsse des Exekutivkomitees sind für alle Parteien bindend. Die die Bedingungen und Leitsätze der Kommunistischen Internationale grundsätzlich ablehnenden Parteimitglieder sind auszuschließen.“<sup>10)</sup>

Prager behauptet, daß zunächst alle vier Delegierten einig gewesen seien, daß ein Teil dieser Bedingungen für Deutschland unannehmbar sei. Däumig und Stoecker hätten sich aber dann ein-

<sup>1)</sup> Prager, op. cit., S. 204 ff.

<sup>2)</sup> Schürer, op. cit., S. 22.

<sup>3)</sup> Prager, op. cit., S. 207 ff.

<sup>4)</sup> Prager, op. cit., S. 211 ff.

<sup>5)</sup> Schürer, op. cit., S. 23, und „Illustrierte Geschichte...“, S. 440.

<sup>6)</sup> Prager, op. cit., S. 219.

<sup>7)</sup> vgl. Bry, op. cit., S. 6, einerseits; Lukacs, „Organisatorische Fragen der revolutionären Initiative“, „Die Internationale“ III, S. 298-301 andererseits.

<sup>8)</sup> Prager, op. cit., S. 221.

<sup>9)</sup> Borkenau, op. cit., S. 195.

<sup>10)</sup> Kautskischeit, „Die Entstehung und Entwicklung der Komintern“, S. 85; cf. auch Rosenberg, „Geschichte des Bolschewismus“, S. 142 ff. und Borkenau, op. cit., 197 ff.

tangen lassen, für die Annahme sämtlicher Bedingungen einzutreten.) Natürlich konnten die namentlich gebrandmarkten Führer nicht mehr für die Annahme sein, und die Frage mußte dem nächsten Parteitag zur Entscheidung überlassen werden. Borkenau meint, daß es den Russen gelungen wäre, die Massen ganz von ihren Führern zu trennen, hätte nicht gerade damals Moskau durch die plötzliche Gründung der Roten Gewerkschaftsinternationale gerade die aktiven Gewerkschaftler in der USPD (insbesondere die Metallarbeiter, das Rückgrat der USPD) abgestoßen.)

Antang September fand eine Reichskonferenz der USPD statt. Die Ausführungen von Crispian und Dittmann beeindruckten angeblich die Vertreter so, daß ihre übergroße Mehrheit sich gegen die Annahme der Bedingungen erklärt haben würde. Der Umschwung auf dem folgenden Parteitag sei das Ergebnis der Aktivität des linken Flügels gewesen, der sofort die organisatorische Verbindung mit der KPD hergestellt, das ganze Reich mit Korrespondenzen überschwemmt und überall Sonderorganisationen aufgebaut habe.

Es war eine Zeit des schärfsten Bruderkampfes, der seinen Abschluß erst auf dem außerordentlichen Parteitag in Halle im Oktober 1920 fand.) Die USPD war damals eine mächtige Organisation mit 800 000 Mitgliedern, 55 Tageszeitungen, 81 Reichstagsabgeordneten, einem die SPD übertreffenden Einfluß in den Landtagen von Sachsen, Thüringen und Braunschweig, entscheidendem Einfluß im Metallarbeitervorband und anderen Gewerkschaften.) Auf dem Parteitag vertrat die Linke 144 000, die Rechte 81 000 Stimmen.) Hauptberatungsgegenstand war die Annahme der 21 Bedingungen. Von den Referenten sprachen Crispian und Dittmann gegen die Annahme, Däumig und Stoecker dafür. Den Höhepunkt bildete die vierstündige Rede Sinowjews, von dem auch Prager zugibt, daß er einer der größten Demagogen des Jahrhunderts war.) Seine Rede nutzte die Anziehungskraft Sowjetrußlands und die Erwartung des rapiden Fortschritts der Weltrevolution aus.) Die Auffassungen der Delegierten waren aber schon so fest, daß selbst Sinowjew nur zwei oder drei Delegierte veranlaßte, zu den Kommunisten abzuschwenken.) Gegen Sinowjew appellierten Hilferding und Martow an Verstand und Skepsis. In der Schlußabstimmung über den Anschluß an Moskau stimmten 236 Delegierte für diesen, 156 dagegen.) Die Minderheit setzte ihren eigenen Parteitag fort, beschloß die Aufrechterhaltung der USPD und ein Manifest an das deutsche Proletariat.) Die Mehrheit der Reichstagsfraktion, ein großer Teil des organisatorischen Apparates und die wichtigsten Parteizeitungen blieben bei der Minderheit.) Von den 800 000 USPD-Mitgliedern vereinigten sich nur etwa 300 000 mit der KPD.) Etwa ebenso viele verblieben in der USPD, der Rest wurde indifferent.)

Der letzte (5. Parteitag) der KPD (Spartakusbund) hatte vom 2. bis 5. November stattgefunden. Die endgültige Verschmelzung der USPD (Linke) und der KPD zur „Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (V. K. P. D.)“ fand auf dem 6. Parteitag, dem sog. Vereinigungsparteitag, in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920 statt. Der Parteitag war von 485 Delegierten besucht, von denen 349 von der USPD und nur 136 von der KPD delegiert worden waren.) Nach Referaten von Levi und Däumig über das Aktionsprogramm der Vereinigten Partei, von Thalheimer über das Agrarprogramm, von Koenen über die Parteorganisation, von Heckert über die Arbeitslosenfrage, von Brandler über Gewerkschaften und Betriebsräte und von Clara Zetkin über die Frauenfrage (man beachte, daß von den sieben Referenten nur zwei ehemalige USPD-ler waren) wurden ein Manifest an das deutsche und internationale Proletariat, ein Agrarprogramm, Leitsätze für die Tätigkeit in den Gewerkschaften und andere Resolutionen so gut wie einstimmig angenommen. In die neue Zentrale wurden als Vorsitzende Ernst Däumig und Paul Levi, als Sekretäre: Zetkin, Koenen, Brandler, Stoecker, Pieck und Remmele, als Beisitzer Adolf Hoffmann, Thalheimer, Geyer, Heckert und Gaebel gewählt.) Sie setzte sich also paritätisch aus früheren Unabhängigen und Spartakisten zusammen.

1) Prager, op. cit., S. 221.

2) Borkenau, op. cit., S. 195 und S. 200.

3) Prager, op. cit., S. 222 f.

4) Drann im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VII, S. 535.

5) Bry, op. cit., S. 7.

6) Prager, op. cit., S. 224; vgl. auch Schwarz, „Völker, höret die Zentrale. KPD bankrott“, S. 9 ff.

7) Rist, „Der Weg der KPD“, S. 88.

8) Prager, op. cit., S. 224.

9) *ib.*, S. 226.

10) *ib.*, S. 228 ff.

11) Schürer, op. cit., S. 41.

12) Pieck im Jahrbuch 1922/23, S. 642.

13) Borkenau, op. cit., S. 200.

14) Die Beschlüsse in „Internationale“ II, Nr. 26, S. 73-80; vgl. auch Levi,

„Der Parteitag der KPD“, *u.*, S. 41-44.

15) Vereinigungsparteitagsbeschlüsse, S. 11.

16) *ib.*, S. 227.

Seit Dezember 1920 gab es somit endlich eine kommunistische Massenpartei mit Hunderttausenden von Mitgliedern, Dutzenden von Zeitungen, zahlreichen Gewerkschafts-Positionen, mehreren Parlaments-Fraktionon usw.<sup>1)</sup> Unter der neuen Führung begann die neue Partei, recht aktivistisch und realistisch vorzugehen. Levi formulierte die Aufgabe folgendermaßen: „Ohne die schwere organisierte Masse werden wir . . . zu großen Bewegungen nicht kommen. Unser Verhältnis zu jenen Arbeiterorganisationen wird unser Wesenskern . . . Einerseits müssen wir unsere Eigenart und unser Wesen als Kommunisten behalten, andererseits in die engste Berührung mit diesen Arbeitermassen kommen . . . Wir haben diesen Weg beschritten mit dem offenen Brief.“<sup>2)</sup>

Die Frage der Aufrichtung einer einheitlichen proletarischen Kampffront, die sogenannte Einheitsfronttaktik, wurde zum erstenmal im Januar 1921 aufgeworfen.<sup>3)</sup> Sich auf das Aktionsprogramm einer mitteldeutschen SPD-Organisation stützend, richtete Levi einen „Offenen Brief“ mit einem Minimalprogramm für Zusammenarbeit sowohl an die Gewerkschaften wie auch an SPD und USPD. Die Teilforderungen waren: Anpassung der Löhne an die Inflation, Bildung eines proletarischen Selbstschutzes, Aufnahme der Beziehungen zu Rußland, Produktionskontrolle durch die Betriebsräte.<sup>4)</sup> Die SPD lehnte ab. Levi agitierte aber weiter mit dem Offenen Brief und der ablehnenden Antwort des Parteivorstandes. Obwohl der Brief von allen zentralen SPD-Stellen abgelehnt wurde, sollen angeblich bei den Abstimmungen in SPD-Ortsvereinen bis zu 90 Prozent für die Zusammenarbeit auf Grund des Offenen Briefes gestimmt haben.<sup>5)</sup> Wie groß auch immer der Erfolg der Partei gewesen sein mag, sie kam nicht mehr dazu, diesen Erfolg auszunutzen.<sup>6)</sup>

Nachdem ein Teil der Parteiführung in Konflikt mit der Exekutive der Kommunistischen Internationale geraten war, da diese im Winter 1920 die KAPD als sympathisierende Partei in die KI aufgenommen hatte, kam es aus Anlaß der italienischen Parteispaltung zu Differenzen mit Levi, der sich gegen die KI-Politik der Abspaltung des rechten Serrati-Flügels gewandt hatte. Levi warf jetzt der Komintern vor, daß ihre Politik die Entwicklung von Massenpartei zugunsten von klaren Sekten verhindere.<sup>7)</sup> Er wurde darauf als Versöhnler gebrandmarkt, seine Erfolge in Deutschland als nicht revolutionär, sondern opportunistische kritisiert.<sup>8)</sup> Schließlich bekamen die KI-Vertreter Rakosi und Kabaktschick eine Mehrheit (28:23) in der Zentrale der KPD, und auf der Zentralausschuß-Sitzung im Februar 1921 schieden Levi, Zetkin, Däumig, Adolf Hoffmann und Brass aus der Zentrale aus.<sup>9)</sup> Die „linke“ (Radek nahestehende) „Sowjetfraktion“ (Brandler - Thalheimer - Frölich - Stocker) bekam nun die Führung.<sup>10)</sup> Levi glaubte, man würde ihn schon wieder holen und ging nach dem Süden.

Er war in Wien, als die Märzaktion, die „Marneschlacht“ der KPD<sup>11)</sup>, losging. Im März 1921 erlebte die Sowjetrepublik eine furchtbare Krise: Es war die Zeit des Kronstadter Aufstandes gegen die Politik des Kriegskommunismus, kurz bevor der Ausweg der Neuen Oekonomischen Politik (Nep) von Lenin gefunden wurde. Die KI-Emissäre glaubten, daß nur die deutsche Revolution Rußland retten könne. Auch Deutschland durchlebte eine der vielen Nachkriegskrisen. (Besetzung Düsseldorfs und Duisburgs seitens der Entente, Konflikt Berlins mit der reaktionär-partikularistischen Regierung von Kahr in München, Kampf um Oberschlesien). Hinzu kam, daß nach außen die neue Partei ziemlich imposant erschien. Bei der Preußischen Landtagswahl im Februar 1921 hatte sie allerdings nur etwas über ein Sechstel der proletarischen Stimmen bekommen (in Berlin 112 000 gegen 197 000 für die USPD und 221 000 für die SPD<sup>12)</sup>) und bei den sieben Landtagswahlen im Winter 1920/21 1 440 000 gegenüber 1 481 000 für die USPD und 5 309 000 für die SPD.<sup>13)</sup> Im Wahlbezirk Halle hatte aber die SPD 71 000, die USPD 76 000, die VKPD aber 204 000 Stimmen erzielt. War die Partei also im Reich nur eine starke Minderheit, so beherrschte sie das mitteldeutsche Bergwerksgebiet um Mansfeld.

Die neue Zentrale wollte beweisen, daß die neue Partei zur revolutionären Offensive fähig sei und die Furcht vor dem Puttschismus, der sich in ihr nach der katastrophalen Niederlage im

<sup>1)</sup> vgl. Anderson, „Hammer or Anvil“, S. 76 ff.

<sup>2)</sup> Levi im April 1921, zitiert bei Bry, op. cit., S. 7.

<sup>3)</sup> Radek, Genus, „Die Einheitsfront des Proletariats und die KI“, S. 59.

<sup>4)</sup> Schürer, op. cit., S. 46; vgl. auch Bremer, „Die Bildung der einheitlichen proletarischen Kampffront“, „Die Internationale“ III, S. 1 ff. und S. 10 ff.

<sup>5)</sup> Borkenau, op. cit., S. 224; vgl. auch Schürer, op. cit., S. 46.

<sup>6)</sup> Bry, op. cit., S. 7, Radek, „Die Krise in der VKPD“, „Die Internationale“ II, S. 71 ff.

<sup>7)</sup> Schürer, op. cit., S. 47.

<sup>8)</sup> Bry, op. cit., S. 8.

<sup>9)</sup> Pieck, op. cit., S. 647, und Radek, op. cit., S. 71.

<sup>10)</sup> Rist, „Die innere Krise der KPD“, S. 148 ff.

<sup>11)</sup> Rist, „Der Weg der KPD“, S. 69.

<sup>12)</sup> Bry, op. cit., S. 8, und Schürer, op. cit., S. 48.

<sup>13)</sup> Pieck, op. cit., S. 648.

Januar 1919 festgesetzt und sie seitdem in vielen Situationen über beraten habe, endgültig überwunden sei. Die „Türkestaner“ Bela Kun, Poganyi, Churalski taten das ihrige, um sie voran zu treiben. Auf der Sitzung des Zentralaussschusses im März 1921 im Berliner Reichstagsgebäude erklärte insbesondere Churalski (August Kleine), die Zeit sei reif zum Loschlagen.<sup>1)</sup> Man sprach nun vom „vollkommenen Bruch mit der Vergangenheit“. Es hieß: „Man muß das Geschick der Revolution zwingen“, „Die Partei muß wagen, die Offensive zu übernehmen“. „Außer den Kommunisten werden auch noch zwei bis drei Millionen nichtkommunistischer Arbeiter mit uns kämpfen.“<sup>2)</sup> „Die mitteldeutsche Arbeiterschaft läßt sich nicht von der antiputschistischen Phrase einfangen, die in der deutschen Arbeiterschaft einen Geist der Feigheit und Passivität gezeugt hat...“<sup>3)</sup> Das war die bekannte „Offensivtheorie“<sup>4)</sup> und man begann alsbald mit der agitatorischen und provokatorischen Vorbereitung für die Aktion, die erst nach Ostern beginnen sollte.

Doch die preußische Regierung kam der KPD zuvor. Obwohl später selbst in der amtlichen Denkschrift des preußischen Ministeriums des Innern<sup>5)</sup> zugegeben wurde, „daß die Gefahr einer unmittelbar drohenden, aus sich heraus losbrechenden Aufrührerbewegung in Mitteldeutschland trotz aller Hetze der Kommunisten zu keiner Zeit, auch nicht im März dieses Jahres, anzunehmen war“, ließ der Oberpräsident Hörning die preußische Sicherheitspolizei ins Mansfeldische einrücken, um die Arbeiter zu entwaffnen.<sup>6)</sup> Die Bergwerksarbeiter widerstanden der Polizei viele Tage; die Leunawerke schlossen sich dem Aufstand an. In Hamburg versuchte Thälmann, die Werften stillzulegen.<sup>7)</sup> In Mitteldeutschland kam es zum Max-Höiz-Aufstand. Aber das war auch alles an „Revolution“.<sup>8)</sup> Nun rief die KPD-Zentrale unter Brandier, die gern auf die Einheitsfronttaktik verzichtete und das Kampfbündnis mit der KAPD bevorzugte, die gesamte deutsche Arbeiterschaft zum Generalstreik und zur Bewaffnung auf.<sup>9)</sup> Aber die Arbeiter kümmerten sich nicht um die KPD-Aufrufe. Der Generalstreik erfaßte höchstens 300 000.<sup>10)</sup> Bei dem Versuch, Betriebe mit Gewalt stillzulegen, kam es zu Kämpfen unter den Arbeitern auf der Friedrich-Albert-Hütte in Rheinhausen bei Mörns<sup>11)</sup>, bei Ludwig Löwe, der AEG in Berlin usw. Nach zwei bis drei Tagen glaubten Bela Kun und seine Freunde, die Aktion steigern zu müssen.<sup>12)</sup> Man versuchte in Halle und Breslau, die eigenen Partellokale in die Luft zu sprengen, um die Arbeiter zum Losschlagen zu reizen.<sup>13)</sup> Ein Sprengstoffattentat auf die Siegessäule in Berlin, Bomben-Attentate in Dresden und Leipzig, auf den Schnellzug Halle-Leipzig wurden organisiert.<sup>14)</sup> Alles vergebens. Die Bewegung wurde distriktweise niedergeschlagen; am 28. März nahm die Polizei das Leunawerk. Zu Beginn der Kämpfe hatten im Halle-Merseburger-, Thüringer- und Sachsen-Gebiet einer zersplitterten Arbeiterschaft von 40 000 17 000 Polizisten und Soldaten gegenübergestanden.<sup>15)</sup> Am 31. März nahm die Partei selbst die Streikparole zurück.<sup>16)</sup>

Die KPD war tief getroffen. Die Minderheit der Zentrale, hinter der die Mehrheit der Reichstagsfraktion stand, begann scharfe Kritik zu üben.<sup>17)</sup> Als erster deckte Paul Levi die Hintergründe in seiner Broschüre „Unser Weg. Wider den Putschismus“ auf. Er machte auch vor der Kritik an der KI und den Bolschewiki nicht halt. Auf der April-Sitzung des Zentralaussschusses wurde er bereits ausgeschlossen, nachdem hier mit 44 gegen 5 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen beschlossen worden war, daß die März-Aktion so wenig ein Putsch gewesen sei, wie die Kämpfe des Jahres 1919, und die Leitsätze der Zentrale zu den Märzkämpfen mit 28 gegen 14 Stimmen angenommen worden waren.<sup>18)</sup> Die Offensivtheoretiker rechtfertigten die Märzaktion mit der Behauptung, diese Niederlage, die „von größter Fruchtbarkeit für den Fortgang der Revo-

<sup>1)</sup> Schwarz, op. cit., S. 49; vgl. auch Stampfer, op. cit., S. 202 ff.

<sup>2)</sup> Rüst, „Der Weg der KPD“, S. 59.

<sup>3)</sup> „Die Rote Fahne“ vom 22. März 1921, zitiert bei Schürer, op. cit., S. 72.

<sup>4)</sup> Vgl. die Aufsätze von Frölich, Redek, Thalheimer, Lukacs, Fischer u. a. in „Internationale“ III (1921).

<sup>5)</sup> Denkschrift, S. 7, zitiert bei Meyer, „Kommunismus“, S. 146; anders allerdings der Offensivtheoretiker Paul Frölich, der behauptete, in Wirklichkeit habe der Wille zum Angriff sowohl bei der KP als bei der Bourgeoisie-Regierung bestanden, und gerade der zaghafte Teil, die Regierung, sei zum Losschlagen gezwungen worden.

<sup>6)</sup> Vgl. Anderson, op. cit., S. 79 f., für eine relativ objektive Würdigung der Politik Hörnings.

<sup>7)</sup> Schwarz, op. cit., S. 61.

<sup>8)</sup> Borkenau, op. cit., S. 215, und Rosenberg, „Geschichte des Bolschewismus“, S. 156. — Höiz, eine in der Republik viel umstrittene Figur, wird von Anderson, op. cit., S. 80, einleuchtend als „ein geborener Condotiere mit sozialem Gewissen und dem Temperament eines Rebellen“ charakterisiert.

<sup>9)</sup> Rosenberg, ib., S. 161, und Schürer, op. cit., S. 48.

<sup>10)</sup> Rüst, „Der Weg der KPD“, S. 59.

<sup>11)</sup> Rüst, ib., S. 59.

<sup>12)</sup> Borkenau, op. cit., S. 216.

<sup>13)</sup> ib., S. 217.

<sup>14)</sup> Bry, op. cit., S. 8, und Schwarz, op. cit., S. 69.

<sup>15)</sup> Rüst, „Der Weg der KPD“, S. 59.

<sup>16)</sup> Bry, op. cit., S. 8.

<sup>17)</sup> Schürer, op. cit., S. 49.

<sup>18)</sup> Thalheimer in „Internationale“ III, S. 106.

lution sei", unterscheide sich von allen früheren insofern, als „zum erstenmal die KP allein, nicht lokal, sondern über das ganze Reich hinweg, Massen in den Kampf führte...“ „Die Partei habe allein schon mehr geleistet als erwartet werden konnte.“ Und die auf der April-Sitzung beschlossenen Leitsätze über die Märzaktion sagen: „Die VKPD muß die organisatorischen und taktischen Mängel dieses ersten Versuches abstellen. Sie muß, wenn sie ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen will, festhalten an der Linie der revolutionären Offensive, die der Märzaktion zugrundeliegt und sie muß entschlossen und sicher auf diesem Weg fortschreiten...“)

Erst im Mai gelang es Clara Zetkin, Lenin von dem Débatte zu überzeugen. Nun wurden Bela Kun und die Offensivtheoretiker verurteilt, Levi aber nicht rehabilitiert. Die Bolschewiki glaubten, daß der von Levi durch seine öffentliche Kritik begangene Parteiverrat noch schwerer wiege, als die Märzaktion. Die Krise schleppte sich aber weiter fort. Clara Zetkin trat aus der Zentrale aus, blieb aber in der Partei. Der „Vorwärts“ begann mit der Veröffentlichung kommunistischer Geheimdokumente. Die Beweislast wurde so erdrückend, daß schließlich sogar im Dezember 1921 der Generalsekretär der Partei Reuter (Friesland) zusammen mit Braß und Maßzahn einen Aufruf gegen die Parteimehrheit publizierte.) Die Unterzeichner dieses und eines weiteren Aufrufs (darunter auch Däumig und Adolf Hoffmann) wurden im Januar 1922 aus der Partei ausgeschlossen.) (Sie schlossen sich der von Levi gegründeten „Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft“ an, die sich 1922 mit der USPD verschmolz.) Dennoch ist es typisch, daß trotz der unglücklichen politischen Niederlage die Partei die Mehrzahl ihrer Organisationen in der Hand behalten und auch den Mitgliederchwund bei etwa 150 000 stoppen konnte.)

Der dritte Weltkongreß im Juni-Juli 1921 nahm Stellung zu den Märzereignissen. Lenin gab zu, daß Levis Kritik zu 90 Prozent berechtigt gewesen sei und daß, wenn er auch den Kopf verloren habe, er wenigstens einen solchen zu verlieren hatte.) Aber der Kongreß mußte seinen Ausschluß bestätigen und den Mißerfolg ganz auf die deutsche Parteiführung abwälzen. Der Fehler sollte nur darin bestanden haben, daß die VKPD den Kampf als Offensivaktion bewertet habe, dieser selber aber sei ihr aufgezwungen worden: „Die Märzaktion war trotz aller Unzulänglichkeit und Fehler der erste Versuch, mit der Vergangenheit zu brechen und aus eigener Kraft aktiv in den Gang der Revolution einzugreifen, um sie zu beschleunigen und dadurch die Führung der Massen zu gewinnen.“) Natürlich war keine Rede von einer Verurteilung der KI oder der Russen.) Immerhin empfahl die KI der VKPD, alle Richtungen der Partei zur Arbeit heranzuziehen und forderte die Parteien auf, unter der Parole „Heran an die Massen“ Einheitsfrontpolitik mit den Reformisten zu treiben. Der Offene Brief vom Januar 1921 wurde als Beispiel für die neue Taktik, mit der die Mehrheit des Proletariats gewonnen werden sollte, hingestellt.)

Kurz darauf stellte sich im August 1921 der Jenaer Parteitag hinter die Beschlüsse des Kongresses.) Nachdem man mit der Offensiv-Taktik nicht weit gekommen war, griff er wieder auf die Einheitsfront-Taktik zurück, die zum erstenmal im Januar 1921 versucht worden war. Er nahm die sehr gemäßigten Parolen auf: Abwälzung der Reparationslasten auf die kapitalistischen Vermögen, Konfiskation des Fürstenbesitzes, Erfassung der Sachwerte, Produktionskontrolle durch die Betriebsräte, engste Zusammenarbeit Deutschlands mit Sowjetrußland. Eine Resolution, die ungeheuer wichtig hätte werden können, wenn sie verwirklicht worden wäre, war die Resolution, in der die Mitglieder aufgefordert wurden, alles zu tun, um die Partei auch finanziell auf eigene Füße zu stellen. Die Partei muß durch die Steigerung der Opferwilligkeit in den Stand gesetzt werden, in kürzester Zeit ihre Aufgaben ohne jede weitere finanzielle Unterstützung durch Bruderparteien zu erfüllen.) Wie die Zukunft zeigen sollte, blieb es aber auch hier bei der papiernen Entschliebung!

Das Jahr 1921 bedeutete einen Einschnitt für Rußland, der tieferreichender und dauernder war, als die Auswirkungen der März-niederlage für Deutschland. An die Stelle des Kriegskommunismus und des Bürgerkrieges trat 1921 die Neue Ökonomische Politik (Nep) und der modus vivendi mit den kapitalistischen Staaten. Zugleich glaubten aber auch die Bolschewiki feststellen zu müssen, daß die Weltlage sich geändert habe. Die revolutionäre Welle sei

1) Leitsatz X, „Die Internationale“ III, S. 127.

2) zitiert in „Internationale“ IV, S. 51.

3) ib., S. 121.

4) vgl. Ströbel, op. cit., S. 212, mit Borkenau, op. cit., S. 213.

5) Bly, op. cit., S. 9.

6) Leitsätze zur Taktik der KI, „Internationale“ III, S. 243.

7) Schürer, op. cit., S. 49.

8) Pleck im „Jahrbuch 1922/23“, S. 647.

9) Schürer, op. cit., S. 49.

10) zitiert bei Friesland, „Internationale“ III, S. 640; vgl. auch E. Meyer,

11) zitiert bei Friesland, „Internationale“ IV, S. 51.

zurückgegangen, der Kapitalismus habe sich stärker stabilisiert und u.e. Arbeiterklasse sei in die Defensive gedrängt worden.) Entsprechend inaugurierte der dritte Weltkongreß der KI die neue Taktik der Einheitsfront, die die bisher nicht geglückte Gewinnung der Massen garantieren sollte. Die Kommunisten mußten durch Teilnahme am Tageskampf die Mehrheit der Arbeiterklasse gewinnen. Unter dem Druck der Einheitsfront-Manöver würden die Reformisten entweder entlarvt oder zum Kampfe gezwungen und im Verlauf des Kampfes ihres Einflusses beraubt werden.

Welcher Wendepunkt das Jahr 1921 auch immer für Rußland bedeuten mochte, es stolle alles andere als den Beginn einer neuen Ära in der Welt oder in Europa (außerhalb Rußlands!) dar. Dies galt besonders für die Wirtschaft der kapitalistischen Länder und auch Deutschlands, dessen erste Krisenperiode erst 1924 zum wirklichen Abschluß kommen sollte. Ja, man kann mit Recht sagen, daß mit dem Jahre 1920 erst das Katastrophen-Triennium der deutschen Volkswirtschaft eigentlich einsetzte.<sup>1)</sup> Kom ökonomisch gesehen, waren die ersten Nachkriegsjahre nicht so negativ gewesen, wie man vielleicht annehmen würde.

Natürlich war die deutsche Wirtschaft durch den Krieg außerordentlich erschöpft. Die Maschinen, Eisenbahnen und anderen Produktionsmittel waren verschlissen, Acker und Wiesen ausgelaugt, die Arbeiter unterernährt. Der Rückgang der industriellen und bergbaulichen Produktion betrug ungefähr 50 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit.<sup>2)</sup> Immerhin begann die Produktion nach Überwindung der Demobilisierungskrise bereits 1919 wieder zu steigen. Sie stieg dann mit Rückschlägen weiter von 1920 auf 1921 und weiter bis 1922, wo sie den ersten Nachkriegshöhepunkt erreichte.<sup>3)</sup> So konnte der „Vorwärts“ bereits Anfang 1920 eine Liste von nahezu 70 Unternehmungen, die durchweg 20—40 Prozent Dividende zahlten, veröffentlichen.<sup>4)</sup> Entsprechend war auch die Arbeitslosigkeit in den ersten Jahren der Republik gering. Während der ersten Friedensmonate stieg sie schnell an, um dann wieder zu sinken. Sie betrug in den im Januar 1919 berichtenden Fachverbänden 6,6 Prozent und erreichte im Februar 1919 den höchsten Grad (1,1 Millionen von der Erwerbslosenfürsorge Unterstützte). Seit April 1919 ebnete sie ab. Im Sommer 1920 kommt es zu einer kurzfristigen Verschlechterung der Arbeitsmarktlage, während 1921 und 1922 die Arbeitslosigkeit stark zurückgeht.<sup>5)</sup> Den Tiefstand erreicht sie im Sommer 1922 (0,8 Prozent Arbeitslosigkeit unter Gewerkschaftsmitgliedern März bis Oktober 1922 — 15 000 unterstützte Erwerbslose am 1. August 1922). 1923 steigt sie dann wieder: In den ersten acht Monaten bewegte sie sich zwischen 3,5 und 7 Prozent (im Durchschnitt 5,3 Prozent) aller Gewerkschaftsmitglieder, um in den letzten vier Monaten steil in die Höhe zu schießen. Am 1. Dezember 1923 waren fast ein Viertel aller Verbandsmitglieder arbeitslos, fast die Hälfte standen in Kurzarbeit.<sup>6)</sup>

Das Kernproblem der deutschen Wirtschaft (und vielleicht Gesellschaft!) war jedoch in diesen Jahren, insbesondere aber 1922 bis 1923, der Währungs- und Finanzverfall und die damit verbundene Verelendung und Verarmung der großen Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und städtischen Mittelständler. Das Reich hatte im Jahre 1920 ein Defizit von 155 Milliarden, das im Jahre 1921 auf 294 Milliarden und im Jahre 1922 auf 55 Billionen Mark stieg. Die schwebende Schuld erreichte im Oktober 1923 den Stand von 70 Trillionen, der Notenumlauf der Reichsbank Ende November 400 Trillionen.<sup>7)</sup> Die Menge des Papiergeldes stieg, der wirkliche Wert sank rapide. Für eine Goldmark erhielt man 1918 1,4, 1919 2,1 und 1920 14,4 Papiermark.<sup>8)</sup> Im Juli 1921 war der Dollarkurs (Vorkriegskurs Mark 4,20) 81 Mark; im Oktober bereits 181 Mark, im April 1922 283 Mark, im Juli 1922 670 Mark. Im Oktober war die Mark auf 4500 (etwa 1000 Mark für eine Goldmark) abgesunken. Einige Monate verlangsamte sich das Tempo der Inflation. Am Tage des Ruhreinzugs (11. Januar 1923) kostete eine Goldmark 2500 Mark. Im Frühsommer 1923 begann aber das atemlose Absinken ins Nichts. Mitte August zahlte man 700 000 Mark für eine Goldmark, am 4. Oktober 130 Millionen und am Tage der Ausgabe der neuen Rentenmark im November 1923 600 Milliarden und mehr!<sup>9)</sup>

Die Preise kamen der Entwertung rasch nach, jedenfalls rascher als die Löhne. Nach amtlichen Berechnungen waren die Lebens-

<sup>1)</sup> vgl. etwa Padok, op. cit., S. 88 ff., und Kabaktschew, op. cit., S. 91 ff.  
<sup>2)</sup> „Zehn Jahre Deutsche Geschichte“, S. 209.  
<sup>3)</sup> „Illustrierte Geschichte...“, S. 418 ff.  
<sup>4)</sup> Kuczynski, „Die Bewegung...“, S. 122.  
<sup>5)</sup> „Illustrierte Geschichte...“, S. 418.  
<sup>6)</sup> Albrecht im „Wörterbuch der Volkswirtschaft“ I, S. 178.  
<sup>7)</sup> Kuczynski, „Die Geschichte der Lage...“, S. 500, und „Zehn Jahre Deutsche Geschichte“, S. 343.  
<sup>8)</sup> „Zehn Jahre Deutsche Geschichte“, S. 183, und von Eheberg im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ IV, S. 93.  
<sup>9)</sup> „Illustrierte Geschichte...“, S. 418.  
<sup>10)</sup> Guilely and Clark, „Republican Germany“, S. 177, und „Zehn Jahre Deutsche Geschichte“, S. 160.



haltungskosten im Jahresdurchschnitt des Jahres 1920 auf 1110 gestiegen (1913 = 100). Die Gewerkschaften errechneten die Steigerung von 1914 bis 1920 sogar auf das Fünfzehnfache. Blieben die Preise 1920 eine Zeitlang relativ stabil und lagen sie im Dezember 1921 noch nicht um das Doppelte über denen vom Dezember 1920, so stiegen sie von Ende 1921 bis Ende 1922 um das Vierzigfache, um dann immer steiler in die Höhe zu schießen. Unter diesen Umständen hieß es wenig, daß die Löhne zwischen Januar und Dezember 1920 um über 50 Prozent, zwischen Januar und Dezember 1921 um mehr als zwei Drittel gestiegen waren und im Dezember 1922 das Vierundzwanzig- bis Achtundzwanzigfache des Januarstandes erreichten, ja gegen Ende des Jahres 1923 etwa eine Milliarde mal so hoch waren, wie zu Beginn des Jahres — die Reallohne lagen zweifellos in all diesen Jahren tief unter den Vorkriegslohnen. Unzulängliche Schätzungen deuten an, daß die Reallohne einiger typischer Arbeitergruppen (Reichsbahnarbeiter, Bergarbeiter, Setzer) alle zwischen 1919 und 1920 oder 1921 fast dauernd absinken, sich dann aber wieder etwas erholen und 1921 den höchsten Stand erreichen, um dann von Dezember 1921 ab wieder stets rascher bis zum Tiefpunkt im Jahre 1923 zu fallen.)

Kann man also auch nicht von einer wirklichen Stabilisierung der Wirtschaftslage in Deutschland von 1921/22 sprechen, so traten allerdings die auffälligsten Symptome einer allgemeinen Krise (Aufstände, Unruhen, Regierungskrisen usw.) zeitweilig zurück. Auch die politischen und Wirtschaftskämpfe schienen sich zu normalisieren. Hinzu kam das Wiedererstarken der SPD, die durch die schweren Niederlagen der revolutionären Arbeiterbewegung, insbesondere auch der KPD in den Jahren 1919 bis 1921, wieder mächtiger wurde. Es war also zu verstehen, daß unter diesen Umständen die Märzkatastrophe den Ausschlag für die von den Russen gewollte rechte Politik gab. Diese wurde nun zur Generallinie der Partei und wurde bis Ende 1923 recht konsequent durchgehalten. Auch die früheren Wortführer der Offensivpolitik, Brandler, Thälheimer, Walcher und Paul Frölich wurden nach dem 3. Weltkongress von den Vorteilen der neuen Taktik überzeugt. Sie folgten nun jahrelang der Führung Moskaus und wurden die Vorkämpfer der rechten Politik.) Bela Kun wurde nach dem Versagen der „Turkestaner“ durch den realistischen Radok ersetzt, der nun wieder der Hauptverantwortliche der KI für Deutschland wurde und, an Levis Erbschaft anknüpfend, die Einheitsfront konkret auszugestalten suchte.) Die linke Opposition blieb allerdings sowohl im Weltmaßstab wie in Deutschland stark. Konnte sie doch darauf verweisen, daß bei konsequenter Durchführung der neuen Taktik die KPD sich bald kaum noch von den Reformisten unterscheiden würde.) Daß die neue Taktik trotz ihrer Widersprüche und Schwächen alles andere als einen reinen Mißerfolg darstellte, beweist das organisatorische Erstarken der Partei. Auf dem Jenaer Parteitag hatte sich die Partei jedenfalls organisatorisch auf den ersten Platz mit ihren 360 000 Mitgliedern und 33 Zeitungen (mit 305 000 Abonnenten), 20 eigenen Druckereien, 13 Reichstagsabgeordneten (13 waren zur KAG gegangen), 57 Landtagsabgeordneten, 761 Stadtverordneten, 1362 Gemeinderäten usw., insgesamt 2961 parlamentarischen Vertretern als recht machtvoller Faktor dargestellt.)

Rosenbergs Auffassung, die neue Moskauer Taktik habe die Stoßkraft der KPD vernichtet und der russische Einfluß habe eine ergebene, aber aktionsunfähige Bürokratie geschaffen,) kann also nur insoweit beigestimmt werden, als es sich um eine Kritik der allerdings verhängnisvollen Moskauer Methoden des Parteikampfes und der Parteiführung handelt, nicht hingegen um den Inhalt der neuen Strategie und Taktik. Wie zu erwarten, beurteilen die offiziellen Parteihistoriker die neue Parteilinie ganz optimistisch. Sie sprechen von wachsendem Einfluß der KPD in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 und im ganzen Jahre 1922. Insbesondere hätten die Aktionen im Jahre 1922 den erheblich gestiegenen Einfluß der KPD auch in den Reihen der SPD-Arbeiter gezeigt.) Die KPD habe wieder Anschluß an den breiten Klassenkampf (Lohnkampf, Steuerkämpfe, Verteidigung des Achtstundentages, des Streikrechts usw.) gefunden. In Gewerkschaften und Betriebsräten habe sie eine wachsende organisatorische Peripherie gewonnen.) Das Ziel der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklassen sei zwar nicht erreicht, aber doch stark gefördert worden: „Die KPD, obwohl noch eine gute Strecke hinter der SPD zurückbleibend, wird tatsächlich die Achse, um die die Arbeiterbewegung in Deutschland

1) „Illustrierte Geschichte . . .“, S. 400, und Kuczynski, „Die Bewegung . . .“, S. 124, und „Die Geschichte der Lage . . .“, S. 304.

2) Borkenau, op. cit., S. 220.

3) Ib., S. 224.

4) Borkenau, op. cit., S. 224.

5) Fleck im „Jahrbuch 1922/23“, S. 649.

6) Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 142.

7) Meyer, „Kommunismus“, S. 147.

8) Meyer, „Kommunismus“, S. 147.

sich mehr und mehr dreht.<sup>1)</sup>

Die Zentralkommission, die am 22. und 23. Januar 1922 stattfand, erklärte sich für die Linie der Arbeiterregierung. Die Reparationslasten sollten mittels „Sachwertentlassung“, Arbeiterkontrolle der Produktion, auf die Bourgeoisie abgewälzt werden. Die Arbeiterregierung sollte sich auf Betriebsräte und die bewaffneten Arbeiter stützen. Für diese Forderungen wurde ein Aufruf erlassen und eine entsprechende Kampagne eingeleitet.<sup>2)</sup> Das Problem der Arbeiterregierung war schon Ende 1921 in Sachsen und Thüringen akut geworden, da hier die Sozialdemokraten mit der KPD eine Koalition bilden wollten. Während bisher die Kommunisten die sozialdemokratischen Regierungen gestützt hatten, um sie zu „entlarven“ und so die demokratischen Forderungen der Arbeiter zu zerstören, begann man jetzt zu erwägen, ob diese Regierungen nicht zu proletarischen Machtpositionen umgestaltet werden könnten. Die Bourgeoisie würde natürlich sabotieren. Die SPD würde aber vielleicht doch unter dem Druck der Massen den Kampf gegen die Bourgeoisie bis zum Sozialismus mitmachen.<sup>3)</sup> So erweiterte sich das Problem der Einheitsfront zur Frage der Zusammenarbeit mit der SPD in der Regierung. Daß dabei innerhalb der KPD selber Meinungsverschiedenheiten darüber, was eigentlich unter „Arbeiterregierung“ zu verstehen sei, existierten, ist angesichts der Kompliziertheit des Problems nicht so erstaunlich. Jedenfalls neigte der rechte Flügel dazu, in der Arbeiterregierung nicht viel mehr als eine parlamentarische Koalitionsregierung zu sehen, während dem linken Flügel der Begriff nicht viel mehr als ein harmloseres Wort für „Diktatur des Proletariats“ und „Räteherrschaft“ darzustellen schien.<sup>4)</sup>

Zum erstenmal begann die KPD in den großen Kämpfen dieser Jahre im Geiste der linken sozialistischen Vorkriegstraditionen aufzutreten. In dem großen Streik der Eisenbahnbeamten im Februar 1922 verteidigte sie das Beamtenstreikrecht und den Achtstundentag. Sie behauptete auch, der Streik habe trotz seines Misserfolgs die Ablösung eines Teils der Intellektuellen und Kleinbürger von der militärisch-imperialistischen Ideologie gebracht.<sup>5)</sup> Im selben Jahre 1922 kam es in Berlin zu einer Konferenz der Exekutiven der drei Internationalen.<sup>6)</sup> Aus diesem Anlaß veranstaltete die KPD am 20. April und 1. Mai große Demonstrationen. Zur Sitzung der Neunerkommission am 23. Mai wurden Arbeiterdelegationen organisiert.<sup>7)</sup>

Im übrigen suchte die Partei ihren Gewerkschaftseinfluß, die Betriebsratbewegung, die Bewegung der proletarischen Kontrollausschüsse und Hundertschaften zu entwickeln. Auf dem 11. Leipziger Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) im Juni 1922 verfügte sie über mehr als ein Achtel aller Delegierten: Von 691 Delegierten gehörten 90 der KPD an (138 der USP) und 463 der SPD.<sup>8)</sup> — mehr als die KPD je vorher oder nachher in der ganzen Weimarer Zeit auf einem Gewerkschaftskongreß mustern konnte! Im November 1922 fand ein Reichsbetriebsrätekongreß in Berlin statt, an dem 657 kommunistische, 38 sozialdemokratische, 22 Unabhängige, 52 Parteilose ufw., 802 Delegierte teilnahmen, und auf dem ein ständiger Reichsausschuß gewählt wurde.<sup>9)</sup> Nach der Ermordung Rathenaus im Juni 1922 entstanden proletarische Kontrollausschüsse mit der Aufgabe der Kontrolle der reaktionären Rüstungen und der Sicherung der Ernährung des Proletariats. Ende Juli 1923 gab es 800 solcher Ausschüsse. Sie wurden allerdings nach und nach verboten; nur in Sachsen waren sie gesetzlich anerkannt.<sup>10)</sup> Auch die proletarischen Hundertschaften gegen den beginnenden Faschismus entstanden im Gefolge der Massenbewegung nach dem Rathenau-Mord als Mittel und Früchte der Einheitsfront.<sup>11)</sup>

Nach dem Mißerfolg des Kapp-Putsches griff die radikale Rechte zum Mittel des individuellen Terrors. 1921/22 organisierte sie eine Reihe von Attentaten, die die republikanischen Kräfte dezimieren und einschüchtern sollten. Nach der Niederlage der Weimarer Parteien in den Juni-Wahlen des Jahres 1920 war das Kabinett Hermann Müller von einer Regierung der bürgerlichen Mittelparteien unter dem Zentrumsmann Fehrenbach abgelöst worden. Diese bürgerliche Minderheitsregierung, die von der SPD toleriert

<sup>1)</sup> *ib.*, S. 598.

<sup>2)</sup> Thalheimer im „Jahrbuch 1922/23“, S. 599 ff.

<sup>3)</sup> Schürer, *op. cit.*, S. 50, und der Revolutionsentwurf in „Internationale“ III, S. 517 ff.; vgl. auch Büttner, „Sozialdemokratisch-kommunistische Regierung“, „Internationale“ IV, S. 471–476.

<sup>4)</sup> Borkenau, *op. cit.*, S. 228 ff.

<sup>5)</sup> Thalheimer im „Jahrbuch 1922/23“, S. 600; vgl. auch „Die Internationale“ IV, S. 169 ff., und Pöhl, „Der Eisenbahnerstreik und die Arbeiterparteien“, *ib.*, S. 220–221.

<sup>6)</sup> „Die Internationale“ IV, S. 313 ff.

<sup>7)</sup> Thalheimer im „Jahrbuch 1922/23“, S. 600.

<sup>8)</sup> Enderle, „Der Leipziger Gewerkschaftskongreß“, „Die Internationale“ V, S. 8–11, 109–109.

<sup>9)</sup> *ib.*, S. 599.

<sup>10)</sup> *ib.*, S. 599.

wurde, war bereits im Mai 1921 zurückgetreten, da sie das Londoner Ultimatum der Entente, das die deutschen Reparationsleistungen auf 132 Milliarden Goldmark festlegte, nicht anerkennen wollte. Die Erfüllung der Reparationsforderungen und des Versailler Vertrages wurde zum Kernstück des neuen Weimarer Koalitionskabinetts unter Reichkanzler Wirth. Die Erfüllungspolitik wirkte wie ein rotes Tuch auf die „Weiße Konterrevolution, die auch vor dem Meuchelmord nicht zurückschreckte. Am 26. August 1921 wurde der Reichsfinanzminister Erzberger, am 24. Juni 1922 der Außenminister Rathenau getötet. Noch mehr als der Mord von Erzberger wurde das Attentat auf Rathenau zum Anlaß gewaltiger Massendemonstrationen gegen die Reaktion für die Republik.

Die KPD versuchte, mit der Einheitsfronttaktik Einfluß auf die Bewegung zu gewinnen. Trotz der Opposition ihres linken Flügels unterzeichnete sie ein Abkommen mit den Gewerkschaften und sozialistischen Parteien („Berliner Abkommen“), das die Demokratisierung der Republik (Republikschutzgesetz, Auflösung der militaristischen Geheimorganisationen, Enttarnung der Reaktionäre aus Verwaltung, Justiz und Armee, politische Amnestie usw.) anstrebte.<sup>1)</sup> Das kommunistische Zentralorgan ging so weit, zu erklären, daß „die Arbeiterschaft das Recht und die Pflicht hat, den Schutz der Republik vor der Reaktion zu übernehmen . . . Das Kabinett Wirth, das sein Leben dem Schutz der Proletarierfäuste dankt, wird Farbe bekennen müssen, ob es mit den Arbeitern oder gegen die Arbeiter regieren will.“<sup>2)</sup> Auf längere Sicht gesehen, führte auch diese Bewegung nicht zur Eroberung neuer Machtpositionen für die „Linke“. Die KPD war noch zu schwach, um entscheidende Demokratisierungsmaßnahmen durchsetzen zu können und die SPD zu ängstlich, ihre Koalitionspolitik aufzugeben. So war der einzige Ertrag dieser Monate das Republikschutzgesetz vom Juli 1922, das in den Händen der reaktionären Polizei und Justiz bald zur Waffe, nicht etwa gegen die Monarchisten, sondern gegen die KPD werden sollte.<sup>3)</sup>

Das Inflationsjahr 1923 brachte eine der größten Krisen und eine entscheidende Wendung in der Geschichte der deutschen Republik. Am 11. Januar marschierten die französischen Truppen ins Ruhrgebiet. Die rein bürgerliche Cuno-Regierung, die im November 1922 ihr Amt angetreten hatte, antwortete mit dem sogenannten passiven Widerstand. Sie wurde hierbei von allen bürgerlichen Parteien und der SPD unterstützt. Die Kommunisten hatten bereits vor der Ruhrbesetzung, am 7. Januar, in Essen eine Konferenz ihrer französischen und deutschen Parteivertreter abgehalten. Sie wollten die revolutionären Kräfte der deutschen und französischen Arbeiter gegen die Gefahr des Anwachsens des französischen Imperialismus zusammenfassen. Man beschloß praktische Maßnahmen für die Zusammenarbeit, antimilitaristische Propaganda usw.. Nachdem die Ruhrbesetzung Tatsache geworden war, präzisierete vom 17. bis 20. März eine weitere Konferenz in Frankfurt, die auch von Sozialdemokraten, Unabhängigen und Parteilosen besichtigt war und ein ständiges „Internationales Aktionskomitee“ einsetzte, die Kampfmittel gegen den Imperialismus und den neuartigen Faschismus.<sup>4)</sup> Die kommunistischen Parteien nahmen den Kampf gegen die deutsche und französische Bourgeoisie auf unter der Losung: „Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree.“<sup>5)</sup> Zunächst hieß es zwar, „Selbständige Klassenpolitik nach außen wie nach innen“,<sup>6)</sup> schon bald kam es aber dazu, daß die KPD in erster Linie die passive Resistenz gegen Frankreich unterstützte und erst in zweiter Linie gegen die deutsche Regierung kämpfte.

Während 1919 die KPD unter Paul Levi davon ausgegangen war, daß die Niederlage im Weltkrieg und der Versailler Frieden an dem imperialistischen Charakter des deutschen Kapitalismus nicht Entscheidendes geändert hatte, und dieser jederzeit wieder zum aggressivsten Imperialismus werden könne, machte sich 1923 die Auffassung geltend, daß Deutschland ein koloniales und unterdrücktes Land sei und die Kommunisten an der Spitze des „Nationalen Freiheitskampfes“ stehen müßten. Der alte militärische Apparat Deutschlands sei zerschlagen, nur die proletarische Revolution könne die Volksmasse als Kampfkraft nach außen neu erstehen lassen. „Die Niederlage des französischen Imperialismus im Weltkrieg war kein kommunistisches Ziel, seine Niederlage im Ruhrkrieg ist ein kommunistisches Ziel.“<sup>7)</sup> Entsprechend stellte Dengel

<sup>1)</sup> Anderson, op. cit., S. 86, und Schürer, op. cit., S. 80 f.

<sup>2)</sup> „Die Rote Fahne“ vom 31. 8. 1921, zitiert bei Schürer, op. cit., S. 83; vgl. auch „Die Internationale“ V, S. 1 ff.

<sup>3)</sup> Thalheimer im „Jahrbuch 1922“ III, S. 600.

<sup>4)</sup> Rakosi im „Jahrbuch 1923“ III, S. 19, und Bericht der Zentrale des 9. Parteitags, 9. Parteitagsbericht, S. 10.

<sup>5)</sup> Rakosi im „Jahrbuch 1923“ III, S. 17 ff.; Thalheimer ib., S. 601, u. Bericht der Zentrale an den 9. Parteitag, 9. Parteitagsbericht, S. 9 ff.

<sup>6)</sup> „Selbständige Klassenpolitik“, „Internationale“, VI, S. 65 f.

<sup>7)</sup> „Selbständige Klassenpolitik“, „Internationale“, VI, S. 67 bis

zugehöriger „Lehrbrief“, VII, auch „Die Internationale“, VI, S. 67 bis

102, und die Polemik zwischen Bonomi und Thalheimer, ib., S. 207—311,

242—247, 338—345.

später (1927) auf dem 11. Parteitag fest, daß bis 1923 in Deutschland ein gerechter Befreiungskrieg möglich gewesen sei. „In der Unterstützung des gerechten Abwehrkampfes muß das Proletariat die Vorbereitungen treffen, um die eigene Bourgeoisie zu stürzen und den Krieg umzuwandeln in einen Krieg des Proletariats. Das ist die Stellungnahme des Genossen Lenin und auch des Genossen Bucharin.“<sup>1)</sup>

Während noch zu zeigen sein wird, wozu diese Konzeption im Verlauf des Ruhrkampfes führen sollte, ist hier bereits zu betonen, daß die Ruhrpolitik der KPD auf der Linie der Außenpolitik der Sowjets lag, die seit Rapallo, wenn auch kein Bündnis, so doch eine Art „Entente Cordiale“ mit der Weimarer Republik hatten, in Frankreich und England hingegen noch die gefährlichsten Vorkämpfer der Intervention sahen. Bezeichnenderweise hatte auch gegen die Ruhrbesetzung nicht nur die KI, sondern auch das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee feierlich protestiert.<sup>2)</sup> Das ganze Jahr 1923 hindurch unterstützten sowohl die KI wie auch die Instanzen der Russischen Republik die Ruhraktionen der KPD und KPF.

Ende Januar hatte in Leipzig der 8. Parteitag der KPD getagt, der ihre Politik während der Ruhrkrise festlegen sollte. Hier gab die Partei 225 000 Mitglieder, 13 Reichstagsabgeordnete und 97 Landtagsabgeordnete an. Sie verfügte über 6000 Gemeindevertreter, hatte in 80 Gemeinden die Mehrheit und war in 170 die stärkste Partei. In 60 Ortskartellen des ADGB hatte sie die Mehrheit; mindestens 400 Gewerkschaftsangestellte waren Parteimitglieder.<sup>3)</sup> Im Mittelpunkt der Diskussionen dieser imposanten Organisation standen trotz des Drängens der Linken nicht die durch die Ruhrbesetzung aufgeworfenen Fragen, sondern die Probleme der Einheitsfront, der Arbeiterregierung und des Verhältnisses zur SPD und insbesondere zu ihrem linken Flügel. „Die Debatte um die Arbeiterbewegung zog sich wie ein roter Faden durch alle Tagesordnungspunkte des Parteilages.“<sup>4)</sup> Trotz allen politischen und organisatorischen Fortschritten beherrschte immer noch die Köpfe das, was man „die revolutionäre Quadratur des reformistischen Zirkels“ nennen könnte! Immer wieder mußte man mit dem Dilemma ringen: Vernachlässigung des kommunistischen Sonderstandpunktes zugunsten von Teilerfolgen auf mehr oder weniger demokratischem Wege oder Heinerhaltung und Propagierung der kommunistischen Heilslehre unter Bekämpfung aller demokratisch-reformistischen Illusionen. Ersteres war die Politik der Parteirechten, letzteres des linken Flügels, der sich recht bald nach dem Frontwechsel der früheren Offensivpolitiker gegen die neue gemäßigte Brandler-Thalheimer-Führung, unter Ruth Fischer in Berlin unter unter Thälmann in Hamburg, herausgebildet hatte.

Jetzt wurde in Leipzig, insbesondere im Referat Clara Zetkins und dem Korreferat Maslows,<sup>5)</sup> das Problem aufgeworfen und erbitert diskutiert, ob man die SPD vom linken Flügel der Bourgeoisie auf den rechten Flügel der Arbeiterklasse herüberziehen und dann zusammen mit ihr unter Ausnutzung der bürgerlichen Demokratie Arbeiterpolitik treiben konnte.<sup>6)</sup> Die Rechte glaubte, zu diesem Zwecke die Einheitsfront nicht nur mit den sozialdemokratischen Arbeitern als solchen („Einheitsfront von unten“), sondern auch durch Spitzenvereinbarungen mit den offiziellen Parteistellen („Einheitsfront von oben“) bzw. durch Kombination von beiden („Einheitsfront von unten und oben“) anwenden zu sollen. Brandler insbesondere war kühn genug, zu erklären, daß die Kommunisten „dabei sein werden und müssen, wenn die ersten Formen und Phasen beginnen, wo die SPD-Führer unter dem Drucke der Massen wenigstens soweit sind, daß sie sich vom linken Flügel der Bourgeoisie abwenden, und zum rechten Flügel der Arbeiterbewegung werden.“<sup>7)</sup> Begründet wurde diese rechte Taktik damit, daß im Proletariat noch starke Illusionen über die Ausnutzung demokratischer Formen für sozialistische Inhalte vorhanden seien. Der proletarische Inhalt der Arbeiterregierung sei ein Mittel, durch Sprengung der parlamentarischen Form diese Illusionen zu zerstören. Aukerparlamentarische Machtmittel erübrigen sich dabei jedoch nicht. Sobald die Arbeiterparteien den demokratischen Staat dazu gebrauchen, um Arbeiterpolitik zu treiben, kommt es zum Kampf mit dem Bürgertum, in dessen Verlauf die reformistischen Illusionen verschwinden. Die Episode der Arbeiterregierung führt zum Bürgerkrieg und kann nur mit dem Sieg oder der Niederlage des Proletariats enden.<sup>8)</sup> Die Linke, die jetzt die wichtigen drei

<sup>1)</sup> 11. Parteitagbericht, S. 303.

<sup>2)</sup> Eine englisch. Übersetzung dieses Aufrufs findet sich in der „Russian Information Review“ II, 1922/23, S. 244.

<sup>3)</sup> Thalheimer im „Jahrbuch 1923/24“, S. 604.

<sup>4)</sup> Hörnie in der „Internationale“ VI, S. 181.

<sup>5)</sup> Brandler, „Der 8. Parteitag der KPD“, „Die Internationale“ VI, S. 102-108.

<sup>6)</sup> 8. Parteitagbericht, S. 220, zitiert bei Schürer, op. cit., S. 74.

<sup>7)</sup> Schürer, op. cit., S. 58 f.; vgl. auch Hörnie in der „Internationale“ VI, S. 182.

Bezirke Berlin, Wasserkante und Ruhrgebiet hinter sich hatte, warnte davor, den Kommunismus „westlich zu frisieren“. Sie sah in der SPD nur den „linken“ Flügel der Bourgeoisie, mit dem zu paktieren Klassenverrat sei. Wenn man an demokratische Illusionen anknüpfen wolle, so züchte man diese nur in der KPD selber. Daher Einheitsfront nur von unten mit den sozialdemokratischen Arbeitern zwecks ihrer Loslösung von der SPD! Die Arbeiterregierung dürfe nur gebildet werden, wenn sie sich direkt auf die bewaffneten Arbeiter stütze und außerparlamentarische Massenkämpfe auslöse, die direkt zur Diktatur des Proletariats führen.<sup>3)</sup>

Nachdem die Gegenthesen der Opposition mit 2/3-Mehrheit (59:118 Stimmen) abgelehnt worden waren,<sup>4)</sup> kam es schließlich zu einer Art Kompromiß, indem die Arbeiterregierung in der Kongreß-Resolution wie folgt charakterisiert wurde: „Sie ist weder die Diktatur des Proletariats, noch ein friedlicher, parlamentarischer Aufstieg zu ihr. Sie ist ein Versuch der Arbeiterklasse, im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen Arbeiterpolitik zu treiben.“<sup>5)</sup> Als Wirtschaftsprogramm dieser Arbeiterregierung formuliert man nicht den Sozialismus, sondern eine radikal-demokratische Steuerpolitik mit Staatsbeteiligung an den Großunternehmen, Erfassung der Sachwerte usw.<sup>6)</sup>

Radek hatte unter dem Decknamen Arvid auf einer Geheim-sitzung gesprochen: Er hatte sich im wesentlichen gegen die Linke gewandt und für Einheitsfronttaktik und Arbeiterregierung und vor allem loyale Durchführung der Parteitagebeschlüsse gegen Fraktionsbildung eingesetzt. Sinowjew, der Differenzen mit Radek hatte, bestand auf einer stärkeren Vertretung der Linken.<sup>7)</sup> Da die Brandler-Richtung nur eine knappe Mehrheit hatte, ließ sie drei Vertreter der Linken in die Zentrale hinein wählen,<sup>8)</sup> darunter allerdings nicht Thälmann. Dieser wurde erst später zusammen mit einigen weiteren Linken zur Zentrale-Arbeit herangezogen. Der Riß zwischen den beiden fraktionell organisierten Richtungen war aber auf dem Parteitag nur oberflächlich geflickt worden und die Delegierten führen ohne eindeutige Parteilinie ab.<sup>9)</sup>

Die Ruhrbesetzung verschärfte das Tempo der Inflation und führte schließlich zum Zusammenbruch der Währung. Die Teuerung wuchs rapide, der Mittelstand verarmte. Die Not der Arbeiter stieg trotz guter Beschäftigung, da die Löhne immer wieder hinter den Preisen zurückblieben. In der Arbeiterbewegung wuchs der Einfluß der radikalen Linken, während in weiten Teilen des Reiches die monarchistisch-militaristische Reaktion sich zur völkisch-faschistischen Massenbewegung entwickelte und das Kleinbürgertum zwischen faschistischen und kommunistischen Sympathien schwankte.<sup>10)</sup> Die Inflationskrise stellte die wohl tiefste Erschütterung des sozialen Gefüges des Nachkriegsdeutschlands dar. Die ganze Gesellschaft war bis auf ihre Fundamente aufgewühlt; fast alle Schichten verloren den Glauben an die bestehende Ordnung.

Im einzelnen ist die erste Hälfte des Jahres 1923 durch eine Reihe von Streiks, Arbeitslosenunruhen, Demonstrationen usw. gekennzeichnet. Im Mai kam es zu einem Lohnstreik der Bergarbeiter auf den Dortmunder Zechen und zum Kampf von Arbeitern und Polizei. Die Hauptparole der Arbeiter lautete: „Die Ruhrgruben dem Ruhrproletariat!“ Das Ruhrgebiet war eine Hochburg der Ruth-Fischer-Opposition. Die Zentrale-Emmissäre taten daher alles, um den Streik beizulegen. Die „Rote Fahne“ schrieb damals: „An einem Machtkampf im Ruhrgebiet hat jetzt nur die deutsche und die französische Bourgeoisie ein Interesse...“<sup>11)</sup> Im Hochsommer wuchs der Druck von unten auch innerhalb der Partei. Die aktiven Parteilichten gingen mehr und mehr zur linken Opposition über und forderten Kurs auf die Revolution. Die Rebellion in den Betrieben wuchs. Die KPD wurde zum Sammelbecken aller Unzufriedenen. Zehntausende stürmten ihr zu, die Organisation blühte sich auf. Die von ihr propagierten Einheitsfrontorgane, Hundertschaften und Kontrollausschüsse faßten an vielen Stellen Fuß.<sup>12)</sup> Schon am 10. Mai wurden jedoch in Preußen die proletarischen Hundertschaften verboten. Am 3. Juni kam es in Berlin zu Demonstrationen gegen den Faschismus. In Hamburg wurde der Ausnahmezustand verkündet. Das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten verbesserte sich erheblich.<sup>13)</sup> Im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und in Sachsen kam es zu Massen-

<sup>3)</sup> Maslowski, op. cit., S. 41, und Schürer, op. cit., S. 59; vgl. auch Berkenau, op. cit., S. 236 ff.

<sup>4)</sup> Brandler, op. cit., S. 104.

<sup>5)</sup> Rosenberg, „Geschichte des Bolschewismus“, S. 181, und Kabaktschleff, op. cit., S. 109.

<sup>6)</sup> Rosenberg, ib.

<sup>7)</sup> Maslowski, op. cit., S. 42, und Berkenau, op. cit., S. 236.

<sup>8)</sup> Brandler, op. cit., S. 106.

<sup>9)</sup> Schwarz, op. cit., S. 85 ff.; vgl. auch Hörnie in „Internationale“ VI, S. 184.

<sup>10)</sup> Thälheimer im „Jahrbuch 1923/24“, S. 598 ff.; Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 181 ff.

<sup>11)</sup> Schwarz, op. cit., S. 88.

<sup>12)</sup> Schwarz, op. cit., S. 88, und „Chronik der Arbeiterbewegung“, im „Jahrbuch 1923/24“, S. 605-606.

streiks. Am 29. Juli veranstaltete die KPD einen großen Antifaschisten-Tag;<sup>1)</sup> im Aufruf zu diesem hatte sie den Bürgerkrieg für unvermeidlich erklärt.<sup>2)</sup>

Zu Beginn hatten weder Brandler und Radek in Berlin noch Sinowjew und Trotzki in Moskau die Tiefe der Ruhrkrise erkannt. Auf der Vollversammlung des Ekki im Juni sprach man kein Wort über die bevorstehende Revolution in Deutschland. Die Hauptdiskussion ging um die russisch-englische Spannung und die Einheitsfront. Die Parole „Arbeiterregierung“ wurde durch die Losung „Arbeiter- und Bauernregierung“ ersetzt,<sup>3)</sup> ohne Rücksicht darauf, daß in Westeuropa die Bauern zum Teil die konservativsten Elemente waren! Erst die nach dem Antifaschisten-Tag in der bürgerlichen Presse begonnene Diskussion des Diktaturproblems machte die KI stutzig. Diese antwortete mit zwei Taktiken. Zunächst glaubte sie, den Faschisten die nationale Karte entwinden zu können. So schrieb der ungarische Kommunistenführer Rakosi damals: „Eine kommunistische Partei... muß an die nationale Frage ihres Landes herantreten... Die deutsche Partei hat diese Frage mit glücklicher Hand angeschnitten... Sie ist dabei, den deutschen Faschisten die nationalistische Waffe aus den Händen zu schlagen.“<sup>4)</sup> Radek hielt vor dem Ekki am 20. 6. eine programmatische Rede anläßlich der Erschießung des Nationalsozialisten Schlageter; er führte aus: „Die Geschichte dieses Märtyrers des deutschen Nationalismus sollen nicht verschwiegen, nicht mit einer abwerfenden Phrase erledigt werden... Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrlieh gewürdigt zu werden...“<sup>5)</sup> „Wir werden alles tun, daß Männer wie Schlageter, die bereit waren, für eine allgemeine Sache in den Tod zu gehen, nicht Wanderer ins Nichts, sondern Wanderer in eine bessere Zukunft der gesamten Menschheit werden.“<sup>6)</sup> „Die Sache des Volkes zur Sache der Nation gemacht, macht die Sache der Nation zur Sache des Volkes.“<sup>7)</sup> Nur im Bündnis mit der deutschen Arbeiterklasse könne die Befreiung Deutschlands vom Joch des Imperialismus erfolgen.<sup>8)</sup> Radeks Rede wurde der Ausgangspunkt für die sogenannte Schlageter-Kampagne, in deren Verlauf es zu literarischen Kämpfen zwischen Kommunisten und Nationalisten kam. Die Spalten der „Roten Fahne“ wurden dem völkischen Grafen Reventlow geöffnet. Eine Broschüre wurde veröffentlicht, in der Aufsätze von Radek und Moeller von den Bunk, dem Verfasser des „Dritten Reiches“, nebeneinander standen.<sup>9)</sup>

Diese nationalbolschewistische Taktik sollte sowohl den Interessen der deutschen Revolution wie auch denen der russischen Außenpolitik dienen. Sie war aber nicht viel erfolgreicher als ihre zweite Auflage in den Jahren 1930 ff. Zu ihrem Mißerfolg trug auch bei, daß die Gruppe Ruth Fischer-Thälmann die schwankende Zentrale durch überspitzte Anwendung der Parole von ihrer Linie abzudrängen versuchte.<sup>10)</sup> Ruth Fischer bemühte sich besonders um die nationalistischen Studenten: „Das deutsche Reich... kann nur gerettet werden, wenn Sie, meine Herren von der deutsch-völkischen Seite, erkennen, daß Sie gemeinsam mit den Massen kämpfen müssen, die in der KPD organisiert sind.“ „Wer gegen das Juden-Kapital aufruft... ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß... Tretet die Juden-Kapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie!... Der französische Imperialismus ist jetzt die größte Gefahr der Welt. Frankreich ist das Land der Reaktion... Nur im Bunde mit Rußland... kann das deutsche Volk den französischen Kapitalismus aus dem Ruhrgebiet hinausjagen...“<sup>11)</sup> Die Zentrale stoppte erst, als manche Bezirksgrößen auf den Plakaten neben dem Sowjetstern das Hakenkreuz brachten und zu Streitgesprächen zwischen völkischen und kommunistischen Rednern einluden.

Inzwischen hatte die Streikbewegung ihren Höhepunkt in dem von kommunistischen Betriebsräten geführten Berliner Generalstreik erreicht, der zum Rücktritt der Regierung Cuno am 12. August und zur Bildung einer Regierung der „Großen Koalition“ mit der SPD unter Stresemann führte.<sup>12)</sup> Der Eintritt der SPD in die Regierung war ein schwerer Schlag für die proletarisch-revolutionäre Kampfkraft, da nun die der SPD folgenden Arbeiterschichten prinzipiell zufrieden gestellt waren, zumal das Kabinett am 14. August die Einführung wertbeständiger Löhne versprach und

<sup>1)</sup> Ib., S. 29.

<sup>2)</sup> Schürer, op. cit., S. 60.

<sup>3)</sup> Ib., und Bottcher, „Der Weg und Wille zur Macht“, „Internationale“ VI, S. 421-428.

<sup>4)</sup> „Jahrbuch 1923/24“, S. 20.

<sup>5)</sup> Schwarz, op. cit., S. 91 ff.

<sup>6)</sup> zitiert bei Schürer, op. cit., S. 76.

<sup>7)</sup> Schwarz, op. cit., S. 91 ff.

<sup>8)</sup> Schürer, op. cit., S. 60.

<sup>9)</sup> Schwarz, op. cit., S. 95.

<sup>10)</sup> Schwarz, op. cit., S. 92 ff.; vgl. auch Borkensau, op. cit., S. 245 ff. und 249 ff.

<sup>11)</sup> Thälmann im „Jahrbuch 1923/24“, S. 66; Borkensau, op. cit., S. 245 ff.

52

mit dem Abbau des passiven Widerstandes und der Inflation begann.)

Obwohl sich die SPD damals in rapidem Rückgang befand, hatte sie doch noch einen erheblichen Teil der deutschen Arbeiterschaft hinter sich. Daß andererseits die KPD wirklich, wie Rosenberg glaubt, im Sommer 1925 die Mehrheit des deutschen Proletariats hinter sich hatte, läßt sich zwar nicht beweisen, ist aber, folgenden Zahlen nach zu urteilen, durchaus möglich. Da damals die meisten Wahlen ausgesetzt waren, muß man dabei von den Wahlziffern kurz vorher und kurz nachher ausgehen, und dabei in Rechnung stellen, daß die Stärke der KPD zwischendurch 1923 noch größer gewesen war.

Was nun zunächst ihre Wählerstärke anlangt, so erhielt die KPD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Strelitz im Juli 1923 11 000 Stimmen gegen 12 000 für die USPD (1920 USPD 2000, SPD 25 000, KPD 0.)<sup>1)</sup> Bei den Sächsischen Landtagswahlen im November 1922 hatte die KPD 267 000 Stimmen erhalten, bei den Gemeindevahlen am 11. Januar 1924 erzielte sie 378 000 = 16,5 Prozent aller Stimmen. Bei den Thüringer Landtagswahlen am 10. Februar 1924 stiegen die KPD-Stimmen um 87 000 auf 160 000.<sup>2)</sup> bei den Landtagswahlen in Brandenburg am 10. 6. 1923 vervierfachte die KPD zwar ihre Stimmen, erhielt allerdings nur 11 000 Stimmen und 2 Sitze (von insgesamt 50). Bei den Wahlen am 18. 11. 1923 in Bremen und Danzig war das Stimmresultat 27 000 bzw. 15 000 Stimmen für die KPD gegen 45 000 bzw. 39 000 für die SPD. Bei den Bürgerschaftswahlen in Lübeck am 10. Februar 1924 stiegen die kommunistischen Stimmen von 4330 auf 8496 verglichen mit 25 321 sozialdemokratischen.<sup>3)</sup> Noch bei den Reichstagswahlen im Mai 1924, als die revolutionäre Welle längst vorüber war, war das Verhältnis der kommunistischen zu den sozialdemokratischen Stimmen wie 4 zu 6.<sup>4)</sup>

Im Hinblick auf den kommunistischen Gewerkschaftseinfluß ist gesagt worden, daß nach der USPD-Spaltung sich die Opposition unter kommunistischer Führung zu einer politisch und zahlenmäßig so starken Macht entwickelte, daß sie „bis 1923 auf dem besten Wege war, die Mehrheit in den ADGB-Gewerkschaften zu erobern.“<sup>5)</sup> Später war man allerdings nicht mehr so optimistisch; auf dem 11. Parteitag 1927 erklärte z. B. Heckert, daß die KPD 1923 vielleicht Einfluß auf 30 bis 35 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gehabt hätte.<sup>6)</sup> Bei den Delegiertenwahlen zum Metallarbeiterverbandstag am 23. Juli 1923 bekam die Opposition (KPD und USPD) die Mehrheit der Stimmen und ein Drittel der Mandate.<sup>7)</sup> Bei einer Abstimmung unter den Mitgliedern des Berliner Metallarbeiterverbandes, ebenfalls im Juli, erhielten die KPD 54 000 und die SPD nur 22 000 Stimmen.<sup>8)</sup> Auch bei den Wahlen zum Verbandstag der Textilarbeiter erhielt die Opposition über ein Drittel der Delegierten. Die Zahl der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen stieg zwischen Juli und Ende Oktober 1923 von 5000 auf 6000, die der kommunistischen Bevollmächtigten, Geschäftsführer und Angestellten von 286 auf 342.<sup>9)</sup> Die Zahl der Roten Karteile verdoppelte sich beinahe (von 1100 auf 2100).<sup>10)</sup> Die Zahl der hinter der Opposition stehenden Arbeiter ist für den Juli 1923 auf 2,5 Millionen geschätzt worden.<sup>11)</sup>

Wohl noch stärker als in den Gewerkschaften war der Einfluß der KPD bei den Betriebsräten. Am Reichsbetriebsrätekongreß im November 1922 in Berlin hatten insgesamt 802 Betriebsräte teilgenommen. Natürlich ist zu berücksichtigen, daß es sich hierbei um eine von der KPD beherrschte sogenannte Einheitsfront-Veranstaltung handelte. Noch die Betriebsräte wahlen im Februar und März 1924 haben angeblich einen gewaltigen kommunistischen Erfolg gezeitigt.<sup>12)</sup> Auf dem Betriebsrätekongreß Berlin-Brandenburg am 9. September 1923 waren trotz Verbote 450 Delegierte anwesend. An der sogenannten „Weimarer Konferenz“ am 25. November nahmen 273 Delegierte von 180 Ortsausschüssen und Verbänden teil, davon 175 KPD, 63 VSPD, 5 USPD, 18 Parteilose.<sup>13)</sup> Man kann also wohl abschließend feststellen, daß 1923 die KPD zumindest eine starke Minderheit der gewerkschaftlich organisierten und vielleicht sogar die Mehrheit der unorganisierten Arbeiter hinter sich hatte.

<sup>1)</sup> Bry, op. cit., S. 10.

<sup>2)</sup> Rosenberg, „Geschichte der Republik“, S. 136.

<sup>3)</sup> Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 139.

<sup>4)</sup> Frolich im „Jahrbuch 1923/24“, S. 731.

<sup>5)</sup> Bericht der Zentrale an den 9. Parteitag, Parteitagebericht, S. 33 ff.

<sup>6)</sup> Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 139.

<sup>7)</sup> Enderle im „Jahrbuch 1923/24“, S. 734.

<sup>8)</sup> 11. Parteitagebericht, S. 350.

<sup>9)</sup> „Jahrbuch 1923/24“, S. 603, und Bericht der Zentrale an den 9. Parteitag, Bericht, S. 62.

<sup>10)</sup> Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 139.

<sup>11)</sup> Nach anderer Schätzung gab es im September 1923 400 kommunistische Gewerkschaftsangehörige, 9. Parteitagebericht, S. 64.

<sup>12)</sup> Bericht der Zentrale an den 9. Parteitag, 9. Parteitagebericht, S. 63.

<sup>13)</sup> Brief der Angehörigen der Gewerkschaftsabteilung der Zentrale, 9. Parteitagebericht, S. 67.

<sup>14)</sup> „Jahrbuch 1923/24“, S. 680 ff.

Nach dem Cunostreik tat die Partei so gut wie nichts mehr, um ihren Einfluß bei den Arbeitermassen zu steigern. Schon Anfang September brach sie ihren Kontakt zu den Massen ab und konzentrierte sich ganz auf die militärischen Vorbereitungen. Ihre Machtposition benutzte sie weitgehend zur Vermeidung von unmittelbaren Arbeitskämpfen und zum Abbremsen wirtschaftlicher und politischer Teilkämpfe. Das traf nicht nur, wie Maslowski<sup>1)</sup> zugibt, für Sachsen zu, sondern auch für weite Teile des Reiches. Man ging dabei von der Idee aus, alle Kraft für den großen Endschlag aufzusparen.)

Im Juli oder August hatte sich nämlich endlich das Ekki entschlossen, den deutschen „Oktober“ vorzubereiten. Von Anbeginn an hatten die Russen sich die Arbeiterbewegung und die Revolution in allen Ländern außerhalb Rußlands so vorgestellt, wie sie sich in Rußland tatsächlich gestaltet hatten. So sahen sie in der Weimarer Republik ein Kerensky-Regime, so erschien ihnen die deutsche Bourgeoisie ebenso kläglich und schwach wie die russische, so hielten sie die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften für ebenso harmlos wie die russischen Menschewiki à la Martow und Dan, so glaubten sie mit den Faschisten ebenso fertig werden zu können, wie mit den „Schwarzen Hundert“. Was Wunder, daß sie sich auch die deutsche Revolution nicht anders vorstellen konnten, als nach dem Muster ihres Staatsstreiches vom Oktober 1917, wo sie gesiegt hatten, unter anderem auch, weil sie legale Stützpunkte im Staatsapparat (Sowjets, Armee usw.) besessen hatten. Sie vergaßen dabei nur, daß die Oktoberrevolution nur eine Episode im Prozeß des Untergangs des Zarismus dargestellt hatte und der Staatsstreich im Oktober erfolgreich gewesen war als unmittelbare Fortsetzung der Volksrevolution des Februar 1917. 1923 konzentrierten die Russen ihre Aufmerksamkeit also auf den militärischen Aufstand und nicht auf die Führung der Massen. Brandler und andere Führer wurden nach Moskau gerufen und dort im September ein spekulativer Aktionsplan mit festen Terminen in allen Einzelheiten ausgearbeitet. Das nahm sieben Wochen in Anspruch, so daß Brandler erst Anfang Oktober wieder nach Deutschland zurückkehren konnte.)

Der Moskau-Plan sah die Übernahme von Regierungspositionen in Mitteldeutschland und einen militärischen Vorstoß von hier aus vor. Als Basis für die zu schaffende Rote Armee sollten die proletarischen Hundertschaften dienen. Aus Stoßtrupps und Partisanen, einem Kreis von deutschen Offizieren und russischen Militär-Emissaren wurde eine militärische Geheim-Organisation aufgebaut. Als Zentrale fungierte ein besonderes Revolutionskomitee „Revko“ unter der Leitung russischer Offiziere. Waffen- und Munitions-Beschaffungs- („Wumba“)Kommissare reisten im Land herum, um Waffen zu besorgen. Die Russen hatten geglaubt, über eine halbe Million Gewehre in Sachsen, Thüringen, Hamburg, Ruhrgebiet, Berlin und Pommern verfügen zu können. Sie merkten aber bald, daß höchstens ein Zehntel davon vorhanden war.) Statt den ganzen Plan aufzugeben, ließen sie neue Aufkäufer los, die neue Luftgeschäfte machten.

Der militärisch-strategische Plan ging davon aus, daß man in Sachsen und Mitteldeutschland den Stoß der Faschisten und Reichswehr aus Bayern und Süddeutschland auffangen, 50 000 bis 60 000 Mann bewaffnen, die Reichswehr unter General Müller „ignorieren“ und den Gegner bei Kassel in die Falle locken wollte. Im Ruhrgebiet sollten die Arbeiter vorstoßen.)

Inzwischen war aber auch der Klassenfeind nicht müßig geblieben. Ja, die Bourgeoisie war schneller als die KPD und begann ihre Krisenlösung durchzusetzen, bevor diese zum Angriff überging. Am 26. September brach die Regierung Stresemann den passiven Widerstand ab. Am gleichen Tage verhängte die bayerische Regierung den Ausnahmezustand und setzte Kehr als Diktator ein. Am nächsten Tage wurde im Reich der Belagerungszustand verhängt. Zugleich wurden die Vorbereitungen für eine Währungsstabilisierung forciert. Helfferichs Plan einer neuen stabilen Regierungsmark war bereits Anfang August 1923 dem Kabinett Cuno vorgelegt worden. Jetzt, nach Abbruch des passiven Widerstandes, schien der Zeitpunkt gekommen, der Inflation binnen wenigen Wochen ein Ende zu bereiten. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober erging am 15. Oktober die Rentenmarkverordnung, die Basis für die Stilllegung der Notenpresse und Herausgabe der neuen Rentenmark, die am 16. November erfolgten.

Am 27. September war es zum Generalstreik im Ruhrgebiet gekommen; am gleichen Tage forderte die KPD in Sachsen die

<sup>1)</sup> Borkenau, op. cit., S. 250; vgl. auch „Die Internationale“ VI, S. 522 f.

<sup>2)</sup> Maslowski, op. cit., S. 41 ff.

<sup>3)</sup> Januar-Beschlüsse des Ekki-Präsidiums im 9. Parteitagungsbericht, S. 23 f.

<sup>4)</sup> Bry, op. cit., S. 10; Borkenau, op. cit., S. 249.

<sup>5)</sup> Auf der Zentral-Ausschuss-Sitzung vom 27. September 1923, Protokoll, Internationale VI, S. 324f.

<sup>6)</sup> Schwarz, op. cit., S. 98 ff., 104 ff.



SPD zur Bildung einer gemeinsamen Regierung und zur Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften auf. Am 28. September erließ die KPD einen Aufruf zur Bildung von Abwehrausschüssen zur Vorbereitung des Generalstreiks in ganz Deutschland und zur Bewaffnung der Arbeiter für eine Arbeiter- und Bauern-Regierung. Am 1. Oktober kam es zur Wiederaufnahme der Arbeit im Kohlenbergbau und bei der Eisenbahn. Vom 10. bis 20. Oktober waren Teuerungsunruhen im ganzen Reich.<sup>1)</sup> Am 10. Oktober traten die Kommunisten Brandler, Heckert und Böttcher in die sächsische linkssozialdemokratische Zeigner-Regierung ein. Am 16. wurden Morsch, Neubauer und Tenner Minister und Staatsräte der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung in Thüringen. Bedingungslos ging die KPD in die Koalition.

Die sächsische Koalitionsregierung fühlte sich als streng verfassungsmäßige Regierung dem Landtag verantwortlich. Infolge des Ausnahmezustandes war sie aber militärisch machtlos. Das Wehrkreiskommando verbot z.B. die Kontrollausschüsse. Schließlich entzog es der Regierung sogar die Verfügung über die Polizei.<sup>2)</sup> Von den sonstigen Taten der sächsischen „Arbeiterregierung“ ist in die Geschichte vor allem eingegangen, daß der Finanzminister an die Arbeitslosen Karpfen aus den staatlichen Teichen verteilen ließ.<sup>3)</sup>

Über die politische Bedeutung und Funktion des Regierungseintritts besteht unter den Beurteilern keine Einmütigkeit. Alle ernsthaften Betrachter stimmen darin überein, daß das Ekki mit Sinowjew, Radek und Trotzki für den Regierungseintritt verantwortlich war. „Der Sinn des Regierungseintritts in Sachsen war nach der Auffassung der Exekutive“, heißt es in den Januar-Beschlüssen des Präsidiums des Ekki im Jahre 1924, „eine spezielle militärische und politische Aufgabe, welche in einer Instruktion wie folgt präzisiert wurde:

„Da wir die Lage so einschätzen, daß der entscheidende Moment nicht später als in vier, fünf, sechs Wochen kommt, so halten wir es für notwendig, jede Position, die unmittelbar nützen kann, sofort zu besetzen... Der Regierungseintritt hätte sich auf Massenbewegungen stützen müssen. Wenn auch die direkte militärische Aufgabe verschoben werden mußte, weil das Tempo des revolutionären Prozesses sich verlangsamte, so konnten und mußten auch in diesem Falle die Kommunisten eine wirkliche revolutionäre Aktivität entfalten, wobei sich jedoch ein bedenkliches Versagen zeigte. Sie waren vor allem verpflichtet, die Frage der Bewaffnung der Arbeiter brutal zu stellen... Sie waren auch verpflichtet, im Parlament und vor den Betriebsräten auf die sofortige Ergreifung revolutionärer Maßnahmen hinzuwirken, wie auf die Konfiskation der Betriebe von Fabrikanten, welche zur Sabotage der Produktion griffen, auf die Requisition der Wohnungen reicher Familien für wohnungslose Arbeiter und ihre Kinder...“<sup>4)</sup>

Bry behauptet allerdings, daß der Eintritt gegen den Willen Brandlers sei,<sup>5)</sup> während Borkenau betont,<sup>6)</sup> daß auch Brandler lediglich vor dem Eintritt eine politische Kampagne von einigen Wochen wünschte, um die linke SPD auf die politische Linie der KPD zu bringen. Schürer erklärt, das Zentrale-Komitee der KPD habe zunächst abgesehen, ohne starke Massenbewegung in die Regierung, einzutreten, während der zwischen Widerstand aufgegeben.<sup>7)</sup> Rosenberg zufolge habe der Kreis um Brandler von sich aus gar nicht an die Revolution gedacht, sondern eine parlamentarische Arbeiterregierung angestrebt; nur wenn die Massen von sich aus einen Aufstand machen sollten, wollte er dabei sein.<sup>8)</sup> Die anderen Beurteiler stimmen darin überein, daß der Regierungseintritt das Ziel hatte, der Arbeiterschaft die legalen Waffenbestände der Polizei zu übermitteln.<sup>9)</sup> Im kommunistischen „Jahrbuch“<sup>10)</sup> heißt es, der Eintritt in die sächsische Regierung habe dazu gedient, für den militärischen Aufstand ein geeignetes Aufmarschgebiet zu sichern, während Maslowski betont, es sei geplant gewesen, die sächsische Arbeiterregierung zum Hebel des Entscheidungskampfes zu machen.<sup>11)</sup> Borkenau führt aus, die KPD habe angenommen, ihr Regierungseintritt würde die Reichsregierung veranlassen, gegen Sachsen und Thüringen vorzugehen; die linke SPD aber werde die beiden Regierungen verteidigen und aus der Verteidigung würde der Aufstand im ganzen Reich herauswachsen.<sup>12)</sup> Schließlich beschreibt die Zentrale selber ihre Erwar-

<sup>1)</sup> Thalheimer im „Jahrbuch 1923/24“, S. 603, und „Chronik der Arbeiterbewegung“, ib., S. 603 ff.

<sup>2)</sup> Schürer, op. cit., S. 61.

<sup>3)</sup> Schwarz, op. cit., S. 161.

<sup>4)</sup> 9. Parteitagsbericht, S. 30.

<sup>5)</sup> Bry, op. cit., S. 19.

<sup>6)</sup> Borkenau, op. cit., S. 251.

<sup>7)</sup> Schürer, op. cit., S. 61.

<sup>8)</sup> Rosenberg, „Geschichte der deutschen Republik“, S. 168.

<sup>9)</sup> Meyer, „Kommunismus“, S. 146; Borkenau, op. cit., S. 252; Bry, op. cit., S. 19.

<sup>10)</sup> „Jahrbuch 1923/24“, S. 29.

<sup>11)</sup> Maslowski, op. cit., S. 33.

<sup>12)</sup> Bry, op. cit., S. 19.

tungen in Form einer Alternative wie folgt:

„Die Mehrheit der Zentrale hielt angesichts der allgemeinen, sich verschärfenden Lage im Reich daran fest, daß der ständige kommunistische Druck auf die Zeigner-Regierung und den sich mit ihr herausbildenden linken Flügel der SPD in potenziierter Weise die Zersetzung der SPD bringen werde. Es kam darauf an, unter unserer Führung den Massendruck auf die sozialdemokratische Regierung zu steigern, zu verschärfen und die sich herausbildende sozialdemokratische linke Führergruppe im Zuge einer großen Bewegung vor die Entscheidung zu stellen, entweder mit den Kommunisten gemeinsam den Kampf gegen die Bourgeoisie einzuleiten, oder sich zu demaskieren und damit die letzte Illusion der sozialdemokratischen Arbeitermassen zu vernichten...“<sup>1)</sup>

Das Experiment der sozialistisch-kommunistischen Arbeiterregierung sollte nur etwa zehn Tage lang die Welt erschüttern. Berlin konnte es nicht mitanschen, daß Kommunisten in Dresden in der Regierung saßen. Ein Vorwand war rasch gefunden. Als die Regierung Zeigner die von General Müller geforderte Auflösung der proletarischen Hundertschaften ablehnte, ließ die Regierung der „Großen Koalition“ bereits am 20. und 21. Oktober die Reichswehr in Sachsen einmarschieren und die legal zustandgekommene Regierung Zeigner auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung absetzen.<sup>2)</sup> Nun beschloß die Zentrale der KPD am 20. Oktober einstimmig, die Lösung des Generalstreiks und des bewaffneten Kampfes herauszugeben, gleichzeitig aber, vor allgemeiner Verkündung des Beschlusses eine Betriebsräte-Konferenz zu befragen.<sup>3)</sup>

Am 21. Oktober trat in Chemnitz die Versammlung von Betriebsräten und Vertretern von Arbeiterorganisationen zusammen, die vor wenigen Tagen sehr überstürzt einberufen worden war, um über dringende Wirtschaftsfragen zu beraten (die sächsische Regierung hatte mit Sowjetrußland über Getreidelieferungen und Industrieaufträge verhandelt).<sup>4)</sup> Neben der KPD war vor allem die linke SPD auf der Chemnitzer Konferenz vertreten. Brandler beantragte die Proklamierung des Generalstreiks und die Wahl politischer Arbeiterräte.<sup>5)</sup> Vielleicht hatte Brandler selber nicht mit der Annahme gerechnet; jedenfalls hatte er so die Verantwortung von der KPD-Zentrale auf die linke SPD gewälzt und dem eigenen linken Flügel gegenüber ein Alibi gewonnen.<sup>6)</sup> Die SPD dachte aber nicht an Aufstand gegen die Reichswehr. Der Minister Graupe erklärte, er würde mit seinen Genossen die Konferenz verlassen, wenn die KPD nicht auf ihre Forderung verzichte. So wurde Überweisung an eine Unterkommission beschlossen: „Es war ein Beschluß der KPD, unter den Umständen wollte weder die KI noch die KPD eine isolierte Aktion wagen. Die Zentrale beschloß daher einstimmig, mit den Stimmen der Linken und der KI-Vertreter, den Rückzug anzutreten.“<sup>7)</sup>

Nur in Hamburg kam es aus einem tragikomischen Anlaß zu einem Aufstand. Während der Chemnitzer Konferenz warteten die Kuriere mit dem Aufstandsbehl in der Tasche auf das Startzeichen. Thälmann kam aus dem Beratungssaal und schrie auf eigene Faust die Kuriere an: „Haut ab! Fahrt los! Geht in Ordnung!“ Als er dann Brandler seine Heldentat erzählte, gelang es diesem, alle Kuriere noch auf dem Bahnhof abzufangen. Nur der Instruktor für Hamburg, Demmele, war bereits abgefahren und konnte nicht mehr erreicht werden. Ein Motorradfahrer mit dem Gegenbefehl kam zu spät, um den Aufstand abzubremsen. So kämpften in Hamburg ein paar hundert Kommunisten vom 24. bis 26. Oktober gegen die Polizei. Der Aufstand war aber von den Massen so isoliert, daß es nicht einmal gelang, Zehntausende von streikenden Dockarbeitern in die Bewegung einzubeziehen.

Auch in den anderen Bezirken regte sich niemand. In Berlin erschienen zu den von der KPD organisierten Massendemonstrationen nur ein paar Dutzend Leute.<sup>8)</sup> Selbst das parteioffizielle Jahrbuch spricht zwar von einem Generalstreik der Berg- und Hüttenarbeiter in Oberschlesien am 24. Oktober, gibt aber zu, daß der Aufruf zum Generalstreik gegen die Absetzung der sächsischen Regierung nur schwach befolgt worden sei.<sup>9)</sup> So verschwand die Zeigner-Regierung ebenso sang- und klanglos, wie fast ein Jahrzehnt später die Braun-Regierung, allerdings ohne den Staatsgerichtshof zu bemühen.<sup>10)</sup> Am 23. November wurde obendrein die KPD von der Reichsregierung verboten. Als besetzte Partei ging

<sup>1)</sup> 8. Parteitag-Bericht, S. 20.

<sup>2)</sup> Thälmann im „Jahrbuch 1923/24“, und Schwarz, op. cit., S. 102.

<sup>3)</sup> Bry, op. cit., S. 10.

<sup>4)</sup> Schürer, op. cit., S. 62.

<sup>5)</sup> Thälmann, ib.

<sup>6)</sup> Rosenberg, „Geschichte der deutschen Republik“, S. 168 ff., und Schwarz, op. cit., S. 103 ff.

<sup>7)</sup> Brandler, zitiert bei Bry, op. cit., S. 11.

<sup>8)</sup> Bry, op. cit., S. 11, und Schürer, op. cit., S. 62.

<sup>9)</sup> „Jahrbuch 1923/24“, S. 607; vgl. auch Schürer op. cit., S. 62.

<sup>10)</sup> vgl. auch Braun, op. cit., S. 193.

wie in die Illegalität. Das Ausmaß der Verfolgungen erinnert einen aber mehr an die Zeit Bismarcks als an die Hitlers. Natürlich nahm die Partei ihr Versagen zunächst nicht ernst, glaubte vielmehr an das Weitergehen der revolutionären Welle. Erst im Winter 1923/24 brach sich langsam die Erkenntnis Bahn, daß die Partei eine Niederlage erlitten habe. Es kam zu einer scharfen Parteikrise, die mit der Stabilisierungskrise der Weimarer Republik parallel ging. Sowohl für die Kommunistische Partei wie für die Weimarer Republik schließt mit dem Jahre 1923 die erste revolutionäre Nachkriegs-Epoche ab und beginnt die Zeit der Stabilisierung, die sowohl für die Republik wie für die KPD bis etwa 1929 dauern sollte.

Daß Deutschland 1923 durch eine tiefe Gesamtkrise gegangen war, ist klar. Problematisch dagegen ist der Charakter dieser Krise und die Möglichkeiten für ihre Überwindung. Hatte insbesondere die KPD die Möglichkeit, die Krise zur Machtergreifung auszunutzen? Hätte sie sich an der Macht halten können? Welche Strategie und Taktik hätte ihren Erfolg gesichert?

Zunächst kann man recht wohl daran zweifeln, daß 1923 noch ernste Chancen für eine Lösung der Krise im Sinne der sozialistischen Arbeiterbewegung existiert haben. Borkenau betont, daß die Arbeiterparteien nach den seit 1918 erlittenen schweren Niederlagen 1923 bereits zu schwach waren, um die Mittelschichten für sich zu gewinnen. Die Rechte habe sich damals bereits so weit von ihren Niederlagen erholt gehabt, daß ihre Anziehungskraft die der Linken übertrafen habe. Folglich gab es eigentlich nur noch zwei Auswege: Entweder den Sieg des Faschismus oder die Wiedergeburt der Weimarer Republik. Tatsächlich habe die gemäßigte Mitte auf Grund einer Reihe von Fehlern der Faschisten und der Reaktion einerseits, der geschickten Politik Stresemanns andererseits gesiegt.<sup>1)</sup> Diametral entgegengesetzt ist etwa die Meinung von Rosenberg. Nach ihm hat es „nie in der neueren deutschen Geschichte einen Zeitabschnitt gegeben, der für eine sozialistische Revolution so günstig gewesen wäre, wie der Sommer 1923.“<sup>2)</sup> Daß diese einzigartige Chance nicht realisiert wurde, sei auf das Versagen der KPD-Führung zurückzuführen. Die linke KPD-Opposition habe die bewußte Vorbereitung der Revolution verlangt, die Zentrale aber nichts unternommen, um die Massen für eine revolutionäre Bewegung vorzubereiten. Konkreter erklärt Clara Zetkin, daß die KPD der revolutionären Massenstimmung politischen Inhalt hätte geben müssen, z. B. durch rechtzeitige Politisierung der Betriebsrätebewegung.<sup>3)</sup> Nach Bry habe sich die KPD die proletarischen Stabilisierungswünsche zunutze machen können, z. B. durch Kampf für stabile Löhne. Statt dessen habe aber die KPD behauptet, stabile Löhne bedeute Stabilisierung des Elends und Verhinderung des Klassenkampfes, und habe die illusorische Parole der Vorkriegslöhne und der Abwälzung der Lasten des Ruhrkampfes auf die Bourgeoisie ausgegeben.<sup>4)</sup> Statt militärischer Organisiererei habe die Partei versuchen müssen, zu betrieblichen Kämpfen zu kommen. Bei einer wirklich revolutionären Politik wäre es der Bourgeoisie nicht gelungen, im Herbst den entscheidenden Krisenfaktor, die Inflation, selbst zu liquidieren und so alle Hoffnungen der Massen auf eine Stabilisierung des bürgerlichen Regimes abzulenken.<sup>5)</sup>

Alle ernsthaften Beurteiler stimmen in einem überein: Chancen waren für die Revolution nur vorhanden gewesen, wenn man im Frühjahr und Sommer durch geschickte Ausnutzung und Weiterleitung der Kämpfe die Massen so an die KPD-Führung gebunden hätte, daß jene ihr im Spätsommer oder Herbst in einer großen Massenoffensive gegen die Reaktion und die Regierung gefolgt wären. Allerdings hätte sich selbst dann der Aufstand von einem etwa 1920 versuchten Vorstoß darin unterschieden, daß man die Aktion nicht aus der Defensive gegen einen Putsch heraus hätte entwickeln können, es sei denn, die Bewegung habe sich bis etwa zum Hitlerputsch im November durchhalten lassen. Wie dem aber auch sei, so wie die KPD und SPD in der ersten Hälfte des Jahres gehandelt hatten, war die Lage im Herbst für die Linke hoffnungslos.

Seriöse spätere Kritiker heben also hervor, daß schon die Fragestellung in der späteren kommunistischen Oktoberdiskussion ganz falsch gewesen sei, eine Fragestellung, bei der die Linken der Zentrale vorwarfen, diese habe in Anwendung der „Einheitsfronttaktik“ im Oktober die Revolution verraten, während die Leitung sich darauf beschränkte, nachzuweisen, daß es im Oktober schon keine revolutionäre Situation mehr gegeben habe. Man diskutierte also nur über die „Einheitsfronttaktik“ und den Oktoberrückzug, statt die Gesamtpolitik des ganzen Jahres 1923, die Durchführung, Organisation und Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes zu

<sup>1)</sup> Borkenau, op. cit., S. 248-49; vgl. auch Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 172 ff.

<sup>2)</sup> Rosenberg, ib., S. 137.

<sup>3)</sup> 3. Parteitagsbericht, S. 86; Zetkins Brief bringen wir im Anhang in toto.

<sup>4)</sup> Bry, op. cit., S. 8 f.

<sup>5)</sup> Zetkin, op. cit., S. 86 f., und Bry, op. cit., S. 10.

Überprüfen.)

### 3. Kapitel Die KPD in den Jahren der „relativen Stabilisierung“ (1924—1928)

Die Krise in der KPD führte zunächst zum Sturz der bisherigen Führung und zu einer scharfen Linkswendung, da die Masse der Mitglieder und Funktionäre in ihrer Enttäuschung den „Verräter“ Brandler für die Niederlage verantwortlich machten. Die Linke hatte zwar nie einen Aufstand vorgeschlagen, sich aber immer gegen eine breite Einheitsfront von unten und oben gewandt. Die Kommunisten hielten es nun für bewiesen, daß letztere Schuld an der Oktober-Niederlage gewesen sei.<sup>1)</sup> Zwar erklärte sich Radek noch für Brandler; Sinowjew dagegen war schon bereit, mit der Linken zu gehen.

Die Krise wurde verschärft durch den Kampf um die Nachfolge Lenins, der in Rußland entbrannt war, und der die direkte Verantwortlichkeit Moskaus und insbesondere Sinowjews involviert. Sinowjew aber konnten die Russen nicht fallen lassen, da er gegen Trotzki zu verwenden war. So führte die offenkundige Verantwortlichkeit Sinowjews für das Versagen zu einer Verstärkung des Anspruchs Moskaus auf Unfehlbarkeit. Alle Verantwortlichkeit wurde daher auf Brandler und Radek abgewälzt.<sup>2)</sup> Diese zu opfern war man bereit, um so den Sturm in der deutschen Partei zu beschwichtigen, zugleich aber auch, um die Enttäuschung der russischen Arbeiter, denen man die größten Hoffnungen gemacht hatte, durch Präsentierung neuer Führer zu überwinden. Obzwar die Russen nicht mehr ganz so ausschließlich wie 1917 bis 1920 auf das Gelingen der Weltrevolution angewiesen waren (lebten sie doch seit 1920/21 in einer Art Waffenstillstand mit der kapitalistischen Welt), hatten sie doch ein beträchtliches Interesse an der Erhaltung starker kommunistischer Parteien. Zunächst wurde allerdings Brandler noch nicht fallen gelassen. Das sollte dem nächsten Parteitag überlassen bleiben. Sinowjew gab aber Brandler Arkadi Maslow mit, dem er einst Geld gegeben hatte, um die linke Fraktion gegen Brandler zu organisieren, der dann aber nach Moskau abgeschoben worden war.

Nun begann die deutsche Trojka (Thälmann, Ruth Fischer und Maslow) den Kampf um die Partei.<sup>3)</sup> Maslow war der eigentliche Theoretiker der neuen Führung. Ihre stärkste Persönlichkeit war Ruth Fischer, die temperamentvolle Tochter des Wiener Professors Eisler. Ihr erster politischer Erfolg war die Verteidigung der Märzaktion im Prenzlauer Berg gewesen. In Berlin hatte sie zu einer Gruppe von Studenten gehört, die den Kern der Führung der Linken Opposition bildeten, die sich 1922—1923 zur festgefügtten Fraktion zusammengeschlossen hatte.<sup>4)</sup> Thälmann wurde zum Firmenschild der neuen Führung. In Hamburg war er recht langsam innerhalb seines Verbandes und der USPD aufgestiegen. 1920 war er in Halle gewesen, dann auf dem Vereinigungsparteitag in den Zentralausschuß der VKPD gewählt worden.<sup>5)</sup> Nach der Märzaktion hatte die Zentrale den „Proleten Thälmann“ zur Verteidigung ihrer Taktik mit nach Moskau zum dritten Weltkongreß genommen.<sup>6)</sup> Während der rechten Periode avancierte Thälmann, der sich inzwischen aus einem Gelegenheitsarbeiter, Rollkutscher und Werftarbeiter zum Angestellten beim Arbeitsamt entwickelt hatte, zum Hamburger Bezirksvorsitzenden der KPD auf. Nun begann Ruth Fischer sich für ihn — einen wichtigen Mann des wichtigen Hamburger Bezirks — zu interessieren.<sup>7)</sup> 1923 zog Brandler mit Ruth Fischer auch Thälmann in die Zentrale.<sup>8)</sup> In den letzten Jahren der Weimarer Republik wurde Thälmann (ähnlich wie Hitler!) zum Mythos für die kommunistischen Arbeiter und Wähler. Daß er trotz sicherlich vorhandener Qualitäten alles andere als eine weltgeschichtliche Persönlichkeit, ein „Führer“ gewesen ist, zeigen seine Reden und Schriften. Gerade für den Politiker und Staatsmann gilt das Wort: „Le style c'est l'homme“ zu Recht. Thälmanns Stil aber offenbart sich am deutlichsten in folgender intimer Postkarte vom 24. Juli 1925: „Mein lieber Vater! Hast du schon gehört, daß die gemeine SPD beabsichtigt, mich des Streikbruchs zu bezichtigen. So ein Schwindel. Sie fürchten die Stimmen, deswegen werden sie so infame Lügner. Korruptiert sind sie von oben bis unten. Mit kommunistischem Gruß Dein Sohn Ernst.“<sup>9)</sup>

Für die Zeit zwischen den Parteitagen war der Zentralausschuß

<sup>1)</sup> Clara Zetkin, op. cit., S. 85 f.; vgl. auch Bry, op. cit., S. 11. und die Resolutionen der Mittelgruppe und der Brandlergruppe zum 9. Parteitag, S. 157 f. und 176 f., und Material zu den Vorschlägen an den Parteitag von den Genossen Fischer, Meyer, Becker; Einige Lehren der Geschichte der KPD, abgedruckt im 10. Parteitagsbericht, S. 283 ff.

<sup>2)</sup> Borkenau, op. cit., S. 253.

<sup>3)</sup> Borkenau, op. cit., S. 254 ff.

<sup>4)</sup> Schwarz, op. cit., S. 110 ff.

<sup>5)</sup> Rist, op. cit., S. 147.

<sup>6)</sup> Schwarz, op. cit., S. 21 ff.; Maslowski, op. cit., S. 17 ff.; vgl. auch Thälmann, „Kampfbüden und Aufsätze“, S. 3—16.

<sup>7)</sup> Schwarz, op. cit., S. 70 ff.; Maslowski, op. cit., S. 37 ff.

<sup>8)</sup> Schwarz, op. cit., S. 77 ff.

<sup>9)</sup> ib., S. 97.

<sup>1)</sup> Maslowski, op. cit., S. 82 f.

die höchste Parteikörperschaft. Ihm stand die Kontrolle der Zentrale zu. Er bestand aus ungefähr 35 ständigen Mitgliedern; zu seinen Sitzungen wurden aber auch die Redakteure der Parteizeitungen und die politischen Sekretäre der Bezirke hinzugezogen.<sup>1)</sup> Nach dem der Leipziger Parteitag keine Aussöhnung zwischen Rechten und Linken gebracht hatte, waren bereits auf dem Ruhrparteitag, der am 25. März getagt hatte, „die beiden Richtungen der Partei wie Feinde aufeinandergeprallt.“ In den Worten Heinz Neumanns<sup>2)</sup> „drohte in der aussichtsreichsten und zugleich kritischsten Situation die KPD durch die taktischen Gegensätze von innen zerrissen und gelähmt zu werden.“ Anfang April war eine „Verständigungskommission“ zusammengetreten, die alle Kräfte auf die „Konzentration der Partei“ auszurichten versuchte.<sup>3)</sup> Gleichzeitig begann ein Teil der Linken (Evert, Gerhart, Pfeiffer, H. Neumann) sich von Ruth Fischer und Maslow zu distanzieren.<sup>4)</sup> Hatten sich im August auf der Sitzung des Zentralkomitees 9 Mitglieder bei der Abstimmung über die politische Resolution der Stimme enthalten,<sup>5)</sup> so traten auf der 3. Sitzung des im Januar 1923 gewählten Zentralkomitees, die am 3. November 1923 stattgefunden hatte, die Gegensätze zwischen der Mehrheit der Partei und der Opposition wieder offen zutage. In den Thesen der letzteren wurde die Politik der Parteilmehrheit scharf verurteilt und die sofortige Umgruppierung der Parteiführung verlangt. In den von der Zentrale vorgelegten Thesen „Der Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik und die Aufgaben der KPD“, die mit 40 gegen 16 Stimmen angenommen wurden, wurde die Diktatur des Oberbefehlshabers der Reichswehr, v. Seeckt, als Sieg des Faschismus charakterisiert. Nach diesem Siege sei der Kampf um Übergangslösungen zur Unmöglichkeit geworden. „Die Faschistendiktatur kann nur niedergeworfen werden durch die Diktatur des Proletariats.“ Die Haltung vor 1933 vorwegnehmend, tröstete man sich mit der Feststellung, daß „der Faschismus . . . nur gesiegt hat über die bankrotte Novemberrepublik. Er hat noch nicht gesiegt über die Arbeiterklasse.“ Der bewaffnete Aufstand stehe auf der Tagesordnung. Aufgabe der KPD sei es, sofort anknüpfend an die Wirtschaftskämpfe den politischen Kampf um die Eroberung der Macht zu organisieren.<sup>6)</sup>

Auf der 4. Sitzung in Halle am 19. Februar 1924 wurden die in Moskau im Januar gefaßten Resolutionen angenommen. Die Brandler-Zentrale wurde von Thälmann heftig angegriffen. Einstimmig beschloß der Zentralkomitee eine Umgruppierung in der Führung der Partei, so daß die Zentrale nur noch aus fünf Vertretern der Mittelgruppe und zwei Vertretern der Opposition bestehen würde.<sup>7)</sup> Während des Winters 1923/24 konzentrierte sich fast die gesamte Aktivität der Partei auf die Austragung der innerparteilichen Gegensätze und die Klärung der Schuldfrage.

Es bildeten sich drei Fraktionen.<sup>8)</sup> Die Rechten unter Brandler und Thalheimer hielten den Oktoberrückzug für richtig, da ein Aufstand damals aussichtslos gewesen wäre; auch Rückzugskämpfe hätten keinen Sinn gehabt.<sup>9)</sup> Die Mittelgruppe, der sich die Mehrheit der damaligen Zentrale anschloß, stand in der Hauptsache auf dem Standpunkt der Rechten, meinte, aber, daß der Rückzug nicht kampfflos, sondern in Teilkämpfen und Rückzugsgefechten hätte durchgeführt werden sollen.<sup>10)</sup> Ganz anders urteilte die Linke: Die Situation im Oktober sei objektiv-revolutionär gewesen; nur die unrichtige Führung habe die Chance eines erfolgreichen Kampfes verpaßt. Der Hauptstoß der Linken ging gegen die Einheitsfronttaktik, wie sie vor allem in Sachsen angewandt worden war, gegen den Eintritt in die sächsische Regierung, gegen das „Bündnis“ mit der linken VSPD, gegen die Verlegung des Schwergewichts des Kampfes in das kleinbürgerliche Sachsen, statt in die Riesenbetriebe in Berlin, Rheinland-Westfalen und Wasserkante.<sup>11)</sup>

In Moskau besprachen die Vertreter der KPD mit der KI die Meinungsverschiedenheiten.<sup>12)</sup> Wie bereits erwähnt, kam es der Exekutive vor allem darauf an, einen Sündenbock zu finden. So erkannte sie die Notwendigkeit des Rückzugs an, verurteilte aber gleichzeitig die Politik der Partei in Sachsen, wie sie angeblich vom rechten Flügel entscheidend beeinflusst worden sei.<sup>13)</sup> Wie

1) 9. Parteitagbericht, S. 64/75.

2) „Die Konzentration der Partei“, „Die Internationale“ VI, S. 234—235.

3) „Die Internationale“ VI, S. 225.

4) Vgl. deren Plattform in „Internationale“ VI, S. 223—234.

5) „Die Internationale“, S. 432.

6) Die Tagung des Zentralkomitees, „Die Internationale“ VI, S. 516—520; vgl. auch „Die politische Lage und die nächsten Aufgaben der Partei“ Referat im Zentralkomitee, ib., S. 520—530.

7) 9. Parteitagbericht, S. 64/75.

8) ib., S. 23 f.

9) ib., S. 174—178.

10) ib., S. 174—182.

11) Vgl. 9. Parteitagbericht, S. 112—117, und die auf S. 128—164 wiedergegebenen Äußerungen der Linken aus dem Jahre 1923.

12) ib., S. 64/75.

13) Vgl. die ib., S. 24 ff., abgedruckten „Beschlüsse des Präsidiums des Ekki vom 19. Januar 1924“.

wenig es um die Klärung der objektiven Situation ging, ergibt sich daraus, daß die Exekutive die Mittelgruppe und die Linke, deren Standpunkt diametral entgegengesetzt waren, auf einer gemeinsamen Plattform vereinigte.<sup>1)</sup> Den Russen kam es vor allem darauf an, die Bruderparteien in den russischen Fraktionskampf zu Bundesgenossen zu gewinnen. Es gelang auch Sinowjew und Stalin, die Linke, die zunächst mit Trotzki sympatisiert hatte, für sich zu gewinnen.<sup>2)</sup> Immerhin war der „linke“ Sinowjew gar nicht so begeistert, daß die Mitglieder der KPD zur Linken stürmten.

Obwohl das am 23. November ausgesprochene Verbot der KPD bereits am 1. März wieder aufgehoben worden war, tagte der 9. Parteitag, der am 7. April 1924 zusammentrat, noch illegal. Gegen die meisten führenden Kommunisten lagen Haftbefehle vor. Der Parteitag fand in Frankfurt a. M. statt, da der Fremdenzustrom zu der dort stattfindenden Messe den Aufenthalt der 200 Parteitags Teilnehmer unauffällig machte. Das Tagungsort wurde fast täglich gewechselt; der erste Verhandlungstag fand in Offenbach, der zweite, dritte und vierte in Frankfurt selber statt. Die Polizei erlangte so spät Kenntnis, daß eine Suchaktion erst nach Schluß des Parteitages erfolgte. Im Anschluß an den Parteitag wurde eine Konferenz der oppositionellen Gewerkschaftler abgehalten.<sup>3)</sup>

Die Linke hatte im Laufe der fast fünfmonatlichen Auseinandersetzung mit Hilfe der linksradikalen Arbeiter von Berlin, Wasserkante und dem Ruhrgebiet die Partei erobert.<sup>4)</sup> Sie hatte nun eine Dreiviertelmehrheit, während die Rechte unter den gewählten Delegierten überhaupt nicht vertreten war. Bezeichnenderweise wurden trotz allem Zwiespalt die beiden Resolutionen „Zur Lage und zur Perspektive“ und „Die nächsten Aufgaben der KPD“<sup>5)</sup> einstimmig angenommen.<sup>6)</sup> Für die Resolution der Opposition „Zur Taktik der Partei“ stimmten in namentlicher Abstimmung 92, für die Resolution der Mittelgruppe 34. Die Gesamtresolution wurde dann mit allen gegen 35 Stimmen angenommen (127 Delegierte waren stimmberechtigt).<sup>7)</sup>

Die vom Parteitag ratifizierte Schwenkung nach links war ausgesprochen: „Die an demokratische Institutionen anknüpfenden Übergangslösungen werden fallen gelassen, die völlige Liquidation der SPD wird als zentrale Aufgabe erkannt.“<sup>8)</sup> Während die bisherige rechte Politik geglaubt hatte, die Massen durch ein kompliziertes System von Tageslösungen (z. B.: Lohnerhöhung, Sachwerterfassung), Übergangsforderungen (z. B.: Produktionskontrolle, Bewaffnung der Arbeiter) und Endlösungen (z. B.: Diktatur des Proletariats, bewaffneter Aufstand) aus den Niederungen des reformistischen „Sumpfes“ zu den Höhen des revolutionären Kommunismus führen zu können, entdeckte man jetzt plötzlich, daß die Übergangslösungen nur die reformistischen Illusionen der Massen gestärkt und sogar die KPD selber vom geraden Pfad der Revolution auf den Abweg der Kooperation mit dem Klassenfeind geführt hatten.

Immerhin sprachen die Verhältnisse eine so klare Sprache, daß der Parteitag die Niederlage des Proletariats anerkennen und die Abschwächung der Krise mindestens als Möglichkeit einbeziehen mußte. Andererseits war man keineswegs bereit, die revolutionären Illusionen aufzugeben oder auch nur radikal abzubauen. Die Einschätzung der Lage und der nächsten Aufgaben der Partei war dementsprechend zweideutig und nicht frei von Widersprüchen. Im politischen Bericht der Zentrale zum Parteitag hieß es bereits: „Die Partei, gegen die am 1. März das Verbot der Partei aufgehoben wurde, steht vor großen Möglichkeiten, die außerordentlich schwankenden Kräfteverhältnisse erneut zugunsten des Proletariats, zugunsten der sozialen Revolution, zu verschieben. Das deutsche Kapital hat sich durch die weiße Diktatur und die Stabilisierung der Mark eine Atempause verschaffen können. Es ist ihm nicht gelungen, irgendwelche Schritte zur Konsolidierung der Wirtschaft durchzuführen.“ Die SPD, die sich auf schmalerer Basis nach rechts „konsolidiert“ hat, die als Fraktion des Faschismus aus dem Koalitionsbruder zum Knecht der Diktatur der Bourgeoisie geworden ist, sie hat den entscheidenden Einfluß auf die Arbeitermassen im Laufe des vergangenen Jahres endgültig eingebüßt und verloren. Sogar ihr hemmender Einfluß, den sie durch die Gewerkschaftsbürokratie ausübte, hat sich verringert und bröckelt weiter ab. Die Betriebsrätewahlen, von der KPD planmäßig mit scharfer Einstellung durchgeführt, beweisen, daß die Arbeitermassen sich der Führung der Kommunisten anvertrauen.“<sup>9)</sup>

<sup>1)</sup> „Jahrbuch 1923/24“, op. cit., S. 96c.

<sup>2)</sup> Borkenau, op. cit., S. 286.

<sup>3)</sup> 9. Parteitagbericht, S. 197.

<sup>4)</sup> Dietrich im „Jahrbuch 1923/24“, S. 760.

<sup>5)</sup> 9. Parteitagbericht, S. 361–370, und ib., S. 381–389; der ursprüngliche Entwurf der linken Opposition, ib. S. 103 ff.

<sup>6)</sup> ib. S. 341 und S. 399.

<sup>7)</sup> „Jahrbuch 1923/24“, S. 603.

<sup>8)</sup> 9. Parteitagbericht, S. 10.

Sinowjew wies in seinem Brief an den Parteitag darauf hin, daß es in der Frage des weiteren Tempos der revolutionären Entwicklung auch innerhalb der Linken zwei völlig entgegengesetzte Auffassungen gebe. „Einer der Führer der deutschen Linken (z. B. Gen. Maslow) neigt der Auffassung zu, daß wir vor einer sehr langwierigen Periode der Entwicklung stehen, die eine ganze Reihe von Jahren anhalten kann. Andere (hauptsächlich linke Arbeiter) meinen demgegenüber, daß die deutschen Arbeiter die Oktoberniederlage schon überwunden haben, und daß der weitere Gang der revolutionären Entwicklung ein sehr rascher sein wird... Wir unsererseits meinen, daß die deutsche Kommunistische Partei bei der gegebenen Lage auf beide Möglichkeiten eingestellt sein muß, und daß sie alle ihre Kräfte in die Waagschale werfen muß, um nach Möglichkeit die revolutionäre Entscheidung zu beschleunigen. Praktisch bedeutet dies, daß die KPD, wie auch früher, mit aller Kraft die Sache der Bewaffnung der Arbeiter fortsetzen muß, daß die Frage des bewaffneten Aufstandes auf keinen Fall von der Tagesordnung abgesetzt werden darf.“<sup>1)</sup> Sinowjew selber gibt zwar die Patentlösung, die für beide Alternativen wirken soll, nicht an, beschränkt sich vielmehr darauf, die positive Alternative schließlich doch für die wahrscheinlichere zu erklären: „Soweit man die Ereignisse im gegenwärtigen Moment vorhersagen kann, wird die jetzige Atempause, die die deutsche Bourgeoisie erhalten hat, kaum länger als ein bis zwei Jahre dauern.“<sup>2)</sup> Als Ergebnis der Beratungen wurde auch in die Parteitage resolution „Zur Lage und zur Perspektive“ eine schärfere Betonung des Anstiegens einer revolutionären Linie hineingearbeitet.<sup>3)</sup>

Kein Wunder, daß die Resolution im ganzen recht optimistisch ist, insbesondere wenn sie feststellt, daß trotz der Niederlage des deutschen Proletariats, die „schwerer ist als 1919, 1920 und 1921“, die objektive Krise des deutschen Kapitalismus durch die Niederlage des Proletariats nicht gelöst ist. Sie besteht in unverminderter Stärke weiter, „die Klassengegensätze verschärfen sich und zwingen das Proletariat in neue Kämpfe und bringen es hinter die Führung der KPD.“<sup>4)</sup> „Eine wirkliche ‚Stabilisierung‘ der deutschen Währung, eine ‚Gesundung‘ des deutschen Kapitalismus wäre nur möglich, wenn die vorhandenen internationalen inneren und äußeren Widersprüche behoben würden durch Revision der imperialistischen Räuberverträge, durch internationale Kredite und, wenn die soziale Krise in Deutschland so gemildert werden könnte, daß sie zu keinen revolutionären Klassenzusammenstößen führen würde. Beides ist möglich... Der geringste Anstoß genügt, die Krise wieder auf das heftigste zum Ausbruch zu bringen.“<sup>5)</sup> „Die Aufgabe der KPD ist die der proletarischen Revolution in Deutschland... Im gegenwärtigen Moment ist es schwer, mit völliger Bestimmtheit irgend etwas über den Termin zu sagen. Es ist wohl möglich und sehr wahrscheinlich, daß die entscheidenden Kämpfe bedeutend rascher eintreten, als viele es glauben... Und soweit die Sache vom subjektiven Faktor, d. h. von dem Umfange der Organisiertheit der proletarischen Avantgarde abhängt, muß die Partei ihrerseits ihre Mitglieder so einstellen, daß sie zu Entscheidungskämpfen in der aller kürzesten Zeit bereit ist.“<sup>6)</sup>

Ein Redner der Mittelgruppe ging noch weiter, wenn er erklärte: „Wir können keine Perspektive von fünf, sechs oder zehn Jahren aufstellen. Das ist auch nicht unsere Aufgabe... Aber wir haben schon jetzt eine sehr starke und ernste Erschütterung der Stabilisierung, und der Oppositionsredner hat recht, wenn er sagt, wir sollen uns nicht verkalkulieren und uns nicht zu weit einstellen, um dem weiteren Verlauf jederzeit zum Losschlagen gerüstet gegenüberzustehen... Wir müssen die Partei auf die steigende Welle der Revolution einstellen. (Sehr richtig!). Die Kraft der Bolschewiki war, daß sie nach Niederlagen und vor Siegen sich auf die steigende Welle eingestellt haben. Gewiß, man muß nüchtern einschätzen. Wenn man aber sieht, daß keine Beweise für einen Niedergang der Revolution sind, daß im Gegenteil alle Faktoren für die Zuspitzung der Situation sprechen, so fordert das eine klare Einstellung der Partei.“<sup>7)</sup>

Was die Natur und Funktion der SPD anlangt, so wird diese nun von den Kommunisten gar als faschistisch gebrandmarkt! Bereits in den Januar-Beschlüssen des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale war festgestellt worden, daß „die leitenden Schichten der deutschen Sozialdemokratie im gegenwärtigen Moment nichts anderes als eine Fraktion des deutschen Faschismus unter sozialistischer Maske sind. Zwischen Ebert, Seeckt und Ludendorff gibt es Schattierungen. Aber über den

<sup>1)</sup> 9. Parteitagebericht, S. 80.

<sup>2)</sup> Ib. S. 80.

<sup>3)</sup> Ib. S. 337.

<sup>4)</sup> 9. Parteitagebericht, S. 366.

<sup>5)</sup> 9. Parteitagebericht, S. 369.

<sup>6)</sup> 9. Parteitagebericht, S. 370.

<sup>7)</sup> 9. Parteitagebericht, S. 370.

Schattierungen im Lager der Feinde dürfen die deutschen Kommunisten nie vergessen, daß die Hauptsache ist, der Arbeiterklasse zum klaren Bewußtsein zu bringen, was das Wesen der Sache ist: daß im Kampf zwischen Kapital und Arbeit die Führer der SPD mit dem weißen General auf Leben und Tod vereinigt sind... Aber noch gefährlicher als die rechten sind die linken SPD-Führer, diese letzte Illusion der betrogenen Arbeiter, diese letzten Feigenblätter für die schmutzige konterrevolutionäre Politik der Severing, Noske und Ebert. Die KPD lehnt nicht nur jede Verhandlung mit der Zentrale der SPD ab, sondern auch mit den „linken“ Führern, bis diese Helden nicht wenigstens so viel Mannhaftigkeit finden werden, um offen mit der konterrevolutionären Bande, die in dem Parteivorstand der SPD sitzt, zu brechen.“<sup>1)</sup>

Aehnlich heißt es in dem Entwurf der Mittelgruppe zur Rolle der SPD: „Seit 1914 ist die SPD offen an die Seite der Bourgeoisie getreten... In der revolutionären Hochflut, die mit dem Sommer 1923 einsetzte, ... ließ sie die demokratische Maske fallen, anerkannte nicht nur die unverhüllte weiße Diktatur, sondern half sie herbeiführen und stellte in ihren Dienst all ihren Einfluß und ihre Macht... So wurde die bürgerliche Demokratie von ihren eigenen Verfechtern preisgegeben. So schwenkte formal die SPD zum Faschismus über... Die SPD in ihrer Gesamtheit hat sich auf die Seite der bürgerlichen Diktatur geschlagen. Die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit ist damit so gründlich entlarvt, daß ein auch nur vorübergehendes Zusammengehen der Kommunistischen Partei mit den sozialdemokratischen Führern und Spitzenorganisationen nicht in Frage kommt. Es ist eine Lebensnotwendigkeit für die revolutionäre Entwicklung, daß diese gefährlichste konterrevolutionäre Partei vernichtet werden muß. Diese Stellung muß gegenüber der SPD von der KPD so stark betont werden, daß das gesamte Proletariat die Situation klar begreift.“<sup>2)</sup>

Obwohl der Parteitag selber zugab, daß eine zeitweilige Stabilisierung des Kapitalismus nicht unmöglich sei, war die Entscheidung des Parteitages zu den nächsten Aufgaben der Partei ganz auf den weiteren Niedergang des Kapitalismus und die Aktualität der proletarischen Revolution abgestellt. Einleitend hieß es, daß die KPD „in der gegenwärtigen Periode eine große Reihe von Aufgaben zu erfüllen hat, welche sämtlich unter einer Aufgabe, unter die Aufgabe fallen: Organisation der Revolution... Die Eroberung der politischen Macht, d. h. der Sturz der Bourgeoisie, die Zerschlagung des Staatsapparates der Bourgeoisie, die Errichtung der Räterediktatur und der Beginn des Aufbaues der sozialistischen Wirtschaft geschieht nicht evolutionär, sondern nur revolutionär. Aber der Eroberung der politischen Macht geht eine Kette von Massenkämpfen voran, welchen die Partei politischen Inhalt, politische Ziele geben, und welche sie zum Machtkampf steigern muß.“<sup>3)</sup>

Da die KPD täglich und stündlich die Revolution zu organisieren habe, erfordere das „einen vollkommenen Bruch mit der ganzen Ideologie der vorangegangenen Periode, wo die falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik die Partei mit Schwächegefühl erfüllt hat, und wo die KPD sich selbst für eine Partei neben anderen ansah. Die KPD ist die Partei des Proletariats... Die Partei muß einheitlich gemacht werden. Ihre Führung muß einheitlich sein, ihre Ideologie einheitlich, ihre Struktur einheitlich.“ Schließlich muß auch „die Partei organisatorisch umgestellt werden. Die Partei ähnelt noch allzusehr einer sozialdemokratischen Partei. Nicht nur ihre Ideologie muß geändert werden, damit alle Reste und Erbteile der Sozialdemokratie verschwinden, sondern auch organisatorisch ist eine wirkliche, schnelle, solide Umstellung auf Betriebszellen notwendig, sowie eine völlige Bereitschaft zur Umstellung auf die Illegalität, die nur dann ertragen werden kann, wenn die Partei auf Betrieben ruht...“<sup>4)</sup>

Entsprechend kulminiert das Aktionsprogramm, das mit Tagesforderungen für den Achtstundentag, ausreichende Löhne, Befreiung der politischen Gefangenen begonnen hat, in dem folgenden revolutionären Kampfruf: „Nur die Diktatur des Proletariats wird der Diktatur der deutschen Bourgeoisie ein Ende machen. Den Kampf um die Diktatur des Proletariats vorzubereiten und zu organisieren — das ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei. Diese Aufgabe muß sie heute erfüllen. Der Parteitag ruft allen Parteigenossen zu: Genug des Rückblickens auf verlorengegangene Kampfmöglichkeiten und Kampfpositionen... Die Arbeiterklasse Deutschlands kann auf die Dauer nicht geschlagen werden, wenn die KPD alle ihre Kräfte zur Sammlung der proletarischen Klasse einsetzt.“

Der Parteitag beendet die Diskussion über die Oktoberniederlage, zieht die Lehren aus der Oktoberniederlage.

<sup>1)</sup> 8. Parteitagsbericht, S. 31 f.; vgl. auch ib., S. 18.

<sup>2)</sup> 8. Parteitagsbericht, S. 159 ff.; vgl. auch S. 315 und S. 326.

<sup>3)</sup> 8. Parteitagsbericht, S. 381.



Gegen die Kapitalisten, die Völkischen und Reformisten werden die Kommunisten die deutsche Arbeiterklasse zum Siege über die Bourgeoisie, zur Errichtung der Rätemacht führen.“<sup>1)</sup>)

Der Frankfurter Parteitag wählte eine überwiegend linke Zentrale (elf von der Mehrheit, vier von der Minderheit.)<sup>2)</sup> Jetzt gelangte auch Thälmann als „einer der markantesten Linken“ in das „Politische Büro.“<sup>3)</sup> Er wurde auch an die Spitze der Reichsliste für die kommenden Reichstagswahlen gesetzt.<sup>4)</sup> Die wirkliche Führung lag allerdings bei Ruth Fischer und Maslow, der allerdings schon im Mai im Lunapark unter dem Verdacht des Handtaschen-diebstahls (!) festgenommen und dann wegen Hochverrat festgehalten wurde.<sup>5)</sup>

In den folgenden Monaten gelang es der Zentrale, die Mittelgruppe zu liquidieren und die noch opponierenden Bezirke, wie Halle-Merseburg und Erzgebirge-Vogtland, zur Mitarbeit zu bringen. Die vollständige Auslöschung aller Gruppen wurde angeblich auf dem 5. Weltkongreß erzielt.<sup>6)</sup> Schon in Frankfurt war es zu einem Konflikt zwischen der Linken und dem Ekki gekommen. Die Thesen waren erst nach einem heftigen Kampf der Ekkivertretung gegen den ursprünglichen Entwurf zustande gekommen.<sup>7)</sup> Die Stellungnahme Moskaus ist ersichtlich aus dem „Brief des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale“ an den Parteitag vom 24. März (Erster Teil „Zur politischen Lage und den Aufgaben der Partei“), zweiter Teil „Zur Gewerkschaftsfrage“<sup>8)</sup>, dem „Artikel des Genossen Sinowjew: Zur Lage in der KPD“<sup>9)</sup> und der Rede des Vertreters des Ekki.<sup>10)</sup> In dem Ekki-Brief hieß es u. a. unter Punkt 8 (Die Lage innerhalb der Partei):

„In Übergangszeiten zwischen zwei Revolutionen — und eine solche Periode durchlebt gegenwärtig das deutsche Proletariat — bedrohen die proletarische Partei vor allem zweifache Gefahren: einerseits die rechten opportunistischen Abweichungen und andererseits die „linken“ Phrasen. Der mangelnde Glaube an die Revolution bei der einen, der Versuch mittels linker Phrasen die in der Wirklichkeit vorhandenen Schwierigkeiten des proletarischen Kampfes zu umgehen, bei der anderen, sind die zwei größten Gefahren . . . Der Sieg des linken Flügels der KPD hat eine ungeheure Bedeutung für das Schicksal der deutschen Revolution . . . Die Hauptaufgabe der Partei besteht darin, der Existenz von einzelnen Fraktionen innerhalb der Partei und dem Kampfe dieser Fraktionen untereinander ein Ende zu bereiten . . . Die siegreiche Mehrheit muß verstehen, eine Reihe von weisen politischen und organisatorischen Schritten zu machen, welche der neuen Mehrheit ermöglichen, ein neues Regime in der Partei zu schaffen, alle wertvollen Kräfte auszunützen, unabhängig davon, welchem Lager sie früher angehörten und auf Grund einer festen, standhaften, revolutionär-kommunistischen Linie die Partei zur Erfüllung der vor ihr stehenden historischen Aufgaben zu führen.“<sup>11)</sup>

Noch deutlicher war Sinowjew in seinem Artikel bei der Einschätzung des politischen Charakters des linken Flügels geworden: „Wir haben immer im linken Flügel der KPD zwei Strömungen unterschieden. Die eine ist vertreten durch ausgezeichnete revolutionärgesinnte und der Sache der Revolution tief ergebene Arbeiter, welche unmittelbar aus den Massen hervorgegangen sind und die die besten Hoffnungen des deutschen Kommunismus bilden. Die andere Strömung ist durch eine Gruppe von Führern aus der Intelligenz vertreten, unter denen sich Genossen befinden, die im höchsten Maße befähigt sind, die sich schon von einigen Entgeisungen befreit haben und die der deutschen Arbeiterbewegung die größten Dienste erweisen können. Unter ihnen befinden sich aber auch äußerst unreife Elemente, ohne marxistische Bildung, ohne ernste revolutionäre Traditionen, mit einer Neigung zur leeren revolutionären Phraseologie, die der deutschen kommunistischen Bewegung den größten Schaden zufügen können . . . Schon im Laufe der letzten Tage haben wir eine Reihe von Dokumenten erhalten, welche große ideelle Gefahren seitens einiger Führer der Linken signalisierten.“<sup>12)</sup>

Schließlich zieht Sinowjew die später oft zitierte Schlussfolgerung, daß sich jetzt vor der KPD zwei Perspektiven eröffnen: „Die erste Perspektive: Die KPD überwindet wirklich die opportunistischen Abweichungen und marschiiert zur Verwirklichung ihrer revolutionären Ziele. Die deutsche Linke wiederholt nicht diejenigen Fehler.

<sup>1)</sup> 9. Parteitagebericht, S. 387—389.

<sup>2)</sup> Ib., S. 357.

<sup>3)</sup> Maslowski, op. cit., S. 50.

<sup>4)</sup> 9. Parteitagebericht, S. 350.

<sup>5)</sup> Schwarz, op. cit., S. 120 ff.

<sup>6)</sup> 10. Parteitagebericht, S. 24.

<sup>7)</sup> Der ursprüngliche Entwurf der Opposition im 9. Parteitagebericht, S. 103 bis 128.

<sup>8)</sup> 9. Parteitagebericht, S. 63—71.

<sup>9)</sup> Ib., S. 76—77.

<sup>10)</sup> Ib., S. 78—85.

<sup>11)</sup> Ib., S. 248—254.

<sup>12)</sup> Parteitagebericht, S. 89 f.; vgl. auch S. 74.

die Brandlers Gruppe gemacht hat und welche dies Gruppe zum Bankrott geführt haben . . . Gemeinschaftliches, wirkliches Zusammenarbeiten mit der RKP und mit der ganzen Komintern. Die Periode der inneren Parteilämpfe hört auf und im Leben der Partei beginnt ein neues Kapitel. Die Partei mobilisiert unter der neuen Führung alle Kräfte für den Kampf gegen die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie. Innerhalb der Kommunistischen Internationale unterstützt die KPD die Grundlinie des Leninismus gegen die rechten Abweichungen und die linken Kinderlein, wie dies uns Genosse Lenin gelehrt hat. Keine Fraktionsdiplomatie. Wirkliche ernste proletarische Disziplin gegenüber der Komintern. Die zweite Perspektive: Die linken Führer fassen den Sieg der Linken nur vom Standpunkt der fraktionellen Strategie aus auf. Die Linken erklären den Krieg gegen die Genossen der Mittelgruppe. Der Sieg berauscht die Köpfe der linken Führer . . . Die Linken treten mit einer Plattform gegen die Einheitsfronttaktik überhaupt auf und erklären als „Reformismus“ und „Liquidatorentum“, was in Wirklichkeit die Taktik des Genossen Lenin und der ganzen Kommunistischen Internationale ist. Mit dem Bade schütten sie auch das Kind aus. Eine solche Fragestellung wird in Wirklichkeit nur den tatsächlich reformistischen Strömungen, die in Deutschland und noch in irgendwelchen Sektionen der Komintern in Erscheinung treten, Hilfe leisten. Als Ergebnis all dessen kommt die unvermeidliche Diskreditierung der linken Mehrheit in Deutschland, der Zerfall der KPD, schwerer Konflikt zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale.“<sup>1)</sup>

Snowjew hielt sich also den Rückzug auf eine „rechtere“ Position von vornherein offen, falls die linke Strategie sich als ebenso erfolglos erweisen sollte, wie die rechte es getan hatte. Rückblickend kann man gut begreifen, daß in der nun einsetzenden, über ein halbes Jahrzehnt währenden Periode relativer Stabilität die linke Taktik der KPD von vornherein auf wachsende Schwierigkeiten stoßen mußte. Der „common sense“-Beobachter wird sich daher wundern, zu erfahren, daß gerade 1924 — im ersten Jahre der Stabilisierung! — aus der Oktoberniederlage die Lehre gezogen wurde, daß auch für die Zukunft nur eine linke und kompromißlose Politik Erfolg bringen würde. Selbst wenn man nämlich annehmen wollte, daß für das Krisenjahr 1923 eine solche Politik adäquat gewesen wäre, so läge es doch nahe, davon auszugehen, daß auch eine noch so revolutionäre Partei den Verhältnissen Rechnung tragen und in Zeiten der Stabilisierung an die demokratischen und reformistischen Illusionen anknüpfen müsse, im Gegensatz etwa zu einer in Zeiten großer Krisen angebrachten Strategie, wo man das Vertrauen der Massen mit scharfen revolutionären Parolen gewinnen könne.

Neben der Innerparteilichen Auseinandersetzung um die Oktoberniederlage stand vor allem die Gewerkschaftsfrage im Mittelpunkt der Parteidebatten. Bereits im Herbst 1923 war es zu einer Massenfucht aus den Gewerkschaften gekommen. Infolge der Inflation waren diese in Kampfunfähigkeit und Passivität verfallen. Während Ende 1920 der Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) mehr als acht Millionen Mitglieder gehabt hatte und 1922 80 Prozent der Industriearbeiter gewerkschaftlich organisiert gewesen waren,<sup>2)</sup> betrug 1923 die Mitgliederzahl im ADGB noch rund sieben Millionen 1924 aber war sie auf vier Millionen zurückgegangen. Alle Gewerkschaften zusammen hatten 1924 nur noch 4,7 Millionen Mitglieder.<sup>3)</sup>

Unter diesem Rückgang litt natürlich auch die kommunistische Opposition, die „bis 1923 auf dem besten Wege gewesen war, die Mehrheit in den ADGB-Gewerkschaften zu erobern“. Immerhin tat die KPD zunächst noch einiges, um dem deutschen Proletariat seine Kampforganisation zu erhalten. Unter der Parole: „Reitet die Gewerkschaften!“ sammelte sie die Unzufriedenen. Bereits im September 1923 fand in Hannover eine Vorkonferenz einiger größerer oppositioneller Ortsausschüsse des ADGB statt. Die oppositionellen Delegationen einer großen Anzahl Ortsausschüsse wurden dann zur Vorbereitung der sogenannten „Weimarer Konferenz“ noch einmal zusammengerufen. Diese Konferenz sollte zum Kristallisationspunkt der gesamten Opposition werden und die Vorarbeiten zur Schaffung einer zentralen Führung in den antizipierten revolutionären Auseinandersetzungen schaffen.<sup>4)</sup> Von 273 Delegierten gehörten 175 zur KPD, 68 zur VSPD und USPD.<sup>5)</sup> Gegen eine starke Minderheit wurde das Verbleiben in den Gewerkschaften und die Entsendung einer Delegation zum ADGB-Vorstand beschlossen. Diese Delegation überbrachte vor allem die Forderung

<sup>1)</sup> 8. Parteitagebericht, S. 84 f.

<sup>2)</sup> Quigley und Clark, op. cit., S. 292 f.

<sup>3)</sup> „Zehn Jahre deutsche Geschichte“, S. 343.

<sup>4)</sup> Bericht der Gewerkschaftsabteilung, 8. Parteitagebericht, S. 64/2.

<sup>5)</sup> Horten, „Die Weimarer Konferenz und die Lage in den Gewerkschaften“.

„Die Internationale“ VI, S. 359 ff.

auf Einberufung eines allgemeinen Gewerkschafts-Kongresses, die jedoch abgelehnt wurde.“)

Der Erfolg der „Weimarer Konferenz“ wurde von der Gewerkschafts-Abteilung der Partei pessimistisch beurteilt: „Verschiedene Momente haben dazu beigetragen, daß die bis Weimar und um Weimar geleistete Arbeit nicht zur Auswirkung kommen konnte. Solche Momente sind insbesondere: Das Verbot der Partei, das Versagen der Parteileitung, das Verkennen ihrer Aufgabe, demzufolge das Versagen der Parteimitgliedschaft, die Unterbrechung der revolutionären Arbeit in den Gewerkschaften, die Enttäuschung breiter Arbeitermassen, die auf den Kampf eingestellt waren, vor allem aber die von der Partei nicht gehemmte, von zahlreichen Genossen geförderte Flucht revolutionärer Elemente aus den Gewerkschaften. Hinzu kam die Offensive des ADGB und fast aller Gewerkschaftsvorstände, von der sich viele revolutionäre Gewerkschafter provozieren ließen. Von neuem wurde die Gewerkschafts-„Frage“ aufgerollt. Unsere Abteilung bot alles auf, die Kräfte zusammenzureißen, um unsere bewährte Taktik in den Gewerkschaften fortzusetzen. Eine Konferenz der Gewerkschaftssekretäre, die anfangs Dezember stattfand, und an der ein Vertreter des Vollzugsbüros der R. G. I. (Roten Gewerkschafts-Internationale) teilnahm, sollte dazu dienen, die auseinanderstrebenden Kräfte zusammenzufassen, sie auf den einzig möglichen Weg gemeinsamer Arbeit in den Gewerkschaften zurückzuführen. Der Versuch mißlang vor allem dadurch, daß von der Parteileitung der Gewerkschaftsarbeit wochen- und monatelang keine Bedeutung beigemessen wurde.“)

Inzwischen hatten die KI und KPD schon begonnen, zu wenden. Im Januar 1924 hatte das Ekki festgestellt, daß die Parole „Rettet die Gewerkschaften“ falsch gewesen sei. Die revolutionären Elemente müßten zwar in den Gewerkschaften verbleiben, die Unorganisierten seien aber durch den Ausbau der Betriebsräte-Organisation zu erfassen.“)

„Die Kommunistische Partei Deutschlands, die sich die Befreiung der proletarischen Massen vom Einfluß des Reformismus zur unmittelbaren Aufgabe stellt, kämpft wie bisher mit aller Entschlossenheit gegen die Losung des Austritts aus den Gewerkschaften ... Die Kommunisten sind wie bisher gegen die Spaltung und führen den Kampf gegen die Spaltungspolitik der Sozialdemokraten auch dann, wenn sie von letzteren aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden. In der Periode der Kapitaloffensive und des Anwachsens der Reaktion ist die Wahrung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung besonders wichtig. Die aus den Gewerkschaften Ausgeschlossenen sowie die nicht organisierten Schichten der Arbeiterklasse, die den Gewerkschaften nicht angehören, müssen von den Kommunisten je nach den konkreten Verhältnissen jeder einzelnen Gewerkschaft zusammengefaßt werden. Dabei ist es erforderlich, verschiedenartige und mannigfache Methoden (Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Parallel-Gewerkschaften der Ausgeschlossenen, Union, allgemeine Arbeiterausschüsse, Arbeitslosenausschüsse usw.) anzuwenden verstehen ... Die Losung 'Rettet die Gewerkschaften', wie sie bis jetzt oft ausgelegt wurde, ist unrichtig. Die Gewerkschaften können auf dem alten Weg nicht gerettet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine gründliche Umwandlung der Gewerkschaften durch die Betriebsräte mit dem Ziele der Industrie-Organisation und der Ablösung des Reformismus durch einen revolutionären Inhalt ihrer Tätigkeit notwendig. Die Hauptaufgabe ist infolgedessen die Konzentration aller Kräfte der Kommunisten auf die Arbeit in den Betrieben und den Betriebsräten zu dem Zwecke, die Betriebsräte zu Ausgangs- und Stützpunkten der ganzen Arbeit der Partei in den Massen, insbesondere gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer zu machen.“)

Noch um die Jahreswende war der kommunistische Einfluß in den Gewerkschaften stark gewesen. Am stärksten war er im Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) gewesen, wo die KPD bei den Delegiertenwahlen zum Verbandstag, der vom 23. bis 28. Februar 1924 stattfand, fast die Hälfte der Stimmen erhalten hatte; stark war auch ihr Einfluß bei den Bauarbeitern, Holzarbeitern, Gemeinde- und Staatsarbeitern sowie im Angestelltenverband gewesen.“) Doch die neue linke Politik trug das ihre dazu bei, daß die Parteimitglieder die Gewerkschaften verließen und die wichtigsten Gewerkschaftspositionen verloren gingen. Die Zahl der kommunistischen Gewerkschaftsangestellten soll nach dem Frankfurter Parteitag nur noch 150 betragen haben.“) Während Anfang 1923

1) „Jahrbuch 1923/24“, S. 585 ff.

2) Bericht der Gewerkschafts-Abteilung, 9. Parteitagbericht, S. 64/3; vgl. auch den Brief der Angestellten der Gewerkschafts-Abteilung, 9. Parteitagbericht, S. 97 ff., und den Bericht der Zentrale, 10. Parteitagsbericht, S. 55 ff.

3) „Jahrbuch 1923/24“, S. 555 ff.

4) Beschlüsse des Präsidiums des Ekki, 9. Parteitagbericht, S. 31-32.

5) „Jahrbuch 1923/24“, S. 585.

6) 9. Parteitagsbericht, S. 64 f.

70 Prozent der Mitglieder der KPD Berlin-Brandenburg gewerkschaftlich organisiert gewesen seien, seien es ein Jahr später nur noch 20—30 Prozent gewesen.<sup>1)</sup> Natürlich kann man, wie etwa Enderle es versucht, zur Entschuldigung vorbringen, daß die Partei sich von der antigewerkschaftlichen Massenstimmung habe mitreißen lassen, ohne je offiziell die Parole: Heraus aus den Gewerkschaften und Gründung neuer Verbände! herausgegeben zu haben. Immerhin muß sogar Enderle zugeben, daß die Partei die Beteiligung oft hervorragender KPD-Mitglieder an gewerkschaftlichen Neugründungen geduldet und sich dadurch mitschuldig gemacht habe.<sup>2)</sup> Ein weiterer Fehler sei die Aufstellung eigener Oppositionslisten gegen die freigewerkschaftlichen Listen bei den Betriebsräte-wahlen 1924 gewesen. Dadurch habe man nicht nur in den Gewerkschaften Einfluß verloren, sondern die kommunistische Betriebsrätebewegung selber sei zusammengebrochen, obwohl im Frühjahr 1924 mehr kommunistische Betriebsräte gewählt wurden als 1923. „Die gehörten meist nicht den Gewerkschaften an, und blieben aus diesem Grunde zum großen Teil wert- und einflußlos.“<sup>3)</sup>

Natürlich reagierte die Gewerkschaftsbürokratie auf diese Politik mit verstärkten Ausschlüssen. Schon am 16. Januar 1924 hatte der ADGB-Ausschuß eine scharfe Resolution gegen die Weimarer Konferenz gefaßt.<sup>4)</sup> Am 27. Januar beschloß die Berliner Bezirkskonferenz des ADGB., allen Ortsausschüssen, die zur Weimarer Konferenz Delegierte entsandt hatten, einen Revers vorzulegen, wonach sie sich in Zukunft den Anordnungen des Bundesvorstandes unterwerfen müßten. Alle Ortsausschüsse, die die Unterzeichnung ablehnten, sollten ausgeschlossen werden.<sup>5)</sup> Auf dem Textilarbeiterverbandstag im März 1924 wurden von 117 oppositionellen Delegierten über die Hälfte ausgeschlossen. Besonders ausschlußfreudig war auch der Zentralverband der Angestellten (ZDA): 117 kommunistische Delegierte zur Generalversammlung Berlin wurden ihrer Funktionen enthoben. Hingegen kam es bei den Zimmerern, Buchdruckern, Schuhmachern, Gemeindearbeitern (und anderen) kaum zu Ausschlüssen. Diese Politik hatte angeblich „bei den kommunistischen revolutionären Massen und bis zu einem gewissen Grade auch bei der ganzen KPD ein Abweichen von der Gewerkschaftspolitik der Komintern zur Folge.“ Nun kam es erst recht zur Neugründung selbständiger Verbände.

Die Zersplitterung der Arbeiterschaft war um so verhängnisvoller, als es bereits Ende 1923 und Anfang 1924 zu einer Offensive der Unternehmer gegen die unter Arbeitslosigkeit, Hungerlöhnen und Belagerungszustand leidende Arbeiterklasse kam. Bis zum Sommer 1924 erfolgte eine Reihe von Aussperrungen, als deren Ergebnis der Achtstundentag verloren ging. Von kommunistischer Seite ist betont worden, daß im Gegensatz zum Versagen der Linken, „die Bourgeoisie in dieser Periode ebenso klug wie brutal gehandelt hat.“<sup>6)</sup>

Die äußersten Auswüchse des „ultralinken“ Gewerkschaftsradikalismus wurden zwar auf dem Frankfurter Parteitag bekämpft. Die linke Mehrheit war selber in der Gewerkschaftsfrage nicht einig. Die einen wollten die Gewerkschaften spalten, die anderen waren für die Arbeit innerhalb der Gewerkschaften und für die Politik der Eroberung der Gewerkschaften von innen. Die von der linken Opposition eingebrachte Resolution wollte es jedem recht machen und verlangte daher sowohl Arbeit in den alten Gewerkschaften wie Organisation der unorganisierten Arbeiter, Schaffung von Industrieverbänden und Einberufung eines Arbeiterkongresses. Demgegenüber betonte der Ekki-Vertreter, daß im Mittelpunkt die Eroberung der gewerkschaftlich organisierten Massen, die Schaffung von Fraktionen, der Kampf um die Gewerkschaftseinheit und gegen die Spaltungspolitik der Reformisten stehen müsse.<sup>7)</sup> Eine gemäßigte Gewerkschaftspolitik wurde auch von den Angestellten der Gewerkschaftsabteilung<sup>8)</sup> und den Vertretern der Mittelgruppe und der „Rechten“ verlangt.<sup>9)</sup> Der Parteitag nahm dann auch eine Entschliebung an, in der der Nachdruck auf der Arbeit in den Gewerkschaften lag.

In dieser heißt es, daß „die Veränderung der Lage in der Arbeiterbewegung und in den Gewerkschaften“ die Kommunisten vor die Aufgabe stellt, „gleichzeitig verstärkte und verschärfte Arbeiten der kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften neu aufzunehmen und die Zusammenfassung und Organisation der Unorganisierten, ausgeschlossenen und ausgetretenen Mitglieder mit größter Energie und Aktivität zu beginnen. Der Parteitag erklärt mit allem Nachdruck, daß ein Parteigenosse freiwillig ohne Erlaub-

1) 9. Parteitagbericht, S. 332.

2) „Jahrbuch 1925/26“, S. 751.

3) ib., S. 755.

4) „Jahrbuch 1923/24“, S. 533 ff.

5) 9. Parteitagbericht, S. 64, 6—9.

6) Frölich im Jahrbuch 1925/26, S. 737.

7) 9. Parteitagbericht, S. 335.

8) 9. Parteitagbericht, S. 97—103.

9) ib., S. 169, 173, 182—188 und 193 ff.

nis der Parteileitung nicht aus einer Gewerkschaft austreten darf. Im Gegenteil, jedes Mitglied der Partei muß zugleich Mitglied einer Gewerkschaft sein, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegen die Amsterdamer einzustellen und zu revolutionärer Politik zu bringen . . . Die Kommunisten sind wie bisher gegen die Spaltung, führen den Kampf gegen die Spaltungspolitik der Sozialdemokraten auch dann, wenn sie von letzteren aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden. In der Periode der Kapitaloffensive und des Anwachsens der Reaktion ist die Wahrung der Einheit der Gewerkschaften besonders wichtig. Das Verlassen eines reformistischen Verbandes ohne Kampf — ein Kampf kann nur in geschlossener Phalanx revolutionärer Gesinnungsgenossen geführt werden — ist Fahnenflucht.“<sup>1)</sup>

Aber auch diese Resolution blieb weitgehend geduldiges Papier. Manche Parteimitglieder legten die Beschlüsse so aus, als ob nur diejenigen, die noch in den Gewerkschaften verblieben seien, weiterarbeiten sollten, dagegen diejenigen, die ausgeschlossen wären, eigene Industrieverbände gründen sollten. Auch noch nach dem 5. Weltkongreß suchte man den Beschluß, daß jeder Kommunist Gewerkschaftsmitglied sein müsse, zu umgehen. Zwar nahm eine am 17. August 1924 in Berlin tagende, von etwa 400 Delegierten besetzte Reichskonferenz der kommunistischen Gewerkschafter nach Referaten von Ruth Fischer und Heckert einen Aufruf: „Hinein in die Freien Gewerkschaften!“ einstimmig an. Doch wandten sich verständlicherweise die Führer der selbständigen Verbände Weyer, Schumacher, Paul Kaiser u. a. gegen die Losung der internationalen Gewerkschaftseinheit und wurden aus der Partei ausgeschlossen.“ . . . das antigewerkschaftliche Fieber in der Partei war noch nicht geheilt.“<sup>2)</sup>

Solange die Partei illegal geblieben war, hatte sie noch immer mit einem neuen Aufstand gerechnet. Es wimmelte von lichtscheuen Machenschaften im Sumpf der Illegalität. Die Russen erwarteten immer neue phantastische Militärpläne. Skobelewski, „der Sieger von Kronstadt“, organisierte Terrorgruppen. Es kam zu einem verunglückten Attentat auf General v. Seockt, zu Experimenten mit Choleraabzillen und anderen dilettantischen Versuchen.“<sup>3)</sup> Daß die Zahl der Opfer hoch war, ist nicht zu verwundern. In der Tat war sie viel höher, als der Milde der Justiz der demokratischen Republik gegen rechts gesprochen haben würde. Im Tscheka-Prozeß gegen Skobelewski und Genossen kam es sogar am 22. April 1925 zu drei Todesurteilen und 80 Jahren Zuchthaus. In der Zeit vom 1. Januar 1924 bis zum 30. April 1925 sind insgesamt 981 Prozesse gegen 7000 Angeklagte geführt worden.“<sup>4)</sup> Nach einer unvollständigen Statistik wurden vom 1. Januar 1924 bis August 1925 6349 Arbeiter zu 1114 Jahren Festungshaft, 1108 Jahren Zuchthaus, 2350 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Freiheitsstrafen betragen im ganzen 4372 Jahre und die Geldstrafen 267 000 Reichsmark.“<sup>5)</sup>

Nach Wiederherstellung der Legalität konzentrierte sich die Partei vor allem auf die Vorbereitung der Malwahlen. Gegen den Dawes-Plan, der die deutschen Reparationszahlungen regeln sollte, führte sie einen Kampf mit einem abstrakten Programm der „Vollsozialisierung“. Auch in den Wahlkampf ging sie, ohne irgendwelche Kompromisse zu machen, mit einem scharfen Programm der Diktatur des Proletariats, ohne Anwendung der Einheitsfronttaktik. Obwohl inzwischen die Währungsstabilität die SPD wieder zu neuem Leben erweckt hatte, war der Auftrieb, den die KPD 1923 gehabt hatte, immer noch nicht ganz verebbt. Infolgedessen waren die Reichstagswahlen im Mai 1924 nicht ohne Erfolg für die KPD. Sie erzielte 3 693 000 Stimmen (12,6 Prozent) und 62 Mandate, (SPD 6 014 000 Stimmen und 100 Mandate). Im Ruhrgebiet, Oberschlesien, Berlin und Hamburg hatte sie die SPD erreicht oder überflügelt.“<sup>6)</sup> Bei der Reichstagsöffnung kam es zu Radausenzen, die man unter dem Motto „Revolutionärer Parlamentarismus“ rechtfertigen wollte.“<sup>7)</sup> In der Zeit der wachsenden Stabilisierung mußte die linke Politik die Wähler natürlich rasch abstoßen. So verlor die KPD bereits bei den Wahlen zum Reichstag im Dezember 1924 trotz lebhafter Agitation etwa 1 Million Stimmen und 17 Mandate, während die SPD fast 2 Millionen Stimmen und 31 Sitze gewann.“<sup>8)</sup>

Da die KPD die Wahlen für die Nationalversammlung boykottiert hatte, war sie natürlich in Weimar nicht vertreten gewesen. Bei den Wahlen zum ersten Reichstag im Juni 1920 hatte sie zwar fast eine halbe Million Stimmen auf sich vereinigt, aber nur 2 Mandate

1) 8. Parteitagsbericht, S. 390 f.  
 2) 10. Parteitagsbericht, S. 24 f. und S. 30 f.  
 3) Ib. S. 24.  
 4) Schwarz, op. cit., S. 115 ff.  
 5) 10. Parteitagsbericht, S. 106.  
 6) Frühlich im Jahrbuch 1923/28, S. 735.  
 7) Frühlich im Jahrbuch 1923/28, S. 81.  
 8) Schwarz, op. cit., S. 118 ff., und 10. Parteitagsbericht, S. 91.  
 9) Hagmann, „Der Weg ins Verhängnis“, S. 29.

erhalten, da sie nur in einem der 35 Wahlkreise die erforderlichen 90 000 Stimmen erzielen konnte. Ihre beiden Abgeordneten, Clara Zetkin und Paul Levi, genossen zwar persönliches Ansehen, konnten aber natürlich den Gang der „Großen Politik“ nicht beeinflussen. Erst nach der Vereinigung der linken USPD mit der KPD, Ende des Jahres, hatte die VKPD eine vollzählige Fraktion im Reichstag, die zunächst 26, nach der Abspaltung der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft unter Levi im nächsten Jahr allerdings nur noch 15 Mitglieder umfaßte. Obwohl diese unter der Führung von Stoecker, der in den letzten Jahren der Republik von Torgler abgelöst wurde, die jeweiligen kommunistischen Forderungen und Anschauungen recht energisch vertraten, brachten es sowohl die Mehrheitsverhältnisse als auch die kommunistische Politik der prinzipiellen Opposition gegen alle Koalitionsmöglichkeiten mit sich, daß sie ohne parlamentarischen Einfluß blieb. Die bürgerlichen Regierungen Fehrenbach (1920—1921), Cuno (1922—1923) und Marx (1923—1924) rechneten ebenso von vornherein mit der Opposition der KPD wie die Regierungen der Großen Koalition unter Stresemann (August bis November 1923).<sup>1)</sup>

Auch in den folgenden zwei Reichstagen, in denen die KPD über 62 bzw. 45 Mandate verfügte, beschränkte sich ihre Politik auf scharfe und dauernde Opposition sowohl den Regierungen der bürgerlichen Mittelparteien (Marx-Kabinett 1924, erstes Luther-Kabinett Januar bis Mai 1926, Marx-Kabinett Mai bis Dezember 1926), wie auch denen des Bürgerblocks (zweites Luther-Kabinett Januar bis Dezember 1925 und zweites Marx-Kabinett Januar 1927 bis Juni 1928) gegenüber.<sup>2)</sup> In diesen Jahren war die KPD noch so „radikal“ und „marxistisch“, daß ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien für sie kaum akzeptabel gewesen wäre. Selbst wenn aber ihre Einstellung eine „gemäßigtere“, „realistischere“ oder „opportunistischere“ gewesen wäre, hätte das kaum etwas an der parlamentarischen Mehrheitsbildung geändert. Nach der Schwächung der SPD und der Demokratischen Partei in den Juni-Wahlen 1920 und dem damit verbundenen Verlust der Schlüsselstellung der Sozialdemokratie, war nämlich für die ganze Folgezeit der Weimarer Republik das Zentrum in die führende und entscheidende Stellung, eingerückt. „Es kann jede Koalition unmöglich oder möglich machen.“<sup>3)</sup> Während nun zwar nach dem zweiten Weltkrieg große katholische Parteien z. B. in Frankreich und Italien von Fall zu Fall mit Kommunisten zusammenarbeiten, war in den 20er Jahren der Kommunistenschreck unter den deutschen Ultramontanen noch so neu, echt und groß, daß das Zentrum zwar stets zur Zusammenarbeit mit der Rechten (Deutsche Volkspartei, Deutschnationale, ja sogar später NSDAP) bereit war und auch die Koalition mit der SPD akzeptierte, ein noch so partielles und temporäres Zusammengehen mit „Moskau“ aber von vornherein ablehnte. Ja, wie sich bald in Preußen zeigen sollte, waren nicht einmal die Demokraten und Sozialdemokraten wirklich geneigt, die Unterstützung der KPD anzunehmen. (Vielleicht war ihnen das Lenin-Wort von 1920, wonach die Kommunisten die Reformisten unterstützen sollten, wie „der Strick den Gehängten“, noch zu frisch in Erinnerung?).

Im Preußischen Landtag war die KPD seit den Wahlen vom Februar 1921 mit 31 Abgeordneten vertreten gewesen<sup>4)</sup> (Fraktionsvorsitzender Ernst Meyer). Da die Regierung Braun-Severing sogar ohne Unterstützung der Deutschen Volkspartei über eine feste und ausreichende Mehrheit verfügte, war die KPD nie in Versuchung geraten, ihre Opposition abzuschwächen oder gar aufzugeben. Die Situation änderte sich entscheidend 1925. In dem am 7. Dezember 1924 neu gewählten Landtag verfügten die Parteien der Weimarer Koalition über höchstens 225 von den 450 Stimmen und waren also auf die Unterstützung oder Neutralität entweder der Rechten oder der KPD angewiesen. Diese hatte 43 Fraktionsmitglieder; Fraktionsvorsitzender wurde und blieb bis 1933 Wilhelm Pieck.<sup>5)</sup> Im April 1925 entschloß sich nun die Zentrale in einem „Offenen Brief“ und einer Erklärung der Landtagsfraktion, der Braun-Regierung Tolerierung in Aussicht zu stellen. Sie würde „bereit sein, unter voller Wahrung ihrer grundsätzlichen Stellung zum bürgerlichen Staat und unter Aufrechterhaltung aller proletarischen Klassenforderungen, einer Regierung, die sich verpflichtet, die oben aufgeführten Minimalforderungen der Arbeiterklasse (Erlaß einer Vollamnestie, Achtstundentag in allen Staatsbetrieben, Aufhebung der Hauszinssteuer, Aufhebung der Militarisierung der Schupo, Beschlagnahme der Fürstenvermögen usw.) zu erfüllen, die Existenz zu ermöglichen und bei der Durch-

<sup>1)</sup> vgl. den Bericht der Reichstagsfraktion, 9. Parteitagsbericht, S. 64/48—50.

<sup>2)</sup> vgl. den Bericht über die Arbeit in den Parlamenten, 10. Parteitagsbericht, S. 90 ff.

<sup>3)</sup> „Zehn Jahre Deutsche Geschichte 1918—1928“, S. 63.

<sup>4)</sup> Braun, op. cit., S. 167.

<sup>5)</sup> „Wilhelm Pieck, dem Vorkämpfer für ein Neues Deutschland zum siebenzigsten Geburtstag“, S. 31.

führung dieser Forderungen zu unterstützen".<sup>2)</sup> Wie zu erwarten, lehnten die stets nach rechts tendierenden Weimarer Parteien die recht demokratischen und relativ gemäßigten Forderungen ab, worauf die KPD gegen die Preußenregierung stimmte, die aber am 8. Mal eine knappe Mehrheit (222 : 216 Stimmen) erzielte, da einige volksparteiliche Abgeordnete sich der Stimme enthalten hatten.) So endete der einzige Versuch der KPD, ihr parlamentarisches Gewicht zugunsten der Demokratie in die Waagschale zu werfen, mit einem Flasko! Bald kehrte sie denn auch endgültig zur „radikalen“ Politik der ewigen parlamentarischen Opposition zurück, die sie nicht einmal in den 30er Jahren zu modifizieren imstande war.

Bei den verschiedenen Wahlen hatte der „Rote Frontkämpfer-Bund (RFB)“ der KPD gute Dienste geleistet. Der RFB war 1924 aus einer kleinen Gruppe in Halle als Gegenorganisation gegen den Stahlhelm und das Reichsbanner entstanden.) Außerlich unterschied er sich wenig von diesen Kampfverbänden: dieselbe Ausrüstung, derselbe Drill, dieselben Paraden mit Trommlern und wehenden Fahnen. Nach einer Denkschrift soll er zusammen mit der ihm angeschlossenen „Roten Jungfront“ (Führer: Werner Jurß) 1926 118 000, 1927 120 000 und 1928 nur noch 101 000 Mitglieder gehabt haben.) In seiner Blütezeit wurde seine Stärke auf 130 000 Mitglieder geschätzt.) Ruth Fischer hatte versucht, Thälmann zum RFB abzuschleichen. So bekam er Gelegenheit, als Führer des RFB sich auf seine Rolle als alleiniger Parteiführer vorzubereiten. Zu seinem Stabschef machte er Willy Leow, eine recht zweifelhafte Gestalt im Sumpf der Parteibürokratie.) Es lag auf der Linie des linken Kurses, daß der RFB zunächst das Reichsbanner angriff; Schlägereien zwischen Roten Frontkämpfern und Reichsbannerarbeitern waren an der Tagesordnung. Später wurde das gestoppt und der RFB gegen den Stahlhelm und die Faschisten eingesetzt.) Leow organisierte zum erstenmal 1925 ein „Rotes Pfingsttreffen“ in Berlin, das so erfolgreich war, daß die Pfingstaufmärsche des RFB in Berlin bis zu seinem Verbot 1929 zu einer Tradition wurden und sehr dazu beitrugen, der KPD Sympathien unter den Berliner Massen zu gewinnen.)

Der vierte Weltkongreß hatte 1922 noch unter Teilnahme Lenins im Zeichen der Einheitsfront getagt. Der fünfte Kongreß im Juni 1924, an dem 40 Delegierte aus Deutschland teilnahmen, bestätigte die Linksschwengung. Die deutsche Delegation führte einheitlich und geschlossen den Kampf gegen die Rechten, insbesondere gegen die Ideen Radeks, Brandlers und Clara Zetkins. Bezeichnenderweise hatte die Delegation auch erhebliche Bedenken gegen die neue Taktik der internationalen Gewerkschaftseinheit.) Obwohl inzwischen die akute Nachkriegskrise in allen Ländern mit der Niederlage des Kommunismus geendet hatte und die Stabilisierung zur Tatsache geworden war, nahm der Kongreß das nicht zur Kenntnis und legte der neuen Taktik die Auffassung zugrunde, daß der Kapitalismus nach wie vor in einer akuten Krise und der Sturz der Bourgeoisie in großem Maße davon abhängig sei, „ob die kommunistischen Parteien imstande sein werden, die sich in diesem Abschnitt ergebenden objektiv - revolutionären Situationen organisatorisch und politisch auszunutzen. Automatisch ohne einen entschlossenen, zähen, opferreichen Angriffskampf des revolutionären Proletariats, wird die Klassenherrschaft niemals zusammenbrechen.“

Die neue Linie stand unter dem Motto „Bolschewisierung der kommunistischen Parteien“: Die Sektionen der KI sollten alle jene Erfahrungen der Bolschewiki übernehmen, die eine internationale Bedeutung hätten. Es handelte sich dabei insbesondere um jene organisatorischen und taktischen Prinzipien, deren Richtigkeit angeblich durch die lange revolutionäre Erfahrung der russischen Partei bestätigt worden sei.) Die westeuropäischen Parteien seien zur Organisation der Revolution unfähig und noch immer nicht viel besser als die alte Linke in der Zweiten Internationale. Sie müßten von den Bolschewiki deren erfolgreiche Methoden lernen und selber zu wirklichen bolschewistischen Parteien werden. Daß das Westeuropa von 1924 von dem Rußland von 1917 grundverschieden war, wurde allerdings nicht beachtet. Im einzelnen ging die Bolschewisierungstheorie von einer Ablehnung der Luxemburgischen Spontanitätsvorstellungen aus. Man gefiel sich darin, viel von der führenden Rolle der Partei als des

<sup>2)</sup> 10. Parteitagsbericht, S. 98.

<sup>3)</sup> 10. Parteitagsbericht, S. 99.

<sup>4)</sup> Schwarz, op. cit., S. 239, und Maslowski, op. cit., S. 33 f.

<sup>5)</sup> Lewinsohn, „Das Geld in der Politik“, S. 129.

<sup>6)</sup> H. Neumann, „Die deutschen Parteien“, S. 137.

<sup>7)</sup> Schwarz, op. cit., S. 138 ff.

<sup>8)</sup> Schwarz, op. cit., S. 137 ff. und Deutscher auf dem II. Parteitag der Parttagsbericht, S. 32.

<sup>9)</sup> Schwarz, op. cit., S. 140, Maslowski, op. cit., S. 5; vgl. auch Borken, op. cit., S. 239, und 10. Parteitagsbericht, S. 119.

<sup>10)</sup> 10. Parteitagsbericht, S. 24.

<sup>11)</sup> Resolution des 5. Weltkongresses zitiert bei Kabackowski, op. cit., S. 113.

<sup>12)</sup> Großmann im Wörterbuch des Volkswirtschafts, II, S. 117.

notwendigen subjektiven Faktoren zu sprechen. Organisatorisch sollten die Parteien sich möglichst rasch von der alten sozialdemokratischen Wohnorganisation auf Betriebszellen umstellen. Die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung wurde zu einem „Synonym der Diktatur des Proletariats“ erklärt. Die Einheitsfront sollte nur noch von unten angewandt werden, um die sozialdemokratischen Arbeiter von ihrer Partei loszulösen. Natürlich wurde wieder einmal das Ende aller demokratischen Illusionen und sozialdemokratischen Überbleibsel verkündet. Die SPD wurde zur „dritten Partei der Bourgeoisie“ erklärt. Paradoxerweise wurde im gleichen Atemzug die Losung der Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit proklamiert! Man verkündete den „Leninismus“ und begann aus Lenins „Staatstheorie“, Bündnispolitik, Imperialismustheorie, Materialismus, Dialektik usw. eine dogmatisch - metaphysische Weltanschauung zu konstruieren.<sup>1)</sup>

Doch war die Macht der Verhältnisse so groß, daß die Bolschewiki es schon recht bald für geraten hielten, die Stärke der kapitalistischen Stabilisierung anzuerkennen. Zwar hatte noch im September 1924 Stalin in Übereinstimmung mit Trotzki die sog. „Theorie vom Sozialismus in einem Lande“ abgelehnt und den Anbruch einer neuen weltrevolutionären Welle prophezeit. Im Oktober desselben Jahres hatte er aber schon mit dem weltrevolutionären Trotzki gebrochen und sich die Auffassungen von der Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus im isolierten Rußland und dem Vorhandensein einer relativen und zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus in der übrigen Welt zu eigen gemacht.<sup>2)</sup> Schließlich mußte auch die KI die neue Theorie akzeptieren. Auf der Sitzung der Erweiterten Exekutive im März 1925 wurden die Thesen zur teilweisen Stabilisierung verkündet. Die neue Stalinsche These sollte von nun an die offizielle Linie des Bolschewismus auf Jahre hinaus bleiben und die größten Wirkungen auf die Politik der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern haben.

Nach den Niederlagen all der Jahre ist das Hauptinteresse der Bolschewiki nun nicht mehr die Weltrevolution, die ja für die nächste Zukunft objektiv unmöglich geworden war, sondern der Ausbau ihres Systems in Rußland und der Schutz der Sowjetunion vor Vernichtung durch kapitalistisch - imperialistische Intervention. Entsprechend ändert sich die Funktion der Kommunistischen Internationale und der kommunistischen Bewegung außerhalb der UdSSR. Ihr größter Wert für die Bolschewiki wird von Stund an darin bestehen, das Ihrige zur Stärkung der bolschewistischen Herrschaft in Rußland und zur Festigung der sowjetrussischen Position in der Welt beizutragen. Diese Aufgabe können sie natürlich in verschiedener Weise erfüllen. Die spezielle Taktik wird sich den jeweilig wechselnden Verhältnissen anpassen — die Generallinie wird unbeugsam bleiben!

Nach dem fünften Weltkongreß werden die Komintern und die KPD zunächst einmal dazu benutzt, Stalin und seine Fraktion in ihrem Kampf gegen die Linke und Rechte Opposition zu unterstützen und zu legitimieren. Weiter sollen sie die imperialistischen Gegner der UdSSR von innen heraus schwächen und zersetzen. Beide Aufgaben können sie am besten mit einer opportunistischen Politik erfüllen, die sich frei hält von „ultralinken“ oder „rechten“ „Abweichungen“. Mit „ultralinker“ Politik kann man ja keine Erfolge erzielen bei der Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit, die ja so wertvoll ist als ein mächtiges Bollwerk gegen imperialistische Einkreisung. Andererseits liegt die Gefahr der „ultrarechten“ Politik darin, daß sie zur Liquidierung der Kommunistischen Partei führen würde. Stalin und die Seinen sind aber noch an der Aufrechterhaltung der KI interessiert, da sie noch von ihrem Wert als Bundesgenossen im Kampf gegen innerparteiliche Rivalen, reformistische Konkurrenten und imperialistische Feinde überzeugt sind.

Bei der neuen Kominternpolitik der Bolschewiki handelt es sich also nicht so sehr um einen Kuhhandel mit der Bourgeoisie (wie etwa damals von den „Ultras“ behauptet wurde), sondern eher um eine „listige“ Anpassung und Konzession an die objektive Weltlage, wie sie sich Stalin damals von seinem Standort aus darstellen sollte. Das bolschewistische Interesse an raschen Erfolgen, die bolschewistische Interpretation der Stabilisierung als einer vorübergehenden einerseits, die objektiv nie überwundene Krisenhaftigkeit des Weltkapitalismus zwischen den beiden Weltkriegen andererseits haben bis in unsere Tage hinein die Bolschewiki daran gehindert, die kommunistische Weltbewegung zu liquidieren. Alle diesbezüglichen Erwartungen (z. B. Rosenbergs) haben

<sup>1)</sup> vgl. Maslowski, op. cit., S. 50 ff., Kibacki, op. cit., S. 115 ff., und Borkeu, op. cit., S. 237.

<sup>2)</sup> vgl. James, op. cit., S. 196.

<sup>3)</sup> vgl. die Polemik des Ekki-Vortrags auf dem 19. Parteitag, 19. Parteitagbericht, S. 33 f.



sich insoweit trotz ihrer logischen Konsequenz als illusionär erwiesen.<sup>1)</sup>

Vor und nach dem fünften Weltkongreß stand die Politik der KPD während des Jahres 1924 im Zeichen von Ruth Fischer und Maslow. Der neue Zentrallausschuß trat fünfmal zusammen. Noch vor dem fünften Kongreß im Mai 1924 hatte er erstmals unter der neuen linken Führung zwecks De-schluffassung über die Aufgaben der Delegation nach Moskau getagt. Die von der Zentrale vorgelegten Thesen wurden gegen die Stimmen der Chemnitzer Delegation angenommen. In der nächsten Tagung unmittelbar nach dem Kongreß wurden dessen Thesen einstimmig angenommen. Im Oktober beschäftigte man sich mit der durch die Annahme des Dawes-Plans geschaffenen Lage und mit der Gewerkschaftsfrage: Es wurde feierlich beschlossen, daß nach dem 1. Februar 1925 der KPD nur noch der angehören kann, der Mitglied der zuständigen freien Gewerkschaft ist.<sup>2)</sup>

Der Zentrallausschuß vom Januar 1925 sollte die Wendung der KPD einleiten, „den Übergang von den Methoden der akut revolutionären Situation, an denen man noch das Jahr 1924 festgehalten hatte, zu den Methoden der Übergangsetappe zwischen zwei Revolutionen“. Nun wurde die Kleinarbeit in Betrieb und Gewerkschaft in den Vordergrund gerückt, aber nur abstrakt und technisch. Die politische Linie blieb die gleiche. Der Januar-Zentrallausschuß hat in der Tat trotz der Einstimmigkeit „die Wendung, die er bringen sollte, nicht gebracht.“<sup>3)</sup>

Wie es um die Partei stand, sollten die Reichspräsidentenwahlen deutlich zeigen. Am 29. März 1925 fand der erste Wahlgang statt. Obwohl der Wahlapparat der KPD mit Hilfe des RFB gut gearbeitet hatte, war der Widerhall bei den Massen gering. Die KPD verlor wieder 838 000 Stimmen und erhielt nur noch 1 872 000 Stimmen (7 Prozent), während der Sozialdemokrat Braun fast 6 000 000 Stimmen (Jarres 10,4 Millionen, Marx 3,9 Millionen, Heil-pach 1,6 Millionen, Heide 1 Million, Ludendorff 200 000) bekam. Für den zweiten Wahlgang entschied sich die SPD für den Zentrums-mann Marx gegen Hindenburg. Die linke KPD-Führung hielt die Kandidatur Thälmanns auch für den zweiten Wahlgang aufrecht. Rosenberg behauptet, die Russen hätten das gemißbilligt und die Stimmabgabe für Marx gewünscht.<sup>4)</sup> Auch nach Scholen herrschte innerhalb der Internationale eine Stimmung für Unterstützung der Marx-Kandidatur: „Auf dem Mai-Zentrallausschuß hat der offizielle Vertreter der französischen Partei erklärt, daß die fran-zösische Partei es für einen Fehler gehalten hätte, daß die Kom-munistische Partei nicht für die Kandidatur Marx eingetreten wäre. Der Exekutiv-Vertreter hat auf demselben Zentrallausschuß in der Preußenfrage die Zentrale gerüffelt, weil sie vor den Ultralinken zurückgewichen sei und in der Preußenfrage nicht das Duldsungs-manöver gemacht hätte. Das sind Tatsachen, die protokollarisch niedergelegt sind.“<sup>5)</sup> Sinowjew forderte später den zehnten Partel-tag der KPD auf, „offen auszusprechen, daß die Partei einen Fehler beging, als sie den Rat nicht befolgte, den ihr die Exekutive der Komintern nach der ersten Präsidentenwahl vor der Wahl Hindenburgs erteilt hat — den Rat, sich an die deutsche Soz-ialdemokratie zu wenden und sich bereitzuerklären, unter bestimmten Bedingungen die kommunistische Kandidatur zugunsten der soz-ialdemokratischen Kandidatur zurückzuziehen.“<sup>6)</sup> Infolge der kurzen Zeitspanne und der Unentschlossenheit kam es aber nicht mehr zur Änderung der Taktik im zweiten Wahl-gang. So wurde am 26. April Hindenburg gewählt, während die KPD ungefähr dieselbe Stimmenzahl bekam (1 931 000 Stimmen — 6,3 Prozent).<sup>7)</sup>

Im März und April tagte in Moskau wieder die Erweiterte Exe-kutive. Sie arbeitete Thesen über die Bolschewisierung aus und erklärte, daß Brandler und Thalheimer den Ausschluß verdient hätten.<sup>8)</sup> Gleichzeitig setzte sie aber die Ruth-Fischer-Maslow-Gruppe unter Druck. Diese mußte eine Schwächung ihres Kurses nach rechts zusagen; vor allem sollte das Verhältnis zur SPD ge-ändert werden.<sup>9)</sup> Auf der Zentrallausschußsitzung im Mai, wo sich zum erstenmal eine größere Opposition zeigte (15 gegen 50<sup>10)</sup>, er-klärte man, man habe der SPD einen gemeinsamen Arbeitskandi-daten vorschlagen müssen. Der Kampf gegen die „ultralinken Strömungen“ wurde nun verstärkt. Zwar nahm der Bezirk Pfalz eine „ultralinke“ Plattform an, sonst stellten sich aber angeblich alle Bezirke auf den Standpunkt der Mehrheit des Zentrallaus-

<sup>1)</sup> vgl. Rosenberg, „Geschichte des Bolschewismus“, S. 294 f.

<sup>2)</sup> 10. Parteitagsbericht, S. 27.

<sup>3)</sup> Dietrich im „Jahrbuch 1925-26“, S. 70 f.

<sup>4)</sup> Hagemann, op. cit., S. 38.

<sup>5)</sup> Rosenberg, op. cit., S. 209.

<sup>6)</sup> 10. Parteitagsbericht, S. 302.

<sup>7)</sup> ib., S. 173.

<sup>8)</sup> Hagemann, op. cit., S. 38.

<sup>9)</sup> 10. Parteitagsbericht, S. 180.

<sup>10)</sup> Kabacktschick, op. cit., S. 116, und Dietrich im Jahrbuch 1925-26, S. 763.

<sup>11)</sup> 10. Parteitagsbericht, S. 27 und 28.

schusses.<sup>4)</sup> Um sich an der Macht zu halten, versuchte es nun Ruth Fischer mit einer rechten Politik. Es begann die Periode des „Offenen Briefe-Schreibens“ an die Parteien der Weimarer Koalition, wobei nun wieder in den Augen späterer kommunistischer Kritiker die Grenze zwischen SPD einerseits und Demokraten und Zentrum andererseits verwischt wurde (was ja eigentlich einen Kommunisten nicht verwundern sollte, da ja doch angeblich die SPD eine bürgerliche Partei war) und eine zu abstrakte Entlarvungspolitik diesem sogenannten „Volksblock“ gegenüber versucht wurde.<sup>5)</sup> Jetzt traten zum erstenmal die sogenannten „Ultralinken“ (Scholem-Katz) in offene Opposition zur KI. Das Verhältnis zu den Arbeitern in Betrieb und Gewerkschaft blieb schlecht. Das innere Leben der Partei erstarrte zusehends. Man theoretisierte über die unmöglichen Manöver. „Die Folge war ein rasches Sinken des Einflusses der KPD in den Massen.“

Im Sommer 1925 deutete sich die Krise auf dem 10. Parteitag zum erstenmal deutlicher an. Der 10. Parteitag tagte vom 12. bis 17. Juli in Berlin in demselben Landtagsgebäude, in dem der Gründungsparteitag stattgefunden hatte.<sup>6)</sup> 170 Delegierte mit Stimmrecht waren anwesend. Nach Thälmanns Eröffnungsrede<sup>7)</sup> wurde einstimmig das Präsidium, bestehend aus Geschke, Pieck und Witthoff, gewählt.<sup>8)</sup> Bereits in seiner Begrüßungsansprache betonte der Vertreter der Exekutive, daß man mit den sozialdemokratischen Arbeitern zusammen gegen die sozialdemokratischen Führer kämpfen und die Einheitsfront gegen die Versuche, Sowjetrußland einzukreisen, herstellen müsse.<sup>9)</sup> Der Vertreter der RKP, Samuely, glaubte eine neue Angriffswelle gegen die Sowjet-Union konstatieren zu müssen.<sup>10)</sup> Die Teilstabilisierung des Kapitalismus habe dazu beigetragen, daß die Partei in den Gewerkschaften verloren habe.<sup>11)</sup> Die Hauptaufgabe sei die Reinigung der Partei von „ultralinken-KPD-istischen“ Stimmungen.<sup>12)</sup> Während der Berichterstattung der Zentrale, Schneller, „das Jahr seit dem Frankfurter Parteitag als ein Jahr der Schwankungen der Partei“ kritisierte, gab er vor, „im Namen der überwiegenden Mehrheit des Parteitages und der Partei zu sprechen“, wenn er „das Jahr seit Frankfurt als ein Plus bezeichne, als den Beginn einer wirklich positiven Tradition der Partei auf dem Wege zur Bolschewisierung.“<sup>13)</sup> „Wir schwimmen jetzt gegen den Strom, und da müssen wir notwendigerweise damit rechnen, daß wir an Zustrom verlieren.“<sup>14)</sup> In den innerparteilichen Auseinandersetzungen habe die Mittelgruppe ihre Existenzberechtigung verloren.<sup>15)</sup> Ein Teil der Rechten, die zahlenmäßig gering, finanziell aber stark sei, sei ausgeschlossen worden (z. B. Jannack).<sup>16)</sup> Neben den Rechten hätten sich aber auch ultralinke Bestrebungen, insbesondere in der Gewerkschafts- und Steuerfrage, gezeigt.<sup>17)</sup> Die Durchsetzung der richtigen Politik bei der Arbeit unter den Massen sei nicht erreicht worden.<sup>18)</sup>

In der Diskussion wies Scholem gegenüber den Angriffen seiner früheren Freunde Ruth Fischer, Thälmann usw. darauf hin, daß die sogenannten Ultralinken dieselben geblieben seien, die sie in Frankfurt gewesen seien.<sup>19)</sup> In der Präsidentschaftskandidaten-Frage sei die Mehrheit der Zentrale umgefallen.<sup>20)</sup> Nur der Vorschlag der Zentrale, sich bei der Abstimmung über die Regierung Braun der Stimme zu enthalten, gegen den sich Katz, Rosenberg und Scholem gewandt hätten, habe die Zentrale gespalten und die Zuspitzung gebracht.<sup>21)</sup> Sonst habe es keine größeren Konflikte in praktischen Dingen gegeben. Bis zum März sei Ruth Fischer mit ihnen in allen Fragen einer Meinung gewesen.<sup>22)</sup> Ganz anders Rosenberg, der in der gesamten Internationale eine Bewegung für Revision der Beschlüsse des 5. Weltkongresses sehen zu müssen glaubte;<sup>23)</sup> in den entscheidenden Fragen der Einheitsfronttaktik, in der marxistischen Staatslehre und der Führerfrage werde der richtige linke Standpunkt aufgegeben.<sup>24)</sup> Auch Ernst Meyer behauptete, seine Position habe sich nicht geändert. „Aber recht haben Scholem und Rosenberg, daß die Position der Genossin Ruth sich geändert hat. Ruth Fischer treibt jetzt schlechte, inkonsequente Mittelgruppenpolitik.“<sup>25)</sup>

<sup>4)</sup> Ib., S. 24.

<sup>5)</sup> Vgl. S. 235 (Jugend, 1. Teil).

<sup>6)</sup> Thälmann in seiner Eröffnungsrede, 10. Parteitagbericht, S. 27.

<sup>7)</sup> 10. Parteitagbericht, S. 271—275.

<sup>8)</sup> Ib., S. 276.

<sup>9)</sup> Ib., S. 282—285.

<sup>10)</sup> 10. Parteitagbericht, S. 300.

<sup>11)</sup> Ib., S. 313 ff.

<sup>12)</sup> Ib., S. 315.

<sup>13)</sup> Ib., S. 330.

<sup>14)</sup> Ib., S. 331.

<sup>15)</sup> Ib., S. 335.

<sup>16)</sup> Ib., S. 335 f.

<sup>17)</sup> 10. Parteitagbericht, S. 330 f.

<sup>18)</sup> Ib., S. 343.

<sup>19)</sup> Ib., S. 392.

<sup>20)</sup> Ib., S. 392 f.

<sup>21)</sup> Ib., S. 393.

<sup>22)</sup> Ib., S. 395.

<sup>23)</sup> Ib., S. 640.

<sup>24)</sup> Ib., S. 640.

<sup>25)</sup> Ib., S. 640.

Den Höhepunkt des Parteitages bildeten die Referate von Ruth Fischer zur politischen Lage, den Aufgaben und der Taktik der Partei und von Thälmann über den Kampf um die Gewerkschaftseinheit und die deutsche Arbeiterklasse. Nach Ruth Fischer folgte der Annahme des Dawes-Plans die vollständige politische Bindung des erstarkenden deutschen Imperialismus an die Entente.<sup>1)</sup> Als imperialistische Macht dritten Ranges, als „Schwanz-Imperialismus“ versuchte die deutsche Bourgeoisie, die Gegensätze der andern auszunutzen. Der Faschismus sei zurückgetrieben, zugunsten eines „verfassungsmäßigen Monarchismus“<sup>2)</sup> Innerhalb der Partei ergäben sich seltsame Berührungspunkte zwischen der Ultralinken und der Rechten.<sup>3)</sup> Die Errungenschaften von Frankfurt seien die Einheitlichkeit der Partei, die Reinigung vom Brandlerismus und die Überwindung der Gewerkschaftsfrage gewesen.<sup>4)</sup> Gegen die „Ultralinken“ gewandt: „Wehe euch, wenn ihr eine Fraktion aufziehen werdet. Wir werden euch genau so bekämpfen, genau so erbarmungslos maßregeln als wie die Jannackleute. (Zwischenruf, Bravo, Beifall). Mit denselben disziplinarischen Mitteln werden wir gegen euch vorgehen. (Zuruf: Sehr richtig! Bravo!) (Zuruf Scholen: Die Scharfmacherei ist überflüssig! Ihr habt keine besonderen Rechte, weil ihr gegen die Rechten gekämpft habt.“<sup>5)</sup>

Thälmann ging davon aus, daß „zur Bolschewisierung der KP das theoretische und praktische Verständnis gehört, daß die Gewerkschaftsarbeit in den Mittelpunkt der politischen Arbeit der Gesamtpartei zu stellen ist.“<sup>6)</sup> Während in England, Frankreich, auf dem Balkan usw. die Gewerkschaften sich revolutionieren, sieht man, „daß trotz der revolutionären Erfahrungen, die das deutsche Proletariat im Bürgerkriege hinter sich hat, bisher Deutschland fast das einzige große Land ist, in dem die Linksschwankung der Gewerkschaftsbewegung noch nicht zum Durchbruch gelangte, im Gegenteil, der ADGB ist heute noch der stärkste Hort der Reaktion innerhalb Amsterdams.“ Nachdem Thälmann die falsche Gewerkschaftspolitik der Partei von der Gründung des Spartakusbundes bis zu Frankfurt skizziert hatte, glaubte er als jüngsten Fortschritt feststellen zu können: „1. haben wir in Frankfurt eine Resolution in der Gewerkschaftsfrage einstimmig angenommen, 2. haben wir im Oktober 1924 im Zentralausschuß jedes Mitglied der Partei verpflichtet, in die Gewerkschaft einzutreten und 3. können wir in der Strategie und Manövrierfähigkeit der Partei heute einen Schritt mehr wagen, als es vor neun Monaten möglich war. Auch der Prozeß der Liquidierung der selbständigen Verbände geht langsam seinem Ende zu.“<sup>7)</sup> ... „Was die Frage der Arbeit in den Gewerkschaften betrifft, so genügt es nicht, daß jedes Mitglied der KPD Mitglied der Gewerkschaften wird... In jeder Gewerkschaft, in jedem Betrieb, in jeder Ortsgruppe ist es notwendig, die Gründung von Fraktionen auf schnellstem Wege sofort vorzunehmen, wo solche noch nicht bestehen.“<sup>8)</sup>

Nachdem Thälmann selber in seinem Schlußwort bemängelt hatte, daß in der Hauptfrage der Gesamtpartei, der Gewerkschaftsfrage, die Diskussion es an positiven Anregungen habe fehlen lassen<sup>9)</sup> und der Berichterstatter der Gewerkschaftskommission gerühmt hatte, daß während der ganzen Beratung keinerlei Differenzen zutage getreten seien,<sup>10)</sup> war es kein Wunder, daß die Resolution zur Arbeit der Kommunisten in den freien Gewerkschaften einstimmig angenommen wurde.<sup>11)</sup> Aus dieser Entschliebung sei hier nur der Schlußparagraph zitiert, der die Bedeutung der Gewerkschaftseinheit hervorhebt: „Die wichtigste Arbeit der Gegenwart ist der Kampf um die Gewerkschaftseinheit... Die Gewerkschaftseinheit muß in weitgehendstem Maße gefördert werden durch Verstärkung der Kampagne für die engste Verbindung der deutschen Gewerkschaften mit dem revolutionären Proletariat Sowjetrußlands, durch die Propaganda für die Entsendung von Delegationen nach Sowjetrußland, durch Bildung von Einheitskomitees, bestehend aus Arbeitern der verschiedensten Gewerkschaften und Parteirichtungen... Zur weiteren Unterstützung der Einheitsbewegung und der Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften ist die Kampagne für die planmäßige Überführung der selbständigen Verbände in die Freien Gewerkschaften fortzusetzen... Unter diesem Gesichtspunkte ist die Verstärkung der Gewerkschaftsarbeit die nächste und wichtigste Aufgabe für die KPD in der Vorbereitung und Führung der Revolution“<sup>12)</sup> Gleichzeitig bestätigte der Parteitag ausdrücklich den Beschluß des

<sup>1)</sup> Ib., S. 499.

<sup>2)</sup> Ib., S. 501.

<sup>3)</sup> Ib., S. 504.

<sup>4)</sup> Ib., S. 512 f.

<sup>5)</sup> 10. Parteitagsbericht, S. 514 f.

<sup>6)</sup> Ib., S. 516.

<sup>7)</sup> 10. Parteitagsbericht, S. 535.

<sup>8)</sup> Ib., S. 536.

<sup>9)</sup> Ib., S. 527.

<sup>10)</sup> Ib., S. 551.

<sup>11)</sup> 10. Parteitagsbericht, S. 551.

<sup>12)</sup> Ib., S. 244 f.

Zentralaussschusses vom 20. Oktober 1924, wonach jedes Mitglied der KPD freigewerkschaftlich organisiert und tätig sein müsse.)

Trotz allem Kampf zwischen Mehrheit und „Ultralinken“ ergaben bezeichnenderweise auch die Abstimmungen über die „Thesen zur Lage und zu den Aufgaben der KPD“, über die „Resolution zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben der KPD“ und über die „Resolutionen zur Organisationsfrage“ Einstimmigkeit.) Ja, selbst das neue Zentralkomitee wurde einstimmig gewählt.) Nur gegen die Resolution zur Tätigkeit der Komintern stimmte ein Delegierter, nachdem der Antrag des Bezirks Pfalz, den Absatz, der eine Verurteilung Rosenbergs, Solems usw. enthielt, zu streichen, mit allen gegen zehn Stimmen abgelehnt worden war.)

Nachdem bereits Stalin im Oktober 1924 und die KI im März 1925 mit gutem Beispiel vorangegangen waren, mußte jetzt endlich Sinowjew die deutsche Partei auffordern, auch ihrerseits „die Tatsache der zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland offen anzuerkennen und gleichzeitig vollkommen auf dem Boden der Vorbereitung der zweiten Revolution in Deutschland zu bleiben.“<sup>4)</sup> Bei dieser Gelegenheit beschimpfte er zwar die SPD wieder als „faschistisch“, um aber im gleichen Atemzug zu versuchen, ihre Stärke objektiv zu erklären: „Wir hatten vollkommen recht, als wir die Sozialdemokratie im allgemeinen, und die deutsche Sozialdemokratie im besonderen, als die dritte Partei der Bourgeoisie, als einen Flügel des modernen Faschismus usw. charakterisierten. Diese Einschätzung war und bleibt richtig. Aber sie befreit uns nicht von der Notwendigkeit, die Ursachen der Lebensfähigkeit der Sozialdemokratie zu erforschen, sondern sie legt uns die noch größere Pflicht auf, zu verstehen, warum diese dritte Partei der Bourgeoisie, warum dieser Flügel des Faschismus noch so starke proletarische Massen hinter sich führen kann...“<sup>5)</sup> Die acht Ursachen der Lebensfähigkeit der SPD aber sind nach Sinowjew die zeitweilige Stabilisierung des Kapitalismus, die Müdigkeit der Arbeitermassen nach dem imperialistischen Krieg, die Verankerung im Regierungsapparat, die Stärke des Parteiapparates und der Gewerkschaften, der Glaube an die Nützlichkeit der SPD im Kampfe um Reformen, die Schwierigkeiten der russischen Revolution, die Niederlage der deutschen Revolution.) Einen so zähen Gegner kann man aber nur besiegen mit der „neuen“ Taktik des Manövrierens und der Kompromisse.) Und um diese Taktik durchführen zu können, „muß sich die Partei endgültig von diesem (ultralinken) Fieberzustand befreien.“

Entsprechend wendet sich Sinowjew bereits scharf gegen „ultralinks“: „Die Rosenberg und Scholem, die den Kommunismus verflücht haben, die Korsch und Rolf, die mit Bolschewismus nichts zu tun haben, können nicht die Lehrer der Partei sein.“ Die neue Zentrale muß daher viel mehr aktive Arbeiter haben. „Der Grundkern unserer Zentrale hat die richtige Linie gefunden, hat sich verdientermaßen das Vertrauen der Partei erobert und wird es zweifellos auch weiterhin erobern. Die Komintern unterstützt diesen Kern voll und ganz und wird Hand in Hand mit ihm arbeiten. Je mehr neue Kräfte, die mit den Arbeitermassen und mit der Gewerkschaftsarbeit verbunden sind, der Parteitag in die neue Zentrale hineinwählen wird, um so besser wird die Arbeit in Zukunft gehen. Man muß klar sehen, daß Mitte 1925 die Lage in der KPD eine ganz andere ist, als es vor dem Frankfurter Parteitag der Fall war. Die neue Zentrale, die ihr wählen werdet, braucht nicht nur keine Angst zu haben, die besten Genossen aus den früheren nicht zur Linken gehörenden Gruppen zur Arbeit heranzuziehen, sondern im Gegenteil, sie soll dies tun.“<sup>6)</sup> Der Brief schließt mit einem Appell für größere innerparteiliche Diskussionsfreiheit und energische Organisationsarbeit.)

Die vom Parteitag akzeptierten Thesen<sup>7)</sup> selber gehen aus von der Tatsache der „Stabilisierung des Kapitalismus“ (in Anführungszeichen). Während die Stabilität der imperialistischen Welt unsicher auf den Gegensätzen zwischen den Großmächten, der wachsenden kolonialen Opposition und dem Erstarken der Sowjetunion ruht, vermag letztere dank der erfolgreichen Politik der Bolschewiki an den Aufbau des Sozialismus zu gehen. Das Nebeneinander von schwankendem Kapitalismus und erstarkendem Sozialismus vergrößert natürlich die Gefahr eines neuen Weltkrieges. Hierin sieht der deutsche „Schwanzimperialismus“ seine große Chance, die er aber nie realisieren wird, da er in sich brüchig ist und

<sup>2)</sup> ib., S. 245.

<sup>3)</sup> 10. Parteitag, Bericht, S. 492.

<sup>4)</sup> ib., S. 658.

<sup>5)</sup> ib., S. 416.

<sup>6)</sup> Brief des Exekutivkomitees an den 10. Parteitag, 10. Parteitag, Bericht, S. 169.

<sup>7)</sup> 10. Parteitag, Bericht, S. 172.

<sup>8)</sup> ib., S. 171 ff.

<sup>9)</sup> ib., S. 173 ff.

<sup>10)</sup> 10. Parteitag, Bericht, S. 176 f.

<sup>11)</sup> ib., S. 177.

<sup>12)</sup> 10. Parteitag, Bericht, S. 182-213.

dem Zusammenbruch nicht zu entgehen vermag. Vor diesem kann ihn auch die bürgerliche Politik der „Hauptstule der deutschen Stabilisierung der SPD“ nicht retten. Noch folgen Millionen deutscher Arbeiter dieser Partei; „den Einfluß der sozialdemokratischen Konterrevolutionäre auf die werktätigen Massen zu brechen, bleibt darum die Hauptaufgabe der KPD in der gegenwärtigen Epoche.“<sup>1)</sup> Als einzige Arbeiterpartei muß sie die Führung des Proletariats erringen. Um diese ihre Aufgabe zu erfüllen, muß sie sich „bolschewisieren“. Die Bolschewisierung ist Voraussetzung und Ergebnis einer Strategie und Taktik, durch die die Partei „nicht nur ihre allgemeinen Ziele propagiert, sondern auch die nächsten praktischen Kampfmaßnahmen aufzeigt und organisiert.“<sup>2)</sup> Allgemeine Ziele und praktische Kampfmaßnahmen sind verschmolzen im „Aktionsprogramm der KPD“, das sich zusammensetzt aus „Proletarischen Kampfforderungen gegen die Kapitalsdiktatur und die fortschreitende Kapitaloffensive“ (Achtstundentag, Lohnerhöhung bis zum Existenzminimum, Arbeiterschutz, Aufhebung der Industrie- und Agrarzölle, Abschaffung aller die Massen belastenden Steuern, Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte, Konfiskation aller Majorate, Fideikomisse usw., Zuteilung des nicht im Großbetrieb bewirtschafteten Großgrundbesitzes an die Pächter usw.), solchen gegen die deutsche und Welt-Bourgeoisie und ihre Regierungen (Uneingeschränkte Amnestie, Auflösung von Reichswehr und Schutzpolizei, Volksmiliz, Absetzung der reaktionären Beamten, Wählbarkeit und Absetzbarkeit der Beamten, Sprengung der Fesseln von Versailles und London, Zusammenschluß Österreichs mit Deutschland, Beseitigung des reaktionären Partikularismus, Trennung von Staat und Kirche und von Kirche und Schule usw.) und solchen gegen den imperialistischen Krieg (Internationale Gewerkschaftseinheit auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes, revolutionäre Zellen in allen kriegswichtigen Betrieben, antimilitaristische Propaganda). Am Schluß erklärt sich die Partei wieder einmal bereit, im Kampf gegen den Völkerbund, den Garantiepakt, Versailler und Londoner Vertrag, gegen den Weltimperialismus zusammenzugehen mit jeder sozialdemokratischen und Gewerkschaftsorganisation, „wenn sie sich wenigstens (!) klar und eindeutig ausspricht für die Einheit der Gewerkschaften, gegen die antibolschewistische Hetze, gegen die Vorbereitung des reaktionären Krieges, für die elementaren Mindestforderungen der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet.“<sup>3)</sup>

Unter dem Druck der Komintern hatte also der Parteitag die auf dem fünften Weltkongreß inaugurierte „gemäßigtere“ oder besser gesagt zweideutige linke Politik in der „Generallinie“ sanktioniert und nur in Einzelheiten der Anwendung modifiziert. Den Russen ging es aber um mehr als um Beschlüsse. Sinowjew und Stalin waren der deutschen Linken von vornherein mit Mißtrauen gegenübergetreten. Sie hatten bereits nach der Oktober-Niederlage „ein Bündnis zwischen der sogenannten Linken und der sogenannten Mittelgruppe begünstigt“ und „vor ultralinken Verirrungen entschieden gewarnt.“<sup>4)</sup> Die Haltung der deutschen Delegation auf dem fünften Weltkongreß 1924 veranlaßte die Russen, Störungen ihrer Politik der internationalen Gewerkschaftseinheit von seiten der deutschen Linken zu antizipieren. Wenn auch gegen die Reden Ruth Fischers, die zwischen den Ultralinken und den Brandlerianern zu manövrieren und sich so an der Macht zu halten suchte, auf dem zehnten Parteitag wenig einzuwenden war und die Beschlüsse schön klangen, so hatten die Bolschewiki doch das Gefühl, daß die Ruth Fischer und Maslow trotz allem Opportunismus noch so viel eigene „linke“ Überzeugungen hatten, daß sie die Partei nicht so konsequent nach rechts steuern würden, wie es Moskau bald verlangen würde. Die „ultralinken“ früheren Bundesgenossen der Fischer wurden also abgesägt, die Wiederaufnahme gemäßigter „Versöhnler“ in die Zentrale gefordert und durchgesetzt. Recht bald wurde der in Frankfurt gewählten Parteileitung vorgeworfen, es „fehle ihr die Übereinstimmung mit der Komintern“. „Das, was an revolutionärer Theorie fehlte, wurde durch Reserve gegenüber der Politik der Komintern ersetzt.“ Die Parteileitung habe versucht, eigene Politik zu machen und sogar durch Entsendung von Emissären die Politik der Komintern bei anderen Sektionen zu durchkreuzen.<sup>5)</sup> Wie später rückblickend Dengel mit Grauen feststellte, „wurde unter der Leitung der Partei durch Ruth Fischer und Maslow ganz bewußt der Versuch gemacht, eine Selbständigkeit der deutschen Partei gegenüber der Komintern zu erreichen.“<sup>6)</sup> Ruth Fischer wurde dabei besonders zwei-

<sup>1)</sup> *ib.*, S. 199.

<sup>2)</sup> Resolution zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben der KPD, 10. Parteitagebericht, S. 220.

<sup>3)</sup> *ib.*, S. 220-223.

<sup>4)</sup> 10. Parteitagebericht, S. 225.

<sup>5)</sup> Brief von Ernst Meyer, Frölich und Becker an den Parteitag der KPD, 10. Parteitagebericht, S. 239.

<sup>6)</sup> Vorwort zum 10. Parteitagebericht, S. IV f.

<sup>7)</sup> Dengel auf dem 11. Parteitag 1927, 11. Parteitagebericht, S. 27.

deutiges Spiel und „doppelte Buchführung“ vorgeworfen. Als Maslow sich verteidigen ließ, Stalin Politik zu kritisieren und behauptete, Rußland degeneriere unter dem Druck der Kulaken und treibe die KI nach rechts, klagten die Ruth Fischer-Gruppe des Verrats am „Vaterland aller Werktätigen“ an und erklärten, daß die Parteitags-Beschlüsse, insbesondere Maslows Thesen über die Geschichte der Partei, schwere Fehler enthalten hätten.<sup>1)</sup>

So etwas konnte man sich natürlich auf die Dauer nicht bieten lassen. Die KPD-Zentrale wurde daher nach Moskau gerufen und die Mehrheit zum Bruch mit Ruth Fischer veranlaßt. Nach Borkenau<sup>2)</sup> war es Sinowjew, der auf Veranlassung Stalins dieses Manöver durchführte, nach Rosenberg<sup>3)</sup> dagegen Bucharin. In einem „Offenen Brief“, der im August 1925 an die Mitglieder der KPD erging, versuchte das Exekutivkomitee den „neuen Kurs“ den Mitgliedern verständlich zu machen. Der Offene Brief zählte folgende Sünden der Parteiführung und des Parteitages auf: 1. Das zweideutige Verhältnis der Gruppe Maslow - Fischer zur Exekutive, das Auftreten direkt anti-moskowitzischer Tendenzen und antileninistischer Theorien, 2. die Sabotage und Unfähigkeit in der Gewerkschaftsarbeit, 3. die Fehler in der innerparteilichen Politik (Fraktionsdiktatur, keine Kontrolle von unten, kein aktives Parteilieben), 4. den politischen Opportunismus nach der Aufgabe der politischen Haltung.<sup>4)</sup> Nur in drei Punkten wird der Berliner Parteitag ohne Kritik erwähnt, nämlich in der Heraushebung von Thälmanns Referat zur Gewerkschaftsfrage, im Verhalten der Jugenddelegation und in den Beschlüssen zur Organisationsfrage.<sup>5)</sup> Der Brief folgert, daß zwar nicht die Linke als solche, wohl aber eine Gruppe linker Führer bankrott sei. Er verlangt die Auflösung der Linken als Fraktion und die Zusammenfassung aller Richtungen auf der Linie der KI. Er fordert Reform des innerparteilichen Kurses, Umstellung auf Betriebszellenorganisation, Fraktionsarbeit in allen proletarischen Massenorganisationen zwecks Herausbildung eines linken Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung nach dem Vorbild Englands.<sup>6)</sup> Die Wirkung des Ekki-briefes in der Partei war angeblich „eine befreiende“: Die Diskussion des Briefes und die Umstellung auf Betriebszellen habe neues Leben in die Partei gebracht. Noch im Herbst des gleichen Jahres wurden Maslow und Ruth Fischer aus der Führung entfernt.<sup>7)</sup> Die Opposition der Berliner Bezirksleitung wurde rasch „mit Hilfe der Betriebsarbeiter“ liquidiert. Der Bezirksparteitag Berlin - Brandenburg wählte denn eine neue Bezirksleitung.<sup>8)</sup> Bereits am 1. November 1925 konnte die Parteikonferenz die Diskussion für abgeschlossen erklären.

Im März 1926 mußte sich das fünfte Ekki-Plenum vor allem sowohl mit der Ruth Fischer - Gruppe als auch mit den sogenannten „Ultralinken“ befassen. Das siebente Plenum im November-Dezember 1926 hatte sich nur noch mit einer Plattform der sogenannten „Weddinger Opposition“ zu beschäftigen.<sup>9)</sup> Bereits im Verlauf der Diskussion des fünften Plenums war nämlich in Deutschland die sogenannte Ultralinke in eine Reihe von Splittergruppen, insbesondere um Korsch und Schwarz einerseits, Urbahns und Weber andererseits, zerfallen. Korsch und Schwarz organisierten zunächst zusammen mit Katz den Fraktionskampf und gaben eigene Mitteilungsblätter heraus. Noch im Verlauf des Jahres 1926 wurden sie ausgeschlossen, Urbahns, der wegen des Hamburger Aufstandes zu einer langjährigen Festungshaft verurteilt worden war, versuchte die Sammlung der früheren Ruth - Fischer - Gruppe. In der Berliner KPD wurde der Einfluß von Urbahns und Ruth Fischer bis auf zwei Bezirke zurückgedrängt. Daneben gab es noch längere Zeit die sogenannte „Weddinger Opposition“ unter Weber, die gewisse KAP - Tendenzen zeigte. Sie hatte eine knappe Mehrheit im dritten Berliner Bezirk (Wedding), ferner in der Leipziger Organisation und in der Pfalz, Webers eigenem Bezirk.<sup>1)</sup>

Die neue Zentrale setzte sich aus jenen Linken zusammen, die mit Ruth Fischer gebrochen hatten und die den Russen absolut ergeben waren (Thälmann, Dengel, Dahlem usw.), einer linkeren Apparatgruppierung (Neumann, Remmele, Ulbricht) einerseits und den gemäßigten Anhängern der früheren Mittelgruppe und Rechten andererseits (Ewert, Gerhart — ein Pseudonym, unter dem der Bruder Ruth Fischers austrat —, später Ernst Meyer und die sogenannten „Versöhnler“).<sup>2)</sup> An der Spitze der Zentrale stand wieder

<sup>1)</sup> Dietrich im „Jahrbuch 1925/26“, S. 763 ff.; Schwarz, op. cit., S. 142 ff., und Borkenau, op. cit., S. 266 ff.

<sup>2)</sup> Borkenau, op. cit., S. 266.

<sup>3)</sup> Rosenberg, „Geschichte des Bolschewismus“, S. 206.

<sup>4)</sup> Dietrich im „Jahrbuch 1925/26“, S. 764.

<sup>5)</sup> Vorwort zum 10. Parteitagsbericht, S. III.

<sup>6)</sup> Dietrich im „Jahrbuch 1925/26“, S. 765; vgl. auch Borkenau, op. cit., S. 268 ff.

<sup>7)</sup> Meyer, „Kommunismus“, S. 148.

<sup>8)</sup> Dietrich im „Jahrbuch 1925/26“, S. 765.

<sup>9)</sup> diese in „Internationale“ IX, S. 723—729.

<sup>10)</sup> Dietrich im „Jahrbuch 1925/26“, S. 766 ff.

<sup>11)</sup> Rist, „Die innere Krise der KPD“, S. 149.

Thälmann, „der ruhende Pol in dem häufigen Wechsel der führenden Persönlichkeiten“. Dieses ist die Zeit, in der er in den Augen seiner Bewunderer „unmittelbar im Mittelpunkt der Partei zum bolschewistischen Berufsrevolutionär wird.“<sup>1)</sup> Das Stichwort für die neue Zentrale hieß „Konzentration der Kräfte.“<sup>2)</sup> Ihr Erfolg wurde angeblich u. a. bewiesen durch eine ständige Mitgliederzunahme. So soll die Partei schon wieder am 1. Januar 1926 180 000 Mitglieder gehabt haben.<sup>3)</sup> (Wie groß der Zuwachs wirklich war, läßt sich nicht nachprüfen, da die letzten bekanntgegebenen Zahlen auf 150 000 bzw. 180 000 für 1924 lauten!) Der neue Kurs bestand im wesentlichen darin, die Übertreibungen Brandlers und Ruth Fischers zu vermeiden und auf einer mittleren Linie zu lavieren. Bis 1928/29 wurde diese Linie durchgehalten. Sie lief parallel zu der damaligen Politik Stalins, der im Kampf gegen Trotzki und Sinowjew sich auf Bucharin und die Rechten stützte, ohne sich jedoch die Möglichkeit einer neuen Linksschwenkung zu verbauen. Es kam zu gelegentlichen Einheitsfrontaktionen mit der SPD und zur Wiederaufnahme der Gewerkschaftsarbeit. In diesen Jahren allgemeiner, wenn auch bedrohter Stabilität, in der die Löhne zwar langsam, aber doch ständig stiegen (von 74 1924 auf 100 1928 — 1913/14 = 100) und die Arbeitslosigkeit wenigstens in den Jahren 1924, 1921 und 1928 unter 10 Prozent blieb,<sup>4)</sup> wurde selbst die KPD relativ stabil und „seriös“. Sie konzentrierte sich auf Opposition in den Parlamenten, Wahlen, Gewerkschaftspolitik und, last not least, Propaganda für die Sowjetunion. Sie erschien jetzt fast wie eine Neuaufgabe der Vorkriegs-Sozialdemokratie, als jene noch, unter der Leitung von Bebel, Kautsky usw., marxistisch-radikal war. Jetzt war die KPD eine leninistisch-radikale, aber relativ „loyale Oppositionspartei.“<sup>5)</sup> Erst eine neue Konstellation in Deutschland (oder auch in Rußland!) würde das Gesicht der Partei wieder ändern und vor allem die in Wirklichkeit nicht veröhnten, sondern nur übertünchten Gegensätze der Gruppen und Fraktionen zum Durchbruch bringen. Eine Verschärfung der Lage würde aber auch die politisch-organisatorische Schwäche offenbaren, die in Zeiten der Stabilität hinter der relativ eindrucksvollen Fassade versteckt blieb.

In der Epoche ihrer Neuen Ökonomischen Politik (NEP) und der relativen Stabilisierung des Weltkapitalismus waren die Russen an der Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit als einem Mittel des Schutzes der Sowjetunion vor Intervention interessiert. Bereits auf dem 5. Weltkongreß hatten sie gegen die linke Gewerkschaftspolitik der deutschen Partei die Politik der Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit inauguriert. Der Widerstand hiergegen war gleich groß bei Mitgliedern und Führung der KPD. Auch der Mai-Zentralausschuß und der 10. Parteitag 1925 brachten keine entscheidende Besserung, da die Beschlüsse, daß jedes Parteimitglied gewerkschaftlich organisiert sein müsse, zunächst auf dem Papier blieben. Immerhin war Ende 1924 die Massenflucht aus den Gewerkschaften zum Stehen gekommen,<sup>6)</sup> und der Offene Brief und die Beseitigung der Ruth Fischer-Zentrale bedeuteten den Beginn der Wiederaufnahme der Gewerkschaftsarbeit. Der Einfluß der KPD auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter betrug angeblich zur Zeit des Berliner Parteitages 1925 nur noch 10 Prozent.<sup>7)</sup> Auch im Bericht der Zentrale an den Berliner Parteitag wird zugegeben, daß gegenüber den früheren Berichten „der vorliegende einen Rückgang des Einflusses der revolutionären Opposition in den freigewerkschaftlichen Verbänden zeigt.“<sup>8)</sup> Während Pleck auf dem 10. Parteitag bekanntgeben konnte, daß bei den Metallarbeiterwahlen in Berlin die KPD 6 225 Stimmen erzielt habe gegenüber 6 850 Stimmen für die SPD<sup>9)</sup>, illustrierte der Ekki-Vertreter Samuely die letztjährigen Verluste der Partei in den Gewerkschaften mit den folgenden Ziffern: Von den 80 000 Betrieben, die zur Durchführung von Betriebsrätewahlen berechtigt waren, war die Partei kaum in zehn Betrieben an Wahlen beteiligt. In 20 von den 30 größten deutschen Betrieben hätten keine Kampfahlen stattgefunden. Bei den Eisenbahnern sei der kommunistische Freie Eisenbahnerverband von 20% auf 10% aller Stimmen zurückgegangen. Bei den Gewerkschaftswahlen sei die KPD zurückgegangen in Bitterfeld von 67% auf 16%, in Düsseldorf von mehr als die Hälfte auf 33%, in Erfurt von 66% auf 45%, in Essen von mehr als der Hälfte auf 48%, in Jena von 60% auf 25%. Im Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) sei die KPD zurückgegangen von 48% auf 16%, in Chemnitz auf

<sup>1)</sup> Maslowski, op. cit., S. 53 ff.

<sup>2)</sup> Ib., S. 55.

<sup>3)</sup> Dietrich im „Jahrbuch 1925/26“, S. 705.

<sup>4)</sup> Kuczynski, „Die Geschichte der Lage...“, S. 325 und 316.

<sup>5)</sup> vgl. Rosenberg, „Geschichte der Deutschen Republik“, S. 205 ff., Anderson, op. cit., S. 122, und Borkenau, op. cit., S. 271 ff.

<sup>6)</sup> „Jahrbuch 1925/26“, S. 750.

<sup>7)</sup> Heckert auf dem 11. Parteitag, 11. Parteitagsbericht S. 359.

<sup>8)</sup> 10. Parteitagsbericht, S. 59.

<sup>9)</sup> Ib., S. 320.

19%, in Offenbach von 25% auf 19%.') Der Bericht der Zentrale spricht von einem etwa 20prozentigen Rückgang der Zahl der kommunistischen Betriebsräte für 1925 verglichen mit 1924.') Auf dem 12. ADGB-Kongreß 1925 in Breslau hatte die KPD nur noch drei oder vier Delegierte unter 311.

Das Hauptproblem war die Zurückführung der abgesplitterten Verbände in die Freien Gewerkschaften. 1925 gab es die folgenden unter dem Einfluß der KPD stehenden selbständigen Gewerkschaftsverbände: Union Gruppe Bergbau, Union Gruppe Metall, Freier Eisenbahner-Verband, Schiffsahrtsbund, Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, Verband der Buchbinder (Opposition), Verband der ausgeschlossenen Textilarbeiter, Industrieverband der Chemiefarbeiter, Verband der Land- und Waldarbeiter. Die Mitgliedschaft aller revolutionären und syndikalistischen Verbände war seit 1922 erheblich zurückgegangen (von 250 000 auf etwas über 60 000 Ende 1925).') Die KPD gab selber zu, daß die Verbände mit ihren insgesamt 50 000 Mitgliedern gegenüber den 6 Millionen erfassenden Freien Gewerkschaften trotz ihrer revolutionären Einstellung keine Rolle spielten. Die Verschmelzung gelang der KPD über Erwarten gut; sie erklärte selber, daß, insbesondere bei den Bergarbeitern und Eisenbahnern, die Vereinigung mit den Freien Verbänden unter wider Erwarten günstigen Bedingungen gelungen sei.')

Im Herbst 1925 kam es zu einer Wirtschaftskrise, die bei ihrer relativ kurzen Dauer und Schwäche der KPD einen gewissen Auftrieb gab. Infolge der Verschmelzung der Verbände wuchs gleichzeitig der kommunistische Gewerkschaftseinfluß. Bei den Wahlen der Ortsleitungen im Bergarbeiterverband im November 1925 konnte die Opposition 35% der Leitungen besetzen. Zu einer weiteren Stärkung des kommunistischen Einflusses kam es bei den Ortsverwaltungswahlen im Januar und Februar 1926. Damals gewann auch gerade das Rußland der NEP wachsende Sympathien in gewissen Gewerkschaftskreisen. Die KPD verstand es geschickt, diese Sympathien durch Organisierung von Arbeiterdelegationen zu verstärken. Da diese Delegationen als Gäste der Sowjetregierung reisten und von ihr ideologisch und materiell entgegenkommend behandelt wurden, war ihre Einstellung von vornherein eine wohlwollende. An einer dieser Delegationen beteiligten sich neben 16 Kommunisten und 12 Parteilosen auch 60 Sozialdemokraten, die sich alle für das russische Regime erklärten. Den sozialdemokratischen Führern der Lehrergewerkschaft, die an einer Lehrerdelegation nach Rußland teilnahmen, mußte sogar der „Vorwärts“ seine Spalten für positive Artikel über die Sowjetunion öffnen. Bezeichnenderweise war die KPD in dieser Art Einheitsfront-Bewegung erfolgreicher als sonst.')

Das am 23. November 1923 ergangene Verbot der Partei war im Reich am 1. März 1924 aufgehoben worden. Endlich wurde auch in Bayern am 14. Februar 1925 das von der Bayerischen Regierung aufrechterhaltene Verbot der KPD aufgehoben. Am 10. August wurde eine erste Amnestie-Vorlage im Reichstag angenommen. Bei den Provinziallandtagswahlen in Preußen im November 1925 konnte die KPD ihre Stimmzahl halten. Im Herbst 1925 war es zu einer Regierungskrise gekommen. Im Kampf gegen das Verständigungswerk von Locarno waren die deutschen nationalen Minister aus dem Kabinett Luther ausgetreten. Bei den Berliner Stadtratswahlen am 25. Oktober versuchte die KPD anlässlich des Kampfes gegen Locarno und der Regierungskrise zu einer Einheitsfront mit sozialdemokratischen Arbeitern zu kommen. Sie erreichte auch mit 347 000 Stimmen wieder den Stand vom Dezember 1924, während die SPD 13,6% ihrer Stimmen verlor.')

Ende 1925 kam es auf die Initiative der KPD hin zu einer Volksbewegung gegen den Mißbrauch des staatlichen Vermögens zur Abfindung der vor 1918 regierenden Fürsten. Das Volksbegehren vom 9. bis 17. März 1926 erwies sich als ein gewaltiger Erfolg. Zwölfmehlf Millionen Wähler hatten sich eingetragen. Unter dem Druck der KPD hatten SPD und Gewerkschaften mitmachen müssen. Beim Volksentscheid am 20. Juni wurden 14,4 Millionen Ja-Stimmen und eine halbe Million Nein- und ungültige Stimmen abgegeben, obwohl alle bürgerlichen Parteien die Parole der Stimmenthaltung ausgegeben und so die Abstimmung prak-

1) 10. Parteitagbericht, S. 316.

2) ib., S. 63 f.

3) 10. Parteitagbericht, S. 64.

4) Quigley und Clark, op. cit., S. 283.

5) 10. Parteitagbericht, S. 65.

6) Dietrich, „Jahrbuch 1925/26“, S. 735 und 762.

7) ib., S. 739 und 754.

8) Enderle im „Jahrbuch 1925/26“, S. 755 ff.

9) ib., S. 756, Dietrich ib., S. 739 und 754.

10) Frölich ib., S. 732 ff.

11) „Zehn Jahre Deutsche Geschichte 1916-1926“, S. 70.

12) Dietrich, ib., S. 765.

13) Frölich, ib., S. 732.

14) Frölich, ib., S. 739; vgl. auch Stampfer, op. cit., S. 445 ff.



tisch zu einer öffentlichen gemacht hatten, bei der sich insbesondere auf dem Lande der Druck des Großgrundbesitzers auswirken konnte.) Dennoch war die Fürstenteignungs-Kampagne eine ausgesprochen erfolgreiche Einheitsfront-Aktion gewesen. Zum Erfolg hatte beigetragen, daß die KPD sich hier nicht auf die „Einheitsfront von unten“ beschränkt, vielmehr die Führung der SPD und der Gewerkschaften in die Aktion einbezogen hatte.) Es kam nun vor allem darauf an, die Aktion organisatorisch auszubauen und so zu verhindern, daß sie ebenso wirkungslos verpuffen würde wie die großen Bewegungen gegen den Kapp-Putsch und den Rathenau-Mord. Die KPD versuchte das mit der Schaffung von Einheitskomitees aus Vertretern aller Arbeiterorganisationen. Diese sollten die materiellen Fragen wie die Erwerbslosenfrage auf die Tagesordnung stellen und ein Wirtschaftsprogramm mit Kontrolle der Produktion durch Betriebsräte und Gewerkschaften, Staatsbeteiligung als Bedingung für staatliche Kreditgewährung, entschädigungsloser Nationalisierung aller stillgelegten Betriebe entwerfen.) So wollte die Partei eine geschlossene Front von Erwerbslosen und Betriebstätigen sowie von Proletariat und Mittelschichten schaffen. Da dieser „linke Kampfblock“ aber nicht nur „unter der Hegemonie der Arbeiterklasse“, sondern auch unter der „Führung der KPD“ stehen sollte, gelang es ihr wieder einmal nicht, eine Einheitsfront mit der SPD und den Gewerkschaften herzustellen. So waren SPD und Gewerkschaften offiziell weder in dem Einheitskomitee noch im sogenannten „Kongreß der Werktätigen“ vertreten, der vom 3. bis 5. Dezember 1926 unter dem Vorsitz von Ledebour in Berlin tagte und an dem neben den KPD-Vertretern nur 137 SPD- und 31 USP-Delegierte sowie Vertreter von Christlichen Arbeitern, Kleinbauern usw. teilnahmen. Die KPD mußte selber zugeben, daß weder die Gewerkschaften noch die Großbetriebe dazu mobilisiert worden waren.)

In all diesen Jahren war die Partei besonders schwach in den Betrieben, insbesondere den entscheidenden Großbetrieben. In den ersten Jahren ihrer Existenz war die KPD nach dem Vorbild der sozialdemokratischen Mutterpartei auf dem Prinzip der Wohnorganisation aufgebaut gewesen. Während für die auf Parlamentswahlen ausgerichtete SPD die örtliche Wahlorganisation bis zuletzt die gegebene Organisationseinheit blieb, versuchte die KPD sich schon relativ früh auf die für den außerparlamentarischen Kampf unentbehrliche Betriebszelle umzustellen.)

Bereits im Sommer 1921 hatte der 3. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale beschlossen, daß die Grundlage aller Parteien die Betriebszellen sein sollten: Sowohl das Endziel wie aber auch die unmittelbaren Aufgaben (Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch aktive Beteiligung am Tageskampf der Arbeitermassen) können nur bei engster Verbindung der Parteiorganisationen mit den Arbeitern, in den Betrieben verwirklicht werden. Wie aber das Präsidium des Ekki selber im Januar 1924 zugeben mußte, war der Beschluß des 3. Weltkongresses in der Mehrheit der Sektionen der KI nicht durchgeführt worden. Die Erfahrungen des Oktobers hätten jedoch angeblich gezeigt, daß beim Fehlen der Betriebszellen die Arbeitermassen nicht in den Kampf hineingezogen werden können und der günstige Moment für den Sturz der Bourgeoisie nicht ausgenutzt werden kann.) Im Ruhrkampf habe es sich insbesondere herausgestellt, daß der Generalstreik geschlossen und erfolgreich nur dort durchgeführt worden ist, wo die Kommunisten im Betrieb erfaßt waren. Diese Erfahrungen hatten den Zentralausschuß der KPD veranlaßt, im Mai 1923 einstimmig die folgende Resolution zu fassen: „Die Aufgabe der KP ist die Führung des proletarischen Klassenkampfes zur Errichtung der Sowjetdiktatur, deren hauptsächlichste Träger die Arbeiter der Großbetriebe sind. Diesen Kampfaufgaben der Partei muß der Organisationsaufbau entsprechen. Darum gilt es, die Arbeitermassen nicht nur als Staatsbürger, sondern vor allem als Angehörige der proletarischen Klasse zu erfassen, um in erster Linie im Betrieb den politisch-ökonomischen Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen. Die KPD wird demzufolge ihr Ziel nur erreichen, wenn sie fest in den Betrieben verwurzelt ist und die Betriebszellen die Hauptorgane der Partei sind.“

Dieser Beschluß war zwar ein erster Schritt auf dem Wege zur Betriebszellenpartei, brachte die erhoffte Umstellung aber nicht herbei. Die Ausübung der Parteirechte ebenso wie die Beitrags-

1) Frölich, ib., S. 740, und Anderson, op. cit., S. 119.

2) Rosenberg, op. cit., S. 210, und Borkenau, op. cit., S. 272.

3) Dietrich in „Jahrbuch 1925/26“, S. 766; vgl. auch Ernst Schneller, „Fürstenteignung und Einheitskomitees“, „Die Internationale“, IX, S. 191 bis 194.

4) „Die Internationale“, IX, S. 741.

5) Dengel auf dem II. Parteitag, II. Parteitagsbericht, S. 36, A. Kueck in „Internationale“, IX, S. 676 ff., ib., S. 742-746, die Thesen der KPD über den Kongreß.

6) Großmann in „Wörterbuch der Volkswirtschaft“ II, S. 447, und Drahn, in Handwörterbuch der Staatswissenschaften VII, S. 536.

7) Parteitagsbericht, S. 37.

kassierung und der Zeitungsvertrieb erfolgten nämlich auch weiterhin nur in den Wortschatz-Organisationen und die Betriebszellen wurden nicht für die Durchführung der Parteeinsätze verantwortlich gemacht.) Noch während der Zeit des Verbots der KPD, das die Organisationen vorübergehend antonensunfähig gemacht hatte, da die Organisationsinhalte die nötige Arbeit unmöglich machten,') beschrieb das Zentralkomitee des EKPD, daß die KPD „die Reorganisation so durchzuführen habe, daß die Betriebszellen die Grundlage der Parteiorganisation werden“ und „die Durchführung im ganzen Reich im Laufe von zwei Monaten beendet sein soll.“) Nach der Auflösung des Exekutivkomitees war „eine derartige Reorganisation der Partei keine einfache organisatorische Aufgabe, keine Frage der organisatorischen Technik“, es war vielmehr „eine politische Frage ersten Ranges.“) Entsprechend beschloß der Frankfurter Parteitag im April 1924: „Die Partei muß organisatorisch umgesteilt werden. Die Partei arbeitet noch allzu sehr einer sozialdemokratischen Partei. Nicht nur ihre Ideologie muß geändert werden..., sondern auch organisatorisch ist eine wirkliche, schnelle, solide Umstellung auf Betriebszellen notwendig, sowie eine völlige Bereitschaft zur Umstellung auf die Inorganat, die nur dann ertragen werden kann, wenn die Partei auf Betrieben ruht.“)

Seitdem hat fast jeder Weltkongreß der KI und jede Parteitag der KPD die Bedeutung der Betriebszelle immer wieder von neuem betont, der Betriebszelle, der immer mehr mystische Fähigkeiten zugeschrieben wurden. Der 5. Weltkongreß glaubte 1924 bereits entdeckt zu haben, daß „der Aufbau der Partei auf Betriebszellen“ „die richtige soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Partei und ihren proletarischen Charakter gewährleistete.“ Ferner ermögliche er einen wirksamen Kampf um die Kontrolle der Produktion und nach Übernahme der Macht die Beherrschung der Produktion im Betriebe.) Nach dem Bericht der Zentrale an den Berliner Parteitag hat aber die eigentliche Betriebszellenarbeit erst nach dem Zenträusschuß vom Oktober 1924 eingesetzt. Vorher hatten neben den Verfolgungen und der Arbeitslosigkeit („in einigen Orten waren bis zu 70% unserer Mitglieder arbeitslos!“) Ängstlichkeit und Bequemlichkeit die Zellenarbeit gehemmt. „Alle diese erschwerenden Momente sind im wesentlichen heute überwunden.“ — „Trotzdem geht die Umstellung nur sehr langsam vorwärts.“ „Am 30. 12. 1924 bestanden 1853 Betriebszellen, am 31. 5. 1925 2673. Am stärksten ist die Umstellung erfolgt in Berlin (826), Erzgebirge (330) und Wasserkante (290), am schwächsten in Ostpreußen und Meissen-Waldeck, wo so gut wie keine Zellen bestehen.“) Die Kassierung wurde nach einer Übersicht vom 30. 5. 1925 in 796 Zellen (30%) durchgeführt.) Von den Betriebszellenzellungen erschienen 266 regelmäßig im Druck.)

Natürlich beschloß auch der 10. Parteitag wieder einmal, daß „die Weiterführung und Vollendung der Reorganisation auf der Grundlage der Betriebszellen die zentrale organisatorische Aufgabe der KP ist, die bis zum nächsten Parteitag unbeeinträchtigt geübt werden muß.“) Kein Wunder, daß auch das von diesem Parteitag angenommene Parteistatut) davon ausgeht, daß „die Betriebszelle in der Fabrik, im Bergwerk, in der Werkstatt, im Büro, im landwirtschaftlichen Betrieb usw., der alle an dieser Stelle arbeitenden Parteimitglieder angehören müssen“, „Grundlage der Parteiorganisation, ihr Fundament ist“. Daß aber die Versuche der Partei, eine starke kommunistische Betriebszellenbewegung ins Leben zu rufen und am Leben zu erhalten, ohne rechten Erfolg geblieben sind, ist aus der folgenden Äußerung zu entnehmen. „Einer der schwächsten Punkte unterer Parteiarbeit ist leider nach wie vor die Betriebsarbeit... In Deutschland sind vorhanden 191 211 Betriebe mit einer Belegschaft von 11 bis über 5000 Mann... Die Partei hatte im August 1930 insgesamt in 1441 oder in 0,73% aller Betriebe... Betriebszellen...“) Die Zahl der Betriebszellen war also 1930 nur noch etwas über die Hälfte von dem, was sie fünf Jahre vorher gewesen war (1411 gegen 26 731).

Auch in manch anderer Hinsicht war organisatorisch mit der Partei nun alles zum besten bestellt. Vielleicht hätte allein schon der kommunistischen Führung der Umstand zum Nachdenken Veranlassung geben sollen, daß in all diesen Jahren der Mitgliederstand der Partei nicht über eine bestimmte recht bescheidene Zahl wachsen wollte. Die Schätzungen variieren

1) D. Parteitagsbericht, S. 52 f.

2) 9. Parteitagsbericht, S. 56.

3) ib., S. 40.

4) ib., S. 69.

5) ib., S. 385.

6) Thesen des 5. Weltkongresses; zitiert im 10. Parteitagsbericht, S. 227.

7) 10. Parteitagsbericht, S. 120 f.

8) ib., S. 123.

9) ib., S. 122.

10) ib., S. 227.

11) Wegen seiner politischen Bedeutung ist er in dem Anhang wörtlich nachgedruckt.

12) Creutzburg in der „Internationale“ XIV, S. 112 ff.

einigermaßen, immerhin stimmen alle darin überein, daß die Mitgliederzahl nach 1923 Jahre lang nicht über 180 000 gestiegen ist. Erst 1931 und 1932 soll der Mitgliederbestand auf 200 000 bzw. 300 000 angewachsen sein.<sup>1)</sup> Noch bedenklicher war wohl, daß der Einfluß der Partei unter den Arbeitern der Großbetriebe, unter der Jugend und den Frauen besonders gering war. Betrug der Anteil der Betriebsarbeiter an der Mitgliedschaft 1928 noch 63 Prozent, so war er 1931 bereits auf 20 bis 22 Prozent gesunken. Der Anteil der Frauen wird wohl kaum je viel über 10 Prozent betragen haben. Im September 1923 soll die Zahl der weiblichen Mitglieder 33 000 betragen haben (verglichen mit 261 000 Männern).<sup>2)</sup> Die Fluktuation war in all diesen Jahren besorgniserregend: 1929 gewann die Partei 50 000, verlor aber gleichzeitig 39 000 Mitglieder (die Zahlen für 1930 sind 143 000 und 95 000) (s. Anhang). Auf dem 11. Parteitag im März 1927 wurde eingeräumt, daß die Partei oft in Städten mit 3 bis 4000 Einwohnern mehr Parteimitglieder habe als in Industriestädten mit 30 000 bis 40 000 oder 50 000 Einwohnern.<sup>3)</sup> Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission kamen 1927 von 183 Parteitagsdelegierten 56 auf Betrieben mit weniger als 1000 beschäftigten Arbeitern, 29 aus Betrieben mit mehr als 1000 beschäftigten Arbeitern, 41 waren Erwerbslose, 46 Parteiangestellte. Von den Delegierten waren 66 Gewerkschaftsfunktionäre und 41 Betriebsratsmitglieder.<sup>4)</sup> Von den 170 Delegierten zum 10. Parteitag waren 84 über 10 Jahre gewerkschaftlich organisiert gewesen, 35 Delegierte 6 bis 10 Jahre, 18 Delegierte 1 bis 5 Jahre.<sup>5)</sup>

Was die soziale Zusammensetzung der Partei anbelangt, so zeigt eine 1928 in der Kommunistischen „Internationale“ veröffentlichte Statistik, daß die überwiegende Mehrheit der Parteimitgliedschaft aus industriellen Arbeitern bestand. (Siehe statistischen Anhang). Diese stellten mit fast 70 Prozent die überwältigende Mehrheit der Parteikommunisten dar, wogegen die knapp 10 Prozent Handwerker und je etwa 2 Prozent landwirtschaftlichen Arbeiter und Handelsangestellten kaum ins Gewicht fielen. Bemerkenswert ist auch, daß damals unter den gelernten Arbeitern die Metall- und Bauarbeiter besonders stark vertreten waren.

Obwohl damals in der Zeit der Hochkonjunktur die Arbeitslosen in der KPD ebenso wenig eine Rolle spielten wie in der SPD, hatte bereits damals die KPD in erheblichem Maße Arbeiter erfaßt, die geringere Zunfttradition hatten als die sozialdemokratischen Arbeiter. Natürlich hatten die Kommunisten hier und da starken Einfluß unter ausgesprochen hochqualifizierten Arbeitergruppen, wie z. B. den Rohrlegern in Berlin, den Metallarbeitern in Solingen usw. Während sich aber der Einfluß der SPD relativ gleichmäßig über ganz Deutschland oder wenigstens die industriellen Teile Deutschlands erstreckte, konzentrierte sich der Einfluß der KPD stets auf bestimmte Gegenden und Orte. Untersucht man das recht typische Ergebnis der Reichstagswahlen von 1928, so findet man, daß die KPD die Stimmenzahl nur in den Wahlkreisen Oppeln, Merseburg und Düsseldorf-Ost überflügelte und daß sie nur in den beiden Wahlkreisen Berlin und Düsseldorf-West ziemlich nahe an die SPD herankam.

1928 war nach der eben erwähnten Statistik die Zahl der gelernten Arbeiter in der Partei mit fast 40 Prozent gegenüber 28 Prozent ungelerten Arbeitern noch recht hoch. Später ging aber der Anteil der im Betrieb Beschäftigten ständig zurück, so daß sich die KPD in den letzten Jahren der Republik aus einer starken Mehrheit von Arbeitslosen und einer Minderheit hochqualifizierter Arbeiter rekrutierte, dagegen das Gros der Betriebsarbeiter, vor allem der Großbetriebe, fast gar nicht erfaßte. Nach einer von Pjatnitski in Nr. 63 der Internationalen Pressekorrespondenz 1932<sup>6)</sup> mitgeteilten Berechnung betrug der Anteil der Betriebsarbeiter an der Mitgliedschaft der Partei 1928 63,3 Prozent, 1929 51,6 Prozent, 1930 32,2 Prozent, 1931 20 bis 22 Prozent. Es war also sicher keine Schwarzmalerei, wenn Creutzburg 1931 feststellen zu müssen glaubte: „Einer der schwächsten Punkte unserer Parteiarbeit ist leider nach wie vor die Betriebsarbeit.“<sup>7)</sup> Besonders pessimistisch waren die Schlußfolgerungen, die Arthur Rosenberg bereits 1927 gezogen hatte: „Wir sind ungeheuer schwach in den Großbetrieben und damit in der Gewerkschaftsarbeit. Der größte Teil unserer Anhängerschaft ist arbeitslos oder in Kleinbetrieben. Und so sind wir an der Peripherie und nicht im Herzen der Arbeiterklasse.“ Die Partei dürfe den Kurs nicht ausschließlich auf die Erwerbslosen einschlagen. Wenn sie den linken Stimmungen nachgebe, würde sie auch weiterhin an der Peripherie der Arbeiterklasse stehen bleiben. „Auch dann braucht eine Partei nicht unterzugehen, aber eine solche Partei kann nie die Mehrheit des werktätigen Volkes

<sup>1)</sup> Siehe den statistischen Anhang

<sup>2)</sup> 8. Parteitagsbericht, S. 36.

<sup>3)</sup> 11. Parteitagsbericht, S. 94.

<sup>4)</sup> *ib.*, S. 172-173.

<sup>5)</sup> 10. Parteitagsbericht, S. 770.

<sup>6)</sup> zitiert bei Borkenau, *op. cit.*, S. 363.

<sup>7)</sup> „Die Internationale“ XIV, S. 112 ff.

erobern, nie die Machtfrage stellen...") Schon bald sollten diese Einsichten, die in der Partei nicht durchdringen konnten, von der historischen Entwicklung bestätigt werden.

Die Finanzierung der Partei erfolgte vor allem mit Hilfe von Mitgliedsbeiträgen und Sammlungen. Denn es war ein zwar weit verbreiteter, aber doch recht naiver Irrtum, zu glauben, daß die KPD sich einfach auf den „rollenden Rubel“ verlassen konnte. „Die Moskauer Zentrale gibt wohl für größere Sonderaktionen gelegentlich Geld, aber mit... Millionenbeträgen wirft die Komintern nicht um sich, denn auch ihre eigenen Mittel sind beschränkt und größere Unterstützungen pflegen von Moskau aus nur dorthin zu gehen, wo die radikalen Arbeitermassen noch unorganisiert sind,“ schreibt ein hervorragender Sachkennner.<sup>1)</sup> Nach dem Beschluß des Leipziger Parteitages 1923 sollte der monatliche Mitgliedsbeitrag einen Stundenlohn betragen. 1924 wurde der Beitrag nach drei Klassen abgestuft (20 Pfg. in der 1., 15 Pfg. in der 2. und 5 Pfg. in der 3. Klasse.) Die Beiträge wurden später erhöht, und im Prinzip sollte jeder Genosse nach seinem Einkommen besteuern. Die Einnahmen blieben aber bescheiden, da die überwältigende Mehrheit der Mitglieder schlecht verdienende Arbeiter oder gar Arbeitslose waren und es bis zuletzt an reichen Gönnern fehlte. Einen nicht unerheblichen Posten stellten hingegen die Abgaben der Abgeordneten an die Partei dar. Ein kommunistisches M. d. R. mußte von seinen 750 RM Diäten etwa 300 RM monatlich an die Parteikasse abführen.<sup>2)</sup> Größere Beträge wurden durch Sammlungen aufgebracht. Insbesondere vor der Wahl wetteiferten die einzelnen Ortsgruppen und Bezirke miteinander, die Sympathisierenden zu Geldpenden zu bewegen. 14 Tage vor der Wahl vom 20. Mai 1928 konnte die „Rote Fahne“ melden, daß in Berlin 12 547 RM gesammelt worden waren.<sup>3)</sup>

Die Partei verfügte auch über eine wachsende Zahl von eigenen Unternehmungen, die allerdings z. T. Zuschußbetriebe blieben. Die wichtigsten waren die Parteizeitungen. Am 1. 10. 1923 hatte die Partei 34 Tageszeitungen (19 Haupt- und 14 Kopfbblätter). Sie war Eigentümerin von 19 Druckereien, von denen 16 in parteieigenen Gebäuden untergebracht waren.<sup>4)</sup> 1929 nach dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes begann die Parteileitung, die erheblichen Vermögenswerte der Partei, insbesondere die Zeitungsbetriebe und das Parteihaus in Berlin (Karl-Liebknecht-Haus) pro forma zu veräußern, um sie vor der Beschlagnahme zu schützen. Der Wert der Parteigrundstücke und -druckereien wurde hierbei auf 8 500 000 RM geschätzt. Lewinsohn glaubte 1930, daß es der Partei gelungen sei, ihr Parteivermögen so zu „entpolitisieren“, daß es vor dem Staatszugriff geschützt war.<sup>5)</sup> 1933 sollte sich auch diese Hoffnung als Illusion erweisen!

Die kommunistische Parteipresse war weder propagandistisch noch finanziell je ein Erfolg. Ihre journalistische Dürftigkeit, zu der die Trockenheit einer Thesen- und Dogmensprache hinzukam, stieß den dem Kommunismus sowieso schon skeptisch gegenüberstehenden Durchschnittsleser von vornherein ab. Daß aber unter Umständen auch kommunistische Publikationen Leser finden konnten, bewiesen in Paris das Zentralorgan der KPF, die Humanité, und in Berlin die Münzenberg-Blätter. Unter diesen wurde die „Welt am Abend“ das verbreitetste sozialistische Blatt Berlins. Noch erfolgreicher war die in einer Auflage von fast 400 000 erscheinende „Arbeiter-Illustrierte Zeitung (A. I. Z.).“

Alle Münzenberg-Blätter trugen dem Interesse der Massen für Sensation, Sport, Kino usw. Rechnung, wobei sie oft im Gegensatz zur kapitalistischen Boulevardpresse es doch auch fertigbrachten, sozialkritische und kommunistische Ideen anzudeuten und gute Literatur und Kunst zu betonen.

Letzteres war noch mehr der Fall bei den verschiedenen von Münzenberg gegründeten oder mitfinanzierten Verlagen (darunter Neuer Deutscher Verlag), Zeitschriften (etwa „Der Rote Aufbau“, „Für Alle“, „Linkskurve“) und Filmgesellschaften (die „Meschrabpom“ hat „Sturm über Asien“, „Die Mutter“ usw. produziert). Manche dieser Unternehmungen, insbesondere die Meschrabpom, sind, wie schon der Name dieser zeigt, aus der von Münzenberg gegründeten und geleiteten „Internationalen Arbeiter-Hilfe“ (I. A. H.) hervorgewachsen. Diese und die „Internationale Rote Hilfe“<sup>6)</sup> waren neben dem RFB die beiden wichtigsten überparteilichen Massenorganisationen der KPD. Während sich aber die „Rote Hilfe“ i. w. auf die Unterstützung und Betreuung von politisch Verfolgten und deren Angehörigen beschränkte und stets ganz im Schatten der Partei dahinlebte, wurde die Münzenbergische „I. A. H.“ schon bald

<sup>1)</sup> 11. Parteitagbericht, S. 202 f.

<sup>2)</sup> Lewinsohn, „Das Geld in der Politik“, S. 73.

<sup>3)</sup> 9. Parteitagbericht, S. 59.

<sup>4)</sup> Lewinsohn, op. cit., S. 65.

<sup>5)</sup> ib., S. 73.

<sup>6)</sup> 9. Parteitagbericht, S. 59 f.

<sup>7)</sup> Lewinsohn, op. cit., S. 133 f.

<sup>8)</sup> 11. Parteitagbericht, S. 64-67.

nach ihrer Gründung 1921') eine recht starke und alleinstehende organisatorisch unabhängige Institution. Ihre Hauptaufgabe ist die soziale Unterstützung notleidender Arbeitermassen, insbesondere bei Streiks und Aussperungen. Infolge ihres Einflusses auf die radikale Presse, Filmproduktion usw. wurde sie aber so mächtig, daß man nicht mit Unrecht vom „Münzenberg-Konzern“ sprach.) Willi Münzenberg selber, ein Mann von großer organisatorischer Begabung, der als Hausbursche begonnen, während des Krieges in der Schweiz die kriegsgegnerrische „Jugend-Internationale“ herausgegeben und es dann bis zum Generalsekretär, M. d. R., Mitglied des Z. K. der KPD gebracht hatte, bekannte sich selber zur Idee des „Roten Konzerns“:

„Wir sind mit dem Namen „Konzern“ einverstanden. Wir wollen wirklich einen großen roten Konzern wirtschaftlicher Unternehmungen aufbauen. Freilich nicht einen Münzenberg-Konzern und nicht einen Brandler-Konzern, sondern den Konzern einer proletarischen Organisation unter der Kontrolle und zur unmittelbaren Unterstützung dieser proletarischen Organisation. Wir sind keine Utopisten; wir glauben nicht, durch wirtschaftliche Unternehmen den Kapitalismus schlagen zu können. Wir sind revolutionäre Marxisten und wissen, daß nur durch den revolutionären Klassenkampf, nur durch bewaffneten Aufstand und durch Bürgerkrieg der Kapitalismus überwunden werden kann. Wir sind aber auch der Meinung, daß es ein sträfliches Verbrechen ist, den bürgerlichen und sozialdemokratischen Konzernen das Monopol der Massenbeeinflussung ohne Kampf zu überlassen. Wir sind der Meinung, daß alles getan werden muß, um dieses Monopol, sei es auf dem Gebiet des Films, sei es auf dem Gebiet der Tageszeitung oder der illustrierten Zeitschriften oder sonstwo, zu brechen. Die Erfahrungen und Erfolge der letzten Jahre geben uns hierin recht. Sie beweisen, daß es möglich ist, die Agitationskraft der proletarischen Organisationen durch solche Unternehmen wirksam zu stärken und zu erweitern.“) War die KPD nicht einmal organisatorisch je ein wirklicher Erfolg geworden, so war die Münzenberg-Organisation zweifellos eins der erfolgreichsten Unternehmen der Linken!

Der 11. Parteitag, der im März 1927 in Essen tagte, gab ein recht getreues Bild von der Lage der Partei und ihrer Politik in dieser Epoche. In der Einleitung zum Bericht über den 11. Parteitag heißt es auf Seite III: „Der 11. Parteitag der KPD hat vor die Partei als wichtigste Aufgabe den Kampf gegen den Imperialismus und die Kriegsgefahr gestellt... Der sowjetfeindlichen, den Interessen des englischen Imperialismus dienenden Politik der SPD ist die größte Gegenkampagne entgegenzusetzen...“ „Neben dem Kampf gegen die bürgerliche Politik des Parteivorstandes wurde besonders die Notwendigkeit betont, gegen die „linken“ Führer als den Hauptfeind innerhalb der SPD anzukämpfen“. Als weitere Aufgaben wurden die Konzentrierung auf Gewerkschaftsarbeit und die Führung von Lohnbewegungen und Wirtschaftskämpfen betont. Innerparteilich gehörten von den 186 Delegierten nur zehn zur sogenannten Ultralinken.)

Die bereits mit dem „Offenem Brief“ eingeleitete Konzentration auf der Linie der KI wurde noch gegen alle sogenannten rechten und linken Abweichungen unterstrichen. „Die Konzentration der Partei ist in der jetzigen Entwicklungsphase die erste und entscheidende Aufgabe.“) Betont wurde immer wieder die unbedingte Treue zur KI. Unter Ruth Fischer habe man der KI gegenüber „doppelte Buchführung“ getrieben. „Das Verhältnis zur Komintern ist ein anderes geworden... Wir wissen, daß jeder Versuch, einen sogenannten westeuropäischen Kommunismus zu schaffen, in das Lager des Reformismus führt.“) Als Ziel der Einheitsfronttaktik bezeichnete Dengel zweierlei: einmal die sozialdemokratischen Arbeiter in Gegensatz zu ihrer Führung zu bringen, das andere Mal die Führung der SPD zu entlarven.) Die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit faßte Thälmann in dem später noch oft zitierten Satz zusammen: „Die Freien Gewerkschaften sind die Arena, auf deren Boden der Kampf zwischen SPD und KPD entschieden wird.“) Der Parteitag glaubte eine neue faschistische Welle feststellen zu können, die sich nicht mehr auf Kleinbürger, sondern vor allem auf betriebsfaschistische Organisationen erstreckte.)

Natürlich wurde wieder einmal das Wachstum der Revolution und der Rückgang des Reformismus konstatiert: „Die Arbeiterklasse radikalisiert sich. Der Einfluß der sozialdemokratischen Führung wird schrittweise zurückgedrängt. Der Übergang breiter Arbeiterschichten zum Kommunismus vollzieht sich in verschiedenen

) vgl. dazu Münzenberg „Internationale“ III, S. 599-602 und 600-607.

) Lewinsohn, op. cit., S. 201 ff.

) „Der rote Aufbau“, 2. Jg., Heft 1, Mai 1929, zitiert bei Lewinsohn

op. cit., S. 202 f.

) 11. Parteitagsbericht, S. 1.

) Ewert, ib., S. 188.

) Dengel, ib., S. 27.

) ib., S. 33.

) ib., S. 34.

Formen.“<sup>1)</sup> „Die Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens (ASPS) zeigt die Berührungspunkte des Faschismus mit der Sozialdemokratie.“ Die linke SPD sei eine Barriere für die Linksentwicklung der sozialdemokratischen Arbeiter. Man dürfe nicht wie Brandler auf dem Leipziger Parteitag an die Illusionen der sozialdemokratischen Arbeiter anknüpfen, sondern müsse sie liquidieren.“<sup>2)</sup>

Vielleicht noch bedeutsamer ist die Charakterisierung der außenpolitischen Lage und der Rolle der Sowjetunion. Hier werden als Hauptaufgaben gestellt: Kampf gegen Kriegsgefahr, Verteidigung der USSR und Chinas, Kampf für internationale Gewerkschaftseinheit, Kampf gegen internationalen Faschismus.“<sup>3)</sup> 1923 habe einen Wendepunkt in der Stellung Deutschlands bedeutet; seitdem seien die Deutschnationalen, die Wehrverbände und die Reichswehr zu einer sowjefreundlichen Politik auf Seiten Englands übergegangen.“<sup>4)</sup> In Deutschland sei ein neuer Imperialismus entstanden, der im Bündnis mit dem englischen Imperialismus den Raubzug gegen Rußland vorbereite.“<sup>5)</sup> „Eine Hauptstütze für die Innen- und Außenpolitik der imperialistischen deutschen Bourgeoisie ist zweifelsohne die SPD.“<sup>6)</sup> Da Rußland sich durch Stresemanns Westorientierung bedroht fühlte, mußte die KPD den Schutz der Sowjetunion gegen Intervention zu ihrer Hauptaufgabe machen. „Unsere ganze Politik muß darauf aufgebaut sein, daß wir alles und das letzte für die Sowjetunion einsetzen.“<sup>7)</sup> „Wir wissen, daß das Höchste, was auf der Welt existiert, was wir zu verteidigen haben, die Sowjetunion ist.“<sup>8)</sup>

Mit dieser Politik konnte die KPD zwar nicht die Mehrheit des Volkes gewinnen, wohl aber ihren Masseneinfluß langsam vergrößern, wenigstens solange die Stabilität andauerte. Das zeigten auch die Reichstagswahlen im Mai 1928.“<sup>9)</sup> Während die SPD über neun Millionen Stimmen erhielt, gewann die KPD ebenfalls über eine halbe Million Stimmen. Sie bekam 3 203 000 Stimmen (10,6%) und 54 Mandate (SPD = 9 146 000 Stimmen und 152 Mandate).“<sup>10)</sup> Daß es sich hierbei aber um nichts als Wähler handelte, die, wenn sie schon einmal zur Abstimmung aufgerufen wurden, die Gelegenheit benutzen wollten, um durch Stimmabgabe für die radikalste Oppositionspartei ihrer Kritik an der Weimarer Republik Ausdruck zu geben, und daß diese Millionenmassen keineswegs bereit waren, alles für die Revolution aufs Spiel zu setzen, zeigte sich bereits wenige Monate später. Die neue Koalitionsregierung unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller hatte den Bau des Panzerkreuzers A beschlossen, obwohl die SPD den Wahlkampf unter der Losung „Kinderspielsung statt Panzerkreuzer“ geführt hatte.“<sup>11)</sup> Die KPD glaubte verständlicherweise auf dem Wege der Volksabstimmung wieder eine Massenbewegung gegen die Aufrüstung entfachen zu können. Es gelang ihr aber dieses Mal nicht, größere Massen zu mobilisieren, so daß die SPD sich der Bewegung nicht anschloß. Die KPD allein konnte für das allerdings öffentliche Volksbegehren gegen den Panzerkreuzer im Oktober 1928 nur 1 277 000 Stimmen mobilisieren.“<sup>12)</sup> Bereits vor dem Volksbegehren hatte eine neue innerparteiliche Auseinandersetzung die KPD erschüttert. Es war der letzte offen ausgetragene Fraktionskampf in der Geschichte der KPD, der zu einer neuen Linkswendung führen sollte und der allgemeinen Krise der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft nur um eine kurze Spanne Zeit vorausging.

#### 4. Kapitel

#### Die KPD im Zeitabschnitt der Großen Krise der Weimarer Republik (1929—1933)

Obwohl die Wendung selber erst im Herbst des Jahres 1928 offenbar wurde, hatte sie sich bereits seit Anfang 1928 vorbereitet. Eine Reihe von Gründen trug zu der neuen Schwenkung bei. Seit ihrem Gründungsparteitag 1918 hatte die KPD einen angeborenen Zug nach links gehabt, war sie doch historisch hervorgegangen aus der Radikalen Linken in der Vorkriegssozialdemokratie. Daß der potentielle Drang nach links aber gerade 1928 aktuell wurde, lag wohl vor allem daran, daß die Partei selber nun schon einige Jahre hindurch unter dem rechten Kurs fast stagniert (z. B. war die Mitgliederzahl von 180 000 auf 130 000 zurückgegangen), während sich zugleich eine Linksschwenkung der Massen (z. B. bei den Wahlen) bemerkbar gemacht hatte und eine Verschlechterung der

<sup>1)</sup> Thälmann, ib., S. 64.

<sup>2)</sup> Thälmann, ib., S. 58 ff.

<sup>3)</sup> ib., S. 51 ff.

<sup>4)</sup> ib., S. 51 ff.

<sup>5)</sup> Pleck, ib., S. 3.

<sup>6)</sup> Thälmann, ib., S. 47.

<sup>7)</sup> Thälmann, ib., S. 44.

<sup>8)</sup> Deugel, ib., S. 307.

<sup>9)</sup> vgl. den im Anhang abgedruckten Wahlauftrag

<sup>10)</sup> vgl. den im Reichstags-Handbuch, IV, Wahlperiode 1928, S. 250 f. und S. 259, — Im

preußischen Landtag stieg ihre Abgeordnetenzahl auf 56 (Braun, op. cit.,

S. 248).

<sup>11)</sup> Anderson, op. cit., S. 123 f.

<sup>12)</sup> „Die Internationale“ XI, S. 703.

Wirtschaftslage und Verschärfung der politischen Widersprüche von den Kommunisten nicht mit Unrecht antizipiert wurde. Der letzte Anstoß kam dann aber direkt aus Moskau. In Rußland bereitete sich Stalin, der 1926 mit den „Linken“, Sinowjew und Kamenew, gebrochen und einen Block mit den Rechten, Rykow, Tomski und Bucharin gebildet hatte, jetzt darauf vor, Bucharin und die Rechten wieder auszuschalten. Da Bucharin nach der Absetzung Sinowjews der erste Mann in der Kommunistischen Internationale geworden war, griff der Fraktionskampf sofort mit großer Heftigkeit auf die KI und ihre Sektionen über.)

Das 9. Ekki-Plenum im Februar und März 1928 beschloß, den Kampf gegen die Sozialistische Arbeiter-Internationale und die reformistische Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu verschärfen. Es konstatierte eine Rechtsentwicklung des Reformismus und verlangte die Verlegung des Schwergewichts der Einheitsfront nach unten. Nachdem der Kampf gegen den „Trotzkismus“ siegreich beendet worden war, kündete sich hier bereits die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die rechten „Abweichungen“ an.) Zum erstenmal nahm auch jetzt die KI-Leitung offen Stellung gegen die Führer der früheren Mittelgruppe und späteren „Versöhner“ (Ewert und Gerhart.) Auf dem 4. Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI) wurde die neue Taktik der Ablehnung der „Einheitsfront von oben“ für das Verhalten in den Gewerkschaften inauguriert. Bereits hier wurde jene neue Gewerkschaftslinie begonnen, die 1930 vom 5. Kongreß der RGI fortgeführt wurde und dann in der Politik der Gewerkschaftsspaltung und Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) ihre Krönung finden sollte. Auf dem 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der im Juli und August 1928 in Moskau tagte, ging die Linkesschwenkung weiter, ohne allerdings allzu scharfe Formen anzunehmen. Am 21. August ging ein Artikel durch die deutsche Parteipresse, der offen erklärte, daß die KPD-Delegation in Moskau nicht mehr einheitlich sei, vielmehr in eine (linke) Mehrheit und eine (rechte) Minderheit zerfallen sei. Thälmann wandte sich gegen die Gemäßigten Ewert und Tittel, die in ihren Reden gegen die offizielle Linie aufgetreten waren. Auch Bucharin kritisierte in seinem Schlußwort den „bürokratischen Zentralismus“ der kommunistischen Parteien. Noch konnte er aber das im wesentlichen von ihm entworfene Programm der Kommunistischen Internationale vorlegen und begründen.

Der Kongreß bildete auch insofern einen Wendepunkt, als er den Beginn einer neuen Epoche, der sogenannten „dritten Periode“, verkündete. Die erste Periode von 1918 bis 1923 war angeblich die der akut revolutionären Situation, die zweite Periode von 1923 bis 1928 die Periode der kapitalistischen Stabilisierung und der Wiederherstellung der Wirtschaft der Sowjetunion gewesen. Die dritte Periode, die im Sommer 1928 begonnen hat, ist nach dieser Auffassung die der sozialistischen Rekonstruktion (besser: Neubau!) der Wirtschaft der Sowjetunion und der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die einen mächtigen neuen Aufschwung der Revolution in der ganzen Welt bringen wird. „Die gegenwärtige Periode ist charakterisiert durch die sich immer mehr verschärfenden Widersprüche, die die kapitalistische Stabilisierung erschüttern und zerschneiden.“)

Rosenberg bemerkt ganz richtig, daß das Jahr 1928 mit dem Beginn der Fünf-Jahrplan-Politik zwar für Rußland, nicht aber für die kapitalistische Welt einen Wendepunkt bedeutete. Es war gerade in Amerika, Deutschland usw. ein Jahr der Hochkonjunktur. Das wurde allerdings auch von der KI zugegeben, zugleich aber betont, daß die Hochkonjunktur bereits die Krise in sich enthalte. Die Krise brach in der Tat erst 1929/30, dann allerdings mit einzigartiger Wucht, aus. Obwohl sich die Kommunisten also bezüglich des Termins des Krisenbeginns geirrt hatten, konnten sie sich immerhin darauf berufen, daß sie jedenfalls nicht wie die Reformisten der Illusion der ewigen Konjunktur erlegen waren. Die Vorverlegung des Beginns der dritten Periode, die also in Wirklichkeit erst 1929 einsetzte, um etwa ein Jahr, wäre auch an sich kein verhängnisvoller Fehler gewesen. Zum Verhängnis wurde hingegen die politische Fehlanalyse, die aus der relativ richtigen ökonomischen Interpretation abgeleitet wurde. Die nun einsetzende „dritte Periode“ entwickelte sich nämlich nicht in Richtung auf kapitalistischen Zusammenbruch und revolutionären Sieg; sie entpuppte sich vielmehr als eine Epoche kaum je gekannter Anwachsenden reaktionärster und nationalistisch-imperialistischer Tendenzen, als ein Zeitalter der faschistischen Umwälzung und Vernichtung der gesamten sozialistischen und kommunistischen Bewegung.

1) vgl. Barkenau, op. cit., S. 332 ff.

2) vgl. „Die Internationale“ XI, S. 161-173.

3) Remmele in „Internationale“ XI, S. 78.

4) Kabaktschiw, op. cit., S. 172; vgl. auch Rosenberg, „Geschichte des Bolschewismus“, S. 221 ff. und Barkenau, op. cit., S. 336 ff.

Die Rechten und Versöhnler fürchteten die neue linke Taktik, glaubten aber, daß sie sie nur erfolgreich bekämpfen könnten, wenn sie ihre ökonomische Basis, nämlich die Ersütterung und den bevorstehenden Zusammenbruch der Stabilisierung, verneinten. Waren sie doch alle in derselben uralten marxistischen Dogmatik befangen, nach der eine neue ökonomische Krise naturnotwendig die Massen politisch im Sinne der Linken radikaliseren würde. Die Illusion aufzugeben war allen gleich unmöglich, da es bedeutet hätte, den Zauberkreis der gesamten kommunistischen Ideologie ganz zu sprengen.<sup>1)</sup>

Die Rechte war also von vornherein ideologisch in einer schwachen Position, die um so schwächer wurde, je mehr die fortschreitende Wirtschaftskrise ihre ökonomischen Auffassungen zu widerlegen schien. Aber auch organisatorisch war sie innerhalb der Partei schlecht fundiert und tat wenig, ihre Positionen systematisch und gründlich auszubauen. Dies hätte ja auch Zeit beansprucht, — und woher diese nehmen? Es schien also nur eine Überrumpelungsstrategie Erfolg zu versprechen. Der Fall „Wittorf“, einer jener politischen „causes célèbres“, bei denen sich große Politik, Fraktionsreibereien und Kampf mit Korruption unentwirrbar vermischen, kam wie ein Geschenk des Himmels, um die Linke aus dem Sattel zu heben. Wittorf, der Schwager Thälmanns, hatte als Bezirkssekretär von der Wasserkannte Parteigelder unterschlagen. Thälmann, der in den letzten Jahren tief in die wachsende Korruption verstrickt worden war, hatte den Skandal vertuscht; dennoch entdeckten die Kassenprüfer das Defizit. Für die Rechten und Versöhnler war das die Gelegenheit, um sowohl die Sauberkeit der Partei durch Absetzung Thälmanns zu retten als auch durch Besetzung der entscheidenden Posten dem Rückfall in die linke Politik vorzubeugen. So setzten sie in der Sitzung des Zentralkomitees (Z.K.) am 25. und 26. September unter Führung von Eberlin, Hausen und anderen folgenden Beschluß durch: „Das Z. K. mißbilligt aufs schärfste die Gehcnhaltung der Hamburger Vorgänge gegenüber den leitenden Instanzen der Partei durch den Genossen Thälmann als einen die Partei schwer schädigenden politischen Fehler. Auf seinen eigenen Antrag wird diese Angelegenheit der Exekutive überwiesen; bis zu ihrer Erledigung ruhen die Funktionen des Genossen Thälmann. — Das Z. K. kam dem Wunsche des Genossen Thälmann nach, ihm die Gelegenheit zu geben, seinen von ihm anerkannten schweren Fehler vor der Exekutive zu verantworten.“

Aber schon war ein Flugzeug mit Remmele nach Berlin unterwegs, das den Befehl Stalins überbrachte, Thälmann dürfe nicht gestürzt werden. Also reisten dieser und eine Delegation des Z. K. nach Moskau. Hier kam es bereits am 6. Oktober zu einem Beschluß des Präsidiums des Ekki, der Thälmann rehabilitierte. Die Mehrheit des Zentralkomitees erklärte jetzt, die paar Rechten und Versöhnler hätten sie am 25. September „vergewaltigt“. Das Z. K. „revidierte sich“: „Ein Block der Rechten und versöhnlerischen Gruppe benutzte den Hamburger Fall... usw.“<sup>2)</sup> Nun gingen Stalin, Thälmann und die Linken zum vernichtenden Gegenschlag über. Das Ekki verlangte personelle Garantien, und ein großes Aufräumen begann. Die Versöhnler und Rechten wurden abgesetzt, und ein neues „Triumvirat“ (Thälmann, Remmele und Heinz Neumann) übernahm die Parteiführung.<sup>3)</sup> Die Bedeutung Thälmanns wurde jetzt noch mehr hervorgehoben, und in Nachahmung des damals aufblühenden Stalin-Kultus entwickelte sich ein wahrer Führerkult um die mittelmäßige Persönlichkeit des Hamburger „Transportarbeiters“. 1929 begann der Siegeszug der NSDAP und die KPD glaubte, dem „Führer“ Hitler Thälmann als den „Führer des Proletariats“ gegenüberstellen zu können und müssen.<sup>4)</sup>

Das Jahr 1928 hatte, bevor es zu Ende gegangen war, den Ausschluß der gesamten Rechten (nicht nur Brandlers und Thälholmers, die seit 1924 in Moskau gesessen hatten, sondern auch den von Paul Frölich, Walcher, Enderle, Tittel, Hausen usw.) und die Absetzung der Versöhnler gebracht. Die Rechte war in den russischen Fragen immer Stalin treu gewesen, hatte sich allerdings ihm nicht ganz blind unterwerfen wollen. Schon 1926 hatte angeblich Bela Kun einen Vorschlag Stalins an sie herangetragen, „wonach man von uns bedingungslose Gefolgschaft für Stalin in russischen Fragen forderte und im Austausch dafür uns freie Hand in Deutschland bot. Wir waren damals mit der Generallinie Stalins in den innerrussischen Fragen einverstanden und hatten ein Angebot von Trotzki, Sinowjew und Radek abgelehnt, die uns ihrerseits alle unsere Sünden vergeben wollten, die wir angeblich 1923 begangen haben, wenn wir uns ihrer prinzipienlosen Blockpolitik anschließen und sie in der KPD verfechten. Wir haben

<sup>1)</sup> Vgl. zum ersten Auftreten der Versöhnler Remmele in „Internationale“ XI, S. 70–71.

<sup>2)</sup> Schwarz, op. cit., S. 85 ff.; Lux auf dem 12. Parteitag, Parteitagbericht, S. 231 ff.; vgl. auch Maslowski, op. cit., S. 83.

<sup>3)</sup> Schwarz, op. cit., S. 182 ff.

<sup>4)</sup> Schwarz, op. cit., S. 211 ff.



gegenüber Stalin und Trotzki abgelehnt, unsere Politik an den Fraktionskämpfen der KP der Sowjetunion zu orientieren...<sup>1)</sup> 1928 habe Bela Kun Hausen in Moskau wieder erklärt: „Teddy (d. h. Thälmann) ist ein Idiot... und Neumann ein Schweinehund... Ihr müßt uns durch eine Erklärung die Gelegenheit geben, ohne das Ekki zu kompromittieren, gegen Euern Ausschluß zu stimmen.“<sup>2)</sup> Schließlich ließen aber die Russen die doch noch etwas ungefügigen Brandler und Thalheimer fallen.<sup>3)</sup> Da sich die Versöhnler von vornherein mit Bucharin verbündet hatten, konnte die KPD sofort mit aller Wucht gegen sie vorgehen. Sie versuchten zwar, sich von der Rechten zu distanzieren;<sup>4)</sup> ihr Kampf gegen „die linken sektiererischen Abweichungen“ half ihnen aber nichts. Noch bevor sie vom Zentralkomitee und vom Präsidium des Ekki in einem Offenen Brief am 19. Dezember verurteilt worden waren, hatte sich bereits die Reichsparteiarbeiterkonferenz in Berlin am 4. und 5. November 1928 mit großer Mehrheit gegen sie entschieden.<sup>5)</sup> Das neue linke Z. K. hatte 202 Stimmen bekommen, die Versöhnler 19 und die Rechte nur 4.<sup>6)</sup>

1929 waren zwei Ereignisse der äußere Anlaß für die Verschärfung des linken Kurses. Trotz allen Kabinettskrisen im Reich war Preußen, nachdem die 1921 entstandene „Große Koalition“ sich 1925 aufgelöst hatte, die ganzen Jahre hindurch von einer stabilen Koalition von SPD, Demokraten, Zentrum regiert worden. Die innere Verwaltung und insbesondere die Polizei waren dabei unter den maßgebenden Einfluß von Sozialdemokraten gekommen. Neben dem Ministerpräsidenten Braun galt der Innenminister Severing als der stärkste Repräsentant sozialdemokratisch-republikanischer Politik. Die preußische Koalitionsregierung hatte nun ein Demonstrationsverbot für Berlin erlassen, das sie auch für den 1. Mai 1929 nicht aufheben wollte. Während das Jahr vorher die KPD am 1. Mai zusammen mit SPD und Gewerkschaften eine mächtige Demonstration durchgeführt hatte, wurden am 1. Mai 1929 die unbewaffneten kommunistischen Demonstranten von der unter der Leitung des Sozialdemokraten Zörgiebel stehenden Polizei mit Gummiknüppel und Schußwaffe auseinandergetrieben.<sup>7)</sup> In den folgenden Tagen kam es zu Barrikadenkämpfen im Wedding und in Neukölln, in deren Verlauf die Polizei zwar keine Verluste aufzuweisen hatte, wohl aber 25 Zivilisten getötet und 36 schwer verwundet wurden.<sup>8)</sup> Was immer die wahren Motive für diese Politik gewesen sein mögen — sie mußte die Kluft zwischen KPD und SPD weiten und so zur Schwächung der Linken und Stärkung der Reaktion beitragen.

Als nun noch Severing den Roten Frontkämpferbund, den der deutschnationale Reichsinnenminister v. Keudell bereits zu Beginn des Jahres hatte auflösen wollen, im Mai 1929 kurz vor dem traditionellen Pfingstaufmarsch für ganz Preußen verbot,<sup>9)</sup> glaubte die KPD genau zu wissen, was die Stunde geschlagen hatte. Die lang gesuchte Bestätigung für ihre neue Theorie schien ihr geliefert. Sie sah in dem, worin eine so kühle Betrachterin wie Evelyn Anderson nicht „wickednes“, sondern „politische Blindheit und Schwäche“ sieht,<sup>10)</sup> einen groß angelegten diabolischen Plan, im Interesse des Weltkapitals die Faschisierung Deutschlands und den Kreuzzug gegen die Sowjetunion zu organisieren. Während das Demonstrationsverbot bald wieder aufgehoben wurde und die KPD sich noch für Jahre einer ungestörten Existenz erfreuen konnte, glaubte sie, unmittelbar vor ihrem Verbot zu stehen, was ihr natürlich in ihrem Subjektivismus der Errichtung des Faschismus gleichzukommen schien.

Es war ein Paradox der an Paradoxen so reichen Geschichte der Weimarer Republik, daß die letzten Jahre vor dem Verfall der Republik eine wenigstens äußerlich recht imposante Aufblähung demokratischer Kräfte und republikanischer Institutionen zeigen sollten. Während in Preußen unter Braun und Severing durch das ganze dritte Jahrzehnt hindurch die Sozialdemokratie führende Regierungspartei gewesen war, gewann sie im Reich erst nach dem Wahlerfolg von 1928 wieder Sitz und Stimme im Kabinett. Die Jahre 1928 bis 1930 standen im Zeichen der von Hermann Müller geführten Koalition, die gerade auch durch die Eingliederung der Deutschen Volkspartei in die demokratisch-republikanische

<sup>1)</sup> „Der Internationale Klassenkampf“. Herausgegeben von der IVKO, II. Jhrg., Nr. 3, Sept. 1937, Wolfshelm, Bas-Rhin. Artikel: „Anmerkungen zu einem Agentenbericht“, S. 12.

<sup>2)</sup> zitiert bei Schwarz, op. cit., S. 187.

<sup>3)</sup> vgl. auch Borkenau, op. cit., S. 262.

<sup>4)</sup> vgl. die von Ewert, Eberlein, Dietrich, Karl Becker, Schröter, Schumann und Kurt unterzeichnete Plattform in „Internationale“ XI, S. 835–839, XII, S. 54–59, sowie die von Ewert und Ernst Meyer auf der Plenarsitzung des ZK am 13. und 14. Dezember 1928 abgegebene „Erklärung zur innerparteilichen Lage“ in „Internationale“ XI, S. 109–112, und den Artikel von Ernst Meyer, „Wo stehen wir?“, ib., S. 301–308.

<sup>5)</sup> „Die Internationale“, XI, S. 737–760.

<sup>6)</sup> Remmele, ib., S. 767.

<sup>7)</sup> Der Verfasser war selber Augenzeuge dieser Vorgänge.

<sup>8)</sup> vgl. Borkenau, op. cit., S. 262.

<sup>9)</sup> Maslowski, op. cit., S. 84.

<sup>10)</sup> Anderson, op. cit., S. 132.

Front den endgültigen Beweis für die Stabilisierung der Republik zu liefern schien. Außenpolitisch und innenpolitisch schien die nach 1924 begonnene Normalisierung weitere Fortschritte zu machen. Unter der Führung Stresemanns wurde die 1924 begonnene Politik der Verständigung mit dem Westen nicht ohne sichtbaren Erfolg weitergeführt. Im Februar 1929 setzte Deutschland seine Unterschrift unter den Briand-Kellogg'schen Kriegsüchtungspakt. Kurz darauf gelang es Stresemann, die Annahme des Young-Plans, die die deutschen Reparationsleistungen neu regeln und die ganze Reparationsfrage endgültig bereinigen sollte, durchzusetzen. Die bereits im September 1929 begonnene Räumung des besetzten Rheinlands kam dann im Juni 1930 zum Abschluß. Danach konnte Deutschland trotz aller noch vorhandenen Beschränkungen doch endgültig wieder als Großmacht auftreten. Auch innenpolitisch waren die Jahre 1928 und 1929 noch Jahre der Konjunktur und Stabilität. Noch stiegen die Löhne (die durchschnittlichen Bruttogeldlöhne waren noch bis 1930 bis auf 213 [1900 = 100] gestiegen!),<sup>1)</sup> noch war die Arbeitslosigkeit nicht unerträglich (1928 9,7%, 1929 14,6%),<sup>2)</sup> noch waren die Budgetschwierigkeiten nicht unüberwindlich, noch schwamm die deutsche Prosperität auf dem Strom amerikanischer Kredite und Anleihen — bis binnen weniger Monate die Situation völlig umgeschlagen war.

Zwei an sich ganz getrennte Ereignisse kennzeichnen den Umschwung von der Konjunktur zur Krise, von der Demokratie zur Diktatur. Im Oktober 1929 begann mit dem Zusammenbruch der New Yorker Börse die Weltwirtschaftskrise, „The Great Depression“, ihren Todesmarsch um die Welt. Und bereits im März 1930 wurde das Kabinett Müller, das schon im Oktober 1929 durch Stresemanns Tod geschwächt worden war, ein Opfer der wachsenden Wirtschafts- und Finanzkrise. Seit dem Herbst hatten sich die Sturmzeichen gemehrt: Im Herbst 1929 hatte die NSDAP, die trotz der Krise ihre Organisation auszubauen vermocht hatte (176 000 Mitglieder 1929), seit Jahren die ersten beachtlichen Wahlerfolge bei den preußischen Kommunalwahlen aufzuweisen. Während im Oktober 1928 die KPD für ihr Panzerkreuzer-Volksbegehren nur etwa 3% aller Stimmberechtigten hatte mobilisieren können, brachten es die Nazis zusammen mit den Deutschnationalen, dem Stahlhelm und dem Reichslandbund immerhin fertig, bei dem Volksbegehren gegen den Young-Plan etwa 10% der Stimmberechtigten zu gewinnen und dann bei dem Volksentscheid am 22. Dezember 1929 fast 14%. Damals sah das zwar wie eine Niederlage aus — heute sehen wir klar, daß bereits Ende 1929 die Konterrevolution über eine beträchtliche und verlässliche Anhängerschar verfügte, die bei einer weiteren Verschlechterung der ökonomischen und sozialen Lage lawnenartig anschwellen würde.

Der letzte legale Parteitag der KPD tagte im Juni 1929 im Wedding noch ganz in der Atmosphäre der Mai-Kämpfe und der „Barrikaden am Wedding“. In mehr als einer Hinsicht erinnerte er bereits an die Parteitage im Stalin'schen Rußland. Der 12. Parteitag der KPD war der erste Parteitag einer deutschen Arbeiterpartei, auf dem eine Führerovation veranstaltet wurde. Als Thälmann das Wort zum Hauptreferent erhielt, kam es zu einer Kundgebung, die der offizielle Bericht<sup>3)</sup> wie folgt schildert: „Bravorufe, langanhaltender Beifall. Der Parteitag bereitet dem Genossen Thälmann eine stürmische Ovation. Die Delegierten erheben sich und singen die „Internationale“. Die Jugenddelegation begrüßt den ersten Vorsitzenden der Partei mit einem dreifach „Heil Moskau!“ „Der Personenkult, der von nun an mit Thälmann getrieben wurde, suchte es dem der Nazis gleich zu tun. Thälmann — der „Führer des deutschen Proletariats“, Thälmann auf jedem Plakat, auf Ansichtskarten, im Ehrenpräsidium, als großer Politiker, Theoretiker usw. Die Partei brachte es sogar fertig, die z. T. von anderen verfaßten Artikel in einem Bändchen unter Thälmanns Namen erscheinen zu lassen.“<sup>4)</sup> Da auch jeder Bezirksleiter zum „Führer des Ruhrproletariats“, „des Berliner Proletariats“ usw. ernannt wurde, hatte im Bereich des Führerkultus die KPD bald die NSDAP „eingeholt“!

Was die Zusammensetzung des Parteitages anlangt, so standen alle gewählten Delegierten mit einer einzigen Ausnahme auf dem Boden der Mehrheit. Beachtlicher ist, daß von 217 Delegierten zwar 213 gewerkschaftlich organisiert oder ausgeschlossen, aber nur 91 Gewerkschaftsfunktionäre waren. 76 waren Betriebsratsmitglieder, 132 Betriebsarbeiter.<sup>5)</sup> Die Verhandlungen des Parteitages standen im Zeichen der Auseinandersetzung mit den bereits geschlagenen Versöhnlern und der Begründung der neuen Linie. Als Ausgangspunkt dienten natürlich die Beschlüsse des 4. Kongresses der Roten Gewerkschafts-Internationale und des 6. Welt-

<sup>1)</sup> Kuczynski, „Die Geschichte der Laer...“, S. 320.

<sup>2)</sup> Ib., S. 316; vgl. aber auch die pessimistische Einschätzung von Anderson, op. cit., S. 127 ff.

<sup>3)</sup> 12. Parteitagbericht, S. 49.

<sup>4)</sup> Thälmann, „Kampfreden und Aufsätze“, 96 Seiten.

<sup>5)</sup> Bericht der Mandatsprüfungskommission, 12. Parteitagbericht, S. 233 ff.

kongresses der Komintern, die auf der „Theorie von der dritten Periode“ basierten.“)

Wie schon der 6. Weltkongreß und so viele vorangegangene Parteitage sah auch dieser Parteitag wieder einmal eine „neue mächtige revolutionäre Weile... im Anzuge.“) die „Tatsache des neuen revolutionären Aufschwungs“ erschien als „das grundlegende Moment der gegenwärtigen Entwicklung.“) „Wir befinden uns noch nicht in einer akut revolutionären Situation, aber in einer Periode des revolutionären Aufschwungs des Klassenkampfes.“<sup>5)</sup> An anderer Stelle spricht Thälmann von der „Radikalisierung und Revolutionierung der Massen“, „dem beschleunigten Prozeß der Abwanderung der Massen von der verräterischen Sozialdemokratie“, „jenem Entwicklungsstadium, wo die proletarischen Massen den Übergang suchen, um zur kommunistischen Partei zu kommen.“<sup>6)</sup> Ja, die Massen marschieren stürmischer vorwärts als die eigenen Kader in der Partei.“<sup>7)</sup> Ein Delegierter kritisiert zwar die „Rote Fahne“, die am 24. Mai geschrieben hat, „daß die KPD zum ersten Male ganz nahe daran sei, die Mehrheit der deutschen Arbeiter zu erobern.“<sup>8)</sup> Doch stellt Thälmann der SPD, deren „soziales Fundament langsam geschwächt“ wird, die KPD gegenüber, „die sich in ständigem Vormarsch befindet.“<sup>9)</sup> Die KPD muß nur mit noch mehr Kraft „ihre großen Ideen in die Massen hineintragen“, dann „müssen die Massen in Scharen zu unserer Partei, der Partei der proletarischen Revolution kommen.“<sup>10)</sup>

In der ersten Hälfte des Jahres war es gegen die beginnende Kapitaloffensive zu einer Anzahl rein defensiver Abwehrstreiks gekommen. Die KPD sah natürlich auch in ihnen den Beginn einer neuen Epoche. Thälmann behauptete, die Streiks hätten jetzt zum Teil schon Offensivcharakter.“) Als Vertreter der Komintern erklärte der Franzose Sémard: „Obwohl die unmittelbare Ursache dieser Streiks die Offensive des Kapitals ist, ist aber das charakteristische Merkmal aller dieser Streiks ihr gegen-offensiver Charakter.“<sup>11)</sup> Thälmann gab die offizielle Interpretation, indem er sie als „Begegnungskämpfe“ charakterisierte, die „aber in einer gewissen Weise auch schon die Form von Durchbruchskämpfen“ haben.“<sup>12)</sup> Hierunter konnte sich jeder mehr oder weniger vorstellen, was er wollte. Kein Wunder, daß auch die Kämpfe mit der Polizei im Mai als ein Wendepunkt in der Gesamtentwicklung seit 1923 angesehen wurden.“)

Allerdings betonte man, daß in den letzten einundeinhalb Jahren eine Polarisierung stattgefunden habe; neben der Zusammenfassung der revolutionären Kräfte unter der KPD gäbe es eine Konzentration der Kräfte der Reaktion.“) „Der Faschismus in der ganzen Welt befindet sich in stetem Vormarsch“, „noch nie war die faschistische Gefahr in der ganzen Welt für das Proletariat so groß wie gerade jetzt.“<sup>13)</sup> Die Partei hielt damals, z. T. auch wegen ihrer Außenpolitik, die Regierung der Rösen-Koalition für das gefährlichste, was sie sich vorstellen konnte. Auch konnte sie die zukünftige Entwicklung in Deutschland nur in Gestalt von „Großen“ oder „Kleinen Koalitionen“, „Bürgerblocks“ usw. antizipieren. Warum sollte man sie nicht mit dem Schimpfwort „faschistisch“ brandmarken, da sie alle gleich gefährlich und hassenswert erschienen? Bestritt die Opposition, daß die Hermann-Müller-Regierung und die Weimarer Republik bereits faschistisch seien, so warf ihnen die Parteimehrheit sofort vor, daß sie diese rein wünschen und so selber zu Helfershelfern des Faschismus würden. Noch mehr als den Locarnopolitiker Stresemann haßte aber die KPD Ebert und Noske, Severing und Zörgiebel. War also schon Stresemann ein Faschist, so waren diese noch schlimmere Faschisten! Entsprechend erklärte der Pole Bitner: „Die Sozialdemokratie ist die Vorhut des Faschismus.“<sup>14)</sup> Und Thälmann beteuerte, die Sozialdemokratie sei überall zum stärksten Hebel der faschistischen Entwicklung geworden. In einigen Ländern gebe es „eine besonders gefährliche Form der faschistischen Entwicklung, die Form des Sozialfaschismus.“<sup>15)</sup>

Natürlich mußte die Haßvorstellung „Sozialfaschismus“ theoretisch-marxistisch rationalisiert werden. Man behauptete also, auf der

<sup>1)</sup> Thälmann, 12. Parteitagsbericht, S. 50 ff.

<sup>2)</sup> Heckerl, ib., S. 4.

<sup>3)</sup> Thälmann, ib., S. 33.

<sup>4)</sup> ib., S. 90.

<sup>5)</sup> Thälmann, 12. Parteitagsbericht, S. 55.

<sup>6)</sup> Dählem, ib., S. 17.

<sup>7)</sup> Schubert, ib., S. 149.

<sup>8)</sup> ib., S. 17.

<sup>9)</sup> ib., S. 78.

<sup>10)</sup> ib., S. 417.

<sup>11)</sup> ib., S. 259.

<sup>12)</sup> ib., S. 81.

<sup>13)</sup> ib., S. 81.

<sup>14)</sup> ib., S. 79.

<sup>15)</sup> ib., S. 54.

<sup>16)</sup> ib., S. 17.

<sup>17)</sup> ib., S. 51-55.

**Basis der Monopolprofite und der veränderten Stellung im Prozeß der Arbeitsteilung habe sich in den rationalisierten Betrieben eine neue Arbeiteraristokratie herausgebildet, diese sei die Basis für die Arbeiterbürokratie, die zusammen mit ihr die SPD und die Gewerkschaften beherrsche, auch in den Staatsapparat eingedrungen sei und so zu einer Verflechtung von Partei, Gewerkschaften und Staat geführt habe.<sup>1)</sup> Wie sich inzwischen gezeigt hat, ist die Theorie vom Sozialfaschismus, die von der KI 1934—35 selber wieder aufgegeben wurde, zu wirklichkeitsfremd, als daß sie widerlegt werden müßte, was allerdings nicht ausschließt, daß selbst in ihr an einige tatsächlich vorhandene neue Elemente der modernen industriellen Entwicklung angeknüpft wird, deren wirklich objektive Durchleuchtung zum Verständnis des Verfalls der sozialistischen Arbeiterbewegung und des Erfolgs des wirklichen Faschismus hätte beitragen können.**

In den letzten Jahren der Konjunktur fühlte sich Sowjetrußland immer mehr durch das noch so partielle und provisorische Zusammengehen der kapitalistischen Staaten etwa im Völkerbund und in der Reparationsfrage und vor allem durch die sogenannte West-Orientierung Strescmanns und der SPD bedroht. Ein Grund mehr für Thälmann, den Faschismus in der ganzen Welt als in stetem Vormarsch begriffen darzustellen, und nicht nur „als stärkstes Mittel der Unterdrückung der Arbeiter, sondern als Wegbereiter für den Krieg gegen die Sowjetunion“.<sup>2)</sup> Die Gefahr des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion ist „in ein neues aktuelles Stadium gerückt“.<sup>3)</sup> „... Das wichtigste Ergebnis der Annahme des Young-Planes ist zweifelsohne das vollständige Einschwenken der deutschen Bourgeoisie und der deutschen Regierung in die Anti-Sowjetfront.“<sup>4)</sup> „Der Rapallo-Vertrag . . . ist heute längst durch eine Kette feindseliger Handlungen zu einem Fetzen Papier geworden.“<sup>5)</sup> Die Klassenbeziehungen haben sich seit 1927 so verschoben, daß „die Sozialdemokratie nicht mehr eine passive Rolle spielt . . ., sondern der aktivste Vorkämpfer des deutschen Imperialismus, seiner Kriegspolitik gegen die Sowjetunion ist.“<sup>6)</sup> „Die sozialfaschistische Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion bedeutet gegen früher eine Wendung in der Richtung zu noch schärferer Feindseligkeit.“<sup>7)</sup> Heckert faßte die Doppelfunktion der SPD in den Augen der Partei wie folgt zusammen: „Die Durchführung der Kriegspolitik und der Sozialfaschismus, das ist die Plattform, auf die sich die Sozialdemokratie stellt.“<sup>8)</sup>

In dieser Situation stellten sich die Aufgaben der KPD im Kopf Thälmanns wie folgt dar: „Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus, schärfster Kampf gegen den Reformismus, Verwirklichung der revolutionären Einheitsfronttaktik von unten, Verwirklichung der Hegemonie des Proletariats in den breitesten Massen der Werktätigen.“<sup>9)</sup> Da der Reformismus angeblich ein wesentlicher Bestandteil der Front des Kapitals war, so erschien der KPD ihre neue linke Politik, die sich in Wahrheit gegen die Mehrheit der eigenen Klasse wandte, als eine Rückkehr zur rein proletarischen Politik. „Der Kampf ‚Klasse gegen Klasse‘ hat begonnen. Auf der anderen Seite steht das Unternehmertum mit der Sozialdemokratie.“<sup>10)</sup> „Die Losung der Partei ist: Das Gesicht den Betrieben zu . . .“<sup>11)</sup> Natürlich kann jetzt von Einheitsfrontmanövern mit den „sozialfaschistischen Spitzen“ keine Rede mehr sein. Jetzt darf es nur noch eine Einheitsfront unter Führung der KPD mit denjenigen Arbeitern geben, die bereit sind, sich der kommunistischen Führung zu unterwerfen. „Heute sind die Klassenfronten viel deutlicher gezeichnet, und daher ist auch für die breiten Arbeitermassen die gesamte Trennungslinie ganz klar: Entweder Reformismus oder Kommunismus, ein Drittes kann es nicht geben.“<sup>12)</sup>

Diese neue Linie bedeutete in den Gewerkschaften Bruch der Disziplin, Kampf gegen die Führung ohne Rücksicht auf das Stärkeverhältnis und schließlich Spaltung der Gewerkschaften. „Gegen den Dreibund von Unternehmertum, bürgerlicher Staatsgewalt und reformistischer Bürokratie sind selbständige Kampf- und Streikleitungen zu bilden. Die Kräfte sind auf die unorganisierten Massen, die verelendetesten und unterdrücktesten Schichten zu

<sup>1)</sup> Thälmann, ib., S. 72; vgl. auch Rudolf Gerber „Das Gesicht des deutschen Sozialfaschismus“, „Die Internationale“, XII, S. 481—491, und die Broschüre des Internationalen Arbeiterverbandes, Berlin 1920, „Was ist Sozialfaschismus?“

<sup>2)</sup> 12. Parteitagsbericht, S. 54.

<sup>3)</sup> ib., S. 55.

<sup>4)</sup> ib., S. 55.

<sup>5)</sup> Remmele, ib., S. 314.

<sup>6)</sup> Thälmann, ib., S. 72.

<sup>7)</sup> Remmele, ib., S. 317.

<sup>8)</sup> ib., S. 6.

<sup>9)</sup> ib., S. 57.

<sup>10)</sup> Heckert, ib., S. 6.

<sup>11)</sup> ib., S. 6.

konzentrieren. Die KPD und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) müssen die ökonomischen und politischen Kämpfe der Arbeiterklasse selbständig führen. Jetzt sind nicht mehr die Gewerkschaften, sondern in erster Linie die Betriebe die Arena des Kampfes zwischen SPD und KPD. Die Partei hat ein System revolutionärer Vertrauensmänner in den Betrieben zu schaffen und bei den Betriebsrätewahlen eigene „rote Listen“ gegen die Listen der Freien Gewerkschaften aufzustellen.<sup>1)</sup> Kein Wunder, daß der Parteitag wieder einmal die Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf der Arbeiterklasse postuliert<sup>2)</sup> und entdeckt, daß der Kampf gegen den Reformismus nicht nur ein taktisches, sondern ein organisatorisches Problem ist. „Können wir jetzt unsere Aufgabe erfüllen nur mit einer richtigen Politik? Nein! Wir müssen dazu ein System der Organisationen haben.“<sup>3)</sup> Hatte 1919 die KAP geglaubt, die Allgemeine Arbeiter-Union (AAU) werde die Revolution bringen, so war genau zehn Jahre später die KPD so weit zu träumen, es käme für den Sieg auf die Entdeckung einer so schönen Organisationsform wie der RGO an.

Was Wunder, daß die besonneneren Elemente, von denen einige noch mit Paul Levi gegen die KAP gekämpft hatten, der neuen Linie mit Skepsis gegenübertraten. Da die Rechten auf dem Parteitag überhaupt nicht vertreten waren, spielten die Überbleibsel der Versöhnler die Rolle der Opposition. Sie taten das recht widerwillig, da sie wohl spürten, daß in der KPD die Zeit der offenen Richtungskämpfe vorüber sei und die Epoche der reinen Apparat- und Cliquenkämpfe begonnen habe. Es ist bereits angedeutet worden, daß die theoretische Basis für die Opposition keine sehr glückliche war. Während die Parteilinie die Stabilisierung als „schwankend und faul“ charakterisiert hatte, womit sie von Monat zu Monat mehr recht bekam, hatten die Versöhnler erklärt, die Stabilisierung sei „fest und stark“. Glücklicher war immerhin ihre Einschätzung des Faschismus, wenigstens insofern, als sie erklärten, daß 1929 das Kapital in Deutschland in Form der bürgerlich-demokratischen Republik herrschte, und daß damals diese, und nicht ein Phantom von Faschismus oder Sozialismus der Hauptfeind der KPD war.<sup>4)</sup> Schließlich waren sie auch realistisch genug, zu spüren, daß nach wie vor nicht die Unorganisierten, sondern die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter über die Durchführung der Wirtschaftskämpfe entschieden.<sup>5)</sup> Ihrer Meinung nach bestand keine Veranlassung, die seit 1922 durchgeführte Linie des Kampfes um die Besetzung der freigewerkschaftlichen Posten und Listen aufzugeben. Je stärker man in den Gewerkschaften verankert sei, um so leichter werde man auch die Unorganisierten einbeziehen können. Der Beschluß des Boykotts der Gewerkschaftsversammlungen am 1. Mal sei nicht zufällig ein schwerer Fehler gewesen. Die Wahlen in Sachsen hätten gezeigt, daß man nicht in das Lager der SPD eingebrochen sei.<sup>6)</sup> Ernst Meyer berief sich auf Heckert, der selber habe zugeben müssen, „daß unser Einfluß in den Wirtschaftskämpfen und, ich sage persönlich, in den Gewerkschaften schwächer ist als vor einem Jahre“. Streiks hätten nur dort stattgefunden, wo die KPD die Gewerkschaften in der Hand gehabt habe (Tabakarbeiterinnen, Schuhmacher, Rohrleger usw.)<sup>7)</sup>

Auf dem Weddinger Parteitag häuften sich die Loyalitäts-erklärungen gegenüber den Bolschewiki. Münzenberg verkündete feierlich: „Wir deutschen Kommunisten . . . fühlen uns eins mit den französischen Kommunisten, mit den englischen Kommunisten, mit der russischen Revolution, mit der WKP unter Führung des Genossen Stalin.“<sup>8)</sup> Der Delegierte Benschoid ging noch weiter in seinem Vertrauen auf die Russen: „In den verschiedenen Situationen haben die russischen Genossen . . . die deutsche Zentrale korrigieren müssen. Und hier muß man erklären, daß der Parteitag geschlossen die Hegemonie der russischen Partei anerkennen muß. Unsere russischen Genossen haben größere Erfahrungen auf dem Gebiet der revolutionären Politik und Taktik. Wir müssen diese Hegemonie aufs vollste anerkennen und fordern . . . Wir werden mit den russischen Genossen, die große revolutionäre Erfahrungen haben, gemeinsam auch die Revolution in Deutschland weiter fortsetzen und in der Tat siegreich durchführen (Beifall!).“<sup>9)</sup> Selbstverständlich versprach der Parteitag wieder, die Sowjetunion zu schützen: „Die Verteidigung der Sowjetunion muß zur zentralen Achse der revolutionären Politik der Arbeiter in allen Ländern gemacht

<sup>1)</sup> Thälmann, ib., S. 83, 98, 418, und Merker, ib., S. 430.

<sup>2)</sup> ib., S. 430.

<sup>3)</sup> Thälmann, ib., S. 84.

<sup>4)</sup> Ewert, ib., S. 180 ff.

<sup>5)</sup> ib., S. 179.

<sup>6)</sup> Ewert, ib., S. 179 ff.

<sup>7)</sup> Ernst Meyer, ib., S. 221 ff.; vgl. auch die Plattform der Versöhnler auf dem 12. Parteitag, „Die Internationale“ XII, S. 431–434.

<sup>8)</sup> 12. Parteitag, S. 209.

<sup>9)</sup> 12. Parteitag, S. 245 ff.

werden.“) „In der Sowjetunion finden wir nicht nur den Bundesgenossen aller Unterdrückten, in der Sowjetunion sehen wir unser Vaterland, dem wir uns weihen bis zum letzten Atemzug, bis zu unserem letzten Blutstropfen.“)

Die Führung der Partei blieb auch nach dem Parteitag in der Hand des Triumvirats. Doch wuchs zunächst der Einfluß Heinz Neumanns so sehr, daß Thälmann sich für eine Zeitlang grollend nach Hamburg zurückzog.) Die ganze letzte Etappe der Geschichte der KPD stellt einen dauernden Wechsel von Claqueukämpfen dar, wobei sich bald Thälmann mit Neumann, bald mit Pieck gegen Neumann, bald Remmele mit Neumann gegen Thälmann usw. usw. verbündeten. Im ganzen läßt sich nur sagen, daß gegenüber dem Abenteuer Neumann und dem Bürokraten Remmele, Thälmann und Pieck noch so etwas wie die Roste von gesundem Menschenverstand und Verbundenheit mit gewissen Arbeiterschichten aufwiesen. Machten doch, wie noch zu zeigen sein wird, Thälmann und Pieck gegen die extremsten Exzesse von Neumann und Remmele Bedenken geltend — allerdings ohne Erfolg.)

Bereits im März 1930 war die große Koalition gesprengt und durch eine Regierung der bürgerlichen Mittelparteien unter Brüning ersetzt worden.) Als der Reichstag den Brünings Deflationspolitik widerspiegelnden Etat ablehnte, setzte Hindenburg diesen auf dem Wege des Art. 48 in Kraft und löste den Reichstag auf. Die KPD begann den Wahlkampf mit ihrem Programm der nationalen und sozialen Befreiung und unter der Wahlperiode: „Kampf gegen die faschistische Diktatur — für die Diktatur des Proletariats.“) Bei den Wahlen am 14. September ging die SPD von neun auf achteinhalb Millionen Stimmen zurück. Die KPD gewann eineinviertel Millionen und stieg auf viereinhalb Millionen Stimmen (77 Abgeordnete). In fünf Wahlkreisen (Berlin, Morsburg, Köln-Aachen, Düsseldorf-Ost und Düsseldorf-West) überflügelte die KPD die SPD.) Das entscheidende Merkmal dieser Wahl war jedoch der einzigartige Erfolg der Nazis, die von 800 000 auf sechseinhalb Millionen Stimmen stiegen.) Das hätte für die KPD (und die SPD!) ein Omen sein müssen, wenn es eines solchen überhaupt noch bedurfte. Statt dessen erklärten die Kommunisten selbstzufrieden: „Der einzige Sieger bei den September-Wahlen ist die Kommunistische Partei.“)

Infolge des Mangels einer sicheren parlamentarischen Mehrheit begann nun Brüning im Auftrage Hindenburgs und unter Tolerierung der SPD mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung und der Notverordnungen zu regieren. Das war wirklich das Ende des Parlamentarismus, der Beginn der „Präsidentialdiktatur“. Man kann diese Periode als „demokratische“, bürokratische oder bürgerliche Diktatur oder was sonst noch charakterisieren; nur eins war das Hindenburg-Brüning-System nicht — faschistische Diktatur! Ziele es doch, selbst wenn es wegen seiner Deflationspolitik zum Wegbereiter der Nazis wurde, auf die Wiederherstellung „normaler“ parlamentarisch-bürokratischer Verhältnisse ab und bewahrte es die politischen Parteien und parlamentarischen Institutionen so intakt, daß jederzeit, beim Nachlassen der Wirtschaftskrise, die Rückkehr zu Weimar möglich gewesen wäre. Für die KPD, die bereits in der Großen Koalition den Beginn einer Art Faschismus gesehen hatte, stellte sich die Sache natürlich anders dar. Sie beeilte sich, die Brüning-Regierung als die schlimmste faschistische Diktatur zu brandmarken und zu „entlarven“, auch schon um der tolerierenden SPD eins auszuwischen. Im Dezember 1930 erklärte somit die KPD unter Führung von Heinz Neumann: „Der Faschismus ist da!“ Die KPD-Presse verkündete, die Brüning-Regierung sei bereits die faschistische Diktatur, es gelte jetzt nur noch, diese zu stürzen.) Allerdings betonte die Führung nachher, daß es sich nur um eine kurzdauernde Fehlanalyse gehandelt habe; schon auf dem Plenum des 11. Ekki im April-Mai 1931 sei der Fehler korrigiert und die Regierung Brüning als „Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur“ charakterisiert worden.) Was dieses nun eigentlich bedeuten sollte, wurde nie ganz klar. Durchführung war sicher mehr als Vorbereitung, wenn auch weniger als Vollendung. Vielleicht nahm man auch an, daß es sich noch nicht um einen vollendeten Faschismus, wohl aber um sein Anfangsstadium

1) Thälmann, ib., S. 67.

2) Hecker, ib., S. 7.

3) Schwarz, op. cit., S. 194.

4) Schwarz, op. cit., S. 198 ff.

5) Brüning, „Ein Brief“, „Deutsche Rundschau“, vol. 70, 1947, S. 1—22.

6) „Die Internationale“ XIII, S. 385 ff.

7) S. Neumann, op. cit., S. 137.

8) Hagmann, op. cit., S. 26.

9) Hermann Remmele, „Das Fazit der Septemberwahlen“, „Die Internationale“ XIII, S. 546.

10) „Die Internationale“ in einer Polemik gegen Heinz Neumann, XV, S. 388

und S. 223.

11) „Die Internationale“ XV, S. 223.

händelt. Die Korrektur war also mehr eine stilistisch-formelle, als eine inhaltlich-politische.

So erklärte Thälmann noch im Februar 1932, daß „der Prozeß der Durchführung der faschistischen Diktatur durch die Brüning-Regierung, wie wir ihn vor einem Jahr auf dem Januar-Plenum 1931 analysiert haben, innerhalb der vergangenen zwölf Monate die heftigsten Formen angenommen hat... Niemand wird heute mehr daran zweifeln, daß wir es bei dem Kurs der Brüning-Gaonier-Regierung im Reich und ihrer Braun-Severing-Filiale in Preußen mit einem faschistischen Kurs zu tun haben, daß wir recht hatten, als wir im Dezember 1930 von einer ausreifenden, noch nicht ausgereiften faschistischen Diktatur sprachen!“<sup>1)</sup> In einem Artikel im Dezember 1931 hatte er betont, daß zwischen der vollentfalteten faschistischen Diktatur und der Brüning-Regierung kein klassenmäßiger Unterschied, sondern nur ein solcher in dem Tempo der Verwirklichung bestehe.<sup>2)</sup> Brüning sowohl wie Braun-Severing bedeuteten den Übergang zu faschistischen Herrschaftsmethoden. Die Bourgeoisie benutzte die SPD und die Nazis wechselseitig zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft. Der Kampf müsse in erster Linie gegen die SPD gerichtet werden.<sup>3)</sup> Im selben Artikel verurteilte er die „Tendenzen einer liberalen Gegenüberstellung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie, von Hitlerpartei und Sozialfaschismus.“<sup>4)</sup> Und in der Resolution des ZK vom Mai 1931 heißt es: „Die faschistische Diktatur stellt keineswegs einen prinzipiellen Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie dar, unter der auch die Diktatur des Finanzkapitals durchgeführt wird.“ Es vollziehe sich „lediglich ein Wandel in den Formen, ein organischer Übergang.“<sup>5)</sup> Ja, das ZK geht im Februar 1932 so weit zu erklären: „Demokratie und faschistische Diktatur sind nicht nur zwei Formen, die den gleichen Klasseninhalt bergen..., sondern nähern sich auch hinsichtlich der äußeren Methoden... einander an und verflechten sich miteinander...“<sup>6)</sup>

Hatte die KPD schon Ende 1930 erklärt, daß der Faschismus da sei, so folgte daraus natürlich logisch zwingend, daß man ihn für „wirklich“ und „unvermeidlich“ halten mußte. Nachdem man diesen ultralinken Exzeß Anfang 1931 korrigiert hatte, kam er aber schon in der zweiten Hälfte desselben Jahres in etwas veränderter Form wieder zum Durchbruch. Nun behauptete man zwar nicht, daß der Faschismus da sei, wohl aber, daß er unvermeidlich kommen werde und daß das auch gar nicht so schlimm sei. In dem schon erwähnten Artikel Thälmanns, der im Dezember 1931 in der „Internationale“<sup>7)</sup> erschien, gibt er selber zu: „Wir haben der falschen Theorie von der Unvermeidlichkeit der faschistischen Diktatur unter dem Monopolkapitalismus zumindest teilweise Rechnung getragen, oder jedenfalls nicht immer einen genügend scharfen Kampf gegen diese falsche... Theorie entfaltet.“<sup>8)</sup> Er zitiert dann einen Artikel von Kr. im „Propagandist“ vom September 1931, in dem es geheißen hatte: „Eine sozialdemokratische Koalitionsregierung, der ein kampfunfähiges, zer-splittertes, verwirrtes Proletariat gegenüber stände, wäre ein tausendmal größeres Übel, als eine offene faschistische Diktatur, der ein klassenbewußtes, kampfschlossenes, in seiner Masse geeintes Proletariat gegenüber tritt.“<sup>9)</sup> Auf derselben Linie lag eine Parlamentsrede Remmeles vom 14. Oktober 1931, in der er etwa ausgeführt hat: Wenn die Faschisten an der Macht sein werden, dann wird die Einheitsfront des Proletariats entstehen und alles hinweglegen. Unter Brüning zu hungern, ist nicht besser, als unter Hitler. Wir fürchten die Faschisten nicht. Sie werden rascher abwirtschaften als irgendeine andere Regierung.<sup>10)</sup> Schwarz behauptet, im Januar 1932 habe das ZK der KPD dem Ekki-Präsidium Bericht erstattet. Thälmann, Remmele und Pieck seien vor Manujski und Hölz erschienen. Thälmann sei resigniert gewesen, Manujski habe dagegen seine optimistische Perspektive gehabt. Danach sei der Nationalsozialismus eine Art Vorspann für die proletarische Diktatur, da er die SPD und Gewerkschaften zertrümmere. Die Masse der Arbeiter würde sich dann der Führung der KPD anvertrauen. Remmele habe zustimmend erklärt: „Indem man mit der Tatsache rechnet, daß im Laufe des Jahres 1932 die Macht in die Hände des offenen Faschismus übergeht, ist es notwendig, bei dem Moment des Übergangs der Macht Gewehr bei Fuß zu stehen.“<sup>11)</sup> Allerdings wird auch er wohl kaum erwartet haben, daß die „Dialektik der Geschichte“ doch zwölf Jahre

<sup>1)</sup> Thälmann, „Der revolutionäre Ausweg und die KPD“, S. 23.

<sup>2)</sup> „Die Internationale“ XIV, S. 481 ff., zitiert bei Maslowski, S. 71.

<sup>3)</sup> ib. S. 75.

<sup>4)</sup> „Die Internationale“ XV, S. 487.

<sup>5)</sup> zitiert in „Internationale“ XV, S. 506 ff.

<sup>6)</sup> „Die Internationale“ XV, S. 213.

<sup>7)</sup> „Die Internationale“ XIV, S. 481 ff.

<sup>8)</sup> ib. S. 488.

<sup>9)</sup> zitiert ib. S. 499.

<sup>10)</sup> Evelyn Land, „The Underground Struggle in Germany“, S. 16, und

Anderson, op. cit., S. 141.

<sup>11)</sup> Schwarz, op. cit., S. 221 ff.

brauchen würde, um die Nazis zu vernichten und die Macht in die Hände der Kommunisten zu spielen — unter welchen Bedingungen soll dabei hier gar nicht erwähnt werden!

Inzwischen hatte im Herbst 1929 die große Depression mit aller Macht eingesetzt. In den folgenden Jahren (1929—1933) vertiefte sie sich zur gewaltigsten Wirtschaftskrise, die der moderne Kapitalismus je durchlebt hatte. Nach dem Zusammenbruch des internationalen Zahlungs- und Kreditsystems 1931 wurde es immer deutlicher, daß es sich in Wahrheit nicht um eine „normale Wachstumskrise“ der Wirtschaft handelte, sondern vielmehr um eine totale Katastrophe, die das gesamte Gefüge der Gesellschaft und Zivilisation bis in ihre Grundfesten erschütterte. Der ökonomische Zusammenbruch löste die politische Krise aus, und beide erzeugten in ihrer Wechselwirkung eine soziale und kulturelle Gesamtkrise. Nirgends waren die Ausweich- und Abwälzungsmöglichkeiten geringer als in dem „überindustrialisierten“, von Monopolen eingegengten, von Kriegs- und Inflationsverlusten geschwächten Deutschland, und nirgends war daher die Krise weitreichender, tiefergehender und langwieriger als hier. Der Preisrückgang der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ruinierte viele Bauern und bedrohte sogar den schon längst unrentablen Großgrundbesitz. Die Kapitalflucht bedrohte die Währung und verteuerte den Kredit, der bereits infolge des Verschwindens ausländischer Anleihen äußerst knapp geworden war. Die jährliche Industrieproduktion sank um etwa 42 Prozent,<sup>1)</sup> während der Reallohn 1932 um mehr als ein Drittel unter dem der Jahre 1928/29 lag.<sup>2)</sup> Die folgenreichste Krisenerscheinung war aber wohl die nie geschene Arbeitslosigkeit. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen betrug über 6 Millionen, die der nicht gemeldeten wurde auf über 1 Million geschätzt. Rechnet man die Familienangehörigen und Rentenempfänger ein, so mußte etwa ein Drittel der gesamten Bevölkerung von unzulänglichen Unterstützungen leben. Was Wunder, daß die Verelendung der Massen furchtbare Proportionen erreichte und die Verzweiflung grenzenlos wurde! Die Krise von Wirtschaft und Gesellschaft erstreckte sich auch auf den Staat. Der Fehlbetrag im Reichshaushalt betrug 6,6 Milliarden<sup>3)</sup> und das Budget-Defizit war trotz allen Regierungsmaßnahmen nicht zu bannen. Im Gegenteil, Brüning trug mit seiner nur z. T. aus der Reparationspflicht ableitbaren Deflationspolitik der Ausgabenbeschränkungen und Steuererhöhungen, der Lohnreduzierungen und des Unterstützungsabbaus, der Zollerhöhungen und Osthilfe dazu bei, Produktion und Beschäftigung immer weiter einzuengen.<sup>4)</sup>

Während die Reformisten sich damit trösteten, daß auch diese Krise wie alle vorhergehenden vorübergehen würde und es inzwischen das Beste sei, die Brüning-Regierung und -Politik als das „kleinere Übel“ zu tolerieren, erkannte die KPD sofort, daß es sich bei dieser Depression um mehr als eine normale Rezession handele. Sie charakterisierte also die 1929er Krise wie folgt: „Der Charakter der heutigen Krise ist der einer zyklischen Krise auf dem Boden der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems im Zeitalter des Monopolkapitalismus.“<sup>5)</sup> Wenn gegen die hier gegebene ökonomische Interpretation wenig einzuwenden ist, so waren die politischen Folgerungen, die man aus der ökonomischen Interpretation zog, umso problematischer. Ging man doch so weit, den Leitartikel nicht etwa eines für die Massen bestimmten Flugblatts, sondern der von Rosa Luxemburg und Franz Mehring begründeten „Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus“ zu überschreiben: „Im Zeichen der herannahenden revolutionären Krise“<sup>6)</sup>, oder seitens Thälmanns vor dem ZK im Januar 1931 zu erklären: „Die politische Krise . . . entwickelt bereits Tendenzen einer revolutionären Krise“ oder in der gleichzeitigen Resolution des ZK zu verkünden: „Inzwischen hat der revolutionäre Aufschwung neue und höhere Formen angenommen.“<sup>7)</sup>

Die Perspektive einer sich dauernd verschärfenden Krise verlockte selbstverständlich die Protagonisten des neuen linken Kurses, immer extremer zu werden und sich bald ins Sinnlose zu überschlagen. Die Sozialfaschismustheorie war der gegebene Rahmen, um all das Jahrzehnte alte Ressentiment gegen die „Verräter“ radikal „abzureagieren“. Als sich Remmele 1930 veranlaßt sah, gegen einige der törichtesten Ausschreitungen selber zu Felde zu ziehen, zitierte er z. B. aus dem in der KPD-Presse erschienenen Artikel „Wir und die sozialdemokratischen Arbeiter“ folgende Stellen: „Es ist ganz klar, daß es mit diesen Leuten (Sozialfaschisten) keine Einheit geben kann . . . und das gilt natürlich vom kleinen sozialfaschistischen Betriebsrat . . . ganz genau so

<sup>1)</sup> Kuczynski, „Die Bewegung . . .“, S. 129.

<sup>2)</sup> ib., S. 134.

<sup>3)</sup> Rühle, „Das Dritte Reich“ I, 1933, S. 22.

<sup>4)</sup> vgl. Anderson, op. cit., S. 143, und Brüning, op. cit., passim.

<sup>5)</sup> Thälmann 1931, zitiert bei Maslow-Kr., op. cit., S. 36.

<sup>6)</sup> „Die Internationale“ XIII, 1930, S. 577.

<sup>7)</sup> „Die Internationale“ XIV, S. 53 und 54.



wie seine großen Brüder Severing, Zörgiebel, ... die ...  
 samen Listen mit Sozialdemokraten bei Letzterem ...  
 „Verjagt die Sozialfaschisten aus den Funktionen im Betrieb ...  
 Gewerkschaften!“<sup>1)</sup> „Vertreibt die Sozialfaschisten aus den ...  
 trieben, aus den Arbeitsnachweisen, aus den ...  
 „Schlagt die kleinsten Zörgiebel aus den Schalen und Spiel-  
 plätzen!“<sup>2)</sup> Natürlich ist Remmele gegen diese Exzesse ...  
 eigentlich nur, weil es sich um Übertreibungen einer an sich richtigen Linie  
 handelt. Er selber erklärt in demselben Artikel, daß der „Sozial-  
 faschismus der Ausdruck für den gesamten Charakter und das ge-  
 samte politische Wesen der sozialdemokratischen Partei“ ist, und  
 daß es „auch unter den sozialdemokratischen Betriebsrat-  
 Elementen gibt, die sozialfaschistisch mit dem Unternehmer-Apparat  
 verwachsen sind ...“<sup>3)</sup> Bis zur Vernichtung der SPD durch Hitler  
 und noch lange Jahre danach blieb die prinzipielle Einstellung zur  
 SPD dieselbe. „Ohne im Kampf gegen die Sozialdemokratie zu  
 slegen, können wir nicht den Faschismus schlagen.“<sup>4)</sup> „Die Richtung  
 des Hauptstoßes unserer Politik gegen die Sozialdemokratie, als die  
 soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, muß mit größter Festigkeit  
 gegen alle Schwankungen durchgesetzt werden. Die Bildung der  
 sogenannten sozialdemokratischen „Eisernen Front“ ... ist der  
 Versuch einer stärkeren faschistischen Aktivität ...“<sup>5)</sup> „Nur wenn  
 der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie — diese soziale Haupt-  
 stütze der Bourgeoisie — gerichtet wird, kann man den Haupt-  
 klassenfeind des Proletariats — die Bourgeoisie — mit Erfolg  
 schlagen und zerschlagen.“<sup>6)</sup>

Noch 1932 zitierte Thälmann das 11. Ekki-Plenum, das von einer  
 Verflechtung der Hitlerpartei und der Sozialdemokratie im Dienste  
 des Finanzkapitals gesprochen habe. Die Rolle dieser beiden Flügel  
 sei schon 1924 am klarsten von Stalin charakterisiert worden. In-  
 dem er von ihnen als von Zwillingen gesprochen habe, die einander  
 ergänzen. Gegenwärtig sei die SPD „der gemäßigte Flügel des  
 Faschismus“ (in Anführungszeichen!). Auch in der Frage der  
 Terrororganisationen ahme sie immer mehr den Hitlerfaschismus  
 nach. „Vor allem aber sind es die Preußen-Regierung der SPD und  
 und des ADGB, die die Rolle der Sozialdemokratie als aktivster  
 Faktor bei der Faschisierung Deutschlands, wie sie das 11. Plenum  
 festgestellt hat, durch ihre Praxis voll und ganz bestätigen.“<sup>7)</sup> Wenn  
 die „Rote Fahne“ am 8. Juni 1932 nur noch die Führerschaft der  
 Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie bezeichnet,  
 so glaubt die „Internationale“<sup>8)</sup> hiergegen als gegen eine „opportu-  
 nistische Entgleisung im Namen der eben zitierten Ekki-Reso-  
 lution protestieren und feststellen zu sollen: „Die SPD bleibt die  
 soziale Hauptstütze der Bourgeoisie.“<sup>9)</sup> Was Wunder, daß die be-  
 sonders eifrige Badische Landtagsfraktion der KPD auf den Ein-  
 fall kam, im Landtag einen Antrag auf Verbot der Eisernen Front,  
 des Reichsbanners und überhaupt aller sozialdemokratischen  
 Organisationen einzubringen! Das bleibt als Symptom beachtlich,  
 selbst wenn dafür der Fraktionsvorsitzende von der Zentrale ge-  
 maßregelt wurde.<sup>10)</sup> Gegenüber dieser selbstmörderischen Politik  
 mußte leider „Der Nationalsozialist“ recht behalten, wenn er schon  
 1929 oder 1930 wie folgt spotten zu dürfen glaubte: „Komischer und  
 grotesker als alle Beschimpfungen ist ... die gänzlich unverdiente  
 Ehrenbezeichnung der Sozialdemokraten als Faschisten. Aus-  
 gerechnet die Speißermasse der 2. Internationale, die Juden-Schutz-  
 truppe, die Todfeinde, z. B. des italienischen Faschismus, als  
 Faschisten hinzustufen, dazu gehört schon eine Gehirn- und  
 Gemütsakrobatik ... Beruhigen wir uns! Kommunisten und Sozial-  
 demokraten, das heißt die Marxisten aller Schattierungen, werden  
 noch zeitig genug erfahren, was „Faschismus“ bedeutet.“<sup>11)</sup>

Dem Kampf gegen die SPD ging parallel der Kampf gegen die  
 Freien Gewerkschaften. Einheitsfronttaktik nur von unten hieß  
 hier letzten Endes „Ignorierung“ der reformistischen Gewerk-  
 schaftsführung, wobei sich diese allerdings nicht ignorieren ließ —  
 ebensowenig wie der Reichwehrgeneral Müller 1932. Es blieb also  
 der KPD mit ihrer neuen Taktik nichts anderes übrig, als wieder  
 einmal das Geschick der deutschen Betriebsarbeiter in ihre eigene  
 Hand zu nehmen — genau wie es vor zehn Jahren die Linke in der

<sup>1)</sup> zitiert bei Remmele, „Schriftthalten!“ (Warum muß der Kampf gegen  
 zwei Fronten gerichtet werden?), „Die Internationale“ XIII, S. 144.

<sup>2)</sup> zitiert ib., S. 150.

<sup>3)</sup> zitiert ib., S. 154.

<sup>4)</sup> „Rote Fahne“, Organ des Kommunistischen Jugendverbandes, zitiert  
 ib., S. 152.

<sup>5)</sup> „Trommel“, Zentralorgan der kommunistischen Kinderorganisation,  
 zitiert ib., S. 152.

<sup>6)</sup> ib., S. 313.

<sup>7)</sup> Thälmann in „Internationale“ XIV, S. 492.

<sup>8)</sup> „Die Internationale“ XV, S. 54.

<sup>9)</sup> So noch die Resolution des 12. Ekki-Plenums im September 1932, zitiert  
 in „Internationale“ XV, S. 384.

<sup>10)</sup> Thälmann, „Der revolutionäre Ausweg und die KPD“, S. 25.

<sup>11)</sup> „Die Internationale“ XV, S. 274 ff.

<sup>12)</sup> ib., S. 277.

<sup>13)</sup> My, „Was lehrt der Fehler der Badischen Landtagsfraktion?“, „Die  
 Internationale“ XV, 1932, S. 247.

<sup>14)</sup> zitiert bei Schwarz, op. cit., S. 190.

KPD versucht hatte. Noch auf dem Weddinger Parteitag 1929 hatte man „bescheiden“ nur von eigenen Kandidatenlisten für die Betriebsräte wahlen, eigenen revolutionären Betriebsvertrauensleuten und eigenen Kampf- und Streikleitungen gesprochen. Aber die immanente Logik oder, wenn man will, Dialektik der neuen Linke konnte bei diesen halben Maßnahmen nicht stehen bleiben. Es erschien zu verlockend, das Millionenheer der „revolutionären Unorganisierten“, zu deren Erfassung der altersschwachen Gewerkschaften nicht mehr fähig waren, in neuen „roten Gewerkschaften“ zu organisieren und die Gruppen, Ortsvereine und Kartelle usw., die die KPD in den Gewerkschaften selber beherrschte, notfalls sogar unter Disziplin-Verstoß gegen die Gewerkschaftsbürokratie, zu halten und im Falle des Ausschlusses mit den neuen Organisationen zu neuen Gewerkschaften und Verbänden zusammen zu schließen. Diese Linie wurde bis zum Ende der deutschen Gewerkschaften durchgehalten, allerdings unter gewissen Schwankungen.

1929 bis 1930 war man so links, daß man alles versuchte, um eine Spaltung zu provozieren und so rasch wie nur möglich neue Gewerkschaften zu gründen. Während dieser Zeit befolgte die KPD weitgehend, ohne es einzugestehen, die Politik: „Heraus aus den Freien Gewerkschaften!“ Später kam insoweit eine „Wendung“, als man gleichzeitig auf zwei Hochzeiten zu tanzen versuchte. Man wollte die Positionen in den Freien Gewerkschaften halten und sogar ausbauen und erst später verselbständigen, gleichzeitig aber nicht auf die selbständige Führung der Streiks und Organisation neuer Massen verzichten. Die neue RGO-Linie wurde von Franz Dahlem 1930 in seinem Artikel „Die Entwicklung der RGO zur Kampfgewerkschaft“<sup>1)</sup> expliziert, wo er ausdrücklich von einem „Kurs auf Rote Industrieverbände“ spricht.<sup>2)</sup> Auch in der Resolution des ZK vom Januar 1931 heißt es: „Das wichtigste Kettenglied der proletarischen Revolution ist zweifellos unter den gegenwärtigen Bedingungen die wirkliche Organisation und erfolgreiche Führung der proletarischen Wirtschaftskämpfe.“<sup>3)</sup> „Die Internationale“<sup>4)</sup> bemerkt hierzu: „Die wichtigste zentrale Tagesaufgabe ist die Stärkung der RGO, die Ausbreitung der RGO zu einer Millionenorganisation“. Allerdings fügt sie im Sinne des Kampfes gegen die ultralinken Auswüchse hinzu, daß „Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften nicht überflüssig“ sei. In Wahrheit blieb es in bezug auf die Arbeit in den Freien Gewerkschaften bei frommen Wünschen, platonischen Erklärungen und papiernen Resolutionen. Das zeigte am deutlichsten der 14. Kongreß des ADGB, der vom 13. August bis zum 4. September 1931 in Frankfurt tagte und auf dem sich unter 307 Delegierten kein einziger KPD-Vertreter befand.<sup>5)</sup>

Die KPD erklärte selber immer wieder, daß ihre neue Linie nur Sinn habe, wenn es ihr gelänge, große Streikwellen und Massenstreiks bis zum Generalstreik auszulösen, zu organisieren und schließlich zum Siege zu führen. In Wirklichkeit gelang aber der RGO höchstens die Auslösung lokal beschränkter Streikwellen, die alle sehr rasch, oft mit der Niederlage der Streikenden, endeten. Zu wirklich großen und lang dauernden Massenstreiks kam es nie, vom Generalstreik ganz zu schweigen. Borkenau zufolge gab die KPD zwischen 1929 und 1932 sechs mal die Parole des Generalstreiks heraus. Beim ersten Aufruf im Mai 1929 habe eine einzige Fabrik gestreikt, später (überhaupt niemand mehr.)<sup>6)</sup> Fest steht, daß bei den entscheidenden Ereignissen am 20. Mai 1932 (dem Tage des Papen-Staatsstreiks gegen Preußen) und 30. Januar 1933 (dem Zeitpunkt der Übernahme der Regierung durch Hitler) die kommunistischen Generalstreikaufrufe überhaupt keinen Widerhall fanden.<sup>7)</sup>

Im Januar 1931 kam es allerdings im Ruhrbergbau, jener Hochburg des Syndikalismus, wirklich zu einem Streik von 58 000 Kumpeln unter Führung der RGO. Diese benutzte die Gelegenheit sofort zur Gründung eines roten „Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands“. Der Streik brach aber schon nach ein paar Tagen zusammen und selbst der Kommunist Birkenhauer mußte zugeben, daß der „Streikabbruch anarchisch“ war.<sup>8)</sup> Als Antwort auf die Papenschen Lohnabbau-Forderungen kam es 1932 zu einer neuen Streikwelle. In der Zeit von Mitte September bis zur ersten Oktoberwoche wurden mehr als 200 Streiks gezählt. Die RGO hatte zwar begrenzten Einfluß; doch selbst diese Bewegung war mehr eine Vorankündigung dessen, was bei einem neuen Konjunkturaufschwung die deutsche Arbeiterschaft an Kampfkraft gezeigt haben würde, denn der Ausdruck einer bereits erreichten Kraft.

<sup>1)</sup> „Die Internationale“ XIII, S. 713—718.

<sup>2)</sup> *ib.*, S. 717.

<sup>3)</sup> „Die Internationale“ XIV, S. 57.

<sup>4)</sup> *ib.*

<sup>5)</sup> vgl. Heckert in „Internationale“ XIV, S. 394—402.

<sup>6)</sup> Borkenau, *op. cit.*, S. 335.

<sup>7)</sup> vgl. auch Franz Neumann, *op. cit.*, insbes. S. 28 ff.

<sup>8)</sup> „Internationale“ XIV, S. 118 ff., insbes. S. 125 und S. 127.

Nichts konnte falscher sein als die Behauptung des 12. Ekki-Plenums<sup>1)</sup>, nach der „die Streikwelle die wachsende Klassenkraft des Proletariats zeige“.

Die neue Gewerkschaftslinie wurde, was ja nicht überraschen sollte, am weitesten vorgetrieben von dem Leiter der Gewerkschaftsabteilung der KPD, Paul Merker. Als die Zentrale sich gegen die Exzesse der neuen Linie wandte, trat Merker im März 1930 in offene Opposition. Er versuchte, eine Fraktion zu bilden, wobei er eine Stütze in der Organisation Berlin-Zentrum und deren Partelsekretär Peuke fand. Diese letzte offene Opposition in der KPD war aber schon so schwach, daß sie ohne viel Anteilnahme der Mitgliedschaft in einigen Wochen liquidiert werden konnte.<sup>2)</sup>

Obwohl seit 1929 die nationalsozialistische Bewegung in immer stürmischerem Tempo wuchs, startete die KPD gebannt auf den „Sozialfaschismus“ à la Hermann Müller, Braun, Severing, Zörgelbeil usw. So konnte ihr die eigentliche faschistische Gefahr gar nicht zu Bewußtsein kommen. Zunächst sah sie in den Nazis nur bezahlte Rowdies und Pinkertons des Kapitals, die man überall dort, wo sie sich lausig machten, mit Brachialgewalt zur Raison bringen müsse. So verkündete sie die bekannte Parole: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ In Wirklichkeit waren es die Faschisten, die überall, wo sie die „Marxisten“ trafen, schlugen — ohne allerdings so töricht zu sein, diese ihre Politik vorher urbi et orbi zu verkünden. In dem Maße, wie die Faschisten anwuchsen, merkten die Kommunisten selber, daß man mit Knüttel und Messer eine Massenbewegung nicht besiegen konnte. Schließlich ließen sie die Parole wieder fallen, warfen allerdings sogar später Heinz Neumann, dem Urheber dieser Taktik, nur vor, daß er die Losung noch zu einem Zeitpunkt verteidigt habe, als der Faschismus längst zu einer starken Massenbewegung geworden sei.<sup>3)</sup>

Heinz Neumann hatte aber geglaubt, den Nationalsozialismus nicht nur mit der Peitsche, sondern auch mit Zuckerbrot bändigen zu können. Wie einst schon Ruth Fischer war er in nationalsozialistische Versammlungen gezogen, um sich dort bei den Faschisten anzubiedern. In einer Goebbels-Versammlung im Friedrichshain soll er u. a. erklärt haben: „Junge Sozialisten! Tapfere Kämpfer für die Nation! Die Kommunisten wollen keinen Bruderkampf mit den Nationalsozialisten!“<sup>4)</sup> Wirklich gelang es der KPD wieder wie 1923, einen kleinen Kreis von idealistischen Offizieren und nationalbolschewistischen Intellektuellen für sich zu gewinnen, unter ihnen den Leutnant Scheringer (der im Oktober 1933 als Nationalsozialist vom Reichsgericht verurteilt worden war und später auf der Festung Bielefeld den Argumenten seiner kommunistischen Mitgefangenen erlag), den früheren Hauptmann und Schriftsteller Ludwig Renn und Offiziere vom Bund Oberland. Die Masse der nationalsozialistischen Führer und Anhänger war natürlich gegen den bolschewistischen und nationalbolschewistischen „Bazillus“ durchaus immun.

Die KPD glaubte allerdings, daß die nationale und soziale Demagogie der NSDAP durch feierliche Erklärungen und patriotische Beteuerungen geschlagen werden könne. So war es wieder Heinz Neumann, der den Einfall hatte, durch eine „Programm-Erklärung der KPD zur Nationalen und Sozialen Befreiung des Deutschen Volkes“ bei den bevorstehenden Septemberwahlen den Nazis den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Erklärung wurde am 24. August 1930 vom Zentralkomitee beschlossen.<sup>5)</sup> Der Anfang („Wir werden den räuberischen Versailler „Friedensvertrag“ und den Young-Plan, der Deutschland knechtet, zerreißen, werden alle internationalen Schulden und Reparationszahlungen annullieren...“) war ebenso nationalistisch-bramarbasierend wie das Ende („Nieder mit dem Young-Plan! Nieder mit der Regierung der Kapitalisten und Junker! Nieder mit Faschismus und Sozialdemokratie! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe Sowjet-Deutschland!“) revolutionär-phrasenhaft war. Außer durch seinen nationalistischen Ton wollte der Aufruf die Mittelschichten auch dadurch gewinnen, daß er nur die Sozialisierung der Großindustrie, der Banken, des Großhandels und Großgrundbesitzes verlangte, gleichzeitig aber allen „Werkträgern“ auf Basis breitester Sowjeddemokratie ein Bündnis anbot. Natürlich glaubten die nationalistischen Spießer der KPD ihren Nationalismus ebenso wenig wie die Bauern und Handwerker ihren „Werkträgern-Demokratismus“.

Auch in späteren Erklärungen sollte nun die nationalistische Note immer wiederkehren, immer mit demselben „Erfolg“. In seiner Rede auf dem 11. Ekki-Plenum im April/Mai 1931 erklärte Thälmann, daß die ganze Tradition der KPD im Zeichen des

<sup>1)</sup> zitiert in „Internationale“ XV, S. 402 ff.  
<sup>2)</sup> vgl. Römmele in „Internationale“ XIII, S. 243; siehe auch Paul Merker, „Der Kampf gegen den Faschismus“, ib., S. 259-260.

<sup>3)</sup> „Die Internationale“ XV, S. 386 ff.

<sup>4)</sup> Schwartz op. cit., 208.

Kampfes gegen Versailles gestanden habe. Er erinnerte an die Politik des Spartakusbundes und des Ruhrkampfes 1923. Einen Widerspruch zum Prinzip des proletarischen Internationalismus gäbe es dabei nicht.<sup>1)</sup> Im Februar 1932 rühtе sich Thälmann auf der Tagung des ZK: „Wir sind die einzige Partei in Deutschland, die wirklich mit der größten Entschiedenheit gegen die Befreiungspolitik kämpft! . . . Die nationale Befreiung ist unvereinbar von der sozialen Befreiung des werktätigen Volkes, d. h. vom Sturz des Kapitalismus . . . Man kann nicht gegen das Versailler System kämpfen, wenn man eine wütende Hetze gegen die einzige Regierung der Welt führt, die den Versailler Schandvertrag . . . nicht unterzeichnete . . . Die Hitlerpartei . . . wird . . . zum unmittelbaren Bundesgenossen Pilsudski-Polens, das mit seiner Politik des Polnischen Korridors und in Oberschlesien deutsche Arbeiter und Bauern knechtet und martert . . . Man kann nicht gegen den Versailler Vertrag und die Young-Sklaverel kämpfen, ohne das Banner des proletarischen Internationalismus zu entrollen . . .“<sup>2)</sup> Daneben fehlt es natürlich auch nicht an wiederholten Beteuerungen der internationalistischen Gesinnung der KPD, so, wenn z. B. die Resolution des ZK vom Januar 1931 sich gegen die chauvinistische Hetze erklärt, den Kampf gegen den Welt-Imperialismus proklamiert und die KPD als die einzige Friedenspartei herausstellt,<sup>3)</sup> oder wenn Thälmann nach Paris reist und dort in einem Massenmeeting die unbedingte Verbundenheit des deutschen und französischen Proletariats beteuert.<sup>4)</sup> Was nur fehlt, ist die ausgewogene Vermittlung von „Nationalismus“ und Internationalismus, von nationaler und sozialer Fragestellung!

Nach der nationalen und sozialen Befreiung entdeckte die KPD wieder die „Volksrevolution“, was gewissermaßen nur eine logische Entwicklung war. Diese Parole wurde im Januar 1931 zum erstenmal verkündet. „Die KPD . . . muß die Volksrevolution gegen den Faschismus und die Wirtschaftskatastrophe organisieren — das ist ihre historische Aufgabe.“<sup>5)</sup> „Die zentrale strategische Losung der KPD ist die der Volksrevolution, die nur ein Synonym der proletarischen Revolution ist.“<sup>6)</sup> Mit dieser Losung wollte man die Mittelschichten gegen die Nazis immunisieren und gewinnen — als ob sich soziale Klassen durch das Spiel mit Synonymen gewinnen ließen! Ging es aber nicht mit der „Volksrevolution“, so würde sicherlich die „Volksaktion“ helfen: „Die Sammellosung: „Volksaktion gegen Faschismus, Brüning-Diktatur und Preußenregierung“ — unter ihr wird „die Partei in den nächsten Monaten alle Kämpfer zusammenfassen . . .“<sup>7)</sup> Schließlich verkündete im Mai 1931 Thälmann anlässlich eines Massenmeetings in Odenburg ein angeblich von Thälmann und Pieck entworfenes und vom ZK beschlossenes Bauern-Hilfsprogramm,<sup>8)</sup> in dem es hieß: „Die Volksrevolution unter Führung der KPD wird auch den werktätigen Bauern die Freiheit bringen . . .“<sup>9)</sup> Es erübrigt sich zu betonen, daß eine KPD, welche bei den Betriebsarbeitern keinen Einfluß gewinnen konnte, bei den gerade in Deutschland so konservativen Bauern erst recht nichts bedeuten konnte. Doch sollte die KPD bald nicht nur um konservatives Landvolk werben, sondern auch zusammen mit Reaktion und Faschisten zur Wahlurne gehen.

Das Jahr 1931 brachte wiederum der Republik ausschließlich Niederlagen. Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion scheiterte vor allem am französischen Widerstand. Verhängnisvoller war noch die ständige Verschlechterung der Finanz- und Wirtschaftslage, die 1931 im Zusammenbruch der Kreditanstalt und der Danatbank gipfelte. Natürlich witterte die Rechte Morrenluft. Im Sommer 1931 leitete die sogenannte „Nationale Opposition“ (Nazis, Deutschnationale, Stahlhelm usw.) ein Volksbegehren für Auflösung des Preußischen Landtags ein, das zum Sturz der verhassten SPD-Regierung führen sollte.<sup>10)</sup> Trotz ihrem Haß gegen Braun und Severing hatte sich die KPD zunächst gegen „diesen Schwindel“ gewandt unter der Parole: „Nieder mit dem faschistischen Volksbetrug!“ Heinz Neumann war allerdings für Unterstützung des Volksentscheids, da die Verschärfung der politischen Krise der KPD nützen müsse. Er vertraute dabei vor allem auf die illegalen Kaders des RFB, den militärpolitischen Apparat, die kommunistischen Offiziere. Remmele war natürlich für Neumanns Abenteuerium. Thälmann war einer der wenigen, die immerhin spürten, daß es sich hierbei um ein gefährliches Abenteuer handele. Da er aber nicht imstande war, seine Bedenken politisch überzeugend vorzutragen, ging er angeblich in seiner ohnmächtigen

<sup>1)</sup> zitiert bei Maslowski, S. 77 ff.

<sup>2)</sup> zitiert bei Maslowski, op. cit., S. 88 ff.

<sup>3)</sup> zitiert ib., S. 78.

<sup>4)</sup> Schwarz, op. cit., S. 231.

<sup>5)</sup> „Die Internationale“ XIII, S. 584.

<sup>6)</sup> „Die Internationale“ XIV, S. 57.

<sup>7)</sup> Kreuzburg in „Internationale“ XIV, S. 112.

<sup>8)</sup> „Die Internationale“ XIV, S. 249; vgl. auch Heinrich Rau, „Bauern-Hilfsprogramm der KPD“, ib., S. 311—318.

<sup>9)</sup> zitiert bei Maslowski, op. cit., S. 79.

<sup>10)</sup> Braun, op. cit., S. 328 ff.

Wut zu einem tätlichen Angriff auf Neumann über. Das kostete ihm den Rest der Sympathien und das ZK entschied sich fast einstimmig für die Teilnahme am Volksentscheid. Neumann selber mußte am 24. Juli den Beschluß vor den Berliner Funktionären verteidigen und in Artikeln rechtfertigen.<sup>2)</sup>

Wieder einmal hatte die SPD der KPD in die Hände gespielt. Die preußische Regierung hatte ein recht harmloses kommunistisches Sportfest verboten. Die KPD verlangte die Aufhebung dieses und des RFB-Verbots, andernfalls sie für das Volksbegehren stimmen werde. „Natürlich“ lehnte die Braun-Severing-Regierung ab, und ebenso „natürlich“ machte die KPD nun Einheitsfront mit den Reaktionen und Nazis. Sie erklärte: „Die Preußenpolitik der SPD . . . hat das Schwarz-Rot-Goldene Preußen zu einem Hort der finsternen Reaktion in Deutschland gemacht. Der Kampf gegen die Preußenregierung ist deshalb ein entsprechender Teil unseres allgemeinen Massenkampfes gegen die Kapitals-Diktatur und den Faschismus . . .“<sup>3)</sup> Der Volksentscheid, den die KPD nun zum „Roten Volksentscheid“ machte, war sowohl für die Reaktion als auch für die KPD nur ein bescheidener Erfolg. Hatten sich beim Volksbegehren sechs Millionen eingetragen, so stimmten beim Volksentscheid am 9. August 1931 9,8 Millionen (37 Prozent) mit Ja.<sup>4)</sup>

Die wirkliche Aktionskraft der KPD wurde von Jahr zu Jahr geringer, und zwar in demselben Maße, in dem die Krise die Kampfkraft des Proletariats schwächte. Die Masse der beschäftigten Betriebsarbeiter verharrte in größter Passivität in den traditionellen Organisationen (Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften usw.). Hier war die KPD so gut wie einflußlos. Aber auch bei den Erwerbslosen und dem verelendeten Mittelstand war ihr Einfluß auf Stimmengewinn bei allgemeinen Wahlen beschränkt. Höchstens gelang es ihr einmal, eine Anzahl verhungender Erwerbsloser zu einer Demonstration zu bewegen, die in blutigen Zusammenstößen mit der Polizei oder in der Plünderung von Lebensmittelgeschäften endete.

Umso „ernsthafter“ begann sie — genau wie 1923 — den bewaffneten Aufstand militärtechnisch vorzubereiten. Eine verstärkte Konspiration setzte ein. Spezielle Kampfgruppen wurden organisiert. Die Zahl illegaler Broschüren und Bücher über die „Kunst des Aufstandes“ wuchs. Die illegale Zeitschrift mit dem bezeichnenden Namen „Oktober“ erschien regelmäßig jeden Monat. Noch war Max Hölz in Moskau; aber schon war Erich Wollenberg, der in der Armee der Bayerischen Räterepublik eine Rolle gespielt hatte, wieder in Deutschland.<sup>5)</sup> Die „Militärbearbeiter“ Schneller, Kippenberger usw. waren auch wieder einmal geschäftig. Natürlich war auch das, verglichen mit der Stärke und Schulung der Reichswehr, Schupo und SA, Dietantismus. Die KPD war weder eine revolutionäre Partei der werktätigen Massen, noch eine Kaderorganisation geschulter Konspiratoren. Ihr zwiespältiger, zwischen diesen Polen schwankender Charakter wurde immer offenkundiger.<sup>6)</sup> Die damaligen Polizeiberichte waren wahrscheinlich übertrieben. Immerhin hatten manche Parteikreise begonnen, terroristische Aktionen vorzubereiten. Das ZK gab selber zu, daß terroristische Stimmungen bestanden hätten. Das ist bei der radikalen Linie der KPD einerseits, der hoffnungslosen Schwäche des Proletariats andererseits kein Wunder. Schließlic hielt es die Führung für nötig, am 10. November 1931 einen felerlichen Beschluß des Zentralkomitees gegen den individuellen Terror zu veröffentlichen.<sup>7)</sup> Es wurde betont, daß es sich hierbei nicht etwa um ein taktisches Manöver handele, um dem Verbot zu vorzukommen.<sup>8)</sup> Bei einem Pressempfang im Reichstag gab Remmele entsprechende Erklärungen ab.<sup>9)</sup>

Im Verlauf des Jahres 1932 kündigte sich endlich auch eine sehr schüchterne Modifikation der Einheitsfronttaktik an, nachdem man sich von Neumanns und Remmeles Hoffnung auf den Sieg der Nazis losgemacht hatte.<sup>10)</sup> Die NSDAP, seit den September-Wahlen die zweitstärkste Partei, hatte sich am 11. Oktober 1931 mit den Deutschnationalen und dem Stahlhelm zur Harzburger Front zusammengeschlossen. Während Kommunisten und Sozialdemokraten sich im Bruderkampf verbluteten, erstarkte der Faschismus in der Einheitsfront mit der Reaktion von Jahr zu Jahr und von Monat zu Monat. Ende 1928 hatte die NSDAP etwa 100 000 Mitglieder angegeben (weniger als die KPD), 1931 konnte sie 800 000 aufweisen (etwa soviel wie die SPD!), Anfang 1933 aber 1,5 Millionen. Das am 13. April 1932 ausgesprochene Verbot der SA und SS blieb wirkungslos. Die Braun- und Schwarzhemden wurden immer aggressiver.

<sup>2)</sup> Schwarz, op. cit., S. 214 ff.; vgl. auch Thälmann, „Kampfboden und Aufsätze“, S. 53—55.

<sup>3)</sup> „Die Internationale“ XIV, S. 567.

<sup>4)</sup> Stämpfer, op. cit., S. 352.

<sup>5)</sup> Schwarz, op. cit., S. 224.

<sup>6)</sup> vgl. auch Schwarz, op. cit., S. 223.

<sup>7)</sup> „Die Internationale“ XIV, S. 595

<sup>8)</sup> ib.

<sup>9)</sup> Schwarz, op. cit., S. 220.

<sup>10)</sup> vgl. die im Anhang Nr. 6 abgedruckte Resolution der Parteikonferenz vom Oktober 1932.

Die nationalsozialistische Welle schien alles zu überfluten. Das Verlangen nach Einheit wurde immer lauter in den Reihen der gesamten Linken. Trotzki's glänzende Pamphlete fanden weit über den Rahmen der „Trotzkisten“ hinaus bis in die Kreise der linksliberalen Intelligenz Widerhall. Zugleich stand die kommunistische Führung unter dem Feuer der Kritik Brandlerianer und Versöhner, zu denen sich noch die 1931 von der SPD abgespaltene Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) und der linke SPD-Flügel gesellten. Nachdem die KPD jahrelang die Einheitsfront von oben als das denkbar größte Verbrechen verdammt hat, beillagte sie nun plötzlich nolens volens, selbst 51 „Angebote“ seien möglich, wenn nur die Massen genügend mobilisiert seien und ihr Wille zum selbständigen Kampf dadurch nicht geschwächt würde.<sup>1)</sup> Am 25. April 1932 hieß es in einem zentralen Aufruf der KPD und RGO zum ersten Male wieder: „Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterdrückungsraub führen will, gemeinsam zu kämpfen.“<sup>2)</sup> Am 20. Juli 1932 machte sogar das ZK der KPD ein Angebot an den Vorstand der SPD und der Freien Gewerkschaften, für die von Papen davongejagte Preußenregierung in den Generalstreik zu treten, für dieselbe Preußenregierung, gegen die sie selber vorher in Einheitsfront mit der Reaktion gekämpft hatte. Natürlich kamen diese Einheitsfront-Manöver zu spät; das Angebot am 20. Juli war ebenso erfolglos wie ein entsprechendes Angebot später beim Regierungsantritt Hitlers am 30. Januar 1933. Um den Kreis zu schließen, folgte der halben Wendung in der Einheitsfrontpolitik schließlich die Wiederaufnahme der guten alten Lösung der „Arbeiter- und Bauernregierung“, wobei man sich natürlich beeilte, sie wieder für ein Synonym der proletarischen Diktatur zu erklären und mit der Volksrevolution zu verkuppeln.<sup>3)</sup>

All diese höchst mattherzig unternommenen Einheitsfrontmanöver konnten zu keiner wirklichen Einheitsfront führen, da einerseits die Reformisten alles andere als bereit waren, den kommunistischen Führungsanspruch anzuerkennen, andererseits die KPD ihren Anspruch auf ungeteilte Hegemonie nie zurückstellen zu dürfen glaubte. Was also bei all dem Manövrieren schließlich herauskam, war eine kommunistische Frontorganisation mehr. Nach dem Verbot des RFB bestand dafür in den Augen der Partei unbedingt ein Bedürfnis. Obwohl der RFB selber „illegal“ weiterbestand, schuf die Partei für das Auftreten nach außen eine Anzahl neuer Organisationen, die dann in der „Antifaschistischen Aktion“ (Antifa) zusammengeschlossen wurden. 1932 war die KPD so weit, daß sie sich einbildete, in ihrem Rahmen eine wirkliche Einheitsfront zustande bringen zu können. „Die antifaschistische Aktion als das richtige Kettenglied . . . Die Antifa soll alle Formen des proletarischen Massenwiderstandes . . . entfalten . . . so ist die Antifa . . . die Form, in der wir die Einheitsfronttaktik von unten . . . in breitester Weise anwenden.“<sup>4)</sup> So gelang es zwar der KPD mal am 8. Juli 1932 20 sozialdemokratische Funktionäre zu einer Aussprache mit Thälmann, Pieck und John Schehr zu versammeln und ihre 21 Fragen zu ihrer vollsten Zufriedenheit zu beantworten.<sup>5)</sup> Da es aber nicht gelang, die anderen Arbeiter-Organisationen offiziell einzubeziehen, beschränkte sich auch diese Aktion auf den Kreis der Sympathisierenden und Mitläufer und verlief nach einiger Zeit wieder im Sande.

Wahrhaft „große“ Erfolge hatte die Partei nur auf dem Gebiet der Parlamentswahlen zu verzeichnen. Bei den Präsidentenwahlen hatte im ersten Wahlgang am 13. März 1932 Thälmann fast 5 Millionen Stimmen (13,2 Prozent) erhalten, Hitler allerdings 11,3 (30,1 Prozent) und Hindenburg fast 19 (39,6 Prozent). Im zweiten Wahlgang am 10. April bekam Hitler sogar 13,4 Millionen Stimmen (36,8 Prozent), während die Stimmenzahl Thälmanns auf 3,7 Millionen (10,2 Prozent) zurückging.<sup>6)</sup> Bei den Landtagswahlen in Preußen, Württemberg, Hamburg und Anhalt am 24. April 1932 hatte die KPD überall Stimmen gewonnen (in Preußen 2,8 Millionen gegen 2,2 Millionen 1928), doch waren diese Gewinne nichts im Vergleich mit dem Anwachsen der Nazis (von einer halben auf 8 Millionen!)<sup>7)</sup> Bei der Reichstagswahl am 31. Juli nahm die Zahl der KPD-Stimmen gegenüber 1930 um etwa 800 000 auf 5 370 000 zu, während sich die Zahl der Nazi-Stimmen mehr als verdoppelte. Schließlich erhielt die KPD bei den letzten freien Wahlen am 6. November fast 6 Millionen Stimmen (18,9 Prozent) und 100 Mandate gegenüber 7¼ Millionen für die SPD und 11¾ Millionen für die NSDAP.<sup>8)</sup> Noch im Januar 1932 hatte Thälmann einen Artikel „Das Zen-

<sup>1)</sup> „Die Internationale“ XV, S. 284 ff.

<sup>2)</sup> zitiert bei Florin in der „Internationale“ XV, S. 316.

<sup>3)</sup> „Die Internationale“ XV, S. 292.

<sup>4)</sup> „Die Internationale“ XV, S. 286-291.

<sup>5)</sup> vgl. „Wie schaffen wir die Rote Einheitsfront?“, Thälmanns Antwort auf 21 Fragen von SPD-Arbeitern, Berlin 1932.

<sup>6)</sup> Hagmann, op. cit., S. 36.

<sup>7)</sup> Braun, op. cit., S. 376.

<sup>8)</sup> Hagmann, op. cit., S. 35.

trum, die führende Partei der deutschen Bourgeoisie" in der „Internationale“) veröffentlicht. Hier hatte er wirklich „genial“ prophezeit: „Es ist anzunehmen, daß die Ausübung der Diktatur der Bourgeoisie — gleichviel mit welchen Methoden und besonders, wenn es sich um faschistische Methoden handelt — vorerst und auf längere Sicht in starkem Maße in den Händen des Zentrums liegen wird.“<sup>1)</sup> Knapp vier Monate später wurde der Zentrumskanzler Brüning, der Hindenburgs Wiederwahl organisiert hatte, von diesem schlicht verabschiedet, als der Kanzler mit Siedungsplänen die ostelbischen Junker vor den Kopf stieß. Das sich nun auf die Deutschnationalen stützende Papen-Kabinett, das Hindenburg am 31. Mai ernannt hatte, machte nicht nur der Herrschaft des Zentrums in Preußen den Garaus. Nachdem die Regierung der Weimarer Republik am 16. Juni das SA- und SS-Verbot prangend aufgehoben hatte, setzte Papen am 20. Juli die Braun-Severin Regierung ab. Die Nachricht von diesem Staatsstreich wurde in einigen KPD-Versammlungen mit Beifall aufgenommen.<sup>2)</sup> Die KPD stand der Reaktion ebenso hilflos gegenüber wie die SPD und gab jetzt mehr oder weniger offen zu, daß es in Deutschland einen Generalstreik ohne die Gewerkschaften nicht geben könne. Zu dem Ereignis, das zwar den Anfang vom Ende der Republik darstellte, aber doch die Faschisten selber noch nicht an die Macht brachte, wußte sie nicht viel mehr zu erklären als: „Mit ihrem Staatsstreich in Preußen ist die Regierung Papen—Schleicher—Gayl . . . zur Regierung der faschistischen Diktatur geworden . . .“<sup>3)</sup> Dafür erklärte Thälmann wieder einmal in einem „Die neue Etappe der Bolschewisierung der KPD“ überschriebenen Artikel zu dem Ergebnis der Juliwahlen: „Die KPD . . . bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli . . . die einzige siegreiche Partei . . . Stagnation, teilweise Erscheinungen des Rückganges der nationalsozialistischen Welle.“<sup>4)</sup>

War die KPD 1932 „die einzige siegreiche Partei“, so brauchte sie natürlich die Papen-Regierung und die nationalsozialistische Bewegung nicht allzu ernst zu nehmen. Sie konnte es sich dann natürlich leisten, Zeit und Energie auf ein kleines innerparteiliches Geplänkel zu verwenden. Zugleich fühlte man doch auch, daß in der besten aller Parteien nicht alles zum besten bestellt war. Man brauchte also einen Sündenbock, und diesen fand man sehr mühelos in der Person Heinz Neumanns, der erst nach den Juliwahlen in den Reichstag eingezogen war. Auf der 3. Parteikonferenz im Oktober 1932<sup>5)</sup> wurden die Fehler der Neumann-Gruppe scharf gebrandmarkt. In einem Artikel in der „Internationale“<sup>6)</sup> wurde Neumann wegen der folgenden Mißgriffe kritisiert: Er und seine Gruppe hätten die Losung „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ noch zu einem Zeitpunkt verteidigt, als der Faschismus längst zur Massenbewegung geworden wäre. Im Dezember 1930 habe er (Neumann) behauptet, daß der Faschismus da sei. Im Sommer 1931 habe er eine Krise der NSDAP und SPD konstatiert. Er habe sich gegen das „Nachlaufen“ hinter den sozialdemokratischen Arbeitern gewandt. Er sei für die Ersetzung der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch die Losung der Volksrevolution eingetreten. Thälmann behauptete nun, daß er sich bereits auf dem Februar-Plenum des ZK gegen Neumann gewandt habe. Inzwischen habe auch das 12. Ekki Plenum Neumann verurteilt. In diesem Zusammenhang schrieb Thälmann: „Das 12. Plenum hat besonders unterstrichen, daß mit der deutschen Revolution das Schicksal der proletarischen Revolution in West- und Mitteleuropa entschieden wird.“ Ahnte das Ekki, daß das Schicksal Deutschlands und Europas bereits im Winter 1932 gegen die Kommunisten entschieden werden würde?

Seit dem Staatsstreich vom 20. Juli war die Schwäche der Arbeiterbewegung mit Händen zu greifen. Trotz „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ und „Eiserner Front“ und „Antifaschistischer Aktion“ wuchs der nationalsozialistische Terror täglich. Zuschend beherrschten die Sturm-Abteilungen und „Schutz-Staffeln“ die Straße, und die Zahl der Opfer entsprach den bürgerkriegsmäßigen Verhältnissen. Nach der Aufhebung des SA-Verbots zählte man in Preußen allein innerhalb eines Monats 99 Tote und 125 Schwerverwundete. Polizei, Justiz und Verwaltung begünstigten Reaktion und Faschismus. Selbst in dem bekannten Potempa-Fall, wo ein wehrloser kommunistischer Landarbeiter in seiner eigenen Wohnung vor den Augen seiner Mutter von fünf Nationalsozialisten zu Tode getrampelt worden war, wurde die Todesstrafe gegen die Täter unter dem Druck von Hitler und Göring nicht vollstreckt.<sup>7)</sup>

<sup>1)</sup> XV, S. 6—20.

<sup>2)</sup> ib., S. 22.

<sup>3)</sup> Stämpfer, op. cit., S. 578; vgl. auch Dörkenau, S. 345.

<sup>4)</sup> „Die Internationale“ XV, S. 322.

<sup>5)</sup> ib., S. 309.

<sup>6)</sup> XV, S. 388 ff.; vgl. auch Thälmann, „Im Kampf gegen die faschistische Diktatur“, S. 25 ff.

<sup>7)</sup> XV, S. 388 ff.; vgl. auch Thälmann, „Im Kampf gegen die faschistische Diktatur“, S. 23 ff.

<sup>8)</sup> Anderson, op. cit., S. 149.

Eine kleine Genugtuung sollten die Kommunisten erleben, als die greise Clara Zetkin, die jahrelang in Mostau kaltgestellt gewesen war, Ende August Alterspräsidentin des am 31. Juli gewählten Reichstags wurde. In all den Jahren waren die Kommunisten von dem Parlamentspräsidium ausgeschlossen geblieben, da sie nicht für die proportionale Verteilung der Sitze stimmen wollten. Jetzt, da der Weimarer Parlamentarismus in seinen Todeszügen lag, wollte es der Zufall, daß der vorletzte Reichstag der Republik von der Kampfgefährtin Luxemburgs und Liebknechts eröffnet werden sollte. Noch einmal (zum letzten Mal — wie sich bald zeigen sollte!) sprach zu Deutschland die Stimme einer Angehörigen jener Führergeneration, die einst der Radikalen Linken Gesicht und Format gegeben hatte. Der kaum hörbare und doch eindrucksvolle Appell einer Zetkin zur Einkehr und Sammlung der Linken verhallte natürlich, und es war alles andere als ein Zufall, daß bald darauf ein Hermann Göring auf dem Sitz des Reichstagspräsidenten saß!)

Noch kam es zu einem letzten verzweifelten Aufbäumen deutscher Proletarier. Im November 1932 streikten in Berlin in seltener Geschlossenheit unter Führung der KPD die Transportarbeiter der Berliner Verkehrsgesellschaft. Die Sympathien der Bevölkerung waren allgemein. Doch die Gewerkschaftsleitung lehnte Sanktionierung des Streiks ab, da die statutenmäßig erforderliche  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit nicht erzielt worden war. Nun traten die Nazis für ihn ein. NSBO und RGO kämpften Schulter an Schulter gegen Unternehmer und Gewerkschaftsbürokratie um den Einfluß innerhalb des Proletariats. Dieser Anblick stieß die meisten Gewerkschafter so ab, daß die Haltung vieler Bevölkerungskreise ins Negative umschlug. Nach fünf Tagen mußte der Streik abgebrochen werden.)

Im selben Monat schien sich der Linken eine letzte Chance zu bieten. Da die Papen-Regierung auf die geschlossene Opposition der Reichstagsparteien stieß, veranlaßte sie Hindenburg, den Reichstag am 12. September wieder aufzulösen. In den letzten freien Wahlen am 6. November gingen die Nazis von 230 auf 196 Sitze zurück, während KPD und SPD zusammen ihre Stimmenzahl hielten. Die Stagnation der NSDAP und die noch so fragile und temporäre Festigung der Arbeiterparteien hätten vielleicht zur Rettung der Republik benutzt werden können, wenn man sich auf der Linken (und der gemäßigten Rechten!) des Ernstes der Situation bewußt gewesen wäre. Nachdem am 24. November Hitler die Annahme der Kanzlerschaft unter Hindenburgs Bedingungen abgelehnt, andererseits Hitlers Forderung nach diktatorischer Gewalt abgelehnt worden war, wurde am 2. Dezember von Schleicher, der sogenannte „soziale General“, zum Kanzler ernannt. Hatte 1930 bis 1932 die SPD Brüning toleriert, obwohl damals die Arbeiterklasse wahrscheinlich noch stark genug gewesen wäre, sich Opposition leisten zu können, so wäre jetzt eine offene Zusammenarbeit mit Schleicher und dem mit ihm kokettierenden Strasser-Flügel der Nazis gegen Hitler wohl zu erwägen gewesen.) Allerdings wäre auch eine solche Politik der „Größten Koalition“ der SPD und Gewerkschaften mit den antifaschistischen Konservativen nur sinnvoll gewesen, wenn die L.D die SPD von links nicht angegriffen, sondern „toleriert“ hätte. Daß diese Politik selbst dann Erfolg gehabt hätte, läßt sich natürlich nicht beweisen, und zwar um so weniger, da die deutsche Linke im Winter 1932/33 doch schon so ausgehöhlt war, daß sie dem Gegenangriff der Einheitsfront von Hitler-Faschismus und Hindenburg-Reaktion nicht gewachsen war.

Verhängnisvoll war jedenfalls, daß der leichte und zeitweilige Rückgang der Nazis im November von Kommunisten und Sozialdemokraten) in eine entscheidende und dauernde Niederlage umgedeutet wurde, was natürlich die Vertreter solcher Illusionen der Notwendigkeit, ernste Verantwortungspolitik zu treiben, entthob. Daß in Wirklichkeit der Nationalsozialismus trotz der Novemberniederlage je nach dem Standpunkt des Beurteilers eine schreckliche Gefahr oder eine großartige Hoffnung blieb, schienen die Landtagswahlen in Lippe-Detmold vom 15. Januar 1933, wo die Nazis 9 von 21 Mandaten (39,5% aller Stimmen) gewannen,) unter Beweis zu stellen.

Die Ereignisse schienen sich nun zu überstürzen. Am 23. Januar marschierten die Berliner SA und SS auf dem Bülowplatz vor dem Karl-Liebknecht-Haus auf — unter dem Schutz der Polizei! Fünf Tage später wurde Schleicher, der während seiner zweimonatigen Kanzlerschaft weder beim Zentrum noch bei der Linken dynamische Unterstützung gefunden hatte, von der neu erstandenen

1) vgl. Stampfer, o. cit., S. 591.

2) Lend, op. cit., S. 17 ff., und Anderson, op. cit., S. 147 ff.

3) vgl. auch Brauns Vorschlag an Schleicher (Braun, op. cit., S. 437 ff.), und Franz Neumann (Behemoin, S. 31), der zugibt, daß eine solche Politik eine der Alternativen war.

4) ib., S. 32.

5) Hagemann, op. cit., S. 36.



**Einheitsfront Hindenburg - Papen - Hitler** geklärt. Am 30. Januar wurde der Psychopath, der am dämonischsten die Krankheiten dieses irrgewordenen Landes symbolisierte, Reichkanzler. „Kein Generalstreik — trotz marxistischer Aufforderung — brach aus, wie man so oft für den Fall der nationalsozialistischen Macht-ergreifung verkündet hatte, kein Bürgerkrieg, keine bewaffnete Aktion des Reichsbanners“, höhnten die Anbeter faschistische Gewalt.<sup>1)</sup> „Nur“ der Terror gegen links wurde immer systematischer, grausamer. Am 1. Februar wurde der Reichstag aufgelöst, am nächsten Tag ein Demonstrationsverbot gegen die KPD erlassen. Das Karl-Liebknecht-Haus wurde von der Polizei besetzt. Am 17. Februar wies Göring die KPD an, sich rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen. Die „Legalisierung“ des faschistischen Terrors wurde bereits am 4. Februar begonnen mit dem Erlaß der Notverordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“<sup>2)</sup> und am 23. Februar fortgesetzt mit der Verkündung der Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“<sup>3)</sup>. Angesichts dieser katastrophalen Entwicklung blieben SPD und KPD wie gelähmt. Am 30. Januar forderte die KPD die SPD-Führung wieder einmal auf, gemeinsam einen Generalstreik auszurufen — natürlich ohne Erfolg. Die „Sozialfaschisten“ hatten schon längst aufgehört, die Verlautbarungen der „KOzis“ ernsthaft zu überprüfen. Der jahrzehntelange Kampf hatte die beiden Parteien mit solchem Haß erfüllt, daß selbst die Errichtung der faschistischen Diktatur sie nicht zusammenbringen konnte. Vergebens riefen jetzt auch Thälmann und Pleck zur Einheits aller Antifaschisten auf — so am 10. Februar bei der Beerdigung einer von den Nazis ermordeter Antifaschisten und am 25. Februar bei der letzten legalen Kundgebung der KPD im Sportpalast.<sup>4)</sup> Vergebliche Liebesmühe! Das Spaltungswerk von Jahren konnte nicht mehr in Tagen rückgängig gemacht werden.

Es waren nur noch gezählte Tage, bevor die KPD restlos von der Bühne des deutschen Geschehens verschwinden sollte. Da die KPD jetzt zu gelähmt war, als daß selbst die ungeheuerlichsten Provokationen sie zu einer „Offensivaktion“ hätten veranlassen können, organisierte also Göring selber den „bolschewistischen Putsch“, den die Nazis brauchten, um ihren Staatsstreich zu tarnen. Am 27. Februar ging der Reichstag in Flammen auf. In der gleichen Nacht noch gibt Göring den Befehl zur Verhaftung von 4000 kommunistischen Funktionären, verbietet die gesamte kommunistische Presse, vernichtet die letzten Reste legaler Organisationen.<sup>5)</sup> Seit diesem Tage war die KPD in Deutschland für die nächsten zwölf Jahre nicht nur illegal, sondern auch als Massenpartei und Faktor der deutschen Politik ausgeschaltet. Noch konnte sie bei den Reichstagswahlen am 5. März trotz schärfsten Terror 4 1/2 Millionen Stimmen zählen. Ihre 81 Abgeordneten konnten aber den Reichstag nicht einmal betreten. Unter offenem Bruch der Verfassung waren sie von der faschistischen Regierung festgenommen, verfolgt oder gar umgebracht worden. Nachdem Hitler mit der Vernichtung der KPD die Front von links aufzurollen begonnen hatte, waren auch die anderen Frontabschnitte nicht mehr zu halten. Wenige Wochen später war die SPD dahin, im Sommer alle Parteien vernichtet. Da die KPD schon vorher in die Illegalität gedrängt worden war, stellte sich die Frage nicht mehr, was eine legale KPD ohne Parlament und SPD überhaupt noch hätte anfangen können. So zog sie es jedenfalls vor, auch noch in der Illegalität jahrelang weder den Sieg der NSDAP noch das Verschwinden der SPD überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Während Freund und Feind Hitlers darin übereinstimmten, daß sein Machtantritt und die dann Schlag auf Schlag folgende Umgestaltung Deutschlands in die konsequente totalitäre Diktatur einen der welthistorischen Wendepunkte des Abendlandes darstellten, diskutierten die in die Illegalität gedrückte KPD noch jahrelang darüber, ob sich überhaupt irgend etwas im Vergleich zur Weimarer Republik oder der Brüning - Ära geändert habe.

#### 5. Kapitel Zur Soziologie der KPD

Die Geschichte der KPD ist ebenso wenig wie die Geschichte anderer Parteien die Geschichte isolierter politischer Gedanken oder politischer Denker; ihre Parteigeschichte ist vielmehr im wesentlichen die Geschichte einer sozialen und politischen Massenbewegung.<sup>6)</sup> Dieser Sachverhalt kompliziert sich allerdings dadurch, daß es sich schon bei der Geburt der KPD um eine Bewegung handelt, die selber wieder innerhalb einer älteren Mutterpartei entsteht und fortschreitet. Die KPD ist also in diesem Sinne keine absolut neue Partei, sondern vielmehr eine Tochterpartei, die trotz aller ursprünglichen Opposition und späteren Feindschaft gegen

<sup>1)</sup> Rühle, op. cit., S. 29.

<sup>2)</sup> Wilhelm Pleck, op. cit., S. 33 und 69 f.

<sup>3)</sup> Rühle, op. cit., S. 47.

<sup>4)</sup> vgl. Bergsträsser, „Geschichte der politischen Parteien in Deutschland“, S. 5.

die SPD wichtige Züge ihres Ahnen nie ganz verleugnen kann. Ja, wie in der Familie die Tochter (und noch öfter der Sohn!) zwar gegen Mutter oder Vater rebelliert, dabei aber doch Zeit ihres Lebens, wenn auch negativ, von dem Elternteil, gegen den sie sich auflehnen, bestimmt bleiben, so kommt auch die spätere KPD nie ganz von dem „Vater- oder Mutterkomplex“ los.

Obwohl also die KPD in diesem Sinne keine totale Neugründung ist, haben natürlich auch bei der Geburt der kommunistischen Parteibewegung wie bei jeder sozialen Bewegung Agitation, Herausbildung eines Korps - Geistes und einer Kampfmoral („morale“), Systematisierung der Ideologie und des Programmes eine Rolle gespielt.<sup>1)</sup> Eine jede soziale Bewegung strebt nach Fixierung und Institutionalisierung. Sie geht in ihrer Entwicklung vom Allgemeinen zum Besonderen durch verschiedene Stadien hindurch, die man mit den Begriffen soziale Unruhe, Volkserregung, Formalisierung und Institutionalisierung erfassen kann.<sup>2)</sup> Die links - radikale Bewegung durchlief nach ihrer Abspaltung von der SPD während des Weltkrieges diese Stadien relativ rasch, da sie als Tochterbewegung formalsoziologisch gesehen in vielem dem Vorbild der Mutterpartei folgte. Schon bald war deshalb ein hoher Grad von Formalisierung und Institutionalisierung erreicht. Etwa 1918 auf dem Gründungsparteitag oder spätestens 1920 auf dem Vereinigungsparteitag hatte sich aus der politisch - sozialen Bewegung die Institution „Partei“ herauskristallisiert.

Immer wieder hat man versucht, die Entstehung der kommunistischen Partei entweder durch das Vorgehen der Bolschewiki oder durch die ökonomische Aufspaltung der Arbeiterklasse in eine kleinere „arbeiteraristokratische“ Oberschicht und eine breite ausgebeutete Masse zu erklären. Bevor auf diese beiden Erklärungsversuche ausführlicher eingegangen wird, sei hier zunächst einmal eingehender dargelegt, wie der zwiespältige Charakter von Kapitalismus und Demokratie verschiedenartige Deutungsversuche und Zielvorstellungen nahelegen. Diese enthalten nämlich latent die Möglichkeit von Polarisierungen und Spaltungen der Bewegung, eine Möglichkeit, die sich dann aktualisieren wird, wenn bestimmte akute Situationen dazu zwingen, die widersprechenden Deutungen und Ziele rasch und entscheidend in die Tat umzusetzen. Es handelt sich hier also zunächst um eine „idealtypische“ Herausstellung der antagonistisch - widersprüchlichen Strukturelemente, der modernen Gesellschaft, die je von den beiden sich differenzierenden Strömungen der sozialistischen Bewegung verabsolutiert wurden.

Auszugehen ist dabei von der Erkenntnis, daß die moderne Demokratie ein Resultat der Entwicklung des Kapitalismus in der Periode seiner aufsteigenden Entwicklung in allen vorgeschrittenen Ländern Klassenkämpfe herbeigeführt hat, die zur Entwicklung und zum Siege der Demokratie geführt haben.<sup>3)</sup> Im Kampfe gegen den absoluten Monarchen, den feudalen Adel und die feudale Geistlichkeit, gegen die militärische und zivile Bürokratie erkämpft das Bürgertum seit dem Beginn der Neuzeit in den großen bürgerlichen Revolutionen in der Schweiz, Holland, England, Amerika, Frankreich, ja schließlich auch in Deutschland, Österreich und Italien den ganzen Katalog der „Menschen- und Bürgerrechte“, die Wohltaten der Verfassungen und Gesetzbücher: die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die Freiheit der Person und des Eigentums vor willkürlicher Verhaftung und Verurteilung, Beschlagnahme und Enteignung, ja schließlich das Recht der Steuerbewilligung und -verweigerung, der Teilnahme an der Gesetzgebung, der Kontrolle der Verwaltung, der Einflußnahme auf die Rechtsprechung. Selbst dort, wo das Wahlrecht als Zensurwahlrecht auf die kleine Schicht der eigentlichen Großbourgeoisie beschränkt bleibt, wie etwa in Frankreich von 1815 bis 1848, in England bis 1867, kommen doch viele der politischen Rechte nicht nur dem Kapitalisten, sondern auch der breiten Masse der einfachen Warenproduzenten, der Bauern und Handwerker, Händler und Intellektuellen zugute. Ja, selbst die Arbeiter beginnen schon rasch, sich die Vorteile des liberalen Regierungs- und Verfassungssystems zunutze zu machen. Zunächst erscheinen jene zwar noch als die Parias der bürgerlichen Gesellschaft. Ohne Besitz und Bildung, gezwungen, für Hungerlöhne bis tief in die Nacht hinein zu arbeiten, haben sie gar keine Gelegenheit, die liberalen Rechte für sich auszuwerten — doch schon bald gelingt es ihnen mittels ihrer wirtschaftlichen und politischen Organisationen, den Kampf gegen die Ausnahmegesetzgebung um das Koalitionsrecht, gegen das Zensurwahlrecht, um das allgemeine und gleiche Stimmrecht, um die Anfänge einer Sozialgesetzgebung, um die Nutzbarmachung aller Freiheitsrechte erfolgreich aufzunehmen.

Zur Zeit von Rousseau und Robespierre, Jefferson und Jackson

<sup>1)</sup> Blumer in „An Outline of the Principles of Sociology“, S. 259 ff.

<sup>2)</sup> ib., S. 259.

<sup>3)</sup> Otto Bauer, „Zwischen zwei Weltkriegen“ Bratislava 1936, S. 94.

erscheint die Demokratie theoretisch und praktisch als die Selbstregierung freier, relativ gleicher, kleiner und mittlerer Eigentümer. Die Demokratie ist hier allerdings ausgesprochen politische Demokratie, und die demokratische Politik erfaßt nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Leben der Gesellschaft, ist trotz Napoleon noch nicht zum „Schicksal“ geworden. Der entscheidende Lebensprozeß dieser Gesellschaft, ihr Produktions- und Reproduktionsprozeß verläuft noch „apolitisch“, wird noch nicht vom Staat erfaßt, bestimmt, geleitet, mangelt noch jeder gesamtgesellschaftlichen bewußten Planung. Die Ökonomie steht ausschließlich unter der Herrschaft der Marktgesetze des Kapitalismus, die Profitrate regelt die Bewegung der Kapitalien, entscheidet über Ausdehnung und Beschränkung der Produktion; Angebot und Nachfrage modifizieren Preise, Löhne, Zins, Grundrente. Die Familie in ihrer uralten, überkommenen Form regelt die Reproduktion der Menschen, die Kirche liefert ihnen die Orientierungsmaßstäbe für ihr Verhalten, deutet ihnen Sinn und Zweck ihres Lebens. Manche sozialen Institutionen wie Kirche, Familie, Schule sind älter als der Staat, alle, auch die moderne Fabrik, Bank, Handelsunternehmung bleiben außerhalb der staatlichen Organisation. Wie in früheren Jahrhunderten findet sich in all diesen Institutionen die herrschaftlich-autoritäre Organisationsweise neben der genossenschaftlich-demokratischen. Die Produktionseinheiten als solche sind ebenso wie die Familie, die Kirche uralt — der moderne Staat gehört den letzten Jahrhunderten an und die Demokratie im Staat gar ist oft nur wenige Jahrzehnte alt.

In diesem Stadium beschränkt sich der Staat im wesentlichen darauf, den Rahmen abzustechen, innerhalb dessen das wirtschaftliche, soziale, kulturelle Leben des Volkes „frei“ und reibungslos ablaufen kann; das freie und ungestörte Funktionieren der außerstaatlichen Institutionen in althergebrachter Weise zu garantieren und zu schützen. Die Zivil- und Strafgesetzgebung sichert die automatische Reproduktion der Eigentumsverhältnisse und damit der Sozial- und Wirtschaftsordnung, die Zoll-, Post-, Verkehrs-, Maß-, Münz-, Schul-, später Arbeiterschutz- und Sozialgesetzgebung löst „Randaufgaben“, die über den Bereich der Einzelunternehmung hinausragen, integriert jedoch den ökonomischen, sozialen und kulturellen Lebensprozeß in so geringem Maße, daß man wirklich kaum schon von einer Nation, einer Gesellschaft, einer Volkswirtschaft sprechen kann. Die Abstimmung der individuellen Wirtschaften aufeinander bleibt wesentlich eine durch den Marktautomatismus vermittelte unbewußt-irrationale Koordination, der gegenüber die Integration durch Militär- und Zollschutz, Verkehrsnetz- und Geldsystem, Schulwesen und Sozialpolitik stets sekundär bleibt.

Der ursprünglichste und primärste Sinn der Demokratie ist also eine „negative“ Schutzfunktion, die Sicherung der politischen Grundrechte gegenüber der Willkür des Monarchen, des Adels und Klerus, der Bürokratie und Militärgewalt. Doch es handelt sich nicht nur um den Schutz der mit dem Bürger „geborenen“ Güter wie Leib und Leben, persönliche Freiheit (vor Verhaftung und Verurteilung) und Rede, Glaube und Gewissen, sondern auch um die Freiheit der erworbenen Güter, die sich unter dem Schlagwort „Besitz und Bildung“ zusammenfassen lassen. Wenn hier die Demokratie die Handels- und Gewerbefreiheit, die Sicherheit des Eigentums vor Beschlagnahme und Enteignung, die Freizügigkeit und Auswanderungsfreiheit, die Presse- und Schulfreiheit, die Versammlungs- und Organisationsfreiheit verbrieft, kurz dem citizen seinen Status als bourgeois garantiert, so bleibt das kein leeres Blatt Papier, so ist das „blutvolles Leben“, da die Masse des freien Eigentümers, der eigentlichen Bourgeois und des Mittelständlers, wirklich entweder die geschützten Güter (einen Handel oder ein Gewerbe, Haus oder Hof, Grund- oder bewegliches Eigentum usw.) individuell besitzen oder doch wenigstens Geld genug aufbringen können, um genossenschaftlich Presseorgane und Verlage, Schulen und Colleges, Versammlungshäuser und Parteibüros gründen und aufrecht erhalten, beeinflussen und kontrollieren zu können. (Ganz ausgenommen von all diesen Möglichkeiten sind zunächst nur die ganz eigentumslosen, ausgebeuteten, „freien“ modernen Lohnarbeiter.)

Doch nur kurze Zeit gibt sich der Bürger damit zufrieden, sich als bourgeois „ausleben“ zu dürfen und den Staat indirekt auf dem Umwege der „public opinion“ beeinflussen zu können. Er erobert die alten Ständerversammlungen oder schafft sich revolutionär neue Repräsentativkörperschaften, die Parlamente, an deren Gesetze die gesamte Staatsgewalt gebunden wird. Wir haben bereits angedeutet, wie beschränkt damals noch der Einfluß des Staates auf die Gesellschaft, wie gering die Abhängigkeit der Ökonomie von der Politik war. Das Staatsbudget, der Etat erfaßte nur einen geringen Bruchteil des Volkseinkommens und -vermögens. Aber so weit der Ein-

fluß des Staates reichte, so weit erstreckt sich auch die Macht der Bürger über den Staat. Bald werden die individuellen Freiheitsrechte ergänzt durch die genossenschaftlichen „politischen“ Organisationsrechte par excellence, das Recht der Wahl der Abgeordneten, Beamten, Geschworenen, das Recht des Volksbegehrens und -entscheids, das Recht, selber zum Abgeordneten gewählt und zum Beamten ernannt zu werden. Hier realisiert sich die Demokratie positiv, als die Willensverwirklichung und Selbstregierung des Bürgers — natürlich immer im Rahmen der bereits skizzierten sozialen und ökonomischen Schranken. Dieser Zustand bringt sehr früh ein Maß an politischer Freiheit, wie es bis dahin in der Geschichte nur selten gesehen worden ist.

Die Gleichheit ist allerdings zunächst sehr ungleichmäßig verwirklicht. Während etwa die Vereinigten Staaten schon unter Jackson das gleiche und allgemeine Wahlrecht für alle weißen Bürger haben und die Schweiz schon 1848 in vielen Kantonen das allgemeine gleiche Stimmrecht kannte, waren als Folge des reaktionären Zensuswahlrechts in Frankreich bis 1848 und in England bis 1867 die Massen nicht nur des Proletariats, sondern auch des Bauern- und Kleinbürgertums von jeder direkten positiven Einflußnahme auf das Parlament und damit den Staat ausgeschlossen. Aber auch nachdem die engen Schranken des Zensus gefallen waren, sicherte das allgemeine und gleiche Wahlrecht noch nicht die unbedingte politische Gleichheit der Wähler. Denn für jede Wahl bedarf es des Zusammenschlusses der Wähler, ihrer Gleichrichtung und Zusammenfassung in Wahlorganisationen. Hier liegt die entscheidende Bedeutung der politischen Parteien, Wahlmaschinerie und -propaganda begründet. Und hier tritt die ökonomische Ungleichheit der politischen Gleichheit entgegen, hier kommt das Geld in Widerstreit zur Zahl. Zur Gründung der Parteien und Wahlorganisationen, zur Führung der Wahlkampagnen bedarf es des Geldes. Die Millionen einer Handvoll reicher Wähler vermögen hier oft mehr als die Pfennige der Millionen armer Wähler — allerdings kann noch jeder Bürger alle Mittel kaufen, die ihm zum Wahlsieg verhelfen — wenn er nur über die „Mittel“ verfügt. Denn noch herrscht freie Konkurrenz auf dem Markte — Papier und Presse, Saal und Büro, Journalist und Agitator, Sekretär und Organisator offerieren sich dem Meistbietenden. So ist die politische Willensbildung bei den Wahlen, im Parlament, in der Regierung unter dem allgemeinen und gleichen Stimmrecht Resultante aus Zahl und Geld. Nur dort, wo und insoweit, wie Besitz und Bildung gleichmäßig unter der Masse der Nation verteilt sind, verwirklicht die Demokratie selbst als rein politische Demokratie ihr Ideal der staatsbürgerlichen Gleichheit. Selbst dort aber, wo die Gleichheit nur höchst unvollkommen realisiert ist, bleibt ein Spielraum für politische Freiheit i. S. des Schutzes des citoyen vor Übergriffen des Staates und seiner Organe. Verglichen mit den totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts ist der Staat schwach sogar gegenüber den benachteiligten Proletariern, Bauern und Kleinbürgern, da die entscheidenden Teile der ökonomischen und politischen Macht stets in den Händen des bourgeois verbleiben und dem Staat und seinen Organen stets nur provisorisch, prekaristisch, partiell und limitiert übertragen werden. Dieser Typ von Demokratie ist ohnmächtig gegenüber den „sozialen Naturgesetzen“, die ihn als blindes Fatum beherrschen, dagegen allmächtig gegenüber der politischen Gewalt, die als „Rechtsstaat“ oder „rule of law“ dem Willen des citoyens untertan gemacht wird. Nach außen erweitert sich der Freiheitsbereich dieser Demokratie in hartem, aber erfolgreichem Ringen mit der Natur; im Innern ist sie „frei“ von dem Gottesgnadentum der Fürsten, dem Willkürregiment des Diktators, dem „aufgeklärten“ Despotismus des Tyrannen, „frei“ von den Launen der Bürokraten und Priester, der Adligen und Militäre, der Monopolisten politischer und ökonomischer Macht. Sobald das Proletariat sich das Koalitions- und Stimmrecht erkämpft hat, verteilt sich die demokratische Gleichheit und Freiheit, wenn auch sehr ungleichmäßig, so doch über die ganze Gesellschaft: Ausgeschlossen bleiben die Frauen, Unwürdigen und Farbigen. Innerhalb der weißen citoyens besteht zweifellos eine auf Besitz und Bildung gegründete, jedoch relative und indirekte Präponderanz der Kapitalisten gegenüber dem „Mittelstand“ und beider gegenüber dem Proletariat.

Dieser Typus von Demokratie unterliegt einer tiefgehenden Wandlung, in deren Verlauf sich der Typus der heutigen Demokratie aus ihm herausbildet. Die Demokratie des 20. Jahrhunderts unterscheidet sich von der des 19. Jahrhunderts nicht so sehr im politischen Überbau, als in der sozialökonomischen Basis. An die Stelle der Konkurrenz einzelner relativ kleiner und gleicher bourgeois tritt mehr und mehr das Monopol großer Kapitalzusammenballungen, das von vornherein jede Idee der Gleichheit nicht nur zwischen besitzendem Kapitalisten und besitzlosem

Proletarier, sondern auch zwischen Kapitalmagnaten und kleinem Bauern und Kleinbürger als sinnlos erscheinen läßt. Die entscheidenden Produktions- und Lebensmittel sind nun in den Händen weniger Monopolisten: Das Geldkapital staut sich in den Kassenschränken einiger weniger Weltbankiers, die Rohstoffe und das Warenkapital unterliegen der Verfügung einer Handvoll von Riesenkonzernen, -Trusts und -Kartellen. Die Macht dieser neuen Feudalität wäre grenzenlos, gäbe es nicht als Gegengewicht gegen ihr Kapitalmonopol organisierte Gegenkräfte. Die Arbeiter haben inzwischen ihre Koalitionen zu bedeutenden Gewerkschaftsverbänden entwickelt, die die Ware Arbeitskraft „monopolisieren“ und so die Löhne vor dem Sinken auf das physiologische Existenzminimum bewahren. Immer mehr schließen sich aber auch endlich die Reste der einfachen Warenproduzenten in Bauernverbänden und -genossenschaften, in Handels- und Gewerbeschutzverbänden, in Berufsvereinen der Intelligenz usw. zusammen. Wo die Gleichheit der einzelnen Produzenten längst verschwunden ist, dort gelingt es ihren Klassenorganisationen, wenigstens eine sehr relative Gleichheit, ein sehr labiles Gleichgewicht aufrecht zu erhalten. Die Klassen können allerdings nur durch das Sprachrohr großer Organisationen ihre Stimme laut werden lassen — und je größer und einflußreicher die Organisationen werden, um so mächtiger und entscheidender wird in ihnen selber ihre Bürokratie. Hier kann man wirklich mit Michels von einer „oligarchischen Tendenz im modernen Gruppenleben“ sprechen. Insbesondere innerhalb der Arbeiterorganisationen wird der an Besitz und Bildung unterlegene einfache Arbeiter immer mehr zum Spielball in der Hand des „Arbeiterbürokraten“.

Nicht nur die Gleichheit, auch die Freiheit der Individuen erleidet ernste Einbußen. Alle die Freiheitsrechte, die nur mittels materieller Mittel realisiert werden können, werden mehr und mehr zu leeren Rechten auf dem Papier, wenigstens für den Einzelbürger. Was sagt ihm jetzt noch die Handels- und Gewerbefreiheit, wenn von vornherein jeder neue Handel und jedes neue Gewerbe gegenüber der Konkurrenz der Großbetriebe und Riesenunternehmen zum Bankrott verurteilt ist? Was bedeutete für ihn der Schutz des Eigentums, wenn er das seinige im Verlaufe der Kriege und Krisen, der Inflationen und Deflationen verloren hat? Was soll er mit Freizügigkeit und Freiheit der Berufswahl anfangen, wenn alle Orte und Länder von Arbeitslosen wimmeln und alle Berufe und Branchen überbesetzt sind? Wie kann er die Bildungs- und Pressefreiheit, die Versammlungs- und Organisationsfreiheit realisieren, wenn Rundfunk und Film, Theater und Verlage in der Hand einiger Großkapitalisten sind, wenn die Zeitungen und Vertriebe wenigen Riesenmonopolen gehören, wenn die Trusts und Konzerne ganze Gemeinden und Städte zu etgen haben? Hier überall herrscht nicht mehr die Freiheit des Individuums, sondern die Macht des Kapitalmonopols. In der Gleichung Zahl  $\times$  Geld = Demokratie, ist die Bedeutung des Faktors Geld für das Produkt Demokratie stark auf Kosten des Faktors Zahl gewachsen. Dennoch ist dieser auch jetzt noch nicht gleich Null.

Denn das Kapitalmonopol ist auch in der „monopolistischen“ Demokratie unserer Tage nicht allmächtig. Zunächst gibt es ja nirgends, nicht einmal in einem einzelnen Staate, ein „Sammelkartell“, das die gesamte Wirtschaft in einer Hand vereinigte. Die verschiedenen Monopole sind auch weit davon entfernt, stets eine Einheitsfront zu bilden. Ihr Kampf untereinander schwächt ihre Herrschaftsmacht. Dann stehen ihnen aber, wie bereits erwähnt, die „Monopole“ der Mittelschichten und vor allem der Lohnarbeiter gegenüber. Unter günstigen Umständen gelingt es diesen wirklich, sich ihre eigene Presse und Rundfunk, ihr eigenes Theater und Kino, ihre eigenen Verlage und Schulen, ihre eigenen Vereine und Organisationen, Verbände und Parteien, ja sogar Konsumkooperativen und Baugenossenschaften zu schaffen und zu erhalten. Wir brauchen nur an Skandinavien und Neuseeland, Wien und Palästina zu erinnern, um sowohl die Spitzenleistungen wie die Grenzen dieser in ein monopol-kapitalistisches Gesamtsystem eingebetteten proletarischen und bäuerlichen Demokratien zu erkennen.

Das Bild dieser Demokratie wäre aber nicht vollständig, wenn man nicht das Verhältnis von Kapital und Arbeit, Monopol und Individuum in Beziehung zum Staat setzt. Noch herrscht die in der „individualistischen“ Demokratie entwickelte Trennung von Staat und Wirtschaft. Zwar ist der Umfang der ökonomischen Staats-tätigkeit, verglichen mit Jeffersons und W. v. Humboldts Zeit, bereits unter Hoover und Wilhelm II. ganz zu schweigen von F. D. Roosevelt und Hindenburg stark angewachsen, und doch verbleiben die entscheidendsten Wirtschaftsprozesse privatkapitalistisch. — Dies gilt vor allem von Produktion und Zirkulation, während die Verteilung des Sozialprodukts zusehends nicht

107

mehr ausschließlich nach den Gesetzen der kapitalistischen Warenwirtschaft, sondern mehr und mehr nach dem politisch-sozialen Gewicht der einzelnen Klassen und Gruppen erfolgt. Die Gewerkschaften und Genossenschaften, die Bauernverbände und Gewerbeorganisationen können für sich selber bzw. ihre Mitglieder ein Mindestmaß an demokratischer Gleichheit und Freiheit nur erreichen, indem sie zugleich deren Interessen gegenüber dem Staat und durch seine Vermittlung vertreten. So wird der Staat immer mehr zum „Unparteilichen“ in diesem pluralistischen System, der die Kämpfe der Interessenten schlichtet und ihre Interessen miteinander versöhnt. Das Parlament insbesondere nimmt immer mehr den Charakter einer großen Interessensbörse an, an der die Kompromisse der Klassen und Gruppen via deren politischen Parteien ausgehandelt werden. „Es ist diese Form der Demokratie, die von den Reformisten als ‚Wirtschaftsdemokratie‘ idealisiert und von den Faschisten als ‚Interessentenhaufen‘ beschimpft worden ist.“<sup>1)</sup> Hier herrscht neben dem Pluralismus von Kapitalmonopol und Arbeitergewerkschaft, von Bauerngenossenschaft und Gewerbeinnung der Dualismus von Staatsapparat und privater Organisation. Die Parteien durchdringen zwar den Staat, das Kapital korrumpiert zwar den Staat und die Parteien. Aber trotz allem bleibt die Bürokratie weitgehend unabhängig vom Monopolkapital, behält der Staatsapparat ein Stück Eigenmacht, setzt sich neben und gegen plutokratische und demokratische Einflüsse bei Militär und Kirche, Verwaltung und Justiz immer wieder die historische Tradition und Ideologie durch. Kein Wunder schließlich, daß es neben der wachsenden Macht des Monopolkapitals und der „Überparteilichkeit“ der Bürokratie, neben der „kollektivistischen“ Demokratie der Arbeiter- und Mittelstandsorganisationen, doch noch so etwas wie demokratische Residuen sogar für das Individuum gibt. Dieses, ökonomisch entmachtete, behält die „rein geistigen“ negativen Freiheitsrechte, wie Schutz vor willkürlicher Verhaftung und Enteignung, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Gedanken- und Redefreiheit. Sozialhistorisch gesehen mag das recht bedeutungslos erscheinen — individuell-psychologisch bleibt es ein bedeutsames Vorrecht für den Bürger des 20. Jahrhunderts.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß diese Spätform der kapitalistischen Demokratie durchaus hybrid ist. In der ökonomischen Sphäre tritt neben die alte blinde Naturgesetzlichkeit der Warenwirtschaft wachsende autoritär-hierarchisch bewußte Regulierung durch die Monopole und den Staat. In Staat und Wirtschaft geht der Einfluß der „ärmeren“ Produzenten als Individuen zurück, während ihre Organisationen selbst gegenüber dem Großkapital eine beträchtliche Rolle spielen. Die Herrschaft der Gesellschaft über die Natur ist weitergewachsen, was sich in der Verbilligung und Verbesserung der Waren und Dienstleistungen ausdrückt. Noch garantiert diese „kollektivistische“ Demokratie selbst dem Individuum ein Minimum an persönlicher Freiheit, doch wachsen bereits aus der gesellschaftlichen Organisation der Demokratie düster drohende Beschränkungen von Freiheit und Gleichheit heraus.

Dem widerspruchsvollen Charakter der bürgerlichen Demokratie entspricht die antagonistische Natur der kapitalistischen Ökonomik. Die Tendenz des Kapitalismus zu höherer Produktivität und Organisation geht Hand in Hand mit dem Zug zur Vernichtung der Werte und Sachgüter, zur Krise und zum Krieg. Dem Untergang des alten Mittelstandes entspricht das Wachstum der „neuen Mittelschichten“, dem Fortschritt in der Sozialpolitik und dem steigenden Lebensstandard breiter Schichten die Gefahr wachsender Unsicherheit und Arbeitslosigkeit.

Fällt es selbst heute noch dem theoretisch wenig geschulten Mann auf der Straße oder sogar Politiker schwer, stets beide Seiten des Januskopfes moderner kapitalistischer Demokratie zu sehen und ist es auch heute noch kein leichtes, Trend dieser Entwicklung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wissenschaftlich-objektiv zu prognostizieren, so verstehen wir heute rückblickend, warum sich in der Sozialdemokratie immer stärker Richtungen herausbildeten, die, ausgehend von einer verschiedenartigen Interpretation des demokratischen Kapitalismus, schließlich zu entgegengesetzten Zielsetzungen kommen mußten.

Hierzu trug bei, daß sich gerade in Deutschland die Arbeiterklasse in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege stark vermehrt und differenziert hatte. Die Gesamtzahl der Arbeiter war zwischen 1880 und 1907 von 10,7 Millionen auf fast 18 Millionen angestiegen, während die Zahl der Selbständigen kaum zugenommen hatte (5,2 Millionen 1882, 5,5 Millionen 1907). Ebenso wichtig als Symptom eines stark einsetzenden Differenzierungsprozesses war die erstaunliche Zunahme der Angestellten (1882 insgesamt um 307 000, 1907

1) Bering in „Zeitschrift für Sozialismus“ II S. 771.

1291 000!).) Schließlich war bereits vor dem ersten Weltkrieg zu den historisch tradierten religiösen, landschaftlichen, weltanschaulichen Unterschieden ein wachsender Einfluß der Bildung auf die Arbeiterschaft feststellbar, und zwar sowohl der „allgemein schulmäßigen“ und „fachlichen“ wie auch der „öffentlichen“.) Zimmermann hebt nicht mit Unrecht hervor, daß „gerade in der Bildung, die infolge Familienerziehung, Schulbesuch, Begabung, Beruf und geistig-sittlicher Energie der einzelnen sich sehr unterschiedlich gestaltet, das stärkste differenzierende Moment innerhalb der weiten Begriffswelt „Arbeiterschaft“ liegt. Die Bildungsverschiedenheit äußert sich keineswegs bloß im Unterschiede von gelernten, angelernten, ungelernten Arbeitern, im Gegensatz von Hand-, Pult- und Kopfarbeitern, von Arbeitern und Angestellten niederer, mittlerer und leitender Art, sondern auch im Gegensatz zwischen Stadt- und Landarbeitern, zwischen männlichen und weiblichen Arbeitern, zwischen organisatorisch-politisch führenden und organisationsunfähigen oder die Organisation verschmähenden Arbeitern. Die Bildungsunterschiede trennen die Arbeiterschaft noch mehr als die Berufsverschiedenheiten und die unterschiedliche Entlohnung, die sich trotz der sozialistischen Ausgleichstendenzen auch in den notleidenden Staaten nach dem Weltkriege noch sehr deutlich zeigt. In die mannigfachsten Schichten und Gruppierungen, nicht nur geistig, politisch und völkisch, sondern bis zu einem gewissen Grade auch sozial.“)

Stellt man sich das Auftreffen dieser verschiedenartigen Einflüsse auf charakterlich verschiedenartige Menschen vor, so wird man unschwer begreifen, wieso es bereits vor 1914 zu der im 1. Kapitel behandelten Differenzierung der SPD in die drei Richtungen des Revisionismus, des „Marxistischen Zentrums“ und der „Radikalen Linken“ kommen konnte. Dem Gegensatz in der sozialistischen Interpretation von Kapitalismus und Demokratie entsprach ein Unterschied in der praktischen Zielsetzung. Während in den westlichen demokratischen Ländern der Tageskampf um Reformen und in absolutistischen Osten der revolutionäre Sturz des Regimes im Mittelpunkt der Zielsetzung standen, war für das kaiserliche Deutschland das Neben- und Gegeneinander der verschiedenen Richtungen typisch): Einerseits war Deutschland auf dem Wege der Demokratisierung erheblich weiter fortgeschritten als etwa Rußland, andererseits waren doch der Ausnutzung der demokratischen Institutionen durch die sozialistische Bewegung viel engere Schranken gesteckt als etwa in England. Kein Wunder, daß die drei Richtungen des Revisionismus, Radikalismus und „Zentrismus“ gerade in Deutschland so stark ausgeprägt waren.

Die tiefe Krise des Kapitalismus, die 1914 mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges evident wurde, aktualisierte die latent gebliebenen Spannungen bis zur offenen Spaltung. Der Krieg, die „Demokratisierung“ der halbabsolutistischen Monarchien, der Sieg der Bolschewiki in Rußland, die ökonomische Erschütterung des Weltkapitals beschleunigten die weitere Differenzierung der großen „marxistisch“-gradualistischen Arbeiterparteien. Denn mit den Lösungen „Vaterlandsverteidigung“ und „Burgfrieden“ stellte der Krieg in noch nie dagewesener Schärfe das Problem der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und des vollkommenen Verzichtes auf den Klassenkampf. Die Demokratisierung der Monarchien und die Machteroberung der Bolschewiki setzten die Frage der Stellung zum „demokratischen Staat“ wieder auf die Tagesordnung und die allgemeine politische und ökonomische Krise verdeutlichte den engen Zusammenhang des Klassenkampfes um Teilreformen mit dem revolutionären Machtkampf. Es ward immer schwieriger, in der Krise des Krieges und in den krisengeschüttelten labilen Nachkriegsrepubliken zu gleicher Zeit reformistisch-gradualistische Ideologie zu propagieren. Jetzt, wo jeden Augenblick „die Theorie die Massen ergreifen und so zur materiellen Gewalt werden“ konnte, schien sich alles auf eine Alternative zuzuspitzen: Entweder wurde man der demokratischen Republik zuliebe staaterhaltend-konservativ sogar um den Preis der Drosselung der Tageskämpfe und der Aufgabe des Sozialismus oder man ordnete alles der Organisierung der Revolution unter und war bereit, die parlamentarische Demokratie auf dem Altar bolschewistischer Diktatur zu opfern. Demokratie — wenn das die unabänderliche Alternative war, dann hatte die einheitliche SPD von vor 1914, die schon in ihrem Namen die Synthese von Demokratie und Sozialismus symbolisierte, eine ungeheuerliche Belastungsprobe zu überstehen.

Rückblickend mag es manchem so erscheinen, als ob die adäquatere Lösung der Kriegs- und Nachkriegskrise in der Richtung auf aktuelle Verwirklichung von Sozialismus und Demokratie gelegen hätte. Es ist auch durchaus nicht ausgeschlossen, daß, wenn sich damals die gesamte sozialistische Bewegung ent-

) Zimmermann im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ I, S. 399.

) Ib. S. 398.

) Zimmermann im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ I, S. 398.

) vgl. Spring, „Jenseits des Kapitalismus“, S. 218.

schieden und geschlossen für diese Lösung eingesetzt hätte, sie trotz der Ungunst der objektiven Verhältnisse, die hier durchaus nicht unterschätzt werden soll, wenigstens in manchen Ländern ein gut Stück Demokratie und Sozialismus realisiert haben würde. Alles spricht dafür, daß in diesem Falle (und nur in diesem Falle!) die Einheit der sozialistischen Bewegung gerettet worden wäre oder sich doch recht bald wieder hergestellt haben würde. Ebenso klar ist aber auch heute, daß ohne die demokratisch-sozialistische Ausrichtung die Spaltung des Sozialismus auf der Tagesordnung stand. Und da es nun einmal tatsächlich so war, daß, was immer die objektiven Möglichkeiten gewesen sein mögen, die große Mehrheit der Sozialisten in Deutschland wenigstens damals fest davon überzeugt waren, daß es nur die Alternative Sozialismus oder Demokratie, nicht die Synthese Demokratie und Sozialismus gab, war die Einheit der Partei aufs höchste bedroht. Wie sollten auf die Dauer die Verfechter der bolschewistischen Spielart des Sozialismus und die Anhänger der Weimarer Lesart von Demokratie in derselben Partei ausharren? Es hat also nicht so sehr die Spaltung der Arbeiterbewegung die Realisierung des demokratischen Sozialismus 1918 oder später unmöglich gemacht (obwohl natürlich die Spaltung hierzu beigetragen hat), als vielmehr das Unvermögen oder der Unwille der Sozialisten verschiedener Schattierungen, gemeinsam die sozialistische Demokratie zu erkämpfen, die Einheit der Partei gefährdet.

Ähnlich sehen heute ernsthafte Beurteiler beider Lager die Ursache für die Spaltung übereinstimmend nicht so sehr in einem organisatorisch-formalen Versagen, als vielmehr in einer politisch-inhaltlichen Konstellation: So bedauert der rechtsstehende Sozialist Stampfer, daß z. B. in den zwanziger Jahren „ein leidenschaftlich-selbstbewußter Wille der Partei, die Führung des deutschen Volkes in wirtschaftspolitisches Neuland zu übernehmen, nicht erkennbar war“. Die Sicherheit, mit der sie auf anderen Gebieten — der Verfassungspolitik, der Sozialpolitik, der Außenpolitik — vorangegangen war, fehlte. In dem Fehlen dieser Sicherheit liegt der tiefste Grund sowohl für die Spaltung der Arbeiterbewegung wie für ihre Katastrophe im Jahre 1933. Weil die Diskussion auf dem Gebiet der sozialistischen Wirtschaftsgestaltung keinen festen Boden und keine klaren Vorschläge fand, verbiß sie sich in den Streit um die formalen Präliminarien: Demokratie oder Diktatur. Und weil es keine einheitliche Arbeiterbewegung gab mit einem Programm der Wirtschaftserneuerung, das einleuchtend und mitfortreibend wirkte, konnten die Nationalsozialisten die „antikapitalistische Sehnsucht“ der depossidierten Mittelschichten und der bedrängten Bauernmassen als Antrieb einer Bewegung gebrauchen, die nicht den Kapitalismus traf, sondern die „marxistischen“ Parteien vernichtete.“)

Und ähnlich stellt die linksstehende Sozialistin Anderson fest, daß „die Spaltung nicht die primäre Ursache des endgültigen Zusammenbruchs war. Das dauernde Nebeneinander von zwei Arbeiterparteien war in sich nur ein Zeichen der Unvollkommenheit und Begrenztheit jeder einzelnen. Jedem Mitglied der deutschen Arbeiterbewegung war es klar, wie tragisch die Bewegung durch ihren Mangel an Einigkeit geschwächt wurde. Und doch schien es ganz unmöglich, die Spaltung zu überwinden, solange ihre ursprünglichen Ursachen wirksam blieben. Jede der beiden Parteien sah die Schwäche der anderen durch ein Vergrößerungsglas, ohne einen Weg zu finden, die Ursachen des eigenen Versagens zu beseitigen. Vom Standpunkt beider Parteien schienen die gegenseitigen Beschuldigungen gerechtfertigt; und der Gedanke einer Verschmelzung oder wenigstens enger Zusammenarbeit wurde von beiden abgelehnt, weil dies als „Verrat“ an den heiligsten Prinzipien erschien. Die Berechtigung vieler der gegenseitigen Vorwürfe machte es jeder der Parteien unmöglich, die Mitglieder und Mitläufer der andern zu sich herüberzuziehen. Selbstverständlich bestand ein gewisses Hin- und Herfluten zwischen den beiden Parteien, und zwischen 1929 und 1932, genau wie 1923, hatten die Kommunisten einigen Gewinn auf Kosten der Sozialdemokraten. Aber dieser Wechsel änderte das Verhältnis nicht ausschlaggebend. Es wurde für den gewöhnlichen Arbeiter immer schwieriger, zu entscheiden, welche der beiden Parteien mehr Unterstützung verdiene. Wenn irgend etwas, so war dies deutlich ein Fall der Wahl des „kleineren Übels“, denn die Politik beider Parteien war offensichtlich so hoffnungslos, daß die Wahl zwischen ihnen mehr eine Angelegenheit des Temperaments als der Überzeugung wurde.“)

Und was beide Autoren hier übereinstimmend für die Fortdauer der Spaltung feststellen zu müssen glaubten, wirft auch Licht auf die Entstehung.

Diese soll nun hier für Deutschland etwas eingehender untersucht

<sup>1)</sup> op. cit., S. 478; vgl. auch ib., S. 694 ff.

<sup>2)</sup> op. cit., S. 149



werden. Denn obwohl die Spaltung selber natürlich international war, erreichte sie in verschiedenen Ländern verschiedenen Umfang. So gut wie nicht existent war und blieb sie in Rußland einerseits, England andererseits (selbst heute beträgt die Mitgliedschaft der KP in England nur 43 000 oder 0,1 Prozent der Bevölkerung!)<sup>1)</sup> Aber selbst in Österreich blieb die kommunistische Abspaltung minimal — u. a. auch dank dem doch relativ gesehen recht gelungenen Versuch der österreichischen Sozialdemokratie, eine Synthese von Demokratie und Sozialismus zu verfolgen. Besonders stark hingegen die Spaltungstendenzen in einigen der neuentstandenen demokratischen Republiken (Deutschland, Tschechoslowakei und Polen), mit denen die Identifizierung der sozialdemokratischen Parteien mit dem Staatsapparat am vollkommensten war. In Deutschland wurde der rechte Flügel der SPD unter dem Druck intakt erhaltener militaristisch-bürokratisch-aristokratischer Traditionen und Institutionen immer weiter nach rechts gedrängt, während gleichzeitig der linke Flügel der USP und die KPD sich so sehr „bolschewisierten“, daß sie immer wieder die erfolgreiche Aufstandspolitik der Bolschewiki nachzuziehen versuchten.

Die Erklärung hierfür könnte zunächst in dem historischen Schicksal Deutschlands gesucht werden. Immer wieder ist auf die relative Schwäche freiheitlich-revolutionär-demokratischer Strömungen, Institutionen und Traditionen in Deutschland verwiesen worden, die ihre Kehrseite findet in der Stärke autoritär-reaktionär-bürokratischer Kräfte, Einrichtungen und Einstellungen. Das bekannte Wort von Marx, wonach „wir nämlich die Restaurationen der modernen Völker geteilt haben, ohne ihre Revolutionen zu teilen“ und „uns immer nur einmal in der Gesellschaft der Freiheit befanden — am Tag ihrer Beerdigung“, wirft ein grelles Licht auf die deutsche Entwicklung seit dem Scheitern von Bauernkrieg und Ritteraufstand. Auch die Reformen der Napoleonischen Zeit und die nicht durchgedrungene Revolution von 1848 haben Thron und Altar, Junker und Offizier, Bürokrat und Aristokrat nur geschwächt, nicht aber entmachtet. Zu diesen Bollwerken des status quo gesellte sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die rasch wachsende Klasse der Industriekapitalisten unter Führung der Schwerindustrie. Zu den traditionell autoritären Institutionen der Familie, der Kirche, der Schule, des Heeres, des Staates kam nun noch die nicht minder autoritäre Einrichtung der Fabrik hinzu. Während im Westen die „industrielle Revolution“ und der Aufstieg des Bürgertums den Generalangriff auf die tradierten Autoritäten eingeleitet hatten, schloß in Deutschland das Bürgertum schon 1848 oder bald danach ein Kompromiß mit den herrschenden Gewalten, z. T. aus Furcht vor den weitergehenden Forderungen des rasch emporstrebenden Proletariats. So verschwand auch im 19. und 20. Jahrhundert der „Polizeistaat“ in Deutschland keineswegs, fand vielmehr seine Ergänzung in einer Art „Obrigkeitengesellschaft“ und „Untertanenmentalität“. Wenn es sich auch von selber versteht, daß es sich bei dem sogenannten „deutschen Charakter“ nicht um ein Rassenmerkmal handelt, der „deutsche Untertan“ vielmehr das auch außerhalb Deutschlands gar nicht so seltene typische Produkt einer jahrhundertlangen Entwicklung ist, so wäre es doch falsch, die mit diesem Begriff nur grob angedeuteten Sachverhalte übersehen zu wollen.

Trotz allen liberal-rechtsstaatlichen Elementen, die das Kaiserreich vom Dritten Reich unterschieden, waren doch die Wilhelminische Gesellschaft und der Hohenzollernstaat weitgehend autoritäre Gebilde. Da die Nation selbst ihre Existenz staatlicher Gewaltanwendung verdankte (Bismarcks berühmte „Revolution von oben“), war die nationale Ideologie in Deutschland im Gegensatz zum Westen nicht so sehr eine Ideologie individueller Freiheit, als vielmehr staatlicher Gewalt und individuellen Gehorsams. Deutsche, die die Freiheit über alles stellten, blieben stets in der Minderheit. Für die große Mehrheit war eine Untertanengesinnung typisch, die in der Verabsolutierung von Ruhe und Ordnung und industrieller Arbeitsdisziplin gipfelte. Je geringer die Initiative des Individuums, um so größer die Rolle der zivilen und militärischen Bürokratie. Der deutsche Staat war also nicht nur ein Militärstaat, sondern ein „Überstaat“, der stets bereit war, ordnend, schützend, unterdrückend in alle Lebensbereiche der Gesellschaft einzudringen. Hinzu kam noch, daß die tragenden Schichten der Gesellschaft (das Junkertum, die Schwerindustrie, Bürokratie usw.) durchaus autoritär ausgerichtet waren und alles taten, um dem Volke, d. h. dem katholischen Volksteil, der Bauernschaft, insbesondere der Arbeiterschaft, seinen Glauben an das bestehende Regime zu erhalten. Diese hinwiederum fühlten sich zwar als Außenseiter, ohne jedoch wie etwa in Rußland durch absoluten Ausschluß und blutige Unterdrückung in radikal-revolutionäre Opposition getrieben zu werden. Wie sich bald zeigen sollte, war das Großteil

<sup>1)</sup> World Report of 1. April 1947, S. 24.

der Opposition (man denke etwa an das katholische Zentrum, die Juden, das liberale Bürgertum usw.) nur zu bereit, Frieden mit der Obrigkeit zu schließen, sobald auch nur die schärfsten Formen der Diskrimination fallen gelassen wurden, wie das im Verlauf des Weltkrieges der Fall war.

Von hier aus wird erst die Haltung der Sozialdemokratie verständlich. Zwischen 1890 und 1914 hatte sie es mit einem übermächtigen Gegner zu tun, der sie durch seine Politik der Nadelstiche in die Opposition drängte, ohne sie jedoch je vor die Alternative: Revolutionärer Kampf oder Untergang! zu stellen. Ja, das Paradoxe ist, daß die Sozialdemokratie gerade im Kampf gegen die Autokratie selber immer autoritärer wurde. Zum Teil geschah dies wohl, um dem straff organisierten und disziplinierten Gegner schlagkräftig entgegenzutreten zu können, zum Teil aber auch wohl, weil ja gerade auch die Menschen, die zur Sozialdemokratie strebten, trotz aller zum Teil durchaus ehrlich empfundenen Freiheitsideologie doch charakterlich autoritär geformt waren, da sie ja bereits durch die autoritäre Charakterbildung der Familie, der Schule, der Kirche, des Heeres, der Fabrik usw. hindurchgegangen waren. Hatten sie überall dort in erster Linie zu gehorchen gelernt, so war es nur natürlich, daß sie diese Verhaltensweise nun auch auf die Partei übertrugen. Die große Mehrheit war nur zu bereit, einer neuen Obrigkeit zu gehorchen, sobald diese sich einmal an die Stelle der wilhelminischen Autorität gesetzt hatte. Natürlich gab es in der Sozialdemokratie eine Minderheit, die in stärkerem Grade anti-autoritär eingestellt war und weder einer Regierung noch einer Partei Folge leisten würde, es sei denn, daß diese eindeutig sozialistisch wäre.

Daß die Sozialdemokratie im August 1914 so plötzlich aus einer staatsverneinenden Organisation „vaterlandsloser Gesellen“ zu einer patriotischen Stütze des Regimes werden konnte, ohne zunächst auf ernsthaften Massenwiderstand innerhalb der eigenen Reihen zu stoßen, zeigt, wie fest die Führung die Mitgliedschaft in der Hand hatte und wie sehr die Mitgliedschaft bereits gewohnt war, der Führung blindlings zu folgen. Die Frontschwengung von 1914 zeugt natürlich auch von der Stärke des Nationalismus innerhalb der sozialdemokratischen Massen, die ihrerseits wiederum beweist, daß es trotz aller Diskriminierung den herrschenden Schichten gelungen war, die Masse zu einem erheblichen Teil in die bestehende Gesellschaftsordnung zu integrieren. Es bedurfte des grenzenlosen Versagens der Führung und der schweren Niederlage, um das Vertrauen des sozialdemokratischen Volksteils in die Regierung zu erschüttern. Bezeichnenderweise erstreckte sich dieser Vertrauensverlust nicht auf die eigene Parteiführung, wie die Wahlen zur Nationalversammlung zeigen sollten. Bei dieser Haltung der Massen kam also alles auf die Politik der Führung an.

Bereits vor 1914 hatte die Frontstellung gegen den „Wilhelminischen Klassenstaat“ eine Haltung vorgetäuscht, die in Wirklichkeit längst nicht mehr bestand. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Führer und Funktionäre dachten längst nicht mehr an revolutionären Kampf für Sozialismus oder auch nur an die revolutionäre Eroberung einer radikalen Demokratie. Demokratisch-freiheitliche Ideale waren längst verblaßt, und der Gedanke an eine revolutionäre Umwälzung, sei es auch nur eine radikale Demokratie zu errichten, war in den Jahrzehnten seit der letzten Revolution von 1848 verlorengegangen. Nach dem Tode von Engels und Bebel waren weder Kautsky noch Bernstein, weder Ebert noch Scheidemann im Stande, sich die Entwicklung in den Kategorien Revolution, Freiheit, Individualismus vorzustellen. Die materielle und ideelle Stärke Preußen-Deutschlands im Zeitalter der friedlichen Entwicklung des Hochkapitalismus zum Imperialismus schien ein für alle Mal dafür zu zeugen, daß die Weiterentwicklung nur auf dem Wege des Kompromisses mit den bestehenden Mächten denkbar war. Also nicht Aufstand, Rebellion, Chaos, Anarchie, sondern Reform, Kompromiß, Ordnung, Autorität.

Wir haben betont, daß die Sozialdemokratie auf den Sozialismus in dem Augenblick zu verzichten bereit war, in dem sie glaubte, daß dieser nur auf Kosten der Demokratie durchzusetzen wäre. Wir können jetzt weitergehend feststellen, daß die SPD auf die radikale Zuendeführung der demokratischen Revolution in dem Augenblick verzichtete, in dem sie annahm, daß die weitere Demokratisierung den verzweifelten Widerstand der reaktionären Gewalten von gestern hervorrufen und so die Ruhe und Ordnung des Landes und das Funktionieren des Industrie- und Verwaltungsapparates bedrohen würde. Daß dieser ihr Verzicht auf selbst einen gemäßigten Sozialismus und eine radikale Demokratie ihr umso leichter fiel, als sie sich nicht mit Unrecht von der radikalen Linken angegriffen und bedroht fühlte, soll ohne weiteres zugestanden werden, solange man sich vergegenwärtigt, daß natürlich andererseits im dialektischen Wechselspiel der Verzicht der SPD auf Sozialismus

**Kampf gegen die SPD und immer extremerer Forderung nach totalem Sozialismus und Diktatur anspornte.**

Der Konservatismus der SPD, der seinen Ausdruck in der Burgfriedenspolitik von 1914 und der Koalitionspolitik von 1918/19 fand, spiegelte die Stärke der Reaktion in doppelter Weise wieder. Einmal in der Form, daß die SPD den offenen und konsequenten Kampf mit der Reaktion scheute, da sie glaubte, daß rechts von ihr nicht genügend zuverlässige bürgerlich-demokratische Kräfte vorhanden waren, die ihr geholfen haben würden, die Reaktion zu entmachten und die demokratische Revolution zu Ende zu führen oder doch zumindest die Träger einer konservativ-republikanischen Ordnung zu sein. Mit anderen Worten, die Funktionen und Aufgaben, die etwa in England die liberale oder gar konservative Partei zu leisten hatte, übernahm die SPD, wobei zugegeben werden mag, daß sowohl die Erfolge vor allem auf sozialpolitischem und verfassungsrechtlichem Gebiet, wie auch die äußeren Attribute einer in Wahrheit gar nicht vorhandenen Macht ein adäquates Erkennen der ganzen komplizierten Sachlage sehr erschwerten. Die Stärke der Reaktion zeigte sich nun aber auch in der Art, wie, um einen Weg'schen Ausdruck zu gebrauchen, die Reaktion die SPD „überlistete“: Die Reaktion blieb auch außerhalb der Regierung so stark und die SPD selbst in der Regierung so schwach, daß in vielen entscheidenden Fragen und auf manchem wichtigen Gebiet die Reaktion der SPD selber das Gesetz des Handelns vorschrieb. Mit anderen Worten, die SPD, die ausgezogen war, die konservative Republik gegen die äußerste Reaktion zu verteidigen, kam immer wieder in die Position, im Bunde mit der Reaktion nicht nur die konservative Republik als solche, sondern auch die Stützpunkte der Reaktion in der Republik, die diese nie aufgegeben hatte (Schlüsselstellungen in der Wirtschaft, Verwaltung, Justiz, Armee usw.) gegen den Ansturm nicht nur der ihr Sozialismus und Diktatur kämpfenden Kommunisten, sondern auch gegen die Forderungen der eine weitergehende Demokratisierung verlangenden Unabhängigen, Pazifisten, radikalen Demokraten usw. verteidigen zu müssen.

Daß eine solche Position und Politik die Gefahr der Spaltung in sich trägt, ist selbstverständlich. Eine Partei, wie die Vorkriegs-SPD wird stets dazu tendieren, in mehrere Teile auseinanderzubrechen, wenn sie eine Schwenkung um 180 Grad von der wenigstens äußerlich radikalen Vorkriegsopposition zur Burgfriedenspolitik und dann zur konservativen Koalitionspolitik in einer konservativen Republik vollziehen muß, ohne die Macht zu haben, alsbald zur Verwirklichung des Sozialismus oder zumindest der radikalen Demokratie fortzuschreiten. Daß die Gefahr der Spaltung aber zur Aktualität wurde, ja werden mußte, dazu trug vor allen Dingen das Tempo bei, in dem diese Schwenkung sich vollzog: Wurde doch die radikale Oppositionspolitik, die das marxistische Zentrum bis 1914 durchgehalten hatte, innerhalb weniger Tage, um nicht zu sagen Stunden, zu Gunsten einer Burgfriedenspolitik aufgegeben, die die kühnsten Erwartungen und Forderungen der Revisionisten vor 1914 übertraf. Und waren es doch wiederum nur wenige Monate, wenn nicht gar Wochen, innerhalb deren die SPD an die Stelle der radikaldemokratischen und gemäßigt sozialistischen Linie des Zusammengehens mit der USPD im Rat der Volksbeauftragten die konservativ-republikanische Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokraten im Rahmen der Weimarer Nationalversammlung und Verfassung setzte. Wenn es auch Juni 1920 wurde, bis breitere Massen ihrer Enttäuschung über diese Politik durch die Schwenkung zur USPD Ausdruck geben konnten, so kann doch kein Zweifel daran bestehen, daß der ausschlaggebende Faktor für die Abspaltung des linken Flügels die sich in der Koalitionspolitik der SPD 1919 und später manifestierende Identifizierung der SPD mit der Weimarer Republik und ihrem System des demokratischen Kapitalismus war.

Die Identifizierung der SPD mit der konservativen Demokratie Weimars mußte auf den linken Flügel umso negativer wirken, als dieser sich bereits mit der Idee und Wirklichkeit der russischen Oktoberrevolution und des Bolschewismus zu identifizieren begonnen hatte. Da dieses im einzelnen eines der Themen dieser Abhandlung gebildet hat, kann hier auf jede weitere Erörterung verzichtet werden. Unterstreichen müssen wir in diesem Zusammenhang nur, daß es sich bei der Metamorphose der radikalen Linken um einen ganz spontanen Prozeß handelt, der bei dem großen Doktrinarismus und der relativen Geschlossenheit, die für das deutsche Parteiwesen u. a. und die marxistische Sozialdemokratie im besonderen stets so charakteristisch waren, früher oder später höchstwahrscheinlich auch ohne jedes Eingreifen der Bolschewiki zur Spaltung geführt haben würde. Daß dann gerade auch in Deutschland die Politik der Bolschewiki die Spaltung vertieft und verewigt hat, ist natürlich unbestreitbar.

Handelte es sich also bei der Politik der Bolschewiki i. W. um ein Eingreifen in einen spontanen Polarisierungsprozeß mit der

Wirkung einer organisatorischen Fixierung, so sind sie allerdings zweifellos mitverantwortlich für die Weiterexistenz der KPD, insbesondere nach 1923. Auch nach dem Abebben der revolutionären Welle war die KPD als Partei noch nicht so tief in der Tradition der Arbeiterbewegung verankert, die „konservativ-reformistische“ Politik der SPD noch nicht so unabänderlich geworden, daß nicht eventuell die Masse der kommunistischen Mitglieder und Wähler den Weg der USPD gegangen und in „den Schoß der allein seligmachenden“ Mutterpartei zurückgekehrt wäre. Schließlich waren doch alle Bemühungen der Kommunisten zwischen 1918 und 1923, die Macht zu erobern, völlig erfolglos geblieben. Allerdings wirkten, war die Spaltung erst einmal Tatsache geworden, gewichtige Faktoren in Richtung auf ihre Aufrechterhaltung. Zunächst einmal streben alle politischen Parteien, ebenso wie andere soziale Institutionen, danach, sich selber möglichst lange am Leben zu erhalten. Hatten sich erst einmal zwei selbständige große Parteien mit Apparat und Bürokratie herausgebildet, so bestand stets die Tendenz, nicht nur einer Fixierung dieses Zustandes, sondern sogar einer wachsenden Polarisierung, in deren Verlauf die beiden Parteien immer mehr auseinander getrieben würden — die eine nach links, die andere nach rechts. Auf die ernste politische Differenz Sozialismus oder Demokratie, Demokratie oder Sozialismus, oder, anders formuliert, status quo vs. Revolution, ist bereits eingegangen worden. Daß es aber schließlich nicht einmal zu ernsthaften Versuchen der Wiedervereinigung der beiden Parteien kam, dafür sorgten die Russen. Inzwischen hatten diese nämlich, wie geschildert, mit der Gründung der Kommunistischen Internationale und der „Bolschewisierung“ aller kommunistischen Parteien diese von Moskau so abhängig gemacht, daß ein Aufgeben der Selbständigkeit gegen den Wunsch der das Prestige der einzigen siegreichen sozialistischen Revolution genießenden Bolschewiki unmöglich war.

Schließlich wird aber auch die Beantwortung der Frage nach den Chancen der Rückgängigmachung der Spaltung davon abhängen, wie man die sozialökonomische Basis der beiden Richtungen der sozialistischen Bewegung beurteilt. Sollte die sozialökonomische Zusammensetzung der KPD und der SPD große Unterschiede aufweisen, so wäre die Wiedervereinigung wohl noch schwieriger geworden — undenkbar wäre sie selbst dann nicht gewesen, wie heute das Beispiel der britischen Labour-Party zeigt, die alle möglichen sozialen Schichten (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Intellektuelle, Farmer usw.) umfaßt (gar nicht zu reden von den amerikanischen Democrats oder Republicans, bei denen Angestellte und Farmer, Arbeiter und Kapitalisten, Professoren und Analphabeten sich in derselben Partei vereinen — wenn auch nicht immer Hand in Hand gehen!).

In der Tat ist auch von Lenin und den Kommunisten immer wieder betont worden, daß es sich bei dem Gegensatz Kommunisten-Sozialdemokraten um so etwas wie einen Klassengegensatz oder doch klassenähnlichen Antagonismus handelt. Bereits 1915 stellte Lenin die Frage: „Worin besteht das ökonomische Wesen der ‚Vaterlandsverteidigung‘ im Kriege des Jahres 1914-15?“ Seine Antwort lautete: „Die Bourgeoisie aller Großmächte führt den Krieg wegen der Aufteilung und Ausbeutung der Welt, wegen der Unterjochung der Völker. Einem kleinen Kreis der Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie und den kleinbürgerlichen Mitläufern können Brocken von den großen Profiten der Bourgeoisie zufallen. Die Klassengrundlage des Sozialchauvinismus und Opportunismus ist dieselbe: das Bündnis einer kleinen bevorrechteten Arbeiterschicht mit ihrer nationalen Bourgeoisie gegen die Masse der Arbeiterklasse, das Bündnis der Lakaien der Bourgeoisie mit ihr gegen die von ihr ausgebeutete Klasse.“)

\*) Oder etwas später: „Der Imperialismus, der die Aufteilung der Welt und die Ausbeutung nicht allein Chinas bedeutet, der monopolistisch hohe Profite für eine Handvoll der reichsten Länder bedeutet, schafft die ökonomische Möglichkeit zur Besteuerung der Oberschichten des Proletariats und nährt, formt und festigt dadurch den Opportunismus.“) „Es muß bemerkt werden, daß in England die Tendenz des Imperialismus, die Arbeiter zu spalten, den Opportunismus unter ihnen zu stärken und eine zeitweilige Fäulnis der Arbeiterbewegung hervorzurufen, viel früher zum Vorschein kam als Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Denn zwei der wichtigsten Merkmale des Imperialismus — großer Kolonialbesitz und Monopolstellung auf dem Weltmarkt — traten in England schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts hervor. Marx und Engels verfolgten jahrzehntelang systematisch diesen Zusammenhang des Opportunismus in der Arbeiterbewegung mit den imperialistischen Besonderheiten des englischen Kapitalismus.“)

\*) W. I. Lenin, „Der Opportunismus und der Zersplitter der II. Internationale“, S. 128. Vgl. auch W. I. Lenin, „Der Imperialismus“, S. 129 f.

\*) W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, S. 128.

\*) W. I. Lenin, „Der Imperialismus“, S. 129.

Und schließlich eine der entscheidenden Stellen: „Dadurch, daß die Kapitalisten eines Industriezweiges unter vielen anderen oder eines Landes unter vielen anderen usw. hohe Monopolprofite herauschlagen, bekommen sie ökonomisch die Möglichkeit, einzelne Schichten der Arbeiter, vorübergehend sogar eine ziemlich bedeutende Minderheit der Arbeiter zu bestechen und sie auf die Seite der Bourgeoisie des betreffenden Industriezweiges oder der betreffenden Nation gegen alle übrigen hinüberzuziehen. Diese Tendenz wird durch den verschärften Gegensatz zwischen den imperialistischen Nationen wegen der Aufteilung der Welt noch verstärkt. So entsteht der Zusammenhang zwischen Imperialismus und Opportunismus, eine Erscheinung, die sich am frühesten und krassesten in England geltend machte, weil dort gewisse imperialistische Züge der Entwicklung bedeutend früher als in anderen Ländern zum Vorschein kamen.“<sup>1)</sup>

Lenins Theorie hat außerhalb der Reihen der Kommunisten wenig Zustimmung gefunden. Die meisten Sozialdemokraten haben sie abgelehnt. So kritisiert etwa Sering „Lenins Spaltungstheorie“ folgendermaßen: „Diese Theorie war handgreiflich falsch. Nicht eine besondere Oberschicht, sondern die ganze industrielle Arbeiterschaft der imperialistischen Länder hatte ein unmittelbares materielles Interesse am Erfolg des „eigenen“ Imperialismus, solange das System unerschüttert war; nicht nur die Elendschichten, sondern wiederum die gesamte Arbeiterschaft konnte sich auf eine revolutionäre Politik umstellen, wenn eine sozialistische Umwälzung praktisch möglich wurde. In den langen späteren Jahren der Spaltung haben manche hochqualifizierte und hochbezahlte Arbeitergruppe, typische „Arbeiteraristokraten“, zu den Kerntruppen revolutionärer oder kommunistischer Parteien gehört, und diese haben sich gehütet, sie zurückzuweisen. Doch die Theorie der Arbeiteraristokratie hatte entscheidende praktische Konsequenzen für die ganze künftige Politik Lenins und der späteren Kommunistischen Internationale: Sie lieferte die Erklärung und Rechtfertigung für die Notwendigkeit einer permanenten Spaltung, unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen in der Arbeiterbewegung des gegebenen Landes und von der konkreten Situation.“<sup>2)</sup>

Es käme nun alles darauf an, anhand konkreten statistischen Materials zu untersuchen, wie weit Lenins These der Realität der Weimarer Republik entsprach. Leider sind aber die Leninschen Kategorien so wenig eindeutig und bestimmt, daß eine statistische Überprüfung auf die größten Schwierigkeiten stößt. Hinzu kommt noch, daß das Material, soweit es überhaupt vorhanden ist, zum größten Teil noch gar nicht geordnet und aufbereitet ist. Der Verfasser kann daher hier nur einige fragmentarische Untersuchungen anstellen, und muß sich eine eingehende Behandlung dieses wichtigen Themas für eine Spezialarbeit vorbehalten. Es muß in diesem Zusammenhang auch betont werden, daß, da es einwandfreies Material über die parteipolitische Zugehörigkeit oder Betätigung bestimmter „Ober“- oder „Unterschichten“ des Proletariats kaum gibt, die Beantwortung der Frage indirekt in Angriff genommen werden wird. Mit anderen Worten: Um Licht auf die Frage der „Arbeiteraristokratie“ zu werfen, wird zunächst einmal untersucht werden, welche anderen Faktoren außer dem rein Ökonomischen eine Rolle spielen bei der Entscheidung für oder gegen die SPD bzw. KPD. Sollte es sich herausstellen, daß i. d. R. anderen Faktoren (ideologischen, geographischen, persönlichen usw.) entscheidende Bedeutung zuzumessen ist, so folgt daraus doch, wenigstens prima facie, daß der ökonomische Faktor der ausschlaggebende nicht sein kann.

Bevor wir auf die Frage nach der ökonomischen Struktur der Wählermassen der KPD eingehen, ist zunächst die Mitgliederbewegung der Partei selber ins Auge zu fassen. Während der ganzen Periode der Republik schien der Mitgliederstand der Partei nicht über eine bestimmte, recht bescheidene Zahl wachsen zu wollen. Die Schätzungen variieren einigermaßen, immerhin stimmen alle darin überein, daß die Mitgliederzahl, die von kommunistischer Seite sowohl für 1921 wie für 1923 mit fast 400 000 ausgewiesen wird, nach 1923 Jahre lang nicht über 180 000 gestiegen ist. Erst 1931 und 1932 soll der Mitgliederbestand auf 200 000 bzw. 300 000 angewachsen sein (siehe statistischen Anhang). Noch auffallender war wohl, daß der Einfluß der Partei unter den Arbeitern der Großbetriebe, unter der Jugend und den Frauen besonders gering war. Betrug der Anteil der Betriebsarbeiter an der Mitgliedschaft 1923 noch 63 Prozent, so war er 1931 bereits auf 20–22 Prozent gesunken. Der Anteil der Frauen wird wohl kaum je viel über 10 Prozent betragen haben. Im September 1923 soll die Zahl der weiblichen Mitglieder 33 000 betragen haben (verglichen mit 281 000 Männern).<sup>3)</sup> Die Fluktuation war in all diesen Jahren sehr stark: 1929 gewann die Partei

<sup>1)</sup> Ib., S. 246.

<sup>2)</sup> Sering, „Jenseits des Kapitalismus“, S. 220.

50 000, verlor aber gleichzeitig 39 000 Mitglieder (die Zahlen für 1930 sind 143 000 und 95 000) (siehe Anhang). Auf dem 11. Parteitag im März 1927 wurde eingeräumt, daß die Partei oft in Städten mit 3-4 000 Einwohnern mehr Parteimitglieder habe als in Industriestädten mit 30 000-40 000 oder 50 000 Einwohnern.<sup>5)</sup> Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission kamen 1927 von 183 Parteitage delegierten 56 aus Betrieben mit weniger als 1000 beschäftigten Arbeitern, 29 aus Betrieben mit mehr als 1000 beschäftigten Arbeitern, 41 waren Erwerbslose, 48 Parteiangestellte. Von den Delegierten waren 66 Gewerkschaftsfunktionäre und 41 Betriebsratsmitglieder.<sup>6)</sup> Von den 170 Delegierten zum 10. Parteitag 1925 waren 94 über 10 Jahre gewerkschaftlich organisiert gewesen, 35 Delegierte 6 bis 10 Jahre, 18 Delegierte 1 bis 5 Jahre.<sup>7)</sup>

Was die soziale Zusammensetzung der Partei anbelangt, so zeigt eine 1928 in der „Kommunistischen Internationale“ veröffentlichte Statistik, daß die überwiegende Mehrheit der Parteimitgliedschaft aus industriellen Arbeitern bestand (siehe statistischen Anhang). Diese stellten mit fast 70 Prozent die überwältigende Mehrheit der Parteikommunisten dar, wogegen die knapp 10 Prozent Handwerker und je etwa 2 Prozent landwirtschaftlichen Arbeiter und Handelsangestellten kaum ins Gewicht fielen. Bemerkenswert ist auch, daß damals 1928 die gelernten Arbeiter mit fast 40 Prozent gegenüber den 28 Prozent ungelerten Arbeitern weit überwogen. Unter den gelernten Arbeitern sollen die Metall- und Bauarbeiter besonders stark vertreten gewesen sein. Dies ist keineswegs erstaunlich, wenn man sich unsere früheren Erörterungen über den Einfluß der KPD in den Gewerkschaften in Erinnerung ruft: 1923/24 hatte die KPD starken Einfluß gehabt im Metall- und Textilarbeiterverband. Eine starke Minderheit der organisierten Bau-, Holz-, Gemeinde- und Staatsarbeiter ebenso wie der freigewerkschaftlich organisierten Angestellten folgte ihrer Linie. 1925/26 hatte sie starke Positionen unter den Bergarbeitern gehabt und noch 1928 waren viele Tabakarbeiterinnen-, Schuhmacher- und Rohrleger-Organisationen kommunistisch eingestellt gewesen.

Um was für Arbeitergruppen hatte es sich nun hierbei gehandelt - Aristokraten oder Plebejer? Die folgende Tabelle trägt zur Beantwortung der Frage bei. Sie basiert auf der Lohnstatistik vom 1. Juni 1928 und ergibt eine Rangordnung unter den männlichen gelernten und ungelerten Arbeitern:<sup>8)</sup>

Gelernte Arbeiter	
Beruf	Wochenverdienst in Mark
Bauarbeiter	61,90
Bergarbeiter	56,14
Brauereiarbeiter	54,78
Holzarbeiter	51,99
Buchdrucker	53,72
Metallarbeiter	50,28
Arbeiter der chemischen Industrie	48,48
Arbeiter der Süß-, Teig- und Backwaren-Industrie	46,18
Kartonnagenarbeiter	42,53
Arbeiter der Papierindustrie	39,41
Textilarbeiter	30,77
Ungelernte Arbeiter	
Beruf	Wochenverdienst in Mark
Brauereiarbeiter	31,45
Bauarbeiter	30,81
Buchdrucker	26,76
Holzarbeiter	16,61
Bergarbeiter	41,22
Arbeiter der chemischen Industrie	40,60
Arbeiter der Süß-, Teig- und Backwaren-Industrie	39,89
Kartonnagenarbeiter	30,--
Metallarbeiter	35,40
Arbeiter der Papierindustrie	35,38
Textilarbeiter	30,77

Aus der Übersicht ergibt sich zweierlei: Die Lohnspannen zwischen den einzelnen Berufen sind in der Regel größer als die zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern; zum Beispiel beläuft sich die Differenz zwischen dem Lohn des gelernten und ungelerten Bauarbeiters auf elf Mark, die zwischen dem des gelernten und ungelerten Textilarbeiters nur auf sechs Mark, während die Spanne zwischen dem Wochenlohn des gelernten Bau- und dem des gelernten Textilarbeiters 25 Mark und die zwischen dem des ungelerten Brauerei- und dem des ungelerten Textilarbeiters fast 21 Mark ausmacht. Wollte man etwa (natürlich will-

<sup>5)</sup> 11. Parteitagbericht, S. 94.  
<sup>6)</sup> 10. S. 172-173.  
<sup>7)</sup> 10. Parteitagbericht, S. 770.  
<sup>8)</sup> Zahn im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, Ergänzungsband, S. 595.

kürlich) alle Arbeiter, die mehr als 50 Mark in der Woche verdienen, als „Arbeiteraristokraten“ qualifizieren, so würde also die Arbeiteraristokratie aus den gelernten Berg-, Holzarbeitern, Buchdruckern und Metallarbeitern und allen (gelernten und ungelernten) Bau- und Brauereiarbeitern bestehen. Nun haben wir aber gesehen, wie gerade die Bauarbeiter stark kommunistisch beeinflusst gewesen sind. Und es ist auch nicht ohne weiteres anzunehmen, daß etwa der ebenfalls zeitweise beträchtliche kommunistische Einfluß unter den Berg- und Metallarbeitern sich nur auf die ungelerten Teile beschränkte. Hiergegen spricht schon, daß zum Beispiel sowohl die hochqualifizierten Rohrleger in Berlin wie die gelernten Stahlwarenarbeiter in Solingen zum Kern der KPD gehörten.

Wenn andererseits eingewandt werden sollte, daß zweifellos die „Aristokratie“ der Buchdrucker ausgesprochen sozialdemokratisch war, so ist das zwar ohne weiteres zuzugeben. Zugleich aber muß auch darauf hingewiesen werden, daß auch manche der schlechtest-bezahlten Schichten wie etwa die Textilarbeiter, Landarbeiter usw. zu den treuesten Anhängern der SPD gehörten. Schließlich ist auch zu beachten, daß, wie die Gewerkschaftswahlen zeigten, dieselben Arbeiter oft heute (in einer revolutionären Situation) zur KPD neigten, um morgen (in der Zeit relativer Stabilisierung) der SPD zu folgen, ohne daß sich ihre ökonomische Stellenposition im Vergleich zu anderen Arbeitergruppen entsprechend geändert hätte. Das Material ist natürlich nicht reichhaltig und eindeutig genug, um irgendwelche endgültigen Schlüsse zu erlauben. Immerhin kann doch wohl hypothetisch festgestellt werden, daß die These von der Arbeiteraristokratie als Bollwerk der SPD nicht wahrscheinlich gemacht, geschweige denn, bewiesen worden ist: Vielmehr scheint es so zu sein, daß große Teile auch der unqualifizierten und schlecht bezahlten Arbeiterschaft der sozialdemokratischen Führung folgen, während nicht unerhebliche Elemente der qualifizierten Gruppen wenigstens zeitweise zur KPD neigen.

War also in den zwanziger Jahren das ökonomische Moment, wenn es natürlich auch mitspielte, eher von untergeordneter Bedeutung, so änderte sich die Lage nach 1929 mit dem Einsetzen der großen Krise. Es ist wahrscheinlich, daß die KPD immer einen größeren Prozentsatz Arbeitsloser gehabt hat als die SPD. Bereits im Bericht der Zentrale an den Berliner Parteitag 1925 hatte es geheißen, daß in einigen Orten bis zu 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos gewesen waren.<sup>1)</sup> Und auf dem Essener Parteitag 1927 hatte Rosenberg erklärt: „Wir sind ungeheuer schwach in den Großbetrieben und damit in der Gewerkschaftsarbeit. Der größte Teil unserer Anhängerschaft ist arbeitslos oder in Kleinbetrieben. Und so sind wir an der Peripherie und nicht im Herzen der Arbeiterklasse.“ Die Partei dürfe den Kurs nicht ausschließlich auf die Erwerbslosen einschlagen. Wenn sie den linken Stimmungen nachgebe, würde sie auch weiterhin an der Peripherie der Arbeiterklasse stehen bleiben.<sup>2)</sup>

Machten aber bis 1929 noch immer die beschäftigten Arbeiter den Kern der KPD aus, so änderte sich die Lage nach 1929 recht rapide. Der Anteil der im Betrieb Beschäftigten ging ständig zurück, so daß sich die KPD in den letzten Jahren der Republik aus einer starken Mehrheit von Arbeitslosen und einer Minderheit hochqualifizierter Arbeiter rekrutierte, dagegen das Gros der Betriebsarbeiter, vor allem der Großbetriebe, fast gar nicht erfaßte. Während nach einer von Pjatnitzki in Nr. 63 der Internationalen Pressekorrespondenz 1932<sup>3)</sup> mitgeteilten Berechnung der Anteil der Betriebsarbeiter an der Mitgliedschaft der Partei 1928 noch 63,3 Prozent und 1929 51,6 Prozent betragen hatte, ging er 1930 auf 32,2 Prozent und 1931 auf 20 bis 22 Prozent zurück. Für die letzten Jahre der Republik liegen zuverlässige Veröffentlichungen nicht mehr vor. Es ist aber allen Beobachtern der sozialistischen Bewegung bekannt, daß bis 1932 der Prozentsatz von Arbeitslosen in der KPD eher gestiegen als zurückgegangen war. Zur Zeit der RGO-Politik war wirklich die KPD weitgehend die Partei der Erwerbslosen.<sup>4)</sup> Natürlich handelt es sich hierbei um eine Folge der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Immerhin ist zu bedenken, daß die KPD auch insoweit stärker die Partei der Arbeitslosen war, als der Prozentsatz der Arbeitslosen unter ihren Mitgliedern nicht unerheblich über dem Anteil der Arbeitslosigkeit an der Gesamtarbeiterschaft lag (1930: 22,7 Prozent, 1931: 34,7 Prozent, 1932: 44,4 Prozent<sup>5)</sup>). Verständlicherweise zog die linke Politik der KPD in diesen Jahren die Arbeitslosen mehr an als die noch Beschäftigten, und umgekehrt trug die Verzweiflung der hungernden Massen dazu bei, die Partei nach links zu treiben oder doch auf dem linken Kurs zu halten.

War es also erst in den dreißiger Jahren möglich, das deutsche

<sup>1)</sup> 10. Parteitagsbericht, S. 120 f.

<sup>2)</sup> 11. Parteitagsbericht, S. 292 f.

<sup>3)</sup> zitiert bei Borkenau, op. cit., S. 383

<sup>4)</sup> Kuczynski, „Die Geschichte der Lage...“, S. 316.

<sup>5)</sup> ib.

Industrieproletariat vertikal in zwei Schichten (die eher zur Sozialdemokratie tendierenden Teile der beschäftigten Arbeiter und die mit der KPD sympathisierenden Arbeitslosen) zu teilen, so ging eine andere horizontale Trennungslinie, die allerdings kaum als Bestätigung der Theorie der Arbeiteraristokratie interpretiert werden kann, schon seit der Spaltung der Bewegung in SPD, USPD und KPD durch die Arbeiterschaft. In bestimmten Orten und Gegenden war stets die SPD führend, in anderen stets die KPD, während in einer dritten Gruppe die Mehrheit der Arbeiterwähler sich bald der SPD, bald der KPD zuwandte. Die KPD war stets in allen Reichstagswahlen von Mai 1924 bis zum November 1932 in den Wahlkreisen Oppeln, Mersburg und Düsseldorf-Ost stärker als die SPD.<sup>1)</sup> In den Wahlkreisen Westfalen-Süd und Düsseldorf-West hatte sie die relative Mehrheit bei der Maiwahl 1924 und den Wahlen seit 1930. In den Wahlkreisen Berlin, Potsdam II, Potsdam I und Koblenz/Trier eroberte sie das Übergewicht gegenüber der SPD ab 1930. In allen anderen Wahlkreisen blieb die SPD führend. Größer waren die Gewinne der KPD in den größten deutschen Städten. Während sie bei den Wahlen 1928 nur in solchen Hochburgen wie Essen, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Halle, Hindenburg usw. stärker als die SPD gewesen war, erzielte sie bei den Novemberwahlen 1932 relative Mehrheiten in einer ganzen Reihe der größten deutschen Städte (Berlin, Köln, Essen, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Mannheim, Wuppertal, Bochum, Gelsenkirchen, Königsberg, Halle usw.). Beachtlich ist auch, daß bei den in vieler Beziehung typischen Wahlen von 1928 die KPD nur etwa 60 Prozent ihrer Stimmen (zwei Millionen) in selbständigen Stadtkreisen erzielte (Gesamtstimmenzahl: 3,3 Millionen), während die SPD fast 70 Prozent ihrer Wähler (6,3 Millionen) aus Stadtkreisen bezog (Gesamtstimmenzahl 9,2 Millionen). Dies mag damit zusammenhängen, daß, obwohl in den größeren Gemeinden der Anteil der Arbeitnehmergruppen zunimmt, der Anteil der Angestellten und Beamten wächst, je größer die Städte wurden.<sup>2)</sup>

Fassen wir die Wahlen von 1928, die für die Situation der Stabilisierung der Weimarer Republik so typisch sind, genauer ins Auge, so finden wir aber, daß die SPD durchaus nicht nur in „kleinbürgerlichen“ Gegenden und Orten ihre Stärke hatte, sondern auch in einer ganzen Reihe von Fällen in ausgesprochenen Arbeitergemeinden und -städten stark war — viel stärker als etwa die KPD. In den folgenden Orten mit über 70 Prozent Arbeiterbevölkerung war die SPD stärker als die KPD: Gladbeck (8100 SPD-Stimmen zu 5600 KPD-Stimmen), Wattenscheid (8400 : 4500), Gerthe (4300 : 1900), Castrop-Rauxel (7700 : 4300), während die KPD in Hamborn (19 700 KPD : 10 800 SPD) und Bottrop (11 600 : 3800) die SPD übertraf. Auch in Recklinghausen (62,8 Prozent Arbeiterbevölkerung), Wilhelmshagen (63 Prozent) und Bochum (60 Prozent) war die SPD die stärkere Partei im Gegensatz zu Gelsenkirchen (66,9 Prozent). Von 21 Orten mit 50 bis 60 Prozent Arbeiterbevölkerung hatte die SPD in 16 das Übergewicht, die KPD nur in 5.

Diese Zahlen geben immerhin einen Hinweis darauf, daß die SPD erhebliche Teile der deutschen Arbeiterschaft, die nicht ohne weiteres als „Aristokratie“ betrachtet werden können, hinter sich hatte. Weiteren Aufschluß gibt die Untersuchung von Orten, in denen bestimmte Wirtschaftszweige besonders stark vertreten sind.<sup>3)</sup> Hierbei fällt sofort auf, daß die KPD relativ stark ist sowohl in den ausgesprochenen Bergarbeitergemeinden, wie auch in den größeren Städten, in denen der Bergbau im Mittelpunkt steht (z. B. Hindenburg, Beuthen, Ratibor in Oberschlesien, Hamborn, Gelsenkirchen, Bottrop, Essen usw. im Ruhrgebiet). Weitere Erfolge hat die KPD in Orten, in denen die Eisen- und Metallgewinnung oder die chemische Industrie eine Rolle spielen (Gleiwitz, Düsseldorf, Hamborn, Essen usw. einerseits, Leuna, Halle andererseits). Die SPD ist hingegen besonders stark in den Zentren der weiterverarbeitenden Industrien (Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren, Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau, elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik). Als Illustration sei nur an Orte wie Jena, Brandenburg, Suhl, Lüdenscheid erinnert. Mit am stärksten ist die SPD auch in ausgesprochenen Textilarbeitergemeinden (Plauen, Zwickau, Erfeld, Aachen usw.). Auch hier handelt es sich um eine Verteilung, die kaum als Bestätigung der Theorie der Arbeiteraristokratie gelten kann. Gehören doch z. B. in der bereits mitgeteilten Lohnübersicht die Bergarbeiter mit zu den bestbezahlten Arbeitern, während etwa die Textilarbeiter (sowohl gelernte wie ungelernete) an letzter Stelle stehen. Und die Lohn-differenz zwischen etwa den der SPD folgenden Buchdruckern und den zur KPD neigenden Metallarbeitern oder Arbeitern der chemischen Industrie ist doch nicht sehr erheblich.

<sup>1)</sup> Alle Wahlberechnungen beruhen auf den Angaben in der „Statistik des Deutschen Reiches“, Bd. 335, 372, 387 und 434.

<sup>2)</sup> „Statistik des Deutschen Reiches“, Band 408, S. 118.

<sup>3)</sup> Die folgenden Angaben basieren auf der Berufszählung von 1925 („Statistik des Deutschen Reiches“, Bd. 403, 404, 406 und 408).



Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die berufliche und industrielle Trennungslinie zwischen dem sozialdemokratischen und dem kommunistischen Teil des Proletariats so wenig durchgehend war, daß man doch hier und da Orte mit analoger Berufsgliederung aber ganz verschiedener Parteirichtung findet. Als Beispiel seien je zwei Orte für den Bergbau, die Textilindustrie und die eisenwarenerzeugende Industrie herausgegriffen. Unter den oberschlesischen Bergarbeiterstädten fällt Hindenburg als Bollwerk des Kommunismus auf. Von einer Wohnbevölkerung von insgesamt 33 000 Erwerbstätigen waren 1925 über ein Drittel (9000) als Arbeiter im Bergbau tätig. Die KPD hatte in Hindenburg 1928 fast 15 000 Stimmen, die SPD nur 8 000. Für Waldenburg in Niederschlesien sind die entsprechenden Zahlen 23 000 Erwerbstätige, 6 000 Bergleute, 2 000 KPD-Stimmen und — 12 000 SPD-Stimmen. Dabei leuchtet ohne weiteres ein, daß die im Waldenburger Elendsgebiet lebenden Kumpels, verglichen mit den oberschlesischen Bergleuten, kaum als Aristokraten betrachtet werden können. Nun die entsprechenden Zahlen für zwei typische Textilorte: Plauen hat 6 900 Erwerbstätige, 12 500 Textilarbeiter, 14 000 SPD- und 10 000 KPD-Stimmen; München-Gladbach dagegen 62 000 Erwerbstätige, 15 000 Textilarbeiter, 5 000 SPD- und 9 000 KPD-Stimmen. Schließlich hat in der Gruppe der Eisen-, Stahl- und Metallwarenerzeugungszentren Suhl 8 000 Erwerbstätige, 2 500 in der Hauptindustrie beschäftigte Arbeiter, 3 000 SPD- und 700 KPD-Stimmen, Solingen hingegen 27 000 Erwerbstätige, 6 500 in der Hauptindustrie tätige Arbeiter, 5 000 SPD- und 12 000 KPD-Stimmen (Solingen und Remscheid waren bereits vor der Entstehung der KPD Hochburgen der Linken Sozialdemokratie und USPD).

Wenn diese Beispiele auch viel zu unvollständig sind, um einen schlüssigen Beweis darzustellen, so scheinen sie doch alle dafür zu sprechen, daß die These von der Arbeiteraristokratie eine höchst problematische Verabsolutierung und Vereinfachung eines sehr komplizierten Tatbestandes darstellt. Wenn sich auch bestimmte Arbeitergruppen ständig von der SPD (die ja durchaus nicht einheitlich reformistisch war, vielmehr einen z. B. in Sachsen, Thüringen, Breslau usw. recht starken linken Flügel hatte) und andere von der KPD angezogen fühlten, so dürfte hierbei das ökonomische Moment nicht das ausschlaggebende gewesen sein. Ja, selbst wenn unterstellt wird, daß die Art der Arbeit, die Höhe des Lohnes, die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die Größe der Aufstiegschance usw. eine nicht unwichtige Rolle gespielt haben, bleibt noch zu fragen, ob denn wirklich die sozialdemokratischen Arbeiter in all diesen Dingen durchgehend die Privilegierten gewesen sind. Die Schlussfolgerung dürfte nahelegen, daß bedeutende Kernschichten des deutschen Proletariats, und nicht nur eine aristokratische Minderheit, während der Weimarer Republik Jahre lang der SPD gefolgt sind — trotz allen etwaigen Vorbehalten der Politik des Reformismus gegenüber. Zu beachten ist auch, daß der Einfluß der SPD sich relativ gleichmäßig über ganz Deutschland und insbesondere die großen Industriezentren des Landes erstreckte, während sich der Einfluß der KPD stets auf eine relativ beschränkte Zahl von Gegenden und Orten konzentrierte.

In diesem Zusammenhang ist noch die nicht nur von Kommunisten aufgestellte Behauptung, daß die SPD sich stark „verbürgerlicht“ und „verbürokratisiert“ hätte, zu überprüfen. Daß das „kleinbürgerliche“ Element in der SPD relativ stark war, sicherlich erheblich stärker als in der KPD, ist unbestreitbar. Viele führende Arbeiter waren insbesondere nach 1918 gerade auf dem Wege über die marxistische Arbeiterbewegung in Positionen in Partei und Gewerkschaft, Kasse und Konsum, Gemeinde und Staat gelangt. In diesem Sinne muß man von einem nicht unbedeutenden „arbeiterbürokratischen“ Element in der SPD sprechen. Manches eine parteioffizielle Übersicht gibt eine Vorstellung von der großen Zahl der Abgeordneten, Stadträte, Bürgermeister, Gemeindevorsteher usw. usw.<sup>1)</sup> Zugleich bestand ein nicht unerheblicher Teil der Mitglieder und Wähler der SPD aus Angestellten, Beamten, Intellektuellen, Kleingewerbetreibenden usw. Dieser Sachverhalt wird hinreichend deutlich, wenn man die Listen der sozialdemokratischen Reichstagsbewerber mit den entsprechenden kommunistischen Listen vergleicht. Während bei den Kommunisten 1928 den 145 Nichtarbeitern 342 ausgesprochene Arbeiter gegenüberstehen, unter denen das größte Kontingent zwar die ungelerten Arbeiter mit 65 darstellen, aber auch die meisten anderen proletarischen Berufe adäquat vertreten sind (die Schlosser mit 41, die Metallarbeiter mit 36, die Bergleute mit 26, die Maurer, Tischler, Bauarbeiter und Elektromonteur mit je 11, die Schmiede mit 10, die Dreher mit 9, die Zimmerer mit 7, die Schneider und Former mit je 6, die Transportarbeiter und Buchdrucker mit je 5 usw.), ist das Verhältnis bei den Sozialdemokraten fast genau umgekehrt.

<sup>1)</sup> vgl. die Angaben des „Jahrbuches der deutschen Sozialdemokratie“, zitiert bei F. Neumann, op. cit., S. 412.

Unter den fast 400 sozialdemokratischen Bewerbern (vor allem Beamte, Parteilangestellte, Redakteure, Lehrer, Schriftsteller usw. usw.) finden sich nur 42 Arbeiter (unter diesen sind die meisten Berufe einigermaßen vertreten, ob wohl natürlich die Zahl selber so klein ist, daß sie keinen Aufschluß über das Problem der Arbeiteraristokratie geben kann).

Obwohl somit die SPD keine eigentlich „arbeiteraristokratische“ Partei war, stellte sie jedenfalls nach 1918 eher eine „Volkspartei“ als eine reine „Arbeiterpartei“ dar. Da diese soziale Wandlung aber, wie dargestellt, eher Folge als Ursache der neuen staatsbejahenden Politik war, so ist nach wie vor an der Hypothese festzuhalten, daß sich die Spaltung adäquater aus der politischen Lage der Gesamtarbeiterklasse als aus der ökonomischen Position bestimmter Arbeiterschichten ableiten läßt. Läßt sich also im Einzelfall rein ökonomisch nicht erklären, wieso etwa einerseits die Mehrheit der Arbeiter Waldenburgs, Plauens und Suhls der SPD treu geblieben ist, andererseits die proletarische Mehrheit in Hindenburg, München-Gladbach und Solingen bereits 1928 der KPD folgte, so kann man sich mit Recht fragen, ob man der Lösung des Rätsels nicht näher kommt, wenn man genau untersucht, wann und unter welchen Umständen historisch die sozialistische Bewegung in den betreffenden Gegenden und Orten entstanden und gewachsen ist. Vielleicht wird sich dann ergeben, daß sehr oft die Arbeiterschaft in den Gegenden, die bereits vor dem Weltkrieg starke sozialdemokratische Traditionen hatten, überwiegend sozialdemokratisch geblieben ist, während es der KPD gelungen ist, insbesondere unter den weniger traditionsgebundenen Arbeitern derjenigen Gegenden Fuß zu fassen, die erst relativ spät industrialisiert worden sind und wo sich die Arbeiter erst während der Kriegs- und Nachkriegs-Krisen politisiert haben. (Man denke etwa an die Leunawerke im Bezirk Merseburg und die Bergwerke in Oberschlesien im Gegensatz etwa zur sächsischen Textilindustrie). Das Bild kompliziert sich allerdings dadurch, daß es auch Orte mit sehr alten, z. T. bis in die Tage Lassalles zurückgehenden revolutionären Traditionen gibt, die eine fast ununterbrochene revolutionäre Linie von der radikalen Linken vor dem Kriege über die USP bis zur KPD aufweisen (Beispiele: Remscheid und Solingen).

Was immer die Gründe für die Entstehung und den Fortbestand der KPD gewesen sein mögen, um 1920 hatte sie sich als Partei sowohl stabilisiert, daß sie bis an das Ende der Weimarer Republik trotz allen Krisen und Rückschlägen als eine der „major parties“ des parlamentarischen Vielparteiensystems anzusehen ist. Daß unter allen Umständen die Kommunistische Partei als politische Partei im vollen Umfange dieses Begriffes zu betrachten ist, dürfte kaum ernstlich bestritten werden, selbst wenn nicht so recht feststeht, was eigentlich die wesentlichen Merkmale einer politischen Partei sind. Die Hauptschwierigkeit der Begriffsbestimmung liegt dabei darin, daß eine Definition gefunden werden muß, die den verschiedensten Parteitypen weit auseinanderliegender historischer Epochen und Länder gerecht wird. Eine solche Definition müßte etwa sowohl die Tories und Whigs des Englands des 18. Jahrhunderts wie die Republikaner und Demokraten der USA des 19. Jahrhunderts, die deutschen Weltanschauungsparteien des Kaiserreichs und die Führerparteien südamerikanischer Republiken, die faschistischen Massenparteien und die antisemitischen Sektten, die englische Labor Party und die Kommunistische Partei der Schweiz, die Kuomintang und die Apristen umfassen. Hat man aber einmal eine alle diese Gebilde umfassende Definition gegeben, so wird diese selbstverständlich so vage sein, daß sie nur die äußersten Grenzen abstecken, über die Eigentümlichkeiten einer bestimmten Partei selber aber sehr wenig zu sagen vermag.

Sehen wir uns unter diesem Gesichtspunkt einige der klassischen Definitionen an. Nach Edmund Burke ist die politische Partei „eine Gruppe von Menschen, welche sich auf der Grundlage eines gemeinsam anerkannten Prinzips vereinigen, um ihre gemeinsamen Anstrengungen in den Dienst des nationalen Interesses zu stellen.“<sup>1)</sup> Für G. Jellinek sind die Parteien „ihrem Kern nach Gruppen, die durch gemeinsame, auf bestimmte staatliche Ziele gerichtete Überzeugungen geeinigt, diese Ziele zu verwirklichen trachten.“<sup>2)</sup> W. Hasbach definiert die Partei als „eine Vereinigung von Personen mit gleichen politischen Überzeugungen und Zielen, welche die Staatsgewalt zum Zwecke der Verwirklichung ihrer Forderungen zu erobern sucht.“<sup>3)</sup> Sulzbach selber fügt eine Begriffsbestimmung hinzu, die in dieselbe Richtung weist. „Eine politische Partei ist eine Vereinigung von Personen, die die gleichen Ansichten über die wünschenswerte Gestaltung von Staat und Gesellschaft hegen und sich zusammentun, um durch Eroberung der Staatsgewalt oder wenigstens durch Einflußnahme auf dieselbe ihre Forderungen zu

<sup>1)</sup> Sulzbach, „Politische Parteien“, S. 425.

<sup>2)</sup> Jellinek, „Allgemeine Staatslehre“, S. 102.

<sup>3)</sup> „Die moderne Demokratie“, S. 471. zitiert bei Sulzbach D.

verwirklichen.“<sup>1)</sup> Während keine dieser Definitionen der Patronagepartei gerecht wird, erfaßt eine von Beard<sup>2)</sup> halb scherzhaft zitierte populäre, typisch amerikanische Auffassung der Partei („eine politische Partei ist eine Anzahl von geschäftigen Männern [und jetzt auch Frauen], die für das Volk alles tun, was sich auf die Regierung bezieht und es so rasch tun, daß es zufrieden bleibt“)<sup>3)</sup> ihrerseits nicht die europäischen Klassen- und Weltanschauungsparteien. Eine wirklich umfassende Definition findet sich dagegen bei Max Weber: „Parteien sollen heißen auf (formal) freier Werbung beruhende Vergesellschaftungen mit dem Zweck, ihren Leitern innerhalb eines Verbandes Macht und ihren aktiven Teilnehmern dadurch (ideelle oder materielle) Chancen (die Durchsetzung von sachlichen Zielen oder die Erlangung von persönlichen Vorteilen oder beides) zuzuwenden.“<sup>4)</sup>

Bleiben trotzdem alle Versuche der Definierung unbefriedigend, so werfen die verschiedentlich unternommenen Typisierungen politischer Parteien mehr Licht auf ihre Natur. So hat man etwa von notwendigen und zufälligen<sup>5)</sup>, von echten und unechten Parteien<sup>6)</sup>, Vollparteien und Teilparteien, Weltanschauungs-, Klassen- und Patronage Parteien<sup>7)</sup>, Führer-, historischen und Programm-Parteien<sup>8)</sup>, Cliquen-, Maschinen- und offenen Interessen-Parteien<sup>9)</sup>, insularen und kontinentalen Parteien<sup>10)</sup>, „major and minor parties“ usw. gesprochen. Noch viele Klassifizierungen könnten mit einigem Nutzen gemacht werden: So könnte man nationale und internationale Parteien; Massenparteien, Kaderparteien und Sekten; demokratisch und bürokratisch organisierte Parteien, zentralisierte und dezentralisierte Parteien; parlamentarische und antiparlamentarische Parteien miteinander konfrontieren.

Suchen wir einige dieser Charakteristiken auf die KPD anzuwenden, so sehen wir sofort, daß, obwohl manche nicht recht passen, andere starkes Licht auf das Wesen der Partei zu werfen geeignet sind und bei einer dritten Gruppe die Anwendung zweifelhaft sein mag. Zu dieser letzten Gruppe gehört z. B. die Unterscheidung von echter und unechter Partei. Sulzbach geht davon aus, daß nur eine Partei, die sich als Teil eines größeren Ganzen mit einer oder mehreren anderen Parteien zu einer Einheit ergänzt, eine echte Partei („pars“) sei. Dies treffe aber nur zu, wenn allseits an die gleiche Gruppe als Träger der gewünschten Zwecke gedacht würde.

Die Frage wäre also, welche Gruppe die KPD repräsentierte. Diese Frage läßt sich nicht so einfach beantworten, wie es zunächst scheinen könnte. Natürlich beanspruchte die KPD, Vorkämpferin der Klasseninteressen des deutschen Proletariats zu sein. Darüber hinaus wollte die KPD aber auch immer wieder die Partei der Arbeiter, Bauern und anderen Werktätigen sein. Man denke nur an die Parolen der Volksrevolution oder der Volksaktion. Ja, oft ging man so weit, zu behaupten, daß man die Partei aller Werktätigen, d. h. der überwältigenden Mehrheit des Volkes sei. Zugegeben, die KPD erklärte sich stets offen gegen die Kapitalisten und die Bourgeoisie. Aber sogar hier könnte man mit Zuhilfenahme Hegelscher und Marx'scher Dialektik deduzieren, daß die revolutionäre Politik der KPD letzten Endes sogar im „wahren“ Interesse der „Ausbeuter“ liege, insofern nämlich, als diese neben ihren Ausbeutungsinteressen auch wirklich menschliche Interessen haben.

Doch hat dieses Problem ja noch eine andere Seite. Die meisten Parteien, insbesondere die bürgerlichen Parteien waren immer nationale Parteien, da sie ausschließlich die Interessen ihres Landes oder ihrer Nation zu vertreten vorgaben. Und die KPD als Sektion der Kommunistischen Internationale fühlte sich doch in erster Linie als Vertreterin eines integralen Bestandteils des internationalen Proletariats. Nun soll nicht geleugnet werden, daß die Ideologie der KPD wirklich meistens mehr oder weniger internationalistisch war. Immerhin sei hier nur an ihre Politik während der Ruhrkrise oder z. Zt. des Programms der nationalen und sozialen Befreiung erinnert. Die KPD konnte also zeitweise mindestens ebenso nationalistisch auftreten, wie die typisch reformistische oder bürgerliche Partei. Darüber hinaus ist zu bedenken, daß es nach der marxistischen Auffassung keinen Widerspruch zwischen den Interessen des internationalen Proletariats und den wohlverstandenen Interessen der Werktätigen eines bestimmten Landes gibt. Theoretisch ist also die KPD mindestens ebenso „teilweise deutsch, teils international“, wie es Sulzbach von der SPD annimmt.

Praktisch und realistisch gesehen, verschiebt sich allerdings das

<sup>1)</sup> Sulzbach, op. cit., S. 423.

<sup>2)</sup> Beard, „The Republic“, S. 282.

<sup>3)</sup> M. Weber, „Wirtschaft und Gesellschaft“ Teil I, S. 117.

<sup>4)</sup> Jellinek, op. cit., S. 103.

<sup>5)</sup> Sulzbach, op. cit., S. 429.

<sup>6)</sup> M. Weber, op. cit., S. 187.

<sup>7)</sup> v. Blume im „Handbuch der Politik“, S. 382 ff.

<sup>8)</sup> Serrin in „Zeitschrift für Politik“, S. 77.

Problem, insbesondere wenn wir an die Politik der Partei in den letzten Jahren der Weimarer Republik denken. Es ist bereits angedeutet worden, daß die KPD, die zur Zeit Liebknechts und Luxemburgs wirklich in erster Linie international, in zweiter Linie deutsch war, bereits nach 1923 immer mehr zu einer Art „Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion“ wurde. Die KPD identifizierte sich also mehr und mehr mit den Interessen und Idealen der Sowjetunion, d. h. insbesondere der dort herrschenden kommunistischen Partei und ihrer Führer. Es wäre allerdings falsch, annehmen zu wollen, daß die KPD zu einer reinen „Fünften Kolonne“ zusammenschumpfte. Sie blieb nach wie vor eine Bewegung und Organisation erheblicher Teile der deutschen Bevölkerung. Dabei vertrat sie jedoch deren Anschauungen und Interessen nur insoweit, als diese mit den Interessen und Vorstellungen der Bolschewiki nicht kollidierten. Da die Interessen dieser Schichten gelegentlich mit denen Rußlands zusammenfielen und sie außerdem mehr oder weniger freiwillig darauf bestanden, die Welt vom russischen Standort aus anzuschauen, waren die Konflikte seltener, als man annehmen würde. Wo immer es aber zum Konflikt kam, setzte die jeweilige Parteiführung die Interessen der russischen Parteiführung auch gegen alle Widerstände innerhalb der eigenen Reihen durch.

Es liegt im Wesen einer Weltanschauung wie der marxistisch-leninistischen, daß zu prinzipiell allen politischen und sonstigen Problemen einheitlich Stellung genommen wird. Natürlich kann es auch hier Meinungsverschiedenheiten geben. Als Ergebnis des langjährigen Ausbaus des Systems finden sich aber bei ihm wirklich relativ eindeutige Antworten auf außerordentlich viele Fragen. In unserer Zivilisation hat wohl nur der Katholizismus ein ähnlich weitreichendes und geschlossenes System produziert. In diesem Sinne ist also die KPD durchaus eine Vollpartei, die für ein ganzes System von Forderungen eintritt. Die Kontinuität wird dabei vor allem auch dadurch gewahrt, daß sich allmählich ein Brauch herausgebildet hat, wonach, ähnlich wie im Katholizismus die Führer der Partei bzw. der Kommunistischen Internationale (d. h. letzten Endes der russischen Partei) in allen Zweifelsfragen autoritativ sprechen und alle Beschlüsse der obersten Parteinstanz für unfehlbar gelten.

Natürlich war die KPD niemals eine parlamentarische Partei. Zwar nahm sie seit 1920 an Parlamentswahlen und parlamentarischen Debatten teil. Dennoch war das Parlament in den Augen der Kommunisten wirklich wenig mehr als eine „Strohstube“. Sowohl die parlamentarische Tätigkeit selber als auch die Wahlen sollten nur der Unterstützung des außerparlamentarischen Klassenkampfes dienen. Wie gezeigt, kann die KPD nur selten überhaupt in die Lage, „eine positive“ Rolle im Parlament zu spielen. Fast immer war sie die Partei der „mehr oder weniger loyalen“ Opposition. Wenn auch die Wahlkämpfe nicht gerade revolutionären Charakter trugen und die KPD sich nicht als sich vielleicht für eine revolutionäre Partei zieme, über ihre Wahlzirkeln und Mandate freute, so blieben doch die Wahlen in erster Linie Agitations- und Propaganda-Aktionen. Allerdings ergab in der Frage der Einschätzung ihrer eigenen Stärke die Partei immer wieder der Krankheit des „parlamentarischen Kretinismus“, der sich also keineswegs auf die Parteien positiver parlamentarischer Betätigung beschränkte.

Wenn man mit Max Weber<sup>1)</sup> davon ausgeht, daß unter einer Patronage-Partei nur eine Partei zu verstehen ist, deren Aktionen „nur auf Erlangung der Macht für den Führer und Bereizung der Stellen des Verwaltungsstabes durch ihren Stab gerichtet sind, so ist die KPD alles andere als eine Patronage-Partei gewesen. Natürlich ging es ihr stets um die politische Macht; sie stellte sich aber vor, daß diese nur auf Grund eines politischen Programms, einer Weltanschauung gewonnen und gehalten werden konnte. Wie alle marxistischen Parteien war die KPD also in ausgesprochenem Maße Weltanschauungs- und Programmpartei. Ja, von außen gesehen erscheint sie als das Vorbild eines extrem prinzipienfesten und dogmatischen Gebildes, was sie nicht daran hinderte, Starrheit in den Grundauffassungen mit weitestgehendem Opportunismus und Machlavelismus in der konkreten Durchführung der Parteilinie zu verbinden.

Man hat oft im Anschluß an Max Weber Weltanschauungs-partei und Klassenpartei einander gegenüberzustellen versucht. Nun gibt es natürlich Weltanschauungs-parteien, deren Klassencharakter äußerst verschwommen ist. Andererseits kann man sich auch Klassenparteien vorstellen, die mit einem Minimum an Weltanschauung auskommen (z. B. die Mittelstands- und Wirtschaftsparteien der Weimarer Republik). Sehr häufig wird man dagegen finden, daß eine Klassenpartei über ein geschlossenes und um-

während die Weltanschauung einer bestimmten Partei gewisse Klassen anziehen und andere abstoßen wird.) Es stimmt nämlich, daß das Schema der materialistischen Geschichtsauffassung durchaus nicht ausreicht, alle Parteibildung der menschlichen Geschichte zu erklären. Immer wieder hat es Parteien gegeben, die direkt gar nichts und indirekt auch nur sehr wenig mit der Produktion und Distribution materieller Güter zu tun hatten. Daß der Mensch nicht nur ein arbeitendes und produzierendes, sondern auch ein lebendes, spielendes, phantasierendes, denkendes usw. Wesen ist, spiegelt sich auch im Charakter vieler Parteien wider. Andererseits ist es kein Zufall, daß immer wieder die größten Denker längst vor Marx von Aristoteles bis auf die Verfasser des „Federalist“ die Bedeutung der Besitzverteilung und Klassenschichtung für die Entstehung und Tätigkeit der politischen Parteien hervorgehoben haben.

Gerade mit der Entfaltung des modernen Hochkapitalismus und Parlamentarismus hat sich der Typ von Partei verbreitet, der Klassenbasis und Weltanschauung kombiniert. Will man die Entstehung der modernen Partei im 19. Jahrhundert schematisch vereinfacht darstellen, so kann man sehr wohl von der konservativen Partei als der Partei des Großgrundbesitzes, der liberalen Partei als der Partei der Bourgeoisie und der radikal-demokratischen Partei als der Partei des Kleinbürgertums sprechen. Auch die Herausbildung des Proletariats zur „Klasse für sich“ geht Hand in Hand mit der Entstehung von proletarischen Parteien, die in der Regel insofern Weltanschauungsparteien sind, als sie glauben, daß die Vertretung der proletarischen Interessen nur im Rahmen der materialistischen oder gar marxistischen Weltanschauung möglich ist. Viel weiter kommt man allerdings mit der ökonomischen Zuordnung nicht. Wie wir schon gesehen haben, ist es z. B. nicht möglich, die typisch kommunistischen Elemente in der marxistischen Weltanschauung der KPD direkt aus der ökonomischen Klassenlage ihrer Anhänger abzuleiten.

Sehr richtig hat hervorgehoben, daß in der Entwicklung des Parteiensystems die entscheidende Veränderung nicht in der Entwicklung der Partei von der Cliquenpartei zur Maschinenpartei, sondern vielmehr im Übergang von der Maschinen- und Massenpartei zur offenen Interessenpartei liegt. Die typische Interessenpartei ist ihm dabei die reformistische Interessenpartei. Die klassenmäßige Abgrenzung der Parteien sei an ein entscheidendes Wachstum der ökonomischen Rolle des Staates und an die Politisierung der Klassenorganisationen selbst gebunden, die ihre Kämpfe als Kampf um den Staat auszutragen beginnen. „Die Epoche, in der dieser Zustand allgemein und sichtbar wird, ist regelmäßig die Epoche des Imperialismus, in der die staatliche Wirtschaftspolitik für das Leben des Einzelnen eine schnellwachsende Bedeutung gewinnt.“

Natürlich wird auch die KPD von diesem Wandel berührt, selbst wenn sie weitgehend außerhalb der parlamentarischen Interessen-Demokratie bleibt. Bei ihr zeigt sich der Übergang zur Maschinen- und Interessenpartei vor allen Dingen innerparteilich-organisatorisch. Aus der sozialen und politischen Bewegung, die während des Weltkrieges mit der Spaltung der SPD in Fluß kam, entstanden zunächst, wie wir gesehen haben, eine Anzahl von kleinen und kleinsten Organisationen, die sehr wohl auch hätten Sektten bleiben oder sich zu Kaderparteien entwickeln können. Die unermüdlige Aktivität der Mitglieder, das Geschick und der Heroismus der Führer hätten nicht ausgereicht, aus den Sektten eine Massenpartei zu entwickeln. Nur dank der Reife der objektiven Verhältnisse fanden die Spartakisten soviel Widerhall, daß sie bereits nach wenigen Jahren zu einer neuen Massenpartei werden konnten. Die objektiv vorhandenen Möglichkeiten zur Expansion trugen aber auch dazu bei, daß die KPD nicht zu einer Kaderpartei von Berufsrevolutionären wurde, wie es die Bolschewiki praktisch seit 1903 gewesen waren und noch etwa bis zum Tode Lenins blieben. Hinzu kam allerdings, daß die Bolschewiki selber die Vorteile, die sie aus ihrer Parteistruktur gezogen hatten, nie ganz begriffen und den Kadercharakter ihrer Partei als von den Bedingungen des Zerfalls und der Rückständigkeit Rußlands aufgezwungenen Notstand empfunden hatten. Ihr Ideal war eigentlich stets eine Partei gewesen, die zugleich eine Organisation von Berufsrevolutionären und eine Assoziation von Massen wäre. Dieses kaum realisierbare Ideal suchten sie dann auch den anderen Parteien in den Jahren der „Bolschewisierung“ zu oktroyieren mit dem Erfolg, daß diese weder Fisch noch Fleisch waren. Für die KPD stellen die letzten Jahre des Weltkrieges und die ersten Jahre der November-Republik schon den Übergang von der Sekte zur Massen- und Maschinenpartei dar. Zum Abschluß kommt der Prozeß bei der

<sup>1)</sup> Weber selber charakterisiert die Sozialdemokratie als sachliche und Weltanschauungspartei: „mit sehr starkem Einschlag von Klasseninteressen“ (op. cit., S. 164).

<sup>2)</sup> in „Zeitschrift für Sozialismus“ II, S. 772.

Vereinigung mit der linken USFD 1920. Seit diesem Zeitpunkt bleibt die KPD trotz allen Rückschlägen bis 1933 eine wenn auch gehemmte Massenpartei.)

Innerhalb der Partei setzt sich, wie im einzelnen gezeigt worden ist, der Prozeß der Bürokratisierung rasch durch. Unter den späteren Führergarnituren finden sich nur wenige, die nicht ausgesprochene „Partelbonzen“ oder „Apparatschiki“ gewesen wären. Genau wie die reformistischen oder bürgerlichen Parteien arbeitete auch die KPD vor allem mit einer großen Zahl kleiner und großer Berufspolitiker und mit den Mitteln der modernen Massenpropaganda.) Für europäische Verhältnisse war die KPD eine typische Maschinenpartei. Verglichen mit den großen Parteien der Vereinigten Staaten verfügte sie natürlich über einen imposanten Stab von freiwilligen, unbezahlten, oft durchaus idealistisch eingestellten Funktionären und Parteilarbeitern, die in vieler Beziehung das beste Element in der Partei und ihr eigentliches organisatorisches Rückgrat darstellten. Daß auch diese Schicht von mittleren und unteren Funktionären in ihrer politischen Qualifikation abnahm, war bei dem allgemeinen Rückgang des politischen Niveaus und der ungeheuren Fluktuation innerhalb der Partei nicht verwunderlich.

Roberto Michels<sup>1)</sup> hat auf Grund seiner Studien der sozialdemokratischen Vorkriegsparteien sein berühmtes „ehernes“ Gesetz von den oligarchischen Tendenzen im Gruppenleben entwickelt. Die Kommunisten haben immer wieder die SPD als die Partei nicht nur der Arbeiteraristokratie, sondern auch der Arbeiterbürokratie gebrandmarkt. Das Problem der Bürokratie stellt sich für eine moderne Massenpartei ähnlich wie für den modernen Groß-Staat dar. Michels hat recht, wenn er betont, daß beim heutigen Stand der Volksbildung keine moderne Partei ohne Berufspolitiker, technisch vorgebildete Parteiangestellte usw. auskommen kann. Daß überall, wo Fachwissen und berufliche Betätigung in der Hand einer Minderheit konzentriert sind, diese unweigerlich an Einfluß gewinnen und ein bestimmtes Maß an Macht ausüben wird, ist auch zuzugeben. Insoweit sind in der Tat alle modernen größeren Parteien ebenso wie alle sonstigen Assoziationen und Institutionen „bürokratisch“. Wenn man dennoch demokratische und autokratische Parteien unterscheiden kann, so deshalb, weil sich doch wohl eine solche Kombination von „bürokratischem Spezialistentum“ und demokratischer Mitbestimmung und Kontrolle der Mitglieder stellenweise verwirklichen läßt, die immerhin ein Mindestmaß an Freiheit und Spontaneität sichert.

So verstanden, hatte die KPD als weitgehend demokratisch organisierte Partei begonnen. In den ersten Jahren nach der Gründung war die Verantwortlichkeit der Führer und Parteikamanten den Mitgliedern gegenüber mehr als eine bloße juristische Fiktion. Wir haben gesehen, wie bereits auf dem Gründungsparteitag sogar Rosa Luxemburg und Liebknecht überstimmt wurden und sich dem Willen der Mehrheit beugten. Auch 1924 waren es wieder die unzufriedenen Mitglieder, die Brandler und Thälheimer stürzten. So lange es innerhalb der Partei freie Meinungsbildung und Diskussion gab, konnte sich auch der Einfluß Moskaus nicht in der diktatorischen Weise geltend machen, in der er später Kritik an der Führung und Abweichungen von der Parteilinie unterdrückte. Doch schon seit 1925 war das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder weitgehend ausgeschaltet. Meinungsverschiedenheiten wurden von jetzt ab immer seltener gebildet, Fraktionen und Flügelbildungen innerhalb der Partei verfolgt (Stalin hatte bereits erklärt, daß die Partei keine Gans sei mit einem rechten und einem linken Flügel). Von nun an endete, ebenso wie in Rußland, fast jeder innerparteiliche Kampf mit dem Ausschluß der Minderheit. Jetzt sorgte die Parteiführung dafür, daß sie immer die überwältigende Mehrheit aller Stimmen bekam. Sie war jetzt den unteren Funktionären und Mitgliedern gegenüber zwar nicht rechtlich, aber faktisch ganz unabhängig und unverantwortlich. Andererseits war sie jetzt so auf die Gnade Moskaus angewiesen, daß sie jederzeit von dort abgesetzt werden konnte.

Rein juristisch statutenmäßig hatte sich allerdings nichts Wesentliches geändert. Es war der neue Geist, der das vielgerühmte Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus in einen bürokratischen Zentralismus verwandelt hatte. Schon immer war die Partei insoweit zentralistisch gewesen, als die Minderheit sich den Beschlüssen der Mehrheit hatte fügen und sogar an deren Durchführung aktiv mitwirken müssen. So war es immer vor-

<sup>1)</sup> F. Neumann (Behemoth, S. 16) charakterisiert die KPD als „revolutionäre Marschorganisation“, „eine Art Synthese zwischen dem frühen russischen Modell und einer Struktur wie der Sozialdemokratischen Partei“.

<sup>2)</sup> Wieder sei Weber zitiert, der hervorhebt, daß „bei allen, auch bei der reinsten Klassenpartei für die Haltung der Parteiführer und des Parteistabs das eigene (ideelle und materielle) Interesse an Macht, Amtsstellungen und Versorgung mit ausschlaggebend zu sein pflegt!“ (op. cit., S. 168).

<sup>3)</sup> Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, passim, insbes. S. 502 ff.

gekommen, daß z. B. ein Mitglied der Zentrale, der in seinem Gremium überstimmt worden war, den Beschluß der Mehrheit selber nach außen verteidigen mußte. Auch hatte die Partei nie lokale oder regionale Autonomie gekannt. Selbst im Zeitalter der Wohnbezirke waren die Ortsgruppen den Bezirken und diese der Reichsorganisation absolut subordiniert gewesen. Andererseits hatten in den ersten Jahren die Mitglieder die Möglichkeit gehabt, für die Auffassungen der Minderheit zu stimmen und auch Delegierte, die auf dem Standpunkt der Opposition standen, zu den Bezirks- und Reichsparteitagen zu entsenden. Wir haben gesehen, welche Vielfalt der Meinungen z. B. auf dem Heidelberger oder Frankfurter Parteitag vorherrschte und zu welcher lebhaften Diskussion es damals noch kam.

In einem Jahre währenden Prozeß werden in den zwanziger Jahren die demokratischen Elemente in der Parteiorganisation abgebaut. Die letzten Überreste von wirklicher Parteidemokratie verschwinden mit dem Ausschluß der Rechten und Versöhner 1928/29. Nachdem die Partei vorher die linke Opposition ausgeschlossen hatte, wurde sie nun mit der Verbannung des rechten Flügels ihre beiden Flügel los und erschien so etwa seit dem letzten Weidinger Parteitag 1929 als die „eiserne bolschewistische Organisation“, die, da sie im Besitz der letzten Weisheit war, natürlich keinerlei Meinungsverschiedenheiten mehr dulden konnte. Mit dem Tod der letzten Reste des demokratischen Organisationsprinzips war nun der bürokratische Zentralismus ausgereift. Nach dem Vorbilde der Partei Stalins wurde auch die deutsche Partei eine Institution, in der die Bürokratie die Masse der unteren Funktionäre und Mitglieder beherrscht und ihrerseits von der Spitze zentralistisch beherrscht wurde. Jetzt war auch das Karl-Liebknecht-Haus i. W. nur noch Transmissionsstation für die Politik des Kreml geworden. Die wahre Zentrale saß dort.

Natürlich muß auch die Führung einer zentralistisch-bürokratischen Partei auf ihre Mitglieder Rücksicht nehmen. Man hat betont, daß selbst innerhalb einer Armee, einer orientalischen Despotie oder einer faschistischen Diktatur soziologisch-psychologisch gesehen die juristisch unbegrenzte Befehlsgewalt der Führung ihre Schranken nicht nur objektiv in technischen und natürlichen Gesetzmäßigkeiten, sondern auch subjektiv in physischen und psychischen Leistungs- und Duldungsschranken und übermächtigen historischen Traditionen findet. Doch fällt in einem solchen autoritären Verhältnis der Untergebene immer nur als Schwanke, Grenze, Widerstand, träge Masse usw. ins Gewicht. In die er Art nur blieb die bürokratisch-zentralistische Führung der KPD von den Interessen und Ideen, Wünschen und Erwartungen der Mitglieder und Anhänger abhängig, zumal in die KPD im Unterschied zur KPSU niemals ein Parteimonopol erzielen konnte. Es kann aber nicht genug hervorgehoben werden, daß es sich auch hierbei nicht um eine positive Bestimmung des Parteikurses und des Parteaufbaus seitens der Mitglieder handelte, sondern immer nur um einen negativ-trägen Widerstand, der die Parteiführung daran hinderte, gewisse Dinge zu tun. Oft handelte es sich auch nicht so sehr um ein wirkliches Verhindern als vielmehr um eine Verlangsamung und Erschwerung.

Max Weber hat wiederholt auf die Bedeutung der Parteifinanzierung für die Art der Einflußverteilung und die materielle Richtung des Parteihandelns hingewiesen.<sup>4)</sup> Wir selber haben die Versuche der Opposition von 1921 erwähnt, die finanzielle Unabhängigkeit der KPD von der Kommunistischen Internationale durchzusetzen. Obwohl dies in vollem Umfange nie gelungen ist, war es doch ein zwar weit verbreiteter Irrtum, zu glauben, daß die KPD sich einfach auf den „rollenden Rußel“ verlassen konnte. „Die Moskauer Zentrale gibt wohl für größere Sonderaktionen gelegentlich Geld, aber mit ... Millionenbeträgen wirft die Komintern nicht um sich, denn auch ihre eigenen Mittel sind beschränkt und größere Unterstützungen plätschen von Moskau aus nur dorthin zu gehen, wo die radikalen Arbeitermassen noch unorganisiert sind“, schreibt ein hervorragender Sachkenner.<sup>5)</sup> Die Finanzierung der Partei erfolgte vor allem mit Hilfe von Mitgliedsbeiträgen und Sammlungen. Nach dem Beschluß des Leipziger Parteitages 1922 sollte der monatliche Mitgliedbeitrag einen Stundenlohn betragen. 1924 wurde der Beitrag nach drei Klassen abgestuft (20 Pf. in der 1., 15 Pf. in der 2. und 5 Pf. in der 3. Klasse.<sup>6)</sup> Die Beiträge wurden später erhöht, und im Parteitag sollte jeder Genosse nach seinem Einkommen beisteuern. Die Einnahmen blieben aber bescheiden, da die überwältigende Mehrheit der Mitglieder schlecht verdienende Arbeiter oder gar Arbeitslos waren und es bis zuletzt an reichen Gönnern fehlte. Einen nicht unerheblichen Posten stellten hingegen die Abgaben der Abgeord-

<sup>4)</sup> op. cit., S. 163 und 169.

<sup>5)</sup> Lewinsohn, „Das Geld in der Politik“, S. 73.

<sup>6)</sup> v. Parteitagsbericht, S. 39.

neten an die Partei dar. Ein kommunistisches M. d. R. mußte von seinen 750 RM Diäten etwa 300 RM monatlich an die Parteikasse abführen.<sup>1)</sup> Größere Beträge wurden durch Sammlungen aufgebracht. Insbesondere vor der Wahl weitverfarteten die einzelnen Ortsgruppen und Bezirke miteinander, die Sympathisierenden zu Geldspenden zu bewegen. 14 Tage vor der Wahl vom 20. Mai 1928 konnte die „Rote Fahne“ melden, daß in Berlin 12 517 RM gesammelt worden waren.<sup>2)</sup>

Die Partei verfügte auch über eine wachsende Zahl von eigenen Unternehmungen, die allerdings zum Teil Zuschußbetriebe blieben. Die wichtigsten waren die Parteizeitungen. Am 1. Oktober 1923 hatte die Partei 34 Tageszeitungen (19 Haupt- und 14 Kopfblätter). Sie war Eigentümerin von 19 Druckereien, von denen 10 in parteieigenen Gebäuden untergebracht waren.<sup>3)</sup> 1929, nach dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes, begann die Parteileitung, die erheblichen Vermögenswerte der Partei, insbesondere die Zeitungsbetriebe und das Parteihaus in Berlin (Karl-Liebknecht-Haus), pro forma zu veräußern, um sie vor der Beschlagnahme zu schützen. Der Wert der Parteigrundstücke und -druckereien wurde hierbei auf 8 500 000 RM geschätzt. Lewinsohn glaubte 1930, daß es der Partei gelungen sei, ihr Parteivermögen so zu „entpolitisieren“, daß es vor dem Staatszugriff geschützt war.<sup>4)</sup> 1933 sollte sich auch diese Hoffnung als Illusion erweisen!

Die kommunistische Parteipresse war weder propagandistisch noch finanziell je ein Erfolg. Ihre journalistische Dürftigkeit, zu der die Trockenheit einer Thesen- und Dogmensprache hinzukam, stieß den dem Kommunismus sowieso schon skeptisch gegenüberstehenden Durchschnittsleser von vornherein ab. Daß aber unter Umständen auch kommunistische Publikationen Leser finden konnten, bewiesen in Paris das Zentralorgan der KPF, die „Humanité“, und in Berlin die Münzenberg-Blätter. Von diesen wurde die „Welt am Abend“ das verbreitetste sozialistische Blatt Berlins. Noch erfolgreicher war die in einer Auflage von fast 400 000 erscheinende „Arbeiter-illustrierte Zeitung“ (AIZ). Alle Münzenberg-Blätter trugen dem Interesse der Massen für Sensation, Sport, Kino usw. Rechnung, wobei sie oft, im Gegensatz zur kapitalistischen Boulevard-Presse, es doch auch fertig brachten, sozialkritische und kommunistische Ideen anzudeuten und gute Literatur und Kunst zu betonen.

Letzteres war noch mehr der Fall bei den verschiedenen von Münzenberg gegründeten oder mitfinanzierten Verlagen (darunter „Neuer Deutscher Verlag“), Zeitschriften (etwa „Der Rote Aufbau“, „Für Alle“, „Linkskurve“) und FVingeseellschaften (die „Meschabpom“ hat „Sturm über Asien“, „Die Mutter“ usw. produziert). Manche dieser Unternehmungen, insbesondere die „Meschabpom“, sind, wie schon der Name dieser zeigt, aus der von Münzenberg gegründeten und geleiteten „Internationalen Arbeiter-Hilfe“ (IAH) hervorgewachsen. Diese und die „Internationale Rote Hilfe“<sup>5)</sup> waren neben dem RFB die beiden wichtigsten „überparteilichen Massenorganisationen“ der KPD. Während sich aber die „Rote Hilfe“ im wesentlichen auf die Unterstützung und Betreuung der politisch Verfolgten und deren Angehörigen beschränkte und stets ganz im Schatten der Partei dahinlebte, wurde die Münzenbergsche „IAH“ schon bald nach ihrer Gründung 1921<sup>6)</sup> eine rechte starke und allerdings nur organisatorisch unabhängige Institution. Ihre Hauptaufgabe blieb die soziale Unterstützung notleidender Arbeitermassen, insbesondere bei Streiks und Aressperrungen. Infolge ihres Einflusses auf die radikale Presse, Fliegerproduktion usw. wurde sie aber so mächtig, daß man nicht mit Unrecht vom „Münzenberg-Konzern“ sprach.<sup>7)</sup> Willi Münzenberg selber, ein Mann von großer organisatorischer Begabung, der als Hausbureau begonnen, während des Krieges in der Schweiz die kriegsgegnerrische „Jugend-Internationale“ herausgegeben und es dann bis zum „Generalsekretär“, MdR. Mitglied des ZK der KPD gebracht hatte, bekannte sich selber zur Idee des „Roten Konzerns“:

„Wir sind mit dem Namen Konzern einverstanden. Wir wollen wirklich einen großen roten Konzern wirtschaftlicher Unternehmen aufbauen. Freilich nicht einen Münzenberg-Konzern und nicht einen Brandler-Konzern, sondern den Konzern einer proletarischen Organisation unter der Kontrolle und zur unmittelbaren Unterstützung dieser proletarischen Organisation. Wir sind keine Utöplisten; wir glauben nicht, durch wirtschaftliche Unternehmen den Kapitalismus schlagen zu können. Wir sind revolutionäre Marxisten und wissen, daß nur durch den revolutionären Klassenkampf, nur durch bewaffneten Aufstand und durch Bürgerkrieg der Kapitalismus überwunden werden kann. Wir sind aber auch

<sup>1)</sup> Lewinsohn, op. cit., S. 63

<sup>2)</sup> *ib.*, S. 73

<sup>3)</sup> 9. Parteitagbericht, S. 59 f.

<sup>4)</sup> Lewinsohn, op. cit., S. 137 f.

<sup>5)</sup> vgl. darüber 9. Parteitagbericht, S. 64, 67-71

<sup>6)</sup> vgl. dazu Münzenberg, „Internationale“ III, S. 502-503, S. 1 686-701

<sup>7)</sup> Lewinsohn, op. cit., S. 201 ff.



der Meinung, daß es ein sträfliches Verbrechen ist, den bürgerlichen und sozialdemokratischen Konzernen das Monopol der Massenbeeinflussung ohne Kampf zu überlassen. Wir sind der Meinung, daß alles getan werden muß, um dieses Monopol, sei es auf dem Gebiet des Films, sei es auf dem Gebiet der Tageszeitung oder illustrierten Zeitschriften oder sonstwo, zu brechen. Die Erfahrungen und Erfolge der letzten Jahre geben uns hierin recht. Sie beweisen, daß es möglich ist, die Agitationskraft der proletarischen Organisationen durch solche Unternehmen wirksam zu stärken und zu erweitern.<sup>1)</sup> War die KPD nicht einmal organisatorisch je ein wirklicher Erfolg geworden, so war die Münzenberg-Organisation zweifellos eine der erfolgreichsten Unternehmen der Linken!

Die Kommunistische Partei kann natürlich wie jede politische Partei unter dem Gesichtspunkt der Assoziation und dem der Institution betrachtet werden. Bei der Assoziation denkt man in erster Linie an die Mitgliedschaft einer Organisation, bei der Institution an ihren Apparat. Steht bei der Organisation das subjektiv-menschliche Moment im Vordergrund, so liegt der Schwerpunkt des Begriffs „Institution“ im objektiv-sachlichen. Für diese Betrachtungsweise wäre also die Bürokratisierung einer Partei identisch mit ihrer Entwicklung von der Assoziation fort in Richtung auf die Institution hin. Ist bei der Assoziation das Entscheidende die Funktion, so erwächst die Institution aus dem Wechselspiel von Funktion und Struktur. Eine weit verbreitete Auffassung geht dahin, daß, wie beim biologischen Organismus, so auch beim sozialen Gebilde die Funktion dem Gebilde die Struktur aufzwingt, während gleichzeitig die Struktur die Funktion bestimmt. Der logische Widerspruch von Funktion und Struktur hebt sich also im dialektischen Prozeß der Wechselwirkung auf. Nun liegt es uns fern, die Dialektik des Verhältnisses von Funktion und Struktur leugnen zu wollen. Was aber nicht übersehen werden sollte, ist die Tatsache, daß es bei den komplizierten sozialen Gestalten wie den politischen Parteien keine eindeutige Zuordnung von Struktur und Funktion gibt. Eine bestimmte Struktur ist zwar mit einer Anzahl von Funktionen unvereinbar und umgekehrt. Gleichzeitig kann aber dieselbe Struktur mehr als einer Funktion dienen.

So läßt sich z. B. nicht behaupten, daß bei der Kommunistischen Partei die Politik, d. h. die Funktion der Partei, gerade diese und keine andere Parteistruktur schaffen mußte, ebensowenig wie umgekehrt zu beweisen ist, daß die Parteistruktur die Politik der Partei in jedem Augenblick ihrer Entwicklung eindeutig determiniert hat. Zur Illustration dieser Behauptung diene etwa der Hinweis auf die bolschewistische Partei, bei der die Erfordernisse einer ähnlichen Politik bereits 1903 den viel adäquateren Typ der kleinen, geschlossenen Organisation der Berufsrevolutionäre nahegelegt hatten. Ebensowenig läßt sich die Politik der Kommunistischen Partei im einzelnen eindeutig aus dem Charakter der Partei als einer bürokratisch-zentralistischen Massenpartei ableiten. Schließlich hat es sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern Parteien mit ähnlicher Struktur und Verfassung gegeben, die zentristische oder gar reformistische Politik getrieben haben. Und bei der KPD selber waren die Wendungen ihrer Strategie und Taktik doch so häufig, daß sie sich weder aus der sich viel langsamer ändernden Organisationsstruktur der Partei noch etwa aus ihrer sozialen Zusammensetzung erklären lassen. Ist nach Radbruch<sup>2)</sup> bereits das Programm einer Partei das Produkt dreier Faktoren, nämlich einer historischen Lage, eines wirtschaftlichen Interesses und einer politischen Idee, so ist erst recht die wechselnde Politik einer Partei das Produkt vieler Faktoren, wobei natürlich die Politik der Partei in besonderem Maße die schöpferische Reaktion der Partei auf die gegebene historische Situation ausdrückt.

In der Interpretation der Kommunisten selber war die Kommunistische Partei immer in erster Linie eine proletarische Partei, ja, die einzige proletarische Partei im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien und den „bürgerlichen Arbeiterparteien“, der „Arbeiter-Bürokratie“ und der „Arbeiter-Aristokratie“. Die Sozialdemokraten haben dagegen in ihrer Charakterisierung der Kommunisten geschwankt. Einmal suchten sie die Kommunistische Partei „ökonomisch“ als die Partei der Arbeitslosen, der Deklassierten und Depossidierten, ja des Lumpenproletariats und der Unterwelt zu brandmarken. Andererseits fehlt es aber auch nicht an Versuchen, die Existenz der KPD philosophisch oder psychologisch aus einer bestimmten Geistesstruktur oder Seelenverfassung ihrer Mitglieder und Anhänger abzuleiten.<sup>3)</sup> Obwohl manche dieser Untersuchungen wertvoll sind als Beschreibungen kommunistischer

<sup>1)</sup> „Der Rote Aufbau“, 2. Jahrg., Heft 1, Mai 1929, zitiert bei Lewinsolin, op. cit., S. 202 f.

<sup>2)</sup> Kulturlehre des Sozialismus, S. 12 ff.

<sup>3)</sup> vgl. etwa Geyer, „Die Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung“

12

Mentalität und Psychologie, reichen sie nicht aus, die Entstehung und das Wachstum der KPD in einer konkreten historischen Situation verständlich zu machen. Die meist zur Erklärung herangezogenen Verhaltensweisen oder Kategorien Subjektivismus, Voluntarismus, Radikalismus, Utopismus, Illusionismus usw. sind nämlich in der menschlichen Geschichte als psychologische Phänomene oder Kategoriensysteme immer wieder aufgetaucht. Wie insbesondere Lukacz<sup>1)</sup> gezeigt hat, ist der Dualismus von Subjektivismus und Objektivismus, Voluntarismus und Fatalismus, Idealismus und Materialismus besonders typisch für das modern bürgerliche Leben und Denken. Für unsere Zwecke kommt es darauf an zu erklären, wieso und unter welchen Umständen sie gerade in einer gewissen Periode der deutschen Arbeiterbewegung eine starke Minderheit erfassen konnten und erfaßt haben. Das kann aber nur geschehen, wenn man konkret aufzeigt, wie in einer bestimmten historischen Situation unter dem Einfluß von ökonomischen, sozialen usw. Faktoren einerseits, von Ideen, Persönlichkeiten usw. andererseits sich bestimmte Verhaltensweisen und Ideologien herausbilden.

Kann man also auch die Entstehung und Fortdauer der KPD nicht rein psychologisch erklären, so trägt es doch zum soziologischen Verständnis der Partei bei, wenn man den psychologischen Habitus des typischen Kommunisten kurz zu charakterisieren versucht. Die kommunistische Psychologie ist wiederholt als dogmatisch-illusionistisch, utopisch-radikal, subjektivistisch-idealistisch, magisch-totalitär, autoritär-rebellisch usw. geschildert worden. In der Regel wird nur der zum Kommunisten, der über ein erhebliches Maß von Unzufriedenheit und Groll, Temperament und Aktivität verfügt. Tatendrang und Ungeduld trüben aber kritisches Denken fast immer ebenso stark wie sie zu raschem Handeln anspornen. Die Kommunisten neigen dazu, ganz in der revolutionären Tätigkeit aufzugehen; oft verlieren sie die Fähigkeit, sich von ihr zu distanzieren. Ressentiment und Haß führen zur Selbsttäuschung. Anstatt nüchtern die Verhältnisse der objektiven Außenwelt zu prüfen, gibt man sich blind den Gefühlen seiner subjektiven Innenwelt hin und unterliegt schließlich einem gefährlichen Illusionismus. Da man meist nur mit seinesgleichen umgeht und auf die Stimmen der Genossen hört, gewinnt man ein falsches Bild von der Bedeutung und Stärke der eigenen Organisation. Mit dem Illusionismus verbindet sich so der Subjektivismus.

Wie Hellpach<sup>2)</sup> betont hat, kommen die Schwärmer und Eiferer, die stets latent vorhanden sind, erst in Zeiten der Unsicherheit und Krise, der Suche nach neuen Lebensinhalten und Gesellschaftsformen zur Auswirkung. Wenn auch jede revolutionäre Bewegung ihr Kontingent an Schwarmgeistern und Fanatikern hat, so ist für die kommunistische Bewegung der Fanatiker (Zelot, Eiferer) viel typischer als der Schwärmer. Während der Schwärmer mehr in der reinen Imagination bleibt, ohne sich mit der Realität überhaupt auseinanderzusetzen, versucht der Eiferer immer wieder, seine Vorstellungen zu realisieren. Hierbei ist seine Einstellung durchaus dogmatisch. Wer nicht für ihn ist, ist wider ihn — und muß außerstandes vernichtet werden. Dogmatisch durchdrungen von der eigenen Unfehlbarkeit, sieht der fanatische Kommunist in allen Gegnern Dummköpfe oder Bösewichte oder gar beides. Jeder, der die kommunistische Heilslehre nicht akzeptiert, ist ein Klassenfeind, ein Reaktionsär, ein Faschist. Am gefährlichsten und gehäßtesten aber sind die Abtrünnigen aus den eigenen Reihen. Diese werden als Verräter gehaßt, als Renegaten geächtet, da gerade sie die Zweifel aussprechen, die man selber uneingestanden hegt. Vielleicht ist man auch selber nicht so ganz sicher, ob man nicht doch gerade sie die eigentliche Wahrheit aussprechen oder doch im Besitz einer Teilwahrheit sind, die um so gefährlicher ist, je näher sie der Wahrheit kommt.

Der Lebensprozeß unserer modernen Gesellschaft ist unerträglich kompliziert. Dem Kommunisten, der von der entzaubernden Verobjektivierungstendenz moderner Wissenschaft wenig „angekränkt“ ist, der unreflektiert mit Haß und Liebe die sozialen Probleme zu verstehen sucht, stellt sich der politische Kampf als eine Schwarz-Weiß-Zeichnung dar. So sieht er sich als den lichten Lohengrin, der deshalb nicht siegt, weil der schwarze Telramund sich ihm immer wieder in den Weg stellt. „An Stelle der wissenschaftlichen Analyse des gesellschaftlichen Kräftespiels tritt so die magische Vorstellung, daß alle die vielfältigen politischen und sozialen Gruppierungen nur ebenso viele Marionetten an den Drähten zweier „klassenbewußter“ Führungen seien — der monopolkapitalistischen Oligarchie auf der einen, der kommunistischen Parteiführung auf der anderen Seite. Und dem entsprechen dann auch in der Praxis die immer neuen kommunistischen Versuche, ihre eigenen Marionettenorganisationen zu schaffen und

<sup>1)</sup> Lukacs, „Geschichte und Klassenbewußtsein“, passim.

<sup>2)</sup> Willy Hellpach, „Sozialpsychologie“, S. 177 f.

unabhängige Arbeiterorganisationen wie Marionetten zu gängeln.“<sup>1)</sup>

Die Dummheit und Boswilligkeit eines übermächtigen Gegners läßt sich aber letzten Endes nur auf dem Wege rücksichtsloser Gewalt überwinden. Obwohl die Kommunisten im Gegensatz zu den Faschisten in Zwang und Gewalt, Krieg und Tod keine letzten Werte sehen, für sie jedenfalls der Ideologie zufolge die Gewalt ebenso wie der Bürgerkrieg nur Mittel zum Zweck der Errichtung der klassen- und gewaltlosen Gesellschaft sind, schätzen sie doch in der Realität der Gegenwart die Gewalt viel höher ein als viele andere mehr liberal und humanistisch eingestellte Richtungen des Sozialismus. Gleichzeitig sind sie viel skeptischer bezüglich ihrer Einschätzung des Menschen von heute bei einem fast utopischen Optimismus hinsichtlich der Möglichkeiten des Menschen von morgen.

Erich Fromm<sup>2)</sup> hat die Bedeutung des „autoritären Charakters“ für das Verständnis des Nationalsozialismus hervorgehoben. In diesem Zusammenhang hat er zwischen wahren „Revolutionären“ und „Rebellen“ unterschieden. Während jene eine kritisch-rationale Einstellung zur Autorität haben, kämpfen diese oft wie wild gegen jede Autorität, um sich dann ganz plötzlich einer neuen Autorität bedingungslos zu unterwerfen. Nach Fromm handelt es sich eben bei dem Rebellen um Trotz, nicht um wahre Emanzipation von der Autorität: Ein Verlangen nach Unterwerfung ist stets gegenwärtig, wenn auch meist nur im Unbewußten. Es gibt also sogenannte „autoritäre Charaktere“, die als Rebellen eine ambivalente Einstellung zur Autorität haben. Bei den Kommunisten paart sich die radikale Opposition gegen alle bestehende bürgerliche Autorität und Ordnung mit einer ebenso blinden Unterwerfung unter die Autorität der eigenen Partei und der Sowjetunion. Letztere insbesondere spielt immer mehr die Rolle dessen, was Fromm den „magic helper“ nennt.<sup>3)</sup> Während also für die Nazis die Autorität nahe bei der Hand im eigenen Lande sein muß (der Führer der eigenen Partei), ist es typisch für die Kommunisten, daß ein großer Teil ihrer „masochistischen“ Gefühle auf das ferne und doch mächtige Sowjetland konzentriert wird. Natürlich hat im ganzen gesehen die kommunistische Psyche in Deutschland trotz allem noch mehr rationale, freiheitliche und humanistische Elemente enthalten als die nationalsozialistische. Andererseits liegt es nahe anzunehmen, daß die starke Prävalenz des autoritären Charakters gerade in Deutschland durchaus nicht auf kleinbürgerliche und bürgerliche Schichten und Parteien beschränkt war. Michels wies darauf hin, wie bereits vor 1914 die sozialdemokratische Terminologie, besonders in Deutschland, in hohem Grade der Mitläuferswissenschaft entlehnt war.<sup>4)</sup> Oft ist die Disziplin der deutschen Gewerkschaften mit der Heeresdisziplin verglichen worden. Der Mangel an Spontaneität, der Glaube an die Autorität, und das Vertrauen auf die Führung waren sicherlich in der KPD nicht viel schwächer als in der SPD.

Obwohl Fromm behauptet, daß die autoritäre Charakterstruktur besonders typisch für das Kleinbürgertum war, während nur eine Minderheit der Arbeiterklasse diese Struktur in üblich ausgeprägter Weise zeigte, gibt er selber zu, daß manche Charakterzüge, wie z. B. Sparsamkeit oder übertriebener Respekt vor der Autorität bei den meisten Mitgliedern der Arbeiterklassen ebenfalls vorhanden waren. Jedenfalls illustriert die Politik der KPD insbesondere seit 1929, wie sehr der deutsche „Untertan“ auch im revolutionärsten Kommunisten steckte. Waren doch die Initiative und die Selbständigkeit sowohl der organisierten Parteimitglieder als auch der Mitläufer so schwach, daß sie noch alle wie gebannt auf die Anweisungen der Führung starrten, selbst zu einer Zeit, wo diese überhaupt nicht mehr imstande war, sinnvoll zu handeln.

Die vorhergehenden Kapitel versuchten, ein umfassendes Bild von dem politischen Programm der KPD zu vermitteln. Hier seien nur die wesentlichsten Dogmen des kommunistischen Credo, wie sie sich etwa seit 1925 konsolidiert hatten, noch einmal zusammengefaßt.<sup>5)</sup>

1. Alle Geschichte ist die Geschichte eines erbarmungslosen Klassenkampfes. Heute stehen sich Kapitalisten und Proletarier als Tödlende gegenüber. Im Zeitalter des Monopolkapitalismus und Imperialismus führt der Klassenkampf unvermeidlich zur Revolution und zum Bürgerkrieg.

2. Der Staat ist immer Klassenstaat. Auch die demokratische Republik ist nur eine Form der kapitalistischen Diktatur. Die Errichtung des Sozialismus setzt die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates voraus. Der proletarische Staat ist der Rätestaat, der nur auf dem Wege revolutionärer Gewalt geschaffen werden

<sup>1)</sup> Berling, „Jenseits des Kapitalismus“, S. 231.

<sup>2)</sup> „Escape from Freedom“, S. 207 ff. und 131 ff.

<sup>3)</sup> ib., S. 174 ff.

<sup>4)</sup> op. cit., S. 211 f.

<sup>5)</sup> vgl. die ähnliche Zusammenstellung bei Schme, „Jenseits des Kapitalismus“, S. 226 f.

kann. Die Diktatur des Proletariats verkörpert sich in der Räterepublik unter Führung der Kommunistischen Partei; sie ist eine höhere Form der Demokratie als die bürgerliche Demokratie.

3. Die Kommunistische Partei ist die einzige wahrhaft proletarische, sozialistische und marxistische Partei. Als Avant-Garde der fortschrittlichsten Klasse der Menschheit ist sie alleinige Trägerin des proletarischen Klassenbewußtseins. Die höchste Erkenntnis konzentriert sich in den höchsten Parteispitzen; die oder gar der Parteiführer sind somit unfehlbar.

4. Das wesentlichste Merkmal des wahren Sozialismus ist die Verstaatlichung der Produktionsmittel in einem „proletarischen“, d. h. von der Kommunistischen Partei regierten Staat. Die kommunistische Führung garantiert das Verschwinden der Ausbeutung und die Entwicklung zur klassenlosen Gesellschaft.

5. Die Sowjetunion ist die einzige sozialistische Gesellschaft. Sie ist ständig bedroht von dem Weltkapitalismus, der sich über kurz oder lang gegen sie verschwören wird. Es ist die Aufgabe der Kommunisten aller Länder, die Arbeiterklasse der Welt für die Verteidigung des „sozialistischen Vaterlandes aller Werktätigen“ zu mobilisieren.

6. Der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus entscheidet sich in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten im Weltmaßstabe. Nach den ehernen unabänderlichen Gesetzen der Geschichte wird in einer Serie von blutigen Bürgerkriegen, Revolutionen, Aufständen und Völkerkriegen die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie auf dem ganzen Erdball gestürzt und von der Herrschaft der Kommunistischen Partei abgelöst werden. Es steht ein für allemal fest, daß am Ende dieses Prozesses sich Sowjetrußland in die sozialistische Weltrepublik verwandelt haben wird.

Wie Sering<sup>1)</sup> richtig sieht, spiegelt die kommunistische Ideologie sowohl das Versagen der reformistischen Vorkriegs- und Nachkriegsbewegung wie den Sieg des Bolschewismus in Rußland wider. Die Gegenüberstellung von Monopolkapitalismus und Sozialismus, Bourgeoisie und Proletariat, bürgerlicher Diktatur und proletarischer Demokratie liegt in der Tradition des revolutionären Sozialismus von vor 1918. Das gilt auch von dem kommunistischen Glauben an die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Entwicklung und die Unvermeidlichkeit des gewaltsamen revolutionären Übergangs zum Sozialismus. Dagegen war die Verabsolutierung der zum Teil wenigstens aus der Eigentümlichkeit oder gar Rückständigkeit Rußlands ableitbaren Züge und Institutionen der Sowjet-Revolution und -union: des zentralistisch-bürokratischen Charakters der BKP, der blutig gewalttätigen Natur des Revolutionsprozesses, des spontarrevolutionären Charakters der Bauernbewegung, der Schwäche der Bourgeoisie, der Hegemonie der bolschewistischen Avant-Garde in den Räten, der Herausbildung einer totalitären Parteiherrschaft neu und trug zur Entwicklung der dogmatisch-totalitären und zum Absterben der demokratisch-humanistischen Elemente in der kommunistischen Ideologie bei. Schließlich blieb als wesentlichster Kernsatz der kommunistischen Ideologie das Dogma von der eigenen Unfehlbarkeit und Unersetzbarkeit übrig, das die Grundlage für die Weltexistenz der kommunistischen Bewegung als einer mit einem absoluten Totalitätsanspruch auftretenden Kirche abgab. So mußte verständlicherweise die Kluft zwischen der kommunistischen Ideologie und Organisation einerseits und allen andern freiheitlich sozialistischen Richtungen andererseits immer größer werden.

Daß die KPD von Anbeginn an eine Partei war, der es letzten Endes nur darauf ankam, sich selber durchzusetzen und alle anderen Strömungen der sozialistischen Bewegung nach ihrem Ebenbild zu formen, zeigt sich auch in dem „Bewegungsgesetz“ der Partei. Dieses läßt sich kurz dahin formulieren, daß die kommunistische Bewegung immer wieder zwischen einem rechten und einem linken Kurs schwankt, daß der Penitenzschmerz immer größer wird, daß aber Rechtswendungen, die allerletzten Endes auf die Liquidierung der Partei hinauszulaufen drohen, nie etwas anderes sind als Korrekturen an einer von elementaren Kräften bestimmten, die Aufrechterhaltung der Spaltung bezweckenden Linie und daher immer auf größeren Widerstand innerhalb von Mitgliedschaft und Funktionärkörper der Partei stoßen als die relativ leichter durchzusetzenden Linkswendungen. Es gehört auch zu diesem „Bewegungsgesetz“, daß die Bewegung der Partei, die ursprünglich das Ergebnis des Kampfes des rechten und linken Flügels war, in dem Maße, in dem die Partei ihre Flügel verliert und zu einer konformistischen Organisation erstarrt, immer mehr von den Befehlen Moskaus abhängig wird, das nun die Wendungen unter dem Gesichtspunkt seiner eigenen Interessen anordnet.

Rist hat nachzuweisen versucht, wie die verschiedenen Rechts- und Links-Wendungen der KPD gewisse Abschwübe Werk ihrer Führer und Anhänger, ihrer Fraktionen und Zentralen waren als die unbewußte Widerspiegelung der objektiven Lage. Er gibt zu,

<sup>1)</sup> Ib., S. 210 ff.

daß es sich nun hierbei allerdings nicht immer um eine einfache Reaktion auf die objektive Lage handelt, die umgekehrt verläuft als man annehmen müßte. Rist schildert den Prozeß im wesentlichen so, daß die Verschlechterung der allgemeinen ökonomischen oder politischen Lage der KPD einen gewissen Auftrieb verschafft, dieser den Subjektivismus und die Illusionen verstärkt und zur Verschärfung des linken Kurses führt. Der linke Kurs isoliert die Partei noch mehr als bisher, führt sie von Mißerfolg zu Mißerfolg bis an den Rand des Abgrundes und schafft so die Gegentendenz in Gestalt der rechten „Realisten“, die schließlich die Partei erobern. — Inzwischen mag sich aber auch die objektive Situation verändert haben. Hat sich etwa die Krise abgeschwächt, so wird der neue rechte Kurs nicht viel helfen und er mag wieder nach einiger Zeit aufgegeben werden, so daß nun ein linker Kurs mit einer Zeit relativer Stabilisierung zusammenfällt und wieder die Partei von Mißerfolg zu Mißerfolg führt. Nach einiger Zeit wird wieder eine neue Rechtsschwenkung fällig, die dieses Mal mit einer neuen politischen und ökonomischen Krise parallel gehen mag. Nun mag die Partei eine Zeitlang unter dem rechten Kurs blühen und gedeihen, es aber auch jetzt nicht bis zum siegreichen „Oktober“ bringen. Schließlich wird wieder die Linke Oberwasser bekommen und die Partei wenden usw. usw. Obwohl dieses Schema recht aufschlußreich ist, krankt es daran, daß es das Gewicht einer Reihe von äußeren Faktoren nicht genügend berücksichtigt. Es handelt sich bei diesen insbesondere um die Außenpolitik und Innenpolitik der Sowjetunion, die Fraktionsinteressen der Bolschewiki, die Dogmatik der KI und die Kritik der Splittergruppen und Oppositionen.

Versucht man diese einzubeziehen, so ergibt sich etwa folgendes Bild der Bewegung der KPD für die Zeit von 1918 bis 1933: Auf dem Gründungsparteitag setzt sich in einer Zeit allgemeiner politischer und wirtschaftlicher Krise die Linke durch. Sie bestimmt den Kurs in der ersten Hälfte des Jahres 1919 und führt die Partei von Niederlage zu Niederlage, ohne daß diese allerdings als Organisation zusammenbricht. Die allgemeine Krise der Wirtschaft und vor allem der deutschen Innen- und Außenpolitik geht weiter; dennoch gefällt es der „Rechten“ (Paul Levi) in und nach Heidelberg eine Wendung nach rechts durchzusetzen. Diese schwächt zunächst die Partei durch Abspaltung der KAP, erleichtert dann allerdings die Verschmelzung mit der linken USP. Die neue VKPD erzielt zunächst gewisse Erfolge mit der rechten Einheitsfronttaktik zu Beginn des Jahres 1921, kommt aber schon im März an den Rand des Abgrundes durch die Offensiv-Strategie. Die Wendung zwischen Januar und März ist weder ein Reflex der Wirtschaftslage, die dieselbe geblieben war, noch eine Reaktion auf ein Versagen der Führung. Hier hatte sich die immanente Links-Tendenz ebenso unmittelbar durchgesetzt wie schon auf dem Gründungsparteitag, allerdings stark beeinflusst durch die Intervention der Russen und „Turkestaner“.

Die neue Rechtswendung nach der März-Katastrophe war die Antwort auf das Versagen der Linken, wobei allerdings wieder der russische Einfluß nicht zu unterschätzen ist. Die neue Rechtspolitik ging Ende 1921 und 1922 mit einer leichten Erhöhung der allgemeinen Lage parallel, ohne sich 1923 im Verlauf der Verschärfung der Krise zu wandeln. Ende 1923 erfolgte die Linkschwenkung als ganz spontane Reaktion der Parteimassen auf den „Verrat“ der Rechten. Da diesmal der linke Kurs mit dem Beginn der Stabilisierung zusammenfiel, war die Wirkung für die Partei besonders verheerend. Die Wendung im Herbst 1925 war wieder eine Reaktion auf den Bankrott der Linken, allerdings war sie wegen des Eingreifens der Russen alles andere als spontan. Wieder leitete sie eine rechte Politik ein, die sowohl die Zeit der übrigens nicht besonders starken Wirtschaftskrise 1925/26 als auch die der Konjunktur 1926 bis 1928 umfaßte. Die letzte Linkswendung 1929 ging vor allem von Moskau aus, wobei natürlich der Umstand mitspielte, daß einerseits die Partei selber von 1926 bis 1928 ziemlich stagniert hatte, andererseits sich eine Linkschwenkung der Massen (z. B. bei den Wahlen) bemerkbar machte und eine Verschlechterung der Wirtschaftslage und Verschärfung der politischen Widersprüche ankündigte.

In demselben Jahre, in dem Karl Liebknecht sehr glühendes „Und wenn sie uns in Bande werfen — wir sind da und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein!“ der triumphierenden Reaktion entgegenschleuderte, erklärte Max Weber<sup>1)</sup> kühl den Münchener Studenten, wie gerade der revolutionäre Glaubenskämpfer von dem „Apparat“, dem er Befriedigung des Verlesterungs- und Verketzungsbedürfnisses und Macht und Freunde in Aussicht stellen muß, abhängig wird. „Was er unter solchen Bedingungen eines Winkens erreicht, steht daher nicht in seiner Hand, sondern ist ihm vorgeschrieben durch jene ethisch überwiegend gel. Motive des Handicaps seiner Gefolgschaft, die nur im Zaum gehalten werden, solange christlicher Glaube an seine Person und seine Sache herrscht.“

stens einen Teil der Genossenschaft: wohl nie auf Erden auch nur die Mehrzahl, beseelt.“ „Vor allem“, führte Weber aus, „kommt beim Glaubenskampf, der im Interesse des Erfolgs auf Versachlichung und seelische Proletarisierung des Führerapparates angewiesen ist, der traditionalistische Alltag nach der emotionalen Revolution besonders schnell.“ „Die herrschend gewordene Gefolgschaft eines Glaubenskämpfers pflegt daher besonders leicht in eine ganz gewöhnliche Pfründnerschicht zu entarten.“

In den Jahren seit dem Tod von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht tat die KPD alles, um die Hoffnungen ihrer Märtyrer zu widerlegen und die Erwartungen des „bürgerlichen“ Kritikers zu bestätigen. Wenn auch durch alle Wendungen hindurch der ursprüngliche Glaube nicht ganz verschwand, so ward er doch „Bestandteil der konventionellen Phrase der politischen Bankäuser und Techniker.“ Der vorzeitige Tod der Gründer der deutschen Kommunistischen Partei mag dazu beigetragen haben, diese Entwicklung zu beschleunigen. Daß sie sich in jedem Falle früher oder später durchgesetzt haben würde, ist bei der allgemeinen Unreife des heutigen Menschen und insbesondere der deutschen Arbeiterschaft mehr als wahrscheinlich. So ist auch die Geschichte der KPD ein Beweis mehr dafür, daß letzten Endes „die diabolischen Mächte, die in jeder Gewaltsamkeit lauern“, triumphieren. Und dennoch wird man im Angesicht der ewigen Tragik aller Politik und damit allen Handelns überhaupt (tut doch die Politik nichts, als die in aller menschlichen Existenz immanenten Antinomien aufs äußerste zuspitzen!) kaum bedauern können, daß immer wieder ein Karl Liebknecht oder eine Rosa Luxemburg das Unmögliche wagen und sich in den Kampf um hohe Ideale werfen. Zeugt doch letztlich sogar die Geschichte der Kommunistischen Partei unter der Weimarer Republik trotz aller Unzulänglichkeit und Verfehlung, Erstarrung und Verzerrung von dem immer erneuten Bemühen des Menschen um die Verbesserung seines Loses — ein Bemühen, das erst dann seine wahre Größe offenbart, wenn es trotz der schärfsten historisch-soziologischen Kritik gewagt wird.

#### Schlußbetrachtung

Noch vor wenigen Jahren hätte jeder sachkundige Beurteiler des Werdeganges der KPD in der Weimarer Periode zu dem Ergebnis kommen müssen, daß die Geschichte der Partei von ihrer Gründung 1918 bis zu ihrem Untergang 1933 (hierin gar nicht so verschieden von der Entwicklung und dem Schicksal der SPD, der Arbeiterbewegung als Ganzem und der bürgerlichen Parteien der Republik) entscheidend eine Geschichte des Scheiterns der Partei gewesen ist.) Vollkommen versagt hat die KPD zunächst in ihrem Kampf mit der SPD um die Führung des deutschen Proletariats. Entgegen allen Erwartungen ist es ihr in all jenen Jahren nie gelungen, auch nur die eindeutige Mehrheit der deutschen Industriearbeiter für sich zu gewinnen. Die gerade nach kommunistischer Auffassung so wichtigen Gewerkschaften blieben Bollwerke des Reformismus. Selbst im Krisenwinter 1932/33 konnte die bereits vom Nationalsozialismus zurückgeworfene SPD immer noch mehr Stimmen mustern als die KPD. Der kommunistische Einfluß unter den nichtproletarischen Werktätigen, den Angestellten und Beamten, Kleingewerbetreibenden und Bauern war nicht der Rede wert.

Darüber hinaus ist aber auch die KPD in ihrer Bemühung, die eigenen, in der Weimarer Republik erlangenen Machtpositionen zu behaupten, entscheidend gescheitert. Die Partei, die einmal bis auf Hunderttausende von Mitgliedern und Dutzende von Zeitungen, auf Millionen von Wählern und Hunderte von Parlamentarierabgeordneten gebracht hatte, war nach der Reichstagsbrandnacht nur noch ein Häuflein von gehetzten Funktionären und führungslosen Mitläufern. Trotz aller theoretischen Ambivalenz gegenüber der Weimarer Demokratie, in der man immer wieder nichts anderes sehen wollte als die Diktatur der Bourgeoisie und der Kapitalisten, konnte doch schließlich auch die KPD selber nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß die Republik auch ihr Vorteile und Positionen geboten hatte. So stellte der mit dem Sturz der Republik zusammenfallende Raub sozialistischer Errungenschaften durch den faschistischen Todfeind, wie schließlich sogar nicht mehr ge-

<sup>1)</sup> In diesem Zusammenhang sei die Schlußfolgerung Rosenbergs „Geschichte der deutschen Republik“, S. 178; vgl. auch Anderson, op. cit., S. 87) zitiert, wovon für die drei großen Niederlagen des Sozialismus im Nachkriegsdeutschland die drei sozialistischen Parteien nacheinander verantwortlich geworden seien, und zwar die SPD für das Versagen von 1918/19, die USPD, insbesondere ihr linker Flügel, für die Nichtausnutzung des Kapp-Putsches von 1920 und schließlich die KPD für die Niederlage von 1933. „Wenn sich die politische Schuld in dieser wunderlichen Gleichmäßigkeit auf alle Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung verteilt, so zeigt dies, daß es sich hier nicht nur um die Unzulänglichkeit einzelner Führer handeln kann, sondern die deutsche sozialistische Arbeiterschaft als Ganzes war den meisten Aufgaben nicht gewachsen, vor die sie der 8. November 1918, eigentlich ganz unvorbereitet, gestellt hat.“

leugnet wurde, eine furchtbare Niederlage auch für die Kommunistische Partei dar.

Versagt hat aber die KPD schließlich auch in dem doch stets vorhandenen, wenn auch nicht immer klar erkannten und ausgesprochenen Bestreben, das deutsche Proletariat und die „werk-tätigen Massen“ des Landes vor jener sozialen Zerreibung, wirtschaftlichen Verelendung und physischen Dezimierung zu bewahren, die die Niederlage von 1933, der Sieg des Nationalsozialismus und die sich daran anschließende Katastrophpolitik, die im weltpolitischen Debakel enden sollte, mit sich gebracht hat.

Daß das Scheitern der KPD kein isoliertes Phänomen war, vielmehr seine Parallele und Ergänzung in dem Versagen der anderen demokratischen Kräfte und Institutionen, ja der Republik selber fand, legt die Vermutung nahe, daß bei dem Bankrott der KPD objektive Faktoren eine wichtige Rolle gespielt haben. Dennoch ist daran festzuhalten, daß die Niederlage der Partei nicht aus diesen allein abgeleitet werden kann. Es handelt sich hierbei um ein eigenes subjektives Versagen, für das die Partei vor sich selber und der Geschichte verantwortlich bleibt. Auch handelt es sich bei diesem Versagen nicht um die Auswirkung einer mehr oder weniger zufälligen, falschen Taktik, sondern vielmehr um die logische Konsequenz einer aus dem Wesen der Partei selber resultierenden, in diesem Sinne „natur-notwendigen“ Politik. Die Partei hat also nicht auf Grund einer ultrarechten oder ultralinken Strategie und Taktik, einer mehr oder weniger zufälligen Abweichung von der an sich richtigen „Generallinie“ Schiffbruch erlitten. Es war vielmehr die Generallinie selber, die sich immer wieder in Form einer rechten oder linken Taktik durchsetzte und zu ihrer Niederlage führte.

Das „Bewegungsgesetz“ der Partei selber brachte es mit sich, daß die kommunistische Politik immer wieder zwischen einem rechten und einem linken Kurs schwanken mußte, daß der Pendelausschlag immer größer ward, daß aber Rechtswendungen, insoweit sie auf die Liquidierung der Partei hinauszulaufen drohten, nie etwas anderes darstellten als Korrekturen einer von elementaren Kräften bestimmten, die Aufrechterhaltung der Spaltung bezweckenden Linie und daher immer auf erheblichen Widerstand innerhalb von Mitgliedschaft und Funktionskörper der Partei stoßen mußten. Die Generallinie der Partei jedoch, die ursprünglich Resultante des relativen Gewichts des rechten und linken Flügels war, wurde in dem Maße, in dem die Partei ihre Flügel verlor und zu einer konformistisch-autoritären Organisation erstarrte, immer stärker von den Befehlen Moskaus abhängig, das schließlich die Wendungen nur noch unter dem Gesichtspunkt seiner eigenen Interessen anordnete.

Es war durchaus kein Zufall, daß, nachdem die Partei sich davon überzeugt zu haben schien, daß die rechte Linie nicht zum sozialistischen Siege führen würde, sie eine linke Taktik inaugurierte oder doch wenigstens akzeptierte, eine Linie, die wohl in keiner Situation die Überwindung der bürgerlichen Demokratie von links erreicht hätte, unter den Bedingungen, unter denen sie angewandt wurde, aber nur zur Schwächung der bürgerlichen Demokratie und damit zur Stärkung der Reaktion und schließlich zum Siege des Faschismus und seiner Kriegspolitik beitragen konnte. Die KPD hat also, wenn auch halb widerwillig, so doch keineswegs zufällig und unbewußt, zum Sieg des schlimmsten Feindes beider, nämlich des Nationalsozialismus, und damit zur Vernichtung der Partei selber beigetragen. Der Triumph des verkrachten „Malers“ Hitler über den proletarischen „Transportarbeiter“ Thälmann war insofern der logische Abschluß einer Entwicklung, die sich bis zum Gründungsparteitag des Spartakusbundes zurückverfolgen läßt. War doch die KPD ein über das andere Mal zu schwach, um Reformismus oder Reaktion zu besiegen, immer wieder aber gerade stark genug, den Reformismus zu schwächen und die Reaktion zu reizen. Es war u. a. gerade die stets drohende und nie gelungene Revolution von links, die Reaktion und Faschismus einen solchen Auftrieb gab und so zu solcher Anspannung und Konzentration der Kräfte anspornte, daß es diesen schließlich gelang, den kommunistischen Gegner zu vernichten und damit die ganze Front von links her aufzurollen. Während es also durchaus kein Zufall war, daß der KPD nicht einmal eine Einheitsfrontpolitik gelang, die wenigstens den Sieg des Nationalsozialismus verhindert haben könnte, war der Nationalsozialismus so geschickt und erfolgreich in der Anwendung der Einheitsfronttaktik gegenüber der Reaktion, daß es ihm nicht nur gelang, seine Machtpositionen innerhalb der Republik vor einem sozialistischen Vorstoß der Linken zu schützen, sondern vielmehr in einer fast ununterbrochenen Offensive die Positionen der Linken, Mitte und mitverbündeten Reaktion zu überrennen und nach Teilerfolgen und aus Übergangspositionen heraus zum totalen Sieg vorzustoßen. Die NSDAP hat hier also, natürlich begünstigt von all den Faktoren,

die sich gegen die KPD auswirkten, eigentlich für sich genau das erzielt, was die KPD immer wieder in der Vorstellung antizipiert, in ihrem Wollen angestrebt, aber doch in der Wirklichkeit nie erreicht hat.

Mußte sich die Situation so allen Beteiligten nach 1933 darstellen, so mag es heute, ein Menschenalter nach der Gründung der KPD und anderthalb Jahrzehnte nach ihrer Vernichtung und dem Sieg des Nationalsozialismus, so scheinen, als ob Hegels „List der Idee“ oder Marxens „Dialektik der Geschichte“ die Verhältnisse wieder auf den Kopf gestellt hätten. Der Zusammenbruch des Nationalsozialismus im Jahre 1945 scheint mit der Wiederauferstehung der KPD Hand in Hand zu gehen, das Ende des Faschismus den Kommunismus für seine Niederlage von 1933 mehr als erträumt zu entschädigen. Hat also, aus der Perspektive von heute gesehen, die KPD doch nicht versagt, hat also doch Liebknecht mit seiner Prophezeiung: „Wir sind da und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein!“, recht behalten? Trotz allem äußeren Anschein liegen die Dinge hier so kompliziert, daß wir zögern, diese Frage mit einem einfachen Ja zu beantworten.

Entscheidend ist nämlich, daß der Triumph der KPD über den Faschismus nicht das Werk ihrer eigenen Hände ist. Ihre neue Macht hat die KPD keineswegs von ihren „Vätern ererbt“ und noch weniger hat sie dieses „Erbe“ „erworben, um es zu besitzen“. Wie hier wiederholt sei, hat die Politik der KPD vor 1933 so gut wie nichts zur Verhütung des Faschismus beigetragen, und auch die ungeheuren Anstrengungen und Opfer, die gerade die kommunistische Bewegung nach 1933 gebracht hat, haben nicht den Sturz des Nationalsozialismus bewirkt. Das Dritte Reich ist nicht von innen überwunden worden, es ist von übermächtigen äußeren Gegnern militärisch niedergeworfen worden. Dieser Sieg mag für die militärische, ja auch politische Überlegenheit der West- und Ostmächte zeugen — als nachträgliche Rechtfertigung der KPD kann er nicht dienen, und zwar ebensowenig als Vindikation ihrer legalen wie ihrer illegalen Phase.

Diese Feststellung ist trübselig im Angesicht des Heroismus der zahllosen illegalen Kämpfer gegen den Faschismus und der noch zahlreicheren Opfer des Nationalsozialismus. Und doch muß sie gemacht werden, da sie Licht wirft auf die Beurteilung der Erfolgsaussichten kommunistischer Politik in Deutschland. Was diese anlangt, so ist davon auszugehen, daß trotz gewissen äußerlichen Erfolgen die KPD auch heute noch im wesentlichen das bleibt, was sie vor 1933 gewesen ist, d. h. eine Partei, die konstitutionell unfähig ist, aus eigenem ihr eigenes Programm in entscheidenden Punkten zu verwirklichen. Es zeigt sich aber auch heute, daß, was die Partei selber nicht zu leisten vermag, „kein Gott, kein Kaiser noch Tribun“ wirklich für sie tun kann. Die Erwartungen derer, die 1931 oder 1932 hofften, daß der Nationalsozialismus das Werk des Kommunismus tun würde, sind nicht in Erfüllung gegangen. Nach zwölf Jahren Nationalsozialismus ist heute die KPD in den Westzonen schwächer, als sie es in der Weimarer Republik gewesen ist, und auch erheblich schwächer, als in manchen Ländern, die nicht faschistisch gewesen sind. Wo der Kommunismus heute in Deutschland siegt, wie etwa in der Ostzone, da tut er das nicht auf Grund der eigenen Leistungen der KPD, sondern infolge der Stärke des russischen Bolschewismus. Und hierfür muß die KPD einen hohen Preis zahlen.

Trotz aller Identifizierung der KPD mit Moskau rächt sich ihre Schwäche an ihr, indem sie zum Werkzeug einer Entwicklung wird, die vorläufig noch schwer zu überschauen ist, an deren Ende aber eine neue Katastrophe à la 1933 zu stehen droht. Selbst wenn die Errichtung eines totalitär-diktatorischen Regimes in der Ostzone als Realisierung der ökonomisch-planwirtschaftlichen Zielvorstellungen der kommunistischen Bewegung erscheinen sollte, widerspricht dieses System aufs schärfste den in der kommunistischen Tradition einst doch zweifellos vorhandenen und auch jetzt noch immer nachklingenden demokratisch-individualistisch-humanistischen Idealen. Und selbst wenn die Kommunisten glauben sollten, auf solche Elemente ihrer abendländischen Tradition als zu kostspieligen Luxus verzichten zu können, so wird sich doch wahrscheinlich die Annahme, als könne man auf die Dauer der Politik Moskaus blindlings folgen, als fatale Illusion herausstellen. Es ist nämlich nun einmal so, daß die Stärkung des russischen Bolschewismus mit der Schwächung Deutschlands Hand in Hand geht. Gerade dort aber, wo die Kommunisten an der Macht und dabei sind, ihre kommunistische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, kommt es nicht nur auf die innerpolitische Stärke, sondern auch auf die außenpolitische Gunst der Konstellation entscheidend an. Und es bleibt doch äußerst problematisch, unterstellen zu wollen, daß alle Wünsche und Hoffnungen der KPD erfüllt sind, wenn sie nur als herrschende Regierungspartei die Geschicke eines vom Ausland abhängigen Vasallenstaates oder gar Koloniallandes nach den



Wünschen der ausländischen Machthaber zu gestalten hat, selbst wenn diese Machthaber Genossen sind.

Zieht also bereits die Misere des Deutschlands von heute immer wieder alle Ansprüche der Kommunistischen Partei Deutschlands, die Partei des Erfolges darzustellen, in Frage, so scheint die Krise unserer Zivilisation alle derartigen Behauptungen der KPD vollends zu widerlegen. Der Krise Europas und der Welt gegenüber ist nämlich die KPD ganz ohnmächtig. Die Entstehung und Existenz der KPD war, so können wir heute rückschauend feststellen, selbst ein Produkt der Dekadenz der kapitalistischen Zivilisation. Und zwar nicht nur in dem Maße, wie jede Revolution und revolutionäre Bewegung als Ausdruck einer sozial-kulturellen Krise interpretiert werden kann, sondern darüber hinaus als Symptom wirklicher Verfallserscheinungen einer Kultur, von der noch niemand weiß, ob die Krise, durch die sie jetzt hindurchgeht, nur ein Wendepunkt oder aber der Endpunkt ihres Werdeganges sein wird. Ein Kind der einsetzenden Dekomposition, ist die KPD aber auch immer mehr selber zu einem Faktor in der weiteren Zersetzung unserer Zivilisation geworden. Da auch ihr Sieg von 1945 in Wahrheit nur das Nebenprodukt des Sieges der Sowjetunion ist, hat ihr Sieg diesen Sieg nicht in konstruktiver Richtung zu beeinflussen vermocht. Dabei hätte es durchaus in der Tradition des deutschen revolutionären Sozialismus gelegen, eine Synthese zu verwirklichen, die die Einseitigkeiten sowohl des östlichen Bolschewismus wie des westlichen Imperialismus überwunden hätte. Solange sich diese Synthese nicht durchsetzt, bedroht die Polarisierung der Gegensätze zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten die gesamte Zivilisation. Die Krise der Zivilisation kann in neuen Krisen und Kriegen zur wahren Katastrophe werden. Die gerade am Beginn der Geschichte der KPD von Rosa Luxemburg durchaus nicht zufällig gestellte Alternative: „Sozialismus oder Untergang in der Barbarei“ würde sich dann eindeutig im Sinne letzterer Entwicklung entscheiden.

Die Hauptverantwortlichen für den „Untergang des Abendlandes“ — westlicher Imperialismus und östlicher Bolschewismus — mögen vorläufig noch die wahrscheinlich trügerische Hoffnung hegen, selber von den Auswirkungen solcher Katastrophen wenigstens zum Teil verschont zu bleiben. Daß aber bei einer solchen Entwicklung das geschwächte Europa selber und hier gerade das tod- kranke Deutschland fatal getroffen würden, dürfte außer Frage stehen. Es kann auch keine Rede davon sein, daß diese Katastrophen nur die kapitalistischen Elemente der Gesellschaft schwächen würden. Die europäische Gesellschaft und das deutsche Volk würden als Ganzes in all ihren wesentlichen Elementen, Prozessen und Institutionen getroffen und barbarisiert. Damit würde der KPD der Boden selber, auf dem sie gewachsen ist, unter den Füßen entwinden und sie selber entscheidend zu ihrem eigenen Untergang beigetragen haben. Späteren Geschlechtern würde sie erscheinen nicht als Vorbote einer neuen sozialistischen Gesellschaft, sondern als Verfallsprodukt, typisch für eine vorübergehende Periode menschlicher Geschichte.

Die Frage, ob die KPD allein je stark genug gewesen wäre, einen solchen Prozeß zu stoppen und in andere Bahnen zu lenken, ist kaum zu beantworten. Unzweifelhaft bleibt die KPD dafür verantwortlich, daß sie im Verlaufe ihrer Entwicklung immer weniger daran gedacht hat, solches auch nur zu versuchen, im Gegenteil selber immer mehr alles in ihren Krüften stehende dazu beigetragen hat, den Niedergang Deutschlands und Europas zu beschleunigen. Wird man schließlich feststellen müssen, daß die KPD sicherlich nicht die Alleinverantwortliche für die Katastrophe von 1933 gewesen ist, so wird man auch darauf hinweisen müssen, daß die Verantwortung der KPD für die Entwicklung seit 1915 größer ist denn je und daß zu befürchten ist, daß sie bei Fortführung ihrer nun schon traditionell gewordenen Politik eine der Hauptverantwortlichen für die Katastrophe von morgen sein wird.

#### Lebenslauf

Am 5. März 1909 wurde ich in Nideggen (Niederrhein) als Sohn des Kaufmanns Hermann Fleckheim und dessen Ehefrau Olga, geb. Farber, geboren. Nach dem Besuch des Realgymnasiums in Münster in Westfalen und Düsseldorf studierte ich von 1927 bis 1931 Rechts- und Staatswissenschaften, Geschichte und Philosophie an den Universitäten Freiburg in Baden, Paris (Sorbonne), Heidelberg, Berlin und Köln. Im Jahre 1934 promovierte ich in Köln zum Doktor der Rechtswissenschaft. Von 1935 bis 1936 studierte ich am Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales in Genf. Von diesem Institut erhielt ich 1940 das Diplom. 1939 bis war ich als Assistant Research Associate am Institute for Social Research, Columbia University, 1940 bis 1943 als Instructor in Government an der Atlanta University, 1943 bis 1944 als Instructor and Assistant Professor of Government and History am Bates College, Lewiston (Maine) tätig. Zur Zeit bin ich Assistant Professor am Colby College, Waterville, Maine.

Nr. 1

Dokumentarischer Anhang

Mitgliederbestand der KPD

	SPD		KPD	
1917	243 000			
1919	1 012 290		106 056 (am 1. 10. 1919 vor Heidelberg, Geschäftsbericht der Zentrale, 2. Parteitagsbericht, S. 27)	
1920	1 180 208	USPD 893 900 (vor Halle)	78 715 (vor Halle)	380 000 (nach Halle)
1921	1 221 053	300 000 (Schätzung)	360 000 (33 Tageszeitungen 3 Wochenschriften)	
1922		360 000	320 000 (nach Drahn, HWB der Stw. VII, S. 539)	
	(Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1922/23, S. 60)			
1923	500 000	10 000	400 000 (28 Tageszeitungen)	
	(Jahrbuch 1923/24, S. 51)			
1924 (?)	868 914 (lt. offiziellen Angaben des Sekretariats der 2. Internationale im Protokoll des Marseller Kongresses, zitiert im Jahrbuch 1925/26, S. 56)		150 000 (Nach „Ein Jahr Arbeit und Kampf“, Bericht des Ekki 1926, zitiert im Jahrbuch 1925/26, S. 57)	
1931			200 000 (Kommunistische Angabe, zitiert bei S. Neumann, op. cit. S. 136, Anm. 2, Stärke des RFB auf knapp 130 000 geschätzt, ib. S. 137, Anm. 6)	
Anfang 1932			320 000 (davon 260 000 regelmäßig zahlend, Pjatnitski, Internationale Pressekorrespondenz Nr. 3, 1932, zitiert bei Borkenau, op. cit. S. 363)	

Offizielle kommunistische Angaben,

mitgeteilt von Walter Hilt, op. cit. S. 79-91

März 1919	90 000		
März 1920	50 000	KAPD	38 000
Oktober 1920	78 000		
März 1921	359 000		
März 1922	380 000	3. Quartal 1922	225 000
		3. Quartal 1923	267 000
		B. Parteitagsbericht, S. 57	
Ende 1923	287 000		
März 1924	180 000		
Ende 1924	130 000		
Januar 1927	150 000		
Ende 1929	130 000		
September 1930	120 000		
Anfang 1931	200 000		

Soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft 1928

(Pjatnitski, Die kommunistische Internationale Nr. 19, 1928, zitiert bei Borkenau, op. cit. S. 365) -- Arbeiterlose und Parteibeamtene sind auf die Posten verteilt, die gelernten Arbeiter sind vor allem Metall- und Bauarbeiter)

Gelernte Arbeiter	39,92 %
Ungelernte Arbeiter	29,18 %
Landw. Arbeiter	2,21 %
Handwerker	9,57 %
Handlungsangestellte	1,73 %

Betriebsarbeiter in Prozenten der Mitgliedschaft

(Pjatnitski, Nr. 63, 1932, zitiert bei Borkenau, op. cit. S. 363)

1928	63,3 %
1929	51,6 %
1930	32,2 %
1931	20-22 %

Fluktuation

(Pjatnitski in Inprekorr. Nr. 74 1929, zitiert bei Borkenau, op. cit. S. 386)

	Gewinne:	Verluste:
1929	50 000	39 000
1930	143 056	95 399

## Literaturverzeichnis

- Albrecht, G.:** „Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik im Wörterbuch der Volkswirtschaft“, Band 1, S. 171—181, 4. Auflage, Jena, 1931.
- Anderson, Evelyn:** „Hammer or Anvil.“ „The Story of the German Working Class Movement.“ London, 1945.
- Bericht über die Verhandlungen des (1.) Gründungsparteitages der KPD.** Berlin, 1919.
- Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der KPD.** Berlin, 1920.
- Bericht über die Verhandlungen des 4. Parteitages der KPD.** Berlin, 1920.
- Bericht über die Verhandlungen des (6.) Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund).** Berlin, 1924.
- Bericht über die Verhandlungen des 9. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands.** Berlin, 1924.
- Bericht über die Verhandlungen des 10. Parteitages der KPD.** Berlin, 1925.
- Bericht über die Verhandlungen des 11. Parteitages der KPD.** Berlin, 1927.
- Bericht über die Verhandlungen des 12. Parteitages der KPD.** Berlin, 1929.
- Borkenau, Franz:** „The Communist International.“ London, 1938.
- Braun, Otto:** „Von Weimar zu Hitler.“ 2. Auflage, New York, 1940.
- Brüning, Heinrich:** Ein Brief. „Deutsche Rundschau“ Band 70, 1947, S. 1—22.
- Bry, Gerhard:** „Ein Beitrag zur Geschichte der KPD.“ Unveröffentlichtes Manuskript. Institute of Social Research, Columbia University, New York.
- Drahn, Ernst:** „Sozialdemokratie“ im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften.“ 7. Band, S. 510—586, 4. Auflage, Jena 1926.
- v. Eheberger, K. Th.:** „Geschichte der Finanzen“ im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften.“ 4. Band, S. 9—98, 4. Auflage, Jena, 1927.
- Florinski, M. T.:** „World Revolution and the USSR.“ New York, 1932.
- Friedensburg, Ferdinand:** „Die Weimarer Republik.“ Berlin, 1946.
- Ebert, Friedrich, und seine Zeit.** Berlin, o. J.
- Frölich, Paul:** „Zehn Jahre Krieg und Bürgerkrieg.“ Berlin, 1924.
- Derselbe:** „Rosa Luxemburg.“ Paris, 1939.
- „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki).“** Kurzer Lehrgang. Gebilligt vom Z. K. der KPdSU (B) 1938.
- „Der Großdeutsche Reichstag 1938.“** IV. Wahlperiode, Berlin, 1938.
- Grossmann, Henryk:** „Internationale“ im „Wörterbuch der Volkswirtschaft.“ Band 2, S. 432—449, 4. Auflage, Jena, 1932.
- Grünberg, G. und Grossmann, H.:** „Sozialdemokratische und kommunistische Parteien“ im „Wörterbuch der Volkswirtschaft“, Band 3, S. 238—257, 4. Auflage, Jena, 1933.
- Hagmann, Meinrad:** „Der Weg ins Verhängnis“; Reichstagswahlsergebnisse 1919 bis 1933 besonders aus Bayern. München, 1946.
- Hurwitz, Harald J.:** „The Bavarian Revolution and its Significance for the Sociology of Revolution and of National Development.“ Unveröffentlichte Thesc. Bates College, Maine, 1946.
- „Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution.“** Berlin, 1929.
- „Die Internationale.“** Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus. Insbesondere Jhgg. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 9, 11, 12, 13, 14, 15. Berlin, 1919—1933.
- „Der Internationale Klassenkampf.“** Herausgegeben von der I. V. K. O. 2. Jahrgang. Wolfshcim (Bas-Rhin), 1937.
- „Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung.“** Hamburg 1922/23; 1923/24; 1925/26.
- James, C. L. R.:** „World Communism.“ London, 1936.
- Kabaktschieff:** „Die Entstehung und Entwicklung der Komintern.“ Hamburg, 1929.
- Kuczynski, Jürgen:** „Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart.“ Berlin, 1946.
- Derselbe:** „Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1800 bis 1946.“ Berlin, o. J.
- Land, Evelyn:** „The Underground Struggle in Germany.“ „Fact.“ January 1938, London.
- Lenin, W. J.:** Werke (Russische Ausgabe), Band 24, Moskau.
- Derselbe:** „Was tun?“ Ausgabe Verlag „Neuer Weg“. Berlin, 1946.
- Lewinsohn, Richard (Morus):** „Das Geld in der Politik.“ Berlin, 1930.
- Lutz, Ralph H. (ed.):** „Fall of the German Empire“, 1914—1918, Band 1 und 2. Stanford University 1937.

- „Manifest; Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses — Aufrufe und Offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongreß.“ Hamburg, 1920.
- Marx, Karl: „Kritik des Gothaer Programms.“ „Neuer Weg“-Ausgabe. Berlin, 1946.
- Marx, Karl und Engels, Friedrich: „Manifest der Kommunistischen Partei.“ 1. Auflage, 1848.
- Maslowski, Peter: „Thaelmann.“ Leipzig, 1932.
- Meyer, Ernst: „Kommunismus“ in: „Volk und Reich der Deutschen.“ Vorlesungen... herausgegeben von Bernhard Harms. 2. Band, S. 142—188. Berlin, 1929.
- Müller, Hermann: „Die November-Revolution.“ Berlin, 1928.
- Neumann, Franz L.: „European Trade Unionism and Politics.“ New York, 1936.
- Neumann, Franz L.: „Behemoth; The Structure and Practice of National Socialism.“ Toronto, New York, London, 1942.
- Neumann, Sigmund: „Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege.“ Berlin, 1932.
- Prager, Eduard: „Geschichte der USPD.“ Berlin, 1922.
- Protokoll des Ersten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Hamburg, 1919.
- Protokoll des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Hamburg, 1920.
- Quigley, Hugh and Clark, R. T.: „Republican Germany.“ London, 1930.
- Radek, Karl: „Genua, die Einheitsfront des Proletariats und die Kommunistische Internationale.“ Hamburg, 1922.
- Reichstagshandbuch IV. Wahlperiode. Berlin, 1928.
- Rist, Walter: „Der Weg der KPD. — Die Innere Krise der KPD.“ „Neue Blätter für den Sozialismus“, Jgg. 2 und 3, 1931 und 1932, S. 79—91, 134—149, 207—211.
- Rosenberg, Arthur: „Geschichte des Bolschewismus von Marx bis zur Gegenwart.“ Berlin, 1932.
- Derselbe: „Die Entstehung der deutschen Republik, 1871—1918.“ Berlin, 1928.
- Derselbe: „Geschichte der deutschen Republik.“ Karlsbad, 1935.
- Rühle, Gerd: „Das dritte Reich.“ Dokumentarische Darstellung des Aufbaues der Nation. Das erste Jahr 1933. Berlin, 1934.
- „Russian Information Review.“ Band 2. London, 1922/23.
- Schürer, Heinz: „Die politische Arbeiterbewegung Deutschlands in der Nachkriegszeit 1918—1923.“ Doktorarbeit. Leipzig, 1933.
- Schwarz, Georg: „Völker, höret die Zentrale: KPD bankerott.“ Berlin, 1933.
- Serling, Paul: „Der Faschismus“, Zeitschrift für Sozialismus. Band 2, S. 765—787, Karlsbad, 1935.
- Derselbe: „Historische Voraussetzungen des deutschen Nationalsozialismus“ lb. Band 3, S. 959—973. Karlsbad, 1936.
- Derselbe: „Jenseits des Kapitalismus.“ Lauf bei Nürnberg, 1940.
- Sinowjew, G.: „Die Perspektiven der proletarischen Revolution.“
- Sombart, Werner: „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert.“ 1. Auflage. Berlin, 1909.
- Derselbe: „Sozialismus und Soziale Bewegung.“ 8. Auflage. Jena, 1919.
- Spartakusbriefe. Berlin, 1920.
- „Spartakus im Kriege.“ Eingeleitet von Ernst Meyer. Berlin, 1923.
- Stampfer, Friedrich: „Die vierzehn Jahre der ersten Deutschen Republik.“ Karlsbad, 1936.
- Ströbel, Heinrich: „Die deutsche Revolution.“ 4. Auflage. Berlin, 1922.
- Thälmann, Ernst: „Der revolutionäre Ausweg und die KPD.“ Berlin, 1932.
- Derselbe: „Wie schaffen wir die Rote Einheitsfront?“ Berlin, 1932.
- Derselbe: „Im Kampf gegen die faschistische Diktatur.“ Berlin, 1932.
- Derselbe: „Kampffrieden und Aufsätze.“ Berlin, o. J.
- „Was ist Sozialfaschismus?“ Berlin, 1930.
- „Wilhelm Pieck, dem Vorkämpfer für ein neues Deutschland, zum 70. Geburtstag.“ Berlin, 1940.
- „Zehn Jahre Deutsche Geschichte 1918—1928.“ 2. Auflage. Berlin, 1929.

Nr. 2

## Was will der Spartakusbund?

## I.

Am 9. November haben Arbeiter und Soldaten das alte Regime in Deutschland zertrümmert. Auf den Schlachtfeldern Frankreichs war der blutige Wahn von der Weltherrschaft des preußischen Säbels zerronnen. Die Verbrecherbande, die den Weltbrand entzündet und Deutschland in das Blutmeer hineingetrieben hat, war am Ende ihres Lateins angelangt. Das vier Jahre lang betrogene Volk, das im Dienste des Molochs Kulturpflicht, Ehrgefühl und Menschlichkeit vergessen hatte, das sich zu jeder Schandtat mißbrauchen ließ, erwachte aus der vierjährigen Erstarrung — vor dem Abgrund.

Am 9. November erhob sich das deutsche Proletariat, um das schmachvolle Joch abzuwerfen. Die Hohenzollern wurden verjagt, Arbeiter- und Soldatenräte gewählt.

Aber die Hohenzollern waren nie mehr als Geschäftsträger der imperialistischen Bourgeoisie und des Junkertums. Die bürgerliche Klassenherrschaft: das ist der wahre Schuldige des Weltkrieges in Deutschland wie in Frankreich, in Rußland wie in England, in Europa wie in Amerika. Die Kapitalisten aller Länder: das sind die wahren Anstifter zum Völkermord. Das internationale Kapital: das ist der unersättliche Baal, dem Millionen auf Millionen dampfender Menschopfer in den blutigen Rachen geworfen werden.

Der Weltkrieg hat die Gesellschaft vor die Alternative gestellt: entweder Fortdauer des Kapitalismus, neue Kriege und baldigster Untergang im Chaos und in der Anarchie oder Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung.

Mit dem Ausgang des Weltkrieges hat die bürgerliche Klassenherrschaft ihr Daseinsrecht verlohren. Sie ist nicht mehr in der Lage, die Gesellschaft aus dem furchtbaren wirtschaftlichen Zusammenbruch herauszuführen, den die imperialistische Orgie hinterlassen hat.

Produktionsmittel sind in ungeheurem Maßstab vernichtet, Millionen Arbeitskräfte, der beste und tüchtigste Stamm der Arbeiterklasse hingeschlachtet. Der um Leben Gebliebenen harret bei der Heimkehr das grinsende Elend der Arbeitslosigkeit, Hungersnot und Krankheiten drohen die Volkskraft an der Wurzel zu vernichten. Der finanzielle Staatsbankrott infolge der ungeheuren Lasten der Kriegsschulden ist unabwendbar.

Aus all dieser blutigen Wirbel und diesem gähnenden Abgrund gibt es keine Hilfe, keinen Ausweg, keine Rettung als im Sozialismus. Nur die Weltrevolution des Proletariats kann in dieses Chaos Ordnung bringen, kann allen Arbeit und Brot verschaffen, kann der gegenseitigen Zerfleischung der Völker ein Ende machen, kann der geschundenen Menschheit Frieden, Freiheit, wahre Kultur bringen. Nieder mit dem Lohnsystem! Das ist die Lösung der Stunde. An Stelle der Lohnarbeit und der Klassenherrschaft soll die genossenschaftliche Arbeit treten. Die Arbeitsmittel müssen aufhören, das Monopol einer Klasse zu sein, sie müssen Gemeingut aller werden. Keine Ausbeuter und Ausgebeutete mehr! Regelung der Produktion und Verteilung der Produkte im Interesse der Allgemeinheit. Abschaffung wie der heutigen Produktionsweise, die Ausbeutung und Raub, so des heutigen Handels, der nur Betrug ist.

An Stelle der Arbeitgeber und ihrer Lohnsklaven freie Arbeitsgenossen! Die Arbeit niemandes Qual, weil jedermanns Pflicht! Ein menschenwürdiges Dasein jedem, der seine Pflicht gegen die Gesellschaft erfüllt. Der Hunger hierfür nicht mehr der Arbeit Fluch, sondern des Müßgängers Strafe!

Erst in einer solchen Gesellschaft sind Völkerhaß, Knechtschaft enturzelt. Erst wenn eine solche Gesellschaft verwirklicht ist, wird die Erde nicht mehr durch Menschenmord geschändet. Erst dann wird es heißen: Dieser Krieg ist der letzte gewesen.

Sozialismus ist in dieser Stunde der einzige Rettungsanker der Menschheit. Über den zusammensinkenden Mauern der kapitalistischen Gesellschaft lodern wie ein feuriges Menetekel die Worte des „Kommunistischen Manifestes“:

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!

## II.

Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die gewaltigste Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution der Weltgeschichte zugefallen ist. Diese Aufgabe erfordert einen vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft.

Dieser Umbau und diese Umwälzung können nicht durch irgend eine Behörde, Kommission oder ein Parlament dekretiert werden, sie können nur von der Volksmasse selbst in Angriff genommen und durchgeführt werden.

In allen bisherigen Revolutionen hat es eine kleine Minderheit des Volkes, die den revolutionären Kampf leitete, die ihm Ziel und Richtung gab und die Masse nur als Werkzeug benutzte, um ihre Interessen, die Interessen der Minderheit, zum Siege zu führen. Die sozialistische Revolution ist die erste, die im Interesse der großen Mehrheit und durch die große Mehrheit der Arbeitenden allein zum Siege gelangen kann.

Die Masse des Proletariats ist berufen, nicht bloß der Revolution in klarer Erkenntnis Ziele und Richtung zu stecken. Sie muß auch selbst, durch eigene Aktivität Schritt um Schritt den Sozialismus ins Leben einführen.

Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt.

Von der obersten Spitze des Staates bis zur kleinsten Gemeinde muß deshalb die proletarische Masse die überkommenen Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft, die Bundesräte, Parlamente, Gemeinderäte, durch eigene Klassenorgane, die Arbeiter- und Soldatenräte, ersetzen, alle Posten besetzen, alle Funktionen übernehmen, alle staatlichen Bedürfnisse an dem eigenen Klasseninteresse und den sozialistischen Aufgaben messen. Und nur in ständiger, lebendiger Wechselwirkung zwischen den Volksmassen und ihren Organen, den Arbeiter- und Soldatenräten, kann ihre Tätigkeit den Staat mit sozialistischem Geiste erfüllen.

Auch die wirtschaftliche Umwälzung kann sich nur als ein von der proletarischen Massenaktion getragener Prozeß vollziehen. Die nackten Dekrete oberster Revolutionsbehörden über die Sozialisierung sind allein ein leeres Wort. Nur die Arbeiterschaft kann das Wort durch eigene Tat zum Fleische machen. In zähem Ringen mit dem Kapital, Brust an Brust, in jedem Betriebe, durch unmittelbaren Druck der Massen, durch Streiks, durch Schaffung ihrer ständigen Vertretungsorgane können die Arbeiter die Kontrolle über die Produktion und schließlich die tatsächliche Leitung an sich bringen.

Die Proletariatsmassen müssen lernen, aus toten Maschinen, die der Kapitalist an den Produktionsprozeß stellt, zu denkenden, freien, selbsttätigen Lenkern dieses Prozesses zu werden. Sie müssen das Verantwortungsgefühl wirkender Glieder der Allgemeinheit erwerben, die Alleinbesitzerin alles gesellschaftlichen Reichtums ist. Sie müssen Fleiß ohne Unternehmerrpeitsche, höchste Leistung ohne kapitalistische Antreiber, Disziplin ohne Joch und Ordnung ohne Herrschaft entfalten. Höchster Idealismus im Interesse der Allgemeinheit, strengste Selbstdisziplin, wahrer Bürgersinn der Massen sind für die sozialistische Gesellschaft die moralische Grundlage, wie Stumpsinn, Egoismus und Korruption die moralische Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft sind.

Alle diese sozialistischen Bürgertugenden, zusammen mit Kenntnissen und Befähigungen zur Leitung der sozialistischen Betriebe, kann die Arbeitermasse nur durch eigene Betätigung, eigene Erfahrung erwerben.

Sozialisierung der Gesellschaft kann nur durch zähen, unermüdlichen Kampf der Arbeitermasse in ihrer ganzen Breite verwirklicht werden, auf allen Punkten, wo Arbeit mit Kapital, wo Volk mit bürgerlicher Klassenherrschaft einander ins Weiße des Auges blicken. Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

### III.

In den bürgerlichen Revolutionen war Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen.

Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmassen des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen.

Aber die proletarische Revolution ist zugleich die Sterbeglocke für jede Knechtschaft und Unterdrückung. Darum erheben sich gegen die proletarische Revolution alle Kapitalisten, Junker, Kleinbürger, Offiziere, alle Nutznießer und Parasiten der Ausbeutung und der Klassenherrschaft wie ein Mann zum Kampf auf Leben und Tod.

Es ist ein toller Wahn, zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden

**Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen. Die römischen Patrizier wie die mittelalterlichen Feudalbarone, die englischen Kavaliere wie die amerikanischen Sklavenhändler, die walachischen Bojaren wie die Lyoner Seidenfabrikanten — sie haben alle Ströme von Blut vergossen, sie sind über Leichen, Mord und Brand geschritten, sie haben Bürgerkrieg und Landesverrat angestiftet, um ihre Vorrechte und ihre Macht zu verteidigen.**

Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkriege an den Tag gelegt hat. Sie wird Himmel und Hölle gegen das Proletariat in Bewegung setzen. Sie wird das Bauerntum gegen die Städte mobil machen, sie wird rückständige Arbeiterschichten gegen die sozialistische Avantgarde aufhetzen, sie wird mit Offizieren Metzereien anstiften, sie wird jede sozialistische Maßnahme durch tausend Mittel der passiven Resistenz lahmzulegen suchen, sie wird der Revolution zwanzig Vendeen auf den Hals hetzen, sie wird den äußeren Feind, das Mordeisen der Clemenceau, Lloyd George und Wilson als Retter ins Land rufen, — sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln, als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.

All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust, rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden. Den Anschlägen, Ränken, Zettelungen der Bourgeoisie die ungebungsame Zielklarheit, Wachsamkeit und stets bereite Aktivität der proletarischen Masse. Den drohenden Gefahren der Gegenrevolution die Bewaffnung des Volkes und Entwaffnung der herrschenden Klassen. Den parlamentarischen Obstruktionsmanövern der Bourgeoisie die tatenerreiche Organisation der Arbeiter- und Soldatenmasse. Der Allgegenwart und den tausend Machtmitteln der bürgerlichen Gesellschaft die konzentrierte, zusammengeballte aufs höchste gesteigerte Macht der Arbeiterklasse. Die geschlossene Front des gesamten deutschen Proletariats, des süddeutschen mit dem norddeutschen, des städtischen mit dem ländlichen, der Arbeiter mit den Soldaten, die lebendige geistige Fühlung der deutschen Revolution mit der Internationale, die Erweiterung der deutschen Revolution zur Weltrevolution des Proletariats vermag allein die granitene Basis zu schaffen, auf der das Gebäude der Zukunft errichtet werden kann.

Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen — zu Kämpfen und Siegen.

Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren, dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwierigen Faust ergreift, um sie, wie der Gott Thor seinen Hammer, den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern, dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.

Um dem Proletariat die Erfüllung dieser Aufgaben zu ermöglichen, fordert der Spartakus-Bund:

**I. Als sofortige Maßnahme zur Sicherung der Revolution:**

1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der nichtproletarischen Soldaten, Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen.
2. Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände sowie Rüstungsbetriebe durch Arbeiter- und Soldatenräte.
3. Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz. Bildung einer Roten Garde aus Proletariern als aktiven Teil der Miliz zum ständigen Schutz der Revolution vor gegenrevolutionären Anschlägen und Zettelungen.
4. Aufhebung der Kommandogewalt der Offiziere und Unteroffiziere. Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten. Wahl aller Vorgesetzten durch die Mannschaften unter jederzeitigem Rückberufungsrecht. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.
5. Entfernung der Offiziere und der Kapitulanten aus allen Soldatenräten.
6. Ersetzung aller politischen Organe und Behörden des früheren Regimes durch Vertrauensmänner der Arbeiter- und Soldatenräte.

141

7. Einsetzung eines Revolutionstribunals, vor dem die Hauptschuldigen am Kriege und seiner Verlängerung, die beiden Hohenzollern, Ludendorff, Hindenburg, Tirpitz und ihre Mitverbrecher, sowie alle Verschwörer der Gegenrevolution abzuurteilen sind.
8. Sofortige Beschlagnahme aller Lebensmittel zur Sicherung der Volksernährung.

II. Auf politischem und sozialem Gebiet:

1. Abschaffung aller Einzelstaaten; einheitliche deutsche sozialistische Republik.
2. Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch Arbeiter- und Soldatenräte sowie deren Ausschüsse und Organe.
3. Wahl von Arbeiterräten über ganz Deutschland durch die gesamte erwachsene Arbeiterschaft beider Geschlechter in Stadt und Land, nach Betrieben, sowie von Soldatenräten durch die Mannschaften, unter Ausschluß der Offiziere und Kapitulanten. Recht der Arbeiter und Soldaten zur jederzeitigen Rückberufung ihrer Vertreter.
4. Wahl von Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte im ganzen Reiche für den Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der den Vollzugsrat als das oberste Organ der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt zu wählen hat.
5. Zusammentritt des Zentralrats vorläufig mindestens alle drei Monate — unter jedesmaliger Neuwahl der Delegierten — zur ständigen Kontrolle über die Tätigkeit des Vollzugsrates und zur Herstellung einer lebendigen Fühlung zwischen der Masse der Arbeiter- und Soldatenräte im Reiche und ihrem obersten Regierungsorgan. Recht der lokalen Arbeiter- und Soldatenräte zur jederzeitigen Rückberufung und Ersetzung ihrer Vertreter im Zentralrat, falls diese nicht im Sinne ihrer Auftraggeber handeln. Recht des Vollzugsrats, die Volksbeauftragten sowie die zentralen Reichsbehörden — und Beamten zu ernennen und abzusetzen.
6. Abschaffung aller Standesunterschiede, Orden und Titel. Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter.
7. Einschneidende soziale Gesetzgebung. Verkürzung der Arbeitszeit zur Steuerung der Arbeitslosigkeit und unter Berücksichtigung der körperlichen Entkräftung der Arbeiterschaft durch den Weltkrieg; sechsständiger Höchstarbeitstag.
8. Sofortige gründliche Umgestaltung des Ernährungs-, Wohnungs-, Gesundheits- und Erziehungswesens im Sinne und Geiste der proletarischen Revolution.

III. Nächste wirtschaftliche Forderungen:

1. Konfiskation aller dynastischen Vermögen und Einkünfte für die Allgemeinheit.
2. Annullierung der Staats- und anderer öffentlichen Schulden sowie sämtlicher Krieganleihen, ausgenommen Zeichnungen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte festzusetzen ist.
3. Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe, Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften unter einheitlicher zentraler Leitung im ganzen Reiche; bäuerliche Kleinbetriebe bleiben im Besitze ihrer Inhaber bis zu deren freiwilligem Anschluß an die sozialistischen Genossenschaften.
4. Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten, sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik.
5. Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat festzusetzen ist.
6. Übernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik.
7. Wahl von Betriebsräten in allen Betrieben, die im Einvernehmen mit den Arbeiterräten die inneren Angelegenheiten der Betriebe zu ordnen, die Arbeitsverhältnisse zu regeln, die Produktion zu kontrollieren und schließlich die Betriebsleitung zu übernehmen haben.
8. Einsetzung einer zentralen Streikkommission, die unter ständigem Zusammenwirken mit den Betriebsräten der beginnenden Streikbewegung im ganzen Reich einheitliche Leitung, sozialistische Richtung und die kräftigste Unterstützung durch die politische Macht der Arbeiter- und Soldatenräte sichern soll.

IV. Internationale Aufgaben

Sofortige Aufnahme der Verbindungen mit den Bruderparteien des Auslandes, um die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch die internationale Verbrüderung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariats zu gestalten und zu sichern.

V. Das will der Spartakus-Bund!

Und weil er das will, weil er der Mahner, der Dränger, weil er das sozialistische Gewissen der Revolution ist, wird er von allen



offenen und heimlichen Feinden der Revolution und des Proletariats gehaßt, verfolgt und verleumdet.

Kreuziget ihn! rufen die Kapitalisten, die um ihre Kassenschränke zittern.

Kreuziget ihn! rufen die Kleinbürger, die Offiziere, die Antisemiten, die Preßlaken der Bourgeoisie, die um die Fleischtöpfe der bürgerlichen Klassenherrschaft zittern.

Kreuziget ihn! rufen die Scheidemänner, die wie Judas Ischariot die Arbeiter an die Bourgeoisie verkauft haben und um die Silberlinge ihrer politischen Herrschaft zittern.

Kreuziget ihn! wiederholen noch wie ein Echo getäuschte, betrogene, mißbrauchte Schichten der Arbeiterschaft und Soldaten, die nicht wissen, daß sie gegen ihr eigen Fleisch und Blut wüten, wenn sie gegen den Spartakus-Bund wüten.

Im Hasse, in der Verleumdung gegen den Spartakus-Bund vereinigt sich alles, was gegenrevolutionär, volksfeindlich, antisozialistisch, zweideutig, lichtscheu, unklar ist. Dadurch wird bestätigt, daß in ihm das Herz der Revolution pocht, daß ihm die Zukunft gehört.

Der Spartakus-Bund ist keine Partei, die über der Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will.

Der Spartakus-Bund ist nur der zielbewußteste Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtlichen Aufgaben hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution vertritt.

Der Spartakus-Bund lehnt es ab, mit Handlangern der Bourgeoisie, mit den Scheidemann-Ebert, die Regierungsgewalt zu teilen, weil er in einer solchen Zusammenwirkung einen Verrat an den Grundsätzen des Sozialismus, eine Stärkung der Gegenrevolution und eine Lähmung der Revolution erblickt.

Der Spartakus-Bund wird es auch ablehnen, zur Macht zu gelangen, nur weil sich die Scheidemann-Ebert abgewirtschaftet und die Unabhängigen durch die Zusammenarbeit mit ihnen in eine Sackgasse geraten sind.

Der Spartakus-Bund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakus-Bundes.

Die proletarische Revolution kann sich nur stufenweise, Schritt für Schritt, auf dem Golgathaweg eigener bitterer Erfahrungen durch Niederlagen und Siege, zur vollen Klarheit und Reife durchringen.

Der Sieg des Spartakus-Bundes steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution: er ist identisch mit dem Siege der großen Millionenmassen des sozialistischen Proletariats.

Auf, Proletarier! Zum Kampf! Es gilt eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!

Der Spartakus-Bund

Nr. 3

Brief der Genossin Clara Zetkin!

Werte Genossinnen und Genossen!

Es war mein heißer Wunsch, zu unserem Parteitag zu kommen, um mein Teil an seinen Arbeiten und an seiner Verantwortung zu nehmen. Leider verwehrt mein Gesundheitszustand die Verwirklichung meines Wunsches. Ich empfinde das schmerzlich angesichts der nationalen und internationalen Bedeutung, der Tragweite des heutigen Parteitages. Vergönnt mir daher, das Wort schriftlich an Euch zu richten.

Wir alle sind einig darin, daß unser Parteitag nur Rüsttag für die nächste Zukunft sein kann, wenn er Gerichtstag hält, Klärung bringt über die „Oktoberereignisse“. Wenn er diese Aufgabe erfüllen soll, so muß er eine vielgegläubte Legende zerstören, die zum Dogma zu erstarren beginnt. Nämlich die Auffassung, daß der „Oktoberrückzug“ keine unabwiesbare, in gegebenen harten Tatbeständen begründete Notwendigkeit gewesen sei. Nach dieser Auffassung war die Aufnahme des Kampfes für die Eroberung der Macht unter allen Umständen und um jeden Preis geboten. Sie wurde verhindert durch verkehrte Führereinstellung und schlechte Führereigenschaften — verkörpert im Genossen Brandler —, deren Nährboden die Einheitsfronttaktik war. Diese veranlaßt nicht nur unvermeidlich grobe Fehler im einzelnen, sie ist in ihrem innersten Wesen nach ein einziger großer Fehler, der, wenn nicht aus-

143

generzt, zur Liquidation der Kommunistischen Partei Deutschlands, ja der Kommunistischen Internationale führen wird. Die deutschen „Oktoberereignisse“ haben es klarlich erwiesen.

Genossinnen, Genossen! Ohne Furcht vor vielem und lebhaftem Widerspruch erkläre ich: Ich halte die Auffassung für mehr als falsch, ich halte sie für gefährlich. Sie verdunkelt den Blick für das vorliegende große und verschlungene Problem, wie für die im „Oktoberrückzug“ zum Ausdruck gekommenen wirklichen Fehler und Schwächen der Partei und hemmt dadurch deren rasche Überwindung, kraftvolles, bewußtes Rüsten für die aufziehenden neuen, entscheidungsschweren Kämpfe. Bei der kritischen Prüfung der „Oktoberereignisse“ geht es um Größeres als um die Wertung der Einheitsfronttaktik allein. Es handelt sich dabei um die Vorbereitung, Organisation und Durchführung des bewaffneten Aufstandes. Dabei ist die Einheitsfronttaktik gewiß eine sehr wichtige Einzelheit.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat bei der Bewältigung der gestellten Aufgabe versagt. Keineswegs infolge der Einheitsfronttaktik, der „Oktoberrückzug“ war vielmehr bestimmt durch politisches Unvermögen und organisatorische Schwächen der Partei, Auswirkungen ihrer Geschichte, ihrer Entwicklungsstufe und ihrer Unerfahrenheit in der Führung revolutionärer Kämpfe. Oben und unten, rechts und links in der Partei kann sich brüderlich in die zutage getretenen Fehler und Schwächen teilen.

Seit Mai gewann die durch die Ruhrbesetzung verschärfte objektiv revolutionäre Lage Leben in dem Empfinden, dem Bewußtsein großer, wachsender Massen ausgebeuteter Proletarier und expropriierter Klein- und Mittelbürger. Lohnbewegungen, Streiks, Erwerbslosen- und Hungerdemonstrationen, Läden- und Feldplünderungen kündeten revolutionäre Massenstimmung, wie die auf vulkanischem Boden plötzlich emporschießenden kleinen und großen Geister anzeigen, daß die Feuerkräfte der Tiefe sich regen. Die revolutionäre Massenstimmung hatte jedoch keinen politischen Inhalt, kein politisches Ziel. Sie blieb elementar, instinktiv und wurde nicht klare revolutionäre Erkenntnis, entschlossener Kampfeswille, kühne Kampfesart. Aufgabe der Kommunistischen Partei wäre gewesen, ihr zu geben, was ihr fehlte.

Der Partei eignete nicht die politische Fähigkeit, die Gunst der geschichtlichen Stunde zu nutzen. Sie war unvernünftig, eine Politik zu treiben, die sie als Führerin in planmäßig durchgeführter Kampagne mit den rebellierenden Massen fest und innig verbunden und in ihrem Bewußtsein, ihrem Willen den Kampf für die Eroberung der Macht vorbereitet hätte. Sie verstand es nicht, jeden Schrei der Plage ausklingen zu lassen in das „Charthago delenda est“ — die Klassenherrschaft der Bourgeoisie muß durch die Diktatur des Proletariats niedergeworfen werden. Sie war von der Einstellung beherrscht, daß der „Endkampf“ sofort mit einem gewaltigen, entscheidenden Schlag einsetzen müsse, Anfang war ihr, was Höhepunkt einer Kette von Teilkämpfen ist, und für diesen glänzenden Anfang wollte sie, klug rechnend, alle ihre Kräfte, alle revolutionären Massenkräfte aufsparen. Sie versäumte es des weiteren, außerhalb ihrer Reihen starke organisatorische Stützpunkte für revolutionäre Massenaktionen unter ihrer Führung zu schaffen. Sie ließ die Betriebsrätebewegung „fortwursteln“ statt sie auszubreiten, zu konzentrieren, ihr die politische Zielsetzung des Kampfes um die Staatsgewalt zu geben, anders gesagt: Der Situation entsprechend den Betriebsräten die Funktionen politischer Arbeiterräte zu übertragen bzw. revolutionäre Arbeiter- und Bauernräte ins Leben zu rufen. In einem Satz zusammengefaßt: die Betätigung der Partei war zur Zeit der revolutionären Massenstimmung Literatur, nicht Politik.

Für sie ging die Clausewitzsche Lehre verloren, daß der Krieg eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Diese Lehre gilt zwingender noch für den Bürgerkrieg als für den gewöhnlichen Krieg. Der Bürgerkrieg wird durch Massenaktion, Massentampf entschieden, und revolutionärer Wille, Begeisterung, Aufopferung müssen manches Militärtechnische ersetzen. Die Partei unterließ es trotzdem, durch ihre Politik die Massen auf den bewaffneten Aufstand einzustellen. Die Hundertschaften waren kein Ersatz dafür. Diese Organe der Einheitsfront blieben im allgemeinen nur militärische Parade der revolutionären Massenstimmung. Die Partei hatte nichts getan, um sie aktiv mit den Tageskämpfen des Proletariats zu verknüpfen. Sie steckte bis an die Ohren in dem Aberglauben, daß eifrigste, ja überwachsende militärtechnische Vorbereitung in letzter Stunde der revolutionären Vorhut des Proletariats im Kampf um die Macht den Sieg zu sichern vermöchte.

Genossinnen und Genossen! Es war schwerster Fehler, daß die Partei die kostbare revolutionäre Massenstimmung ungenutzt verstreuen ließ. Der Anti-Cuno-Streik zeigte deutlich, daß sie im Vergeben und daß die Partei noch nicht die führende Klassenpartei des Proletariats geworden war. Cuno fiel, ohne daß stärkster

14

Massendruck eine Arbeiterregierung erzwungen hätte, von der proletarischen Diktatur gar nicht zu reden. Die Massen schluckten das Kabinett Stresemann - Hilferding - Sollmann, die Hilferdingschen finanztechnischen Schwindelpillen brachten sogar eine „Entspannung.“ Ungestört durch kraftvollen Proteststurm konnte der sozialdemokratische Reichstagspudel den politischen Geschäftsführern der Bourgeoisie die beiden Ermächtigungsgesetze apportieren. Der Sozialdemokrat Ebert schickte seinen General Müller mit der Reichswehr nach Sachsen, und ihr Transport wurde nicht verhindert. Ein nicht wegzudeutender Beweis, daß für das besondere Verschulden unserer Partei, unter den Eisenbahnern keine politischen Kräfte für den bewaffneten Aufstand mobilisiert, keine organisatorischen Stützpunkte für ihn geschaffen zu haben.

Trotz alledem schwelgte die Partei in dem Wahn, daß unter ihrer Führung die Mehrheit des Proletariats sich revolutionär kämpfend erheben werde. Die Parteimajorität schmeichelte sich, dank länger Ausnutzung der Gegensätze und Spaltungstendenzen in der Sozialdemokratie zum mindesten die „linken“ sozialdemokratischen Arbeiter und die mit ihnen sympathisierenden Partellosen in den „Endkampf“ hineinzureißen. Unsere kommunistischen „Linken“ sahen mit den Augen des Hasses gegen die Einheitsfront die Dinge schärfer und richtiger. Dafür wurden sie von der alten Illusion der Märzaktion gequält, daß die Partei auch ohne Massen mit Erfolg aus der Defensive in die Offensive vorstoßen könne. Ihr kühner Aufstand für die proletarische Diktatur müsse gleich Meclins Zauberhorn Wunder wirken, werde das unwiderstehliche Signal für die revolutionäre Erhebung der Massen sein. Von heiligem Glauben an die Größe der geschichtlichen Stunde entflammt, begann die Partei ein fieberhaftes organisatorisches und militärisches Rüsten. Es war natürlich, daß ihr dabei in einzelnen viele und ernste Fehler unterliefen. Jedoch verhängnisvoller als sie alle zusammen war es, daß die Partei auch weiterhin die Schaffung der tragenden Grundlage der revolutionären Machtkämpfe vergaß: Einer aufs höchste gesteigerten politischen Aktivität, die den breitesten werktätigen Massen die Dringlichkeit solcher Kämpfe ins Bewußtsein hämmerte und sie vertrauensvoll um das kommunistische Banner sammelte. Als der große Kampf vor der Tür stand, blieb sie allein auf weiter Flur, isoliert von den Massen.

Genossinnen, Genossen! Angesichts der faschistischen Pläne zur Einkreisung Berlins vom Norden und Süden her ließen es die geographische Lage und die soziale Struktur Sachsens und Thüringens als möglich erscheinen, daß sich dort die revolutionäre Vorhut des Proletariats zuerst mit Erfolg der Konterrevolution entgegenwerfe. Aber das „rote Mitteldeutschland“ als Eckstein eines „revolutionären Deutschland“ werten, hieß die politische Bedeutung Berlins, des Zentrums des bürgerlichen Staatsapparates übersehen, seine wirtschaftliche Bedeutung, wie die der großen Städte an der Wasserkante, der Industriezentren in Schlesien und Süddeutschland, Nordbayern inbegreifen, und namentlich des Rhein-Ruhrgebietes. Es war ein Fehler der Partei, soviel auf die Karte Sachsen und Thüringen allein zu setzen. Seine Ursache war zweifellos die übertriebene Einschätzung des Umfangs und der Festigkeit der proletarischen Einheitsfront. Bei weitem verderblicher wurde im Zusammenhang damit der andere Fehler: das sogenannte „sächsische Experiment“, das unter nicht abzustreitender Mitschuld der Exekutive der Kommunistischen Internationale erfolgte.

Dieses Experiment durfte unter den gegebenen Umständen nicht unternommen werden. Es war das Ergebnis einer Abmachung zwischen Parteiführern zweier Richtungen und nicht die Krönung einer einheitlichen revolutionären Massenbewegung. Es setzte als verwirklicht voraus, was es erst schaffen wollte: einheitlichen, kampfbereiten revolutionären Massenwillen unter Führung der Kommunistischen Partei. Wie die Dinge für Sachsen lagen, mußte sich dieser „Weg zur Macht“ als falsch erweisen.

Es war von vornherein klar, daß die gesamte deutsche Bourgeoisie den Eintritt von Kommunisten in die sächsische Regierung als eine Provokation empfinden werde, nicht als eine papierne Verfassungsfrage für Sachsen, sondern als sehr reale Machtfrage für ganz Deutschland, als Frage ihrer eigenen Klassenherrschaft. Ihr gehorsamer Staatthalter Ebert konnte, durfte nur eine Antwort auf die Provokation haben: die Reichswehr. Das gesamte deutsche Proletariat war aber noch weit davon entfernt, das „sächsische Experiment“ als seine urchigste Klassensache zu betrachten. Nicht einmal das Klassenbewußtsein der werktätigen Massen in Sachsen war bis zu dieser Reife entwickelt.

Unsere Partei hatte viel zu wenig, hatte so gut wie nichts getan, um im Bewußtsein der proletarischen Massen Deutschlands „das sächsische Experiment“ politisch mit der Idee des bewaffneten Aufstandes zu verbinden. Ihre besten Kräfte hatten sich im leidenschaftlich technischen Rüsten erschöpft. Die Partei hatte aufgehört, als politische Führerin der Massen in der Öffentlichkeit zu

stehen, kommunistische Reichspolitik zu treiben. Es gab für sie nur noch „Sachsenpolitik“, und selbst das bloß nebenbei und nicht als Politik zur Mobilisierung der Massen. So mußte das „sächsische Experiment“ parlamentarisches Zwischenspiel bleiben und damit enden, daß über die zerrissene Verfassung hinweg und unter faschistischer Paradedemagogie die kommunistischen Minister von der Reichswehr aus der Regierung geworfen wurden. Es wurde nicht zu einer Siegeselappe des zur Eroberung der Macht vorwärtsdrängenden Proletariats.

Genossinnen und Genossen! Seien wir uns klar darüber, daß das Scheitern des „sächsischen Experiments“ keineswegs die zwangsläufige Auswirkung der Einheitsfronttaktik war, sondern der hier gedrängt aufgezeigten Umstände. Wer von uns wird bestreiten, daß bei der Durchführung Fehler vorgekommen sind, schwere Fehler? Ich hebe davon besonders das Verhalten der kommunistischen Minister zu dem sozialdemokratischen Abfindungsskandal mit dem Hause Wettin hervor. Trotzdem sind unsere Genossen in der Regierung Sachsens weder die Illusionsbefangenen Trottel gewesen, noch die klassenkampfverräterischen Feiglinge, als die sie von waschechten kommunistischen „Linken“ an die Wand gemalt werden. Sie taten meines Dafürhaltens recht daran, daß sie die Möglichkeit des Handelns, um einen größeren Posten **Waffen in die Hand zu bekommen, melodramatischen Auseinandersetzungen mit den Zeignerleuten über die Bewaffnung des Proletariats vorgezogen haben.** Es war richtig, daß sie den „verfassungsmäßigen“ Charakter der Regierung stark betonten. Sie haben dadurch großen Massen geholfen, den Anschauungsunterricht der Tatsachen über den Wert der Demokratie und des Papierfetzens der Verfassung zu verstehen, haben ihnen geholfen, befreit von jedem demokratischen Wahnglauben, den Weg aus dem Pfirch der sozialdemokratischen kapitalfrommen Hirten in das Lager der kommunistischen Revolutionskämpfer zu finden. Fehlerhaft dünkt mir dagegen, daß in der Regierungstätigkeit unserer Genossen das wirtschaftlich-soziale Moment nicht schärfer, überragender hervorgetreten ist. Gerade dieses Moment war geeignet, den kommunistisch-proletarischen Charakter des „Experiments“ zu prägen und ihm die tatkräftige Unterstützung schaffender Massen zu werben.

Da das „sächsische Experiment“ keine Fanfare für den Vorstoß zur Machteroberung sein konnte, mußte es zur Schamade werden, Genossinnen und Genossen, es ist sicher und gewiß niemand unter Euch, der nicht gleich mir den „Oktoberrückzug“ mit tiefstem Ingrimm, mit unsagbarer, qualvoller Bitterkeit empfunden hat. Zu kalt, zu grausam fiel dieser Reif in die Frühlingsnacht unserer Erwartungen auf siegreiche revolutionäre Kämpfe der proletarischen Vorhut Deutschlands. Statt des erhofften entscheidenden Vorwärts ein Rückzug, ohne gekämpft zu haben, ein Rückzug ohne Deckungskämpfe. Denn so gründlich hatte die Partei sich getäuscht über ihren Einfluß auf die nichtkommunistischen Massen und damit über das Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Gegenrevolution, daß sie keine Deckung dafür durch Teilkaktionen vorgesehen hatte. Lassen wir jedoch den nüchternen, prüfenden Verstand über die Dinge urteilen und nicht das heiße Herz. Wir müssen uns dann eingestehen: dieser Rückzug war eine unabwendbare Notwendigkeit, und als solche begriffen und durchgeführt war er die Rettung der Partei. Die Kommunistische Partei stand bei ihrem Versuch zur Eroberung der Staatsgewalt in „glänzender Vereinsamung“ unverstanden, nicht unterstützt, verlassen von den breitesten werktätigen Massen. Ihr Eintreten in den Machtkampf wäre nicht zum Signal geworden für den bewaffneten Massenaufstand, vielmehr zu vereinzelt, kleinen lokalen militärischen Zusammenstößen zwischen den Kommunisten und der Reichswehr. Das Ende? Die Zerschmetterung der Partei, Föhnlein nach Föhnlein, und die Niedermetzelung der revolutionären Proletarier in Sachsen und Thüringen.

Angesichts der nicht gereiften Blütenräume der Partei von der Aufrichtung der proletarischen Diktatur gehörte wahrlich mehr Mut dazu, zum „Oktoberrückzug“ zu blasen, als mit der Alles-oder-Nichts-Theorie zur Aufnahme des Kampfes durch die Partei allein zu rufen, Genosse Brandler bewies diesen größeren Mut, und er hat sich dadurch um unsere Partei und das deutsche Proletariat verdient gemacht. Es wäre eine unverzeihliche Leichtfertigkeit, ja Gewissenlosigkeit gewesen, die von den Massen isolierte kommunistische Partei in den Kampf zu führen in der Hoffnung, ihr wagemütiges Beispiel werde den revolutionären Kampfeswillen erheblicher Teile des Proletariats hervorlocken.

Während sich die Partei für den bewaffneten Aufstand rüstete, als die Reichswehr in Sachsen und später in Thüringen nach Hunnenart wütete, mit Proletarierleibern zugleich den tönernen Götzen Demokratie niederschlug, antwortete nicht eine einzige spontane Kampffestung von Proletariatsleuten, ja nicht einmal eine schwächliche

Solidaritätskundgebung. Die gottergeben erduldeten Militärdiktatur Seeckts, der triumphierende Vormarsch des Faschismus zeigten, daß die Arbeiter nicht mehr für die bürgerliche Demokratie kämpfen wollten, aber auch noch nicht bereit waren, die proletarische Diktatur im bewaffneten Aufstand zu schaffen. Die berühmten 300 Spartaner können nicht tapferer, aufopfernder gekämpft haben, wie das Häuflein Kommunisten und mit ihnen Sympathisierende in Hamburg. Zehntausende Arbeiter standen dort im Streik. Viele Tausende gingen in den Pampfestagen an den heldenmütigen Aufständischen vorüber. Das Herz voller Sympathie, so wird versichert, aber — die Hände in den Hosentaschen. In Berlin „brannten die Betriebe lichterloh“ vor Begeisterung für den Hamburger Kampf. Allein nicht aus einem einzigen Betrieb strömten die Proletarier mit elementarer Wucht demonstrativ auf die Straße. Auch das Geflenne ist unbegründet, der „Oktoberrückzug“ habe verschuldet, daß die Partei den „richtigen Augenblick“ für den bewaffneten Aufstand versäumt habe, und daß in der Folge die Revolution auf wer weiß wie lange hinausgeschoben sei. Der Sieg der Revolution hängt nicht ab von der Gunst eines bestimmten „einzig“ Augenblicks, nicht von einem einzelnen Moment. Im Juli 1917 wurden die Bolschewiki und die Petersburger Arbeiter von der „einen reinen Demokratie“ blutig niedergeworfen. Im November triumphierte die proletarische Revolution.

Genossinnen und Genossen, ich glaube nicht nötig zu haben, über die Schuld der Sozialdemokratie rechter wie linker Schattierung an unserem „Oktoberrückzug“ zu reden, der eine Niederlage des deutschen Proletariats bedeutet. Wir alle sind in ihren klaren Einschätzung einig; einig ebenso in der Auffassung, daß sie nur ein Teil der geschichtlichen Riesenschuld dieser Partei ist; einig auch in den politischen, praktischen Schlußfolgerungen, die wir daraus ziehen. Nicht wenige sozialdemokratische Führer gehören heute nicht einmal mehr zum linken Flügel der bürgerlichen Demokratie, sie stehen viel weiter rechts als gar mancher ehrliche, charakterfeste, bürgerliche Demokrat. Die „linken“ Rebellen des sozialdemokratischen Führerküngels setzten die Rolle der weiland USP-Führer fort. Sie begleiteten die bürgerliche Politik des rechten Flügels mit der alten sozialdemokratischen Phrasenmusik. Für den Augenblick sind sie wieder demütig zum Kreuz des Parteivorstandes und der Reichstagsmehrheit gekrochen, weil der unangenehme Druck nagelbeschlagener Arbeiterstiefel dort nachgelassen hat, wo ihr Rücken den salonfähigen Namen verliert. Ein Teil der „linken“ sozialdemokratischen Arbeiter steht in Auswirkung der „Oktobereignisse“ heute unzweifelhaft in unseren Reihen. Ein anderer Teil hat sich nochmals durch das Elapopeia der Führer einlullen lassen. Der „Oktoberrückzug“ hat sicherlich auch dem traumseligsten Kommunisten in die Seele gebrannt, daß eine Voraussetzung für die Niederwerfung der bürgerlichen Klassenherrschaft und für die Aufrichtung der proletarischen Diktatur ist: die Überwindung der Sozialdemokratie, der tückischen politischen Schutztruppe der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse selbst.

Genossen und Genossinnen! Die Kommunistische Partei Deutschlands wäre ihres Namens nicht würdig, wollte sie sich mit dieser offensichtlichen Lehre der „Oktobereignisse“ begnügen, die übrigens nur Bestätigung, nicht neue Weisheit ist. In der Partei sprang sofort aus Mißstimmung, ja Verzweiflung die Empfindung empor, daß es nur eine Erhebung aus der Niederlage gebe: geordneter Rückzug mit einem Minimum von Opfern und kraftvolles Rüstren für neuen Kampf. Eine unerläßliche Vorbedingung dafür war kühle, ruhige, objektive Prüfung der Situation und offene, rücksichtslose, unerbitliche Kritik der Fehler und Schwächen der Partei, die den Rückzug unvermeidlich gemacht hatten.

Die Beratungen des Zentrallausschusses von Anfang November und die von ihm beschlossenen Thesen konnten dieses Ziel noch nicht erreichen. Sie mußten auf das Bedürfnis des Augenblicks eingestellt sein: den Rückzug möglichst geordnet zu führen und rasch zum Stillstand zu bringen, die Partei zu neuem Vorstoß zusammenzuhalten und vorzubereiten. Den Feind auf den Fersen konnte die Sitzung nicht eine tiefeschürfende Kritik an der Partei geben. Das um so weniger, als diese selbst sich oben und unten noch nicht klar über die Ereignisse, ihre Ursachen und Folgen war, sondern erst anfing, um Selbstverständigung zu ringen. Nur die „linke Opposition“ war in der glücklichen Lage, ein festes Urteil darüber zu haben. Starr und schematisch eingestellt, hatte sie von vornherein für alle Fehler der Partei eine fix und fertige Erklärung auf Lager: die Einheitsfronttaktik. So mußten die Thesen sich auf das Nötigste beschränken. Sie zeigten das Terrain der nächsten Kämpfe, wiesen auf Gärungen und Gegensätze im Lager der Bourgeoisie hin, die von uns ausgenutzt werden mußten und proklamierten die Einheitsfront von unten auf im schärfsten Kampfe gegen die linke wie die rechte Sozialdemokratie. Der vielumstrittenen Redewendung „vom Sieg des Faschismus über die Novemberepu-

blük" ist keine überwältigende Bedeutung beizumessen, noch weniger eine „opportunistische Tendenz“ unterzulegen. Sie ist offenbar nicht ganz zutreffend, weil es verschiedene Spielarten des Faschismus gibt. In der gegebenen Situation hatte sie jedoch ihren politischen Sinn. Sie konnte von unserer Agitation ausgenutzt werden, um die kleinbürgerlichen Illusionen vom Faschismus zu zerstören.

Die Thesen des Zentralausschusses haben den Prozeß der Selbstverständigung der Partei über den „Oktoberrückzug“ eingeleitet. Er wurde fortgesetzt durch die verschiedenen Thesen in dem Sonderheft der „Internationale“ und durch zahlreiche, leidenschaftliche Diskussionen in den Parteiorganisationen. Das Suchen nach klarer Erkenntnis dessen, was war, als Weisung für das, was sein soll, ist von der „Linken“ auf das Geleise des Fraktionsstreites geschoben worden. Fraktionelle Einstellungen haben es hier überwuchert. Der Selbstverständigungsprozeß der Partei über die „Oktobereignisse“ ist noch nicht zum Abschluß gekommen. Es ist meine Ansicht, daß auch die Thesen der Exekutive unserer Internationale ihn nicht beendet haben. Eine der Hauptarbeiten des Parteitagcs wird sein, ungeschreckt durch Tendenzenängste, eine erschöpfende, klar und scharf formulierte Darlegung der wichtigsten Tatbestände zu geben, die zum „Oktoberrückzug“ geführt haben, und der Lehren, die sich für uns daraus ergeben. Der Schluß der Parteidiskussion darüber muß alle Parteikräfte freisetzen für die großen, geschichtlichen Aufgaben, die vor der Partei stehen. Ihr dürft dabei nicht eine Minute vergessen, daß die Frage der „Oktobereignisse“ nicht bloß eine Frage und Sorge der deutschen Kommunisten ist, sondern der gesamten Kommunistischen Internationale.

Für die Durchführung welcher Aufgaben der Parteitag die Partei fähig und stark machen soll, ergibt sich aus der Situation Deutschlands, in der er tagt. Trotz der meist rasch vorübergehenden Anläufe zur Besserung der Reichsfinanzen und der Konsolidierung der kapitalistischen Oekonomie, sind zurzeit die bürgerliche Wirtschaft und der bürgerliche Staat zerrüttet. Mir scheint, daß sogar größere Kredithilfe des Auslandes nicht gründlich und für die Dauer zu helfen vermag. Das Zeichen der Lage ist das „Fortwursteln“, ermöglicht durch gesteigerte Ausbeutung und Knechtschaft des Proletariats und die völlige Expropriation größter Schichten des Klein- und Mittelbürgertums, in wachsendem Maße Klein- und Mittelbauerntum einbegriffen. Objektiv ist so die Lage in Deutschland nach wie vor revolutionär.

Auf der zerrütteten, krachenden und schwankenden Grundlage hat jedoch die deutsche Bourgeoisie unstrittig ihre wirtschaftliche und politische Macht wieder befestigt. Das Proletariat ist weit hinter die Positionen zurückgeworfen worden, die es in jahrzehntelangem Ringen erobert hatte. Was aber ist aktivste Schuld der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie. Die weitere Entwicklung und namentlich ihr Tempo hängen ab von der Überwindung des Widerspruchs zwischen den zur Revolution treibenden objektiven Kräften der Geschichte und dem schwachen Revolutionswillen des deutschen Proletariats. Wird dieses sich verschärfter Ausplünderung und Unterdrückung fügen, ohne dawider Kämpfe aufzunehmen, die im bewaffneten Aufstand zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur kulminieren müssen? Das ist mehr als je die Frage. Die bittersten Erfahrungen haben uns gelehrt, daß ein Proletariat von mehr als 20 Millionen, dessen revolutionäres Empfinden und Wollen länger als ein halbes Jahrhundert durch reformatorische Theorie und Praxis geschwächt worden sind, und das eine festverwurzelte „friedliche Tradition“ hat, und rasch auf den revolutionären Kampf umgestellt werden kann.

Die Hungerskorporationen der Schwerindustriellen und Junkerpeitschen gewiß Massen der Proletariat, ja sogar des Kleinbürgertums, der Kleinbauernschaft aus ihrer verhängnisvollen Apathie empor. Die schwärzesten Nöte reden auf die Dauer eindringlicher als die Knüppel und Brownings der Sipo und die Karabiner der Reichswehr. In allen Gegenden, in allen Wirtschaftszweigen kämpfen ausgebeutete Hand- und Kopfarbeiter gegen die Kapitalgewalt in größeren oder kleineren Streiks, um die Verlängerung der Arbeitszeit, den Abbau des Verdienstes usw. zurückzuschlagen. Die heldenhaften Kämpfe der rheinischen Metallarbeiter für den Achtstundentag, das gewaltige Ringen der Arbeiterschaft der chemischen Industrie, der Werftarbeiter und der Arbeiter in anderen Industrien sind verheißungsvolle Anzeichen. Aber diese Teilkämpfe tragen überwiegend einen wirtschaftlichen Charakter und sie dürfen uns nicht blind für andere Tatsachen machen. Die erdrückende Mehrheit des deutschen Proletariats hängt noch im Netz alter, befestigter, wohl auch neuer Illusionen (Labour-Regierung in England, Marktstabilisierung usw.) oder aber sie verharrt

in revolutionsfeindlicher Passivität. Enttäuscht durch den fortgesetzten schmutzigsten Verrat der Sozialdemokratie, geschreckt durch die Niederlagen der Kommunisten, sind auch manche sehr aktive Proletarier zum Faschismus übergegangen, der Hoffnung des verelendeten Kleinbürgertums.

Genossinnen und Genossen! Um breiteste Massen Schaffender in entscheidende revolutionäre Kämpfe führen zu können, muß die Kommunistische Partei das Vertrauen der Massen an die eigene Kraft erwecken und stärken, der Reformismus hat es systematisch eingeschläfert und gelähmt. Sie muß gleichzeitig das Vertrauen der Werktätigen in die Kommunistische Partei erwerben und befestigen. Sie muß erkannt und anerkannt werden als die einzige berufene Führerin der Ausgebeuteten und Unfreien, als die einzige treue, kampfbereite Vertreterin ihrer Interessen. Es besteht engste Wechselwirkung zwischen dem Selbstvertrauen des Proletariats und seinem Vertrauen zur Kommunistischen Partei. Unbestreitbar hat das eine und das andere durch den „Oktoberrückzug“ gelitten. Das verlorene wertvolle Gut muß zurückgewonnen werden. Nicht Worte, nur Taten können das bewirken.

Unsere Partei muß sich zu diesem Zweck aufs innigste mit den Teilkämpfen des Proletariats, der Schaffenden verbinden. Sie muß sie ausbreiten, zusammenfassen, vertiefen; muß ihnen politische Zuspeisung und Führung geben; muß ferner lernen, sie mit kluger Manöverkunst abzubrechen, ehe sie mit einer zerschmetternden Niederlage enden. Ihre Kampfführung um Tagesforderungen muß zugleich revolutionäre Erziehungsarbeit an den Massen sein. In den Kämpfen gegen brennende Gegenwartsnöte der Ausgebeuteten muß sie diesen die großen Revolutionsaufgaben propagandistisch so unverwischbar ins Bewußtsein schreiben, daß sie morgen schon von stürmischer Agitation durch das Land getragen, übermorgen Kampfobjekt werden. Die Kommunistische Partei muß bei Teilkämpfen den sich aufreckenden Lohnsklaven der Bourgeoisie lehren, daß -- wie immer auch zunächst der Ausgang sei -- ihnen ein großes positives Erlebnis bleibt: Die klare Erkenntnis, daß der Kapitalismus ihr Todfeind ist; ihre festere Vereinigung untereinander als Klassengenossen; das stolze Bewußtsein, kämpfen zu können; mit dem allen aber Vorbedingungen für künftige Siege. Dazu gehört es, daß Niederlagen den Arbeitern diese Lehre einschärfen werden: Wir würden schon heute gesiegt haben, wenn nicht die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer uns schändlich im Stich gelassen, unseren kapitalistischen Herren und Peinigern ausgeliefert hätten. Das ist ein guter politischer Gewinn der Teilkämpfe, bei denen sich die Einheitsfront „von unten“ bildet. Tat, lebendigste Tat zur Stärkung des Selbstvertrauens der so kleinnütigen deutschen Arbeiter, zu ihrer revolutionären Erziehung ist die russische Revolution, als Werk der Massen unter Führung einer revolutionären proletarischen Klassenpartei. Die unvergleichlichen revolutionären Kampftugenden dieser Massen und dieser Partei beweisen, sie sind anfeuernde Mahnung für die Werktätigen in Deutschland.

Genossinnen und Genossen! Es ist selbstverständlich und wertvoll, jedoch nicht ausreichend, daß unsere Partei sich bei gelegentlich elementar ausbrechenden Teilkämpfen mit den Massen verbindet, die schwärzestes Elend in Auflehnung wider die wirtschaftliche und politische Gewalt der Bourgeoisie treibt. Sie muß die Massen zur bewußten Aufnahme und planmäßigen Durchführung von Teilkämpfen leiten, „aufhetzen“, wie es im bürgerlichen und reformistischen Jargon heißt. Sie muß sich zu diesem Behufe von den Ausgesogenen und Bedrückten als Vertreterin ihrer Interessen auch durch ein Aktionsprogramm legitimieren, das innigstes Vertrauens mit ihren Nöten erweist, wie größte Sachkunde für die Mittel und Wege, diese zu mildern. Dieses Programm darf sich nicht auf spezifisch proletarische Forderungen beschränken. Es muß den Jammer aller Gesellschaftsschichten berücksichtigen, deren Interessen in steigendem Gegensatz zu der Klassenherrschaft der Großkapitalisten jeder Art geraten.

Es hat die praktischen Konsequenzen zu ziehen aus einer tiefdringenden, umfassenden Behandlung der sogenannten Mittelstandsfrage -- die Beamten- und Intellektuellenfrage einbegriffen -- und der Agrarfrage. Diese Konsequenzen sind in zweifacher Hinsicht bedeutsam. Sie sollen in den betreffenden Gesellschaftsschichten dem revolutionären Kampfe für die Eroberung der Macht Feinde in Bundesgenossen verwandeln oder zumindestens in wohlwollende Neutrale, nach dem Siege aber, unter der Diktatur des Proletariats diesem statt Verdrossene und Saboteure freudig Aufbauende zur Seite stellen. Alle wirtschaftlichen und sozialen Forderungen des nötigen Aktionsprogramms müssen in der Richtung gehen, die Bourgeoisie wirtschaftlich und sozial zu expropriieren, alle politischen Forderungen auf ihre Expropriation aus der politi-

schen Machtstellung abzielen. Klipp und klar muß ausgesprochen werden, daß die verlangten Neuerungen nicht Reformen sind, um die bürgerliche Ordnung zu stützen, vielmehr Mittel, um die Tätigkeit der Werktätigen zu erhalten und zu steigern revolutionär kämpfend diese Ordnung zu stürzen.

Vor unserem Parteitag steht die große weittragende Aufgabe in Gestalt der Notwendigkeit, ein solches Programm zu schaffen, das die einheitliche, geschlossene Linie der Parteipolitik, der Parteiaktion festlegt. Dies besagt, daß es mit eherner Folgerichtigkeit die Massen führt vom Kampf um das Stück Brot des Proletariats, um das Gehalt und das Streikrecht der Beamten, um die Wirkungsmöglichkeit und die kulturelle Lebensgestaltung der Intellektuellen bis zum weltgeschichtlichen Ringen um die Diktatur des Proletariats. Und wie unser Aktionsprogramm darf nicht papieren bleiben, seine Forderungen müssen Kampfobjekte werden. Was anderes besagt das, als daß der Partei die Kraft und die Fähigkeit eignen muß, dafür zu kämpfen, breitesten Massen als Führerin voranzugehen zu können? Hand aufs Herz, Genossinnen und Genossen, wie steht es mit dieser Kraft, mit dieser Fähigkeit? Eine verheißungsvolle Antwort ist auf diese Frage vorhanden. Der „Oktoberrückzug“ hat als günstige Wirkung eine Radikalisierung der Parteilassen geschaffen, die zum Teil eine Ausstrahlung der Radikalisierung der nichtkommunistischen Massen ist. Aber die Radikalisierung hat noch nicht den ihrer Bedeutung entsprechenden Ausdruck gefunden. Denn die Radikalisierung allein tut es nicht, es muß Radikalisierung im Sinne des Kommunismus sein. Dieses entscheidende Moment ist aber in der Partei bis nun noch schwach zur Geltung gekommen.

Zweifellos! Die Parteilassen drängen nach stärkster Aktivität der Partei, nach stärkster Herausmeißelung ihrer kommunistischen Gesichtszüge. Dieses Drängen ist tatkräftigst zu unterstützen. Allein, gerade diese Pflicht darf nicht blind, sondern muß klarschauend machen für den Zustand der Partei unten wie oben. Die radikalsten Parteilassen werden zum größten Teil von revolutionären Gefühlen und Stimmungen beherrscht, sie sind grundsätzlich nicht geschult, nicht klar und fest. Die „linke“ Parteilassen vereinigt brüderlich reichlichst KAP-isten, Syndikalisten, Antiparlamentarier, bei Lichte beschen — horrible dictu — sogar Reformisten und neuerdings — faschistische Antisemiten. Die Wortführer der „Linken“ waren bis nun in Wirklichkeit keine politischen Führer. Wohl geben sie der Stimmung ihrer Gefolgschaft Ausdruck, allein sie waren unmöglich, diese auf dem Boden einer scharf umrissenen, einheitlichen, grundsätzlichen Auffassung zu sammeln und vorwärts zu führen. Sie ließen sich treiben, statt zu führen. Es fehlen Beweise, daß sie als „Parteilasser“ andere geworden wären. Es gibt sicherlich unter den „linken“ Spitzen prächtige proletarische Elemente, die verstehen und führen lernen werden. Allein, wie die Kutte nicht den Mönch macht, so verleiht das Amt von heute auf morgen mangelnde grundsätzliche Schulung, Klarheit, Festigkeit und praktische Erfahrung.

Frellich! Als compositum mixtum umschleßt die aus der „Radikalisierung“ der Partei hervorgegangene Leitung auch das „linke Zentrum“ der alten Zentrale. Es sollte den unausgegorenen revolutionären Tatendrang oben und unten in der Partei durch kommunistische Grundsatzfestigkeit regulieren und erziehen. Der Erfüllung dieser Aufgabe steht eine fatale Tatsache im Wege. Die geringe Grundsatzfestigkeit und die noch geringere Charakterstärke der am meisten hervortretenden Männer des „linken Zentrums“. Lassen die „linken“ Führer sich durch die „linken“ Massen treiben, so lassen diese „linken Zentrümmer“ sich von den „linken“ Führern und Massen peitschen. Ihr politisches Führen erschöpft sich in demütigem und wehmütigem Schuldgestammel, nicht „links“ genug gewesen zu sein, dazu die „Bitt“ um gnädige Strafe, da ihre so „linke“ Gesinnung durch den bösen Buben Brandler brutal nach „rechts“ gedreht worden sei. „Spotten ihrer selbst, sie wissen nicht wie“.

Das Ergebnis? Genossinnen und Genossen! Würgender Schmerz springt auf, wenn man seines gedenkt. Seit den „Oktobereignissen“ werden die Parteikräfte in Fraktionstrategie aufgezehrt, statt daß das Ringen mit den Todfeinden des Proletariats sie täglich erneuert und steigert. Niemals, nicht einmal nach der großen Niederlage der Märzaktion herrschte in der Partei ein gleiches Chaos, eine gleiche Passivität. Die Demonstrationen gegen das Verbot unserer Partei waren Kläglichkeiten. Kein durchgehaltener Kampf großen Stils gegen Seckts Militärdiktatur. Keine großartige Kampagne zur Verteidigung des Achtstundentages, zur Erzwingung höherer Löhne und Gehälter, zur Sicherung des Streikrechts, des Rechts der Betriebsräte. Die Leninfelern ein Blatt der Schande. Das Versagen der Partei erlaubte es den sozialdemokratischen Führern, sich als wackere Verteidiger des Proletariats gegen Schmachzustände vorzuschwindeln, deren Vorhandensein ihr Werk und ihr Verbrechen ist. Die Illegalität der Kommunistischen Partei ent-



schuldigt nicht ihre Passivität, sie klagt sie an. Als Aktionsersatz die künstlich erzeugte und genährte Pogromhetze gegen „Brandler und Konsorten“, die Absage- und Ausschlußepidemie gegen „Verdächtige“, die Schnüffelei nach „rechten Tendenzen“. So bitter not die Ueberwindung jeder opportunistischen und opportunistischen Stimmungen in der Partei tut, so ungesund, so zerrüttend ist, was sich unter diesem Deckmantel jetzt abspielt.

In diesem Zusammenhange, Genossinnen und Genossen, laßt mich ein offenes Wort aussprechen, ein persönliches Wort. Es wird mir durch die Achtung vor Euch diktiert, durch die Solidarität mit euch, durch Parteipflicht. Ich lächle kühl, wenn man mir der Mode entsprechend das Etikett anhängt: „Opportunistin“, oder, was moderner ist, „Sozialdemokratin“. Ich weiß, daß mein politischer Charakter durch meine Lebensarbeit bezeugt und nicht von engstirnigen Fraktionsgeist festgestellt wird. Es ist mir unbekannt, auf Grund welcher Wort- und Tatsünden ich zu „Konsorten“ Brandlers gezählt werde. Ich selbst bekenne mich schuldig, nicht jeden „linken“ Führer für einen Ausbund theoretischen Wissens und grundsätzlicher Klarheit gehalten zu haben, nicht jedes Mitglied des „linken Zentrums“ für ein Muster von heldenhaftem Männerstolz, wenn auch nicht vor Königsthronen, so vor dem Blitz und Donnern der kommunistischen Olympier Maslow, Scholem und Ruth Fischer. Angesichts des grassierenden Tendenzenstraffiebers halte ich mich verpflichtet, dieses zu erklären: Ich lege keinen Wert darauf, vielleicht wegen meines Dienstalters in der Arbeiterbewegung von einer Partei amnestiert zu werden, in deren Leitung es keinen Platz gibt für Männer wie Brandler, Thalheimer, Walcher und Pleck, die in schwerster Zeit, mitten im feindlichen Kugelregen die Partei gegründet, die Bürden und Gefahren ihrer Führung getragen haben, allzeit und unter jeden Umständen treue, bewährte Kämpfer für den Kommunismus, für die ihm die Steige ebene Revolution, vom ersten Tage an dem deutschen Proletariat das Banner mit Hammer und Sichel, die Fahne der Kommunistischen Internationale vorantragend. Wie sie werde ich nach wie vor in Reih und Glied unserer Partei stehen, ein „Soldat der Revolution“, der die nationale und internationale Disziplin achtet und mit der Partei, mit der Kommunistischen Internationale arbeitet und kämpft, um den Sieg der Revolution zu beschleunigen.

Das innige, unlösbare Verbundensein von Brandler und Konsorten mit der Partei, mit der Kommunistischen Internationale, ist uns mehr denn je heiliges Gebot der Überzeugung, Gesetz der Stunde. Im offenen, ehrlichen Ringen von Meinung mit Meinung, das zerstörende Fraktionsbildungen ausschließt, wollen wir wirken, damit die Partei rasch und gründlich die „Kinderkrankheiten“ ihrer Radikalisierung überwindet. Würden sie sich unbekämpft weiter entwickeln, so müßte die Partei zur Sekte verküppeln. Auf einer dieser „Kinderkrankheiten“ habe ich bereits hingewiesen. Leider ist sie nicht die einzige ihrer Art. Deutlich tritt in der geschichtlichen Entwicklungsperspektive, die die „linken“ Führer für Deutschland annehmen, ihr Erbfehler zutage: die starre, schematische Einstellung. So nahe sie vor den „Oktoberereignissen“ den Ausbruch der Revolution sahen, so weit scheint er ihnen jetzt in die Ferne gerückt. Genosse Maslow weissagt eine Stagnationsperiode von 10 bis 15 Jahren. Aber bergen die kapitalistische Wirtschaft und der bürgerliche Staat neben den Stagnationsmomenten nicht auch starke revolutionäre Explosivkräfte, und sprechen nicht für ihr Wirksamwerden in dem revolutionären Willen der Massen viele Imponderabilien mit? Zugegeben, daß mancherlei Anzeichen auf eine längere oder kürzere Geduldssprobe hindeuten, ehe die Revolution wieder ihren Ruf ertönen läßt: „Ich bin!“ Jedennoch! Die Welt des Kapitalismus ist derart erschüttert und bis in ihre Tiefen aufgewühlt, daß die Revolution unerwartet kommen kann „wie der Dieb in der Nacht“.

Diese Situation macht für uns die Taktik größter Elastizität zur Nowendigkeit. Die Kommunistische Partei Deutschlands muß ebenso eingestellt sein auf stete Bereitschaft zum Vorstoß, wie auf zähes Durchhalten und vorsichtiges Manöverieren. Der charakteristische Wesenszug ihrer Taktik muß die Vereinigung kühnen Wagens und kühlen Wagens werden. Doch ob unsere Taktik auf nähere oder fernere Sicht der Revolution visiert, der Erfolg des Wagens wie des Wagens ist an diese Bedingung gebunden: Entwicklung der Kommunistischen Partei zur Massenpartei, zur führenden revolutionären Klassenpartei des Proletariats. Weil die Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat und die Aufrichtung seiner Diktatur auf der Tagesordnung der Geschichte bleibt, bleibt auf ihr auch die Eroberung der werktätigen Mehrheit für die proletarische Diktatur und die proletarische Revolution.

Diese Eroberung ist unmöglich, ohne die Einheitsfronttaktik der Partei, ohne die Zusammenschweißung der Partei mit der schaffenden Mehrheit durch Teilkämpfe, die um Teilforderungen und Übergangslösungen gehen. Während Genosse Maslow mit einer langen Stagnationsperiode rechnet, erheben sich einflußreiche „linke“ Füh-

rer nicht etwa zu Recht bloß gegen Fehler bei der Praxis der Einheitsfronttaktik, gegen eine irreführende Wertung von Teilforderungen und Übergangslösungen. Nein, sie heischen „grundsätzlich“ Schluß mit der Einheitsfronttaktik, mit den Teilforderungen, den Übergangslösungen. Meinen sie ernsthaft, daß die Lösungen Bürgerkrieg und Diktatur des Proletariats allein lange Jahre hindurch ausreichen, um nach Brot und Kultur hungernde, ausgebeutete, getretene Massen um die Kommunistische Partei zu sammeln und zum revolutionären Kampf zu führen? Ich denke „unmarxistisch“ und „unbolschewistisch“ genug, um das nicht zu glauben.

Widerspruchsvoll und wirklichkeitsabgewandt ist auch das Verhalten „linker“ Führer zu der Gewerkschafts- und Organisationsfrage. Zumal bei der Gewerkschaftsfrage erweist sich, daß diese Führer sich von unklaren Massenstimmungen beherrschen lassen, statt sie zu meistern und in die rechte Bahn zu leiten. Die Gewerkschaftsfrage kann für unsere Partei zu einer Frage von Leben und Tod werden. Sie ist eine politische, keine organisatorische Frage. Die Partei muß sich die Gewerkschaften solange wie nur möglich offen halten als Rekrutierungs- und Sammelfeld nichtkommunistischer Arbeiter für revolutionäre Kämpfe unter kommunistischer Führung. „Linke“ Führer aber reden, schreiben und handeln, als ob nicht früh genug die Losung ertönen müsse: Heraus aus den Gewerkschaften, Gründung revolutionärer Gewerkschaften! In einer Zeit stärkster wirtschaftlicher Depression, ausgesprochenen Organisationsmüdigkeit und materieller, finanzieller Organisationshemmnisse wie politischer Gründe für die planmäßige Ausnutzung ungespaltener Gewerkschaften. Es sei nur an den unabwiesbaren Ausbau der Betriebsrätebewegung erinnert und an die organisatorische Umstellung der Partei auf die Betriebszellen.

Genossinnen, Genossen! Beachtet, daß „linke“ Führer das Feldgeschrei unter die Massen tragen: Nieder mit der Einheitsfronttaktik, den Teilforderungen und Übergangslösungen, der Betriebszellenorganisation, heraus aus den Gewerkschaften, im Gegensatz zu der kommunistischen Internationale, ja mit der Tendenz zum Bruch ihrer Disziplin. Fordern sie nicht zur bloßen „Kenntnisnahme“ der Beschlüsse der Exekutive unserer Weltorganisation auf, Beschlüsse, die sie selbst mitgeschaffen und denen sie zugestimmt haben? Das alles, während ihre Lippen tiefen von Treueschwüren für die Politik Lenins, die die Entwicklung der Kommunistischen Parteien zu Massenparteien forderte und die Eroberung der schaffenden Mehrheit durch die Einheitsfronttaktik als vornehmste Aufgabe dieser Parteien betrachtete, um die Macht zu erobern. Das alles, während ihre Zunge nicht genug Bewunderungsprüchlein herbeten kann für die bolschewistische Partei, deren Wesenszug die straffeste, bindendste Disziplin ist. Wem kann Auge in Auge mit solchen Tatsachen die Größe der aufziehenden Gefahr entgehen? Sich ihr mit vollem Bewußtsein, mit aller Kraft entgegenzuwerfen, ist Pflicht gegen die Partei und die Kommunistische Internationale.

Bei der Länge meines Briefes verzichte ich darauf, die Auseinandersetzungen in der Kommunistischen Partei Rußlands auch nur andeutungsweise zu erörtern, obgleich die Heißsporne des Linkskommunismus wie die sanften Flötenbläser des linken Zentrums ebenso berechnend wie zu Unrecht Deckung hinter ihnen suchen. Gewiß! Der Kampf gegen jede Form, jede Tendenz des Opportunismus ist dringliche nationale wie internationale Aufgabe der Kommunisten. Nirgends darf er sich einnisten. Jedoch vergessen wir dabei nicht eine Lehre, die uns der geniale revolutionäre Realpolitiker Lenin hinterlassen hat. Zur Überwindung des Opportunismus gehört auch die Überwindung der Revolutionsromantik, jedes Anflugs von Putschismus. Opportunismus und Putschismus bedingen einander und nähren einander. Sie sind leibliche Geschwister, Kinder des Wunsches, so rasch als möglich die Ausgebeuteten und Versklavten aus dem Elend dieser Übergangszeit herauszuführen und der theoretischen Unklarheit über das Wesen, die Bedingungen der erlösenden Revolution. Das Schiff des Kommunisten darf nicht an den Klippen der Revolutionsromantik des Putschismus zerschellen, und es darf nicht auf den Sandbänken des Opportunismus auflaufen. Sein Kurs muß geradewegs gesteuert sein, Voll dampf voraus, über die brausenden Wogen der revolutionären Massenaktionen und Massenkämpfe. Heran an die Massen! Zeigen wir deshalb neben unseren Sorgen und Kämpfen für die Erfüllung der Tagesbedürfnisse der Massen den großen idealen Kern des Kommunismus. „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.“ Ein Heißhunger nach idealem Lebenssinn und edler Lebensgestaltung bewegt die Welt, soweit sie nicht kapitalistisch vergiftet ist. Beweisen wir, daß nur der Kommunismus ihn stillen kann. Sein großes ideales Gehalt wirbt angesichts der Auflösung und Fäulnis der bürgerlichen Gesellschaft und Kultur revolutionäre Kämpfer. Die so geworbenen Kämpfer werden in den ersten Reihen für die Revolution arbeiten. Massenkampf als materielle Notwendigkeit und

höchster reinster Idealismus sichern ihren Sieg.  
Moskau, Ende März 1924.

Clara Zetkin

Nr. 1

Statut der Kommunistischen Partei Deutschlands  
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

I. Der Name der Partei.

§ 1. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist die Sektion der Kommunistischen Internationale in Deutschland und heißt: Kommunistische Partei Deutschlands, Sektion der Kommunistischen Internationale.

II. Parteimitgliedschaft.

§ 2. Mitglied der Partei kann sein, wer das Programm und die Statuten der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei anerkennt und Mitglied einer grundlegenden unteren Organisation der Partei ist, wer sich in dieser aktiv betätigt, sich allen Beschlüssen der Komintern in der Partei unterordnet und regelmäßig die Mitgliedsbeiträge entrichtet.

§ 3. Die Aufnahme von neuen Mitgliedern geschieht durch die Parteizellen. Die Neuaufnahme unterliegt der Bestätigung der Stadtleitung resp. der Unterbezirksleitung.

§ 4. Beim Eintritt geschlossener Gruppen aus anderen politischen Organisationen oder ganzer Parteiorganisationen in die Kommunistische Partei werden diese durch den Beschluß des Zentralkomitees in die Partei aufgenommen.

Beim Übertritt führender Personen anderer Parteien bedarf die Aufnahme außer der Bestätigung der Stadtleitung resp. Unterbezirksleitung auch der des Zentralkomitees.

§ 5. Beim Wechseln der Arbeitsstelle ist das Betriebszellenmitglied verpflichtet, sich bei der Betriebszellenleitung an- und abzumelden. Beim Wechseln des Wohnortes ist das Mitglied verpflichtet, sich bei der Zellengruppenleitung an- und abzumelden.

Bei Übersiedlung in ein anderes Land muß die Erlaubnis des Zentralkomitees der Partei eingeholt werden; die darauf bezügliche Anfrage geschieht durch die Parteifunktionen.

III. Aufbau der Partei.

§ 6. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist, wie alle Sektionen der Komintern, auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut. Seine grundlegenden Prinzipien sind:

a) Wahl sowohl der unteren wie der oberen Parteilorgane in Vollversammlungen der Parteimitglieder, auf Konferenzen und Parteitagen.

b) Periodische Rechenschaftsablegung der Parteilorgane vor ihren Wählern.

c) Bindende Anerkennung der Beschlüsse höherer Parteilorgane durch die unteren, strenge Parteidisziplin und schnelle genaue Durchführung der Beschlüsse der EKKKJ. und der leitenden Parteilorgane. Diejenige Organisation, die ihre Tätigkeit auf ein gewisses Gebiet ausbreitet, wird als höhere gegenüber denjenigen Parteiorganisationen betrachtet, die ihre Tätigkeit bloß auf einzelne Teile dieses Gebietes beschränken.

Die Diskussionen über Parteilfragen werden von der Mitgliedschaft nur bis zu ihrer Entscheidung durch die entsprechenden Parteilorgane geführt. Nach Fassung eines Beschlusses auf dem Kongreß der Komintern auf dem Parteitag oder durch die leitenden Parteilorgane muß dieser unbedingt durchgeführt werden, auch dann, wenn ein Teil der Mitglieder oder der lokalen Organisationen mit einem solchen Beschluß nicht einverstanden ist.

§ 7. Unter außergewöhnlichen Verhältnissen ist Einsetzung der unteren Parteilorgane durch höhere sowie Selbstergänzung der Leitungen bei Bestätigung durch die oberen Parteilorgane zulässig. Diese Maßnahmen sind, sobald die Möglichkeit dazu gegeben ist, nachträglich der Organisation zur Beschlußfassung vorzulegen.

§ 8. Die Parteilorganisationen sind in den lokalen Fragen selbständig im Rahmen der bestehenden Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der Partei.

§ 9. Die höchste Instanz jeder Organisation ist die Mitglieder-vollversammlung, die Konferenz bzw. der Parteitag.

§ 10. Die Vollversammlung, die Konferenz bzw. der Parteitag wählt die betreffende Leitung, die in der Zwischenzeit als leitendes Organ gilt und die laufenden Arbeiten der betreffenden Organisation führt.

§ 11. Das Schema des Partelaufbaues ist folgendes:  
a) Für einzelne Fabriken, Werkstätten, Büros, Läden, Gutshöfe, Straße usw.: Zellenversammlung — Zellenleitung.  
b) Für das Gebiet einer kleineren Stadt, eines Dorfes usw.: Ortszellenkonferenz (Dorfzellenkonferenz) oder Ortsvollversammlungen

(Dorfvollversammlungen). -- Ortsleitung.

c) Für das Gebiet eines Stadtteils: Stadtteilkonferenz — Stadtteil-  
leitung.

d) Für das Gebiet eines Unterbezirkes: Unterbezirkskonferenz. —  
Unterbezirksleitung.

e) Für das Gebiet eines Bezirkes: Bezirksparteitag. — Bezirks-  
leitung.

f) Für das ganze Gebiet des Reiches: Parteitag. — Zentralkomitee.  
Anmerkung. Die nächst höhere Organisationsstufe nach der  
Betriebszelle ist die Zellengruppe; je nach dem Umfang des Stadt-  
teils können mehrere Zellengruppen in einem Stadtteil enthalten  
sein. Die weitere Abstufung und Gliederung der Organisation muß  
nach den besonderen Verhältnissen der Organisation, muß nach  
den besonderen Verhältnissen der einzelnen Bezirke geregelt werden.

#### IV. Die Zelle

§ 12. Grundlage der Parteiorganisation, ihr Fundament, ist die  
Betriebszelle, in der Fabrik, im Bergwerk, in der Werkstatt, im  
Büro, im landwirtschaftlichen Betrieb usw., der alle an dieser  
Stelle arbeitenden Parteimitglieder angehören müssen. Neu-  
geschaffene Partezellen werden durch die Stadtteilleitung oder  
Unterbezirksleitung bestätigt, falls sie wenigstens drei Mitglieder  
umfassen.

§ 13. In Betrieben, in denen 1 bis 2 Parteimitglieder arbeiten,  
werden diese Mitglieder der nächsten Betriebszelle angegliedert  
oder bilden mit den Mitgliedern der benachbarten Betriebe eine  
Betriebszelle.

Parteimitglieder, die in keinem Betriebe arbeiten, werden an die  
im Orte bestehende Betriebszelle angegliedert; wo das nicht möglich  
ist, bilden sie Straßenzellen. Besteht im Dorfe, in einem Gut, oder  
landwirtschaftlichen Betrieb keine Betriebszelle, so werden die im  
Dorfe wohnenden Kommunisten zu einer Dorfzelle zusammengefaßt.

Alle Mitglieder der Betriebszellen werden zugleich in ihrem  
Wohngebiet durch die Zellengruppenleitung registriert und zur  
Erledigung der Arbeiten im Wohngebiet zusammengefaßt.

§ 14. Die Zelle ist diejenige Organisation, die die Arbeiter, Klein-  
bauern und übrigen werktätigen Massen mit der Partei verbindet.  
Die Aufgaben der Zelle sind: Die Durchführung der Parteilarbeit  
unter den partellosen Arbeitern, Kleinbauern und der übrigen  
werktätigen Massen mit Hilfe einer systematischen kommunistischen  
Agitation und Propaganda, Gewinnung der Arbeiter im Betrieb  
und ihre Loslösung vom Gegner, das Werben von neuen Partei-  
mitgliedern, Verbreitung von Parteiliteratur, Herausgabe einer  
Betriebszeitung, Kultur- und Aufklärungsarbeit unter den Partei-  
mitgliedern und Arbeitern des Betriebes, zähe und dauernde Arbeit  
zur Eroberung aller Funktionärposten im Betriebe, Eingreifen der  
Zelle in alle ökonomischen Konflikte und Forderungen der Beleg-  
schaft, ihre Beleuchtung vom Standpunkte des revolutionären  
Klassenkampfes, Eroberung der Führung aller Kämpfe der Beleg-  
schaft durch zähe und unermüdete Arbeit der Zelle.

§ 15. Zur Führung der laufenden Arbeit wählt die Zelle eine  
Leitung, die aus drei bis fünf Mitgliedern besteht. Die Zellenleitung  
wählt den Zellenobmann. Die Leitung leitet die Zellenarbeit, verteilt  
sie an einzelne Zellenmitglieder, wie z. B. Propaganda, Zeitungs-  
vertrieb, Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften und Betriebsrat,  
Arbeit unter den Frauen, Verbindung mit der Jugendzelle usw.  
Verantwortlich für die Arbeit ist die Zellenleitung.

#### V. Die Ortsgruppe

§ 16. Die Ortsgruppe ist die Zusammenfassung der Zellen eines  
Ortes, eines Stadtviertels usw.

§ 17. An der Spitze der Ortsgruppe steht die Ortsgruppenleitung,  
die in der Mitgliedervollversammlung der Zellenmitglieder des  
Ortes oder, im Falle der Illegalität, in der Ortszellenkonferenz  
gewählt wird.

Die Ortsgruppenleitung muß wenigstens zur Hälfte aus Betriebs-  
zellenvertretern bestehen. Für die Arbeit der Ortsgruppe ist die  
Leitung verantwortlich. Die Ortsgruppenleitung leitet die Arbeit  
der Fraktionen im Rahmen des Ortes.

§ 18. Die Mitglieder-Vollversammlung der Ortsgruppe findet in  
der Regel monatlich einmal statt.

#### VI. Die Unterbezirksorganisation

§ 19. Die höchste Parteiinstanz im Bereiche eines Unterbezirks  
ist die Unterbezirksleitung, die von der Unterbezirkskonferenz  
gewählt wird.

§ 20. Die Unterbezirksleitung führt die Beschlüsse der oberen  
Instanzen durch und leitet die gesamte Parteilarbeit im Bereiche  
des Unterbezirks. Sie ruft wenigstens zweimal im Jahr Unter-  
bezirkskonferenzen ein.

§ 21. Die Unterbezirkskonferenz wird aus den Ortsgruppen durch

Zellen vertreten. Sie nimmt die Berichte der Unterbezirksleitung entgegen, sie bestätigt und wählt die Unterbezirksleitung.

§ 22. In derjenigen Stadt, in der die Unterbezirksleitung ihren Sitz hat, wird die Leitung der Parteiarbeit von der Unterbezirksleitung besorgt.

Anmerkung. Das ZK. kann sowohl für die Unterbezirksleitungen wie für die Bezirksleitungen Ausnahmen bewilligen. (S. § 28)

§ 23. Die Unterbezirksleitung leitet die Arbeit der Fraktionen im Rahmen des Unterbezirks.

#### VII. Bezirksparteitag

§ 24. Die höchste Parteilinstanz im Bereiche eines Bezirks ist der Bezirksparteitag. Der ordentliche Bezirksparteitag tritt jedes halbe Jahr zusammen. Außerordentliche Bezirksparteitage müssen durch die Bezirksleitungen auf Grund der Forderungen eines Drittels der bestehenden Parteiorganisationen im Bezirke oder sie können vom Zentralkomitee einberufen werden. Der Bezirksparteitag nimmt die Berichte der Bezirksleitung und der Bezirks-Revisionskommission entgegen, wählt die Bezirksleitung, die Bezirks-Revisionskommission. Die Wahlen bedürfen der Bestätigung des ZK.

§ 25. Die Bezirksleitung wird auf dem Bezirksparteitag gewählt und ist das höchste Parteiorgan im Bezirke in der Zwischenzeit von zwei Bezirksparteitagen. Die Bezirksleitung bestimmt selbst, wie oft die Vollversammlungen der Bezirksleitung stattfinden haben. Diese müssen aber wenigstens einmal monatlich einberufen werden. Die Bezirkssekretäre werden im Rahmen der Bezirksleitung durch den Bezirksparteitag gewählt. Sie müssen mindestens drei Jahre Parteimitglied sein. Ausnahmen können nur mit Bewilligung des Zentralkomitees gemacht werden.

§ 26. Der Bezirksparteitag wählt eine Revisionskommission, deren Aufgabe es ist, die gesamte Administration und Finanztätigkeit des Bezirks und der Parteiunternehmungen des Bezirks zu kontrollieren.

§ 27. Die Bezirksleitung führt die Beschlüsse des Zentralkomitees durch und ist verpflichtet, zur Erledigung verschiedener Arbeiten (Organisation, Agitation, Propaganda, Gewerkschaft, Arbeit unter den Frauen, Kleinbauern usw.) besondere Organe zu schaffen. An die Spitze dieser Ressorts werden in der Regel Mitglieder der Bezirksleitung gestellt, die unter der Führung der Bezirksleitung und mit der Zentrale (die Wahl bedarf der Bestätigung durch die Zentrale) die Arbeit verrichten. Die Bezirksleitung ernennt im Einverständnis mit der ZK. die Redaktionen der Bezirksparteizeitungen. Die Bezirksleitung führt die ganze Parteiarbeit im Rahmen des betreffenden Bezirks. Die Bezirksleitung ist für ihre Arbeit dem Bezirksparteitag und dem ZK. verantwortlich, dem sie monatliche schriftliche Berichte über ihre Arbeit einzusenden verpflichtet ist.

§ 28. In der Stadt, in der die Bezirksleitung ihren Sitz hat, wird die Leitung der Parteiarbeit von der Bezirksleitung erledigt. Die Bezirkshauptstadt kann in Stadtteile eingeteilt werden, an deren Spitze die Stadtteilkonferenzen und Stadtteilleitungen stehen.

#### VIII. Die Parteikonferenz

§ 29. Die Parteikonferenz tritt in der Regel jährlich zweimal zusammen. Die Norm der Vertretung und die Zusammensetzung der Parteikonferenz wird von der Zentrale bestimmt, möglichst auf 2000 Mitglieder soll ein Delegierter entfallen; jeder Bezirk entsendet mindestens einen Delegierten. Die Delegierten der Bezirke werden von Bezirksparteitagen oder, wenn das nicht möglich ist, von den Bezirksleitungen gewählt. Die Zentrale kann einzelne Parteil Arbeiter zu den Verhandlungen der Parteikonferenz mit beratender Stimme heranziehen. Die Einberufung und die Tagesordnung der Parteikonferenz müssen den Bezirken spätestens 14 Tage vorher zur Kenntnis gebracht werden.

§ 30. Die Beschlüsse der Parteikonferenz treten nach ihrer Bestätigung durch das ZK. in Kraft. Ergeben sich zwischen ZK. und Parteikonferenz grundlegende politische Differenzen, so muß das ZK. die Frage der Einberufung eines außerordentlichen Parteitages zur Debatte stellen.

§ 31. Die Parteikonferenz kann die Delegierten zum Weltkongreß der Komintern in dem Falle wählen, wenn sie unmittelbar vor dem Weltkongreß zusammentritt.

#### IX. Der Parteitag

§ 32. Der Parteitag ist die höchste Instanz der Partei und wird in der Regel einmal jährlich im Einverständnis mit dem Exekutivkomitee der Komintern vom Zentralkomitee einberufen. Außerordentliche Parteitage werden vom ZK. entweder aus eigener Initiative oder auf Initiative des EKKJ., oder aber, falls eine Anzahl von Organisationen, die auf dem letzten Parteitage ein Drittel der Mitgliedschaft der Partei repräsentiert haben, die Einberufung eines Parteitages verlangt.

Der außerordentliche Parteitag kann aber nur mit der Zustimmung des EKKJ. erfolgen. Die Einberufung des Parteitages sowie die Tagesordnung eines solchen werden spätestens einen Monat vorher der Mitgliedschaft zur Kenntnis gebracht. Jeder Delegierte zum Parteitag muß drei Jahre Mitglied der Partei sein.

Die Norm der Vertretung am Parteitag wird entweder vom Zentralkomitee oder von der vor dem Parteitag zusammentretenden Parteikonferenz bestimmt.

§ 33. Der Parteitag wird aus Delegierten zusammengesetzt, die auf den Bezirksparteitagen gewählt werden müssen. In außergewöhnlichen Fällen können ausnahmsweise Wahlen der Delegierten unter Zustimmung des EKKJ. durch die Entsendung dieser von der Bezirksleitung ersetzt werden. Der Parteitag kann ebenfalls mit Zustimmung des EKKJ. durch eine Parteikonferenz ersetzt werden. Jeder Delegierte muß mindestens drei Jahre Mitglied der Partei sein.

§ 34. Der Parteitag

- a) nimmt die Berichte des ZK. und der zentralen Revisionskommission entgegen;
- b) entscheidet die Programmfragen der Partei;
- c) faßt Beschlüsse in allen politischen, taktischen und organisatorischen Fragen.
- d) wählt das ZK., die zentrale Revisionskommission usw.

#### X. Das Zentralkomitee

§ 35. Der Parteitag wählt das ZK., das aus gleichberechtigten Mitgliedern besteht. Die Zahl der Mitglieder wird vom Parteitag bestimmt. Mitglieder des ZK. und politische Angestellte des ZK. müssen mindestens drei Jahre Parteimitglied sein.

§ 36. Das ZK. ist das höchste Organ der Partei während der Zeit, da der Parteitag nicht tagt. Es vertritt die Partei anderen Parteiinstitutionen gegenüber, schafft verschiedene Organe der Partei, leitet ihre gesamte politische und organisatorische Arbeit, ernannt die Redaktion des Zentralorgans, das unter seiner Führung und Kontrolle arbeitet, organisiert und leitet diejenigen Unternehmungen, die für die Gesamtpartei Bedeutung besitzen, verteilt die Arbeitskräfte und leitet die zentrale Kasse.

Das ZK. leitet die Arbeit der Fraktionen innerhalb solcher Körperschaften, die zentralen Charakter tragen.

§ 37. Das ZK. wählt aus seiner Mitte ein politisches Büro für die Leitung der politischen Arbeit, ein Organisationsbüro für die Leitung der Organisationsarbeit und ein Sekretariat (den Sekretär) für sämtliche laufende Arbeit. Weiter bestimmt das ZK. die Leiter der verschiedenen Ressorts, an deren Spitze möglichst Mitglieder des ZK. gestellt werden sollen.

§ 38. Das ZK. schafft Ressorts für bestimmte Zweige seiner Arbeit, für die Organisation, Agitation, Propaganda, Arbeit in der Gewerkschaft, unter den Bauern, Frauen usw., deren Aufgabe es ist, die Arbeit unter vollständiger Leitung des ZK. in den betreffenden Gebieten zu führen, wobei die allgemeinen Richtlinien des ZK. bestimmend sind. Die Ressorts haben ihre Beschlüsse durch die Zentrale durchzuführen.

§ 39. Das ZK. nimmt die Einteilung des Landes in Bezirke vor und ändert im Falle einer Notwendigkeit ihre Grenzen. Dem ZK. steht das Recht zu, die bestehenden Organisationen nach politischen und ökonomischen Merkmalen, entsprechend der administrativen Einteilung des Landes, gebietsweise oder anders zu vereinigen oder zu teilen.

#### XI. Die zentrale Revisionskommission

§ 40. Zur Kontrolle der Kasse, der Buchführung und der Geschäfte der gesamten Partei wählt der Parteitag eine zentrale Revisionskommission.

#### XIII. Über die Parteidisziplin

§ 41. Die strengste Parteidisziplin ist die höchste Pflicht aller Parteimitglieder und aller Parteiorganisationen.

Die Beschlüsse der KJ., des Parteitages, der Parteizentrale und aller höhergestellten Parteinstanzen müssen schnell und genau durchgeführt werden. Gleichzeitig ist die Besprechung aller Fragen, die Differenzen hervorrufen, vollständig frei, solange kein Beschluß gefaßt worden ist.

§ 42. Ein Verstoß gegen die Parteidisziplin zieht Strafmaßnahmen mit sich. Die Strafmaßnahmen können in Bezug auf Organisation folgende sein: Rüge, Absetzung der Leitung und Einsetzung einer provisorischen Leitung, die ihre Funktionen bis zur Einberufung einer Konferenz ausübt, Auflösung der Organisation und Umregistrierung der Mitglieder. Den einzelnen Mitgliedern gegenüber können folgende Strafmaßnahmen angewandt werden: Parteirüge, öffentliche Rüge, Enthebung von der Funktion, befristeter Ausschuß und endgültiger

**Ausschluß.**

§ 43. Die Disziplinarvergehen werden von den Parteinstanzen erledigt. Gegen Disziplinarmaßnahmen ist Berufung bis zur Zentrale und zum Parteitag zulässig.

§ 44. Die Frage des Ausschlusses eines Parteimitgliedes beantragt die Versammlung der entsprechenden Parteiorganisation (Zelle) an die höherstehende Parteileitung. Der Ausschlußbeschuß tritt in Kraft, nachdem er von der Bezirksleitung bestätigt worden ist. Die Berufung ist bis zur höchsten Instanz zulässig. Bevor die Bestätigung des Ausschlusses erfolgt, ist der Betreffende von der Parteiarbeit zu entfernen.

Der Ausschlußbeschuß ist in der Regel im Parteiblatt zu veröffentlichen. Die Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen kann nur erfolgen, wenn die Körperschaft, die den Ausschluß vollzogen hat, über die Wiederaufnahme gehört worden ist.

§ 45. Zur Schlichtung und Erledigung jedes Verfahrens ist bei entscheidender Instanz (Bezirksleitung oder ZK.) ein Schiedsgericht von fünf Parteimitgliedern einzusetzen, von denen zwei von den Angeschuldigten, zwei von der Unterbezirksleitung (oder bei Verfahren vor einem zentralen Schiedsgericht, von der Bezirksleitung) und der Vorsitzende durch die Bezirksleitung bzw. das ZK. zu bestimmen sind. Das Urteil des Schiedsgerichtes bedarf der Bestätigung durch die Bezirksleitung bzw. das ZK.

**XIII. Die Finanzen der Partei.**

§ 46. Die Geldmittel der Parteiorganisationen werden durch die Parteibeiträge, durch besondere Sammlungen und durch Parteiunternehmungen beschafft.

§ 47. Der Mitgliedsbeitrag soll mindestens 1 Prozent der Durchschnittseinkünfte betragen. Die Festsetzung über die Höhe und die Verteilung zwischen Zentralkasse und Bezirkskasse trifft das ZK., die weitere Festsetzung der Verteilung liegt der Bezirksleitung ob.

§ 48. Diejenigen Mitglieder der Partei, die, ohne genügende Gründe anzugeben, im Verlaufe von drei Monaten ihre Beiträge nicht entrichten, gelten nach ergebnislos erfolgter Mahnung als aus der Partei ausgeschieden. Dies wird der Mitgliederversammlung und den betreffenden Mitgliedern mitgeteilt.

**XIV. Fraktionen**

§ 49. In allen außerparteilichen Arbeiter- und Bauern-Organisationen und Organen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Kultur- und Aufklärungs-, Sport- und anderen Vereinen, Betriebsräten, Kriegsteilnehmer, Erwerbslosenverbänden, auf Kongressen und Konferenzen, in den Gemeindeverwaltungen, Gemeindevertretungen, Parlamenten usw.), in denen wenigstens zwei Kommunisten vorhanden sind, müssen zur Steigerung des Einflusses der Partei und zur Verwirklichung ihrer Politik in der außerparteilichen Umgebung kommunistische Fraktionen organisiert werden.

§ 50. Die Fraktionen sind Organe der Partei in den außerparteilichen Organisationen. Sie sind nicht selbständige, vollberechtigte Organisationen, sondern unterstehen den zuständigen Parteileitungen.

Die kommunistischen Fraktionen in den parlamentarischen Körperschaften der Kommunen, Provinzen, Länder oder des Reiches sind der Parteiorganisation und deren Leitung verantwortlich, der die Kontrolle und der bestimmende Einfluß über ihre Tätigkeit zusteht. Bei Differenzen ist eine Entscheidung des ZK bis zum nächsten Parteitag bindend.

Die in den Parlamenten des Reiches, der Länder oder Provinzen tätigen Genossen können jederzeit von dem ZK. zurückberufen werden. Für die in den Gemeindeparlamenten und Kreistagen oder diesen entsprechenden Körperschaften tätigen Genossen haben die Bezirksleitungen das Rückberufungsrecht.

In Fragen des inneren Lebens wie auch der laufenden Arbeit ist die Fraktion autonom. Bei Differenzen zwischen der Parteileitung und der Fraktion ist die Leitung verpflichtet, die Frage neuerdings gemeinsam mit den Vertretern der Fraktion zu prüfen und einen Beschuß zu fassen, der seitens der Fraktion sofort durchzuführen ist. Im Falle einer Berufung seitens der Fraktion wird die Frage endgültig durch die nächst höhere Instanz erledigt. Die Fraktion ist aber trotz der Berufung verpflichtet, den Beschuß der Parteileitung durchzuführen.

§ 51. Wenn in der Parteileitung Fragen behandelt werden, die sich auf eine der Fraktionen beziehen, so zieht die Parteileitung den Vertreter der betreffenden Fraktion mit beratender Stimme zu.

§ 52. Die kommunistischen Fraktionen wählen ihre Leitungen, die der Bestätigung durch die zuständige Parteileitung bedürfen. Die Fraktionsleitungen sind für die Tätigkeit der Fraktionen den

zuständigen Parteileitungen gegenüber verantwortlich.

Die betreffende Parteileitung ist berechtigt, in die Fraktionsleitung Mitglieder zu entsenden und unter Verständigung der Fraktion über die Gründe einer solchen Maßnahme jedes Mitglied der Fraktionsleitung abzuberufen.

§ 53. Für alle wichtigsten Posten in den Organisationen, in den Fraktionen arbeiten, werden die betreffenden Kandidaten von der Fraktion mit Zustimmung der betreffenden Parteileitungen aufgestellt. In der gleichen Weise wird die Überführung einzelner Genossen von einer Fraktion in die andere erledigt.

§ 54. Jede Frage, die in der Körperschaft, in der die Fraktion tätig ist, entschieden wird, muß vorher in der Vollversammlung der Fraktion oder ihrer Leitung erörtert werden.

In jeder Frage, über die in der Fraktion eine Entscheidung getroffen wurde, müssen die Fraktionsmitglieder in der Vollversammlung der betreffenden Organisation oder Körperschaft geschlossen auftreten und abstimmen. Gegen alle, die diese Regel überschreiten, werden Disziplinarmaßnahmen im Wege der Parteiinstanzen getroffen.

#### XV. Verhältnis zum Kommunistischen Jugend-Verband

§ 55. Zwischen allen Leitungen der Parteiorganisation und dem Kommunistischen Jugendverband, von der Zelle bis zum ZK, wird die gegenseitige, stimmberechtigte Vertretung hergestellt.

§ 56. Die Partei ist für die politische Leitung der KJV. verantwortlich.

§ 57. Die Mitglieder des K.V. haben bei allen Parteiveranstaltungen Gastrecht, desgleichen das ZK. des KJV. auf dem Parteitag, die Bezirksleitung des KJV. auf dem Bezirksparteitag.

§ 58. Die Vertretung des KJVd. auf den Parteikonferenzen wird hergestellt, indem eine bestimmte Anzahl von Genossen aus dem Jugendverband beauftragt sind, in die Parteidelegation (z. B. der Bezirke zum Parteitag, der Ud. zum Bezirksparteitag) als stimmberechtigte Teilnehmer mit einbezogen werden.

#### Wahlaufruf

der Kommunistischen Partei Deutschlands!

Geschäftsstelle: Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands,  
Berlin C 54, Rosenthaler Straße 38

Schart Euch um die Fahne der Revolution!  
Marschiert auf am 1. Mai! Wählt am 20. Mai Kommunistische Partei!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werktätige Männer und Frauen!

In einer Zeit, in der die rücksichtslose Aussperrungsoffensive der Ausbeuterklasse eure Löhne ständig mindert, in der die Bourgeoisie den Werktätigen den Dolch der gewalttätigen Unterdrückung auf die Brust setzt, wurden die Wahlen ausgeschrieben.

Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, Ihr Kleinbauern und Siedler, Beamte und Angestellte, Ihr Kleinhändler und Rentner, Ihr Opfer des Krieges und der Arbeit!

Bei den Wahlen des Jahres 1924 habt ihr den Parteien der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie euer Vertrauen gegeben. Sie haben eure Interessen mit Füßen getreten. Sie haben ihre Macht zur Vergrößerung eures Elends genutzt.

Ihr wolltet Regierungen, die euch Brot und Arbeit geben. Sie gaben euch die Bürgerblockregierung im Reich und die sozialdemokratische Koalition in Preußen und anderen Ländern.

Euer Glaube an die Demokratie war ihr Geschäft!  
Euer Vertrauen — ihr Sprungbrett zu fetten Pfründen und Ministersesseln!

Euer Elend — ihr Profit!  
Könnt ihr am 20. Mai dies vergessen?  
Bevor ihr zur Wahlurne geht — besinnt euch auf eure eigene Kraft! Die Macht der Bourgeoisie beruht auf eurer Zersplitterung, auf eurem Glauben an die betrügerische Demokratie, ihre Parlamente und Ausbeuterregierungen. Begreift endlich, daß euer Kampf um eine menschenwürdige Existenz nur erfolgreich sein kann im Zeichen der Einheitsfront aller Ausgebeuteten gegen die Bourgeoisie und alle Regierungen, mit oder ohne Sozialdemokratie.

Es gibt nur eine Partei, die stets auf der Seite des armen Volkes stand und die deshalb von allen Regierungen dieser kapitalistischen Republik verfolgt und bekämpft wird. Wenn ihr am 20. Mai der KPD folgt, dann sammelt ihr euch in den Kämpfen um Brot und gegen die Herrschaft der Reaktion unter den Fahnen der Revo-



lution!

**Arbeiter und Arbeiterinnen!**

Diese Ebert-Hindenburg-Republik gibt euch gleiches Wahlrecht, aber sie läßt euch hungern! Ihr dürft ebenso wie die Fabrikherren abstimmen, aber wenn die Not drückt und ihr mehr Lohn fordert, dann werfen euch die Fabrikherren aufs Straßenpflaster! Ihr dürft euch gewerkschaftlich organisieren, aber eure Streiks werden durch die Schlichtungsmaschine des Bürgerblocks und die reformistische Bürokratie abgewürgt und als ungesetzlich erklärt. Die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie blasen Friedensschalmeien — aber sie rüsten zum Krieg. Das ist die bürgerliche Demokratie! Nicht an die Wahllügen der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie dürft ihr glauben, an eure eigenen täglichen Erfahrungen müßt ihr denken, wenn ihr euch am 20. Mai entscheiden sollt: für Bourgeoisie und Sozialdemokratie oder für die Kommunistische Partei!

**Werktätige!** Vor zehn Jahren kehrtet ihr von den Fronten des imperialistischen Krieges in die Heimat zurück. Ihr zerbrachtet das Kaiserreich Wilhelms. Ihr wolltet endgültige Abrechnung halten mit der blutigen Ordnung des Kapitalismus. Stolze Hoffnungen erfüllten die deutsche Arbeiterklasse. **Erinnert Euch...**

In allen Straßen prangten grelle Plakate: „Der Sozialismus marschiert!“ „Die Sozialisierung ist da!“ Aber es kam anders, Spartakus wurde niedergeschlagen, Noske siegte. Die Führer der Sozialdemokratie verbündeten sich mit den kaiserlichen Generalen, mit Groener, Lüttwitz und Hindenburg, und erstickten die junge deutsche Arbeiterrevolution in dem Blute ihrer Besten... Unter der Losung der Demokratie, der Republik und der Koalition mit dem Bürgertum!

Und wenn ihr jetzt im Jahre 1928 die Frage stellt: Wie war es möglich, daß nach zehn Jahren bürgerlicher Demokratie die Arbeiterklasse am Boden liegt und die schwärzeste Reaktion triumphiert, dann gibt es nur eine Antwort, die wahr ist: Die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie hat den Werktätigen die Waffen des Kampfes gegen die Bourgeoisie aus den Händen geschlagen. Sie hat 1914 die Arbeiterschaft dem deutschen Imperialismus ausgeliefert. Sie hat 1918 die Bourgeoisie gerettet. Sie hat 1923 durch ihre Koalitionsminister geholfen, die Arbeiterklasse niederzuschlagen. Sie hat das Fallbeil der Schiedssprüche und Verbindlichkeits-erklärungen geschmiedet, das auf alle Existenzkämpfe der Arbeiter herabsaut. Die Koalitionspolitik ist das beste Instrument der bürgerlichen Klassenherrschaft. Furchtbar ist für die Arbeiterklasse das Ergebnis der Tätigkeit der sozialdemokratischen Koalitionsregierungen in Preußen, in Hamburg, in Baden, in Hessen, in Braunschweig, in Anhalt und Mecklenburg. Keine Schandtat der Bürgerblockregierung, die von der sozialdemokratischen Koalitionsregierung in Preußen nicht durchgeführt wurde. Die räuberischen Zoll- und Steuergesetze, das Zehnstundentag-Arbeitsgesetz, die Einschränkung der Erwerbslosenunterstützungen und die Abwälzung der Kosten auf die Arbeiterschaft durch das Erwerbslosenversicherungsgesetz — die Mietsteigerungen und der Abbau des Mieterschutzes, all dies fand die Zustimmung der sozialdemokratischen Koalitionsregierung. Diese Regierung des Arbeiterverrats half ebenso wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Phoebusaffäre und die militaristischen Geheimrüstungen vertuschen, ihre Haltung im Reichsrat ermöglichte den Bau der Panzerkreuzer, die Durchführung des imperialistischen Aufrüstungsprogramms.

Und dieselbe sozialdemokratische Koalitionsregierung war es, die trotz des eindeutigen Willens von fünfzehn Millionen Wählern den Hohenzollern 500 Millionen in den Rachen warf. Noch in den letzten Monaten stimmte die Sozialdemokratie für das Hindenburg-Programm, das den Großagariern 200 Millionen und den Invaliden und Rentnern elende Hungerpfennige bescherte.

Und war es nicht die sozialdemokratische Koalitionsregierung in Preußen, die durch das Verbot von Ortsgruppen des Roten Frontkämpferbundes in Hindenburg und Falkenberg den deutschnationalen Innenminister Keudell zu seinem Gewaltstreik ermutigte? Jetzt versucht sie, den Keudell'schen Erlaß nur als ein parteipolitisches Manöver der Deutschnationalen hinzustellen und im Verein mit ihren bürgerlichen Koalitionsfreunden durch parlamentarische Tricks die Arbeiter über den wirklichen Charakter der Verbotsdrohung als einen weiteren Schritt der Bourgeoisie zur gewaltsamen Unterdrückung der Arbeiterschaft hinwegzutäuschen.

Von Niederlage zu Niederlage hat die Koalitionspolitik die deutsche Arbeiterklasse geführt. Trotzdem verlangen die Führer der Sozialdemokratie von euch, daß ihr ihnen auch nach dem 20. Mai auf diesem Wege folgt.

**Hilferding** — der Theoretiker des Verrats an der Arbeiterklasse — der Verbindungsmann des sozialdemokratischen Parteivorstandes mit den Direktoren des Trusts;

**Weiss** — der Stadtkommandant von Berlin, der blutige Kumpan des Noskes;

Severing — der Held vom Wetter- und Watterwinkel, der Held des Bielfelder Abkommens, an dessen Händen das Blut tausender Arbeiter klebt, die durch seinen Verrat von den Kapp-Putschisten erschossen wurden, der Schützer der schwarzen Reichswehr und der Fememörder;

Braun — der sozialdemokratische Ministerpräsident, der Staatsmann des Arbeiterverrats, der Gönner der Fürsten;

Leipart — der unter der Losung „Wirtschaftsdemokratie und Tariftreue“ die Lohn- und Arbeitszeitkämpfe der Arbeiter abwürgt, der die mörderische Rationalisierung als Glück für die Arbeiterklasse preist.

Diese Sozialdemokraten werden alles tun, um euch am 20. Mai vergessen zu lassen, daß sie die Verräter vom 4. August 1914 sind, die Totengräber der deutschen Revolution, die Partei des Arbeiterschlächters Noske, der Polizeiminister der Bourgeoisie, die Partei, die den Wahlkampf mit dem Verbrechen der Abwürgung der Amnestie für 325 politische Gefangene des Proletariats einleitete.

Und jene „linken“ Führer der Sozialdemokratie, die die verräterische Politik ihrer Partei mit radikalen Phrasen decken — wodurch unterscheiden sie sich von den Wels und Noske? Sie sind die radikalen Rattenfänger des reformistischen Verrats. Sie sprechen von Revolution und unterstützen die Abwürgung der Existenzkämpfe der Arbeiterschaft. Sie rufen „Hände weg von Sowjetrußland“ und stehen an der Spitze der infamsten Hetze gegen das revolutionäre Proletariat. Sie reden von Klassenkampf und hindern die Arbeiter, gegen den Klassenverrat zu kämpfen. Auch mit ihnen muß das arbeitende Volk abrechnen. Die Kommunistische Partei verwechselt nicht die sozialdemokratischen Arbeiter mit jenen reformistischen Politikern, die der Bourgeoisie helfen und die Arbeiter mißbrauchen. Sie ruft auch diese Arbeiter auf, trotz ihrer Führer die Einheitsfront aller Ausgebeuteten gegen die Bourgeoisie zu schließen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werktätiges Volk!

Das Ergebnis des Koalitionsverrats ist die Bürgerblockregierung, dieser Dreibund von Industrieraubrittern, Junkern und Pfaffen, die Herrschaft der brutalsten Ausbeutung über die arbeitenden Massen. In derselben Zeit, in der ungezählte Milliarden in die Kassen des Trusts, des Großgrundbesitzes und der Banken flossen, wurden zwei Millionen Arbeiter auf die Straße geworfen, die Preise gesteigert und der Reallohn gesenkt, die Produktion rationalisiert und die Arbeitszeit verlängert, die Besitzsteuern gesenkt und die Massensteuern erhöht, Brot, Fleisch, Mieten verteuert, die Sozialpolitik abgebaut, der Kulturreaktion freie Bahn geschaffen.

Die breitesten Massen des durch den Krieg und Inflation verarmten Mittelstandes wurden durch den Aufwertungsbruch ihres Eigentums und ihrer Entschädigungsansprüche beraubt. Durch rücksichtslosen Steuerraub erpreßte die Bürgerblockregierung über 20 Milliarden aus den werktätigen Massen. Millionen läßt sie ohne menschenwürdige Wohnung. Dieselbe Regierung, die kein Geld für Kinderspaltung hat, verwendet Hunderte und aber Hunderte Millionen für ihre Rüstungen zu Wasser und zu Lande.

Der Bürgerblock hat nur ein Ziel: Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus, der das deutsche Volk in die Hölle des Weltkrieges gejagt hat. Und die Offensive des Bürgerblocks ist nicht zu Ende.

Über den 20. Mai hinaus trifft sie das werktätige Volk mit aller Wucht. Trotzdem werden sie euch wiederum das Blaue vom Himmel versprechen: die deutschnationalen Zollwucherer und Brotverteurer, die deutschvolkparteilichen Trustkapitäne, die euren Lohn täglich vermindern, die demokratischen Bankdirektoren, die auf den Börsen den blutigen Schweiß des arbeitenden Volkes in klingendes Gold verwandeln, das Zentrum, das über der deutschen Schule die schwarze Pfaffenherrschaft errichten will, dessen Arbeitsminister Brauns der zuverlässigste Knecht der Unternehmerschaft ist, die Sozialdemokratie, die durch ihre Koalitionspolitik die Herrschaft des Bürgerblocks ermöglicht und unterstützt hat.

Bürgerblock und Koalition, das ist die Offensive des Kapitals!

Das sind Massenausperrung und Hungerlöbne und Kriegspolitik. Das ist die Aktion, die unter der dämonischen Losung des Einheitsstaates die Verschärfung und Befestigung der kapitalistischen Diktatur zum Ziele hat — die Vernichtung der Selbstverwaltung der Gemeinden. Das ist die Vernichtung der einfachsten Volksrechte, die Zerstörung der Streikfreiheit, des Versammlungs- und Vereinsrechtes, zu dem ein zweiter Schritt das angedrohte Verbot des Roten Frontkämpferbundes ist.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werktätiges Volk!

Bürgerblock und Koalition — das ist der Weg zum Krieg. Laßt euch von dem pazifistischen Betrug der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie nicht täuschen. Immer! drohender und gewalttätiger richtet sich der Weltimperialismus gegen die Sowjetunion, das Land, in dem die Macht des Imperialismus gebrochen ist, die Arbeiter

und Bauern den Sozialismus aufbauen.

Laßt euch nicht einschläfern! Denkt daran, wie es 1914 war.

Und zweifelt nicht daran, daß die Kriegsparteien des Jahres 1914 auch die Parteien des nächsten Krieges sein werden. Glaubt nicht an das Märchen von der deutschen Neutralität. Der provokatorische Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen anlässlich der Verhaftungen einiger Stahlhelmingenieur im Donezbecken ist eine Kostprobe dieser Neutralität. Die deutsche Bourgeoisie rüstet mit Hilfe der Sozialdemokratie, der Partei des 4. August 1914, die auf ihre Fahnen die Losungen des Vernichtungskampfes gegen die Sowjetunion geschrieben hat.

Jede Stimme für die Sozialdemokratie beschwört die Gefahr eines neuen 4. August herauf.

Das einzige Land, das ehrlich für den Weltfrieden kämpft, ist die Sowjetunion. Weil in Rußland die proletarische Revolution gesiegt hat, weil in Rußland die Arbeiter und Bauern den Kapitalismus und Militarismus zerschmettert haben; deshalb ist die Sowjetunion der Hort des Friedens.

Ohne Verteidigung der Sowjetunion — kein Kampf gegen den Krieg! Ohne Sieg der deutschen Revolution — Beteiligung Deutschlands am nächsten Weltkrieg!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werk-tätige in Stadt und Land! Das Gebot der Stunde lautet: Am 1. und 20. Mai Zusammenschluß der arbeitenden Massen in Stadt und Land, Organisation der Millionenfront der Ausgebeuteten zum kraftvollen Widerstand!

Das ist der einzige Ausweg. Wenn ihr am 20. Mai zur Wahlurne geht, dann denkt daran: Was wird nach dem 20. Mai?

Das einzige Wahlziel der Sozialdemokratie ist die Große Koalition, die Arbeitsgemeinschaft der reformistischen Bürokratie mit der Deutschen Volkspartei, der Partei der kapitalistischen Scharfmacher, der mächtigsten Partei des Bürgerblocks, und mit dem Zentrum, der Partei der Pfaffen-schule. Unter der Herrschaft der Großen Koalition wird die Kapitalsoffensive gegen das werktätige Volk kein Ende nehmen, — denn die Herrschaft bleibt in den Händen des volksfeindlichen und räuberischen Finanzkapitals.

Die Aussperroffensive des Trustkapitals, die Aushungerung der Arbeiterschaft durch ständige Lohnkürzung wird ihren Fortgang nehmen, wenn ihr nicht in breiter Front den Kampf für Lohnerhöhungen und Achtstundentag, für die Siebenstundenschicht im Bergbau, für den Sechsstundentag der Jungarbeiter aufnehmen werdet! Die Bourgeoisie wird nach wie vor die beschäftigten gegen die erwerbslosen Arbeiter ausspielen, wenn ihr nicht die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß und ausreichende Unterstützung für alle Erwerbslosen erkämpfen werdet.

Nur der Zusammenschluß der Arbeiterklasse mit den armen Bauern und dem verelendeten Mittelstand vermag den Zoll- und Steuerraub, der unaufhörlichen Abwälzung aller Steuerlasten durch den kapitalistischen Staat auf die Schultern der Armen und Bedrückten einen Damm entgegenzusetzen.

Ihr arbeitenden Frauen — vergeßt nicht die Not und Qual des Krieges, eure Elendslöhne, eure Not und Sorgen im Haushalt, vergeßt nicht, daß alle Regierungen dieser Republik, Bürgerblock wie sozialdemokratische Koalitionsregierungen, eure Kinder verkrüppeln und verelenden lassen.

Und du, proletarische Jugend! Die Ausbeuter vernichten deine Gesundheit! Die Kulturreaktion der Kulz-, Marx- und Keudellgesetzgebung dient deiner geistigen Versklavung! Du bist das Kanonenfutter des kommenden Krieges! Denke daran am 20. Mai!

Und ihr armen Bauern und Siedler — folgt nicht den Parteien der Großgrundbesitzer und des räuberischen Finanzkapitals und ihren sozialdemokratischen Verbündeten! Sie pfänden euch das letzte Stück Vieh aus dem Stalle und geben euch kein Land! Sie vernichten euer kärgliches Einkommen mit ihren Blutsteuern und ihrem Pacht- und Zinswucher!

Nur der Zusammenschluß mit der Millionenfront der Arbeiterklasse kann euch vor dem Abgrund retten!

Und ihr Millionen Gewerkschaftsmitglieder! Protestiert dagegen, daß die Partei des Bürgerblockschlichters Wissell, die eure Kämpfe um Lohn und Brot und Arbeitszeit an die Trustbourgeoisie ausliefert, die Gewerkschaften in den Wahlen für ihr Bündnis mit den Feinden der Arbeiterschaft mißbraucht und die kampfbereiten Mitglieder ausschließt. Zerschmettert das Sklavensystem der Verbindlichkeitserklärungen! Erkämpft euch die Streikfreiheit!

Werk-tätiges Volk! Steht auf gegen den wiedererstehenden Militarismus!

Kämpfe für die Entwaffnung und Auflösung der Reichswehr und der faschistischen Verbände! Verteidige die einzige Schutz- und Wehrorganisation des Proletariats, den Roten Frontkämpferbund! Bereitet euch vor zum Kampf mit allen Mitteln! Gegen die Kriegs-pläne des Völkerbundes verteidigt die Sowjetunion!

Nutzt den Wahlkampf zur Vorbereitung der letzten und entschei-

denden Abrechnung mit der Herrschaft der Ausbeuter.

Keine eurer Forderungen wird eine Koalitionsregierung durchführen. Nur durch den Kampfblock der Werktätigen, nur durch den revolutionären Klassenkampf für die gemeinsamen Interessen aller Werktätigen können diese Forderungen verwirklicht werden.

Doch die Not ist nicht zu bannen, die Unterdrückung nicht zu brechen, die Kriegsgefahr nicht zu bezwingen, solange über die Betriebe die Trustsgewaltigen, über das Kapital die Bankmagnaten, über den Grund und Boden die Junker verfügen, solange die Macht in Staat und Wirtschaft in der Hand der besitzenden Klasse liegt.

Darum rufen wir alle Unterdrückten zum Kampf für die großen Ziele, die die russische Revolution verwirklicht hat: Gruben und Fabriken denen, die in ihnen arbeiten! Grund und Boden denen, die ihn bebauen! Alle Macht der Arbeiterklasse!

Keine Koalitionsregierung, keine parlamentarische Regierung, die sich auf die Machtorgane der bürgerlichen Republik stützt, kann die Banken, die Trusts, den Grund und Boden der Verfügungsgewalt der Kapitalisten und Großgrundbesitzer entreißen und in den Besitz der Allgemeinheit überführen. Nur eine Arbeiter- und Bauernregierung, die, gestützt auf die Arbeiter- und Bauernräte, auf das bewaffnete Proletariat die Bourgeoisie rücksichtslos niederwirft, wird durch Enteignung und Vergesellschaftung der Produktionsmittel den Grundstein zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft im Interesse der Werktätigen legen. Nur eine Arbeiter- und Bauernregierung kann Deutschland aus den Fesseln des Imperialismus, des Dawes-Vertrages und des Locarnopaktes befreien und ein brüderliches Bündnis mit der Sowjetunion zur Sicherung des Friedens und des gemeinsamen Aufbaues des Sozialismus schließen.

Wer am 30. Mai für die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie stimmt, erhebt seine Hand für die Verewigung der Lohnklaverel, für die Diktatur des Kapitals, erklärt seine Bereitschaft, im kommenden imperialistischen Kriege als Kanonenfutter zu dienen. Jede Stimme für die Kommunisten ist ein Bekenntnis für die proletarische Revolution, für den siegreichen Sozialismus, den einzigen Ausweg aus dem Elend und Chaos der kapitalistischen Profitwirtschaft. Ein Bekenntnis gegen den deutschen und den Weltimperialismus, für die Solidarität mit der Sowjetunion!

Für die Arbeiter- und Bauernregierung!

Für die Diktatur des Proletariats!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands  
(Sektion der Kommunistischen Internationale).

Nr. 6

Programm-Erklärung  
zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes  
Berlin, 24. August 1930

Wir Kommunisten erklären, daß wir nach dem Sturz der Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, nach der Aufrichtung der proletarischen Diktatur in Deutschland, im brüderlichen Bündnis mit den Proletariern aller anderen Länder in erster Linie folgendes Programm durchführen werden, das wir der nationalsozialistischen Demagogie entgegenstellen:

Wir werden den räuberischen Versailler „Friedensvertrag“ und den Young-Plan, der Deutschland knechtet, zerreißen, werden alle internationalen Schulden und Reparationszahlungen, die den Werktätigen Deutschlands durch die Kapitalisten auferlegt sind, annullieren.

Wir Kommunisten werden uns für das volle Selbstbestimmungsrecht aller Nationen einsetzen und im Einvernehmen mit den revolutionären Arbeitern Frankreichs, Englands, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei usw. denjenigen deutschen Gebieten, die den Wunsch danach äußern werden, die Möglichkeit des Anschlusses an Sowjetdeutschland sichern.

Wir Kommunisten werden zwischen Sowjetdeutschland und der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken ein festes politisches und Wirtschaftsbindnis schließen, auf Grund dessen die Betriebe Sowjetdeutschlands Industrieprodukte für die Sowjetunion liefern werden, um dafür Lebensmittel und Rohstoffe aus der Sowjetunion zu erhalten.

Wir erklären vor den Werktätigen Deutschlands: Ist das heutige Deutschland wehrlos und isoliert, so wird Sowjetdeutschland, das sich auf mehr als neun Zehntel seiner Bevölkerung stützen und die Sympathien der Werktätigen aller Länder genießen wird, keine Übertülle ausländischer Imperialisten, zu fürchten brauchen. Wir verweisen die Werktätigen Deutschlands darauf, daß die Sowjetunion nur dank der Unterstützung der Arbeiter aller Länder vermocht hat, mit Hilfe ihrer unbesiegbaren Roten Armee die Interventionen des Weltimperialismus erfolgreich zurückzuschlagen.

Im Gegensatz zu den heuchlerischen faschistischen Phrasen gegen

das große Bank- und Handelskapital, im Gegensatz zu den leeren nationalsozialistischen Wortgefechten gegen die Schmarotzer und gegen die Korruption werden wir folgendes Programm durchführen:

Zur Macht gelangt, werden wir dem Treiben der Bankmagnaten, die heute dem Lande often ihren Willen aufzwingen, schonungslos Einhalt gebieten. Wir werden die proletarische Nationalisierung der Banken durchführen und die Verschuldung an die deutschen und ausländischen Kapitalisten annullieren.

Die Großhändler, die Magnaten des Handelskapitals, treiben heute die kleinen Kaufleute in den Ruin, werfen Tausende von Angestellten aufs Pflaster, vernichten Hunderttausende Mittelstandsexistenzen, wuchern die Bauern aus und schrauben die Preise für Massenkonsumartikel empor. Zur Macht gelangt, werden wir dem Treiben der Handelsmagnaten Einhalt gebieten, den Großhandel nationalisieren, starke Konsumgenossenschaften schaffen, die die Interessen aller Werktätigen wirklich vertreten und sie von räuberischen Profitmachern befreien werden. Mit eiserner Faust werden wir jede Spekulation, die sich die Not der Werktätigen zunutze macht, zerschmettern.

Wir werden die kapitalistischen Formen der Kommunalwirtschaft vernichten, den großen Hausbesitz entschädigungslos enteignen, die Arbeiter und die arme Bevölkerung der Städte in die Häuser der Reichen einquartieren. Wir werden die Preise für Mieten, Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehrsmittel und alle Kommunalleistungen nach dem Klassenprinzip abstufen und sie für Proletarier und wenig bemittelte Werktätige auf das Mindestmaß herabsetzen.

Wir werden der Steuerpolitik der Bourgeoisie ein Ende machen. Durch Machtergreifung, entschädigungslose Enteignung der Industriebetriebe, der Banken, des großen Hausbesitzes und des Großhandels wird die Arbeiterklasse alle Voraussetzungen für einen Klassenhaushalt des proletarischen Staates schaffen. Wir werden die Sozialversicherung aller Arten (Erwerbslosen-, Invaliden-, Kranken-, Alters-, Unfallversicherung, Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenunterstützung) auf Kosten des Staates unbedingt sicherstellen.

Wir werden die Staatskasse der deutschen Sowjetrepublik von allen unproduktiven Ausgaben für Polizei und Kirche, für Pensionen und Renten an die abgedankten und davongejagten kaiserlichen Prinzen, Könige, Herzöge, Fürsten, Marschälle, Generale, Admirale, für Ministergehälter und Ministerpensionen, für die Bezahlung reaktionärer Beamten, für Korruptions- und Luxusausgaben jeder Art befreien.

Wir werden die Herrschaft der Großgrundbesitzer brechen, werden ihren Grund und Boden entschädigungslos enteignen und den landarmen Bauern übergeben, werden Sowjetgüter mit modernstem Maschinenbetrieb schaffen, die Arbeitsbedingungen des Landproletariats denjenigen der städtischen Arbeiterschaft gleichsetzen und viele Millionen werktätiger Bauern in den Aufbau des Sozialismus einbeziehen.

Mit eisernem proletarischem Besen werden wir alle Schmarotzer, Großindustriellen, Bankiers, Junker, Großkaufleute, Generale, bürgerliche Politiker, Arbeiterverräter, Spekulanten und Schieber aller Art hinwegfegen.

Wir werden den zur Unterdrückung und Knechtung der Werktätigen bestimmten Machtapparat zerschlagen. Vom Betriebe an bis hinauf zur deutschen Sowjetregierung — überall wird das Proletariat im Bündnis mit allen Werktätigen auf Grund der wirklichen, der breitesten Sowjetdemokratie herrschen.

Durch die Einführung des Siebenstundentages und der viertägigen Arbeitswoche, durch ein festes Wirtschaftsbündnis mit der Sowjetunion und die Hebung der Kaufkraft der Massen werden wir die Erwerbslosigkeit aus der Welt schaffen. Wir werden jedem die Möglichkeit geben zu arbeiten. Wir werden alle Produktivkräfte der Industrie und Landwirtschaft ausschließlich in den Dienst der Werktätigen stellen. Wir werden den arbeitenden Frauen und der werktätigen Jugend volle politische Gleichberechtigung, gleichen Lohn für gleiche Arbeit sichern.

Wir werden die Löhne erhöhen, indem wir die Unternehmerprofite, die unproduktiven Unkosten der kapitalistischen Wirtschaftsweise und die Reparationszahlungen abschaffen. Mit bolschewistischer Rücksichtslosigkeit werden wir allen bürgerlichen Faulenzer gegenüber das Prinzip durchführen: wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.

Wir Kommunisten bringen den Werktätigen das Programm ihrer sozialen Befreiung vom Joche des Kapitals. Wir werden die Begeisterung der Massen zum Siege über die Bourgeoisie, zur sozialen und zugleich zur nationalen Befreiung des werktätigen deutschen Volkes entfachen. Nur der Hammer der proletarischen Diktatur kann die Ketten des Young-Plans und der nationalen Unterdrückung zerschlagen. Nur die soziale Revolution der Arbeiterklasse kann die nationale Frage Deutschlands lösen.

Wenn sich alle Arbeiter, alle armen Bauern, alle Angestellten, alle werktätigen Mittelständler, Männer wie Frauen, Jugendliche wie Erwachsene, alle unter der Krise, Arbeitslosigkeit, Not und Ausbeutung Leidenden um die Kommunistische Partei Deutschlands zusammenschließen, dann werden sie eine Macht von so unüberwindlicher Stärke bilden, daß sie nicht nur die Herrschaft des Kapitals zu stürzen vermögen, sondern jeder Widerstand gegen sie — sowohl im Innern als von außen — gänzlich aussichtslos wird.

Daher rufen wir alle Werktätigen, die sich noch im Banne der abgefeimten faschistischen Volksbetrüger befinden, auf, entschlossen und endgültig mit dem Nationalsozialismus zu brechen, sich in das Heer des proletarischen Klassenkampfes einzureihen. Daher fordern wir Kommunisten alle Arbeiter, die noch mit der verräterischen Sozialdemokratie gehen, auf, mit dieser Partei der Koalitionspolitik, des Versailer Friedens, des Young-Plans, der Knechtung der werktätigen Massen Deutschlands zu brechen, die revolutionäre Millionenfront mit den Kommunisten zum Kampf für die proletarische Diktatur zu bilden. Nieder mit dem Young-Plan! Nieder mit der Regierung der Kapitalisten und Junker! Nieder mit Faschismus und Sozialdemokratie! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe Sowjetdeutschland!

No. 7

## Resolution

der Parteikonferenz der KPD über das 12. Plenum des EKKI  
und die Aufgaben der KPD

I.

Die Parteikonferenz der KPD hat in ihrer Tagung vom 15. bis 17. Oktober 1932 zu den Ergebnissen des 12. Plenums der EKKI ausführlich Stellung genommen und stimmt dessen Beschlüssen vorbehaltlos und vollinhaltlich zu.

II.

Das 12. Plenum untersuchte das verschärfte Entwicklungsstadium der allgemeinen Krise des Kapitalismus, konstatierte die gewaltigen Erfolge und die gesteigerte revolutionierende Wirkung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und das Wachstum des revolutionären Aufschwungs in der kapitalistischen Welt. Entgegen den betrügerischen Illusionen und heuchlerischen Prophezeiungen der Bourgeoisie über einen bevorstehenden neuen „Aufstieg“ und eine „Festigung“ der kapitalistischen Wirtschaft, traf das 12. Plenum die Feststellung, daß

das Ende der kapitalistischen Stabilisierung eingetreten ist und daß sich gegenwärtig der Übergang zu einer neuen Reihe von Revolutionen und Kriegen vollzieht. Diese Entwicklung drängt die Bourgeoisie immer stärker auf die Bahn gewaltsamer Lösungen im Innern (Faschismus) und nach außen (Krieg).

III.

Der revolutionäre Aufschwung findet in Deutschland seinen Ausdruck in dem stürmisch wachsenden Widerstand des Proletariats und der Werktätigen gegen Faschismus und Kapitaloffensive. Auf den geplanten Lohnabbau durch die September-Notverordnung durch die Papen-Regierung antwortete die Arbeiterschaft mit einer Welle von Streikbeschlüssen und Streiks, die den Lohnabbau, das Kernstück der Notverordnung, in vielen Betrieben verhinderten.

Diese Streiks, teilweise das Ergebnis der verstärkten Streikrüstung und Streikagitation der KPD und RGO, teilweise die spontane Antwort der Arbeitermassen auf erneuten Lohnabbau — wobei es manchmal noch den Reformisten gelang, die Führung an sich zu reißen —, spiegeln den entschlossenen Kampfwillen der deutschen Arbeiterklassen wider. Diesen Kampfwillen gilt es, angesichts der zu erwartenden neuen und brutaleren Überfälle der Bourgeoisie auf die Löhne und angesichts der neuen Angriffe auf die Sozialpolitik zu höheren Formen zu steigern.

Während eine große Zahl der unter revolutionärer Führung stehenden Streiks zum Erfolg führte, endeten die Streiks, bei denen auf Grund der Schwächen der RGO und unserer innergewerkschaftlichen Arbeit die Reformisten die Führung an sich rissen, in der Mehrzahl der Fälle mit einem Mißerfolg der Arbeiter.

Die reformistische These, daß erfolgreiche Streikkämpfe in der Krise nicht möglich seien, ist nun durch die lebendigen Erfahrungen des deutschen Proletariats widerlegt, was zu einer weiteren Stärkung des Kampfeistes und Streikwillens der Massen beitragen wird.

Die gleiche aufsteigende Welle der Massenaktivität drückt sich in den Erfolgen der Antifaschistischen Aktion unter Führung

der KPD im Kampf gegen den faschistischen Terror der Hitler-Formationen aus.

Die KPD vermochte ihre Fortschritte an der Streikfront, gegenüber dem faschistischen Mordterror und bei der Reichstagswahl vom 31. Juli vor allem durch die begonnene Wendung zur verstärkten revolutionären Massenpolitik im Sinne der Linie der Komintern und der Beschlüsse des Februar-Picnums des Zentralkomitees, insbesondere durch die konsequentere Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten als Methode der Kampfmobilisierung der Massen zu erzielen.

#### IV.

Die Herrschaft der Regierung Papen-Schleicher in Deutschland, die mit Hilfe der Reichswehr, des Stahlhelms und der Nationalsozialisten errichtet wurde, für die die Sozialdemokratie und das Zentrum den Weg gebahnt haben, stellt eine der Formen der faschistischen Diktatur dar. In den ersten Interessen-Gegensätzen der verschiedenen Kapitalistengruppierungen (Schwerindustrie, Chemiekapital, Großagrarier, Klein- und Mittelindustrie), in den Fragen der sogenannten „Autarkie“, der Subventionen und der Finanzpolitik, in den widerstrebenden monarchistischen Restaurationsbestrebungen, in den verschärften Auseinandersetzungen innerhalb der faschistischen Bürgerkriegstruppen (Hitler-SA und Stahlhelm), in dem Konflikt zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten und den Differenzen der faschistischen Machthaber mit ihren Wegbereitern, der SPD und dem Zentrum, zeigt sich die Zerklüftung im Klassenlager der Bourgeoisie auf Grund der Krise des Kapitalismus.

Die faschistische Papen-Schleicher-Regierung entartet in ihrer Außenpolitik verstärkte imperialistische Aggressivität (Manöver an der Ostgrenze, Haltung in Genf, Verschärfung des Kampfes um die Märkte mit Zoll- und Kontingentierungspolitik). Sie betreibt die Militarisierung der Jugend und den Kampf für imperialistische Aufrüstung Deutschlands, steigert die aktive Rolle des deutschen Imperialismus bei der Vorbereitung des konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion, treibt Deutschland in eine seit 1919 nicht mehr dagewesene Isolierung unter dem Versailler System und verschärft die äußeren Gegensätze Deutschlands in heftigstem Maße. Die Gefahr kriegerischer Konflikte und Abenteuer mit Frankreich und Polen wächst und bedroht die Arbeiterklasse und die Werktätigen Deutschlands und aller anderen Länder mit dem Schrecken eines neuen imperialistischen Massenmordens.

Das Programm der faschistischen Diktatur im Innern ist die Zerschmetterung der revolutionären Organisationen und Einrichtungen des Proletariats und die schrankenlose Ausplünderung der Massen, Lohnabbau, Teuerung, Beseitigung aller Arbeiterrechte, Aufhebung der Gewerbetreiberei, Zwangsarbeit, Streikverbote, Ausnahmggerichte, faschistische „Verfassungsreform“ unter Beseitigung der letzten „demokratischen“ Rechte (Ausschaltung des Reichstags, zweite Kammer, Wahlrechtsraub), monarchistische Restauration.

#### V.

Auch nach der weitgehenden Verdrängung der sozialfaschistischen Führer aus den höheren Staatsfunktionen (20. Juli) schlagen die Führer der SPD gegenwärtig immer entschiedener den Kurs auf Tolerierung der Papen-Schleicher-Regierung als „kleineres Übel“ gegenüber einer Hitler-Regierung ein (Anerkennung der „Rechtmäßigkeit“ der Notverordnungen und der Reichstagsauflösung, Severings Eintreten für einen Staatskommissar in Preußen usw.).

Die SPD hat in Deutschland den Faschismus an die Macht gebracht wie die Sozialfaschisten in Polen und Italien, sie kämpft keineswegs gegen den Faschismus, sondern hindert und hindert im Gegenteil aktiv den Kampf der Massen gegen die faschistische Diktatur (20. Juli).

Während sich ihr Masseneinfluß verringert, greifen die sozialdemokratischen Führer zu immer neuen Betrugsmethoden. Unter scheinbarem Eintreten für Endzielorderungen („Sozialismus“, „Umbau der Wirtschaft“, „Sozialistische Aktion“), unter scheinbarem Kampf gegen die heutige Form der bürgerlichen Diktatur („Zweite Republik“, „Rückkehr zur Demokratie“ oder „Verteidigung der Demokratie“) treten sie in der Tat gegen die Kämpfe zur Sicherung der Existenz der Arbeiterklasse und der Werktätigen auf, vertrösten das Proletariat auf Wahlen und andere parlamentarische Aktionen, um es vom Klassenkampf abzuhalten.

Wo sie den Kampf nicht verhindern können, versuchen sie, sich an die Spitze der Kämpfe zu stellen, um diese desto besser abwürgen zu können (Hamburger Verkehrsstreik). Sie anerkennen die vorbildlich erklärten Lohnabbau-Schiedssprüche. Zugleich ebneten die SPD-Führer und reformistischen Gewerkschaftsführer bereits das offene Eintreten gegen den Streikkampf, die Ver-

weigerung von Unterstützungen für die streikenden Gewerkschaftsmitglieder, die Erklärung der Kämpfe der Arbeiter gegen Lohnraub als „wilde Streiks“ vor.

Sie unterstützen die Papen-Notverordnung in der Frage der Subventionen für die Kapitalisten durch die 400-Mark-Kopfprämien für jeden neu eingestellten Arbeiter. Sie unterstützen faktisch die Arbeitsdienstpflichtpläne der Bourgeoisie.

Sie erneuern die betrügerische Behauptung, wonach erfolgreiche Streiks in der Krise „unmöglich“ seien, in der neuen Fassung, daß mit Teilstreiks „nichts mehr zu erreichen“ sei.

Sie führen den schärfsten Kampf gegen die proletarische Einheitsfront bei gleichzeitigen demagogischen Einheitsfront-Manövern (Vorschlag auf Listenverbindung in Sachsen.)

Sie betreiben eine gesteigerte Hetze gegen die Kommunistische Partei und gegen die Sowjetunion, wobei die „linken“ Filialen des Sozialfaschismus, SAP und Brandleristen, und die konterrevolutionäre Gruppe der Trotzlisten besondere Aktivität entfalten.

Alle diese Tatsachen bestätigen die Feststellung des 12. Plenums, daß die Sozialdemokratie/uneingeschränkt ihre Rolle als Agentur der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse ausfüllt, daß sie nach wie vor die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie darstellt.

## VI.

Das riesige Anwachsen der faschistischen Massenbewegung der Nationalsozialisten auf Grund der chauvinistischen Welle ermöglichte den faschistischen Machthabern die Machtgreifung. Die Politik des Finanzkapitals, die gegenwärtig die Ausübung der Regierungsgewalt durch die faschistische Terrororganisation Hitlers ablehnt, entspringt einerseits der Furcht vor der allzuschroffen Verschärfung der inneren und äußeren Gegensätze, andererseits dem Bestreben der Bourgeoisie, die Reserven der faschistischen Massenbewegung möglichst unversehrt zu halten und sie zugleich zu „kanalisieren“, das heißt, durch Überwindung der störenden Faktoren vollends zu einem sicheren Instrument der faschistischen Diktatur zu machen.

Durch den wachsenden revolutionären Aufschwung des Proletariats, die steigende Radikalisierung der werktätigen Mittelschichten auf Grund ihrer Verleumdung durch die Papen-Politik, die Nichterlösung der maßlosen Wahlversprechungen Hitlers, die stärkeren Fortschritte des antifaschistischen Massenkampfes der KPD ist der bisherige Aufschwung der nationalsozialistischen Bewegung zum Stillstand gekommen und hat einer rückläufigen Entwicklung Platz gemacht.

Die Rolle der Hitler-Partei als Stütze der schrankenlosen Ausbeutung, ihre Hilfsstellung für die Regierung der Kapitalisten, Junker und Generale, und den Lausanner Tributpakt, die Rolle des faschistischen Mordterrors gegen die revolutionäre Arbeiterschaft — das alles hat den Beginn einer Enttäuschung der werktätigen Anhängeremasse des Nationalsozialismus eingeleitet.

## VII.

Der fortdauernde, langsame Niedergang des Masseneinflusses der Sozialdemokratie, die wachsende Unzufriedenheit der Gewerkschaftsmitglieder mit der offiziellen Politik des ADGB und der beginnende Rückgang der Hitler-Bewegung geben der KPD die größten Möglichkeiten für die erfolgreiche Durchführung der Aufgabe: die Mehrheit des Proletariats für den Kampf um die politische Macht zu erobern, die übrigen werktätigen Mittelschichten teils als Verbündete für die Arbeiterklasse zu gewinnen, teils zu neutralisieren.

Die Lösung dieser Aufgabe, die in der Heranführung der breitesten Massen auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen in den wirtschaftlichen und politischen Tageskämpfen an die Positionen des Kampfes um die Macht besteht, erfordert von der Partei vor allem die Fortführung und Steigerung der begonnenen Streik-kampagne unter breitester Anwendung der revolutionären Einheitsfronttaktik von unten.

Die ganze Kraft der Partei, insbesondere der Betriebszellen, und die ganze Arbeit der Kommunisten in der RGO., in den roten Verbänden und allen revolutionären Massenorganisationen, in den reformistischen, christlichen und sonstigen Gewerkschaften und Organisationen, muß darauf gerichtet werden, alle Formen des Widerstandes und Kampfes gegen die Kapitaloffensive, den Faschismus und die imperialistische Kriegspolitik zur Anwendung zu bringen und zu steigern.

Teilstreiks, Streiks ganzer Betriebe und Industriegruppen, wirtschaftliche Massenstreiks, politische Massen- und Proteststreiks müssen ausgelöst und verbunden werden mit mächtigen Massendemonstrationen und Kampfbewegungen der Erwerbslosen für



ihre Winterhilfsforderungen, für die Erhöhung der Unterstützungen und für Arbeitsbeschaffung, mit dem Kampf für die sozialpolitischen Rechte der Arbeiter sowie dem Massenkampf aller übrigen werktätigen Schichten (Aktionen der Kleinbauern, Mieterkampf usw.).

Es ist die Hauptaufgabe der Partei, durch die Erfahrungen der Tageskämpfe die Massen der organisierten und unorganisierten Arbeiter für den politischen Kampf gegen die faschistische Diktatur vorzubereiten, zu schulen und zu mobilisieren.

Angesichts der bevorstehenden weiteren faschistischen Anschläge und kapitalistischen Provokationen der deutschen Bourgeoisie gegen das Proletariat muß die Partei die Arbeiterschaft instand setzen, auf jeden neuen Vorstoß des Klassenfeindes unverzüglich mit größter Entschlossenheit und lebendiger Masseninitiative zu reagieren.

#### VIII.

Diese Aufgabenstellung erfordert:

Verlegung des Schwergewichts der Parteiarbeit in die Betriebszellen, insbesondere der Großbetriebe, und auf die Arbeit an den Stempelstellen. Ausbau des revolutionären Vertrauensleutenkörpers, der Abteilungszellen und der Methode der Parteiloseneratungen in den Betrieben.

Großzügigen Kurs auf die innergewerkschaftliche Arbeit — ohne Vernachlässigung der Arbeiter unter den Unorganisierten —, auf die Gewinnung der freigewerkschaftlichen und christlichen Gewerkschaftsmitglieder und unteren Funktionäre, auf den Kampf um alle wählbaren Funktionen in den Gewerkschaftsorganisationen.

Ausbau der RGO. durch Einbeziehung breiter Massen organisierter und unorganisierter Arbeiter. Erweiterung und Festigung der Rolle der RGO. und der roten Verbände in den Wirtschaftskämpfen.

Stärkung der Einheitsfrontorgane, Entfaltung der breitesten proletarischen Demokratie bei der Kampfvorbereitung und -führung (Streikleitungen, Delegiertenkonferenzen usw.). Planmäßige Heranziehung und Kontrolle der roten Betriebsräte und umfassende Vorbereitung der Betriebsrätewahlen.

Angesichts der Drohungen der Bourgeoisie mit generellem „Streikverbot“ und der geplanten Einstellung von Streikunterstützungen seitens der reformistischen Bürokratie ernsthaften Kurs auf die Schaffung von Hilfsstreikkassen in den Betrieben, die vor dem Zugriff der Klassenfeinde gesichert sind.

Organisierung der Kämpfe der Erwerbslosen in enger Kampfgemeinschaft mit den Betriebsarbeitern zur Durchführung der Papenschen Versuche, Erwerbslose und Betriebsarbeiter gegeneinander auszuspielen. Festere Zusammenfassung der Erwerbslosen.

Aktive Hilfe und kameradschaftliche Führung seitens der Partei für den Kommunistischen Jugendverband zur Beseitigung des bürokratischen Schematismus und der Vernachlässigung der Massenpolitik. Ausbau der KJVD. zu einer wirklichen kampffähigen und schlagkräftigen Massenorganisation der proletarischen und werktätigen Jugend.

Breite Kampagne zur Gewinnung der Arbeiterinnen für den gemeinsamen Kampf, über die erfolgreichen Ansätze der Textilarbeiterinnen hinaus, auf der Grundlage der Arbeiterinnen-Delegiertenbewegung.

Heranführung der durch Steuer-, Pacht- und Zinswucher bedrängten und empörten Kleinbauern, über den Kampf gegen Steuerdruck, Pfändungen und Zwangsversteigerungen hinweg an den Kampf um den Boden mit Hilfe der bäuerlichen Kampfkomitees. Verstärkung unserer Arbeit unter den Angestelltenschichten.

#### IX.

Der Massenkampf gegen den Hauptklassenfeind, die Bourgeoisie, gegen Faschismus und Kapitaldiktatur erfordert die gleichzeitige entschlossene Offensive im Lager der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie. Der Kampf gegen Zentrum und Bayerische Volkspartei muß in den katholischen Gebieten rücksichtslos verstärkt werden.

Die Betrugsmanöver der SPD-Führer, der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer müssen konkret entlarvt und die sozialdemokratischen Arbeiter und freigewerkschaftlichen und christlichen Gewerkschaftsmitglieder für den gemeinsamen Kampf gegen den Klassenfeind gewonnen werden.

Gegenüber dem Gerede der SPD-Führer über „Sozialismus“ gilt es, den Kampf um die politische Macht der Arbeiterklasse als einzigen Weg der Verwirklichung des Sozialismus aufzuzeigen, zugleich aber vor den Massen auch der sozialdemokratischen Arbeiter klarzustellen, daß die KPD. als einzige wirkliche Arbeiterpartei mit der Propagierung des Kampfes für den Sozialismus die konkrete Verteidigung der Tagesinteressen des Proletariats die aktivste Organisierung der Tageskämpfe verbindet.

Deshalb kühne und offensive Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten gegenüber den sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeitern, strengste Unterscheidung zwischen ihnen und den sozialfaschistischen Führern der SPD. und des ADGB.

Deshalb der schärfste Kampf gegen die „linken“ Filialen des Sozialismus (SAPD. und Brandleristen) und den konterrevolutionären Trotzkismus, sowie gegen alle opportunistischen Versuche, unseren prinzipiellen Kampf gegen die SPD. abzuschwächen.

#### X.

Im Kampf gegen den Hitler-Faschismus gilt es, auf Grund der beginnenden Zersetzung in den Reihen der NSDAP. und des einsetzenden Rückgangs der nationalsozialistischen Welle überhaupt, mit größter Energie unter Entfaltung einer ideologischen Offensive den Einbruch in die Reihen der nationalsozialistischen Anhängerschaft zu vollziehen.

Die Kommunisten und revolutionären Arbeiter müssen die proletarischen und werktätigen Anhänger des Nationalsozialismus zu gemeinsamen Aktionen gegen Lohn-, Unterstützungsabbau und Papen-Diktatur gewinnen und sie von der Rolle der Hitler-Partei als der Terror- und Streikbruchorganisation, des Finanzkapitals überzeugen.

Gegenüber der chauvinistischen Verhetzung der Massen, der imperialistischen Kriegspolitik und militaristischen Aufrüstung der deutschen Bourgeoisie gilt es, im Kampf gegen das Versailler System, eng verbunden mit dem Kampfe der französischen Kommunisten und revolutionären Arbeiter gegen die französische Bourgeoisie, den proletarischen Internationalismus zu entfalten. Die KPD kämpft gegen die militaristische Aufrüstungs- und imperialistische Kriegspolitik der Papen-Regierung für die Verwendung der Reichswehrmilliarden zugunsten der Kriegsoffer und Erwerbslosen, für die Entwaffnung der Bourgeoisie und der gesamten Konterrevolution, für den vollen Übergang der Macht und aller Machtmittel an das Proletariat für die soziale und nationale Befreiung des werktätigen deutschen Volkes.

Im Kampfe gegen das verfallende kapitalistische System und die Versailler Knechtschaft ist die KPD unter lebendiger Auswertung des gigantischen Spiels des Sozialismus in der Sowjetunion mit der zentralen Hauptlösung der Arbeiter- und Bauern-Republik zugleich der einzigen Ausweg vor der drohenden Katastrophe auf. Erst die Arbeiter- und Bauern-Republik gewährleistet auch die Möglichkeit eines freiwilligen Anschlusses des österreichischen, ungarischen und anderer deutscher Gebiete.

#### XI.

Die Ausnutzung der gewaltigen revolutionären Möglichkeiten zur Lösung der großen revolutionären Aufgaben, die vor der KPD stehen, ist es eine unbedingte Notwendigkeit, die Mängel und Fehler der Parteilinie zu überwinden, wie sie vor allem am 20. Juli besonders kraß in Erscheinung traten und sich auch an den schwachen Punkten der letzten Streikbewegung, z. B. in einem Nachgeben gegenüber den reformistischen Manövern zeigten.

Die Parteikonferenz verpflichtet deshalb alle Organe und Einheiten der Partei vom Zentralkomitee bis zur Zelle, mit größtem Ernst und Verantwortungsbewußtsein die vom 12. Plenum des EKKI an den Schwächen der KPD geübte Kritik in der praktischen Arbeit zur konkreten Verbesserung der revolutionären Massenarbeit auf allen Gebieten auszuwerten und den Kampf gegen die rechtsopportunistische Hauptgefahr, gegen die fatalistischen Stimmungen und Abweichungen wie auch gegen sektiererische Tendenzen aufzunehmen.

Die Parteikonferenz begrüßt die Beschlüsse des Polit-Sekretariats und der Polit-Kommission des EKKI! sowie die Stellungnahme des 12. Plenums gegen die zersetzende Tätigkeit der Gruppe Neumann und stellt die einmütige Geschlossenheit der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihre unverbrüchliche Verbundenheit mit der Kommunistischen Internationale fest.

Das Bestreben des Genossen Heinz Neumann und seiner Gruppe war darauf gerichtet, die Linie des 11. Plenums des EKKI zu entstellen in der Richtung einer Unterschätzung des Faschismus und einer Abschwächung des prinzipiellen Kampfes gegen die Sozialdemokratie (opportunistisches Vorwort der „Roten Fahne“ zum Brief des Genossen Stalin, Kampf gegen die ideologische Offensive des ZK.).

Diese Politik ging Hand in Hand mit einem sektiererischen Verhalten gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern und gegenüber der innergewerkschaftlichen Arbeit, das auf eine Leugnung der zentralen Bedeutung der Einheitsfronttaktik von unten und eine Abschwächung der strategischen Hauptaufgabe der Eroberung der Mehrheit des Proletariats im Kampfe um die politische Macht